

Österreich und Ungarn im 20. Jahrhundert

PUBLIKATIONEN DER UNGARISCHEN  
GESCHICHTSFORSCHUNG IN WIEN

BD. IX.

AUSZTRIA ÉS MAGYARORSZÁG  
A 20. SZÁZADBAN

Szerkesztette  
SZABÓ CSABA

BÉCS 2014

PUBLIKATIONEN DER UNGARISCHEN  
GESCHICHTSFORSCHUNG IN WIEN

---

BD. IX.

ÖSTERREICH UND UNGARN  
IM 20. JAHRHUNDERT

Herausgegeben von  
CSABA SZABÓ

---

WIEN 2014

*Publikationen der ungarischen Geschichtsforschung in Wien*

Herausgeber  
Institut für Ungarische Geschichtsforschung in Wien  
Balassi Institut – Collegium Hungaricum Wien  
Ungarische Archivdelegation beim Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien

---

Redaktionskollegium  
Dr. CSABA SZABÓ, Dr. GÁBOR UJVÁRY, Dr. ISTVÁN FAZEKAS,  
Dr. MÁRTON MÉHEŠ, Dr. PÉTER TUSOR

Der Band wurde mit der Unterstützung  
des Nationalen Kulturfonds von Ungarn (NKA),  
des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgen-Forschung,  
Graz–Wien–Klagenfurt–Raabs  
und des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äusseres (BMEIA)  
veröffentlicht.

<http://www.collegium-hungaricum.at>  
© die Verfasser / Herausgeber, 2014

Übersetzungen: Katalin Kékesi (1. und 16. Aufsätze)  
Lektorat: Michael Graeme, Angelika Kermautz, Walter Pietsch,  
Michaela Schierhuber, Silke Stern

ISSN 2073-3054  
ISBN 978-615-5389-32-0

Herausgeber:  
PhDr. Csaba Szabó, Direktor  
Institut für Ungarische Geschichtsforschung in Wien  
(Balassi Institut, Budapest)

Layout: István Máté  
Illustration: Géza Xantus  
Druck: Kódex Könyvgyártó Kft.  
Direktor: Attila Marosi

## INHALT

<i>Vorwort</i> - - - - -	7
ISTVÁN NÉMETH: <i>Mitteleuropa: Eine deutsche Aufgabe? Die Tätigkeit des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes (1913–1918)</i> - - - - -	11
ZOLTÁN MARUZSA: <i>Die außenpolitische Konzeption von István Tisza in den Jahren des Ersten Weltkrieges</i> - - - - -	39
MANFRIED RAUCHENSTEINER: <i>Reichshaftung: Österreich, Ungarn und das Ende der Gemeinsamkeit</i> - - - - -	53
IGNÁC ROMSICS: <i>Die Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und das Fortleben der Spannungen von Nationalitäten im Donaubecken</i> - - - - -	77
FERENC SZÁVAI: <i>Die Folgen des Zerfalls der Kaiserlich-Königlichen Monarchie</i> - - - - -	87
RICHARD LEIN: <i>Vom zwischenstaatlichen Konflikt zu bilateraler Verständigung. Die Burgenlandfrage und ihre Rolle in den österreichisch-ungarischen Beziehungen</i> - - - - -	111
IMRE TÓTH: <i>Mythos und Realität – Die Folgen der Abtrennung des Burgenlandes in Ungarn nach 1921</i> - - - - -	133
RÓBERT FIZIKER: <i>Aus der Österreichisch-Ungarischen Monarchie eine Ungarisch-Österreichische? Jenseits der Leitha (und der Realität)</i> - - - - -	147
SZABOLCS SZITA: <i>Der Wandel der Wahrnehmung Österreichs im ungarischen Grenzgebiet der Nachkriegszeit</i> - - - - -	171
DIETER BACHER: <i>Das Nachbarland als neue Heimat. Rahmenbedingungen und Motive für nach 1945 in Österreich gebliebene ungarische Zwangsarbeiter</i> - - - - -	193

KLAUS FIESINGER: <i>Konfigurationselemente der österreichisch-ungarischen Nachbarschaft in Verbindung mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten in den ersten Nachkriegsjahren</i> - - - - -	207
PETER RUGGENTHALER: <i>Zur Bedeutung der sowjetischen Besetzung Österreichs und der Staatsvertragsverhandlungen für die Konsolidierung der Sowjetherrschaft über Ungarn</i> - - - - -	229
KÁROLY KÓKAI: <i>Ungarische Migrationswellen 1945–1963</i> - - - - -	239
MAXIMILIAN GRAF: <i>Ein Musterbeispiel der europäischen Entspannung? Die österreichisch-ungarischen Beziehungen von 1964 bis 1989</i> - - - - -	261
TIBOR VALUCH: <i>Soziale Veränderung in der ungarischen und österreichischen Gesellschaft der K(reisky)- und K(ádár)-Ära und danach</i> - - - - -	281
CSABA SZABÓ: <i>Systemwechsel in Ungarn (1988–1989)</i> - - - - -	299
HELMUT WOHNOUT: <i>Die Umbrüche 1989 aus der Perspektive der österreichischen Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung des bilateralen Verhältnisses zu Ungarn</i> - - - - -	325
<i>Register</i> - - - - -	345
<i>Publikationen der ungarischen Geschichtsforschung in Wien</i> - - - - -	353

## VORWORT

Ungarn und Österreich sind zwei kleine Nachbarländer, je mit etwa 10 Millionen Einwohnern, auf dem Fleckenteppich von Europa. Wie die Beziehung von getrennten Eltern, war das Verhältnis zwischen Ungarn und Österreich in der Geschichte manchmal freundschaftlich, manchmal eher kühler. Sie waren und sind jedoch nicht nur Nachbarn, sie waren nicht nur Freunde, sondern eben Verwandte: „Schwäger“. In so einer Beziehung sind Streitigkeiten genauso Teil des Alltagslebens wie die gegenseitige Achtung. In den letzten Jahren beherrschte etwa chemischer Schaum auf der Raab oder eine geplante Müllverbrennungsanlage in Heiligenkreuz (Bezirk Jennersdorf) an der ungarischen Grenze die ungarischen Medien. Diese Probleme wurden behandelt und gelöst. In österreichischen Medien dominieren die Sondersteuer für in Ungarn tätige Banken, wovon auch die österreichischen Banken schwer betroffen sind, oder das ungarische Bodengesetz, das für österreichische Besitzer von Nachteil ist. Es bleibt zu hoffen, dass auch diese Fragen bald zufriedenstellend von der Politik gelöst werden. Die Politiker müssen die bestehenden Probleme klären und auflösen, und die Geschichtswissenschaftler müssen die früheren Verhältnisse mit optimistischer Zielsetzung untersuchen, analysieren und aufarbeiten, dass man von der Geschichte etwas lernen will und lernen wird. Die Politiker sollen manchmal das Gespräch von den heiklen Fragen ablenken, sie dürfen solche empfindliche Themen nur vorsichtig behandeln. Die Historiker arbeiten natürlich auch mit Bedacht, aber sie dürfen kein Tabu akzeptieren. Man kann sich mit einer wissenschaftlichen Fragestellung jedem Ereignis nähern.

Das vorliegende Buch umfasst 17 Abhandlungen, die versuchen, die Geschichte beider Länder gerade von der Zeit beginnend zu verarbeiten, als die für 400 Jahre einflussreiche europäische Monarchie, die kaiserliche und königliche Habsburgermonarchie, zerfiel.

Die Autoren der ersten zwei, ISTVÁN NÉMETH und ZOLTÁN MARUZZA beschäftigen sich mit den zeitgenössischen Vorstellungen über die Rolle von Mitteleuropa während des „Großen Krieges“.

Die Abhandlungen von MANFRIED RAUCHENSTEINER, IGNÁC ROMSICS und FERENC SZÁVAI behandeln den Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie aus verschiedenen Blickwinkeln: von der Seite des Reiches, der Nationalitäten und der wirtschaftlichen Lage. Daran schlossen die von RICHARD LEIN und IMRE TÓTH zur speziellen „Burgenlandfrage“ an.

RÓBERT FIZIKER analysiert die Möglichkeit und die Realität des Fortbestandes der Habsburgermonarchie in Ungarn (und in Österreich) in der Zwischenkriegszeit.

Der Zweite Weltkrieg zog eine gewaltige Migration in ganz Europa nach sich, besonders in Ostmitteleuropa. Die Grenzen waren kurz noch durchlässig: Flüchtlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene kehrten heim, oder begannen ein neues Leben in einer neuer (manchmal kalten) Heimat – diese Zeit behandeln SZABOLCS SZITA und DIETER BACHER.

KLAUS FIESINGER arbeitet die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn nach 1945 auf.

PETER RUGGENTHALER untersucht die Bedeutung der sowjetischen Besetzung Österreichs und besonders des Staatsvertrags für die Konsolidierung der Sowjetherrschaft über Ungarn.

KÁROLY KÓKAI beschreibt die ungarischen Migrationswellen nach Österreich zwischen 1945 und 1963.

Die österreichisch-ungarischen Beziehungen waren seit der Mitte der 1960er Jahre weitgehend unbelastet. MAXIMILIAN GRAF'S Untersuchung beleuchtet diese „goldene“ Epoche. Die sogenannte K(reisky)- und K(ádár)-Ära analysiert TIBOR VALUCH aus sozialgeschichtlichen Perspektiven. Der Artikel von CSABA SZABÓ widmet sich dem Systemwechsel Ungarns.

Der letzte Beitrag von HELMUT WOHNOUT schildert die bilateralen Beziehungen Österreichs zu Ungarn im Rahmen der friedlichen Wende von 1989.

In diesem Jahr erinnern wir uns an das Zentenarium des „Großen Krieges“, der unseren Donaauraum so sehr veränderte. In diesem Buch wird nicht der Erste Weltkrieg behandelt, aber die Wurzeln der Ereignisse der Zwischenkriegszeit reichen bis dahin zurück, sogar selbst den Zweiten



Weltkrieg kann man ohne die Wahrnehmung des ersten modernen Krieges der Weltgeschichte kaum verstehen. Mögen die Beiträge dieses Sammelbandes zur besseren Kenntnis der österreichisch-ungarischen Beziehungen des letzten Jahrhunderts beitragen.

Wien, Oktober 2014

CSABA SZABÓ



MITTELEUROPA: EINE DEUTSCHE AUFGABE?  
Die Tätigkeit des deutsch-österreichisch-ungarischen  
Wirtschaftsverbandes (1913–1918)

FUNKTIONEN DES MITTEL-EUROPA-GEDANKENS ZWISCHEN 1814–1945

Die politische Interpretation des Begriffes „Mitteleuropa“ war auf dem Wiener Kongress (1814–1815) entstanden; die Teilnehmer dachten dabei an Deutschland, Österreich und die westlichen Teile Russlands, einschließlich der späteren Staaten wie Polen, die Tschechoslowakei und auch Ungarn.

Die sich immer mehr zu einer außenpolitischen Doktrin formenden deutschen Mitteleuropa-Pläne, die zwischen 1814 und 1945 gültig waren, dienten in den einzelnen Zeitabschnitten unterschiedlichen Zielen und Bestrebungen. Die wichtigsten, variierenden historischen Funktionen der Mitteleuropa-Politik gestalteten sich wie folgt:

– Als sicherheitspolitische Alternative dem Osten gegenüber: Der preußische General Karl Friedrich von dem Knesebeck plante 1814 „mit dem festen mitteleuropäischen Block die militärische Absicherung Europas gegen Russland“. Dieses Motiv blieb bis zum Schluss das ausgesprochene oder unausgesprochene Ziel der Mitteleuropa-Politik; im Ersten Weltkrieg wurde es zum Kriegsziel („Russland so weit wie möglich von den deutschen Grenzen verdrängen“), im Fall eines Sieges im Zweiten Weltkrieg wären die östlichen Gebiete in SS-Besitz geraten, und für deren Germanisierung entstanden verschiedene Pläne;

– Realisierung großdeutschen Denkens: Der Nationalökonom Friedrich List schwor Mitte des 19. Jahrhunderts „auf ein Mitteleuropa unter deutscher Führung, das auf einem engen Bündnis der beiden deutschen Großmächte Preußen und Österreich basiert und von Hamburg bis Triest reicht“. Seine Losungen waren: Zolleinheit, Freihandel und Ausbau des gesamtdeutschen Eisenbahnnetzes;

– Sieg über England in einem friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb: Darauf basierten die Pläne des österreichischen Handelsministers Karl von Bruck in den Jahren 1848–1950: Deutschland zunächst zu einer Wirtschaftseinheit gestalten, später zu einer mitteleuropäischen Vereinigung ausbauen, mit Österreich und Preußen in Harmonie ein Bündnis eingehen. Ein wirtschaftlich starkes Mitteleuropa – mit den Häfen an der Nord- und Ostsee sowie am Mittelmeer zu einer Seemacht geworden – kann England besiegen, und „*das moralische Gewicht eines siebzig Millionen Menschen umfassenden Bündnisses, das politische Gewicht eines Handelsgebietes, wie die Geschichte kein gleiches kennt, muss bald das Übrige erringen, was ihm zur Erfüllung seiner welthistorischen Aufgabe noch fehlt...*“<sup>1</sup>

– Konsolidierung des europäischen Friedens: der Zweibund zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn 1879: Keiner dürfe die interne Zusammenarbeit Deutschlands und Österreich-Ungarns gefährden, und ihr Vertrag soll sich dafür eignen, den auf dem Berliner Kongress 1878 geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren;

– „Mitteleuropäische Föderation“ gegenüber der kleindeutschen Lösung von Bismarck und der Übermacht der USA und Russlands. Diese Vorstellung tauchte 1883 beim Philosophen Constantin Frantz auf und drängte auf ein untrennbares Schutz- und Trutzbündnis des deutschen und des österreichischen Kaiserreiches und auf gegenseitiges Erben. Die Schaffung eines Staatsbundes zwischen beiden Reichen blieb in den Jahren des Ersten Weltkrieges ein ständiges Ziel.

– Nationaler Zusammenschluss des mitteleuropäischen deutschen Volkstums: Er nahm bei den Alldeutschen um 1895 konkret Gestalt an. Er richtete sich auf die Schaffung einer mitteleuropäischen Zollunion und letztlich auf die Wiederherstellung Groß-Deutschlands, die eine Bedingung für die Erlangung der Weltmachtposition war;

– Errichtung eines geschlossenen Wirtschaftsraumes von 104 Millionen Einwohnern (57+47 Millionen) durch den Zusammenschluss von Deutschland und Österreich-Ungarn, in den Plänen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins unter Leitung des Wirtschaftstheoretikers Julius Wolf (ab 1904), damals noch bei Bewahrung des Selbstbestimmungsrechtes der wirtschaftlichen Annäherung; Mitteleuropa bildet mit den vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn als Sieger erworbenen Landesteilen einen einheitlichen Wirtschaftsraum: Im Rahmen der nach den

---

<sup>1</sup>CHARMATZ, 1916, 46.

deutschen militärischen Erfolgen im September 1914 aufflammenden Annexionswelle rechnete auch Heinrich Claß, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, mit dieser Lösung.

– Entwicklung des durch „Mitteleuropa“ gestärkten Deutschlands zu einer Weltmacht ähnlich wie Großbritannien, die USA und Russland. Pläne des deutschen Industriellen und liberalen Politikers Walther Rathenau in den Jahren 1912–1913, der den zum „Mitteleuropa“ führenden Weg im Ausgleich mit Frankreich bzw. in der mit Österreich-Ungarn zu realisierenden vollständigen Zollunion sah;

– die mit deutscher Hegemonie zu realisierende Idee von Mitteleuropa: Das „September-Programm“ der deutschen Reichsregierung 1914 wandte sich voll und ganz in diese Richtung, da die Aussichten des „Großen Mitteleuropas“ sich infolge des erhofften „siegreichen Friedens“ verbessern würden. Das Programm wurde vor dem Krieg auch unter den führenden deutschen Bankiers und Industriellen immer populärer.

– Das „neue Mitteleuropa“ kämpfte dafür – behaupteten 1917 die zahlreich erscheinenden Schriften –, seinen Ausschluss aus der Weltwirtschaft zu verhindern und dann auch als Kolonialreich auftreten zu können. Sein zukünftiges Ziel war es, dass sich die Kooperation im Krieg durch die Zollunion zu einem ständigen Bündnis erweitert.<sup>2</sup>

– Die deutschen Mitteleuropa-Pläne gerieten in den Jahren der Weimarer Republik (1919–1933) nicht in Vergessenheit. Eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierungen war zunächst die Wiederherstellung geordneter politischer Verhältnisse, die eine unentbehrliche Bedingung für die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen bedeutete. Anfang der 20er-Jahre dominierten in der deutschen Südost-Europa-Politik primär die Außenhandelsbeziehungen, insbesondere zu den Staaten und Regionen, mit denen auch schon vor dem Krieg gute Handelsbeziehungen bestanden. Als zweite Aufgabe entfaltete sich unter der Leitung von Gustav Stresemann, dem Reichstag-Abgeordneten der Nationalliberalen Partei, der mit seiner systematischen Tätigkeit von der Mitte der 20er-Jahre an grundlegend zur Wiederherstellung des deutschen Einflusses im mittel- und südost-europäischen Raum beitrug, bald eine aktive deutsche Minderheitenpolitik, die zugleich auch eine aktive deutsche Ostpolitik darstellte. Berlin war zwischen 1926 und 1929 lediglich um die Erhaltung des Status quo bemüht, damit die Länder der Region sich nicht in einer Föderation ohne oder gegen das Reich zusammentun.

---

<sup>2</sup>NÉMETH, 2009, 9–10.

Die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft sowie der fast zeitgleich eingereichte Briand-Plan (1930) machten dem Reich die fragilen Grundlagen seiner seit 1926 verfolgten Politik klar. Paris beharrte darauf, dass alle Möglichkeiten der wirtschaftlichen Vereinigung streng durch Fragen der Sicherheit determiniert werden, was für die deutschen Politiker inakzeptabel war. Die deutsche Wirtschaft entdeckte Anfang der 20er-Jahre unabhängig von den politischen Diskussionen den südosteuropäischen Raum neu und entschied, im Gegensatz zur Politik konkrete und messbare Ergebnisse zu erzielen.<sup>3</sup>

– Die außenpolitische Tätigkeit der Hitler-Regierung war nach dem 30. Januar 1933 mit den revisionistischen Forderungen der Weimarer Regierungen verbunden, in ihren Zielen und Methoden hingegen stand sie ihnen völlig fern. Sie war bemüht, mit einer schrittweisen Revision Mittel-, Ost- und Südost-Europa zu erwerben, dann nach der Eroberung der Sowjetunion an die Spitze des europäischen kontinentalen Imperiums zu gelangen, in dem sie das bis dahin hegemoniale Frankreich besiegt oder es in die Rolle des schwächeren Partners gezwungen haben würde.

Der nach Weltmacht strebende Trend der wilhelminischen deutschen Außenpolitik lebte in den außenpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Apparaten weiter, denn es kam weder 1918–1919 noch 1933 zu einer Säuberung in den Reihen der bürokratischen Elite. Unangetastet blieben auch die auf mitteleuropäische kontinentale Hegemonie gerichteten Pläne der wilhelminischen Epoche, die zum Gedanken der hitlerschen mitteleuropäischen kontinentalen Hegemonie, der Großraumwirtschaft (mit dem Schwerpunkt Südost-Europa), zur Illusion über die Eroberung von Kolonien in Übersee und einen mit Großbritannien und den USA gleichberechtigten Weltmachtstatus führten. Das von den Deutschen beherrschte Mitteleuropa, wirtschaftlich und machtpolitisch ergänzt durch den Raum Donau-Balkan, war mehr als jede andere außenpolitische Konzeption zur Herstellung einer Kontinuität vom Ende des 19. Jahrhunderts über den Ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik bis hin zu den nazistischen Überlegungen zum Lebensraum geeignet. Das bürgerlich-nationalkonservative Lager sah in der kontinentalen Hegemonie einen Selbstzweck, während Hitler sie als Sprungbrett und Ausgangsbasis für den rassistischen Vernichtungskrieg gegen den „östlichen Lebensraum“ sowie „den Bolschewismus und das Judentum“ betrachtete.<sup>4</sup>

<sup>3</sup>NÉMETH, 2001, 253f., 258f.

<sup>4</sup>Ebd., 355.

DER PLAN DES MITTELEUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTLICHEN  
ZUSAMMENSCHLUSSES VOR UND WÄHREND DES ERSTEN WELTKRIEGES  
IM STREBEN ZUR VIERTEN WELTMACHT

Mit der Gründung ihres Reiches verwirklichten die Deutschen 1871 die im europäischen politischen Denken damals vorherrschende Idee des Nationalstaates. Mit dem Zweibund Österreich-Ungarn (7. Oktober 1879) und dem unter Einbeziehung Italiens geschaffenen Dreibund (20. Mai 1882) kam eine großdeutsche Variation zustande, die zwar kein geschlossenes Staatssystem bildete, allerdings auf einem dauerhaften Bündnis beruhte. Dieses Bündnis erhielt mit der Zeit durch Propagierung der deutsch-österreichischen „Nibelungen-Treue“ einen besonderen emotionalen Inhalt.

Die immer öfter auftauchenden verschiedenen Mitteleuropa-Pläne waren zu dieser Zeit bereits stärker von geopolitischen Auffassungen sowie handels- und wirtschaftspolitischen Inhalt durchdrungen. Mit dem Übergang zur Schutzzoll-Politik Ende der 1870er-Jahre ergänzten die deutschen Ökonomen die Mitteleuropa-Vorstellung mit der Theorie der „Weltreiche“, deren Grundgedanke im Bedürfnis des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Staaten bestand. Nach dieser Vorstellung würde die Welt wirtschaftlich nach wie vor von drei Weltreichen – Großbritannien, den USA und Russland – beherrscht, sollte es Deutschland nicht gelingen, Mitteleuropa unter seiner zollpolitischen Führung zu vereinen. Unter diesem Mitteleuropa-Konzept schlossen sich in erster Linie die Vertreter der exportorientierten und durch Handelsverträge privilegierten deutschen Fertigwarenindustrie in der Hoffnung zusammen, den mit einer Einengung der Wirtschaftsräume drohenden englischen Ambitionen entgegenzutreten, die sich ab 1903 in den Diskussionen über Präferenzzölle bzw. in konkreten handelspolitischen Maßnahmen offen erkennen ließen.

Die Anhänger der Mitteleuropa-Pläne schlugen vor, einen autarken Wirtschaftsraum zu errichten, damit dieser in der neuen weltweiten Arbeitsteilung für Deutschland Nutzen bringt. So wollte die offensive Komponente des Mitteleuropa-Konzeptes die aus der Dynamik des Industriewachstums abgeleitete deutsche Weltmachtposition auf dem europäischen Kontinent durch wirtschaftliche Hegemonie gewährleisten. Der Mitteleuropa-Gedanke verstärkte zu Beginn in Österreich-Ungarn die Annäherung an Deutschland, auf das es wirtschaftlich und politisch gleichermaßen

angewiesen war, sowie die Abschottung gegenüber dem russischen Agrar-export, der das Ziel der Agrarier jenseits der Leitha war. Bereits um die Jahrhundertwende entstanden mehrere Wirtschaftsorganisationen für einen Zusammenschluss des mitteleuropäischen Raumes, später entfaltete sich eine außerordentlich lebhaft publizistische Tätigkeit vor und während des Ersten Weltkrieges, um die wie Pilze wachsenden und entstehenden Organisationen zu untermauern; Dutzende Broschüren, Memoiren und Denkschriften überfluteten den Büchermarkt und die Ämter.

Das starke politische, militärische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Potential des Deutschen Reiches leitete in Petersburg eine langfristige Umorientierung der russischen Europa-Politik ein. Dabei fühlten sich England und Frankreich ebenfalls betroffen. Dadurch hörte Mitteleuropa auf, ein Raum zu sein, in dem sich die politischen Kräfteverhältnisse der europäischen Großmächte auf vertraglich festgelegte Art und Weise kreuzten und das innere Gleichgewicht Europas garantierten. Es zeichnete sich eine Entfernung vom Wiener europäischen Friedenssystem in Richtung Bündnis zum Ersten Weltkrieg ab. Mit seiner komplizierten Außenpolitik war Bismarck bemüht, diesen Prozess aufzuhalten und zu neutralisieren. Sein Vertragssystem reichte jedoch nicht aus, um anstelle der europäischen vertraglichen Einigung etwas zu kreieren, in das sich auch die Reichsgründung einfügte. Es war schon damals fraglich, ob eine völlige Neuordnung Europas in einem Vertragssystem realisiert werden kann; genau das war das europäische Problem der staatlichen Organisation Mitteleuropas und Deutschlands.

Das Bündnisverhältnis der Doppelmonarchie wurde bis 1914 durch die wirtschaftlichen und handelspolitischen Überlegungen nur teilweise beeinflusst, in erster Linie dominierten die Außen- und die Sicherheitspolitik. Kanzler Bernhard Bülow (1900–1909) verhielt sich vor 1901 gegenüber den Mitteleuropa-Plänen, vor allem gegenüber der reklameartigen, amerikafeindlichen Tätigkeit der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinigungen, ausgesprochen skeptisch und ablehnend.<sup>5</sup> In der bosnischen Krise (1908–1909) trat Bülow vor allem wegen der Gefahr der Isolation des Deutschen Reiches für seinen Partner im Zweibund ein. Es wurde eindeutig, dass Österreich-Ungarn für das von Deutschland geführte und sich nach Süden ausdehnende Mitteleuropa einen Brückenkopf bildete, der keinesfalls einstürzen durfte.

---

<sup>5</sup> ANGELOW, 1996, 321.



Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Monarchien wurde in Verbindung mit der These über die drei Weltreiche durch die vom Breslauer Ökonomen Julius Wolf Anfang 1904 gegründeten *Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinigungen* in Deutschland, Österreich und in Ungarn popularisiert. In der Vertretung vor allem der neuen Industriezweige sah man die Absicherung der bestehenden Märkte und die auf gegenseitigen Vorteilen beruhende Kooperation der mitteleuropäischen Staaten in einer Art „handelspolitischem Bündnis“ garantiert, das auf das „ferne Ausland“ gerichtet war.

Wolf erklärte, dass sämtliche Staaten im Fall einer systematischen Arbeit auf allen Gebieten gewinnen würden, ohne dass das wirtschaftspolitische oder politische Selbstbestimmungsrecht der Staaten im geringsten Maße betroffen wäre. Wenn sich nur Deutschland und Österreich-Ungarn einigen, werde ihr Gewicht (57+47 Millionen = 104 Millionen Einwohner) auch dann beträchtlicher sein, als wenn sie einzeln auftreten würden. Eine aggressive oder agitatorische Tätigkeit sei der Organisation fremd; sie wolle in ihrer gesamten Arbeit und in ihren Endzielen ebenfalls ein Element sein, das den Frieden festigt.<sup>6</sup>

Das deutsche Auswärtige Amt hielt Ende September 1903 die Vereinigung der mittel- und westeuropäischen Staaten in einem (europäischen oder nur mitteleuropäischen) Zoll- und Wirtschaftsbund, um auf diese Weise mit den großen Wirtschaftsregionen des Russischen Reiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens – einschließlich ihrer Kolonien und ihres Güterbestandes – gleichberechtigt zu werden, nicht für realisierbar. Die Vorstellung wurde „für die Gegenwart und auch die ferne Zukunft“ als nicht ausführbar qualifiziert, weil nach Befinden des Außenamtes die politischen und wirtschaftlichen Interessengegensätze sowie die Unterschiede der Nationalitäten und der Regierungsformen unüberbrückbar seien. Nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes sei die gegenseitige Zollbegünstigung der mitteleuropäischen Länder im gegebenen Moment nicht realisierbar, sie kollidiere mit der Reichspolitik, die im Prinzip fest auf dem System der Meistbegünstigung bestehe.<sup>7</sup>

Die Einstellung der Führung des deutschen Reiches zu den Mitteleuropa-Plänen änderte sich erst während der Zeit des „mitteleuropäisch“ denkenden Bethmann Hollweg als Kanzler (1909–1917). Die wirtschaftlichen

<sup>6</sup> OPITZ, 1977, 141–142. Zur Tätigkeit der zw. 1904–1918 bestehenden Vereinigung siehe NÉMETH, 2008, 149–180.

<sup>7</sup> OPITZ, 1977, 146–147.

und strukturellen Unterschiede zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn verhinderten jedoch bis 1914 das Entstehen einer Zollunion oder eines Verhältnisses mit Zollbegünstigung zwischen beiden Seiten. Berlin wollte keinen Anteil an der innenpolitischen Verantwortung der Monarchie übernehmen.

Die Reichsregierung setzte unter Punkt 4 ihrer Kriegsziele vom September 1914 die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch Zollabkommen fest, und das unter Einschluss eines recht breiten Kreises der umliegenden Länder. „*Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.*“<sup>8</sup>

Im Sommer 1915 bekamen die Anhänger der engeren Verknüpfung des deutsch-österreichischen Verhältnisses unerwartet Unterstützung aus Österreich. Die Wiener Zeitung *Die Information* drängte am 29. März 1915 mit Blick auf die territoriale Größe und die Bevölkerung der beiden Reiche (Deutschland: 541 000 km<sup>2</sup> und 65 Millionen Einwohner, Österreich-Ungarn: 676 000 km<sup>2</sup> und 51 Millionen, insgesamt 116 Millionen Einwohner) auf deren wirtschaftliche Einheit. Am 17. Juli verhandelten in München auf Initiative Österreichs zwölf Abgeordnete des deutschen Reichstags und elf deutsch-österreichische Politiker bei einem inoffiziellen Gedankenaustausch über eine engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit.<sup>9</sup>

Anfang September 1915 ließen die Wiener Professoren Heinrich Friedjung, Eugen von Philippovich und Hans Übersberger sowie Rat Michael Hainisch ihre als vertrauliches Manuskript in Leipzig gedruckte, 104 Seiten umfassende Arbeit mit dem Titel *Denkschrift aus Deutschösterreich* über die Bildung eines großen mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes, der sich auch auf Kongress-Polen erstrecken sollte, Kanzler Bethmann Hollweg zukommen.<sup>10</sup>

Im Oktober 1915 setzte Kanzler Bethmann Hollweg gegenüber den deutschen Ministerien und der Militärführung seinen neu zu gestaltenden Europa-Plan auf der Basis der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn durch, den im Westen das verbündete Belgien, im Osten hingegen das verbündete Polen mit seinen neuen nord-östlichen Grenzen garantieren soll-

<sup>8</sup>NÉMETH, 2004, 71.

<sup>9</sup>NÉMETH, 2001, 161–162.

<sup>10</sup>PA AA (B), R 2592. NÉMETH, 2001, 175–179.

te.<sup>11</sup> Die rein wirtschaftliche Vereinbarung „Mitteleuropa“ wurde in Form des weniger auffallenden Zollbündnisses zum Kriegsziel Deutschlands. Durch die Errichtung eines auf der Basis der sinkenden Binnenzölle funktionierenden Wirtschaftsraumes, den man nach außen hin mit der „Meistbegünstigung“ tarnte, hätte das deutsche Wirtschaftspotenzial den europäischen Raum ohne klare Machtverhältnisse unter seinen Einfluss genommen.<sup>12</sup> Auf der Berliner Konferenz Bethmann Hollwegs und des österreichisch-ungarischen Außenministers Stephan Burian am 11. November 1915 unternahm die Reichsregierung einen entschiedenen Versuch, ihren Mitteleuropa-Plan gegenüber Österreich-Ungarn durchzusetzen. Der Reichskanzler begründete die neue Form des Bündnisses, die über die Pläne Bismarcks aus den Jahren 1878–1879 hinausreichten, mit der ständigen Bedrohung durch die Entente-Mächte, die auch nach ihrer Niederlage Feinde bleiben würden. Vor einem neuen Angriff der drei Feinde würde Deutschland „lediglich durch die Bildung eines unüberwindbaren mitteleuropäischen Blocks“ geschützt werden, der auch „sämtliche Entwicklungsmöglichkeiten“ einer sicheren Friedensära eröffnen würde.<sup>13</sup>

Der liberale Politiker Friedrich Naumann sah in seinem im Sommer 1915 erschienenen Buch mit dem Titel *Mitteleuropa* den Kern Mitteleuropas in der Gemeinschaft des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns, die mit Italien, dem Osmanischen Reich und möglichst auch mit den skandinavischen und den Benelux-Staaten verbündet sein würde. In seiner Argumentation für die „Unvermeidbarkeit“ eines mitteleuropäischen Staatsbündnisses legte er unter seinen außenpolitischen Motiven dar, dass die kleinen Staaten keine andere Wahl hätten; Österreich-Ungarn könne nicht allein bestehen und sei Deutschlands natürlicher Verbündeter; die Realisierung des Planes würde Ungarns territoriale Integrität gegenüber den Absonderungsbestrebungen der Nationalitäten retten und Ungarn eine Beteiligung an der Weltmacht garantieren. Nach seinen wirtschaftlichen Argumenten würde Deutschland die Abnahme des Getreides aus Österreich-Ungarn garantieren, und der Zustrom deutschen Kapitals die Entstehung einer Großindustrie beschleunigen. Auf diese Weise könne die rückständige ungarische Agrarproduktion bald auf europäisches Niveau angehoben werden. Das Staatsbündnis beende die Auswanderung und schaffe Arbeitsmöglichkeiten für das Agrarproletariat. Seine Vorschläge

<sup>11</sup> NÉMETH, 2001, 161.

<sup>12</sup> Ebd., 163.

<sup>13</sup> Ebd., 163–164.

sahen die gemeinsame Einberufung von Soldaten der beiden Monarchien, die gemeinsame Militärkontrolle und Außenpolitik sowie die gemeinsame Eisenbahn- und Flussregulierung vor und stellten das gleiche Geld- und Maßsystem, Banken- und Handelsrecht sowie eine anteilige militärische Belastung in Aussicht. Sie würden gegenseitig für Staatsschulden haften, bei gleichen Zöllen sollte ein gemeinsames Zollamt fungieren sowie das Arbeitsschutz- und Vereinigungsrecht ebenfalls übereinstimmen.<sup>14</sup>

Friedrich Naumann wurde bei der Mitteleuropa-Planung und deren Popularisierung immer aktiver, und er unterhielt unmittelbaren Kontakt mit dem Außwärtigen Amt und dem Kanzler. Im August 1916 erstellte er seine Studie mit dem Titel *Bulgarien und Mitteleuropa*, im Mai 1917 seine Denkschrift mit dem Titel *Mitteleuropa und Polen*.<sup>15</sup> Gleichzeitig wurde er Berater des inzwischen gegründeten 22-köpfigen *Arbeitsausschusses für Mitteleuropa*, der die Denkschrift über Polen auch Bethmann Hollweg zuschickte. Darin hieß es, dass man durch Vergrößerung der deutschen Gebiete eine Garantie gegen ähnliche Angriffe wie im Jahre 1914 zu schaffen bemüht war. Er fügte hinzu, dass man innerhalb kurzer Zeit auch in der Frage der mitteleuropäischen Währung eine Denkschrift an die Reichsämtler richten werde.<sup>16</sup> Der Arbeitsausschuss betonte 1917 im Text eines Flugblatts, dass die Mittelmächte, die für immer zusammengehörten, auch in Frieden zusammen marschieren oder sich als misstrauische Vertragspartner trennen würden.<sup>17</sup>

#### DIE TÄTIGKEIT DES DEUTSCH-ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN WIRTSCHAFTSVERBANDES (1913–1918)

Am 12. September 1913 wurde in Leipzig mit besonderer Unterstützung der sächsischen königlichen Regierung der Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband (DÖUW) mit dem Ziel gegründet, die kleineren oder größeren Schwierigkeiten zu lösen, die in ihrem Warenverkehr, in den Währungsschwankungen, in Zollfragen usw. zutage traten, und um

<sup>14</sup> Ebd., 164–165.

<sup>15</sup> PA AA (B), R 2592. Geheime Akten. Friedrich Naumann: *Mitteleuropa und Polen*. 11. pp. (Berlin, 21. Mai 1917).

<sup>16</sup> Ebd., R 2597. Geheime Akten. Friedrich Naumanns Brief an Staatssekretär im Außwärtigen Amt Zimmermann (24. Mai 1917).

<sup>17</sup> Ebd., Flugblatt *Mitteleuropa*.

die beiden verbündeten Reiche enger miteinander zu verbinden. Zu Beginn war man darum bemüht, in kleinen Schritten die Auswirkungen der Zolltarifabkommen aus den Jahren 1902–1904 zu mildern und die nachteiligen Auswirkungen des Handelsabkommens zu reduzieren. Später, in den Jahren des Ersten Weltkrieges, wurden unterschiedliche mitteleuropäische Wirtschaftsvorstellungen, Pläne und Aufgaben, Maßnahmen des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, das wirtschaftspolitische Antlitz der Friedenswirtschaft, Details der Errichtung der mitteleuropäischen großen Wasserverkehrsstraße usw. diskutiert. Mitglieder konnten Gremien, aber auch Privatpersonen werden. In den Gremien bildeten die sächsischen und thüringischen Industrie- und Handelskörperschaften die Mehrheit, aber auch die Wirtschaft der übrigen Landesteile ließ sich vertreten.<sup>18</sup> Vorsitzender des Verbandes wurde der erste Vizepräsident des deutschen Reichstags, Dr. Hermann Paasche; der Fabrikant Max Friedmann hingegen Leiter des österreichischen Verbandes. In Ungarn wurde erst Anfang 1917 der Ungarisch-Deutsche Wirtschaftsverband unter Vorsitz von Dr. Gyula Madarassy-Beck gegründet.<sup>19</sup> Die Verbände der drei Staaten, die sich selbständig organisierten und in engem Kontakt zueinander standen, berieten erstmals im Juni 1917 in Budapest. Zu der Zeit der Beratung im November 1917 in Hamburg war die Anzahl der Mitglieder des Verbandes auf über 1000 angestiegen.

Der Geschäftsführer des Deutsch-Österreichischen Wirtschaftsverbandes, Dr. Rudolf Kobatsch, formulierte auf der Tagung im November 1915 in Dresden drei allgemeine Axiome, die man sich vor Augen halten musste:

– Die Außenpolitik ist heutzutage im Wesen Wirtschaftspolitik. Es soll nur auf die wirtschaftlichen Ursachen dieses Krieges und auf die furchtbaren wirtschaftlichen Waffen, deren unsere Gegner sich in diesem Kriege bedienen, hingewiesen werden, ferner auf die allseits anerkannte Ökonomisierung der auswärtigen Vertretung der Staaten.

<sup>18</sup> *Bericht*, 1916, 7–8.

<sup>19</sup> Baron Gyula Madarassy-Beck (1873–1939), Bankier und Großkapitalist. Mit einem Diplom als Anwalt trat er in den Dienst der Ungarischen Agrar- und Rentenbank AG. Von 1900 an war er Generalsekretär, später Generaldirektor der Ungarischen Hypothek-Kreditbank AG, von 1917 bis 1925 deren Vorstandsvorsitzender. Zwischen 1910–1918 war er Parlamentsabgeordneter mit dem Programm der Nationalen Arbeitspartei, zwischen 1910–1939 Vizepräsident der Ungarisch-Italienischen Bank und Vorsitzender der Ungarischen Handelshalle. 1906 erhielt er den Titel eines Barons.

– Das politisch-militärische Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn wird auch nach dem Kriege eine politische Notwendigkeit allerersten Ranges für beide Staaten bleiben.

– Die politisch und militärisch eng verbündeten Staaten dürfen nicht mehr getrennte Handels- und Wirtschaftspolitik treiben, sondern müssen sich auch auf diesem Gebiete verbünden.

Die Regulierung der Wirtschaftspolitik ist die wichtigste Bedingung für die Aufrechterhaltung des politischen Bündnisses.<sup>20</sup>

Dr. Kobatsch meinte, dass die handelspolitische Attraktivität des einheitlichen Wirtschaftsraumes von 120, und mit den weiteren Verbündeten eventuell 140 Millionen Einwohnern den Raum in die Reihe der größten Wirtschaftsmächte hebe. Weitere Vorteile seien noch die Möglichkeit der wirtschaftlichen Arbeitsteilung, die Spezialisierung der Güterproduktion, die ökonomischere Nutzung der bestehenden und später zu entwickelnden Verkehrsmittel zu Wasser und Land, die Verwendung des Kapitalüberschusses in den verbündeten Staaten, eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen sowie die Herausbildung einer gemeinsamen, daher viel ökonomischeren Reservewirtschaft.<sup>21</sup> Der gesamte handelspolitische Plan beruhte auf der nach außen betriebenen gemeinsamen, einheitlichen Handelspolitik, d. h. dem einheitlichen äußeren Zolltarif. Die Tagung in Dresden bekräftigte den früheren Beschluss des Verbandes, der auf einen Wirtschaftsbund der beiden Mittelmächte und deren langfristig abgesicherte gemeinsame Handelspolitik drängte. Sie forderten ein Abkommen über einen einheitlichen, äußeren Zolltarif, dessen Zollsätze auf zwei Gebieten noch voneinander abwichen; die Abweichungen hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung würden durch Ausgleichzölle aufgelockert.<sup>22</sup> Der Verband erhob Anspruch auf die Beteiligung seiner großen industriellen, kommerziellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Organisationen an den Verhandlungen über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen der beiden Monarchien, gemeinsam mit deren deutschen Verbündeten.<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> *Bericht*, 1916, 21.

<sup>21</sup> *Ebd.*, 24.

<sup>22</sup> *Ebd.*, 25. und 30.

<sup>23</sup> *Ebd.*, 30–31.

Dr. Gusztav Gratz,<sup>24</sup> ungarischer Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender des Landesverbandes der Ungarischen Industriellen, machte die Delegierten mit der Lage und den jüngsten Entwicklungen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Ungarn bekannt. Die ungarischen Teilnehmer, die die unterschiedlichen Verbände repräsentierten, seien damit einverstanden – sagte er –, „dass eine möglichst innige Gemeinschaft mit Deutschland und Österreich-Ungarn zustande kommen soll“, dass die interne Gemeinschaft Deutschlands und Österreich-Ungarns nach Möglichkeit ins Leben gerufen werden soll; ihre Einschätzungen über den dazu führenden Weg jedoch waren unterschiedlich. Daher konnte er nur so viel versprechen, dass der Beschlussvorschlag zur Kenntnis genommen und den ungarischen Verbündeten bekanntgemacht werde. Man werde sich dafür einsetzen, den Geist der Beschlüsse zu realisieren. Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass bald auch der ungarisch-deutsche Wirtschaftsverband entstehen werde.

Dr. Gratz widerlegte die in breiten Kreisen Deutschlands verbreitete Meinung, dass hauptsächlich Ungarn dem großen Gedanken der Annäherung zwischen den beiden verbündeten Zentralmächten Hindernisse in den Weg lege. Diese Meinung hielt Gratz für völlig unbegründet. Denn die Landwirtschaft sei der bei weitem stärkste Produktionszweig Ungarns, und auf diesem Forum könne man keinen Annäherungsvorschlag erarbeiten, den die ungarische Landwirtschaft allein schon aus eigenem Wirtschaftsinteresse nicht unterstützen würde. Diese Annahme stimme aber auch aus der Sicht der Interessen der ungarischen Industrie nicht. Die ungarische Industrie sei zum Teil Agrarindustrie, so dass für sie ebenfalls Feststellungen gelten, die sich auf die Landwirtschaft beziehen. Die nicht mit der Landwirtschaft verbundenen Industriezweige würden von den entsprechenden Branchen der österreichischen Industrie abgedeckt. Der Unterschied bestehe lediglich darin, dass die ungarische Industrie an die freie Konkurrenz der ihr gegenüber achtmal stärkeren österreichischen Industrie gewöhnt sei, während Österreichs Industrie gegenüber ihrem stärkeren Konkurrenten, der deutschen Industrie, Zollschutz zuteil werde.<sup>25</sup>

---

<sup>24</sup> Gusztáv Gratz (1875–1946), ungarischer Publizist und Politiker. 1917: Ungarns Finanzminister. Nach dem Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie war er 1921 Außenminister des unabhängigen Ungarn. Zwischen 1924 und 1938 hatte er die Funktion des Vorsitzenden des Deutschen Volksbildungsvereines in Ungarn inne.

<sup>25</sup> *Bericht*, 1916, 33.

Dr. Gratz stellte fest, dass die Einfuhr aus Deutschland auf mehreren Ebenen zunahm, während Ungarns Ausfuhr zurückging. Auf diese Weise verschob sich der Handelsumsatz mit Deutschland in seiner Gesamtheit in eine für Ungarn ungünstige Richtung. Eine Ausbalancierung der Produktionsbedingungen und eine Verbilligung der ungarischen Produktion sah Gratz im größeren Markt, der nur zu erreichen sei, wenn die Lebenshaltungskosten auf ein entsprechendes Niveau gesenkt werden, das Steuersystem ähnlich wie in Deutschland mit der Belastbarkeit in Einklang gebracht, die Preise für Rohstoffe entsprechend reduziert und eine tüchtige und zu größerer Leistung fähige Arbeiterschaft geschaffen werde.

Er erkannte an, dass eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns vermutlich außerordentliche Vorteile für die industriellen und landwirtschaftlichen Interessen Österreichs und Ungarns biete. Gleichzeitig stellte er fest, dass die Ausbalancierung der Produktionsbedingungen eine längere Übergangszeit in Anspruch nehme, während das Schutzzollsystem der österreichischen und der ungarischen Industrie aufrechterhalten werden müsse.

Gratz legte konkrete, gründliche und fachmännische Vorschläge und Kritiken vor und bat um Verständnis für den ungarischen Standpunkt. Für die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Monarchien unterbreitete er die nachstehenden Vorschläge:

1. Man sollte durch die Schaffung eines einheitlichen Zollschemas einen Rahmen bilden, in dem sich eine weitgehende Annäherung und ein stufenweiser Ausbau dieser Annäherung zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten einleiten lässt,
2. Es ist anzustreben, aus dem Zolltarif alle jene Zölle auszuschalten, die die ernstesten Produktionsinteressen tatsächlich nicht schützen,
3. Die gegenseitige Vorzugsbehandlung in den Vertrag, den Deutschland und Österreich-Ungarn schließen wollen, einfügen,
4. Es wäre notwendig, die völkerrechtliche Regelung einer ganzen Reihe von Fragen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu erzielen, die das wirtschaftliche Leben betreffen und sich auf die wirtschaftliche Gesetzgebung beziehen,
5. Die Art und Weise einer gemeinsamen Handelspolitik sollte durch den Abschluss eines Handelsvertrages festgelegt werden.<sup>26</sup>

---

<sup>26</sup> Ebd., 36–37.



Der nationalliberale Politiker Gustav Stresemann aus Dresden würdigte zunächst das soeben erschienene und äußerst geistreich und gut lesbar geschriebene Buch Friedrich Naumanns mit dem Titel *Mitteleuropa*, in dem alle Schönheiten der deutschen Sprache vor Augen geführt würden, und empfahl sämtlichen Teilnehmern, es zu lesen.<sup>27</sup> Er vermutete, dass nach dem Weltkrieg neue weltwirtschaftliche Gebilde entstehen würden und man in Hinkunft lernen müsse, in Kontinenten zu denken. Den zu errichtenden Wirtschaftsblock begründete er mit der unleugbaren Tatsache, dass seine Gegner – auch wenn sie keine zukunftsweisende gemeinsame Handelspolitik betrieben – bereits jetzt groß und stark genug seien, um den Mittelmächten gewaltige Wirtschaftsgebiete entgegenzustellen. Zunächst erwähnte er England, das mit seinen Kolonien einen Großteil der Welt beherrsche und zweifelsohne die mit seinen Kolonien bestehenden politischen und handelspolitischen Bindungen weiter festigen wolle. Das große russische Reich träge in seinen Handelsverträgen bereits in Friedenszeiten gewisse autarke Vorbereitungen und habe vor, die Zollmauern zu erhöhen. Frankreich und seine Kolonien übersprang er deshalb, weil sie für den deutschen Absatz früher unbedeutend geblieben waren. Als drittes, großes, neues weltwirtschaftliches Gebilde meldete sich schon während des Krieges der wirtschaftliche Panamerikanismus. Stresemann verwies darauf, dass die Tätigkeit des von Julius Wolf bereits 1904 gegründeten Mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes auf den europäischen großstaatlichen Zusammenschluss gegen die amerikanische Gefahr gerichtet war. Es stehe außer Zweifel, sagte er, dass das im Krieg geschwächte Europa in den Jahren des Friedens all seine Kräfte brauchen werde, um im Weltkrieg neben England mit den über kolossale Handelsüberschüsse verfügenden Vereinigten Staaten den Kampf aufzunehmen.<sup>28</sup>

*„Es ist möglich, dass auch unsere europäischen Gegner ihr Wirtschaftspotenzial vereinen, fuhr er fort, und sich der politische Hass zu einem wirtschaftlichen Boykott entwickelt. Dieser Krieg sei ein Wirtschaftskrieg, wo neben den Kämpfen der Armeen Rechts-, Blockade- und auch Boykottkämpfe gegen uns geführt werden, die unsere Gegner auch nach dem Krieg fortsetzen wollen. Er sah es als verhängnisvollen Fehler an, würden wir tatenlos zusehen, wie sie ihren eigenen Wirtschaftsverband ins Leben rufen.“*<sup>29</sup>

<sup>27</sup> Ebd., 43–44.

<sup>28</sup> Ebd., 44–45.

<sup>29</sup> Ebd., 46.

Er hielt es ebenfalls für erforderlich, die neutralen Staaten zu gewinnen, und riet dazu, ihnen das eigene Konsumgebiet von 120 Millionen Einwohnern anzubieten. Er schlug vor, den Gedanken der begünstigten Zölle (im österreichischen und ungarischen Wortgebrauch präferierte Zölle) durch den Gedanken des Wirtschaftsbündnisses und der gemeinsamen Handelspolitik abzulösen.<sup>30</sup>

Laut Stresemann zeichnete sich bereits damals plastisch ein großes, gewaltiges Wirtschaftsgebiet ab, das auch im Krieg unabhängig von England gewesen war. *„Wir denken nicht daran, den Kampf um den Weltmarkt irgendwie aufzugeben, wir werden den Kampf um Nord- und Südamerika, um die ganze Welt England gegenüber mit dem ersten Tage aufzunehmen, an dem der erste deutsche Handelsdampfer Bremerhaven oder Cuxhaven verlässt! Wenn wir das nicht täten, wenn wir dessen nicht willens wären, dann hätten wir den Weltkrieg militärisch gewonnen, aber wirtschaftlich verloren.“*<sup>31</sup>

Der Wirtschaftsverband nahm auf seiner fünften Tagung im Februar 1917 in Berlin die Prinzipien des Zoll- und Wirtschaftsverbandes an und verwendete besonderes Augenmerk auf die gemeinsamen Züge der Handelspolitik. Diese stimmten in ihrem Wesen mit den Grundgedanken der Mitte 1917 geführten deutsch-österreichisch-ungarischen handelspolitischen Verhandlungen überein.<sup>32</sup>

Die sechste Tagung des Wirtschaftsverbandes fand am 23. und 24. Juni 1917 in Budapest zum Thema des gemeinsamen und einheitlichen Vorgehens in der Übergangswirtschaft statt. Unter Umständen, als man „vom Segen eines nahen Friedens“ noch nichts wusste, und die Mittelmächte in zahlreichen ihrer Hoffnungen getäuscht wurden, trug Baron Dr. Gyula Madarassy-Beck, Vorsitzender des deutsch-ungarischen Verbandes, auf dem ersten Sitzungstag seine Ausführungen vor. Über die Veränderungen in Russland hatten sie noch kein klares Bild, an der Westfront dauerte die verbitterte Offensive der Entente weiter an, am 6. April erklärten auch die Vereinigten Staaten Deutschland den Krieg. Zu den „Machenschaften“ der Entente zählte er die „türkische Meisterarbeit“ der diplomatischen Isolation Deutschlands vor dem Krieg, die hermetische Isolation der Mittelmächte durch die englische Blockade und die „unerhörte Erpressung“ der neutralen Länder sowie den dritten Schritt ihrer Isolationsbestrebungen auf der Pariser Konferenz, den wirtschaftlichen Boykott Deutschlands und

<sup>30</sup> Ebd., 47–48.

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> *Bericht*, 1917, 14–15.

Österreich-Ungarns nach dem Friedensschluss und deren völlige Ausschaltung aus dem Welthandel. Selbstkritisch gab er zu, dass die Energien Englands unterschätzt und ein ungleicher wirtschaftlicher Kampf geführt werde, weil die Gegner auch bezüglich ihrer Einwohnerzahl und der Größe ihrer Länder weit überlegen seien. Gegenüber den äußerst stark gewordenen Vereinigten Staaten müssten Vorbereitungen getroffen, d. h. vor allem die Kräfte vereint werden.

Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Vereinigung der beiden Monarchien mache es erforderlich, bei der Herausbildung der neuen Friedenswirtschaft im völligen Einvernehmen zu handeln und die Prinzipien des Abbaus der Kriegswirtschaft gemeinsam festzulegen. Im Mittelpunkt dessen standen die Demobilisierung der Armee, die Arbeiterfrage sowie Fragen der Rohstoffversorgung und der Finanzen. Die Rohstoffversorgung war für Ungarn von wesentlich geringerer Bedeutung als für Deutschland und Österreich, wofür samt der finanziellen Frage lediglich in völligem Einverständnis eine befriedigende Lösung gefunden werden könne.<sup>33</sup>

Leó Lánczy, Vorsitzender der Budapester Industrie- und Handelskammer, legte dar, dass die Festlegung des Systems der Übergangswirtschaft den Grundstein für die definitive Wiederherstellung der Friedenswirtschaft bilde. Sie müsse innerhalb kürzester Zeit geschehen, und das Endziel wäre die Wiederherstellung der Handelsfreiheit und die Freiheit der Industrieproduktion. All das diene auch staatlichen Interessen und ermögliche eine ausreichende Versorgung von Millionen Einwohnern.<sup>34</sup>

Der Statistiker und Politiker Dr. Paasche, deutscher Vorsitzender des Dreibundes für Wirtschaft, ging davon aus, dass der Wirtschaftskampf nach dem Friedensschluss sofort einzustellen sei, was jedoch einen harten Kampf mit England bedeuten werde, das sich unerwartet stark und skrupellos zeige.<sup>35</sup> Max Friedmann, Vorsitzender des Österreichisch-Deutschen Verbandes erwähnte ebenfalls häufig England und bekräftigte erneut das tatsächliche Ziel des mitteleuropäischen Zusammenschlusses: „*Das von uns geplante Mitteleuropa entsteht nicht als Selbstzweck, sondern als Notwendigkeit für die Kultur ganz Europas, welches sich zu wehren haben wird gegen die andauernd perfiden Pläne Albions und gegen den würdigen Bundesgenossen des perfiden Albions: Amerika.*“<sup>36</sup>

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Ebd., 21–22.

<sup>35</sup> Ebd., 26.

<sup>36</sup> Ebd., 27.

Die Wortmeldung Gustav Stresemanns war voll von Sorge um die Zukunft. Dass nicht einmal eine „Koalition des Erdballs“ imstande sei, die Mittelmächte militärisch zu besiegen, sei zwar ein Faktor, der einen baldestmöglichen Friedensschluss erzwingen; mit der Verkündung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges spielte ihnen die Offensive auch wirtschaftlich in die Hände; nach der großen historischen Umwandlung in Russland werde der Krieg dort zu Ende gehen. Die Übergangswirtschaft signalisiere bereits in ihrer Bezeichnung die Revolutionierung unseres gesamten Wirtschaftslebens, fuhr er fort, denn eine einfache Wiederherstellung früherer Verhältnisse erscheine unmöglich.

Er würde die handelspolitischen Verhältnisse der Übergangswirtschaft nur vorübergehend festlegen und die endgültige Entscheidung erst nach einigen Jahren fällen. Auch er erwähnte England, das alles daran setzen werde, Deutschland zu schwächen. Über die Materialien der Pariser Wirtschaftskonferenz und der ihr vorausgegangenen interparlamentarischen Konferenz sagte er, dass die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens überall betonten, dass sie sich gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten verteidigen müssten. Er zitierte einen französischen Delegierten, der meinte, man solle sich darüber im Klaren sein, dass die Deutschen mit dem ersten Tage des Friedens Waren im Werte von vielen Milliarden über die Grenzen werfen würden.<sup>37</sup>

Zweifelsohne müsse man das in Zukunft erstarkende England viel ernster nehmen, das mit seinem gewaltigen Kolonialreich eine gemeinsame Armee aufstelle sowie eine gemeinsame Finanz- und Zollpolitik betreibe, die sich gegen Deutschland richte. *„Wir werden zweifellos mit der Tatsache zu rechnen haben, dass ein wirtschaftlich und finanziell sich verblutendes Europa nach diesem Kriege einem wirtschaftlich noch verstärkten Amerika gegenüberstehen wird,“*<sup>38</sup> wiederholte er alte Ängste. *„Die Möglichkeiten unseres Exports würden ohne Zweifel geschwächt, wenn wir von unseren Wirtschaftsbeziehungen abgeschnitten werden.“* Dies könne auch noch von Währungs- und Rohstoffproblemen gekrönt werden. Zusammenfassend konnte er zu diesem Fragenkomplex nur so viel sagen: *„In diese neue Zeit werden wir mit sehr schwerem Gepäck hineingehen, und Österreich-Ungarn und Deutschland brauchen aufeinander nicht bis zu dem Tage des Friedens zu warten, sondern gegenseitig versuchen die Situation zu erleichtern.“*<sup>39</sup>

<sup>37</sup> Ebd., 31.

<sup>38</sup> Ebd., 33.

<sup>39</sup> Ebd., 36.

Die sozialpolitischen Aufgaben schnitt er nur kurz an, weil in dieser Hinsicht die Gegensätze seiner Meinung nach überhaupt nicht bedeutend seien, weder zwischen den Regierungen noch unter den Regierten. Ein viel größeres Problem könne später der Arbeitskräftemangel bedeuten. Er warnte jedoch die Anwesenden sehr vor den staatlichen Betrieben und „den Export reichsmäßig zu verstaatlichen“.<sup>40</sup> Trotz der Zerstörungen durch den Krieg, die der Wirtschaft widerfahren waren, hoffte er, dass „aus diesem Kampfe für unsere Zukunft, unsere Völker und unsere Staaten größer, stärker und freier hervorgehen werden, denn je“.<sup>41</sup>

An der siebenten Tagung des Verbandes am 16. und 17. November 1917 in Hamburg nahmen bereits mehrere Hundert Delegierte teil: Aus Ungarn waren es 45, aus Österreich 80, aus Deutschland 250 Teilnehmer.<sup>42</sup> An der Stimmung und am Programm der Beratung war die Verbesserung der militärischen Lage zu spüren, was den Grund für einen gewissen Optimismus bot, selbst dann, wenn „*man uns die Meistbegünstigungsklausel verweigern will; man will uns die für unsere Industrie so notwendigen Rohstoffe nicht liefern; man will unseren Verkehr, unseren Handel und unsere Schifffahrt besonderen Vorschriften und einer Aufsicht unterwerfen*“.<sup>43</sup>

Max Friedmann freute sich im Namen der österreichischen Delegation über „*die Sicherung der österreichischen Adria, nachdem wir uns lange vorher Arm in Arm den Weg zum Bosphorus frei gemacht haben. Von Hamburg und der Ostsee nach Triest und Konstantinopel reichen sich die Verbündeten die Hände!*“<sup>44</sup>

Gyula Madarassy-Beck war deswegen besorgt, weil „*der Staat in diesem Kriege in seiner Machtfülle unerhört groß geworden ist. Das ganze Wirtschaftsleben, Produktion, Handel und Konsum ist zu einem großem Teile in seine Hand geraten. Hier in Hamburg wollen wir wieder mit fester Stimme verkünden, dass dieser staatliche Imperialismus nur so lange dauern darf, bis absolut zwingende Gründe des Gemeinwohls dafür sprechen, und dass wir eine kraftvolle, regenerierende wirtschaftliche Entwicklung unserer Staaten nur nach dem Abbau der staatlichen Ingerenz von der vollen Freiheit des privaten Unternehmergeistes erwarten*“.<sup>45</sup> „*Es sei möglich, dass wir noch lange und hart um den Frieden kämpfen müssen. Oft fühle man sich, wie die Völker, die den babylonischen Turm bauten.*

---

<sup>40</sup> Ebd., 44.

<sup>41</sup> Ebd., 49.

<sup>42</sup> *Bericht*, 1918, 15–16.

<sup>43</sup> Ebd., 10.

<sup>44</sup> Ebd., 17.

<sup>45</sup> Ebd., 19.

*Wir und unsere Feinde sprechen eine Sprache, können uns jedoch gegenseitig nicht verstehen. Was drüben gesagt wird, das hören wir fast immer nur mit geballten Fäusten an. Als ob die Fronten zwischen Riga und dem Schwarzen Meer, dem Schwarzen Meer und Ostende und Venedig nicht Menschen gleichen Typus, sondern Bewohner unterschiedlicher Himmelskörper voneinander trennten.“ [...] „Aber es mehren sich jeden Tag die Zeichen dafür, dass dies einmal doch anders wird. In Russland wütet eine uferlose Revolution, Italien ist demoralisiert unter dem Eindruck unseres fulminanten Siegeszuges. Bis dahin, bis die Ernüchterung aus dieser Psychose für die Welt kommen wird, müssen wir weiter kämpfen und die große Arbeit der Wiedergeburt unserer Wirtschaft nach dem Kriege vorbereiten.“<sup>46</sup>*

Hier wurde auch der Plan zum Ausbau des Großschiffahrtsweges Elbe-Oder-Donau diskutiert. Über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhöhung der Schifffahrtssteuern erließ Deutschland bereits am 24. Dezember 1911 ein Reichsgesetz. Von den zahlreichen Konzepten standen in Wirklichkeit zwei Pläne im Vordergrund: die Wasserstraße Rhein-Main-Donau für die Errichtung einer West-Ost-Verbindung sowie die Wasserstraße Elbe-Oder-Donau für die Verbindung des nördlichen Teils Mitteleuropas mit dem Südosten. Durch die Fortsetzung der Schiffbarmachung des Mains und den Main-Donau-Kanal würde die Rhein-Schifffahrt tief in die südlichen Landesteile Deutschlands hineinreichen und sich dort mit der Donau-Wasserstraße verbinden.

Im Februar 1917 wurde in Bayern schließlich eine Gesetzesvorlage über die Errichtung des Großschiffahrtsweges Rhein-Main-Donau erstellt. Das Hauptziel dieses Schrittes bestand darin, „den wirtschaftlichen Einfluss der Häfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen zu erweitern“, d. h. die deutschen Seehäfen mit der Donau zu verbinden. Für das Projekt einer Wasserstraße von der Nordsee zum Schwarzen Meer wurden 650 Millionen Reichsmark veranschlagt.

Über den großen Schifffahrtsplan referierten auf der Sitzung in Hamburg mehrere Personen. Der Wiener Hofrat Otto von Schneller ging davon aus, dass der nach dem Krieg zu erwartende Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt und der zunehmende Geldbedarf der Staatsverwaltung (Invaliden- und Arbeiterversorgung, Wiederaufbau usw.) die Kräfte der Mittelmächte dazu zwingen würden, die Volkswirtschaft mit neuen Einnahmequellen zu stärken und das Vermögen der Volkswirtschaft aufzusto-

---

<sup>46</sup>Ebd., 19–20.

cken. Dafür erwähnte Schneller drei Möglichkeiten: die Stärkung der heimischen Industrie, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt beibehält; die bessere Nutzung der vorhandenen Naturschätze sowie die Erleichterung der Produktions- und Baubedingungen der Landwirtschaft; die Einbeziehung und Förderung bisher weniger beachteter alter Produktionsgebiete, die ihre Industrie – so weit wie möglich – von den Märkten in Übersee unabhängig machen. D. h. es gehe darum, die Produktion billiger zu machen, die Vorkommen von Bodenschätzen aufzuwerten und die für die heimische Industrie erforderlichen Rohstoffe aus neuen Vorkommen möglichst ökonomisch zu gewinnen. Dabei komme der Reduzierung der Transportkosten eine wichtige Rolle zu, die im Fall von Massenartikeln von grundlegender Bedeutung sei. Eine weitere Aufgabe bestehe in der Errichtung neuer Verkehrswege zu den neu hinzukommenden Produktionsorten, in erster Linie im Nahen Osten.<sup>47</sup>

Die Bahn könne diese Verkehrsaufgaben deshalb nicht lösen, weil eine empfindliche Preissteigerung bei den Eisenbahn- und sonstigen Tarifen für die Industrie eine solche Belastung darstelle, dass sie gezwungen sei, für ihre Frachtgüter eine Ergänzung zu den bisherigen Transportwegen zu suchen. Der Krieg machte es ebenfalls offensichtlich, dass die Bahn neben den besonders behandelten Militärtransporten außerstande sei, den Erwartungen des zivilen Güterverkehrs gerecht zu werden. Die Transportkosten könnten allein durch den Transport auf dem Wasserwege reduziert werden, dessen Ausbau Otto von Schneller als unausweichlich betrachtete.<sup>48</sup>

Die Errichtung des Wasserweges Elbe-Oder-Donau ging von der Erkenntnis aus, dass die Donau-Schifffahrt keinerlei Transporte zwischen Tälern umfasste; auf dem Wasserwege könnten Kohle und Koks aus Oberschlesien, oder aus den Becken Mähren-Ostrava bzw. Galizien sowie Produkte der Eisenindustrie, Zink, Blei und Waren der schlesischen Industrie transportiert werden. Ein Zuwachs des Verkehrs, der die Täler verbindet, würde die Transporte auf der Donau vermindern, und die großen Eisenerzreserven der Steiermark würden durch den Wasserweg näher an die österreichischen und deutschen Industriegebiete herankommen.<sup>49</sup>

Die Gesamtlänge der auszubauenden Wasserwege würde 566 Kilometer, der Höhenunterschied 506 Meter betragen, der durch 84 Schleusenkammern (mit einer Tiefe von 1,7-10 m) ausgeglichen werden sollte. Als

<sup>47</sup> Ebd., 55–56.

<sup>48</sup> Ebd., 56.

<sup>49</sup> Ebd., 34–35.

allgemein einsetzbarer Schiffstyp wurde das in der Donau-Schifffahrt gut bewährte sog. 670-Tonnen-Schiff (Länge: 63,1 m, Breite: 8,24 m, Tiefgang: 1,8 m) angenommen. Die Mehrheit der Schlepper der Schifffahrtsgesellschaften entsprach den technischen Parametern dieses Typs.<sup>50</sup>

Die Wasserstraßen für die Verbindung mit dem Osten und dem Nahen Osten würden auch die Möglichkeit der Erweiterung bieten: Man könne den Donau-Oder-Kanal in Richtung Weichsel fortsetzen, der die ausgedehnten Kohlefelder im österreichischen Mähren und in Schlesien mit dem Herzen der Monarchie verbinden würde, und die österreichischen Kanäle würden so Transitverkehr auch für Deutschland bringen.<sup>51</sup>

Der Sekretär der Budapester Handels- und Industriekammer József Vágó würdigte das Projekt und analysierte die Lage des Wasserverkehrs in Ungarn, der auf eine längere Vergangenheit zurückblicke. Unterdessen führte er aus – was Herabwürdigung gleichkam –, dass die Politik des Wasserverkehrs mit der Außenhandelspolitik der Mittelmächte zu verbinden sei, ansonsten schade sie den Wirtschaftsinteressen Ungarns. Diese Kanäle würden nämlich die Möglichkeit verstärken, dass Agrarprodukte der Balkanstaaten, die der ungarischen Agrarwirtschaft eine Konkurrenz bedeuten, auf den deutschen Markt gelangten. Dadurch würden auch die Ziele des ungarischen Industrieexportes beschädigt werden. Für Deutschland stehe der gesamte Weltmarkt offen. Den ungarischen, aber auch den österreichischen Industrieprodukten sei lediglich der Balkan, „nur ein ganz kleiner Platz unter der Sonne geblieben“. Bisher hätten sie einen gewissen Vorteil dadurch genossen, dass sie ihre Industriewaren auf der Donau etwas billiger in diesen Raum transportieren konnten als Deutschland mit der Bahn. Die Verbindung der deutschen Wasserwege mit der Donau würde jedoch sogar diesen winzigen Vorteil abschaffen.<sup>52</sup> Der Vorsitzende der Beratung merkte an, dass er mit der ersten Hälfte des Berichtes einverstanden sei, im zweiten Teil jedoch Vágó „etwas Wermut in den Wein gegossen, und abweichend von der Meinung vieler anderer“ gesprochen habe.<sup>53</sup>

Am zweiten Tag der Sitzung traf ein Grußtelegramm von Kaiser Wilhelm II. ein, in dem er der Tagung versicherte, mit Freude an der Unterstützung der gemeinsamen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Interessen

---

<sup>50</sup> Ebd., 64.

<sup>51</sup> Ebd., 67.

<sup>52</sup> Ebd., 80–81.

<sup>53</sup> Ebd., 81.



zusammen mit seiner Regierung teilzunehmen.<sup>54</sup> Anschließend nahm die Beratung den nachstehenden Beschluss an: „*Die Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände Berlin-Wien-Budapest betonen, dass nach dem Kriege ungesäumt an die Herstellung leistungsfähiger Wasserstraßenverbindungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geschritten werden muss [...]. Als wirtschaftlich wichtigste und dringendste Verbindung kommen der Elbe-Oder-Donau- und der Rhein-Main-Donau-Kanal in Betracht.*“<sup>55</sup>

Als zweiter großer Themenkreis wurden die Interessen der Mittelmächte auf See behandelt. Dr. Johann Auspitzer, Direktor der Österreichischen Lloyd, betrachtete dessen erneute Rückkehr in den Weltverkehr als erste Anforderung der Nachkriegszeit. Verglichen mit Deutschland gebe es im Übrigen einiges zu entwickeln: Der Wert des deutschen Außenhandels betrug bei 70 Millionen Einwohnern in Kronen gerechnet 25 Milliarden, während der von Österreich-Ungarn bei 50 Millionen Einwohnern sich auf 6 Milliarden belief.<sup>56</sup> Es müssten Vorbereitungen getroffen werden, um eine Export-Organisation ins Leben zu rufen, und in den Friedensverträgen sei die prinzipielle Freiheit des Verkehrs zu erzielen. Zu präzisieren sei ebenfalls, warf er auf, was in Wirklichkeit unter dem Begriff Übergangswirtschaft zu verstehen ist.

Dr. József Kovács, Direktor der ungarischen Schifffahrts-Aktiengesellschaft *Adria*, informierte die Teilnehmer über den grundlegend abweichenden Charakter und die Bestrebungen der ungarischen Schifffahrt. Ungarn verfüge lediglich über einen einzigen bedeutenderen Hafen, Fiume, der abseits vom Weltverkehr liegt. Eine Verbindung mit dem Landesinneren sei äußerst schwierig, weil keine ausreichende Wasserstraße und entsprechende Bahnverbindung zur Verfügung stehen würden. Daher sei die ungarische Seeschifffahrt künstlich geschaffen worden und werde künstlich am Leben erhalten, so dass sie auf staatliche Subvention angewiesen sei.<sup>57</sup>

Der Krieg habe Ungarns Schifffahrt aus dem Weltverkehr ausgeschlossen, und die Friedensverhandlungen würden, so hoffe er, ihr die Freiheit zurückgeben. Er ging davon aus, dass der Friedensschluss sämtliche Hindernisse des internationalen Schiffsverkehrs beseitigen werde. Er bat darum, „den Wissenschaftlern der Übergangswirtschaft“ nicht nachzugeben und die Schifffahrt nicht überflüssig in Fesseln zu legen. In den Friedensbedingungen sei

<sup>54</sup> Ebd., 94.

<sup>55</sup> Ebd., 113.

<sup>56</sup> Ebd., 117.

<sup>57</sup> Ebd., 125–126.

festzulegen, dass Export und Import nach Ende des Krieges höchstens ein Jahr lang unter der Aufsicht eines internationalen Ausschusses stehen sollten, der eine gerechte Aufteilung der Waren kontrolliert. Dieser Ausschuss wäre das erste über supranationale Autorität verfügende Organ der Völkerliga, das Europa von den drohenden Leiden retten werde. Eine weitere wichtige Frage wäre die Rekonstruktion und Erweiterung der ungarischen Handelsflotte. Ungarn stecke in einer weit schwierigeren Lage als Deutschland und Österreich. Es verfüge über keinen entsprechenden Schiffbau, daher rechne man in dieser Hinsicht damit, dass sich der Standpunkt Österreichs annähert. Er hoffte darauf, dass nach dem Krieg eine Rückwanderung großen Ausmaßes ins Land einsetzen würde und diese Menschen auf den Linienschiffen der deutschen Schifffahrtsgesellschaften (Hamburg-Amerika-Linie und Norddeutscher Lloyd) in ihre alte Heimat zurückkommen.<sup>58</sup>

Bernhard Huldermann, Direktor der Schifffahrtsgesellschaft Hamburg-Amerika-Linie, erwähnte in seiner Einleitung, dass die deutsche Handelsflotte vor dem Krieg auf dem Höhepunkt ihrer blühendsten Konjunktur stand, die der Krieg in nie dagewesene Tiefen stürzte. Die wegen der Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse geschrumpfte deutsche Schifffahrt stehe der Schifffahrt der finanziell erstarkten neutralen Staaten gegenüber. Der Überseehandel wurde weitgehend geschwächt. Der weltweite Umsatz brach wegen des Krieges völlig zusammen. Er befürchtete, dass die Übergangswirtschaft und auch die Wiederherstellung der Volkswirtschaft weitere Schwierigkeiten bereiten würden, weil die Reserven stark zurückgingen. *„Wir müssen uns überhaupt an den Gedanken gewöhnen, dass es nach dem Kriege nicht so weiter möglich sein wird, in den Spuren unserer Väter weiter zu wandeln und einfach die abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen, sondern wir müssen uns für unsern Handel und Verkehr eine völlige Neuorientierung suchen.“*<sup>59</sup>

Im Anschluss an die auf der Tagung am 19. März 1917 in Berlin gefassten Beschlüsse *„sprechen sich die Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände Berlin-Wien-Budapest für eine möglichst enge Vereinigung der Mittelmächte auch auf dem Gebiete des Verkehrs, im besonderen der Seeschifffahrt, aus. Und der zweite Beschluss erklärte, dass die Fragen der Übergangswirtschaft im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen und der freien wirtschaftlichen Betätigung möglichst bald die Wege wieder zu eröffnen sind.“*<sup>60</sup>

<sup>58</sup> Ebd., 130–131.

<sup>59</sup> Ebd., 140.

<sup>60</sup> Ebd., 146–147.

## VEREITELUNG DER MITTELEUROPA-PLÄNE

Die Mitteleuropa-Pläne über eine engere Verknüpfung der deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen in Politik und Wirtschaft sowie die Schaffung ihres Zollbündnisses wurden schließlich nicht verwirklicht. Das Verhältnis der beiden Monarchien wurde immer mehr durch den aus stets aggressiveren und machtpolitischen Überlegungen genährten Standpunkt der deutschen Kriegsführung determiniert, der die wirtschaftlichen Argumente und Vereinbarungen des mitteleuropäischen Zusammenschlusses beiseite fegte und die Donaumonarchie fast in eine Vasallenrolle drängte. Bei der militärischen Besetzung der einzelnen Länder brauchte man keine Wirtschaftsverträge mehr. Wegen der ständigen Reibereien kam man bis Ende des Krieges lediglich bis zur Unterzeichnung eines Bündnisvertrages der beiden Monarchien. Seine Realisierung und eventuelle Erweiterung auf Mitteleuropa wurden allerdings im Oktober-November 1918 durch den militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte auf dem Balkan und anschließend den Zusammenbruch der beiden Kaiserreiche, später durch die Pariser Vorortverträge (1919–1920) vereitelt.

Politisch stießen die beiden Monarchien in erster Linie in Verbindung mit der Zukunft des gemeinsam okkupierten Polen zusammen. Bis Februar 1916 vollzog Deutschland eine endgültige Wende in Sachen Polen: Es wurde erklärt, dass Österreich-Ungarn nicht die von Deutschland geforderten Garantien der austro-polnischen Lösung aus dem Jahre 1914 garantiere, daher wurde das Ziel der deutschen Politik in der Gründung eines mit Deutschland eng verbundenen polnischen Staates determiniert. Das Tauziehen der beiden Monarchien um Polens Schicksal begleitete den Verlauf des Ersten Weltkrieges bis zum Schluss. Die Österreichisch-Ungarische Monarchie hatte sich ständig des Drucks verschiedener deutscher Stellen zu erwehren.

Die grundlegend unterschiedliche Einschätzung der Lage durch die Führung der beiden Monarchien wurden bis zum Frühjahr 1917 völlig offensichtlich: Österreich-Ungarn hätte gern um jeden Preis Frieden schließen und den Krieg beenden wollen, in diesem Interesse neigte es auch zu weitgehenden territorialen Zugeständnissen, um die deutsche Kriegsführung zu einem Friedensschluss zu bringen. Die Möglichkeit des Friedens mit einem Ausgleich sah es im Westen, d. h. im Fall Frankreichs (Verzicht auf Elsass-Lothringen), und leitete im Februar 1917 auch eine eigene Initiative (Sixtus-Brief) ein. Die Vorschläge zum Friedensschluss wurden von

Wilhelm II. hochmütig zurückgewiesen, obwohl Karl (I.) IV. bereits signalisiert hatte, dass neben der Entente die innere Revolution ihre Systeme hinwegfegen könnte.

ISTVÁN NÉMETH

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## UNGEDRUCKTE QUELLEN

PA AA

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

## GEDRUCKTE QUELLEN

*Bericht*, 1916: *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes am Montag, den 29. November 1915 in Dresden betr. die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in Anwesenheit zahlreicher Industrieller und Wirtschaftspolitiker aus Österreich und Ungarn*. Berlin, 1916.

*Bericht*, 1917: *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes, des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes und des Österreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes am 23. und 24. Juni 1917 in Budapest, betr. das gemeinsame Vorgehen in Fragen der Übergangswirtschaft*. Budapest, 1917.

*Bericht*, 1918: *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes in Berlin, mit dem Österreichisch-Deutschen Wirtschaftsverband in Wien und dem Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverband in Budapest, am Freitag, den 16. November 1917 und Sonnabend, den 17. November 1917 in Hamburg (7. gemeinsame Sitzung)*. Berlin, 1918.

## LITERATUR

ANGELOW, 1996: Jürgen ANGELOW: *Interessenidentität und Mächtekonkurrenz im Zweibund*. In: Helmut Rumpel und Jan Paul Niederkorn (Hrsg.): *Der „Zweibund“ 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie*. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1996, 321.

CHARMATZ, 1916: Richard CHARMATZ: *Minister Freiherr von Bruck. Der Vorkämpfer Mitteleuropas. Sein Lebensgang und seine Denkschriften*. Leipzig, 1916.

NÉMETH, 2001: NÉMETH István: *Európa-tervek 1300–1945. Visszapillantás a jövőbe*. [Europa-Pläne 1300–1945. Rückblick in die Zukunft]. ELTE Eötvös Kiadó, Budapest, 2001. 253–255, 258–259.

NÉMETH, 2004: NÉMETH István: *Németország története. Egységtől az egységig (1871–1990)*. [Geschichte Deutschlands. Von der Einheit zur Einheit]. Budapest, 2004.

NÉMETH, 2008: NÉMETH István: *Julius Wolf közép-európai gazdasági egyesülete (1904–1918)*. [Die mitteleuropäische Wirtschaftsvereinigung von Julius Wolf]. *Acta Acad. Paed. Agriensis, Sectio Historiae XXXV*. (2008), 149–180.

NÉMETH, 2009: NÉMETH István: *Hatalmi politika Közép-Európában. Német és osztrák-magyar Közép-Európa tervezés (1871–1918)*. [Machtpolitik in Mitteleuropa. Deutsche und österreichisch-ungarische Mitteleuropa-Planung]. Budapest, 2009.

OPITZ, 1977: Reinhard OPITZ, *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945*. Köln, 1977.



DIE AUßENPOLITISCHE KONZEPTION  
VON ISTVÁN TISZA  
IN DEN JAHREN DES ERSTEN WELTKRIEGES

István Tisza wurde am 10. Juni 1913 zum zweiten Mal Ministerpräsident von Ungarn. Da seine Partei, die Partei der Nationalen Arbeit, seit 1910 über eine absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus verfügte, waren die Voraussetzungen für die Regierung optimal. So machte er sich mit großer Energie an die Verwirklichung seiner Vorstellungen. Am 28. Juli 1914 brach jedoch der Erste Weltkrieg aus und Tisza musste seine Aufmerksamkeit voll und ganz der Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und der Maximierung der militärischen Fähigkeiten Ungarns – und der gesamten Monarchie – widmen. Seine Politik erwies sich überraschend lange als erfolgreich. Um seine außenpolitische Konzeption und deren Änderungen während des Ersten Weltkriegs untersuchen zu können, müssen wir erst seine Ansichten aus der Zeit vor dem Weltkrieg kennenlernen.<sup>1</sup>

Im Zentrum der Außenpolitik von István Tisza stand die reale und effektive Vertretung der Interessen Ungarns. Gerade deshalb war er kein Befürworter der zu dieser Zeit so populären Unabhängigkeitspolitik, sondern unterstützte den Ausgleich von 1867. Er war gemeinsam mit vielen seiner Zeitgenossen der Meinung, dass die Österreichisch-Ungarische Monarchie Ungarn günstige Entwicklungsvoraussetzungen sichere, denn als Teil einer europäischen Großmacht könne sich Ungarn in geschütztem Rahmen entwickeln. Zudem sicherte die Monarchie die territoriale Integrität und wirtschaftliche Entwicklung des Landes.<sup>2</sup>

Die Garantie der territorialen Integrität war für diese Generation von sehr großer Bedeutung, denn sie war sich sehr wohl dessen bewusst, dass in Ungarn nur die Hälfte der Einwohner ungarischsprachig war, die Jahre 1848–49 hat-

---

<sup>1</sup>Die Publikation ist ein Auszug aus dem Text MARUZSA, 2012, 179–213.

<sup>2</sup>TŐRÉCZKI, 2000, 95–106.

ten außerdem deutlich gemacht, dass die Aufrechterhaltung der politischen Macht Ungarns in den von Minderheiten bewohnten peripheren Regionen ohne Hilfe von außen unsicher sei, vor allem im Zeitalter des um die Jahrhundertwende unter den slawischen Nationen verbreiteten Panslawismus, der auf jeden Fall mit der Unterstützung der russischen Großmacht rechnen konnte. In seiner Interpretation konnte es Ungarn nur als Teil der Monarchie gelingen, der russischen Großmacht Widerstand zu leisten, nur auf diese Weise hatte Ungarn die Chance, die politische Macht und die Vorherrschaft innerhalb Ungarns zu bewahren.<sup>3</sup> Die Monarchie war für Ungarn auch in wirtschaftlicher Hinsicht wichtig, denn der ungarische Agrarüberschuss fand in den industrialisierten westlichen Regionen einen ausgezeichneten Absatzmarkt. Zugleich trug das von dort stammende Kapital viel zur Förderung der ungarischen Industrie bei. Die wirtschaftliche Entwicklung war zu jener Zeit mit der Urbanisierung und dem Anstieg des Niveaus von Bildung und Kultur verbunden, was letztendlich viel zum Bevölkerungsanstieg beitrug und wiederum die Grundlage der ungarischen Vorherrschaft stärkte.<sup>4</sup>

Tisza und seine Anhänger waren also der Ansicht, dass die Aufrechterhaltung dieser Rahmenbedingungen von Vorteil wäre. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass die Geschichtsschreibung István Tisza als einen der entschlossensten Vertreter des Dualismus beschreibt.<sup>5</sup> Dies ist zum Teil auch als einer der Grundsteine seiner außenpolitischen Konzeption zu betrachten, denn von Budapest aus zählte das Aufrechterhalten des Dualismus zum Teil der Außenpolitik.

Ein weiterer Grundstein seiner außenpolitischen Ansichten war das aufrecht erhaltene Bündnis mit dem Deutschen Reich. Aus hundert Jahren Entfernung, und nach zwei – neben den Deutschen – verlorenen Weltkriegen, kann dies in Frage gestellt werden, man darf aber nicht vergessen, dass das Deutsche Reich damals als stärkste Großmacht Europas galt,<sup>6</sup> ein mit ihm geschlossenes Bündnis war zu jener Zeit sehr beliebt und galt als große Stärke.<sup>7</sup> Ab 1882 stärkte auch Italien diese Koalition. Man muss auch beachten, dass Russland und die Monarchie bis 1887 zwar verbündet waren, ein solches Bündnis wegen des sich verstärkenden panslawischen Strebens und

<sup>3</sup> GERGELY–IZSÁK, 2000, 20.

<sup>4</sup> ROMSICS, 2005, 25–70.

<sup>5</sup> DŰS, 1993, 56.

<sup>6</sup> DIÓSZEGI, 1994, 203.

<sup>7</sup> VERMES, 2001, 228.



der territorialen Forderungen Moskaus im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts jedoch ausgeschlossen war,<sup>8</sup> denn diese russische Großmacht bedrohte die territoriale Integrität Ungarns, indem sie unter den Ukrainern des heute transkarpatischen Gebiets eine panslawische Agitation betrieb bzw. bedeutendster Unterstützer des gegen die Monarchie gerichteten Strebens des an den südlichen Grenzen von Ungarn liegenden Serbiens war. Die Österreichisch-Ungarische Monarchie hatte also keine andere Wahl, sie musste die Großmacht wählen, die ihre territoriale Integrität nicht bedrohte. Die Tatsache, dass als Gegenpart zum Bündnis der Österreichisch-Ungarischen Monarchie mit dem Deutschen Reich mit der Zeit das Französisch-Russische Bündnis zustande kam, war eine eindeutige Folge der europäischen Traditionen der Großmachtpolitik und gefährdete die Sicherheit des Kontinents an sich nicht, denn dies schuf das traditionelle Gleichgewicht der Großmächte.<sup>9</sup> Als sich István Tisza auf die Seite des Deutschen Bündnisses stellte, tat er das in dem Glauben, dass er Ungarn so unter den Schutz einer der stärksten und sich am dynamischsten entwickelnden Mächte der Welt stelle. Im Nachhinein könnte man Tisza vorwerfen, dass er nicht bemerkte, dass der enorme deutsche Dynamismus die Antipathie der anderen Großmächte der Welt nach sich zog, und diese – miteinander verbündet – das als unbesiegbar erscheinende Deutschland besiegen würden.<sup>10</sup>

István Tisza beobachtete unter besonderer Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse der Großmächte die Entwicklung der internationalen Lage auch während des Weltkriegs. So standen – mit Rücksicht auf die geostrategische Lage Ungarns – Russland und Deutschland im Fokus seiner Aufmerksamkeit. Als bedeutendste außenpolitische Änderung betrachtete er den Zusammenbruch Russlands. In seiner Rede im Abgeordnetenhaus vom 23. November 1917 sagte er Folgendes:

*„Sehr geehrtes Haus! Das Ereignis, über welches wir in den gestern Abend erschienenen Zeitungen erfuhren, [...] laut denen die an die Macht gekommene russische Regierung den Befehlshabern der Armee befohlen hat, die Kommandanten der Truppen der Verbündeten um einen Waffenstillstand zu bitten, damit sie die Friedensverhandlungen starten können. [...] Es wäre sinnlos die Tatsache, dass uns diese Nachricht mit Freude erfüllt, abzustreiten. Sie erfüllt*

<sup>8</sup> Dies war natürlich nur um die Jahrhundertwende so, nach 1870 hätte Paris gerne ein Bündnis mit Wien gegen Berlin geschlossen, dafür war aber Wien nicht mehr offen.

<sup>9</sup> ORMOS-MAJOROS, 2003, 172–178.

<sup>10</sup> DIÓSZEGI, 1994, 204.

*uns mit Freude, weil wir diesen Krieg ja ab dem ersten Moment an als Verteidigungskrieg geführt haben, weil wir dazu gezwungen waren, [...] weil die damalige russische Regierung mit ihrer aggressiven Eroberungspolitik unsere Existenz gefährdet hat, und wir wollten diesen Krieg keine einzige Stunde weiter führen, als bis – was ich vor einem Jahr vielleicht an diesem Ort gesagt habe – es uns gelungen ist, dieser Bedrohung zu entfliehen. Wenn nun also diese Gefahr von uns weicht wird das die ganze ungarische Öffentlichkeit mit Sicherheit mit Zufriedenheit erfüllen.“<sup>11</sup>*

Es ist sehr interessant, dass István Tisza – als echter Realpolitiker – hier nicht Halt machte, sondern fortfuhr:

*„[...] es scheint so, dass das Russische Reich seine aggressive Balkan-Politik aufgibt und eine Vereinbarung mit Südost-Europa bzw. der Monarchie zu schließen versucht, und ich gab meiner Überzeugung Ausdruck, dass die Monarchie und besonders die ungarische Nation nicht unbedingt Feinde des russischen Volkes sind, dass Antagonismus zwischen uns und dem russischen Volk nur solange besteht, wie Russland seine Eroberungspolitik im Westen Europas fortführt, und dass die Voraussetzungen eines gegenseitigen Verständnisses und anhaltenden, freundschaftlichen Verhältnisses gegeben sind, sowie das Russische Reich diese aggressive Eroberungspolitik aufgibt.“<sup>12</sup>*

In seiner Rede vom 17. Oktober 1918 erwähnte Tisza als bedeutendstes Positivum das Verschwinden der russischen Bedrohung:

*„[...] in das System der Verbündeten, dessen treue Mitglieder wir waren, sind und bleiben, solange es besteht, drang eine solche Gefahr – die Notwendigkeit der Verteidigung gegen das erobernde, aggressive, autokratische Russische Reich –, welche heute, Gott sei Dank, verschwunden ist. Deshalb müssen wir unter den schrecklichen Verlusten und Zerstörungen dieses Krieges den Zerfall des Russischen Zarenreiches als bedeutendes, aktives Element in die Waage legen, wenn wir die Zukunft des Ungarischen Volkes untersuchen.“<sup>13</sup>*

<sup>11</sup> OKN 1910/XXXVII, 443–444.

<sup>12</sup> OKN 1910/XXXVII, 443–444.

<sup>13</sup> OKN 1910/XLI, 290–298.

Es gilt anzumerken, dass Tisza – auf Grund fehlender Erfahrung – die Art der bolschewistischen Macht falsch eingeschätzte und nicht damit rechnete, dass das neue Russland eine viel größere Bedrohung für die Nationen von Mitteleuropa bedeutete als vorher. Das kann ihm aber nicht vorgeworfen werden, denn das Jahr von der Machtübernahme der Bolschewisten bis zu seinem Tod, reichte zum Erkennen des weltrevolutionären Strebens der Kommunisten nicht aus.

Es gilt weiter anzumerken, dass – während er das Verschwinden der russischen Bedrohung mit Recht für positiv hielt – Tisza nicht die lebensgefährlichen Folgen dessen beachtete, was dies für die Zukunft der Monarchie bedeutete. Denn infolge der Tatsache, dass Russland nicht mehr zu den Großmächten gehörte, wären die Mittelmächte die strategischen Gewinner des Krieges gewesen, wenn es ihnen gelungen wäre, einen Frieden zu schließen, ohne aufgeteilt zu werden. Das Austreten eines der wichtigsten Elemente aus dem klassischen europäischen Gleichgewicht machte so auch die Österreichisch-Ungarische Monarchie überflüssig.<sup>14</sup> Es war nämlich schwer vorzustellen, dass ein Triumvirat, bestehend aus dem Deutschen Reich, der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und Frankreich, einen Kräfte ausgleichenden Zustand hätte sichern können, vor allem, da sich die Monarchie im letzten Jahr des Krieges praktisch in einem Deutschland untergeordneten Zustand befand.<sup>15</sup> István Tisza beschäftigte sich wahrscheinlich deshalb nicht mit dieser Bedrohung, weil er über die Zukunft der Monarchie genaue Vorstellungen hatte, wie wir später noch sehen werden.

István Tisza war während seiner ganzen politischen Laufbahn davon überzeugt, dass Ungarns Zukunft an der Seite Deutschlands, der damals stärksten Macht Europas, gesichert wäre. Diese Ansicht änderte sich bis zum Kriegsende nicht. In seiner Rede vom 5. Juni 1918 äußerte er sich wie folgt:

*„Ich bin davon überzeugt, dass ebenso, wie sich das Bündnis mit Deutschland lange Jahrzehnte hindurch [...] hinsichtlich der Existenz und Sicherheit der Monarchie und vor allem des Ungarischen Volkes bewährt hat, [...] es sich auch unter den jetzt stattfindenden enormen Kräfteproben der Staaten und Völker behauptet hat. [...] und wenn wir heute solche Stimmen hören, als ob uns dieses Bündnis zum Fortsetzen des Kampfes, im Interesse*

<sup>14</sup> DIÓSZEGI, 1994, 277; KISSINGER, 1998, 238–239.

<sup>15</sup> ORMOS–MAJOROS, 2003, 241. Weiter gilt anzumerken, dass, wäre Russland nicht aus den Reihen der Großmächte herausgefallen, Mitteleuropa bereits 1918 russisches Interessengebiet geworden wäre, was am Ende des Zweiten Weltkrieges eingetroffen ist.

*unserer Verbündeten, zwingen würde, möchte ich eines betonen – ohne diesen, meiner Meinung nach ungerechten Vorwurf genauer zu untersuchen –, und zwar, dass der Ausgangspunkt des Weltkrieges ein Angriff gegen die Integrität und Existenz der Monarchie und besonders gegen das Ungarische Volk war, und dass wir diesen bössartigen Angriff abwehren, und unsere Existenz, Integrität und zukünftige Entwicklung sichern konnten, haben wir zum Großteil der bedeutenden Kraft zu verdanken, die wir gerade bei unserem Verbündeten gefunden haben.“<sup>16</sup>*

István Tisza glaubte also fest an das Bündnis. Zugleich erfüllten ihn aber die Verhandlungen über die Vertiefung der Beziehung zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reich und der schließlich am 12. Mai 1918 unterschriebene Vertrag mit Sorgen. Die darauffolgenden Verhandlungen ließen nämlich befürchten, dass die Monarchie bis zum Ende des Krieges ihre Unabhängigkeit verlöre und unter die Ägide von Berlin geriete.<sup>17</sup> Dies konnte Tisza nicht akzeptieren, denn das hätte die Suprematie von Ungarn ebenso gefährdet, wie es vor 1867 Wien oder im Falle einer Niederlage im Krieg die russische Macht hätte tun können.<sup>18</sup> Während des Krieges konnte er seinen Standpunkt nicht voll und ganz vertreten, aber in seiner bereits zitierten Rede vom 5. Juni erklärte er klar und deutlich, wie weit die Verhandlungen gehen könnten:

*„Ich denke also, dass wir gerade wegen diesem Krieg froh und beruhigt sein können, dass die leitenden Elemente der verbündeten Großmächte Verhandlungen gestartet haben, um das Bündnis zu vertiefen. Es ist selbstverständlich, dass dieses nur international sein kann; es ist selbstverständlich, dass auch unser tieferes Verbündeten-Verhältnis nichts anderes sein kann, als ein internationales Bündnis von unabhängigen Mächten. [...] Aber ich glaube, dass wir genau auf diesem Gebiet bleiben werden: Uns öffnet sich ein großer Raum zum vorteilhaften Ausbau des Bündnisses. Vielleicht am wenigsten auf dem in engeren Sinne politischen Gebiet. Auch hier könnten wir – und von meiner Seite aus würde ich das auch mit Freude tun – zur bedeutenden Verlängerung der Zeitdauer des Bündnisses beitragen; wir können an die stärkere Konstruktion des casus foederis denken. [...]*

<sup>16</sup>OKN 1910/XXXIX, 260–263.

<sup>17</sup>NÉMETH, 2002, 78–93.

<sup>18</sup>VERMES, 2001, 460.

*Man kann meiner Meinung nach in konkreten Fragen auf militärischem Gebiet viel mehr tun, [...] natürlich auch hier ohne Beeinträchtigung der Souveränität und Unabhängigkeit der zwei Großmächte. [...] Aber ich kann mir eine Reihe von Maßnahmen sehr gut vorstellen, die die Kooperation zwischen den Führern, den Generalstäben und den technischen Elementen der zwei Armeen noch intensiver machen könnten.*

*Vielleicht kann der Frage aus wirtschaftlicher Hinsicht der größte Wert zukommen; auf wirtschaftlichem Gebiet kann eine Reihe von gegenseitigen Begünstigungen erfolgen, mit denen wir einander einen guten Dienst leisten könnten, ohne die Souveränität und Unabhängigkeit der teilnehmenden Staaten zu beeinträchtigen, oder die Produktionsvoraussetzungen irgendeines teilnehmenden Staates zu opfern, denn das dürfen wir nicht tun.<sup>19</sup>*

Tisza konnte sich also zugleich eine engere politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vorstellen, aber ausschließlich „ohne die Unabhängigkeit und Souveränität der zwei Großmächte zu beeinträchtigen“.<sup>20</sup> Den „Mitteleuropa-Plan“, der eine deutsche Hegemonie bedeutet hätte, hielt er für vollkommen unvorstellbar.<sup>21</sup> Wir könnten auch sagen, dass dies eine recht moderne, den Grundsätzen der heutigen europäischen Integration entsprechende Vorstellung seiner Zeit war. Es ist aber ganz erstaunlich, dass er auch in dieser Vorstellung bis zum Äußersten danach strebte, die Interessen Ungarns richtig zu erkennen und zu schützen. Dies beweist auch ein Abschnitt aus seiner Rede vom 5. Juni:

*„Ich möchte bis zum heutigen Tag nur zwei Leitfäden erwähnen. Zwei Ansprüche, die meiner Ansicht nach bedeutende Voraussetzungen dafür sind, dass Vorstellungen der Monarchie und ganz besonders Ungarns in Erfüllung gehen können. [...] Der eine ist, dass wir durch die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland auch auf finanziellem Gebiet die Unterstützung bekommen, die die Monarchie im Allgemeinen, und Ungarn im Besonderen benötigt. [...] Der andere, dass das wirtschaftliche Gebiet, welches in das engere Verbündetenverhältnis einbezogen wird, in Bezug auf die wichtigsten ungarischen Produkte, seine Importgebiet-Rolle nicht verlieren darf. Denn gerade davon hängt es ja ab, ob der Gewinn, den wir durch die Öffnung des*

<sup>19</sup> OKN 1910/XXXIX, 260–263.

<sup>20</sup> ORMOS–MAJOROS, 2003, 242.

<sup>21</sup> NÉMETH, 2002, 87.

*deutschen Marktes finden, Realität bleibt oder zur leeren Fiktion wird und die ungarische Landwirtschaft auch noch die Stütze verliert, über die sie in ihrer auf dem österreichischen Markt eingenommenen Position noch verfügte. [...] Nun muss diese Frage gerade unter heutigen Umständen sehr vorsichtig behandelt werden. Denn die Zahlen – die Statistik – die uns zur Verfügung stehen, stellen aus vielerlei Hinsicht kein entsprechendes Zukunftsbild dar. Die Grenzen der Länder verschieben sich. Heute wissen wir noch nicht, wie die sich östlich von uns befindlichen, sich vom Russischen Reich trennenden Länder eingerichtet werden. [...] Aber wir wissen sehr gut, dass dies solche Länder sind, deren landwirtschaftliche Produktion in großem Maße steigerbar ist [...] und in denen die Landwirtschaft, wenn sie für höhere wirtschaftliche Kulturen erreichbar werden und in ein geschütztes landwirtschaftliches Gebiet geraten, und so mit ganz anderen Rohstoffpreisen rechnen können, einen riesen Aufschwung nehmen kann. [...] Auf der anderen Seite ist dann z. B. die Frage Polen. Russland-Polen war in letzter Zeit die Region, die Rohstoffe importierte. Denkt denn jemand daran, dass dies so bleibt, wenn die große polnische Industrie, die ein künstliches Produkt war und nur deshalb entstehen konnte, weil sie über eine Monopolposition auf dem russischen Markt verfügte, die während dem Krieg einen enorm großen Verlust erlitt, aus eigener Kraft wieder funktionsfähig werden kann? Ist andererseits die Annahme, dass die polnische Landwirtschaft bald einen Aufschwung erlebt, denn nicht berechtigt? [...] Da ist die Änderung in Rumänien. [...] Denn Rumäniens Exportfähigkeit wird, wenn es sich Bessarabien wirklich anschließen wird, bedeutend gesteigert. [...] Ich denke, das sind alles Aspekte, die beachtet werden müssen, und über die wir schon heute aussagen müssen, dass ein wirtschaftliches Bündnis mit dem Deutschen Reich für uns nicht nur dann vorteilhaft, ich sage sogar, nur dann akzeptabel, nur dann möglich ist, wenn es nicht mit dem Einschmelzen in ein so großes wirtschaftliches Gebiet verbunden ist, welches über Rohstoffüberfluss verfügt. Denn in diesem Fall würde die Landwirtschaft der in das Bündnis eintretenden Großmächte diesem Bund zum Opfer fallen. [...] Und dies wäre meiner Meinung nach ein großer Fehler seitens des Deutschen Reiches und Österreichs, für Ungarn wäre es aber geradezu katastrophal. So ist es unbedingt notwendig, dass das Vetorecht Ungarns in der Frage, ob sich noch weitere Länder außer dem Deutschen Reich, Österreich und Ungarn dem Bund anschließen, und wer sich diesem*

*noch anschließen könnte, bewahrt werden muss. [...] Dies muss voll und ganz von der Einwilligung der Monarchie abhängen, und es muss wieder eine solche Vereinbarung zwischen den zwei Staaten der Monarchie zustande kommen, anhand welcher beide das Vetorecht nutzen können.*<sup>22</sup>

Es ist sehr wichtig zu erkennen, dass die Unterstützung von Tisza nicht durch eine voreingenommene Deutschlandfreundschaft, sondern durch reale Berechnung gesteuert war: Er hielt das deutsche Kapital für die Zeit nach dem Krieg im Neuaufbau von Ungarn für notwendig und sah große Möglichkeiten in der Öffnung des deutschen Agrarmarktes – vorausgesetzt, es gelänge, die Konkurrenz von diesem Markt fern zu halten. Deshalb äußerte er wiederholt, dass Ungarn souveräne Entscheidungen treffen dürfe und über ein Vetorecht verfügen solle, was unter anderem die Erweiterung des neuen Bundes betreffe. Er dachte also über ein ähnliches System wie den Dualismus nach, in welchem er außer einer engen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit die ungarische Suprematie auf ungarischem Gebiet unangetastet gelassen hätte und Ungarn mit Deutschland in Parität gebracht hätte. Man kann diese Vorstellung natürlich für übertrieben halten und der Meinung sein, dass Tisza die Bedeutung Ungarns in der internationalen Politik überbewertete. Es ist jedoch schwer zu bestreiten, dass dies aus nationaler Hinsicht viel akzeptabler gewesen wäre als der Spielraum, den Ungarn an der Seite des späteren nationalsozialistischen Deutschland oder der kommunistischen Sowjetunion hatte.

Bei einer Analyse der internationalen Situation müssen wir auch die Ansichten von István Tisza erwähnen, was das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn betrifft. Wie wir bereits hingewiesen haben, war István Tisza ein unbedingter Befürworter der Erhaltung der Monarchie. Deshalb war er schon zu seinen Lebenszeiten und auch nach seinem Tod vielen Anfeindungen ausgesetzt, obwohl – wie wir bereits erläutert haben – seine Befürwortung des Dualismus gerade der Erkenntnis entstammte, was die wirklichen Interessen Ungarns waren. Je mehr jedoch der Krieg voranschritt, desto weniger war Österreich eine Stütze für Ungarn.<sup>23</sup> In seiner Rede vom 25. Juni 1917 äußerte sich Tisza so:

*„Die überaus schlechte Funktionsfähigkeit des Parlaments hat schon eine österreichische Regierung zerstört, in der auf jeden Fall verantwortungsbe-*

<sup>22</sup> OKN 1910/XXXIX, 260–263.

<sup>23</sup> VERMES, 2001, 456.

*wusste Staatsmänner Platz genommen hatten. Österreich verfügt heute – theoretisch – über ein Parlament; was dieses Parlament heute erreichen kann und was es tun kann, darüber rede ich nicht – aber daneben hat Österreich keine Regierung. Es hat administrative Behördenleiter, die die laufenden Angelegenheiten organisieren, aber keine Regierung, die traurige Lage, die ich nur mit größter Sorge hinnehmen kann, ist also, dass die Verantwortung auf unseren Schultern liegt, wenn es darum geht, die Angelegenheiten der Monarchie auf ganzer Linie, während diesem Krieg und allen Phasen der folgenden Friedensverhandlungen so zu koordinieren, dass diese sowohl der Dynastie als auch der Großmacht-Position der Monarchie und zugleich den existenziellen Fragen des ungarischen Volkes entspricht. [...] Der Einfluss, den die ungarische Regierung immer auf die Außenpolitik ausüben muss, ist in einem Weltkrieg noch um ein Vielfaches bedeutender; er hat nun eine noch größere Bedeutung bekommen, indem die österreichische Regierung als verfassungsgemäßes, im wahren Sinne des Wortes, im politischen Sinne des Wortes verantwortungsvolles Element ausgefallen ist.<sup>24</sup>*

Im Oktober 1918 gab Tisza aber seine Politik, in deren Sinne der Dualismus um jeden Preis aufrechterhalten werden müsse, auf: Diese Tatsache lies die ungarische Historiographie bisher grundsätzlich außer Acht. Tisza war bewusst, dass sich Österreich auflöst: Die Deutschen tendierten zum Deutschen Reich, ein bedeutender Teil der Nationalitäten unterstützte die Abtrennung, die staatlichen Einrichtungen funktionierten nicht. Im Einklang mit der ungarischen Regierung wies er auch das bereits erwähnte, vom König am 17. Oktober ausgegebene, Föderalisierungsprogramm zurück. Tisza äußerte sich in seiner Rede dieses Tages wie folgt:

*„Vielleicht war ich vor ungefähr einem Jahr der einzige, der darauf aufmerksam machte, dass in Österreich solche Phänomene, in der österreichischen Öffentlichkeit solche Änderungen zu erkennen sind, wegen denen wir eventuell nie wieder mit dem österreichischen Staat in Konfrontation treten werden können, mit dem wir aufgrund des Dualismus in Kontakt standen. Leider, sehr geehrtes Haus, haben sich diese Phänomene seitdem nicht nur wiederholt, sondern auch in solchem Maß verschlechtert, dass das Aufrechterhalten des Dualismus vollkommen unmöglich ist. [...] Ob dies für jemanden erfreulich ist, oder nicht, ist eine historische und akademische Frage; die über praktische*

<sup>24</sup> OKN 1910/XXXVI, 114–127.



*Bedeutung verfügende Tatsache, die wir im Interesse des Landes feststellen müssen, ist, dass die ungarischen Bürger sich in einer Frage einig sein müssen, und zwar in der, dass wir die Konsequenz der österreichischen Situation in Richtung Unabhängigkeit Ungarns, in Richtung Personalunion ziehen müssen. [...] Ich glaube es tut unserem Land nicht gut, wenn jemand versucht, diese Tatsache unter irgendeinem Aspekt zu benebeln. [...] die Personalunion muss die volle Abtrennung der Armee mit sich bringen, [...] und auch das Sonderrecht der außenpolitischen Vertretung von Ungarn enthalten. [...] Und was die Verwirklichung dieses Prinzips während der hoffentlich in Kürze beginnenden Friedensverhandlungen betrifft, denke ich, dass es ganz wichtig ist, auch in dem Übergangszustand, in dem wir uns während der Friedensverhandlung befinden werden, dass ein, über die entsprechende Position und Autorität verfügender ungarischer Bürger, die Interessen des ungarischen Volkes vertritt.<sup>25</sup>*

Während der Tage des Zusammenbruchs herrschte Einklang unter den Parteien, was eine eigenständige Armee und die Außenpolitik betraf. Davon abgesehen hielt Tisza natürlich die Möglichkeit des Bundes mit Österreich – die Personalunion bedeutete ja keinen vollen Bruch – und Deutschland, im Sinne eines Bundes zwischen gleichrangigen Partnern, nicht für ausgeschlossen.

Er war der Meinung, dass auch die in Wien über eine sehr instabile Position verfügende Habsburger-Dynastie für seine Vorstellung zu gewinnen sei. In seiner Rede vom 22. Oktober sprach er auch darüber:

*„Ich glaube, das ist nicht das ausschließliche Interesse von Ungarn – ich stünde auch dann da, wenn es das wäre –, es ist aber nicht nur das Interesse von Ungarn. Ich denke, man muss sehr kurzsichtig sein, wenn man nicht einsieht, dass es die bedeutendste Frage auch für die Dynastie ist, dass sie Ungarn behält, und in Ungarn die Situation aufrecht erhält [...], und ich glaube, dass es aus der Sicht der Dynastie auch keinen größeren Schicksalsschlag geben könnte, als dass der Feind eindringt und alle militärischen und politischen Folgen, die damit verbunden sind, auch eintreffen.“<sup>26</sup>*

Der im Frühling 1917 noch ausgesprochen aktive König widmete zu jener Zeit der Erhaltung Ungarns wenig Aufmerksamkeit. Er hatte auch

<sup>25</sup>OKN 1910/XLI, 290–298.

<sup>26</sup>OKN 1910/XLI, 398–406.

keine Vorstellung, was die Handhabung der Lage betraf, deshalb sandte er Erzherzog Josef als *homo regius* nach Budapest. Nach dem 31. Oktober konnte aber die Trennung nicht mehr verhindert werden. Was letztendlich geschah, sollte István Tisza nicht mehr erfahren, denn an diesem Tag wurde er Opfer eines politischen Mordes.

ZOLTÁN MARUZSA

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## GEDRUCKTE QUELLEN

OKN

Országgyűlési Képviselőházi Napló [Protokolle des ungarischen Abgeordnetenhauses].

## LITERATUR

- DIÓSZEGI, 1994: DIÓSZEGI István: *Abatalmi politika másfél évszázada, 1789–1939*. [150 Jahre der Machtpolitik, 1789–1939]. Budapest, 1994.
- DÚS, 1993: DÚS Ágnes (Hrsg.): *Magyarország miniszterelnökei*. [Ministerpräsidenten Ungarns]. Budapest, 1993.
- GERGELY–IZSÁK, 2000: GERGELY Jenő–IZSÁK Lajos: *A huszadik század története*. [Geschichte des 20. Jahrhunderts]. Budapest, 2000.
- KISSINGER, 1998: Henry KISSINGER, *Diplomácia*. [Die Diplomatie]. Budapest, 1998.
- MARUZSA, 2012: MARUZSA Zoltán: István Tisza 1917–1918. Weder Regierung noch Opposition. In: *Der erste Weltkrieg und der Vielvölkerstaat. Heeresgeschichtliches Museum*. Wien, 2012. 179–213.
- NÉMETH, 2002: NÉMETH István: *Németország története*. [Geschichte Deutschlands]. Budapest 2002.
- ORMOS–MAJOROS, 2003: ORMOS Mária–MAJOROS István: *Európa a nemzetközi küzdőtéren*. [Europa auf dem internationalen Kampfplatz]. Budapest, 2003.
- ROMSICS, 2005: ROMSICS Ignác: *Magyarország története a 20. században*. [Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert]. Budapest, 2005.
- TŐKÉCZKI, 2000: TŐKÉCZKI László: *Tisza István eszméi, politikai arca*. [Das politische und ideale Gesicht des István Tisza]. Budapest, 2000.
- VERMES, 2001: VERMES Gábor: *Tisza István*. [István Tisza]. Budapest, 2001.



## REICHSHAFTUNG: ÖSTERREICH, UNGARN UND DAS ENDE DER GEMEINSAMKEIT

Anlässlich des Erinnerungsmarathons zur Hektode des Ersten Weltkriegs wird das kollektive Gedächtnis vieler Länder strapaziert und möglicherweise überstrapaziert. In diesem Prozess der aktualisierten Wahrnehmung eines historisch wichtigen Geschehens nehmen die in Frankreich angestellten Überlegungen einen Spitzenplatz ein. Schon 2010 wurde in Paris damit begonnen, jene Länder zu definieren, die an dem von Frankreich maßgeblich betriebenen Gedenken eine Rolle spielen sollten, und es wurde aufgezählt, wer dafür in Frage kam.<sup>1</sup> Dabei musste natürlich auffallen, dass es eine ganze Reihe von Ländern gab, die zwar Kriegführende gewesen waren, in der Aufzählung der in Frage kommenden Teilnehmer des französischen Gedenkprozesses aber zunächst unberücksichtigt geblieben sind. Am auffallendsten vielleicht, dass Österreich und Ungarn fehlten. Nun musste man sich natürlich fragen, ob Österreich und Ungarn (Kroatien und Slowenien, die Slowakei, Ukraine etc.) schlicht vergessen worden sind, oder ob man sie ganz einfach nicht zuordnen konnte. Waren sie unwichtig und fielen deshalb durch den Rost? Waren sie weder Sieger noch Besiegte oder galt für sie eine andere Form der Abstufung? Verdienten sie es nicht, besonders erwähnt zu werden, da sie zwar für die Entfesselung des Kriegs, nicht aber für den Kriegsverlauf in eine historische Pflicht zu nehmen waren? Österreich und Ungarn wurden jedenfalls auf eine Stufe gestellt – was nicht unsinnig war. Es hatte aber den Anschein, als ob noch immer ein Hauch von Saint Germain und Trianon durch Frankreich wehte. Frankreich und die Siegermächte des Ersten Weltkriegs taten sich aber nicht erst 2010 schwer, Österreich und Ungarn in einen historischen wie zukunftsfähigen Kontext zu stellen, das hatte sehr wohl Tradition.

---

<sup>1</sup>Das Grundlagenpapier von ZIMET, 2011.

## DER AUFGEZWUNGENE KRIEG

In den Verträgen von St. Germain und Trianon hieß es 1919 und 1920 so wie schon im Friedensvertrag von Versailles, dass die besiegten Mittelmächte die Kriegsschuld zu tragen hätten.<sup>2</sup> Im Fall des von der Monarchie zur Republik gewordenen Deutschland konnte dabei die Staatensukzession geltend gemacht werden; im Fall Österreichs und Ungarns war aber doch ein gewaltiges Stück Konstruktion dabei, die nur damit begründet werden konnte, dass beide Staaten Nachfolger jener Reichsteile der Habsburgermonarchie waren, die man als deren Kerngebiete bezeichnen konnte und deren Nationalitäten sich auch immer als dominant gesehen und dementsprechend zu positionieren gesucht hatten. Daraus folgte dann wie im Artikel 177 des Österreich-Vertrags die von den Alliierten und assoziierten Mächten gefundene Formulierung „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Österreich erkennt an, dass Österreich und seine Verbündeten als Urheber für die Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben“. Vor allem Österreich gegenüber wurde deutlich gemacht, dass es für die Entfesselung des Kriegs und für alles was nachgefolgt ist, also auch für die Kriege, die dann andere der Habsburgermonarchie erklärt haben (man denke nur an Italien und Rumänien), haften würde.

Diese besondere Form der Reichshaftung konnte man natürlich zu interpretieren suchen. Richtig war, dass Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärt hatte. Richtig war auch, dass man Österreich und vor allem Wien seine zentrale Rolle im Gefüge der Habsburgermonarchie nicht absprechen konnte. Wien war ja nicht nur die neue Hauptstadt eines noch gar nicht ausreichend definierten neuen Staates, es war Reichshaupt- und Residenzstadt gewesen. Hier waren die Fäden zusammengelaufen. Österreich und Ungarn hatten sich den Einfluss geteilt. Sie stellten mit einer einzigen Unterbrechung die Minister des Äußern der Doppelmonarchie, die meisten gemeinsamen Minister, dominierten in den Ministerien und in der Beamtenschaft, und – was für die Alliierten von besonderer Bedeutung war –

<sup>2</sup>Eine Analyse aus jüngster Zeit: GRÖLLER-HEPPNER, 2013. Der Text des Friedensvertrags von St. Germain bei (Letzter Download: 6. Mai 2014). Der Vertrag von Trianon in deutscher Übersetzung bei <http://www.versailer-vertrag.de/trianon/index.htm> (Letzter Download: 6. Mai 2014).

sie hatten den größten Anteil am Offizierskorps. Und es war wohl auch nicht zu leugnen, dass die deutschen Österreicher und die Ungarn eher dazu geneigt hatten, ihr Schicksal mit dem des Reiches und seiner bewaffneten Macht zu verknüpfen. Die Deutschen der Monarchie machten rund 24 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Doch von den 98 Generälen und 17.811 Offizieren der k. u. k. Armee waren 1911, dem letzten Jahr, aus dem eine genaue Statistik vorliegt, 76,1 Prozent ihrer Nationalität nach deutsch. 10,7 Prozent waren Ungarn, 5,2 Prozent Tschechen. Kroaten, Slowaken, Ruthenen, Polen, Rumänen, Slowenen, Serben und Italiener spielten demgegenüber im gemeinsamen Heer statistisch keine besondere Rolle. Bei den Reserveoffizieren sah es nicht viel anders aus: 56,8 Prozent waren Deutsche, 24,5 Prozent Ungarn, 10,6 Prozent Tschechen.<sup>3</sup> Während des Kriegs verschoben sich die Verhältnisse wohl geringfügig, vor allem dadurch, dass immer mehr Reserveoffiziere Kommandofunktionen übernahmen, doch an der Dominanz der deutschen Österreicher und der Ungarn änderte das nichts. Das sollte geahndet werden.

Es waren denn auch deutsch-österreichische und ungarische Minister, Ministerpräsidenten, Militärs und vor allem Beamte gewesen, die das Attentat von Sarajevo instrumentalisiert hatten, um einen Krieg gegen Serbien zu entfesseln. Doch weder der Kaiser und König Franz Joseph hatte mit seinem Entschluss, den Weg in den Krieg freizugeben, noch irgendeine der in der Habsburgermonarchie handelnden Personen hatte daran gedacht, einen Weltkrieg zu entfesseln.

Mittlerweile war das alles Geschichte geworden. Und nach dem Krieg war es fast unvermeidlich, dass die Siegermächte ihre eigene Rolle in der Vorgeschichte des Kriegs ausblendeten und lediglich darauf bedacht waren, Schuld zuzuweisen. Das war wohl auch der probateste Weg, um dann aus der einseitig zugewiesenen Kriegsschuld Forderungen abzuleiten. Das war aber letztlich nur der Tagespolitik geschuldet und ließ einen sorgsamsten Umgang mit den historischen Fakten vermissen. Doch selektive Wahrnehmung war keinesfalls ein alleiniges Problem der Siegermächte. Auch in Österreich und in Ungarn kämpfte man mit ähnlichen Problemen und dachte zum wenigsten daran, der Habsburgermonarchie nachzutruern. Auch in diesen neuen Staaten dominierte die Absicht, abzurechnen. Dabei wurde nicht die Gemeinsamkeit in den Vordergrund gerückt, sondern das Trennende. Und da gab es natürlich manches aufzulisten.

---

<sup>3</sup>Die Zahlen bei RAUCHENSTEINER, 2013, 57.

1914 und Anfang 1915 hatte sich Ungarn immer wieder von der Entwicklung an den Fronten unmittelbar betroffen gesehen. Vor allem ein Einbruch der Russen über die Karpaten weckte Ängste. Die deutschen Österreicher schienen davon nicht betroffen zu sein. Sie waren es auch nicht, doch dass Galizien und die Bukowina, die Hauptkriegsschauplätze geworden waren, zur österreichischen Reichshälfte gehörten, war unbestritten. Doch Ungarn widersetzte sich lange der Forderung, mit seinen Ersatzmannschaften den Entfall polnischer Truppen auszugleichen. In Österreich wollte man das nicht verstehen. Die Kriegserklärung Italiens an die Habsburgermonarchie wurde dann wieder von den deutschen Teilen Österreich-Ungarns als Bedrohung empfunden. Sehr früh schon wurde eine ungleiche Lastenverteilung ins Treffen geführt. Ungarn sah sich als benachteiligt an und sah sich auch durch die wichtigste Maßnahme zur Kriegsfinanzierung, die Kriegsanleihen, überfordert. In der österreichischen Reichshälfte wurde hingegen anhaltend und mit zunehmender Kriegsdauer immer lauter über die weit bessere Versorgung der ungarischen Reichshälfte mit Lebensmitteln geklagt.

Ein eigenes Problem waren die Kriegsflüchtlinge und Internierten geworden. Die allermeisten kamen aus den zur österreichischen Reichshälfte zählenden Gebieten Galiziens und der Bukowina sowie aus den an Italien angrenzenden Gebieten. Nach und nach war es eine runde Million Menschen, die es aufzunehmen und zu versorgen galt. Ungarn weigerte sich, Flüchtlinge aus der österreichischen Reichshälfte zu übernehmen und griff mitunter zu rüden Maßnahmen, um den Abtransport der Flüchtlinge zu erzwingen.<sup>4</sup> Als die Mitteleuropabewegung ohnedies nur kurzzeitig Furore machte, reagierte vor allem der ungarische Ministerpräsident István Graf Tisza alarmiert, denn was vor allem Friedrich Naumann als Projekt entwarf, stellte die Dominanz der Deutschen in den Raum. Tisza konnte bei so gut wie allen Konflikten ins Treffen führen, dass Ungarn so etwas wie der ruhende Pol der Habsburgermonarchie war und Geschlossenheit demonstrierte, während sich in der österreichischen Reichshälfte der Nationalitätenkonflikt zunehmend verschärfte. In den beiden letzten Kriegsjahren war es dann freilich nicht nur der Gegensatz zwischen den deutschen und vor allem tschechischen Bewohnern Österreichs einerseits und den Ungarn andererseits, der mitunter zu hasserfüllten Äußerungen führte, sondern vor allem die auf Autonomie und schließlich Loslösung hinzielenden Bestrebungen der Slowaken und Kroaten, die das Bild vom Fels in

---

<sup>4</sup> Ebd., 838–843.



der Brandung erschütterten. 1918 war von einer Einheitlichkeit des Reichs schon keine Rede mehr. Die Vorwürfe häuften sich, die Gegensätze wurden immer schärfer und die gegenseitige Wahrnehmung wurde immer oberflächlicher.

#### DER ZERFALL

Die Deutsch-Österreicher hatten kaum mehr Hoffnung, dass vom zerfallenden Habsburgerreich ein multinationales Gebilde übrig bleiben würde, und fassten am 21. Oktober den Beschluss, für den Fall des Zerbrechens Österreich-Ungarns einen eigenen Weg zu gehen und den Anschluss an Deutschland zu suchen.

Und am 24. Oktober, dem Tag, an dem in Italien die letzte Offensive der Alliierten begann, beschlossen die ungarischen Oppositionellen die Konstituierung eines Ungarischen Nationalrats. Zwei Tage später erließ der eine Proklamation, in der zum sofortigen Friedensschluss und zur Anerkennung des Selbststimmungsrechts aufgefordert wurde. Doch es war eine ausschließlich ungarische Aktion, die da ablief, da sich die Vertreter der nicht-ungarischen Nationalitäten der ungarischen Reichshälfte, die Kroaten, Serben, Rumänen und Slowaken, fernhielten.<sup>5</sup>

Kaiser Karl (König Karl IV.) suchte noch persönlich zu intervenieren. Er blieb erfolglos. Am 29. schaltete sich der bei den Ungarn sehr beliebte Erzherzog József in seiner Eigenschaft als „homo regius“ ein. Er beauftragte den Grafen János Hadik mit der Regierungsbildung. Nach 48 Stunden war klar, dass Hadik gescheitert war. In der Nacht zum 31. Oktober brach die Revolution aus. Für die Linken eine gute Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass auch Ungarn seine Oktoberrevolution hatte und nicht nur die Russen. Nun betraute Erzherzog József mit Zustimmung des Königs den Führer des Verwaltungsausschusses des Nationalrats, Graf Mihály Károlyi, mit der Regierungsbildung.

Károlyis Regierung setzte sich mehrheitlich aus Oppositionellen zusammen. Ein Teil war pazifistisch eingestellt, nicht zuletzt der Minister für die Streitkräfte, Béla Linder, der in der Folge immer wieder mit dem Satz zitiert wurde: „Ich will keine Soldaten mehr sehen“.<sup>6</sup> Linder forderte denn

<sup>5</sup>BÖHM, 1924, 49.

<sup>6</sup>KOERFER, 1919, 37. Ferner: PASTOR, 1976.

auch schon am Tag nach seiner Angelobung das k.u.k. Armeeoberkommando auf, einen Befehl weiterzuleiten, wonach den ungarischen Soldaten im Rahmen der k.u.k. Armee die Niederlegung der Waffen befohlen wurde. Obwohl das Armeeoberkommando den Befehl nicht weitergab, fand er seinen Weg zu den Truppen und zeigte sofortige Wirkung.<sup>7</sup> Zu diesem Zeitpunkt wurde allerdings bereits über einen allgemeinen Waffenstillstand verhandelt. Die Ungarn beeindruckte es wohl auch nicht sehr, dass Kaiser und König Karl am 2. November den Oberbefehl über die k.u.k. Armee abgab und den aus Ungarn stammenden Feldmarschall Hermann Kövess von Kövessháza zum neuen Armeeoberkommandanten ernannte.

Ein Regiment nach dem anderen verließ die Front, und den Armeekommanden blieb nichts anderes, als sie ziehen zu lassen. Klar, dass das Selbstbestimmungsrecht verlangt wurde. Dabei wurde nachdrücklich ins Treffen geführt, dass Ungarn seit es im 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts von kaiserlichen Truppen aus dem Osmanischen Reich herausgeschält worden war, immer wieder seine Unabhängigkeit zu erlangen gesucht hatte. Mit oder ohne Habsburgern. Jetzt sollte es ohne Habsburger gehen. Nicht erwähnt wurde, dass das Königreich Ungarn seine durchaus imponierende Größe und seine staatliche Struktur, so wie sie 1918 bestand, den Habsburgern verdankte. Der Mythos der Krone überdeckte die historische Entwicklung.

Ungarn und Deutsch-Österreicher wendeten sich fast ruckartig voneinander ab und begannen eine jeweilige Gegenwart, die kaum Platz ließ, um sich selbstkritisch mit der Frage zu beschäftigen, wie es zur Katastrophe des Krieges hatte kommen können und ob das plakative Wort von der Katastrophe überhaupt sinnvoll anwendbar schien. Denn jenseits der millionenfachen persönlichen Tragödien von Witwen und Waisen sowie der existentiellen Not gab es auch so etwas wie Zufriedenheit damit, dass eine neue Zeit angebrochen war. Es war daher auch nicht die Zeit, sich selbstkritisch die Frage stellte, ob nicht gerade diese beiden Nationen ein höheres Maß an Verantwortung für das Geschehen trugen als andere. Und es waren wohl auch nur wenige, die dann so wie der Chefredakteur der „Arbeiter Zeitung“, Friedrich Austerlitz am 5. November 1918 die wohl gar nicht rhetorisch gemeinte Frage nach dem „Verdienten Schicksal“ zum Thema eines Leitartikels und entsprechender Reflexionen machten.

---

<sup>7</sup>Der Text bei BÖHM, 1924, 65.

Ende 1918 existierte weder für Österreich noch für Ungarn mehr jene gelebte Gemeinsamkeit, die zumindest bis in die letzten Oktobertage hinein beschworen worden war. Und wenn in den Zeitungen Meldungen über die Vorgänge in der anderen Reichshälfte und den Resten der ehemaligen Königreiche und Länder auftauchten, dann dominierten die negativen Töne. Dabei bekam auch die Frage nach dem „verdienten Schicksal“ eine zusätzliche Bedeutung. Es waren ja nicht nur die Siegermächte, die Österreich und Ungarn eine historische Schuld auflasten wollten, sondern auch jene, die sich als „unterdrückte Nationen“ sahen und schließlich jene, die aus welchen Gründen immer eine Abrechnung mit den Eliten der Habsburgermonarchie begannen. Auch und besonders der Zerfall waren so gesehen ein „verdientes Schicksal“. Diese Form der Geschichtsbetrachtung brauchte freilich Zeit, um nicht reflexartige Ablehnung zu erfahren, ja manchmal hat es den Anschein, als würden auch einhundert Jahre nicht ausgereicht haben, um sich mit der Vergangenheit kritisch auseinander zu setzen.

#### CHAOS VERSUS ORDNUNG

Am Anfang der Existenz eines neuen Deutschösterreichischen Staats und eines neuen Ungarn standen Irrtümer. Man hatte das Kriegsende nicht für den November 1918, sondern für das Frühjahr 1919 erwartet. Kaiser und König Karl hatte sich erhofft, dass Österreich-Ungarn irgendeine Art von Gemeinsamkeit, am besten in Form eines Staatenbundes beibehalten würde – er irrte. Die deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats befürchteten das totale Chaos im Augenblick des Auseinanderbrechens des alten Staatswesens und suchten nacheinander bei der k.u.k. Armeeführung, bei der Entente und vor allem bei der deutschen Reichsführung Rat. Alle erklärten sich für nicht zuständig. Der nächste und fundamentalste Irrtum war wohl der, dass sich die deutschen Österreicher der Habsburgermonarchie ähnlich wie die Ungarn der Illusion hingaben, ihr Staat würde so klein nicht sein und jedenfalls genügend Ressourcen besitzen, um sich zu einem geordneten Staatswesen auszuwachsen. – Auch das erwies sich als falsch.

Weitgehend einig war man sich darüber, dass Deutschösterreich (Südostdeutschland, Ostsass, Ostmark, Teutheim ...) wie es gelegentlich auch genannt wurde, eine demokratische oder aber eine Volksrepublik werden

sollte. Voraussetzung dafür sollte sein, dass es eine bürgerliche Ordnung und ein den westlichen Demokratien vergleichbares politisches System gab.

Im Ungarn des Mihail Károly herrschte eine fast enthusiastische Stimmung. Die österreichische Reichshälfte war zerfallen und ihre sechs Nationalitäten bildeten neue Staaten oder waren in bestehende Staaten einbezogen worden, doch das Reich der Stephanskrone würde Bestand haben – glaubte man.<sup>8</sup> Noch verschloss man in Budapest die Augen vor der Realität. Österreich interessierte zum wenigsten, und es gab eigentlich nur mehr einen Akt, in dem Gleichklang erkennbar wurde, als nämlich König Karl IV. am 13. November in einem Handschreiben seinen Verzicht auf jeden Anteil an der Führung der Staatsgeschäfte Ungarns erklärte und der diesbezügliche Text fast wortident mit jenem Verzicht formuliert wurde, den Kaiser Karl zwei Tage zuvor gegenüber den Vertretern des neuen Österreich ausgesprochen hatte.<sup>9</sup> Am 16. November 1918 wurde Ungarns Unabhängigkeit erklärt und ihm die Staatsform einer Volksdemokratie gegeben. Károlyi wurde zum Präsidenten der Republik ausgerufen. Und wie selbstverständlich verband man mit seiner Person eine Reihe von Hoffnungen. Er galt als antideutsch und Entente-freundlich, und man hoffte natürlich, dass die Alliierten das anerkennen würden. Doch wer sich gegen die Regierung stellte, wurde taxfrei zum Konterrevolutionär erklärt und dementsprechend behandelt. Konservative und aristokratische Kreise waren in mehrfacher Weise Zielscheibe und wurden vor allem von Enteignungen bedroht. Aber in Ungarn war man nicht sehr viel radikaler als in Deutsch-Österreich. Da wie dort gab man sich freilich weiterhin etlicher Illusionen hin, nicht zuletzt, was den territorialen Besitzstand anging.

In Deutschösterreich wurde randaliert und kam es zu Plünderungen. Gewalt griff um sich. Anfang November begannen slowenische Truppen aus dem neuen südslawischen Staat der Slowenen, Kroaten und Serben (SHS) damit, die südlichen und teilweise von Slowenen besiedelten Gebiete Kärntens sowie der Steiermark zu besetzen. Ein bewaffneter Konflikt begann, der aber zunächst nur von lokalen Bürgerwehren geführt wurde. Am 7. November begannen italienische Truppen mit dem Vormarsch nach Norden, überschritten den Brenner und besetzten schließlich Innsbruck. Salzburg war vom 6. bis 11. November von bayerischen Truppen besetzt. Wo die Grenzen im Norden und Osten verlaufen würden, war noch völlig

---

<sup>8</sup> CsÁKY, 1994, 249.

<sup>9</sup> Der Text der ungarischen Verzichtserklärung u.a. bei URBACH, 1968, 198.

ungewiss. Die deutschösterreichische Volkswehr konnte darauf jedenfalls keinen Einfluss nehmen. Doch zumindest aus Wiener Sicht dominierten die innenpolitischen Probleme ohnedies alles andere.

Es wurde randaliert und kam zu Plünderungen. Gewalt griff um sich. Rote Garden und Soldatenräte waren nur zu sehr bereit, Gewalt einzusetzen. Und sie wollten nicht einfach zusehen, wie sich da sehr ordentlich und bedächtig, immer auf die Verwaltungsabläufe bedacht, Rechtskontinuität wahrend und gewissermaßen legitim ein neuer Staat definierte. Jetzt, so glaubte eine Handvoll Radikaler, wäre der Augenblick gekommen, um wie in Russland Räte zu bilden und eine kommunistische Revolution auszulösen. Tatsächlich wusste man ja noch nicht, was das eigentlich für ein Staat sein würde, ja nicht einmal der Name war unumstritten. Beide Teile des Wortes Deutschösterreich befriedigten nicht. Und als Befürchtungen laut wurden, die Siegermächte würden die Bezeichnung Österreich als Fingerzeig dafür nehmen, dass man diesem einzigen weiterbestehenden Österreich die ganze Kriegsschuld aufhalsen könnte – da war man mit dem Staatsnamen gar nicht mehr zufrieden. Dennoch wurde das Wort weiterverwendet, nicht zuletzt in der provisorischen Verfassung und im Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform, in dem nicht nur festgelegt wurde, dass Deutschösterreich eine demokratische Republik sein sollte. Im § 2 hieß es: „Deutschösterreich ist ein Teil der Deutschen Republik“. Lediglich einer hatte dagegen gestimmt. Es war der christlichsoziale Abgeordnete und spätere Bundespräsident Wilhelm Miklas, in dessen Amtszeit 1938 der Anschluss an Hitlerdeutschland vollzogen wurde. – Tragik der Geschichte.

Am Tag der Ausrufung der Republik Deutschösterreich, am 12. November 1918, kam es zu gewaltsamen Zwischenfällen. Das Revolutionsgespenst nahm Gestalt an. Es fand nur deshalb noch kaum Nahrung, da die Zukunft des Landes trotz aller Hypotheken einigermaßen gesichert schien. Keinesfalls stand am Anfang die These von der Lebensunfähigkeit Österreichs. Vor allem in den führenden Wirtschaftskreisen Deutschösterreichs herrschte im November 1918 noch vorsichtiger Optimismus. Dieser gründete nicht zuletzt darauf, dass sich eine Art Konzentrationsregierung gebildet und es den Anschein hatte, dass alle politischen Kräfte am Aufbau des neuen Staatswesens mitwirken wollten. Man sah das Land als nationalen Einheitsstaat, in dem man nicht mehr auf andere Nationalitäten Rücksicht nehmen musste. Dann wurde zusammengezählt, was dieser neue Staat alles haben würde – immer vorausgesetzt, es würde ihm alles das zufallen, was man anfänglich in Rechnung stellte: Leistungsfähige Indus-

trien, Eisen, Holz, Wasserkraft und vor allem Kapital. Auch die böhmischen Industrien würden ihre Kredite vornehmlich von deutschösterreichischen Instituten beziehen, glaubten die Konzernherren in Wien. Die Kriegsgewinne müssten investiert werden, und wenn das alles so lief, dann sei die Lebensfähigkeit eines auch kleinen Landes kein Thema. Wenn der Staat für die innere Ordnung sorgte, würde die Bevölkerung auch rasch Vertrauen zu ihm gewinnen.

Doch das war primär die Stimme der Wirtschaft. Für die Masse der Bevölkerung zählte anderes, und das waren vor allem Existenzsorgen und der Wunsch nach einem Halt in einer aus den Fugen geratenen Welt. Daher wurde auch von den politischen Vertretern der Artikel 2 der Verfassung, in dem Deutschösterreich als Teil der Deutschen Republik erklärt wurde, fast einstimmig angenommen. Die großdeutschen Parteien und die österreichischen Sozialdemokraten taten es aus voller Überzeugung; die Christlich-sozialen mit einiger Zurückhaltung. Die Sozialdemokraten erwarteten sich von einer vollständigen nationalen Einigung den rascheren Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Daher hieß es auch – und hier wird der Gegensatz zum Kapital deutlich – Österreich für sich sei nicht lebensfähig.<sup>10</sup> Aber der Anschluss war nicht einmal unter seinen österreichischen Befürwortern gänzlich unumstritten, und Staatskanzler Renner hätte weit lieber einen Bund unabhängiger Staaten mit einer gemeinsamen Zentralverwaltung gesehen. Wer dem angehören sollte, blieb freilich offen.<sup>11</sup>

Wenig später relativierte sich das Anschlussstreben, und man musste in Deutschösterreich zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland von den deutschösterreichischen Avancen nur mäßig angetan war. Vor allem befürchtete man in Berlin, dass ein Zuwachs um Österreich – wenn er überhaupt möglich war – von den Siegermächten mit verschärften Friedensbestimmungen beantwortet werden würde. Deutschland wäre solcherart ja gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen.

Letztlich war die Anschlussfrage aber auch so etwas wie eine politische Karte, die einmal gespielt und ein anderes Mal im Talon gehalten wurde. Auf jeden Fall sollte der Anschluss an Deutschland sowohl eine monarchistische Bewegung wie eine Bolschewisierung verhindern.<sup>12</sup> Schließlich einigten sich die Siegermächte darauf, in Wien kleine diplomatische oder Militärmissionen zu installieren. Am 30. November 1918 beauftragte das

<sup>10</sup> BAUER, 1923, 147–148.

<sup>11</sup> HOFFMANN, 1971, 43.

<sup>12</sup> HAAS, 1989.

Londoner War Office Oberstleutnant Sir Thomas Cuninghame als britischen Militärbeauftragten nach Wien zu gehen. Cuninghame war bis 1914 Militärattaché in Wien gewesen. Nun sollte er – fast wie ehemals – aber nicht nur in Deutschösterreich den Willen der Alliierten durchsetzen, sondern auch für Ungarn zuständig sein und regelmäßig aus der Tschecho-Slowakei berichten. In Budapest wurde sofort dagegen protestiert, denn man wollte doch jeden Anschein vermieden sehen, dass Wien noch immer eine Art Zentrum für die Staaten des Donauraums bildete.

Deutschösterreich wie Ungarn schien jedoch das Bestreben zu haben, trotz aller Differenzen und des sich anbahnenden Streits über Westungarn nicht übereinander herzufallen. Angesichts der gewaltsamen Inbesitznahme von Territorien, die man dem eigenen Staat zurechnete sowie der Embargopolitik der Siegermächte, zu denen sich vornehmlich auch die Tschecho-Slowaken rechnete, einte eine Art gemeinsam empfundene Gefahr Ungarn und Deutschösterreich. Daher konnte es vorerst auch Episode bleiben, dass die deutschen Abgeordneten des Oedenburger Nationalrats den Eid auf den Budapester Nationalrat verweigerten, weil sie sich Deutschösterreich und nicht Ungarn zugehörig fühlten.<sup>13</sup> In Wien hatte man andere Sorgen, denn die Stadt drohte zu kollabieren. Für den Zusammenbruch des Versorgungssystems wurde so gut wie ausschließlich die Tschecho-Slowakei verantwortlich gemacht, die ihrer Forderung nach Angliederung der deutschböhmischen und deutsch-mährischen Gebiete an den eigenen Staat dadurch Nachdruck verlieh, dass sie eine Nahrungs- und Brennstoffblockade über den südlichen Nachbarn verhängte. Das hatte eine Art Umorientierung zur Folge, denn aus den bis Kriegsende nicht abreißen wollenden Klagen über die Weigerung Ungarns, die österreichische Reichshälfte ausreichend zu versorgen, wurde eine an die Regierung in Prag gerichtete Klage, die ein Katastrophenszenario zur Folge hatte. In Prag wollte man auch nicht verstehen, dass die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie die Kriegsschulden nach dem Schlüssel der ehemaligen Reichsteile übernehmen und mit Bedacht auf die jeweiligen Volkswirtschaften an die Liquidierung der Österreichisch-ungarischen Bank gehen sollten, etwas, das dem ungarischen Finanzministerium durchaus plausibel schien. „Die [Bank]Noten sind der letzte aber wichtigste Rest von Einheit, die zwischen Wien und Budapest noch geblieben ist“, hieß es.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Neue Freie Presse, Wien, 30. November 1918, 7.

<sup>14</sup> Neue Freie Presse, Wien, 1. Dezember 1918, 1 und 4.

Im Übrigen aber bereitete man sich in Ungarn darauf vor, einen Kampf um das Staatsgebiet zu beginnen. Und dieser Kampf einte plötzlich den rechten Flügel der Unabhängigen und die extreme Linke. Industriearbeiter, Besitzlose und die massenhaft aus Russland heimgekehrten Kriegsgefangenen drängten auf eine Revolution nach russischem Vorbild. In Budapest konnte man mühsam die Ordnung aufrecht halten, aber auf dem Lande herrschte das Chaos. Diesem Aufruhr konnte nur durch die Ausrufung des Standrechts Einhalt geboten werden. Währenddessen lösten sich die ohnedies meist nur schwer zu vereinen gewesenen Parteien auf: Károlyis eigene Partei der Unabhängigen splitterte sich in eine nationalistische und eine linke Gruppierung auf. Die Radikale Partei empfahl ihren Anhängern die Sozialdemokraten als neue Heimat. Und die Sozialdemokraten bekamen mehr und mehr Konkurrenz von ganz links durch die erstarkende Kommunistische Partei Ungarns, die von dem aus russischer Kriegsgefangenschaft kommenden Heimkehrer Béla Kun im November 1918 gegründet worden war. Die radikalen rechten Gruppen wollten die bürgerliche Demokratie rückgängig machen. Sie wollten ein konservatives Regime unter der Führung von Graf Istvan Bethlen und Hauptmann Gyula Gömbös an die Macht bringen. Und die Monarchisten träumten von den Habsburgern oder von einem neuen ungarischen König – aus welchem Haus, konnte keiner sagen.

Es konnte nicht ausbleiben, dass sich alle möglichen Freischärler-Organisationen bildeten, die auf eigene Faust und oft auch nur zum eigenen Nutzen agierten und dabei vorgaben, es ginge ihnen nur um den Boden des „heiligen Ungarn“. Es wurde geplündert und besetzt. Man vertrieb die alten königlichen Beamten, es gab auch Lynchjustiz und schlichte Morde.<sup>15</sup>

Die Regierung Károlyi war restlos überfordert und spielte mit dem Gedanken, geschlossen zurückzutreten und einfach alles den Alliierten zu überlassen. So weit kam es dann doch nicht, doch der in Genf untergebrachte Chef der amerikanischen Lebensmittelkommission, Herbert Hoover, schickte zwei Teams, die sich in Ungarn wie in Österreich um die Einleitung der notwendigen Maßnahmen kümmern sollten. Alonzo Englebert Taylor sollte sich um die wirtschaftlichen Probleme und Archibald Coolidge um politische Fragen und vor allem die Grenzfragen kümmern. Beide Teams wählten abermals Wien als Standort, was Károlyi damit beantwor-

---

<sup>15</sup> L. NAGY, 1988, 265.



tete, dass er die Übersiedlung der Amerikaner nach Budapest forderte. Vergeblich.<sup>16</sup>

In Österreich wurde am 16. Februar 1919 gewählt. Es waren die ersten allgemeinen Wahlen und überhaupt die ersten, bei denen auch Frauen ihr Stimmrecht ausüben konnten. Die Vorwahlzeit brachte verständlicherweise eine zusätzliche Polarisierung und Radikalisierung mit sich. Doch das Ergebnis der Wahlen war dann eindeutig. Österreich würde politisch einigermaßen stabile Verhältnisse haben und auch in die Friedensverhandlungen mit den Alliierten mit einer Regierung gehen, die sich auf eine große Koalition abstützen konnte.

In Ungarn gingen die Uhren abermals anders.

#### BÉLA KUN

Die Regierung in Budapest versuchte alles, um die sukzessive Abtrennung von Territorien zu verhindern. Doch es war absehbar, dass die Ungarn dem zunehmenden Druck nicht mehr lange Stand halten würden. Der aus Wien angereiste britische Repräsentant, Oberstleutnant Cuninghame, warnte ein letztes Mal vor einer Zunahme des kommunistischen Einflusses.<sup>17</sup> Innerhalb der Károlyi-Regierung war man hin- und hergerissen, ob man sich dem Vorrücken der Tschechen in der Slowakei und dem der Rumänen widersetzen sollte oder nicht. Noch immer gab es Embargomaßnahmen, und die Tschechen verstärkten den Druck – wie auch seinerzeit im Fall Österreichs – indem sie die Kohlenlieferungen aussetzten.

Sozialisten und Kommunisten setzten voll auf die nationalistische Karte und nicht zuletzt auf russische Hilfe. Am 21. März übernahm Béla Kun die Regierung.<sup>18</sup>

Das wurde auch in Österreich als Signal verstanden: Die Linke hoffte auf ein Übergreifen der Revolution; die große Mehrheit der Bevölkerung, vor allem im Westen des Landes, war geschockt. Obwohl die österreichische Linke einen radikalen Flügel hatte und den Klassenkampf durchaus ernst nahm, lehnte sie die Aufforderung der ungarischen Kommunisten zur aktiven Unterstützung ab. Trotz vieler Sympathien für ein linkes Experiment schien der österreichischen Sozialdemokratie die Situation nicht

<sup>16</sup> Ebd., 267; PASTOR, 1976, 75–95 und 96–III.

<sup>17</sup> HOFFMANN, 1971, 114.

<sup>18</sup> PASTOR, 1976, 112 ? 147.

vergleichbar zu sein.<sup>19</sup> Die Möglichkeit eines Zusammengehens von Österreich und Ungarn hatte jedoch bei den Siegermächten die Alarmglocken schrillen lassen. Zunächst beschäftigte man sich mit der Möglichkeit, alliierte Truppen nach Ostösterreich zu verlegen. Österreichischerseits war man durchaus interessiert. Schon ein Regiment in Wien würde genügen, hieß es. Der Interventionismus hatte seine große Stunde aber bereits gehabt. Wohl tauchten bei den Militärs der Alliierten weiterhin Interventionspläne auf, doch die politische Führung in Paris, London und Washington winkte ein ums andere Mal ab. Dazu trugen nicht zuletzt die geringen Erfolge der alliierten Intervention in Russland bei. Sich mit Österreich und womöglich auch mit Ungarn ein zusätzliches Problem aufzuhalsen, lag nicht im Interesse des Westens.

Differenziert war die Haltung Italiens, das eine Intervention der Franzosen im Donaauraum nicht ausschloss, seine eigenen Interessen dabei aber gewahrt sehen wollte. Italien trat daher für die Intervention ein und wollte gegebenenfalls ein italienisch besetztes und kontrolliertes Österreich und ein französisch kontrolliertes Ungarn sehen.<sup>20</sup> Auch der Vatikan wünschte sich eine Intervention der Alliierten in Österreich. Doch schon am 27. März 1919 einigte sich die Pariser Friedenskonferenz darauf, dass es keine Intervention geben sollte. Damit wurde den Plänen Cuninghames und seiner Kollegen in Wien, dem italienischen General Roberto Segré und dem französischen Diplomaten Henri Allizé, eine definitive Absage erteilt. Ein rascher Friedensschluss und die Wiederaufnahme des internationalen Handels sollten die Gefahr weit wirkungsvoller bekämpfen können als eine militärische Intervention, hieß es aus Paris.<sup>21</sup>

Am 8. April kam bei den Alliierten jedoch regelrechte Katastrophens Stimmung auf. Der italienische Ministerpräsident Orlando ließ verlauten, er habe zuverlässige Nachrichten, dass für den 14. April in Wien die Ausrufung einer Sowjetrepublik vorgesehen sei. Die Briten waren ähnlich informiert worden.<sup>22</sup> Der Tag stimmte zwar nicht, doch das Gerücht hatte seine Grundlagen. Die Alliierten reagieren allerdings recht eigenartig: Der britische Außenminister Lord Balfour ließ in Wien ausrichten: Sollte das Land im Chaos versinken oder gar kommunistisch werden, würden die Lebensmittellieferungen sofort gestoppt werden. Und Oberstleutnant

<sup>19</sup> SZINAI, 1985.

<sup>20</sup> HOFFMANN, 1971, 14.

<sup>21</sup> HAAS, 1989, 33.

<sup>22</sup> HOFFMANN, 1971, III.

Cuninghame ließ sogar Plakate affichieren: „Unruhen.... werden mit dem Hungertod bestraft“.

Trotz der seit Jänner anrollenden Hilfslieferungen war die existentielle Not in Österreich noch immer außerordentlich, und da man ja im Grund genommen kaum etwas geschenkt erhielt, war es nur der Umstand, dass überhaupt etwas geliefert wurde, der hervorhebenswert war.

Im März wurde die alliierte Blockade gegen Österreich aufgehoben. Österreich durfte allerdings nichts nach Deutschland oder Ungarn liefern. Das schränkte wiederum ein, und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Der Klassenkampf gewann an Schärfe. Zeitgleich bereitete man sich in Österreich auf den Beginn von Friedensverhandlungen vor und sah sich letztlich darin bestätigt, dass es nicht der Moment war, sozialpolitische Experimente zu beginnen und den Klassenkampf womöglich in einem Bürgerkrieg ausufern zu lassen. Denn während Deutschösterreich nach Paris zur formalen Kriegsliquidierung eingeladen wurde, wurde Ungarn abgewiesen. Mit einem kommunistischen Regime sollte nicht verhandelt werden. Doch dann schien es, als hätte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Die radikale Linke Deutschösterreichs bereitete für den 17. April einen bewaffneten Aufstand vor, der auch in Deutschösterreich zur Installierung einer Räteregierung führen sollte. Die ungarischen Kommunisten setzten alle Hoffnung in diese Aktion. In der ungarischen Presse mehrten sich im April Tag für Tag enthusiastische Berichte über das Anwachsen der kommunistischen Bewegung in Österreich. Aus Ungarn sickerten auch Bewaffnete in das Nachbarland ein. Das kommunistische Regime in Budapest wollte sich die Revolutionierung Österreichs sogar einiges kosten lassen und schickte Geld. Dann kamen illegale Emissäre, darunter sogar der Volkskommissar für Unterricht, Sándor Szabados. Ein anderer brachte vorgefertigte Verlautbarungen mit, die nach dem Gelingen des kommunistischen Putsches affiziert werden sollten. Die Plakate trugen das Datum 16. April.<sup>23</sup>

Kommunistische Agitateure instrumentalisierten eine Versammlung von Heimkehrern und Arbeitslosen in Wien zum Sturm auf das Parlament. Teile der Volkswehr griffen auf Seite der Kommunisten in die Kämpfe ein. Doch die Masse der Volkswehr blieb regierungstreu bzw. folgte sie den Appellen sozialdemokratischer Politiker. Ein allgemeiner Aufstand blieb aus. Die Aktion scheiterte.

<sup>23</sup>ÖStA/Adr NPA Karton 788, Liasse Ungarn I/1. Staatsamt für Äußeres, I-3676/4, 4. Mai 1919.

Im Juni sollte es noch einmal kritisch werden. Dafür gab es zwei Ursachen: Die Entente, vor allem der italienische Bevollmächtigte für die Überwachung des Waffenstillstands, General Segré, hatten ultimativ die Reduktion der Volkswehr gefordert, und ungarischerseits bzw. von Seiten der Kommunisten wurde nochmals alles auf eine Karte gesetzt. Abermals kamen Geld und Agitateure. Die ungarische Gesandtschaft spielte eine Schlüsselrolle, und man versuchte alles, die Erregung über den Abbau der Volkswehr von mehr als 50.000 Mann auf 12.000 Mann zu nützen. Der Wiener Polizeipräsident Johann Schober ließ jedoch am Vorabend der geplanten Aktion 122 kommunistische Funktionäre verhaften. Die Bewegung war führerlos, und der Sturm auf das Gefangenenhaus endete im Kugelhagel der Polizei. Die radikale Linke hatte ein Debakel erlitten und spielte fortan keine Rolle mehr.

#### SAINT GERMAIN

Jetzt konnte man sich endlich wieder auf anderes als eine kommunistische Gefahr konzentrieren. Und da war wohl das Wichtigste, dass es einen Friedensvertrag gab.

Im Abstand von Wochen bzw. Monaten wurden Österreich alle Teile des Vertrags übergeben. Ein Verhandeln gab es nicht. Einwände konnten nur schriftlich bekannt gegeben werden. Die allermeisten wurden verworfen, insbesondere auch alle jene, die die Grenzziehung Österreichs gegenüber der Tschecho-Slowakei und Italien betrafen. Doch es gab auch Intermezzi, die plötzlich manches anders aussehen ließen.

In Paris war man im Juni über die Fortschritte der Ungarn bei ihrem militärischen Vorgehen in der Slowakei beunruhigt. Die Offensive der Rumänen und der Tschecho-Slowaken gegen Ungarn verlief anders, als es die Alliierten erwartet und erhofft hatten, und führte nicht zum raschen Zusammenbruch des Béla-Kun-Regimes. Ungarn blieb daher weiterhin ausgegrenzt, und die Alliierten begannen damit, Österreich zu einer aktiven Rolle bei der Eindämmung des Kommunismus in Ungarn zu drängen.

Wieder wurde eine Brücke geschlagen und es hieß, man werde im Rahmen der Friedensverhandlungen die Angliederung Deutsch-Westungarns, des Burgenlands, an Österreich wohlwollend prüfen, wenn Österreich seine Haltung gegenüber Ungarn revidiere. Die Alliierten wollten sich aber nicht damit zufrieden geben, dass die österreichische Regierung – die So-

zialdemokraten sehr wohl widerstrebend – dem kommunistischen Regime in Ungarn schließlich die Unterstützung verweigerte. Die Alliierten wollten mehr. Österreich musste einwilligen, dass alliierte Überwachungsorgane an der ungarischen Grenze die Blockademaßnahmen überwachten. Daraufhin brach der bilaterale Handel vollends zusammen. Es war noch nicht genug. Die Tschechen wollten aus der in Österreich lagernden Liquidationsmasse der k.u.k. Armee noch zusätzliche Kontingente an Waffen und Munition erhalten. Im Weigerungsfall wollten sie die Kohlenlieferungen einstellen. Die Alliierten erhöhten den Druck: Wenn Österreich dem tschechischen Verlangen nicht nachkomme, würden sie die Lebensmittellieferungen einstellen. Daraufhin versicherte der Staatssekretär für Äußeres, Otto Bauer, die Ungarn zwar seiner Sympathie und betonte, dass Österreich nur seiner Not wegen keine Revolution wie in Ungarn wagen könne. In die andere Richtung, nämlich in die Tschecho-Slowakei, aber wurden 150.000 Gewehre und 200 Maschinengewehre sowie größere Mengen Munition verschoben, mit dem Hinweis darauf, dass die Öffentlichkeit davon nichts erfahren sollte.

Österreich erhielt weiter Lebensmittel. Gleichzeitig wurden in Paris die nächsten Partien des Friedensvertrags übergeben. Zuckerbrot und Peitsche gewissermaßen. Ein wesentlicher Punkt des Vertrags war aber bis zum Sommer noch nicht angesprochen worden, nämlich die Frage eines Anschlusses Österreichs an Deutschland. Dabei war diese Frage seit dem Abschluss des deutschen Friedensvertrags in Versailles eigentlich schon geklärt und Deutschland der Anschluss Österreichs untersagt worden. In Wien, freilich, hatte man so getan, als ob man das nicht wüsste. Und als es dann sozusagen amtlich wurde, trat der Staatssekretär für Äußeres, Otto Bauer, am 27. Juli 1919 von seinem Amt zurück. Österreich konnte zwar weder in der Anschlussfrage etwas erreichen, noch in Fragen der Grenzziehung im Norden und Süden eine Meinungsänderung bei den Alliierten durchsetzen, doch die deutsch besiedelten Teile der westungarischen Komitate sollten zu Österreich kommen, und für den Süden Kärntens wurde eine Volksabstimmung anberaumt. Noch eines konnte als Erfolg gewertet werden: Die Alliierten wollten zwar definitiv von Österreich Reparationen in einer noch unbestimmten Höhe bekommen, stimmten aber der Argumentation zu, dass die Finanzschulden der Habsburgermonarchie entsprechend dem Bevölkerungsschlüssel auf die Nachfolgestaaten aufgeteilt werden sollten. Man konnte an die Finalisierung des Vertrags von St. Germain gehen.

Zeitgleich setzte die ungarische kommunistische Regierung alles auf eine Karte und griff die rumänischen Truppen an der Theiß an. Es war eine Verzweiflungstat. Die Blockademaßnahmen gegenüber der Räterepublik hatten Wirkung gezeigt, und als dann die Nachricht durchsickerte, Österreich, von dem immer wieder zumindest moralische Unterstützung gekommen war, würde von den Siegermächten gewissermaßen als Anreiz dafür, dass es das kommunistische Regime nicht weiter zu unterstützte, das Burgenland, das bisherige (deutsche) Westungarn, zugesprochen bekommen machte sich in Budapest Resignation breit.

Da sich an der Maxime der ungarischen Kommunisten, durch äußere Konflikte von der inneren Situation abzulenken bzw. die Diktatur des Proletariats als notwendig erscheinen zu lassen, nichts geändert hatte, wurde einige Tage spekuliert, die Rote Armee Ungarns würde in einer Art Verzweiflungsaktion über Österreich herfallen. Auch Herbert Hoover in Genf äußerte diese Sorge. Doch dann kam es anders.

Die ungarische Rote Armee hatte keine Chance, den Vormarsch der Rumänen zu stoppen. Ihre letzten Tage waren angebrochen, und sofern man nicht ohnedies seit November 1918 das Gefühl gehabt hatte, Ungarn würde im Chaos versinken – jetzt gab es nochmals eine Steigerung. In Budapest brach ein Aufstand aus. Er konnte niedergeschlagen werden.<sup>24</sup> Doch dann legte der zentrale Arbeiterrat am 31. Juli Kun den Rücktritt nahe. Tags darauf vollzog er den Schritt und mit ihm die gesamte Räteregierung. Kurz war noch mit der österreichischen Regierung verhandelt worden, ob und wie die Volkskommissare und ihr Anhang nach Österreich fliehen konnten. Allerdings hatte Kun schon Ende April vorsorglich wegen eines möglichen Asyls nachgefragt. Nachdem das geregelt war, kamen Kun und die Seinen nach Österreich. Dieses sollte freilich nur Durchgangsstation sein, denn letztlich wollten die meisten ungarischen Kommunisten ebenso wie deren Rote Garden und die Rotarmisten in die Sowjetunion weiterziehen.<sup>25</sup>

In Ungarn aber übernahm der Gewerkschaftsführer Gyula Peidl die Regierung. Wieder keimte Hoffnung auf, denn Peidl versprach nicht nur die Einhaltung aller Waffenstillstandsbestimmungen, sondern klammerte sich auch an die von der alliierten Militärmission in Wien gegebene Versprechung, dass sie sich nach dem Ende des Kun-Regimes sofort für die

<sup>24</sup> TÓKÉS, 1967.

<sup>25</sup> HESZTERA, 1999, 33 ? 44. Im Zuge der sogenannten Stalin'schen „Säuberungen“ wurden die meisten von ihnen ermordet. Kun selbst wurde am 30.11.1939 hingerichtet.

Aufhebung der Blockademaßnahmen gegenüber Ungarn und für die Aufnahme von Friedensvertragsverhandlungen einsetzen würde.<sup>26</sup> Peidl kam aber gar nicht dazu, mehr als ein paar Sitzungen abzuhalten und Absichten zu bekunden, denn am 4. August 1919 erreichten rumänische Truppen unter der Führung von General Madarescu Budapest und besetzten die Stadt. Peidl wurde zur Abdankung gezwungen. Statt ihm installierte Erzherzog József, der wie schon im Fall Michail Károlys als *Homo regius* in Aktion trat, István Friedrich als Ministerpräsidenten. Zur selben Zeit existierte allerdings in Szeged schon eine zweite Regierung, die mit alliierter und vor allem französischer Duldung gebildet worden war. Und jetzt musste es sich entscheiden, wer im Machtkampf die Oberhand behielt: Die schon bisher nicht sehr erfolgreichen demokratischen Parteien oder die in Szeged agierenden rechten Gruppierungen, deren Drahtzieher der letzte Oberbefehlshaber der k.u.k. Kriegsmarine, Miklós von Horthy war und die für Staatsgewalt und Ordnung standen.

Horthy galt als Offizier und Gentleman mit vollem Verständnis für die um ihre Existenz ringenden Bauern und Arbeiter.<sup>27</sup>

Nachdem die rumänischen Truppen eine von ihnen festgesetzte „Wiedergutmachung“ erhalten hatten, verließen sie Budapest. Am 15. August ernannte Erzherzog József Horthy zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Der sprach von Harmonie und Disziplin, und verkörperte so offensichtlich Autorität, dass die Masse der Ungarn, die nichts mehr wünschten, als endlich aus dem Chaos herauszufinden, sich in jeder Weise angesprochen fühlte. Der Admiral setzte sich unverzüglich mit den Vertretern einer alliierten Militärmission ins Einvernehmen. Was er zu hören bekam, musste ihm durchaus Auftrieb geben: Die Alliierten, so erfuhr er, würden keinen Habsburger als Staatsoberhaupt akzeptieren; die Regierung Friedrich würde auch keinerlei Chance auf Anerkennung durch die Alliierten besitzen, wohl aber würde man Horthy als Machtfaktor akzeptieren. Die unmittelbaren Folgen waren der Rücktritt von Erzherzog József, die bald unangefochtene Führerschaft Horthys und schließlich dessen prachtvoll inszenierter Einzug in Budapest in Admiralsuniform und auf einem Schimmel reitend am 16. November.

Die Entente erwartete sich nun den Aufbau einer bürgerlichen Regierung, ohne sich weiter um die Verhältnisse in Ungarn besonders zu küm-

<sup>26</sup> HOFFMANN, 1971, 214–215.

<sup>27</sup> SAKMYSTER, 2006, 43.

mern. Im Jänner 1920 wurde auf Grund eines neuen Wahlrechts ein Parlament gewählt. Als Sieger ging die Partei der Kleinen Landwirte hervor. Nun stellte sich die Frage der Regierungsform. Die Entente und Ungarns Nachbarn bestanden darauf, dass der Thron leer bleiben sollte. Durch die Rückkehr Karls IV. oder die Wahl eines nationalen Königs fürchtete man eine Restauration und damit die Rückkehr der Monarchie. Der Ausweg schlechthin war es, die Staatsform beizubehalten, es in Ungarn also bei der Monarchie zu belassen, aber den Thron nicht zu besetzen. Rückgreifend auf ein Beispiel des 15. Jahrhunderts (János Hunyadi) wurde die Institution eines Reichsverwesers wieder belebt.

Am 1. März 1920 wählte die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten den 52-jährigen seinerzeitigen Vizeadmiral und Flottenkommandanten Miklós Horthy zum Reichsverweser Ungarns. Und nun erst konnte man sich einem Problem zuwenden, das für andere schon längst gelöst war, nämlich dem Abschluss eines Friedensvertrags mit den ehemaligen Kriegsgegnern, denn noch herrschte ja Kriegszustand. Und sicherlich ohne es je auch nur nennenswert bedacht zu haben, waren Horthy und Ungarn Nutznießer des Regimes von Béla Kun, als Zeit verstrichen war und sich die Rahmenbedingungen der europäischen Politik insofern verschoben hatten, als nicht mehr die Abrechnung mit den Feinden von gestern im Vordergrund stand, sondern die Etablierung einer Ordnung, bei der nicht nur in den Kategorien schwarz und weiß gedacht wurde.

#### TRIANON

Im Februar 1919 hatten in Paris die Experten der Alliierten über die ungarisch-rumänische sowie die ungarisch-tschecho-slowakische Grenze zu beraten begonnen. Eine der ersten und wichtigsten Entscheidungen war, dass sie den von der Tschecho-Slowakei angestrebten slawischen Korridor von der Tschecho-Slowakei über österreichisches und ungarisches Territorium zu den Südslawen verwarfen. Andere territoriale Fragen sollten aber sehr wohl im Sinn der Rumänen und Tschecho-Slowaken geregelt werden. Folglich war die Grenzdiskussion im Mai 1919 beendet, und man hätte auch den Ungarn-Vertrag unter Dach und Fach bringen können, wäre da nicht Béla Kun gewesen! Was im Umkreis des Schlosses von Trianon ausgehandelt wurde, konnte also gewiss nicht als Reaktion oder gar als Bestrafung Ungarns für Béla Kun gesehen werden, denn wichtige Bestimmungen wa-



ren noch vor dem 21. März 1919 formuliert worden, und wurden akzeptiert, während Kun an der Macht war. Bei Fortbestand des Kun-Regimes stand freilich zu befürchten, dass Ungarn weitere territoriale Einbußen erleiden würde, und Kun erschwerte die Sache insofern, als er für die Alliierten kein Verhandlungspartner war und daher die Bearbeitung des Ungarn-Vertrages auf Eis gelegt wurde.

Kaum jedoch war das Ende der Räterepublik gekommen, forcierten die Alliierten den Abschluss des ungarischen Friedensvertrags. Anfang Jänner 1920 wurde eine ungarische Delegation nach Trianon eingeladen. Sie wurde allerdings nicht vom Regierungschef oder vom Außenminister geleitet, sondern von dem schon recht betagten Grafen Albert Apponyi, in dessen Bekanntheit, Integrität und Verhandlungsgeschick Horthy und die Regierung das größte Vertrauen setzten. Seit dem Abschluss des Vertrags mit Österreich hatte sich in der Behandlung der Delegationen der ehemaligen Kriegsgegner allerdings wenig geändert: Die Bewegungsfreiheit der Ungarn war eingeschränkt, Verhandlungen sollte es keine geben, und lediglich einmal sollten die Ungarn die Möglichkeit erhalten, ihren Standpunkt mündlich mitzuteilen.

Am 15. Jänner wurde den Ungarn der Vertragsentwurf übergeben. Einige Tage später wurde er in Ungarn bekannt. Die Reaktionen schwankten zwischen „Schock und Fassungslosigkeit“.<sup>28</sup> Letztlich bewahrheitete sich bei den meisten Fragen aber nur etwas, das ohnedies schon längst bekannt war, zumindest aber vermutet werden konnte, denn Rumänen, Südslawen und Tschechen hatten ihre Politik und ihre militärischen Aktionen schon seit mehr als einem Jahr auf den nunmehr zu fixierenden Grenzen gegründet. Aber auch in Ungarn war wie seinerzeit in Österreich so getan worden, als ob noch alles offen und verhandelbar wäre.<sup>29</sup> Die Regierung in Budapest ordnete drei Tage Staatstrauer an und ließ schwarz flaggen. Und dann unternahm man alles, um die Bestimmungen für Ungarn zu mildern.

Horthy und Apponyi überspannten freilich den Bogen. Sie übergaben am 23. April dem französischen Außenminister Maurice Paléologue ein Memorandum, in dem als Bedingung für ein engeres Zusammengehen mit Frankreich weitgehende territoriale Forderungen gestellt wurden, darunter Pressburg/Pozsony/Bratislava und die Ost-Slowakei. Ferner die Sub-Karpaten, westungarische Gebiete und der Nordteil der Batschka. In

<sup>28</sup> Ebd., 70.

<sup>29</sup> CsÁKY, 1994, 278.

Westungarn und im Banat sollte es Volksabstimmungen geben. Die Franzosen wollten das nicht akzeptieren. Folglich hatte es bei den bereits vorgegebenen Grenzen zu bleiben. Immerhin wurden Ungarn die friedensvertraglichen Bedingungen dann mit dem Beisatz übermittelt, es würde die Möglichkeit zur Revision mit friedlichen Mitteln geben. Das trug letztlich dazu bei, dass Ungarn die Friedensbedingungen akzeptierte. Nichtsdestoweniger weigerte sich Ungarn wochenlang, den Vertrag zu unterschreiben. Erst am 4. Juni 1920 wurde der Friedensvertrag von Trianon signiert. Dass die Bestimmungen schmerzten, stand außer Zweifel. Ministerpräsident Simonyi-Semadam, der elfte Regierungschef, den Ungarn im Lauf von 20 Monaten zählte, weigerte sich, den Vertrag zu unterschreiben. Statt ihm unterschrieb der Minister für Arbeit und Volkswohlfahrt, August Benárd.<sup>30</sup> Dreieinhalb Millionen Ungarn lebten von nun an außerhalb ihres Stammlandes. Sie betrachteten die neuen Grenzen genauso als ungerecht und provisorisch, wie man das in dem neuen 8,5 Millionen-Staat Ungarn tat.

In einem Fall gab es dann tatsächlich eine Änderung der Bestimmungen des Friedensvertrags. Österreich und Ungarn einigten sich darauf, die in St. Germain paktierte Grenzziehung im Raum Sopron einer Volksabstimmung zu unterziehen. Das Ergebnis ist bekannt und es signalisierte nach mehr als zwei Jahren einer großteils unfreundlichen Nachbarschaft, dass sich Österreich und Ungarn unter neuen Vorzeichen und ohne staatliche Gemeinsamkeit zu einem neuen Convivium gefunden hatten.

MANFRIED RAUCHENSTEINER

---

<sup>30</sup> Ebd., 288.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## UNGEDRUCKTE QUELLEN

ÖStA/AdR NPA

Österreichisches Staatsarchiv Wien – Archiv der Republik – Neues Politisches Archiv

## GEDRUCKTE QUELLEN

Friedensvertrags von St. Germain bei (Letzter Download: 6. Mai 2014). Der Friedensvertrag von Trianon in deutscher Übersetzung bei <http://www.versailer-vertrag.de/trianon/index.htm> (Letzter Download: 6. Mai 2014).

Neue Frei Presse, Wien, 1918.

## LITERATUR

BAUER, 1923: OTTO BAUER: *Die österreichische Revolution*. Wien, 1923.

BÖHM, 1924: WILHELM BÖHM: *Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen*. München, 1924.

BORSÁNYI, 1993: GYÖRGY BORSÁNYI: *The Life of a Communist Revolutionary: Bela Kun*. Translated by Mario D. Fenyo. Boulder, Colorado, 1993.

CSÁKY, 1994: *Vom Geachteten zum Geächteten. Erinnerungen des k. und k. Diplomaten und k. Ungarischen Außenministers Emerich Csáky (1882–1961)*. Hrsg. von Eva-Marie Csáky. Wien, 1992. (2. Aufl.) Wien, Köln, Weimar, 1994.

GRÖLLER-HEPPNER, 2013: *Die Pariser Vororte-Verträge im Spiegel der Öffentlichkeit*. Hrsg. von Harald Gröller, Harald Heppner. Wien, 2013.

HAAS, 1989: HANNS HAAS: Österreich und die Alliierten 1918–1919. *Saint-Germain 1919*. Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich. Bd. II. Hrsg. von Isabella Ackerl, Rudolf Neck. Wien, 1989.

HESZTERA, 1999: FRANZ HESZTERA: Béla Kun und die österreichische Gendarmerie. *Die Gendarmerie in Niederösterreich*, 12. Jahrg. 1999/3, 33–44.

HOFFMANN, 1971: ROBERT HOFFMANN: *Die Mission Sir Thomas Cuninghames in Wien 1919*. Britische Österreichpolitik zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz. phil. Diss. Universität Salzburg, 1971.

- KOERFER, 1919: Stefan KOERFER: *Die Folgen des Weltkriegs für Ungarn*. Wien 1919.
- L. NAGY, 1988: Zsuzsa L. NAGY: The Hungarian Democratic Revolution and the Paris Peace Conference 1918–1919. *Revolutions and interventions in Hungary and its neighbour states 1918–1919*. ed. Peter Pastor. Boulder, Colorado, 1988.
- PASTOR, 1976: Peter PASTOR: *Hungary between Wilson and Lenin: The Hungarian Revolution of 1918–1919 and the Big Three*. Boulder, New York, 1976.
- RAUCHENSTEINER, 2013: Manfred RAUCHENSTEINER: *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*. Wien, Köln, Weimar, 2013.
- SAKMYSTER, 2006: Thomas SAKMYSTER: *Miklós Horthy*. Ungarn 1918–1944. Wien, 2006.
- SZINAI, 1985: Miklós SZINAI: Otto Bauer und Béla Kun. *Otto Bauer (1881–1938)*. Hrsg. von Erich Fröschl, Helge Zoitl. Wien, 1985, 11–23.
- TŐKÉS, 1967: Rudolf L. TŐKÉS: *Béla Kun and the Hungarian Social Republic*. The origins and role of the Communist Party of Hungary in the Revolutions of 1918 ? 1919. New York, 1967.
- URBACH, 1968: Peter URBACH: *Der Umsturz in Budapest*. Unter besonderer Berücksichtigung der militärischen Ereignisse. phil. Diss Universität Wien, 1968.
- ZIMET, 2011: Joseph ZIMET: *Die Gedenkfeierlichkeiten des Ersten Weltkriegs (2014–2020)*: Vorschläge für eine Hundertjahresfeier. Bericht an den französischen Staatspräsidenten. September 2011. Manuskript; Übersetzung im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien, 2011. (Letzter Download: 6. Mai 2014).

DIE AUFLÖSUNG  
DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MONARCHIE  
UND DAS FORTLEBEN DER SPANNUNGEN  
ZWISCHEN NATIONALITÄTEN IM DONAUBECKEN

Die wichtigste Eigenart der Österreichisch-Ungarischen Monarchie war ohne Zweifel ihre sehr komplexe ethnische Zusammensetzung. Wie bekannt, besaß keine sprachlich-ethnische Gruppe des Reiches eine absolute Mehrheit. Zwar umfasste die Gruppe der Deutschen 1910 fast 12 Millionen Menschen, ihr Anteil machte jedoch auch nicht mehr als 24 Prozent aus. Danach folgten die Magyaren mit 20 Prozent, die Tschechen mit 13 Prozent, die Polen mit 10 Prozent, die Ruthenen mit 8 Prozent, die Rumänen mit 6,5 Prozent, die Kroaten mit 5 Prozent, die Slowaken mit 4 Prozent, die Serben mit fast 4 Prozent, die Slowenen mit 2,5 Prozent, die Italiener mit 1,6 Prozent und die bosnischen Muslime mit 1 Prozent.

Was das Königreich Ungarn betrifft, stellten die Magyaren - ohne Kroatien - etwa 54 Prozent der Gesamtbevölkerung. Einschließlich Kroatiens umfasste der Anteil der Magyaren 48 Prozent. Die Rumänen machten 16 Prozent, die Slowaken fast 11 Prozent, die Deutschen 10 Prozent und die Ruthenen 2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.<sup>1</sup>

Wie hätte eine Staats- und Regierungsform aussehen können, mit der alle diese Volksgruppen zufrieden hätten sein können? Das war die größte hypothetische Frage, die die Führungselite der Monarchie im 19. Jahrhundert zu beantworten hatte. Wie sie alle wissen, erkannte die neue verfassungsrechtliche Ordnung von 1867 zwei staatstragend aufgefasste privilegierte Nationen an: die deutsche und die ungarische. Daneben gab es zwei mit weitgehenden Selbstverwaltungsrechten versehene politische Nationen: die kroatische und die polnische. Diese Verwaltungsstruktur entsprach den komplexen Nationalitätenverhältnissen besser als alle früheren.

---

<sup>1</sup>Romsics, 2005, 7–9.

Den Völkern, die an den privilegierten Rechten keinen oder nicht genug Anteil hatten, war sie – dessen ungeachtet – nicht sympathisch, einige waren sogar äußerst unzufrieden mit ihr. Auf ihrem Kongress von 1895 verkündeten die Führer der serbischen, rumänischen und slowakischen Nationalitäten in Ungarn, dass „Ungarn keinen nationalen Charakter haben kann, weil die Völker, die den gesamten Staat bilden, in ihrer Gesamtheit den Charakter Ungarns als Staat prägen. Die Natur des ungarischen Staates erlaubt es nicht, dass ein Volk, das nicht einmal die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, verlangen kann, allein den Staat zu bilden. Nur die Gesamtheit der Völker Ungarns hat das Recht, sich mit dem Staat zu identifizieren“. Aus diesem Grund wurde gebeten, „den nichtungarischen Völkern Ungarns entsprechend ihren Sprachen und Grenzen völlige Freiheit zu geben, und zwar in der Weise, dass der nationale Charakter des betreffenden autonomen Gebietes (Komitat, Stadt, Gemeinde) durch die Verwendung der Nationalitätensprache in der Verwaltung und bei den Justizbehörden geprägt wird.“<sup>2</sup>

Die Tschechen, die Kroaten und die anderen radikalen Nationalitäten-Politiker verlangten noch mehr als die Gebietsautonomie, nämlich die Föderalisierung des Reiches. Den bekanntesten dieser Pläne arbeitete im Jahre 1906 Aurel Popovici aus, einer der Führer der rumänischen Nationalität. Der zum Kreis des Thronfolgers Franz Ferdinand gehörende Politiker teilte das Reich in 15 föderative Einheiten. Abhängig von ihrer territorialen Ausbreitung hätte eine Nationalität also auch mehrere gleichberechtigte politische Einheiten bilden können – zum Beispiel die Deutschen drei, die Italiener und die Ungarn je zwei.<sup>3</sup> Der Föderalismus konnte aber nicht in der Praxis erprobt werden. Die ungarischen Führer lehnten alle derartigen Pläne ab. Stattdessen versuchten sie die Nationalitäten zu magyarisieren. Die wichtigsten und am stärksten zu spürenden Mittel zur Magyarisierung wurden in der Schul- und Kulturpolitik eingesetzt. In einer ganzen Reihe von Schulgesetzen, der Schließung von Nationalitätenschulen und dem Verbot von Kulturorganisationen, wie z.B. der slowakischen *Matica Slovenská* und der serbischen *Omladina*, äußerte sich eine Politik, die einen Schulunterricht in den jeweiligen Muttersprachen, zumindest in Mittel- und Oberstufe, nahezu unmöglich machte. Die Österreicher waren liberaler, aber von der Perspektive einer föderativen Umgestaltung der Gesamt-

<sup>2</sup>Zitiert bei G. KEMÉNY, 1946, 145.

<sup>3</sup>POPOVICI, 1906.

monarchie waren auch sie nicht begeistert. Zwar wissen wir nicht genau, ob der Föderalismus bzw. das System der territorialen Autonomien ein wirksames Gegenmittel gewesen wäre, sicher ist aber, dass es die dualistische Struktur – trotz ihrer Unterstrukturen – nicht war, beziehungsweise es immer weniger wurde.<sup>4</sup>

Neben den Bewegungen, die eine Föderalisierung planten, erschien der Separatismus um die Jahrhundertwende als eine Minderheitenbestrebung. Im Kreis der jüngeren tschechischen Generation bildeten sich z.B. markant-russenfreundliche Richtungen aus. In der Führungselite dieser Gruppe erhofften Karel Kramář und Václav Klobučák in den Vorkriegsjahren – im Geiste der alten panslawischen Ideen – die Bildung einer von St. Petersburg aus regierten slawischen Konföderation, bzw. eines Reiches, das an die Stelle der Monarchie treten sollte. Andere Nationalitäten – z.B. die Serben oder die Rumänen – suchten Unterstützung immer mehr bei ihren jenseits der Grenzen lebenden Konnationalen. Georg Schönerer und seine österreichischen Anhänger erneuerten und aktualisierten den auf eine alte Tradition zurückblickenden Pangermanismus. Seit 1897 betrachteten sie die Auflösung der Monarchie und die Vereinigung der cisleithanischen Gebiete mit Deutschland als Endziel.<sup>5</sup>

Zu den inneren Problemen kam noch die Verschärfung der außenpolitischen Gegensätze hinzu. Das Verhältnis zwischen Serbien und der Monarchie ging 1908 irreparabel in die Brüche. Die Annektierung Bosnien-Herzegowinas, welche nicht nur für die Schaffung eines großserbischen Staates ein Hindernis war, sondern Serbien zugleich vom Meer abschnitt, führte bei der serbischen Führung förmlich zur Frustration. Belgrad strebte – ungeachtet aller anderen Gesichtspunkte – von diesem Zeitpunkt an nach der Destabilisierung der Region, von welcher es die Verwirklichung seiner nationalen Ziele erhoffte. In den Balkankriegen 1912-1913 kam Belgrad in den Besitz des schon damals mehrheitlich von Albanern bewohnten Kosovo und der Umgebung des Ochrid-Sees. Nikola Pašić, serbischer Ministerpräsident, äußerte sich daraufhin wie folgt: „Die erste Runde haben wir gewonnen, jetzt müssen wir uns auf die zweite, gegen Österreich, vorbereiten.“<sup>6</sup>

Auch Russland nahm die Annexion von 1908 übel. Es gewährte nicht nur Serbien diplomatische Unterstützung, sondern knüpfte auch zu den russischorientierten tschechischen Parteien engere Beziehungen. Des Wei-

<sup>4</sup> Szász, 1996.

<sup>5</sup> Romsics, 2005, 14–20.

<sup>6</sup> Zitiert bei Macartney, Palmer, 1962, 33.

teren verstärkte es im Kreis der galizischen Ukrainer die separatistische Agitation. Gegenüber dem bis zum Jahr 1907 entstandenen britisch-französisch-russischen Bündnissystem (*entente cordiale*) konnte das Habsburgerreich auf die Unterstützung des Deutschen Kaiserreiches rechnen, zu dem seit 1879 eine Bündnisbeziehung bestand. Mit dem Beitritt Italiens im Jahr 1882 erweiterte sich dieses Doppelbündnis zu einem Dreierbündnis. An der Bündnistreue Italiens ließ sich aber zurecht zweifeln. Die italienische Diplomatie gab ihre irredentistische Politik, welche die Erlangung der von Italienern bewohnten Gebiete Österreichs zum Ziel hatte, nie ganz auf, betrieb sie jedoch weniger drastisch.

Das Verhalten Rumäniens, das als ein „geheimer“ Verbündeter galt, war im Kriegsfall noch unberechenbarer. Mittelpunkt der nationalen Ziele des rumänischen Staates war – auch wenn man davon offiziell nicht sprach – die Vereinigung der „urrumänischen“ Gebiete, d. h. des Königreichs Rumänien mit dem zum Russland gehörendem Bessarabien und mit Siebenbürgen. Diese Ziele waren jedoch ohne einen Zusammenstoß mit Ungarn, und so auch mit der Monarchie, kaum zu verwirklichen. Deswegen bedeutete 1883 der Beitritt Rumäniens ein viel größeres Risiko als der von Italien. Wegen der zu erwartenden Entrüstung in der Öffentlichkeit hielt der König die Tatsache des Vertrags geheim.

Aufgrund ihrer immer offensichtlicher werdenden inneren Schwäche und der Beziehungen zum Deutschen Kaiserreich wurde in Westeuropa die Beurteilung der Österreich-Ungarischen Monarchie in den ersten Jahren des Jahrhunderts immer ungünstiger. Die Annahme, dass die Existenz der Habsburgermonarchie ein unverzichtbares Element des europäischen Gleichgewichts war, rettete sie zwar 1849 vor der Zerstörung, wurde jedoch nach der Jahrhundertwende sowohl in London als auch in Paris bezweifelt. Von den gegenüber der Monarchie kritisch eingestellten Briten erlangte Scotus Viator, d. h. Robert W. Seton-Watson, die größte Berühmtheit. Seton-Watson reiste 1905 zum ersten Mal nach Wien und von dort nach Budapest. Er teilte die typisch britische Überzeugung, dass die Habsburgermonarchie der wichtigste Eckpfeiler des europäischen Friedens und Gleichgewichts war. Nach einem mehrmonatigen Aufenthalt und mehreren Reisen in Ungarn änderte er seine Meinung grundlegend. In seinem bekanntesten Buch (*Racial Problems in Hungary*), das 1908 erschien, und das später zu einem der Handbücher der britischen Friedensdelegation wurde, berichtete er folgendermaßen von seinen Erfahrungen: „Meine Eindrücke von Ungarn sind noch ungünstiger als sie waren. [...] Das gan-



ze politische Leben ist korrupt und verdorben. Das Gebäude der ungarischen Hegemonie bricht langsam aber sicher zusammen.“<sup>7</sup>

Der weltberühmte Wiener Künstler Oskar Kokoschka hatte eine ähnliche Meinung. Er erinnerte sich Ende der 1960er Jahre: „Die Welt, die allein uns damals bekannt war, drohte zu Ende zu gehen. [...] In jedem Kronland entstanden unüberwindliche Schwierigkeiten, die nur mit der Auflösung der Völkerfamilie endgültig geschlichtet werden konnten. Die geistige Elite verschiedener Nationen hat damals damit begonnen, Fenster einzuschlagen, die international gesinnten Arbeiter richteten mit Pflastersteinen Barrikaden auf. Nationale Politiker verlangten die Bodenschätze ihrer Länder allein zur Ausbeutung, auf Kosten der Allgemeinheit. [...] Die lautstarken Politiker verteidigten ihre Ideen, Alldeutsche den Anschluss an das Reich, die Irredenta ein geeignetes Italien oder ein Großserbien. Eine panslawische Gruppe hoffte auf einen Anschluss an das Zarenreich. Jeder glaubte an seinen Zukunftsstaat.“<sup>8</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Bestrebungen der Nationalitäten innerhalb der Monarchie nach Rechtserweiterung bzw. Selbständigkeit traten sowohl mit den irredentistischen Zielen der Staaten, die an den Grenzen des Reiches im 19. Jahrhundert entstanden, als auch mit den strategischen Zielen der Siegermächte zusammen. Damit war das Schicksal dieser sonderbaren Staatsbildung besiegelt. Man kann nicht behaupten, dass das Zusammentreffen dieser drei Tendenzen eine unausweichliche Notwendigkeit war, und auch nicht, dass es bloß rein zufällig und ohne Vorgeschichte gewesen wäre. Die Entscheidungen der Großmächte wären nicht so gefallen, wenn das Reich nicht multinational gewesen wäre, und auch nicht, wenn die Nationalitätenführer für die Erhaltung der Monarchie, bzw. Ungarns eingetreten wären, so wie es zum Beispiel 1848-1849 die Böhmen und Kroaten taten. Im Herbst 1918 erschien aber kein einziger Palacký oder Jelačić auf der Bildfläche, während sich viele für die Rolle Kossuths oder Mazzinis bewarben. Wir wissen nicht, was geschehen wäre, wenn die Mittelmächte gesiegt hätten. Die Niederlage hat aber den Zusammenbruch des Habsburgerreiches und das Schicksal Ungarns endgültig besiegelt.

\*\*\*

<sup>7</sup> VIATOR, 1908, 27–32.

<sup>8</sup> KOKOSCHKA, 1971, 58–60.

Die neue internationale Ordnung, die in der Pariser Friedenskonferenz von 1919/1920 entwickelt wurde, und damit komme ich zum zweiten Teil meiner Ausführungen, beruhte auf dem Nationalstaatsprinzip. Das *Neue Europa* der Nationen sollte die einst übernationalen Großstaaten im östlichen Europa ablösen. Im Hintergrund stand dabei die Verbindung des Prinzips der Selbstbestimmung mit dem Ziel, die Gefahr eines Übergewichts Deutschlands in Mitteleuropa sowie eine Ausbreitung der bolschewistischen Revolution von Russland auf Mittel- und Westeuropa durch die Schaffung eines *cordon sanitaire* von Staaten im östlichen Europa, die sich auf Frankreich stützten, zu verhindern. Zu diesem Zweck sprach die Friedenskonferenz in traditioneller Weise den Siegern die Beute, den Unterlegenen die Zahlung von Reparationen und Gebietsabtretungen zu.

Es folgte daraus, dass die neue staatliche Ordnung gar nicht die Lösung der Nationalitäten- und Minderheitenfrage bedeutete. Es ging lediglich um eine Neuformulierung des Problems. Von den neuen Staaten ähnelten zwei, nämlich das Serbisch-Kroatisch-Slowenische Königreich und die Tschechoslowakei, im Kleinen dem, was das Habsburgerreich im Großen darstellte. Unter den Dutzenden ethnischen Gruppen des südslawischen Staates betrug der Anteil der Serben 42-43 Prozent, der der Kroaten 23 Prozent, der der Slowenen 8 Prozent, der der Bosniaken 6 Prozent und der der Mazedonier 5 Prozent. Außer den Südslawen lebten im Königreich jedoch auch Deutsche und Albaner in einer Größenordnung von je einer halben Millionen Menschen, sowie Rumänen, Italiener und natürlich Ungarn. Im Vergleich zum Habsburgerreich bestand der einzige wesentliche Unterschied darin, dass die Serben mit fast 50 Prozent die relative Mehrheit ausmachten. Der Anteil der Magyaren in Ungarn vor dem Krieg war jedoch etwas höher: 48 bzw. 54 Prozent.

In der Tschechoslowakei machte der Anteil der Tschechen 51 Prozent aus, kaum mehr also als der der Magyaren im Königreich Ungarn. Der Anteil der Slowaken lag bei etwa 15 Prozent. Von den ethnischen Minderheiten, die 34 Prozent ausmachten, war die Gruppe der Deutschen am größten. Sie bestand aus 3,3 Millionen Menschen, was nahezu der Hälfte der tschechischen Einwohner entspricht und den Anteil der Slowaken bei weiterem übertraf. In Polen und Rumänien stellten sich die Verhältnisse wesentlich einheitlicher dar. Diese Länder waren ohne Zweifel Nationalstaaten, aber mit einer Nationalitätenminderheit von 31 bzw. 28 Prozent konnten sie keineswegs als homogene Nationalstaaten betrachtet werden. Zu den homogenen Nationalstaaten, in denen der Anteil der Minderheiten

10 Prozent nicht überstieg, gehörten Österreich und Ungarn, die beiden Staaten, die durch den verlorenen Krieg gebrandmarkt waren. Während die Volkszählung von 1910 in Ungarn eine Minderheitenbevölkerung von etwa 50 Prozent konstatierte, lag der Anteil 1920 lediglich bei 10 Prozent. Eine zahlenmäßig starke Minderheit waren die Deutschen mit 550.000 (7 Prozent) und die Slowaken mit 140.000 Menschen (2 Prozent).

Die Geschichte wiederholte sich auch insofern, als dass die neuen oder erst kürzlich entstandenen Staaten keineswegs nach der Stärkung der Nationalitätenmerkmale ihrer Minderheiten oder nach deren Konservierung strebten, sondern nach ihrer Assimilation und Einverleibung, indem sie den Reichstraditionen der Vorkriegszeit folgten oder diese sogar übertrafen. Von einem partnernationalen Status, den die Mehrheits- und Minderheitsvolksgruppen innerhalb des Staates nach schweizerischem Muster erhalten sollten, konnte keine Rede mehr sein. Stattdessen führte jeder Staat, selbst der ethnisch heterogenste, einen strengen Zentralismus ein. Keiner bevorzugte einen Regionalismus, der auf historischen und/oder kulturellen Unterschieden beruhte. Es ist bekannt, dass diese Bestrebungen schon 1929 im südslawischen Staat zur Errichtung einer Diktatur führten und dass die demokratischste Verfassung dieser Region, nämlich die tschechoslowakische, ohne Mitwirkung der nationalen Minderheiten entstand. So erhielten nicht nur die tschechoslowakischen Deutschen und Ungarn keine Autonomie, sondern auch die Slowaken und Ruthenen, denen sie von den tschechischen Politikern vorher mehrmals versprochen wurde. Es ist wahr, dass die Siegermächte hinsichtlich des hohen Anteils der Nationalitäten für jeden Staat der Region verpflichtende Normen des Minderheitenschutzes vorschrieben. Da jedoch die Verletzung dieser Rechte nicht mit Sanktionen belegt wurde, war der praktische Nutzen dieses Systems des Minderheitenschutzes eingeschränkt.<sup>9</sup>

Westeuropa erwartete, wie bereits erwähnt, aus strategischen Gründen von den neuen Nationalstaaten, dass sie sowohl einer nach Osten gerichteten Expansion der Deutschen, als auch einer für die Zukunft befürchteten russischen Expansion nach Westen Einhalt gebieten würden. Die Desintegration wurde deswegen sowohl von der englischen als auch der französischen Politik als erster Schritt der Neuordnung aufgefasst, dem eine regionale Zusammenarbeit der neuen Staaten hätte folgen sollen. Nach dem Krieg gab es in diesem Zusammenhang sowohl im Kreis der Politiker der

<sup>9</sup> MACARTNEY, 1937, 73–199. und 356–437.

Großmächte als auch unter den Nationalitäteneliten der Region mehrere Vorstellungen. Es wurde jedoch keine von diesen Sicherheitsideen mit regionalem Charakter verwirklicht. Die grundlegenden Ursachen lagen in den nationalen Gegensätzen, die sich meist aus den Grenzstreitigkeiten und Minderheitenbeschwerden der neuen oder neu gebildeten Staaten ergaben, und stärker wogen als alle anderen Gesichtspunkte, einschließlich dem der Sicherheitsfrage. Die einzige dauerhafte regionale Zusammenarbeit, die sich zwischen den Staaten der Region herausbildete, konstatierte sich in dem 1920-21 geschaffenen politischen und militärischen Bündnis (Kleinentente) zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, welches jedoch lediglich gegen die irredentistischen Bestrebungen Ungarns, bzw. teilweise Bulgariens Schutz bot. Gegen die wirklich expansiven Länder, nämlich Deutschland und die Sowjetunion, erwiesen sich diese und andere kurzlebigen Kooperationen der Region als wirkungslos. Das neue nationalstaatliche System war gerade dazu unfähig, wozu es vor allem geschaffen wurde: Zur Abwehr der Großmachtexpansionen, die diese Region bedrohten, und damit zugleich zur Wahrung des kontinentalen Gleichgewichts. Seit Mitte der 1930er Jahre hing die ganze Region an der Nabelschnur der deutschen Wirtschaft, unabhängig von der subjektiven politischen Anti- oder Sympathie der einzelnen Länder.<sup>10</sup> Unsere Geschichte bewies also erneut: *Plus ça change, plus c'est la même chose.*

IGNÁC ROMSICS

---

<sup>10</sup> RÁNKI, 1983.

## LITERATURVERZEICHNIS

- ROMSICS, 2005: Ignác ROMSICS: *Der Friedensvertrag von Trianon*. Herne, 2005.
- KEMÉNY, 1946: Gábor G. KEMÉNY: *A magyar nemzetiségi kérdés története*. [Die Geschichte der ungarischen Nationalitäten-Frage] Vol. I. Budapest, 1946.
- KOKOSCHKA, 1971: Oskar KOKOSCHKA: *Mein Leben*. München 1971.
- MACARTNEY, 1937: Carlile A. MACARTNEY: *Hungary and Her Successors. The Treaty of Trianon and Its Consequences 1919-1937*. London, New York, Toronto, 1937.
- MACARTNEY, 1962: Carlile A. MACARTNEY, Alan W. PALMER: *Independent Eastern Europe*. London, 1962.
- POPOVICI, 1906: Aurele C. POPOVICI: *Die Vereinigten Staaten von Gross-Österreich. Politische Studien zur Lösung der nationalen Fragen und staatsrechtlichen Krisen in Österreich-Ungarn*. Leipzig, 1906.
- RÁNKI, 1983: György RÁNKI: *Economy and Foreign Policy. The Struggle of the Great Powers for Hegemony in the Danube Valley 1919-1939*. Boulder, 1983.
- SZÁSZ, 1996: Zoltán SZÁSZ: Inter-Ethnic Relations in the Hungarian Half of the Austro-Hungarian Empire. In: Andrew Ludanyi (Hrsg.): *Nationalities Papers*. Vol. 24. No. 3. 1996. 391-408.
- VIATOR, 1908: Scotus VIATOR [Robert W. Seton-Watson]: *Racial Problems in Hungary*. London, 1908.



## DIE FOLGEN DES ZERFALLS DER KAISERLICH-KÖNIGLICHEN MONARCHIE

Nach dem Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie begannen Verhandlungen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn über die Aufteilung des früheren gemeinsamen Staatsvermögens (Aktiva und Passiva).

Die Verhandlungen über diesen Problemkreis wurden zunächst bilateral begonnen und dann von 1930 bis 1938 auf internationaler Ebene weitergeführt. Die Mittel und Methoden, mit denen das gemeinsame Vermögen eines Reiches aufgeteilt bzw. wie darüber in offener Atmosphäre diskutiert wurde, waren zweifellos einzigartig.

Der Einigungsprozess begann gleich nach dem Zusammenbruch der Monarchie, zu Beginn im Rahmen der „Wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn“, später unter Einbeziehung eines Schiedsgerichts, des Schiedsgerichts von Lausanne, das am 15. September 1930 installiert wurde. Einen grundlegenden Teil seiner Tätigkeit bildeten die von gewählten Schiedsrichtern geführten Verhandlungen über die Aufteilung des gemeinsamen Vermögens, im Zuge derer eine endgültige Vereinbarung mit dem Deutschen Reich erzielt werden konnte.

Tabelle 1  
Die Aufteilung des Territoriums von Österreich-Ungarn und der Bevölkerung auf die Sukzessionsstaaten

	Land	Fläche	%	Bevölkerung in 1000	%
<b>1</b>	<b>Im Reichsrat vertretene Königreiche und Länder</b>	<b>300.004</b>		<b>28.572</b>	
	Republik Österreich	79.580	26,16	6.572	22,28
	Tschechoslowakei	77.834	25,91	9.843	34,30
	Rumänien	10.441	3,48	800	2,82
	Serbisch-Kroatisch-Slowenischer Staat	29.256	10,15	1.680	5,87
	Polen	80.390	26,77	8.352	29,30
	Italien	22.584	7,53	1.544	5,43
<b>2</b>	<b>Die Länder der hl. Stephanskronen</b>	<b>324.411</b>		<b>20.886</b>	
	Trianonungarn	92.720	28,58	7.946	38,04
	Tschechoslowakei	62.937	19,40	3.576	17,12
	Rumänien	102.787	34,26	5.265	25,20
	Serbisch-Kroatisch-Slowenischer Staat	66.497	20,50	4.071	19,49
	Republik Österreich	5.055	1,56	392	1,87
	Freistaat Fiume	21	0,06	44	0,21

**Quelle:** Peter-Robert Berger: Der Donauraum im wirtschaftlichen Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg. Währung und Finanzen in den Nachfolgestaaten Österreich, Ungarn und Tschechoslowakei 1918–1929. Wien, Bd. 1, 1982. 3.

### I. DIE AUFTEILUNG DES GEMEINSAMEN VERMÖGENS (AKTIVA)

Der Zerfall und die Staatensukzession der Österreichisch-Ungarischen Monarchie brachten wirtschaftliche Probleme mit sich, nämlich die Verteilung der ehemaligen Aktiva und Passiva. Hier ist neben einer Anzahl mehr oder weniger unbedeutender Angelegenheiten im Verhältnis zu den Sukzessionsstaaten vor allem das Schiedsgerichtsverfahren gegen Ungarn



aufgrund seiner aus der früheren Zusammengehörigkeit mit Österreich einhergehenden Ansprüche zu nennen.

Das österreichisch-ungarische Schiedsgericht mit dem Sitz in Lausanne wurde auf Grundlage des Artikels VI des sogenannten Burgenlandvergleiches vom 26. Februar 1923 eingerichtet.

Der Burgenlandvergleich wurde zwischen Österreich und Ungarn vor einem internationalen Schiedsgericht abgeschlossen, das sich auf Basis des Venediger Protokolls vom 13. Oktober 1921 konstituiert hatte.<sup>1</sup>

Am 15. September 1930 etablierte sich auch formell das vollständige österreichisch-ungarische Schiedsgericht in Lausanne, wovon neben den Schriften des Finanzministeriums auch die Dokumente des Militärliquidierungsamtes im Kriegsarchiv zeugen.<sup>2</sup> Die wichtigsten Personalentscheidungen waren: Vorsitzender wurde Agostino Soldati,<sup>3</sup> Mitglied des Schweizer Eidgenössischen Gerichtshofes. Neben ihm bekleidete Plinio Bolla die Funktion des Sekretärs und war gleichfalls Mitglied des Schweizer Eidgenössischen Gerichtshofes. Viktor Kienböck<sup>4</sup> vertrat den österreichischen Partner, József Szterényi den ungarischen.<sup>5</sup>

Zwar wurde Lausanne als Sitz des Schiedsgerichtes festgelegt, jedoch konnte ihn der Vorsitzende je nach Bedarf auf einen anderen Ort verlegen. Das Schiedsgericht war befugt, in allen Fragen Urteile zu fällen, die im Artikel VI des Burgenlandabkommens vom 26. Februar 1923 geregelt waren. Die ungarische Hauptklage konnte bis zum 31. Dezember 1930 eingereicht werden und die österreichische Seite musste darauf innerhalb von drei Monaten Antwort geben. Der Inhalt der Forderung wurde bestimmt. Gegen das Klagebegehren konnte Österreich innerhalb von zwei Monaten Ein-

<sup>1</sup> Siehe SZÁVAI, 1999 und SZÁVAI, 2003.

<sup>2</sup> ÖStA/KA LKM MLA 1930, Präs., Zl. 1230, Zl. 1426, Zl. 1558; HASSELSTEINER-SZÁVAI, 2001.

<sup>3</sup> Agostino Soldati (1857–1938), von 1930 bis zu seinem Tod Präsident des internationalen österreichisch-ungarischen Schiedsgerichtes. Biographisches Lexikon, 1931, 397.

<sup>4</sup> Viktor Kienböck (1873–1956), seine wichtigeren Funktionen: Finanzminister und Sanierungskommissar des österreichischen Staatshaushaltes (1922–1924), Nationalratsabgeordneter (1924–1926; 1929–1932), Finanzminister (1926–1929), Präsident der Österreichischen Nationalbank (1932–1938).

<sup>5</sup> József Szterényi (Lengyeltóti, Komitat Somogy, 6. November 1861–1941), Tätigkeitsfeld: Sozialpolitik (Gesetze, Verordnungen), Kinderarbeit, Frauenarbeit, Probleme der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Bergarbeiter, Industrieinspektoren, Industrieförderung, Unterricht auf dem Gebiet von Gewerbe und Handel; fünf Jahre hindurch Delegierter im Völkerbund.

spruch erheben und die Gerichtskosten hatten beide Länder je zur Hälfte zu tragen. Insgesamt beliefen sich die Forderungen Ungarns auf ca. eine Milliarde Goldkronen. Gegenüber diesen von Ungarn geltend gemachten Ansprüchen reichte Österreich eine Widerklage ein. In Summe war die Forderung vonseiten Österreichs um das zehnfache geringer als jene von Ungarn.

In der Funktion des österreichischen Schiedsrichters war der Finanzminister a.D. und frühere Präsident der Österreichischen Nationalbank [Viktor] Kienböck tätig und in der ungarischen der frühere königlich ungarische Justizminister [Vilmos Pál] Tomcsányi. Mit der Stelle des österreichischen Staatsvertreters im Ministerialrat des österreichischen Finanzministeriums wurde (Freiherr von) Schönberger betraut, zum ungarischen Staatsvertreter wurde der königlich ungarische Kurialrichter Kálmán Alkér<sup>6</sup> ernannt.

Nach Konstituierung des Schiedsgerichtes reichte Ungarn eine Hauptklage und zwei Nebenklagen ein und Österreich eine Widerklage, worüber viele hunderte Druckseiten gewechselt wurden. Gegenstand der ungarischen Klagen war der von Ungarn behauptete und von Österreich bestrittene Miteigentumsanspruch Ungarns auf gewisse Vermögensschaften, insbesondere auf das Hofvermögen,<sup>7</sup> einschließlich der Museen, der Hofbibliothek und sonstiger Sammlungen, Vermögensschaften des Auswärtigen Dienstes, bosnisch-herzegowinische Vermögensschaften und militärisches Vermögen. Während dieses eigentlichen Schiedsgerichtsverfahrens gelang es mit Hilfe der Bemühungen des neutralen Präsidenten, zwischen den beiden Prozessparteien bis auf eine Ausnahme alle Klagepunkte in Form von Übereinkommen vergleichsweise zu regeln.

Nach der formellen Konstituierung reichte das Königreich Ungarn am 27. Dezember 1930 eine Hauptklage und zwei Nebenklagen beim österreichisch-ungarischen Schiedsgericht in Lausanne ein. In der Hauptklage wurden folgende Ansprüche auf Teile des früher gemeinsamen Vermögens gestellt:

1. auf militärische Immobilien ca. 71 Millionen Goldkronen,
2. a) auf militärische Mobilien 447 Millionen Kronen, b) auf Briefmarken der Feldpost 90 Millionen Kronen,
3. auf nichtmilitärische Mobilien der gemeinsamen Administration mit einem Quotenanteil von 32,82% 164.600 Goldkronen,

<sup>6</sup>ÖStA/AdR BMFF Dept. 17. Fasz. 79-I-A, Karton 92, Zl. 66104/1930. Prozessordnung des österreichisch-ungarischen Schiedsgerichtes.

<sup>7</sup>SZÁVAI, 2000, 581–595.

4. nach obiger Quote der entsprechende Anteil am Gebäude der Wiener Konsularakademie,
5. der quotenmäßige Anteil am ehemaligen Botschaftspalais in London (200.000 Goldkronen),
6. auf 50% des Hofvermögens (ca. 200 Millionen Goldkronen),
7. gleichfalls auf 50% des Fideikommiß-Vermögens des früheren Herrscherhauses im Wert von etwa 36 Millionen Goldkronen,
8. auf die Hälfte der Fideikommiß-Sammlungen als ungarischer Anteil des gemeinsamen geistigen Eigentums,
9. auf den der genannten Quote entsprechenden Anteil an den Aktiva Bosnien-Herzegowinas in der Höhe von etwa 3,3 Millionen Dinar,
10. auf einen Quotenanteil von 36,4% an den Mobilien und Immobilien des Militärs und der Schadenersatzstiftungen auf dem Gebiet Österreichs und der Nachfolgestaaten.<sup>8</sup>

Gegen die ungarischen Klagen erhob die Republik Österreich am 18. April 1931 Einspruch und stellte Gegenforderungen. Die Punkte A, B, C beinhalteten den Schadenersatz betreffend Burgenland, die Räterepublik und die rumänische Invasion. In Punkt D wurde der Wert der von Ungarn entlehnten Landkarten samt 5% Zinsen gefordert. In Punkt D b) verlangte die österreichische Regierung eine Entscheidung in Sachen Kartenmaterial: Ungarn sollte dieses entweder bis zum 31. Dezember 1950 zurückerstatten oder dessen Wert Österreich ausbezahlen. Unter Punkt E wurde Anspruch auf die Lieferung von Rohtabak mit 5% Zinsen oder die Zahlung des Wertes erhoben. Unter Punkt F wurde die Summe im Wert von 80 Millionen Goldgulden der Schulden der Österreichisch-Ungarischen Bank inklusive 5% Zinsen geltend gemacht. Unter Punkt G schließlich wurde insistiert, Ungarn möge einen Beitrag von 59,5 Millionen Kronen an den gemeinsamen Renten leisten.<sup>9</sup>

Diese Übereinkommen wurden teils unterfertigt und von den beiden Regierungen genehmigt, beziehungsweise zum Teil nur paraphiert, während deren formelle Unterfertigung und Ratifizierung von Ungarn dem Zeitpunkt vorbehalten wurde, an dem über den letzten noch offenen Klagepunkt der ungarischen Regierung entweder durch gerichtliche Entscheidung oder Vergleich entschieden werden würde.

<sup>8</sup>ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Fasz. 79-I-A, Karton 96, Zl. 548656/1938, 3-4.; SZÁVAI, 2001, 315-336.

<sup>9</sup>ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Fasz. 79-I-A, Karton 96, Zl. 548656/1938, 4-6; Widerklage der österreichischen Bundesregierung gegen die königlich ungarische Regierung (Wien, 18. April 1931).

Dieser noch nicht bereinigte Klagepunkt betraf die von Ungarn geforderte Abrechnung des militärischen Mobiliarvermögens. Aus diesem Titel machte Ungarn gegenüber Österreich einen Anspruch von rund 450 Millionen Goldkronen geltend.<sup>10</sup>

Die ungarische Aufstellung wurde am 26. Juni 1935 fertiggestellt. In dieser änderte die ungarische Seite ihre frühere Forderung (von ursprünglich einer Milliarde, dann von einer halben Milliarde Kronen) auf 447,483.817 Kronen. In der neuen Berechnung wurde Ungarn eine um 70 Millionen Kronen höhere Summe zugeschrieben, während das neue Österreich eine um 35 Millionen geringere Summe erhielt. Da der so entstandene Gesamtwert 3,619 Mrd. Kronen betrug, wurde Ungarn mit 447,483.817 Kronen weniger zugesprochen, als wenn man den Quotenproportionen entsprechend vorgegangen wäre. Die Endbilanz der ungarischen Unterbreitung war folgende:<sup>11</sup>

Tabelle 2

Wert der mobilen Heeresgüter auf dem Gebiete des Königreichs Ungarn und der Republik Österreich (in Goldkronen)

	in Österreich	in Ungarn
Wert der Mobilien	2,660.557.894	851,255.717
Wert der Baracken	89,032.764	18,818.469
Summe	2,749.590.658	870,074.186
Gesamtsumme auf beiden Staatsgebieten <sup>7</sup>	<b>3,619,664.844</b>	
Quote (Ö. 63,6%, U. 36,4%)	2,302.106.841	1,317.558.003
Über dem Quotenanteil	+ 447,483.817	- 447,483.817
Plussaldo Ungarns	<b>447,483.817 Goldkronen</b>	

**Quelle:** ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Faszikel 79-II-A-2, Jahr(e) 1935. Karton 105. Zl.: 74709/1935. Unterbreitung des Vertreters der königlich ungarischen Regierung beim österreichisch-ungarischen Schiedsgericht, wo er die im Beschluss des hohen Schiedsgerichtes vom 16. April 1935 bezeichnete Detaillierung der militärischen Sachgüter vorlegt (Budapest, 26. Juni 1935), 38.

<sup>10</sup> SZÁVAI, 2002, 219–252.

<sup>11</sup> ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Frieden. Faszikel. 79-II-A-2 Jahr(e) 1935. Karton 105, Zl.: 74709/1935. Unterbreitung des Vertreters der königlich-ungarischen Regierung beim österreichisch-ungarischen Schiedsgericht, mit welcher er die in den Beschlüssen des hohen Schiedsgerichtes vom 16. April 1935 bezeichnete Detaillierung der militärischen Sachgüter vorlegt. 38.

Am 15. April 1935 entstand unter Mitarbeit von Agostino Soldati ein weiteres Vereinbarungskonzept zur Regelung von einzelnen weiteren Streitfragen, die das österreichisch-ungarische Schiedsgericht noch zu klären hatte. In der Vereinbarung hätten Österreich und Ungarn ihre Bereitschaft erklärt, von sämtlichen, noch vom Schiedsgericht zu behandelnden Ansprüchen zurückzutreten, mit Ausnahme folgender: 1. dem ungarischen Anspruch, der sich auf die von der Militäradministration verwendeten mobilen Güter bezieht, 2. dem ungarischen Anspruch, der mit der sich aus dem Postverkehr zwischen 1915 und 1918 ergebenden Forderung zusammenhängt, 3. dem österreichischen Anspruch, der die dem Burgenland zugefügten Schäden betrifft. Das Zurücktreten der ungarischen Seite bezieht sich nicht auf all die Güter, die von der österreichischen Seite als Zubehör anerkannt wurden, allerdings wurde dieser Charakter der erwähnten Güter von ungarischer Seite nicht für gültig erklärt.<sup>12</sup>

Bis zum Jahre 1935 konnten sich die Seiten nur bezüglich der Frage der Aufteilung des mobilen militärischen Vermögens nicht einigen. Die am 1. Oktober 1935 in Budapest paraphierte Vereinbarung regelte die ungarische Nebenklage, die mit dem internationalen Telegraphenverkehr der Jahre 1915–1918 zusammenhing, bzw. die österreichische Klage, die sich auf die Wiedergutmachung der burgenländischen Schäden bezog.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Österreich und Ungarn wurden durch die Vereinbarungen vom 10. April 1923, bzw. vom 26. Januar 1931, geregelt. Letztere wurde von Bundeskanzler Johann Schober und Ministerpräsident István Bethlen in Wien abgeschlossen. Der Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn betonte die beiderseitige Bereitschaft, Vereinbarungen zu erzielen, und regelte, dass Streitfragen mittels gewählter Richter geklärt werden sollen.<sup>13</sup>

Die Republik Österreich formulierte am 29. November 1935 eine Äußerung zur detaillierten ungarischen Aufstellung.<sup>14</sup>

Auf den österreichischen Standpunkt vom 29. November 1935 antwortete das Königreich Ungarn, einer Aufforderung des Schiedsgerichts vom 6. Dezember 1935 folgend, in einer Replik am 12. Februar 1936.

<sup>12</sup> ÖStA/AdR BMfAA 14 Handelspolitik, Liquidation, Karton 772, Zl.:130849/1935.

<sup>13</sup> ÖStA/AdR BMfAA 15 Völkerrecht, Karton 242, Zl.:20942/1931.

<sup>14</sup> ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Faszikel 79-II-A-2, Jahr(e) 1935. Karton 105. Zl.: 98392/1935, Äußerung der österreichischen Bundesregierung auf die Unterbreitung des Vertreters der königlich ungarischen Regierung beim österreichisch-ungarischen Schiedsgericht.

Da die österreichische Seite die ungarische Schätzung anzweifelte, beschäftigte sich ein Extrateil der Schrift mit der Entstehungsgeschichte der Schätzverfahren. Die ungarischen Experten hatten zur Zeit der Erstellung der ursprünglichen detaillierten Aufstellung nicht die Möglichkeit, in Originaldokumente einzusehen, zudem hatten sie keine Einsicht in die das gemeinsame Vermögen betreffenden Akten.

Die ungarische Seite akzeptierte die österreichische Behauptung nicht, nach der es keine Aufstellungen über militärische Güter auf ungarischem und österreichischem Gebiet geben sollte.

Im allgemeinen Teil wurde auf die österreichische Meinung geantwortet:

Widerlegt wurde, dass die ungarischen Rechnungen ungeeignet wären, dass die Daten Mängel aufwiesen und, dass Österreich nicht in der Lage wäre, diese zu überprüfen. Außerdem wurde bestritten, dass das ungarische Schreiben keinerlei Beweise liefere, sondern nur eine Spekulation sei.

Seit Januar 1934 unternahm Ungarn Schritte, um ein zweiseitiges Vermögenskataster zusammenzustellen und die ungarische Aufstellung unter Einbeziehung österreichischer Experten zu diskutieren. Diese Bitte wurde von österreichischer Seite abgelehnt.

Das Schreiben bezieht sich auf die österreichische Meinung, in der ungarischen Zusammenstellung würden militärische Güter erwähnt, die ursprünglich nicht gemeinsames, sondern rein österreichisches Eigentum seien; es wird zur Frage Stellung genommen, dass Maschinen und maschinelle Einrichtungen nicht zu mobilen militärischen Gütern gehören würden, bzw. zum Vorwurf, dass Ungarn in seinen Angaben nie den Abtransport militärischer Güter erwähnt haben soll.

Das Königreich Ungarn setzte sich für die Bestätigung der ersten Angabe durch das Urteil des Schiedsgerichts ein und bat darum, Österreich durch einen richterlichen Entscheid zur Übergabe der entsprechenden Dokumente zu verpflichten. Desweiteren wurde die Bereitschaft erklärt, eine Militärkommission aufzustellen, bestehend aus neutralen Experten, die über notwendige Fach- und Sprachkenntnisse verfügen.<sup>15</sup>

Auf die Bitte des Vorsitzenden des Schiedsgerichts vom 29. April 1936 antwortete die Republik Österreich am 20. Juni 1936 in einer Duplik auf das zuvor genannte Schreiben vom 12. Februar. Laut allgemeiner österreichischer Meinung enthalte die erwähnte Replik keinerlei Antworten auf die

<sup>15</sup> ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Faszikel 79-II-A-2, Jahr(e) 1936. Karton 106. Zl.: 18019/1936 Replik der königlich ungarischen Regierung auf die Äußerung der österreichischen Bundesregierung. (Budapest, 12. Februar 1936).

österreichischen Fragestellungen. Im Sinne einer allgemeinen Kritik wurde angemerkt, dass im ungarischen Schreiben (eine detaillierte Zusammenstellung von Militärgütern nach ihrem Ursprung) die mobilen militärischen Güter in Wirklichkeit weder nach Stück, noch nach Menge klassifiziert seien.

Zurückgewiesen wurde die Behauptung, die mehr als hundert militärischen Einheiten seien nach dem viereinhalbjährigen Krieg gleichermaßen ausgerüstet gewesen. Die ungarische Zusammenstellung benenne oft Einheiten, die in Wirklichkeit in keinem der Länder existiert hätten. Nach österreichischem Standpunkt enthielt die ungarische detaillierte Aufstellung zum großen Teil völlig willkürlich gewählte Daten.

Ungarn seien alle Dokumente zur Verfügung gestanden, mit denen der gemeinsame Besitz hätte bewiesen werden können, Ungarn müsse genau wie Österreich die Behauptungen mit Hilfe von Beweisen untermauern. Über die bisherigen Belege war man der Meinung, dass es nur wenige seien und sie sich im Wesentlichen aus Broschüren und Zeitungen zusammensetzten.

In der Frage der Bewertung des Staatsvermögens, bzw. der mobilen militärischen Güter stützte sich Ungarn immer auf die Verhandlungen bei der Reparationskommission. Über mehrere Jahre hinweg verfügte die Kommission über verschiedene Angaben, von 457 Millionen bis 6,8 Milliarden, dem Verhältnis 1:15 entsprechend.

Weiterhin aufrecht blieb das Problem der Maschinen und maschinellen Einrichtungen, die nach österreichischer Auffassung nicht zu den mobilen militärischen Gütern zu zählen seien; dasselbe treffe auch für die Baracken zu. Die österreichische Duplik stellte fest, dass die Bundesregierung über Beweise verfüge, nach denen es in der chaotischen Situation des Zusammenbruchs in Österreich keine systematische, „mäßige“ Auflistungen gebe; dies wurde mittels Memoiren von hochgestellten Militärs bewiesen. Desweiteren wurde die Richtigkeit der ungarischen Schätzungen angezweifelt.

Die österreichische Regierung zweifelte den Wahrheitsgehalt der ungarischen Aufstellung an. Die ungarische Regierung müsse aufgefordert werden, den Ursprung der in die Verhandlungen eingebrachten Güter Stück für Stück zu beweisen und somit beantragte Österreich die Abweisung der

ungarischen Klage (bezüglich der Zusammenstellung der mobilen militärischen Güter).<sup>16</sup>

Das Königreich Ungarn reichte am 17. November 1937 einen Schriftsatz ein, mit dem es von dem am 21. Juni 1937 formulierten Gegenargument zurücktritt; dieses bezog sich auf die Folgen der Verschuldung der österreichischen Bundesregierung.

Die Grundlage des vom Königreich Ungarn eingereichten Antrags auf ein neues Beweisverfahren war die Verpflichtung der verhandelnden Seiten, die sich in ihrem Besitz befindenden und zur Beweisführung geeigneten Dokumente darzulegen. Die Partner müssten zusammenarbeiten, gemeinsam eine Lösung finden, denn das Problem sei von internationalem Charakter.

Das Königreich Ungarn betonte, dass Österreich durch die Verpflichtung, die entsprechenden Materialien und Dokumente zur Verfügung stellen und auch gleichzeitig Beweise darlegen müsse, wie es von Ungarn erwartet wurde.

Das Königreich Ungarn erklärte, es sei hinsichtlich der Ab- und Einrechnung der verschiedenen Summen nicht in der Lage, diese der Situation zur Zeit des Zusammenbruchs entsprechend festzustellen. Der Präsident der österreichischen Bundesregierung bat den Vorsitzenden des Schiedsgerichts um eine Verlängerung der Frist für die Beantwortung des ungarischen Dokuments (Antrags), von ursprünglich 24. Dezember 1937 bis zum 31. Januar 1938. All dies wurde damit begründet, dass der Antrag im Einklang mit den Vorschriften und der Verhandlungspraxis des Schiedsgerichtes vom 4., 5. und 7. Juni 1937, vom 23. März 1937, vom 17. und 28. Juni 1937, und schließlich vom 24., 25., 27. und 28. September 1937 stehe.

Nach der ungarischen Meinung, darüber hinaus hatte der ungarische Antrag einen Charakter von internationalem Recht, was nach Meinung der österreichischen Regierung ebenfalls die Verschiebung des ursprünglichen Termins begründen würde.<sup>17</sup>

Die österreichische Meinung zum ungarischen Schriftsatz vom 17. November 1937 wurde schließlich am 17. Januar 1938 formuliert.

<sup>16</sup>ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Faszikel 79-I-A, Jahr(e) 1933-1941. Karton 96. Zl.: 52425/1936, Duplik der österreichischen Bundesregierung auf die Replik der königlich ungarischen Regierung. (Wien, 20. Juni 1936).

<sup>17</sup>ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Faszikel 79-II-A-2. Jahr(e) 1937. Karton 108. Zl.: 97435/1937. Schriftsatz der königlich-ungarischen Regierung vom 17. November 1937 an das Österreichisch-Ungarische Schiedsgericht.



Darin akzeptierte die österreichische Bundesregierung den Standpunkt des Königreichs Ungarn, von der Feststellung der österreichischen Verschuldung Abstand zu nehmen, wenn Ungarn dies unverzüglich verwirklichen würde. Das Königreich Ungarn erneuerte seinen Anspruch auf ein weiteres Beweisverfahren. Gleichzeitig wurde im Antrag vom 21. Juni 1937 der Wunsch nach einer Beschleunigung des Verfahrens geäußert.

Im ungarischen Antrag wurde die freundschaftliche Atmosphäre während der Verhandlungen betont und die Übergabe der neuen Dokumente vorgeschlagen. Die österreichische Regierung erwartete von der nächsten Sitzungsperiode, dass für den Abschluss der Angelegenheit auf eine für die österreichische Seite akzeptable Weise Stellung bezogen werden würde. Der ungarische Schriftsatz vom 17. November 1937, der die definitive Übergabe der Dokumente enthielt, war nach Meinung der österreichischen Seite nicht zeitgemäß und übereilt.

Nach dem zwischenzeitlichen Antrag musste das Beweisverfahren künftig auf Grundlage der Beschlüsse des Schiedsgerichts durchgeführt werden:

In diesen wurden mit der Übergabe von informativen Listen, Akten, Zusammenstellungen und Dokumenten verbundene Fragen aufgeworfen, die für das ungarische Beweisverfahren notwendig wären. Nach einhelliger österreichischer Meinung war der neue ungarische Beweisantrag übereilt und in dieser Form nicht akzeptabel; deswegen wurde seine Abweisung beantragt.<sup>18</sup>

Das Königreich Ungarn antwortete am 12. Februar 1938 auf die Äußerung der österreichischen Seite vom 17. Januar 1938. Die verhandelnden Seiten beantragten beim Schiedsgericht eine genauere Klärung der Situation, die in den Schreiben vom 17. November 1937 und 12. Februar 1938 (von ungarischer Seite) sowie im österreichischen Schreiben vom 17. Januar 1938 und dessen Ergänzung vom 4. Februar 1938 geschildert wurde. Die aus der Situation entstandenen Fragen sollten geklärt und die nachträglichen Verfahren eingeleitet werden.<sup>19</sup>

Nach ungarischer Meinung eigne sich der ungarische Antrag für eine Beschleunigung des Beweisverfahrens, während die von der österreichischen Seite beantragte Verfahrensweise eine entgegengesetzte Wirkung

<sup>18</sup> Ebd., Karton 109. Zl.: 6950/1938. Äußerung der österreichischen Bundesregierung zum Schriftsatz der königlich-ungarischen Regierung vom 17. November 1937. (Wien, 17. Januar 1938).

<sup>19</sup> Ebd., Zl.: 23716/1938. Gegenäußerung der königlich ungarischen Regierung auf die Äußerung der österreichischen Bundesregierung von 17. Januar 1937. (Budapest, 12. Februar 1938).

haben könne. Würde das Schiedsgericht die Vorlage der Dokumente verlangen, könne dies nach ungarischer Meinung die endgültige Entscheidungsfindung beschleunigen; wenn nicht, dann müsse festgestellt werden, wer schuld daran habe und ein Urteil müsse gefällt werden.

Nach dem ungarischen Schreiben enthalte die österreichische Stellungnahme vom 17. Januar 1938 nichts Neues, es würden lediglich die früheren österreichischen Anträge rezipiert.

Mit dem österreichischen Antrag vom 26. Juli 1937 setzte man sich das Ziel, die ungarische Klage abzuweisen, doch eigentlich wurde gefordert, dass die ungarische Seite auf das Beweisverfahren verzichten solle.

Insgesamt gelang es beinahe in allen Fragen eine Einigung zu erzielen, eine Ausnahme stellte nur der Punkt 2 der ungarischen Hauptklage dar, der das aus der ehemaligen Vermögensgemeinschaft stammende mobile militärische Vermögen beinhaltete.<sup>20</sup>

#### DER NEUE VERHANDLUNGSPARTNER: DAS DEUTSCHE REICH

Der ungarische Botschafter Döme Sztójay erinnerte in seinem Brief vom 20. April 1938 an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, sofort an die Frage der Liquidierung des ehemaligen gemeinsamen österreichisch-ungarischen Staatsvermögens. Zudem skizzierte er die personelle Zusammensetzung des österreichisch-ungarischen Schiedsgerichts. Auch erwähnte er, dass in den Aufzeichnungen der im Jahre 1921 aufgenommenen Verhandlungen bis heute (20. April 1938) keine konkreten Vorschläge zu finden seien.

Die ungarische Seite wusste zu diesem Zeitpunkt natürlich noch nichts von der Einstellung des Deutschen Reiches zur Rechtskontinuität, die im weiteren immer bedeutsam blieb, wies aber die entsprechenden Stellen des Deutschen Reiches außerordentlich früh auf das Problem hin.

Die ungarische Seite erklärte weiterhin, sie würde eine schnellstmögliche Fortsetzung der schiedsrichterlichen, bzw. abstimmenden Verhandlungen der deutschen Regierung in der erwähnten Frage begrüßen, und damit die Angelegenheit möglichst schnell zum Abschluss bringen.<sup>21</sup>

<sup>20</sup> ÖStA/AdR BMFF Dept. 17, Faszikel 79-I-A, Karton 96, Zl.: 548656/1938, 6–8.

<sup>21</sup> PA AA Rechtsabteilung (R VII), Rechtsakten 8, Band 1. Zl.: 1293/1938. 20. April 1938.; SZÁVAI, 2004.

Die am 24. Mai 1938 erschienene Verordnung über die staatliche Verwaltung verringerte auch das Gewicht der Provinz Österreich innerhalb des Deutschen Reiches. Der am 12. Juli 1938 in französischer Sprache verfasste Brief an die deutsche Botschaft in Bern von Agostino Soldati und Plinio Bolla gibt Aufschluss über die Umstände der Gründung sowie die bisherige Tätigkeit des österreichisch-ungarischen Schiedsgerichts in Lausanne. Gleichzeitig werden die Motive für das Scheitern der für den 5. April 1938 geplanten Tagung von San Remo dargelegt, unter denen auch die negative Haltung des Präsidenten Soldati zum Anschluss eine Rolle spielte.<sup>22</sup>

Karl Schönberger war einer derjenigen, denen die seit Jahrzehnten andauernden vermögensrechtlichen Verhandlungen am längsten bekannt waren. Mit dem 26. September 1938 datiert, stellte er einen Informationsbericht für das Reichsfinanzministerium zusammen, von dem auch das Berliner Auswärtige Amt am 15. Oktober 1938 zwei Exemplare erhielt. Offiziell handelte es sich hierbei um den Bericht des Wiener Finanzministeriums, denn nach dem Anschluss konnte noch ein großer Teil der österreichischen Ministerien selbständige Tätigkeiten ausüben. In diesem Bericht beschrieb Schönberger detailliert die bisherigen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn, die Ergebnisse der schiedsrichterlichen, später der schiedsgerichtlichen Verfahren, die Gründung des Österreichisch-Ungarischen Internationalen Schiedsgerichts, und legte sogar einzelne Punkte der ungarischen Hauptklage sowie der Nebenklage dar. Der wertvolle Bericht Schönbergers enthielt für die Rechtsfolge, den weiteren Verlauf der Verhandlungen, vier mögliche Lösungen, die von der deutschen Seite bei den späteren Verhandlungen auch genutzt wurden.<sup>23</sup>

Der Brief von Plinio Bolla vom 20. Oktober 1938 führt das genaue Todesdatum von Agostino Soldati an: 9. Oktober 1938.<sup>24</sup>

Am 27. Oktober fertigte Schönberger einen Bericht über die im Berliner Auswärtigen Amt geführten Gespräche an, bei denen in zwei wichtigen Fragen eine Entscheidung getroffen wurde: Das Deutsche Reich betrachtete sich nicht als Nachfolgestaat Österreichs und übernahm somit auch keine Verpflichtungen, erklärte sich aber für mündliche Verhandlungen mit dem Königreich Ungarn bereit.<sup>25</sup>

<sup>22</sup> PA AA Rechtsabteilung (R VII), Rechtsakten 8, Band 1. Zl.: 1345/1938.

<sup>23</sup> Ebd., Zl.: 54865/1938.

<sup>24</sup> Ebd., Zl.: 2266/1938.

<sup>25</sup> ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Karton 96 (1933-1941), Zl.: 60084/1938 und Zl.: 60084/1938).

Von nun an beschäftigte sich die juristische Abteilung des deutschen Auswärtigen Amtes mit der Angelegenheit und stützte sich in großem Maße auf den oben erwähnten Bericht. Ein Schreiben vom 14. November 1939 bezog zu allen wesentlichen Fragen der Angelegenheit Stellung. Die Kernaussage war, dass das Deutsche Reich jegliche Rechtsnachfolge bezüglich der vom ehemaligen Österreich (und jetzigem Bundesstaat) eingegangenen finanziellen Verpflichtungen – wenn auch nur teilweise – ablehne, aber zugleich bereit sei, die Angelegenheit auf freundschaftlicher Basis endgültig zu regeln.

Im Hinblick auf die weiteren Verhandlungen wurden gemäß dem zuvor erwähnten Bericht des Wiener Finanzministeriums vier Möglichkeiten formuliert:

1. Deutschland weist die Rechtskontinuität zurück und darüber hinaus neben dem schiedsgerichtlichen Verfahren auch weitere Verhandlungen.
2. Das Reichsministerium nimmt von nun an an den ausgesetzten schiedsrichterlichen Verhandlungen teil, denn ein ungarischer Beweis-erfolg ist nicht wahrscheinlich und auch die Größenordnung einer ungarischen Forderung wäre nicht bedeutend. Inzwischen ist der Präsident des Lausanner Schiedsgerichts Soldati verstorben, die Frage des Honorars für ihn und den Sekretär ist noch offen.
3. Man könnte in der sich neu gestaltenden politischen Situation versuchen, dass Deutschland die Verwirklichung neuer Gebietsansprüche Ungarns unterstützt und Ungarn als Gegenleistung dafür auf seine bisher formulierten Forderungen hinsichtlich der Vermögensgemeinschaft der ehemaligen Österreich-Ungarischen Monarchie verzichtet.
4. Schließlich wäre ein gangbarer Weg, dass Deutschland sich auf die Rechtsdiskontinuität berufend die Teilnahme an den Verhandlungen zurückweist, jedoch mit dem Königreich Ungarn zum Abstimmen der Fakten Verhandlungen aufnimmt, die bereits früher schon zu Erfolgen führten. Aus den früheren Verhandlungen ist ersichtlich, dass Ungarn sich mit einer Summe von 20 Millionen Reichsmark zufrieden geben würde.

Während der Verhandlungen wurde immer offensichtlicher, dass seitens des Deutschen Reiches nicht mit einer Bargeldzahlung zu rechnen war, höchstens die eventuelle Übergabe einiger Gegenstände konnte in die Vorschläge einbezogen werden. Unter ihnen waren zwei Wiener Gebäude – das des Collegium Hungaricum und das der ungarischen Botschaft – weiterhin die Übergabe der österreichischen Beteiligung am Pekinger Botschaftspalais, bzw. die

Abtretung des Anteils an der Sommerresidenz der Istanbuler ungarischen Botschaft in Jeniköj, sowie einiger militärischer Maschinen. Bei den darauffolgenden Verhandlungen am 15. Oktober 1938 kam die Übergabe der Bestände des ehemaligen österreichischen Heeres zur Sprache. Ähnlich wie der frühere österreichische Verhandlungspartner erhoffte sich die deutsche Seite davon, dass die ungarischen Ansprüche befriedigt werden können, ohne das Reich, bzw. die österreichische Provinz durch größere Ausgaben zu belasten.<sup>26</sup>

Die deutsche Regierung antwortete am 23. Januar 1939 auf den Brief des ungarischen Botschafters in Berlin Döme Sztójay. In diesem Schreiben wurde zwar nicht die Rechtskontinuität erklärt, doch die Unterstützung auf freundschaftlicher Basis beim Abschluss der Angelegenheit ausgesprochen. Als wesentlich wurde die Untersuchung bezeichnet, wem das mobile militärische Vermögen gehört.

Am 25. Januar 1939 sandte der Reichsfinanzminister über die deutsche Botschaft in Bern einen Brief an Plinio Bolla, mit der Bitte, die noch offenen Fragen zwischen Österreich und Ungarn niederzuschreiben. Weiters fragte er an, welche Angelegenheiten noch aktuell seien, in deren Verhandlungen das Deutsche Reich sich eventuell als Verhandlungspartner einschalten könnte.<sup>27</sup>

Döme Sztójay verfasste am 9. Mai 1939 einen Brief an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Weizsäcker, in dem er die Entsendung von Botschafter Nickl und dem Abteilungsleiter im Finanzministerium Ernő Szilágyi nach Berlin zur Weiterführung der Liquidationsverhandlung ankündigte. Er bat den Staatssekretär, die Verhandlungen vorzubereiten.<sup>28</sup>

Am 10. Juni 1939 wurde dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Weizsäcker, in einem Brief von der ungarischen Botschaft ein Vorschlag für die Weiterführung der Angelegenheit unterbreitet. Dieser bestand darin, dass Deutschland der ungarischen Seite die angeführten Militärgüter (Uniformen, maschinelle Einrichtungen, Waffen, Munition, usw.) ohne Gegenleistung überlässt, während die ungarische Seite den Verzicht auf die Erfüllung der sich aus dem gemeinsamen Vermögen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie ergebenden Forderungen erklärt. Die ungarische Seite betonte, diese Lösung zugunsten einer endgültigen Beilegung der Angelegenheit vorzuschlagen.

<sup>26</sup> PA AA Rechtsabteilung (R VII), Rechtsakten 8, Band 1. Zl.: 2164/1938.

<sup>27</sup> Ebd., Zl.: 6058/1938.

<sup>28</sup> PA AA Rechtsabteilung (R VII), Rechtsakten 8, Band 2. Zl.: 11627/1939.

Das Auswärtige Amt wurde am 23. Juni 1939 vom Reichsfinanzministerium über den Tod des Präsidenten des österreichisch-italienischen Schiedsgerichts, Karl Freiherr von Schönberger, verständigt, der am 28. Mai 1939 bei einem Autounfall tödlich verunglückt war. Somit schied einer der besten Kenner der Arbeit und der Ergebnisse des österreichisch-ungarischen Schiedsgerichts aus den weiteren Verhandlungen aus. Als sein Nachfolger wurde Otto Juch ernannt, der die restlichen 30 Prozent der Angelegenheit zu erledigen hatte.<sup>29</sup> Am 11. Juli 1939 wurden im Berliner Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz von Botschafter Eisenlohr Verhandlungen über die eventuelle Übernahme der Ungarn betreffenden tschechischen Staatsschulden geführt. Die ungarische Seite wollte dies mit den aus dem ehemaligen gemeinsamen Vermögen stammenden Forderungen verknüpfen.

In zuvor in Budapest geführten Verhandlungen hatte Ungarn die Bereitschaft zum Verzicht auf die Erfüllung dieser Forderung erklärt, wenn Ungarn als Gegenleistung 450 Millionen, oder zumindest 215 Millionen tschechische Kronen erhalten würde.

Bei den Verhandlungen stand die Forderung Ungarns hinsichtlich des ehemaligen österreichisch-ungarischen mobilen militärischen Vermögens in keinem Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn. Jedoch war es im Sinne beider Seiten, die seit 20 Jahren existierende Streitfrage endlich zu lösen.

Offen blieb also die Frage der Übernahme des ungarischen Anteils an der tschechischen Staatsschuld (verbunden mit der Forderung bezüglich des ehemaligen ungarischen mobilen militärischen Vermögens), doch die Lösung der Frage sah für das Protektorat günstiger aus, als im Falle der Slowakei.

Offen blieb auch die Frage, ob diese Summe von 250 Millionen tschechischen Kronen durch die Lieferung von ausschließlich militärischen, hauptsächlich ehemaliger österreichischer Güter gelöst werden sollte, oder ob dies nicht notwendig sei, sondern auch durch neuere Lieferungen verwirklicht werden könne. Laut der deutschen Seite müsse die Frage genau geklärt werden.

Das Königreich Ungarn erarbeitete einen Vorschlag für die Übernahme der tschechischen Staatsschulden in Form von Lieferungen im Wert von 215 Millionen tschechischen Kronen. Gleichzeitig blieben einige Fragen im Zusammenhang mit dem Staatseigentum, mit der Beteiligung an diesem, offen. Ungelöst blieben auch die Fragen der administrativen Schulden und der staatlichen Garantien.<sup>30</sup>

<sup>29</sup> Ebd., Zl.: 10134/1939.

<sup>30</sup> Ebd., Zl.: 17143/1939.

Ende Juli 1939 verhandelten die Vertreter der ungarischen Regierung mit den Vertretern des Reichsfinanzministeriums und die ungarische Seite gab eine Erklärung zur endgültigen Beilegung der Angelegenheit ab. Hierin wurde zum Ausdruck gebracht, dass die ungarische Regierung in Zukunft keinerlei rechtsgültige Ansprüche bezüglich des gemeinsamen Vermögens der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie stellen würde. Die Ansprüche, die auf Vereinbarungen zwischen der ehemaligen Republik Österreich und dem Königreich Ungarn beruhen, verlieren ihre Gültigkeit; jene dagegen, die noch nicht endgültig geregelt sind oder bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht realisiert wurden, bleiben offen. Diese Erklärung wurde im Namen der deutschen Regierung angenommen.<sup>31</sup>

Da die Kosten des Schiedsgerichts von beiden Seiten zu gleichen Teilen getragen wurden, musste das Deutsche Reich ab Januar 1939 fünfzig Prozent übernehmen. Darüber hinaus war Deutschland verpflichtet, für das Honorar des Sekretärs des internationalen Schiedsgerichts, Plinio Bolla, aufzukommen. Am 20. Juni 1939 bat Bolla um die Überweisung der noch ausstehenden 6250 Schweizer Franken.<sup>32</sup>

Ein an den Reichsfinanzminister gerichteter Brief vom 21. September 1939 enthält einige Details über die weiteren deutsch-ungarischen Verhandlungen. Er behandelt das Treffen vom 27. und 28. Juli 1939 in Berlin, an dem von deutscher Seite der Ministerialrat Litter und von ungarischer Seite der Staatssekretär Béla Csizik teilnahmen. Sie diskutierten die Übernahme eines Teils der tschechischen Staatsschulden und kamen zu dem Ergebnis, dass die frühere Erklärung von Csizik ihre Gültigkeit verloren habe (Verzicht der ungarischen Ansprüche Ende Juli 1939) und sich die Möglichkeit biete, die Vereinbarung nicht nur mündlich zu treffen, sondern sie auch in eine entsprechende schriftliche Form zu bringen.

Der Plan für den Austausch der Unterlagen für eine vermögensrechtliche Vereinbarung beschäftigte sich mit den Berliner Verhandlungen über die Regelung der tschechischen Staatsschulden zwischen der deutschen und ungarischen Regierung vom Juli 1939. Der für die ungarische Seite verhandelnde Staatssekretär Csizik gab eine Verzichtserklärung bekannt und brachte zum Ausdruck, dass die aus dem ehemaligen gemeinsamen Vermögen stammende Forderung des Königreichs Ungarn an das Deutsche Reich keine Gültigkeit mehr habe und auch keine weiteren finanziellen Forde-

<sup>31</sup>ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Faszikel 79-I-A, Karton 96, Zl.: 14380-7/1939. 11 August 1939, 19.

<sup>32</sup>Ebd., Zl.: 11306/1939.

rungen gestellt werden würden. Die deutsche Regierung nahm die Erklärung zur Kenntnis und drückte ihr Einverständnis damit aus.

Am 29. Januar 1940 übermittelte die ungarische Botschaft dem Außenministerium den an Kálmán Alkér adressierten französischsprachigen Brief Plinio Bolla vom 20. Juni 1939. Dieser gab Aufschluss über das Honorar der Mitglieder des Schiedsgerichts, bzw. über den Abtransport der Dokumente. Der Brief mit informativem Charakter forderte die deutsche Seite auf, zu dieser Frage Stellung zu beziehen.<sup>33</sup>

Ein Brief vom 24. April 1940 berichtet über die im Auswärtigen Amt geführten deutsch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen. Auch der bereits erwähnte ungarische Verzicht wurde angesprochen, der sich auf folgendes bezog:

1. Alle Ansprüche, die vor dem Schiedsgericht noch Gültigkeit haben, jedoch nicht entschieden wurden.
2. Alle Ansprüche, die als erledigt angesehen werden können, jedoch noch nicht ratifiziert wurden.
3. Die Geldforderung, die vom Schiedsgericht zugesprochen und ratifiziert, aber noch nicht durch einen Vertrag bekräftigt wurde.
4. Geldforderungen, die auf sich aus der Vermögensgemeinschaft ergebenden Verträgen beruhen.

Am 30. Oktober 1940 wurde der Schweizer Botschaft in Berlin für das Schreiben über die Auszahlung des Honorars von Plinio Bolla (6250 Schweizer Franken) gedankt.<sup>34</sup>

Am 19. Dezember 1940 schickte der Reichsfinanzminister einen Brief an die Finanzabteilung der Wiener Landesregierung. Darin berief er sich auf das am 10. Mai 1940 unterzeichnete Ergänzungsabkommen über die Staatsschulden und das Staatseigentum der ehemaligen Tschechoslowakei. Darüber hinaus konnten durch das Deutsche Reich und das Königreich Ungarn auch einige andere damit in Zusammenhang stehende, sich auf die österreichisch-ungarische schiedsgerichtliche Vereinbarung vom 26. Februar 1923 beziehende Fragen endgültig geklärt werden. Das Schiedsgericht beendete somit seine Tätigkeit.<sup>35</sup>

Im Dezember 1940 wurde erneut die Untersuchung aufgenommen, ob Viktor Kienböck, der 1924–1938 das Amt des österreichischen Präsidenten

<sup>33</sup> Ebd., Zl.: 52889/1940.

<sup>34</sup> Ebd., Zl.: 74662/1940.

<sup>35</sup> Ebd., Zl.: 6086/1940.



des österreichisch-ungarischen Schiedsgerichts innehatte (ab 1938 übte er weder politische, noch finanzielle Tätigkeiten aus) und so über viele Jahre Österreich bei den Verhandlungen über die Vermögensgemeinschaft vertreten hatte, für seine Arbeit ein Honorar erhalten sollte. Der entsprechende Antrag wurde im Reichsfinanzministerium anfangs positiv beurteilt, und man schlug vor, ihm eine Summe von 25.000 Reichsmark zuzugestehen. Denn Kienböck hätte Österreich gegenüber den ungarischen Forderungen von mehreren Milliarden Schilling erfolgreich vertreten (in erster Linie hinsichtlich der den Quoten entsprechenden Beteiligung am mobilien militärischen Vermögen).

Am 10. Februar 1941 verfasste Makovszky in Wien einen Brief an den Reichsfinanzminister über die abschließenden Verfügungen des österreichisch-ungarischen Schiedsgerichts. Dieser gibt darüber Aufschluss, dass Makovszky für die Auszahlung der Honorare für den Präsidenten und den Sekretär des ehemaligen österreichisch-ungarischen Schiedsgerichts Kontakt mit der Wiener Devisenabteilung aufgenommen hatte. Bezüglich des Honorars für Kienböck benachrichtigte er die örtliche Führung der NSDAP am 8. Januar 1941, jedoch gab es darauf bis zum Verfassen des erwähnten Briefes keine Reaktion. Im Falle einer positiven Beurteilung war ein Honorar von 10-13.000 Reichsmark vorgesehen.<sup>36</sup>

In der Antwort der Bezirksführung der NSDAP vom 26. Februar 1941 genehmigte der Bezirksleiter eine kleinere Summe, da die Mutter Kienböcks, Adele Sándor, aus einer wohlhabenden jüdischen Bankier Familie stamme und kurze Zeit einer Tätigkeit (als „klerikaler Systempolitiker des damaligen Rumpf-Österreich“) nachgegangen war. Die darauffolgende Antwort lässt vermuten, dass die Arbeit Kienböcks nicht honoriert werden würde.<sup>37</sup>

Am 11. September 1941 bedankte sich die Schweizer Botschaft in Berlin für die Lösung der Honorarfrage.<sup>38</sup> Am 20. Januar 1942 übergab die deutsche Botschaft in Bern die ehemaligen Lausanner Akten und schickte sie nach Berlin. Das Berliner Auswärtige Amt informierte die ungarische Botschaft am 9. Februar 1942 über diesen Schritt.<sup>39</sup>

Am 9. Februar 1942 sandte das Berliner Auswärtige Amt das aus 22 Akten bestehende Material des ehemaligen österreichisch-ungarischen internationalen Schiedsgerichts zusammen mit den Dokumenten des Militärli-

<sup>36</sup> Ebd., Zl.: 1391/1941.

<sup>37</sup> ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Karton 96, (1933-1941), Zl.: 1976/1941; Zl.: 19341/1940.

<sup>38</sup> PA AA Rechtsabteilung (R VII), Rechtsakten 8, Band 2. Zl.: 64923/1941.

<sup>39</sup> Ebd., Zl.: 51326/1942.

quidierungsamtes sowie des zu liquidierenden Kriegsministeriums nach Wien, mit dem Ziel, diese Materialien nunmehr als einer Abteilung des Reichsarchivs aufzubewahren und sie ungarischen Organen auf deren Bitte zur Einsicht zur Verfügung zu stellen.<sup>40</sup>

Am 27. Februar 1942 wurde das Berliner Reichsinnenministerium aus Wien über das Einlangen der Sendung informiert.<sup>41</sup>

Damit war die über mehrere Jahrzehnte andauernde österreichisch-ungarische vermögensrechtliche Diskussion abgeschlossen. Das Politische Archiv des Bonner Auswärtigen Amtes erhielt keine weiteren Dokumente zu dieser Angelegenheit.

## 2. DIE FRAGE DER AUFTEILUNG DER GEMEINSAMEN STAATSSCHULDEN (PASSIVA)

Die zweitgrößte Kardinalfrage war die Verteilung der ehemaligen Passiva der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Passiva, die sich im Verlauf der Auflösung der früheren Österreichisch-Ungarischen Monarchie aus deren „Gütergemeinschaft“ stellten, existierten in folgenden Formen:

- Allgemeine Sätze der Staatsschulden,
- Administrative Schulden des Staatshaushaltes im Inland,
- Administrative Schulden des Staatshaushaltes im Ausland,
- Gebühren nach Urteilen, die beide Staaten belasteten.<sup>42</sup>

Der Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur für eine moderne wirtschaftliche und industrielle Entwicklung war sehr kostspielig, sodass ein bedeutender Teil der Summe mit Auslandskrediten beglichen werden musste. Die Schulden der Österreichisch-Ungarischen Monarchie ergaben sich einerseits aus den wachsenden Ausgaben für die Infrastruktur und andererseits aus der Finanzierung des Weltkrieges.

Der Artikel 186 des Friedensvertrages von Trianon bzw. der Artikel 203 des Friedensvertrages von Saint-Germain trafen Verfügungen über die anteilmäßige Übernahme der Schulden der Vorkriegszeit durch die Nachfolgestaaten (diese bezogen sich auch auf das neue Österreich und Ungarn). Nach diesen Bestimmungen hatte jeder Staat jenen Anteil der früheren

<sup>40</sup> ÖStA/AdR BMfF Dept 17, 426/1942, ÖStA/AdR NPA 443/1942.

<sup>41</sup> PA AA Rechtsabteilung (R VII), Rechtsakten 8, Band 2. Zl.: 53584/1942.

<sup>42</sup> ÖStA/AdR BMfF Dept. 17 Frieden, Karton 98. Allgemeines Jahr(e) 1920-1925 Faszikel 79-V-A-I, Zl.: 43993-1925; Zl.: 43993/1925.

Staatsschulden zu übernehmen, den die Reparationskommission unter Berücksichtigung der Kapazität bestimmter Erwerbszweige bzw. der finanziellen Mittelwerte der Jahre 1910, 1912 und 1913 festgelegt hatte. Die obigen Verfügungen waren für die gedeckten, als auch für die ungedeckten Schulden gültig, wobei bei der Feststellung der Schuldenhöhe als Richtwert der Stand vom 28. Juni 1914 galt.<sup>43</sup>

Auf Grundlage dieser Richtlinien setzte die Reparationskommission die Höhe der gedeckten österreichischen Schulden mit 2.250 Millionen Kronen (der jährliche Mittelwert betrug 36 Millionen Kronen) fest. Im Falle Ungarns belief sich diese Summe auf 400 Millionen Kronen (jährlicher Mittelwert: 2,6 Millionen Kronen).

Die ungedeckten Schulden Österreichs wurden mit 7,767.835,764, jene Ungarns mit 6,741.322,674 Kronen festgesetzt. Die hauptsächlich mittels Steuerkriterien bezüglich der Kapazität einzelner Erwerbszweige bestimmten österreichischen und ungarischen Anteile zeigen folgendes Bild:

Tabelle 3

**Prozentuelle Verteilung der Staatsschulden an die Nachfolgestaaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie**

Österreich in %		Ungarn in %	
Österreich	36,827	Ungarn	49,629
Italien	4,087	Rumänien	23,659
Polen	13,733	Südslawisches Königreich	6,800
Rumänien	1,610	Tschechoslowakei	17,384
Südslawisches Königreich	2,043	Österreich	1,716
Tschechoslowakei	41,700	Stadt Fiume/Rijeka	0,812
Zusammen	100.000	Zusammen	100.000

Quelle: Reparation Commission VII Distribution of the Pre-War Austrian and Hungarian debt. 17-19.

Zu den gemeinsamen Schulden Österreichs und Ungarns wurden die schon früher entstandenen Schulden zweier Eisenbahnlinien, nämlich der Ungarisch-Galizischen bzw. der Österreichisch-Ungarischen Staatsbahnen, gerechnet. Der ungarische Anteil an den Schulden der Unga-

<sup>43</sup> HALMOSY, 1966, 118–119.

risch-Galizischen Eisenbahn betrug lediglich 0,0439%; die Hauptlast entfiel auf Polen, während Österreich daran überhaupt nicht beteiligt war. Der Anteil Ungarns an den Schulden der Österreichisch-Ungarischen Staatsbahnen lag bei 11,602%, jener Österreichs bei 10,539%; den größten Anteil mit 62,808% hatte die Tschechoslowakei zu tragen.<sup>44</sup>

Die Liquidation des Staatsvermögens (Aktiva und Passiva) betraf in der Situation nach dem Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie auch die Nachfolgestaaten Österreichs und Ungarns; zudem gehörten auch die Liquidation und die Schuldenverteilung der Österreichisch-Ungarischen Bank dazu. Die Republik Österreich und das Königreich Ungarn machten in mehreren Phasen den Versuch, das frühere gemeinsame Staatsvermögen und Schulden aufzuteilen. Zweifelsohne ist die Lösung des Problems der Staatensukzession (der Aufteilung des Staatsvermögens) der Österreichisch-Ungarischen Monarchie beispielhaft und einzigartig in der Geschichte. Ich bin nicht nur überzeugt, dass meine zukünftigen Forschungen weitere umfangreiche Details zu diesem Themenbereich zu Tage bringen werden, sondern auch, dass diese Fragestellung zweifelsohne hochaktuell ist.

FERENC SZÁVAI

---

<sup>44</sup>ÖStA/AdR BMfF Dept. 17, Karton 142 Reparation Zl. 85134/1929. Reparation Commission VII Distribution of the Pre-War Austrian and Hungarian debt. 11–20.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## UNGEDRUCKTE QUELLEN

- ÖStA/AdR BMfF  
Österreichisches Staatsarchiv Wien – Archiv der Republik – Bundesministerium für Finanzen.
- ÖStA/AdR BMFAA  
Österreichisches Staatsarchiv Wien – Archiv der Republik – Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten.
- ÖStA/AdR NPA  
Österreichisches Staatsarchiv Wien – Archiv der Republik – Neues Politisches Archiv
- ÖStA/KA LKM MLA  
Österreichisches Staatsarchiv Wien – Kriegsarchiv – Liquidierendes Kriegsministerium – Militärliquidierungsamt.
- PA AA  
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes. Bonn.

## LITERATUR

- BERGER, 1982: Peter-Robert BERGER: *Der Donauraum im wirtschaftlichen Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg*. Währung und Finanzen in den Nachfolgestaaten Österreich, Ungarn und Tschechoslowakei 1918–1929. Wien, 1982. Bd. 1.
- Biographisches Lexikon, 1931: Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz. Neuenburg, 1931.
- HALMOSY, 1966: HALMOSY Dénes: *Nemzetközi szerződések 1918–1945* [Internationale Verträge 1918–1945]. Budapest 1966.
- HASELSTEINER-SZÁVAI, 2001: *Dokumente des österreichisch-ungarischen Schiedsgerichtes von Lausanne (1930–1938)*. Hrsg. von Horst Haselsteiner – Ferenc Szávai. Analecta fontium mitteleuropaeorum; 1. Frankfurt am Main, 2001.
- SZÁVAI, 1999: SZÁVAI Ferenc: *Az Osztrák-Magyar Monarchia közös vagyona* [Das gemeinsame Vermögen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie]. Pécs, 1999.
- SZÁVAI, 2000: SZÁVAI Ferenc: A Habsburg-Lotharingiai Ház vagyona az első világháború után [Das Vermögen des Hauses Habsburg-Lothringen nach dem I. Weltkrieg]. *Magyarország a nagybatalmak erőterében*. Tanulmányok Ormos Mária 70. születésnapjára [Ungarn im Kraftfeld der Großmächte. Studien zum 70. Geburtstag von Mária Ormos]. Szerk. / Hrsg. von Fischer Ferenc, Majoros István, Vonyó József. Pécs, 2000, 581–595.
- SZÁVAI, 2001: Ferenc SZÁVAI: Probleme der Staatensukzession der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. *Begegnungen: Schriftenreihe des Europa Institutes Budapest 11*. Budapest, 2001, 315–336.
- SZÁVAI, 2002: Ferenc SZÁVAI: *Das Schicksal des militärischen Vermögens der Österreichisch-Ungarischen Monarchie*. Collegium Hungaricum-Studien. Band 1. Wien, 2002, 219–252.
- SZÁVAI, 2003: Ferenc Szávai: *Die Folgen des Zerfalls der Österreichisch-Ungarischen Monarchie*. St. Katharinen, 2003.
- SZÁVAI, 2004: SZÁVAI Ferenc: *Az Osztrák-Magyar Monarchia felbomlásának következményei*. [Die Folgen des Zerfalls der Österreichisch-Ungarischen Monarchie]. Pécs, 2004.



VOM ZWISCHENSTAATLICHEN KONFLIKT  
ZU BILATERALER VERSTÄNDIGUNG  
Die Burgenlandfrage und ihre Rolle in den  
österreichisch-ungarischen Beziehungen<sup>1</sup>

Von Seiten der Öffentlichkeit wird heute zumeist davon ausgegangen, dass die Erwerbung des Burgenlandes,<sup>2</sup> das der Republik Österreich erst einige Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs als neuntes Bundesland angegliedert wurde, eher unspektakulär vor sich gegangen wäre. So hat im kollektiven Gedächtnis von den Ereignissen des Zeitraums 1919–1924 nur die Volksabstimmung überdauert, mit der über den Verbleib der Stadt Ödenburg bei Ungarn entschieden wurde, wogegen die mitunter heftigen diplomatischen und militärischen Auseinandersetzungen in dieser Angelegenheit fast völlig in Vergessenheit geraten sind. Der Umstand, dass die Rechtmäßigkeit des Ödenburger Plebiszits gerade in der älteren österreichischen Historiografie immer wieder angezweifelt wird,<sup>3</sup> führte zwar zur Herausbildung einiger bis heute existenter Mythen sowie zu einem kurzen Aufflammen anti-ungarischer Gefühle in Teilen der österreichischen Bevölkerung, in den bilateralen Beziehungen der beiden Staaten spielte die Thematik jedoch bereits Mitte der 1920er Jahre kaum mehr eine Rolle<sup>4</sup> und ist heute weitgehend in Vergessenheit geraten. Ziel dieses Beitrags ist es, die wichtigsten Etappen der später als „Burgenlandnahme“ bezeichneten Auseinandersetzung, deren Lösung den Grundstein für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen Österreichs und Ungarns in späteren Jahren legte, in gebotener Kürze darzulegen.

<sup>1</sup>Der Beitrag basiert auf der 2012 veröffentlichten Studie des Autors „Die Burgenlandnahme 1919–1924“. Vgl. dazu: GRAF-LASS-RUZICIC-KESSLER, 2012, 1–44. Abgabe des vorliegenden Beitrags März 2014.

<sup>2</sup>Die Urheberschaft des Namens „Burgenland“ als Bezeichnung für die westungarischen Komitate ist umstritten. Vgl. dazu: SCHLAG, 2001, 164–165.

<sup>3</sup>Vgl. ERNST, 1991, 197–198.

<sup>4</sup>Vgl. MILTSCHINSKY, 1922; Pflieger, 1971.

## I. VORBEDINGUNGEN

Die Ansprüche Österreichs auf die mehrheitlich von Personen deutscher Nationalität besiedelten Komitate Westungarns<sup>5</sup> (Wieselburg/Moson, Eisenburg/Vasvár, Pressburg/Pozsony und Ödenburg/Sopron)<sup>6</sup> geht aus formaljuristischer Sicht auf die am 22. November 1918 erlassene „*Staats-erklärung Deutschösterreichs über Umfang, Grenzen und Beziehungen Deutschösterreichs*“<sup>7</sup> zurück, in der erstmals von Seiten der Republik die Eingliederung des Gebiets in den österreichischen Staatsverband gefordert wurde. Zwar hatte es bereits seit der Jahrhundertwende immer wieder Diskussionen über eine mögliche Abtretung des Gebiets an Cisleithanien oder einen im Zuge einer Reichsreform neu zu errichtenden deutsch-österreichischen Teilstaat gegeben,<sup>8</sup> diese Pläne hatten sich jedoch bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs nicht umsetzen lassen. Erst die Auflösung der Habsburgermonarchie im Oktober / November 1918 und die mit ihr verbundene Umwandlung der österreichischen und ungarischen Kerngebiete in souveräne Staaten hatte die Diskussion wieder aufflammen lassen. So forderten Ende 1918 beide Länder unter Bezugnahme auf das von Seiten der Entente proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker die Einbeziehung aller mehrheitlich von Personen deutscher bzw. ungarischer Nationalität besiedelten Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in ihren Staatsverband, was für Österreich bedeutete, das man unter anderem auch auf Westungarn Ansprüche erhob.<sup>9</sup> Diese Forderung konnte aufgrund handelspolitischen Drucks von Seiten Ungarns<sup>10</sup> jedoch nur indirekt gestellt werden, weshalb in der Staatserklärung vom 22. November 1918 statt der sofortigen Abtretung der vier westungarischen Komitate nur die Zuerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts für die dort wohnhafte

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Denkschrift „Das geschlossene deutsche Sprachgebiet in West-Ungarn nach der Volkszählung 1910“. ÖStA KA Nachlässe, B/874, Nachlass Eichhoff, Faszikel 39; Wotawa, 1919.

<sup>6</sup> SCHLAG, 2001, 106. Die Forderung auf Angliederung von Preßburg erwies sich dabei aufgrund der Ansprüche der Tschechoslowakei rasch als nicht durchsetzbar.

<sup>7</sup> StGBI Nr. 41 ex 1918, Staatserklärung vom 22. November 1918 über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebiets Deutschösterreichs, Artikel 5.

<sup>8</sup> SCHLAG, 1983, 747–800, hier: 747–748; SCHLAG, 2001, 38–40, 43–49, 62–63.

<sup>9</sup> *Protokolle*, 1918/1919, 9, 30, 93–95, 142–143 sowie Beilage 3.

<sup>10</sup> SCHLAG, 2001, 110–111.



Bevölkerung verlangt wurde.<sup>11</sup> Nichtsdestotrotz zeigte man sich in Wien zuversichtlich, diese und andere territoriale Forderungen auf der Pariser Friedenskonferenz, an der Österreich ab 12. Mai 1919 mit seiner Delegation teilnahm,<sup>12</sup> durchsetzen zu können. In Budapest betrachtete man die Aktivitäten Wiens mit einer gewissen Gelassenheit, nicht zuletzt, da nicht davon ausgegangen wurde, dass die Entente bereit sein würde, gegenüber dem Nachbarstaat weitreichende Zugeständnisse zu machen.

## 2. DIE FRIEDENSVERTRÄGE

In den Eingaben und Memoires, die von Seiten der österreichischen Delegation an das Präsidium der in Saint-Germain tagenden Friedenskonferenz gesendet wurden, nahm die Burgenlandfrage jedoch nur eine relativ untergeordnete Rolle ein, da andere Gebietsansprüche der Republik, namentlich geforderte die Rückgliederung Südtirols, der Untersteiermark sowie des deutsch besiedelten Teils von Böhmen und Mähren in den österreichischen Staatsverband, im Vordergrund standen. Die Hoffnungen der Delegation unter Karl Renner wurden jedoch enttäuscht, da sich die Entente nicht bereit zeigte, über die territorialen Forderungen Wiens auch nur zu verhandeln.<sup>13</sup> Die einzige Ausnahme bildete Westungarn, das Österreich nach einem schriftlichen Protest gegen die ursprünglichen Friedensbedingungen,<sup>14</sup> in denen die Frage übergangen worden war,<sup>15</sup> schließlich doch noch zuerkannt wurde.<sup>16</sup> Entscheidend für diesen Entschluss war dabei jedoch weniger der Protest von Delegationsleiter Karl Renner,<sup>17</sup> als viel mehr die politische Verstimmung zwischen Italien und den übrigen Enten-

<sup>11</sup> *Neue Freie Presse*, Abendausgabe 22. November 1918; SCHLAG, 2001, III. Vgl. dazu auch: Staatsrat – Beschlussprotokoll zur 42. Sitzung, zitiert nach: KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1993, 173; StGBI 41 ex 1918, Artikel 5.

<sup>12</sup> KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1994, 15.

<sup>13</sup> Ebd., 10–17.

<sup>14</sup> Ebd., 17. Zum Volltext des Dokuments vgl. *Protokolle, 1919/1920*, Beilage 379. „Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in Saint Germain en Laye“, Bd. 1, 44–70.

<sup>15</sup> *Protokolle, 1919/1920*, Beilage 379, Bd. 1, 47.

<sup>16</sup> *Protokolle, 1919/1920*, Beilage 379, Bd. 2, 410–411. Der zitierte Text ist auf den 2. September datiert, stimmt aber in den betreffenden Passagen mit den Bestimmungen vom 20. Juli überein.

<sup>17</sup> Instruktion Staatsamt für Äußeres an die Delegation zum Pariser Friedenskongress, zitiert nach: KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1994, 163–164.

temächten. Rom, das sich um einen Teil seiner Kriegsbeute betrogen fühlte, stellte sich insbesondere der Errichtung eines über westungarisches Gebiet führenden „slawischen Korridors“ zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien<sup>18</sup> entgegen und setzte sich aus diesem Grund vehement dafür ein, die in Frage stehende Region an Österreich abzutreten. Wien war in diesem Konflikt der lachende Dritte, musste jedoch letztlich mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von St. Germain am 10. September 1919 nicht nur seine übrigen territorialen Ansprüche aufgeben, sondern auch überaus harte wirtschaftliche und außenpolitische Bedingungen akzeptieren.<sup>19</sup> Damit blieb die Zuerkennung des Burgenlandes der einzige für die österreichische Bevölkerung greifbare Verhandlungserfolg der Friedensdelegation, was wiederum erklärt, warum zumindest in der Frühphase des Konflikts die Regierung in Wien auf keinen Fall bereit war, in der Causa mit Ungarn zu verhandeln und statt dessen auf der baldmöglichsten Abtretung des Gebiets beharrte. Dass man im Herbst 1919 über keine militärischen Mittel verfügte, das Burgenland tatsächlich auch in Besitz zu nehmen, erwies sich dabei für Österreich als hinderlich, man war jedoch überzeugt, dass sich die Ententemächte spätestens nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Ungarn des Problems annehmen und eine Lösung zu Gunsten Wiens herbeiführen würden.

Für Ungarn war die Situation noch ungünstiger als für Österreich, da das Land erst nach dem Sturz des Räteregimes unter Béla Kun und der Etablierung der neuen Regierung unter Admiral Miklós Horthy im November 1919 zu den Pariser Friedensverhandlungen zugelassen wurde.<sup>20</sup> Bei den ab Dezember 1919 geführten Gesprächen wurde der ungarischen Delegation rasch klar, dass es fast nichts zu verhandeln gab, da viele Angelegenheiten wie etwa der Grenzverlauf bereits in den Friedensverträgen mit dem Deutschen Reich, Österreich und Bulgarien präjudiziert worden waren.<sup>21</sup> Auch die Berufung auf das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker erwies sich in Zusammenhang mit den ungarischen Gebietsansprüchen als nur wenig durchschlagkräftig, da für die Entente, ähnlich wie zuvor im Fall Österreichs, strategische und geopolitische Überlegungen im Vordergrund standen. Budapest zeigte sich dabei insbesondere über den Umstand erzürnt, dass man nicht nur die Loslösung der Slowakei, der Karpato-Ukraine, des Banats und der Batschka zu akzeptie-

<sup>18</sup> Vgl. dazu etwa SCHLAG, 1983, 750–751; VRANJEŠ-ŠOLJAN, 1996, 39–50.

<sup>19</sup> KOCH-RAUSCHER-SUPPAN, 1994, 24–29. Zum Volltext vgl. StGBI 303 ex 1920, Staatsvertrag von Saint Germain en Laye vom 10. September 1920.

<sup>20</sup> FISCHER, 1999, 168–176; ROMSICS, 2005a, 612–623; ROMSICS, 2005b, 117–144.

<sup>21</sup> Vgl. StGBI 303 ex 1920, Artikel 88.

ren hatte, sondern auch eine Abtretung großer Teile Westungarns an Österreich vorgesehen war.<sup>22</sup> Letzteres wollte man auf keinen Fall akzeptieren, da man den Nachbarstaat nicht nur als „gleichberechtigten Kriegsverlierer“ ansah, sondern auch für den eigentlichen Verursacher des Ersten Weltkriegs hielt.<sup>23</sup> Die in weiterer Folge vorgebrachten Argumente und Vorschläge, die unter anderem die Abhaltung einer Volksabstimmung in Westungarn vorsahen,<sup>24</sup> wurden jedoch von der Entente nicht aufgegriffen, da man weder willens noch in der Lage war, alle anderen Friedensverträge erneut aufzuschnüren. Mangels besserer Alternativen unterzeichnete die ungarische Delegation daraufhin am 4. Juni 1920 im Schloss Trianon bei Paris den Friedensvertrag,<sup>25</sup> der ähnlich harte Bedingungen vorsah wie sein österreichisches Pendant. Von der ungarischen Öffentlichkeit wurde der Staatsakt mit großer Verbitterung aufgenommen, die letztlich in dem Wunsch kumulierte, das verhasste Vertragswerk zumindest in einem Punkt zu revidieren. Dabei schien sich aufgrund der außenpolitischen Situation die westungarische Frage als geradezu ideales Betätigungsfeld anzubieten.

### 3. AUF DEM WEG ZUM KONFLIKT

In der folgenden Eskalationsphase des Konflikts hatte Wien insofern einen Startvorteil, als man sich vor dem Hintergrund der heftigen Reaktionen Ungarns auf die österreichische Staatserklärung vom November 1918 bald nach der Ratifizierung des Vertrags von Saint Germain bemüht hatte, in der Burgenland-Frage auf außenpolitischer Ebene Verbündete zu finden. Die diesbezüglichen Anstrengungen von Staatskanzler Renner führten zu der Unterzeichnung bilateraler Abkommen mit der Tschechoslowakei<sup>26</sup> und Italien<sup>27</sup> im Frühjahr 1920, die zwar zunächst als großer Fortschritt in der

<sup>22</sup> FISCHER, 1999, 178–179; ROMSICS, 2005a, 623; ROMSICS, 2005b, 154–162.

<sup>23</sup> Dies sah man in Wien naturgemäß umgekehrt. Vgl. dazu KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1994, 16.

<sup>24</sup> ROMSICS, 2005b, 174.

<sup>25</sup> ROMSICS, 2005a, 623–626; ROMSICS, 2005b, 185–187.

<sup>26</sup> KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1996, 9, 17; SCHLAG, 2001, 324–326; Politische Verhandlungen zwischen Staatssekretär Renner und Außenminister Beneš (Prag) – Protokoll (geheim), zitiert nach KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1996, 207–208. Zu den Verhandlungen im Vorfeld und während des Treffens vgl. Prager Entrevue und Bildung von beiderseitigen Kommissionen zwecks Durchführung des Staatsvertrags von Saint Germain, ohne Datum, ÖStA/AdR NPA Liasse Tschechoslowakei, Faszikel I/II, Kt. 673.

<sup>27</sup> KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1996, 21.

Überwindung der außenpolitischen Isolation Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg bewertet wurden, sich jedoch letztlich in der Burgenlandfrage als völlig wirkungslos erwiesen. Hinzu kam, dass Wien vor allem durch das Abkommen mit der Tschechoslowakei in das außenpolitische Fahrwasser seines Nachbarstaats geriet, was sich im weiteren Verlauf des Konflikts als ungünstig erweisen sollte, verfolgte die doch Tschechoslowakei gegenüber Ungarn ihre eigenen Interessen. Gleichzeitig zerschlug sich für Österreich auch die Hoffnung auf Hilfe von außen, da die Ententestaaten nur wenig Anzeichen machten, in der Burgenlandfrage aktiv werden zu wollen. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass Frankreich und Großbritannien nach dem Sturz der Regierung Béla Kuns sowie der Unterzeichnung des Vertrags von Trianon kein Interesse an einer weiteren Destabilisierung Ungarns hatten und gegenüber Österreich, das trotz eines entsprechenden Verbots im Friedensvertrag<sup>28</sup> die Idee eines Anschlusses an Deutschland noch nicht aufgegeben hatte, ein Druckmittel in der Hand behalten wollten. Vor diesem Hintergrund verzichteten die Ententemächte lange Zeit auf eine Intervention in der Frage der westungarischen Gebiete und stimmte erst auf massives Drängen Wiens der Entsendung einer interalliierten Militärkommission nach Odenburg/Sopron zu, die sich vor Ort über die Lage in dem umstrittenen Territorium zu informieren hatte.<sup>29</sup> Letztlich konnte jedoch dieses Gremium, das im Februar 1920 seine Tätigkeit aufnahm und Österreich in Folge noch einiges Kopfzerbrechen bereiten sollte,<sup>30</sup> in Ermangelung von tatsächlicher militärischer Macht nur geringen Einfluss auf die weiteren Ereignisse nehmen und erwies sich dadurch in der sich abzeichnenden Krisensituation als so gut wie nutzlos.

Ungarn, das sich über die Bemühungen Österreichs gut unterrichtet zeigte,<sup>31</sup> verlegte sich im Gegensatz zu seinem Nachbarstaat darauf, auf Zeit zu spielen und sich für den zu erwartenden Konflikt zu rüsten. In dem Wissen, dass vor dem Hintergrund der außenpolitischen Lage nicht so schnell mit einem Eingreifen der Ententemächte zu rechnen war, ignorierte man einfach beharrlich sämtliche Beschwerden, Bitten und Eingaben. Gleichzeitig wurde jedoch auch damit begonnen, unter dem Kommando

<sup>28</sup> StGBI 303 ex 1920, Artikel 88.

<sup>29</sup> Bevollmächtigter Eichhoff an Staatsamt für Äußeres – Telegramm Nr. 1035, zitiert nach KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1996, 249.

<sup>30</sup> Staatskanzler Renner an Staatsamt für Äußeres – Schreiben (sehr dringend), zitiert nach ebd., 250; Bevollmächtigter Eichhoff an Staatsamt für Äußeres – Telegramm Nr. 1064, zitiert nach ebd., 292.

<sup>31</sup> Ebd, 1996, 17; SCHLAG, 2001, 325.

der ehemaligen Freikorpsführer Paul Prónay und Iván Héjjas paramilitärische Kampfverbände in den westungarischen Komitaten aufzustellen, die einen Versuch des Nachbarstaats, das Gebiet in Besitz zu nehmen, notfalls mit Waffengewalt unterbinden sollten.<sup>32</sup> Auch wenn sich die Regierung in Budapest nicht direkt an der Formierung der irregulären Einheiten beteiligte, leistete man vor dem Hintergrund, dass mit einer zwischenstaatlichen Lösung der Burgenlandfrage aufgrund der Haltung Österreichs nicht zu rechnen war, doch weitreichende logistische und materielle Unterstützung. Die zu erwartende Eskalation des Konflikts wurde jedoch dadurch hinausgezögert, dass die Wiener Regierung, eine Koalition von Christlichsozialen und Sozialdemokraten,<sup>33</sup> in der Burgenlandfrage uneinig war und trotz entsprechender Rechtsakte, die eine Integration des Gebiets in den österreichischen Staatsverband vorbereiten sollten,<sup>34</sup> lange darüber diskutierte, ob nicht doch versucht werden sollte, mit Ungarn zu einer Verhandlungslösung zu gelangen.<sup>35</sup> Letztlich überwog jedoch die Erkenntnis, dass die österreichische Bevölkerung einen auch nur teilweisen Verzicht auf die westungarischen Gebiete, deren Erwerb ja den einzigen Erfolg der Pariser Friedenskonferenz darstellte, nur schwerlich akzeptieren würde. Nicht zuletzt aus diesem Grund ließ man Budapest im Oktober 1920 wissen, über die Burgenlandfrage bestenfalls nach der Besetzung des Gebiets durch österreichische Staatsorgane verhandeln zu können.<sup>36</sup> Budapest, Ungarn, das sich bis zu diesem Zeitpunkt um eine Verhandlungslösung bemüht hatte,<sup>37</sup> nahm daraufhin seine abwartende Haltung wieder ein und verzichtete auch nach der Ratifizierung des Vertrags von Trianon am 18. November 1920 gegenüber Österreich auf jegliche weitere Reaktion in der Angelegenheit.<sup>38</sup>

<sup>32</sup> SCHLAG, 1970, 2; JAVORICS, 2008, 120. Zur Organisation der Freischärler vgl. auch BORUS, 1996, 51–63; SCHLAG, 1983, 753–754.

<sup>33</sup> Vgl. dazu GOLDINGER-BINDER, 1992, 84–94.

<sup>34</sup> BGBl Nr. 1 ex 1920, Gesetz vom 1. Oktober 1920, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird (Bundes-Verfassungsgesetz), Artikel 2; BGBl. 2 ex 1920, Verfassungsgesetz betreffend den Übergang zur bundesstaatlichen Verfassung, §12.

<sup>35</sup> KOCH-RAUSCHER-SUPPAN, 1996, 19; Schlag, 2001, 373–378.

<sup>36</sup> Staatssekretär für Äußeres Mayr an Gesandten Cnobloch (Budapest), Bevollmächtigten Eichhoff (Paris) und Legationssekretär Hauenschild (Ödenburg) – Zirkularerlass (streng vertraulich), zitiert nach KOCH-RAUSCHER-SUPPAN, 1996, 443–444

<sup>37</sup> Ebd., 25.

<sup>38</sup> Vgl. Bundesministerium für Äußeres an Gesandte Eichhoff (Paris), Cnobloch (Budapest) und Legationssekretär Hauenschild (Ödenburg) – Zirkularerlass (dringend), zitiert nach ebd., 455.

Gleichzeitig erfüllte sich die Hoffnung Wiens, die Entente würde sich nach der Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrags in den Konflikt einschalten und die Durchsetzung der maßgeblichen Bestimmungen erzwingen, nicht. Zwar forderte die Botschafterkonferenz, die nach dem Ende der Pariser Vorortekonferenz eingesetzt worden war, um die Einhaltung der Friedensordnung zu überwachen, Ungarn im Dezember 1920 recht deutlich auf, die Kontrolle über das Gebiet an die in Ödenburg/Sopron stationierte interalliierte Kommission zu übergeben, verzichtete jedoch vorerst auf ein direktes Eingreifen. Stattdessen forderte man Österreich und Ungarn auf, durch bilaterale Verhandlungen nach einer für beiden Seiten akzeptablen Lösung des Problems zu suchen.<sup>39</sup> Tatsächlich nahmen beide Seiten im Frühjahr 1921 Gespräche auf, die jedoch aufgrund der weit auseinander liegenden Standpunkte ergebnislos blieben.<sup>40</sup> Dieser Umstand wurde von der Botschafterkonferenz zwar zunehmend als problematisch empfunden, da zu befürchten stand, dass hier ein Präzedenzfall für eine Revision der Friedensverträge geschaffen wurde,<sup>41</sup> ungeachtet dessen wollte und konnte man sich jedoch zunächst nicht in den Konflikt einmischen. Der Grund dafür ist wohl einerseits darin zu suchen, dass es sich hierbei um eine Auseinandersetzung zweier „Verliererstaaten“ handelte, derer man nur geringe Bedeutung beimaß, andererseits verfügten weder Frankreich noch England zu diesem Zeitpunkt über nennenswerte Truppenreserven, die man in dem Gebiet zum Einsatz bringen hätte können. All dies spielte Ungarn in die Hände, das auf seiner abwartenden Haltung beharrte und darauf hoffen konnte, dass sowohl die Entente als auch die österreichische Öffentlichkeit irgendwann das Interesse an der Frage verlieren würden. Hinzu kam, dass Wien zu diesem Zeitpunkt unter erheblichem außenpolitischen Druck seitens der Botschafterkonferenz stand, da führende Politiker des Landes immer noch nicht bereit waren, die Idee eines Anschlusses an Deutschland aufzugeben, was ein Eingreifen der Alliierten in der Burgenlandfrage zu Gunsten Österreichs unwahrscheinlich erscheinen ließ. Darüber hinaus stand die Regierung in Wien, aus der die Sozialdemokraten zwischenzeitlich ausgeschieden waren, auch innenpolitisch vor größeren Problemen, da der monarchistische Flügel der Christlichsozialen offen sei-

<sup>39</sup> Ebd., 25.

<sup>40</sup> Besprechung österreichischer und ungarischer Regierungsvertreter – Protokoll zur 1. Bis 3. Sitzung, zitiert nach ebd., 516. Vgl. auch die Protokolle zu den Sitzungen der bilateralen Kommission, ebd., 516–573.

<sup>41</sup> ERNST, 1991, 193.

ne Sympathie für Ungarn bekundete und forderte, mit dem Nachbarland eine Verständigung in der Frage der westungarischen Gebiete zu suchen.<sup>42</sup> Vor diesem Hintergrund schien Budapest nur abwarten zu müssen, bis Wien bereit sein würde, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und einen Kompromiss einzugehen.

Der erste Restaurationsversuch Kaiser Karls I (in Ungarn König Karl IV.<sup>43</sup>), der am 26. März 1921 in Budapest eintraf und von Reichsverweser Horthy<sup>44</sup> die Wiederherstellung seiner Herrschaftsrechte forderte, änderte die Spielregeln jedoch grundlegend. Trotz der Tatsache, dass der Coup misslang,<sup>45</sup> regierte die Botschafterkonferenz, die das ständige Schreckgespenst einer Restauration der Habsburger vor Augen hatte, empfindlich und rückte merklich von ihrer bisherigen Unterstützung für Budapest ab. Für Wien war die Entwicklung insofern günstig, als der monarchistische Flügel der Christlichsozialen vor dem Hintergrund der Ereignisse im Nachbarland und den heftigen Reaktionen der alliierten Mächte seine Forderung auf eine Verständigung mit Ungarn zurückziehen musste und die Regierung so wieder auf ihre ursprüngliche Linie einschwenken konnte, die eine rasche Eingliederung des umstrittenen Gebiets in den österreichischen Staatsverband vorsah. Die tatkräftige Unterstützung der Ententestaaten, derer man sich aufgrund der ungünstigen außenpolitischen Lage Ungarns eigentlich sicher sein hätte können, verspielte Österreich jedoch durch ein neuerliches Aufkochen der Anschlussfrage im Frühjahr 1921, was die Botschafterkonferenz dazu bewegte, sich nun auch von Wien merklich zu distanzieren.<sup>46</sup> Zwar stand zu diesem Zeitpunkt bereits fest, dass die Alliierten, die den schwelenden Konflikt leid waren und das System der Friedensverträge an sich nicht gefährden wollten, auf jeden Fall auf der Einhaltung der Vertragsbestimmungen bezüglich der westungarischen Gebiete bestehen würden, mit einem tatkräftigen Eingreifen insbesondere Frankreichs oder Englands im Fall von unerwarteten Schwierigkeiten war jedoch nicht mehr zu rechnen.

<sup>42</sup> SCHLAG, 1970, 4.

<sup>43</sup> ROMSICS, 2005a, 605.

<sup>44</sup> FISCHER, 1999, 176; ROMSICS, 2005a, 621.

<sup>45</sup> ROMSICS, 2005a, 635.

<sup>46</sup> KOCH-RAUSCHER-SUPPAN, 1996, 27–28; GOLDINGER-BINDER, 1992, 79–81.

#### 4. DIE ESKALATION

Tatsächlich forderte die Botschafterkonferenz Ungarn im Frühsommer 1921 letztmalig auf, bis Ende August desselben Jahres all seine Truppen aus den westungarischen Gebieten zurückzuziehen und die Kontrolle des Landes an die in Ödenburg/Sopron stationierte interalliierte Kommission zu übertragen. Diese sollte in weiterer Folge das Gebiet an österreichische Staatsorgane übergeben, deren Einmarsch unmittelbar nach dem Abzug der letzten ungarischen Verbände vorgesehen war.<sup>47</sup> Ungarn kam der Aufforderung in weiterer Folge tatsächlich nach und zog bis zu der vorgegebenen Frist seine Truppen aus dem Gebiet ab, die Freischärlerverbände, über welche die ungarische Regierung offiziell keine Kontrolle hatte und die zahlenmäßig wesentlich stärker waren als die zuvor dort stationiert gewesenen regulären Truppen, blieben jedoch zurück. Die Zahl dieser paramilitärischen Verbände war inzwischen sogar noch weiter angestiegen,<sup>48</sup> da nach dem Scheitern des ersten Restaurationsversuchs König Karls hochrangige ungarische Regierungsfunktionäre wie Antal Sigray und Anton Lehár damit begonnen hatten, unter dem Deckmantel der Vorbereitung des militärischen Widerstands gegen Österreich in Westungarn Truppen zusammenzuziehen, die einen weiteren Restaurationsversuch des Monarchen unterstützen sollten.<sup>49</sup> Das Kräftegleichgewicht verschob sich vor der für den 28. August 1921 geplanten Besetzung des Gebiets noch weiter zu Ungunsten Österreichs, als es Budapest gelang, das österreichische Bundesheer gegenüber der Botschafterkonferenz so weit zu diskreditieren, dass diese schließlich Wien den Einsatz seiner Streitkräfte untersagte und verfügte, dass die in Frage stehenden Gebiete lediglich von Einheiten der Gendarmerie und der Zollwache besetzt werden sollten.<sup>50</sup> Da diese nicht nur zahlenmäßig schwach, sondern auch nur leicht bewaffnet waren, befanden sich die Freischärler nun eindeutig im Vorteil.

Der Regierung in Wien waren all diese Fakten in groben Zügen bekannt, gleichzeitig sah man sich jedoch gezwungen, in der Angelegenheit so rasch als möglich tätig zu werden. Dies hing vor allem mit dem außenpolitischen Druck zusammen, der von Seiten der Tschechoslowakei auf

<sup>47</sup> Vgl. KOCH-RAUSCHER-SUPPAN, 1998, 10.

<sup>48</sup> Ihre Gesamtzahl wird in der Historiographie mit etwa 10.000 Mann angegeben. Vgl. SCHLAG, 1970, 4.

<sup>49</sup> SCHLAG, 2001, 396–397; SCHLAG, 1970, 2–3.

<sup>50</sup> SCHLAG, 1970, 5–6.



Österreich ausgeübt wurde, hatte Prag doch mehrfach das Angebot unterbreitet, in Erfüllung des mit Wien geschlossenen Vertrags in den Konflikt einzugreifen und die Durchsetzung der Bestimmungen des Friedensvertrags notfalls mit Waffengewalt zu erzwingen.<sup>51</sup> Österreich hatte jedoch nicht die Intention, sich zum Werkzeug der tschechoslowakischen Außenpolitik machen zu lassen, allein schon, weil die Befürchtung im Raum stand, dass Prag im Fall einer Besetzung Westungarns durch seine Truppen das Gebiet auf lange Sicht annektieren würde. Aus diesem Grund ging die österreichische Regierung zunächst auch nicht auf ein neuerliches Verhandlungsangebot Budapests ein, demzufolge das strittige Gebiet an Österreich übergeben und nur Ödenburg/Sopron sowie einige Umlandgemeinden bei Ungarn verbleiben sollten,<sup>52</sup> sondern begann am 28. August 1921 plangemäß mit der Besetzung des inzwischen von ungarischen Truppen geräumten und formell unter Kontrolle der interalliierten Kommission stehenden Gebiets.<sup>53</sup> Erwartungsgemäß geriet die Aktion für die Gendarmerie- und Zollwacheformationen zu einem blutigen Debakel, da die Freischärler dem Einmarsch erbitterten Widerstand entgegensetzten, dem sich die österreichischen Staatsorgane kaum gewachsen zeigten.<sup>54</sup> Ein sofortiger Protest Österreichs bei der Botschafterkonferenz blieb ohne Ergebnis,<sup>55</sup> da Ungarn glaubhaft versichern konnte, all seine Truppen aus dem Gebiet abgezogen zu haben und daher gegen die Freischärlerverbände, die sich der staatlichen Kontrolle entzogen, nicht vorgehen zu können.<sup>56</sup> Auch die interalliierte Kommission in Ödenburg/Sopron, die über keinerlei Truppen verfügte, konnte nicht in die Ereignisse eingreifen. Nach weiteren Überfällen und Angriffen von Freischärlerverbänden auf niederösterreichisches

<sup>51</sup> KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998, 10; Vgl. dazu auch Äußerung der politischen Sektion im Bundesministerium für Äußeres, 12. August 1921. ÖStA/AdR NPA Liasse Tschechoslowakei, Faszikel I/III, Kt. 673.

<sup>52</sup> KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998, 10; Gesandter Cnobloch an Bundesministerium für Äußeres – Telegramm Nr. 143 (Chiffre), zitiert nach ebd., 53; Bundeskanzler Schober an Gesandte Eichhoff (Paris) und Cnobloch (Budapest) – Telegramm Nr. 106 und 33 (in Ziffern), zitiert nach ebd., 53–54; Geschäftsträger Hornbostel an Bundesministerium für Äußeres – Bericht Nr. 105/Pol., zitiert nach ebd., 57.

<sup>53</sup> SCHLAG, 2001, 401; SCHLAG, 1983, 5–6. Zur genauen Stärke der einzelnen Marschgruppen sowie zu Ausrüstung und Ausbildungsstand der Gendarmen vgl. WALDER, 1998, 83–91.

<sup>54</sup> SCHLAG, 1983, 754–755; SCHLAG, 1970, 6–8.

<sup>55</sup> KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998, 11.

<sup>56</sup> Gesandter Cnobloch an Bundesministerium für Äußeres – Telegramm Nr. 237 (Chiffre), zitiert nach ebd., 10, 79–80.

Territorium, wo sie sich zum Teil heftige Gefechte mit Einheiten des österreichischen Bundesheers lieferten,<sup>57</sup> brach die Regierung in Wien das missglückte Unternehmen schließlich ab und verfügte am 10. September 1921 den Rückzug aller österreichischen Einheiten hinter die alte Staatsgrenze.<sup>58</sup> Damit fiel das Burgenland erneut in die Kontrolle der Freischärler zurück, der Konflikt war jedoch noch nicht beendet.

##### 5. VOM VENEDIGER PROTOKOLL ZUM PLEBISZIT

Die Ententemächte zeigten sich von dem Gewaltausbruch im Zuge der Besetzung des Burgenlandes zwar überrascht und zum Teil auch schockiert, waren jedoch immer noch nicht bereit, selbst aktiv in den Konflikt einzugreifen. Dies stellte man auch gegenüber der Wiener Regierung relativ offen klar, indem man den österreichischen Bundeskanzler Schober indirekt wissen ließ, dass man zwar den politischen Druck auf Ungarn weiter aufrechterhalten wolle, es jedoch gleichzeitig als sehr vorteilhaft empfinden würde, wenn Ungarn und Österreich auf dem Verhandlungsweg zu einer Lösung des Konflikts gelangen könnten.<sup>59</sup> Dass dies einen Verzicht auf zumindest einen Teil des Österreich im Vertrag von Saint Germain zugesprochenen Territoriums bedeuten würde, war Wien durchaus bewusst, andererseits war vor dem Hintergrund der außenpolitischen Lage jedoch keine Alternative in Sicht, sodass man bei weiterem Zuwarten Gefahr lief, das Burgenland vollständig und endgültig an Ungarn zu verlieren.<sup>60</sup> Darüber hinaus hatten die letzten Gefechte mit den Freischärlern deutlich gezeigt, dass die österreichische Exekutive zu schwach war, um eine gewaltsame Durchsetzung des Gebietsanspruchs zu erzwingen,<sup>61</sup> sodass eine Verhandlungslösung der einzige Ausweg aus der Krise zu sein schien. Aber auch Ungarn stand trotz des bisherigen Erfolgs seiner Strategie vor Problemen. Zum einen entwickelten die in Westungarn entstandenen Freischärlerver-

<sup>57</sup> SCHLAG, 1970, 12–13.

<sup>58</sup> Ministerrat – Protokoll Nr. 117 (vertraulich), zitiert nach KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998, 80–81.

<sup>59</sup> Geschäftsträger Marek an Bundesministerium für Äußeres – Bericht Nr. 517/Pol. (vertraulich), zitiert nach ebd., 1998, 82–83; Ministerrat – Protokoll Nr. 119 (vertraulich), zitiert nach ebd., 83.

<sup>60</sup> GOLDINGER–BINDER, 1992, 70; Schlag, 1970, 19.

<sup>61</sup> SCHLAG, 1970, 17–19.

bände in zunehmendem Maß ein Eigenleben und riefen im Oktober 1921 das Gebiet sogar zum unabhängigen Staat „Lajta Banság“ (Leitha-Banat) aus.<sup>62</sup> Auch wenn sich der Kleinststaat aufgrund der Konflikte zwischen den monarchistischen und nationalistischen Freischärlergruppen nie zur Gänze konstituieren konnte, zeigte sich Budapest, das kein Interesse an der Entstehung eines permanenten Unruheherds an seiner Westgrenze hatte, über die Entwicklung dennoch sehr besorgt. Darüber hinaus stand immer noch die Gefahr im Raum, dass sich die Tschechoslowakei unter Berufung auf ihr Abkommen mit Österreich in den Konflikt einschalten und die Westungarnfrage als Grund nutzen würde, einen neuerlichen Krieg gegen Ungarn vom Zaun zu brechen.<sup>63</sup> Tatsächlich hatte Prag unmittelbar vor Ausbruch der bewaffneten Zusammenstöße der österreichischen Regierung erneut und nachdrücklich das Angebot unterbreitet, in den Konflikt eingreifen, ein Szenario, das Wien und Budapest aus naheliegenden Gründen um jeden Preis vermeiden wollten. Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, warum beide Staaten im September 1921 ihre bisherige, un-nachgiebige Haltung aufgaben und plötzlich reges Interesse daran zeigten, in Verhandlungen über die Burgenlandfrage einzutreten.

Als Vermittler zwischen den beiden Streitparteien etablierte sich in weiterer Folge Italien, das sich bereits seit September 1921 bemüht hatte, Österreich und Ungarn zu einer Annäherung ihrer Standpunkte zu bewegen. Federführend in diesem Zusammenhang war der italienische Außenminister Pietro Della Torretta, der durch vorsichtige Gespräche mit österreichischen und ungarischen Diplomaten auszuloten versuchte, wie weit beide Seiten zu gehen bereit waren.<sup>64</sup> Dabei stellte sich rasch heraus, dass Ungarn bereit war, die Abtretung des Burgenlandes grundsätzlich zu akzeptieren, wenn die Hauptstadt des Gebiets, Ödenburg/Sopron, sowie einige Umlandgemeinden im ungarischen Staatsverband verbleiben würden, eine Lösung, der Wien zumindest nicht komplett ablehnend gegenüberstand.<sup>65</sup>

<sup>62</sup> SCHLAG, 2001, 430–439; Schlag, 1970, 20–23.

<sup>63</sup> Gesandter Conbloch an Bundesministerium für Äußeres – Fernspruch Nr. 3823, 12. August 1921, ÖStA/AdR NPA Liasse Tschechoslowakei, Faszikel I/III, Kt. 673.

<sup>64</sup> Bundeskanzler Schober an Legationssekretär Freudenthal (Rom) – Telegramm Nr. 58 (geheim), zitiert nach KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998, 84–86. Zu den Vermittlungsbestrebungen Italiens in der Burgenlandfrage vgl. vor allem: MALFÈR, 1978

<sup>65</sup> Legationssekretär Freudenthal an Bundesministerium für Äußeres – Telegramm Nr. 76 (Chiffre), zitiert nach ebd., 87.

Die Vermittlung Italiens war in diesem Zusammenhang entscheidend, da laut der Statuten der Pariser Friedensordnung direkte Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn über die Burgenlandfrage, die ja in den Staatsverträgen von Saint Germain und Trianon geregelt worden war, rechtswidrig gewesen wären. Rom, das durch seine Haltung gegenüber der Tschechoslowakei und Jugoslawien auf der Friedenskonferenz die Burgenlandfrage überhaupt erst ins Rollen gebracht hatte, war somit in der Lage, in dem prinzipiell von ihm mitverschuldeten Konflikt nun als „ehrlicher Makler“ und Vermittler aufzutreten, der sich um eine möglichst friedliche Beilegung der Angelegenheit bemühte.

Dieser Umstand löste im Gegenzug jedoch den Unmut Prags aus, das insbesondere Österreich im Vorfeld der Verhandlungen wissen ließ, dass die Tschechoslowakei zwar noch das Ergebnis der Verhandlungen abwarten würde, im Fall von deren Scheitern jedoch „*sofort und ganz entschieden Ordnung machen*“ und die Durchsetzung der Bestimmungen der Friedensverträge erzwingen werde.<sup>66</sup> Diese Drohung wurde von der österreichischen Regierung, die sich bis zu diesem Zeitpunkt noch unsicher gewesen war, in welchem Ausmaß man in der Angelegenheit Zugeständnisse zu machen bereit war, durchaus als solche verstanden, was wiederum die Bereitschaft Wiens, mit Ungarn rasch zu einer Verhandlungslösung zu gelangen, drastisch erhöht haben dürfte.<sup>67</sup> Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die am 11. Oktober 1921 unter italienischer Führung in Venedig begonnenen, bilateralen Verhandlungen in nur zwei Tagen zu einem Abschluss gebracht werden konnten. Die als „Venediger Protokoll“ bekannt gewordene Übereinkunft sah grundsätzlich vor, das Ungarn den Großteil des in Frage stehenden Gebiets an Österreich zu übergeben hatte, in Ödenburg/Sopron und acht Umlandgemeinden jedoch eine Volksabstimmung durchzuführen war, in der die Bewohner über die staatliche Zugehörigkeit ihres Heimatgebiets zu entscheiden hatten. Ungarn verpflichtete sich im Gegensatz dazu, das Gebiet von den im Protokoll als „Banden“ bezeichneten Freischärlerverbänden zu säubern und es anschließend erneut an die interalliierte Kontrollkommission zu übergeben. Nach der folgenden Besetzung des in Frage stehenden Gebiets mit Ausnahme Ödenburgs/Soprons sowie der acht Umlandgemeinden durch österreichische Truppen sollte schließlich die im Protokoll vereinbarte Volksabstimmung durchgeführt

<sup>66</sup> Geschäftsträger Marek an Bundesministerium für Äußeres – Telegramm Nr. 35 (Chiffre), zitiert nach ebd., 118.

<sup>67</sup> SCHLAG, 1970, 23.

werden.<sup>68</sup> Diese Übereinkunft war ein wichtiger Schritt in Richtung Beilegung des Konflikts, vor dem Hintergrund, dass die ungarische Regierung zu diesem Zeitpunkt die Kontrolle über die Freischärlerverbände bereits weitgehend verloren hatte, stellte sich jedoch die Frage, ob und wie sie umgesetzt werden konnte.

In diesem Fall kam beiden Parteien jedoch der Zufall zur Hilfe, da am 22. Oktober 1921 König Karl zum zweiten Mal in diesem Jahr in Ungarn eintraf, um die Macht im Land zurückzugewinnen. Im Gegensatz zu seinem ersten Versuch landete der im November 1918 ins Exil gegangene Monarch diesmal jedoch in Westungarn, um von Ödenburg aus gemeinsam mit den ihm treu ergebenen Truppen den Marsch auf Budapest anzutreten.<sup>69</sup> Dieser zweite Restaurationsversuch änderte die militärische Lage in den westungarischen Gebieten grundlegend, da nun ein Teil der Freischärlerverbände gemeinsam mit Karl gegen Budapest zog, während sich der andere Teil ebenfalls dorthin auf den Weg machte, um die Regierung Horthy zu unterstützen. Doch selbst nach dem Ende des dilettantischen Umsturzversuchs, der bereits einen Tag später zusammenbrach,<sup>70</sup> gelang es den Freischaren nicht mehr, das Gebiet wieder unter ihre Kontrolle zu bringen, hatte doch Budapest die Gunst der Stunde genutzt, um Maßnahmen gegen die nach der Entwaffnung der habsburgtreuen Einheiten um 50 Prozent geschrumpften Freiwilligenverbände zu ergreifen.<sup>71</sup> So erklärte die ungarische Regierung den Staat „Lajta-Bánság“ mit Wirkung vom 4. November 1921 für aufgelöst und drohte den Freischärlern den Einsatz regulären Militärs an, sollten sie das Gebiet nicht innerhalb von wenigen Tagen vollständig geräumt haben.<sup>72</sup> Vor die Macht des Faktischen gestellt lenkten die Führer der paramilitärischen Verbände schließlich ein und räumten das Burgenland bis 10. November vollständig, womit Ungarn die ihm vertraglich auferlegten Verpflichtungen erfüllt hatte.<sup>73</sup> Im Gegenzug ließ die Regierung in Wien ab 13. November Einheiten des Bundesheeres in das Bur-

<sup>68</sup> BGBl 138 ex 1922, Venediger Protokoll betreffend die Regelung der westungarischen Frage, 269–274. Das Übereinkommen wurde erst nach seiner Ratifizierung durch den Nationalrat am 28. Dezember 1921 und der Gegenzeichnung durch den Bundespräsidenten zwei Tage später am 15. März 1922 im 34. Stück der Bundesgesetzblätter publiziert.

<sup>69</sup> SCHLAG, 1970, 23.

<sup>70</sup> KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998, 12–13.

<sup>71</sup> SCHLAG, 1970, 23–24.

<sup>72</sup> Ebd., 24; SCHLAG, 2001, 454.

<sup>73</sup> KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998, 14.

genland einmarschieren, die das Österreich zugesprochene Gebiet bis zum 30. November 1921 vollständig besetzten, ohne auf weiteren Widerstand zu treffen.<sup>74</sup> Damit waren die im Venediger Protokoll festgeschriebenen Voraussetzungen geschaffen worden, die Vorbereitung des Plebiszits im Abstimmungsgebiet konnte beginnen.

Die Volksabstimmung, die am 14. Dezember 1921 in Ödenburg/Sopron sowie am 16. Dezember in den Umlandgemeinden stattfand,<sup>75</sup> gehörte lange Zeit zu den umstrittensten Themen in der österreichischen und ungarischen Zeitgeschichte. Tatsächlich ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Vorbedingungen für die Durchführung eines geordneten, unparteiischen Plebiszits Mitte Dezember 1921 nicht in vollem Maß gegeben waren. So hatten die Ententemächte zwar zur Überwachung der Abstimmung ein Truppenkontingent von etwa 500 Mann in Ödenburg/Sopron zusammengezogen,<sup>76</sup> dieses erwies sich jedoch in weiterer Folge als viel zu klein, um effektiv eingreifen und den reibungslosen Ablauf der Wahl garantieren zu können. Ein weiteres Problem stellten die Wählerlisten dar, da in Ungarn erst 1918 das allgemeine Wahlrecht eingeführt worden war und die Verzeichnisse daher noch lückenhaft waren. Hinzu kam, dass im Gegensatz zum gültigen ungarischen Wahlrecht, welches das 24. Lebensjahr als Wahlalter festlegte, an der Abstimmung auch alle Personen teilnehmen sollten, die das 20. Lebensjahr bereits vollendet hatten.<sup>77</sup> Aus diesem Grund mussten die Listen und Verzeichnisse in kurzer Zeit ergänzt und erweitert werden, was Manipulationen Tür und Tor öffnete. So wird in der Historiografie immer wieder behauptet, dass auf diese Weise eine große Zahl von jungen Freischärlern und Budapester Studenten in die Wählerlisten aufgenommen worden wären,<sup>78</sup> was sich jedoch nicht zweifelsfrei beweisen lässt. Die Regierung in Wien wusste um diese Probleme<sup>79</sup> und zog sich schließlich, nachdem die alliierten Mächte einer Verschiebung des Plebiszits nicht

<sup>74</sup> SCHLAG, 1970, 25–28; SCHLAG, 2001, 456–466.

<sup>75</sup> Vgl. dazu etwa KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998, 14; ROMSICS, 2005a, 626–627; ROMSICS, 2005b, 201–205.

<sup>76</sup> Gesandter Eichhoff an Bundesministerium für Äußeres – Telegramm Nr. 1322, zitiert nach Koch–Rauscher–Suppan, 1998, 165; Schlag, 1970, 27.

<sup>77</sup> Talos, 2001, 98.

<sup>78</sup> Vgl. MILTSCHINSKY, 1922; Pflieger, 1971.

<sup>79</sup> Ministerrat – Protokoll Nr. 138 (vertraulich), zitiert nach KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998, 139; Generalkonsul Hein an Bundesministerium für Äußeres – Bericht Nr. 314, zitiert nach ebd., 166–167.

zugestimmt hatten, aus der Abstimmungskommission zurück,<sup>80</sup> was den weiteren Verlauf der Ereignisse jedoch nicht mehr beeinflussten konnte.

Das Endergebnis der Abstimmung fiel wie zu erwarten nicht einheitlich aus. Während in Ödenburg/Sopron 72 Prozent der Wahlberechtigten für einen Verbleib bei Ungarn gestimmt hatten,<sup>81</sup> war das Plebiszit in den Umlandgemeinden mit 54,6 Prozent knapp für den Anschluss an Österreich ausgegangen.<sup>82</sup> Da jedoch aufgrund der Bestimmungen des Venediger Protokolls die Stimmen addiert wurden,<sup>83</sup> ergab sich ein Gesamtergebnis von 68,08 Prozent für den Verbleib des Abstimmungsgebiets bei Ungarn.<sup>84</sup> Dieses Ergebnis ist in der Vergangenheit in verschiedenster Weise gedeutet worden, wobei die hohe Zustimmung in der mehrheitlich von Personen deutscher Nationalität bewohnten Stadt Ödenburg/Sopron<sup>85</sup> für Ungarn zumeist als Indiz für Wahlfälschungen bezeichnet wurde. Grundsätzlich ist zwar nicht von der Hand zu weisen, das es im Vorfeld des Plebiszits zu Manipulationen gekommen sein dürfte, diese alleine würden jedoch einen so großen Grad der Zustimmung nicht erklären. Tatsächlich scheint das Ödenburger/Soproner Bürgertum den Ausschlag gegeben haben, das zwar mehrheitlich Deutsch sprach, kulturell und wirtschaftlich jedoch auf Budapest ausgerichtet war und deshalb gegen den Anschluss an das aus seiner Sicht verarmte und politisch instabile Österreich gestimmt haben dürfte. Die Mehrzahl der bäuerlich geprägten Umlandgemeinden, deren Absatzmarkt primär in Wien lag, hatten dagegen dafür gestimmt, was, wie bereits erwähnt, das Endergebnis jedoch nicht entscheidend zu beeinflussen vermochte.

Auch wenn in österreichischen Tageszeitungen heftig gegen das Ergebnis der Abstimmung polemisiert wurde,<sup>86</sup> dürften die zuvor genannten Fakten auch der Regierung in Wien bekannt gewesen sein, die in weiterer Folge zwar unter Verweis auf die dokumentierten Unregelmäßigkeiten bei

<sup>80</sup> Generalkonsul Hein an Kommission der Generäle (Ödenburg) – Schreiben Nr. 364 (heute), zitiert nach ebd., 188; Gesandter Kwiatkowski an Bundesministerium für Äußeres – Telegramm Nr. 117, zitiert nach ebd., 189.

<sup>81</sup> ERNST, 1991, 197.

<sup>82</sup> KOCH-RAUSCHER-SUPPAN, 1998, 14–15.

<sup>83</sup> BGBl 138 ex 1922, 271.

<sup>84</sup> SCHLAG, 1983, 758.

<sup>85</sup> WOTAWA, 1919; KOCH-RAUSCHER-SUPPAN, 1998, 14.

<sup>86</sup> Vgl. *Reichspost*, Ausgabe 17. Dezember 1921, 1; *Die Neue Zeitung*, Ausgabe 18. Dezember 1921, 1.

der Botschaftskonferenz gegen das Ergebnis der Abstimmung protestierte,<sup>87</sup> dieses jedoch letztlich am 30. Dezember 1921 offiziell anerkannte. Diese Haltung, für welche die österreichische Regierung im eigenen Land zum Teil heftige Kritik einstecken musste, entsprang jedoch weniger der Überzeugung seitens der Politiker, dass die Abstimmung fair abgelaufen war, als viel mehr der Einsicht, in der Angelegenheit das bestmögliche Ergebnis erzielt zu haben. Den Verlust Ödenburgs/Soprons, so schmerzhaft er auch war, hatte Österreich im Wesentlichen bereits in dem Augenblick akzeptiert, als es dem Venediger Protokoll zugestimmt hatte<sup>88</sup>, sodass das Ergebnis der Volksabstimmung zumindest auf politischer Ebene niemanden mehr ernstlich zu erschüttern vermochte. Dies erklärt auch, warum, sieht man von dem letztlich nicht ausgeführten Plan des „Ödenburger Heimatdienstes“ ab, das Gebiet von Freiwilligen im Handstreich besetzen zu lassen<sup>89</sup>, kein ernster Versuch unternommen wurde, die Abtretung des Gebiets zu verhindern. Mit der Bestätigung des Abstimmungsergebnisses durch die Wiener Regierung waren letztlich alle im Venediger Protokoll festgeschriebenen Auflagen erfüllt, das Abstimmungsgebiet wurde am 1. Jänner 1922 offiziell an Ungarn übergeben<sup>90</sup>, während Österreich vertraglich weitgehende Rechte im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr über den Ödenburger/Soproner Korridor zugesichert erhielt.<sup>91</sup> Unmittelbar darauf nahm auch die bereits im Juni 1921 konstituierte, aus Vertretern Österreichs, Ungarns sowie der Botschafterkonferenz bestehende Grenzziehungskommission ihre Tätigkeit auf, die sich in den folgenden Monaten mit der endgültigen Grenzziehung entlang der in den Friedensverträgen festgelegten Linie sowie der Beilegung allfälliger Streitfälle auseinandersetzen hatte.<sup>92</sup> Mit der letzten, abschließenden Sitzung dieser Kommission am 2. August 1924<sup>93</sup> war die Burgenlandfrage für Österreich und Ungarn zumindest auf zwischenstaatlicher Ebene endgültig abgeschlossen und konnte von beiden Ländern ad acta gelegt werden.

<sup>87</sup> Memorandum der Bundesregierung, zitiert nach Koch–Rauscher–Suppan, 1998, 199–208.

<sup>88</sup> HASLINGER, 1994, 39.

<sup>89</sup> SCHLAG, 1970, 28.

<sup>90</sup> BGBl 138 ex 1922, 273.

<sup>91</sup> ZWICKL, 2011, 78.

<sup>92</sup> SCHLAG, 2001, 486. Zur Tätigkeit der Kommission vgl. TALOS, 2001, 103–III; GUGLIA, 1961, 67–69; HASLINGER, 1994, 45–60.

<sup>93</sup> TALOS, 2001, 110; SCHLAG, 2001, 505.



## 6. SCHLUSSBEMERKUNG

Welcher Schluss kann aus der Entstehung und Beilegung der „Burgenlandkrise“ gezogen werden? Zum einen ist festzuhalten, dass der behandelte Fall als geradezu beispielhaft für die Schwäche und mangelnde praktische Anwendbarkeit des Systems der Pariser Friedensverträge zu bezeichnen ist. So zeigte sich bereits in diesem Anfang der 1920er Jahre entstandenen Konfliktfall, dass das Vertragswerk kaum das Papier wert war, auf dem man es abgedruckt hatte worden war, wenn die alliierten Mächte nicht bereit waren, sich für seine Einhaltung einzusetzen und diese notfalls auch mit Waffengewalt zu erzwingen. Gerade das Beispiel Ungarns, das die im Vertrag von Trianon vorgesehene Abtretung der westungarischen Gebiete über zwei Jahre lang hinauszögerte, ohne dass die Botschafterkonferenz oder die Ententestaaten dagegen einschritten, ist hierfür als Indiz zu nennen. Fest steht jedoch auch, dass die letztlich im Venediger Protokoll festgeschriebene Einigung Österreich und Ungarns in der Burgenlandfrage nicht nur einen Sieg der Vernunft, sondern auch einen Triumph des Kompromisses über die Konfrontation darstellte. Solange beide Staaten auf ihren Maximalforderungen beharrt und sich einer Lösung widersetzt hatten, waren sie der Spielball der von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs bestimmten europäischen Außenpolitik gewesen, die auf die eine oder andere Weise versucht hatten, den Konflikt zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Erst die im Venediger Protokoll festgeschriebene Kompromisslösung, namentlich die Belassung Ödenburgs/Soprons bei Ungarn, ermöglichte es beiden Staaten, sich aus diesem Strudel zu befreien und nach der Beilegung des Streits wieder normale nachbarschaftliche Beziehungen zueinander aufzunehmen. Dabei erwies sich insbesondere der Umstand, dass beide Staaten aus dem Konflikt praktisch als Sieger hervorgingen – Österreich hatte den Großteil des umstrittenen Gebiets erhalten, während es Ungarn gelungen war, den Friedensvertrag von Trianon zumindest in einem Punkt zu revidieren –, als überaus wertvoll, da er mit dazu beitrug, dass der Konflikt zumindest auf politischer Ebene noch in den 1920er Jahren endgültig ad acta gelegt werden konnte. Recht oder Moral auf seiner Seite zu haben, hatte letztlich keine der beiden Parteien weitergebracht, erst Deeskalation und bilaterale Verhandlungen hatten in diesem Fall zu einer Einigung geführt, die bis zum heutigen Tag Bestand hat und weitgehend unumstritten ist.

RICHARD LEIN

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### UNGEDRUCKTE QUELLEN

ÖStA/AdR NPA

Österreichisches Staatsarchiv Wien – Archiv der Republik – Neues Politisches Archiv.

ÖStA KA

Österreichisches Staatsarchiv Wien – Kriegsarchiv

### GEDRUCKTE QUELLEN

BGBI

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich

*Die Neue Zeitung*. Die neue Zeitung. Unabhängiges Tagblatt

KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1993: *Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938. Band 1: Selbstbestimmung der Republik 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919*. Hrsg. von Klaus Koch – Walter Rauscher – Arnold Suppan. Wien, München, 1993.

KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1994: *Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938. Band 2: Im Schatten von Saint Germain 15. März 1919 bis 10. September 1919*. Hrsg. von Klaus Koch – Walter Rauscher – Arnold Suppan. Wien, München, 1994.

KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1996: *Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938. Band 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten II. September 1919 bis 10. Juni 1921*. Hrsg. von Klaus Koch – Walter Rauscher – Arnold Suppan. Wien, München, 1996.

KOCH–RAUSCHER–SUPPAN, 1998: *Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938. Band 4: Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung II. Juni 1921 bis 6. November 1922*. Hrsg. von Klaus Koch – Walter Rauscher – Arnold Suppan. Wien, München, 1998.

*Neue Freie Presse*

*Protokolle, 1918/1919: Stenographische Protokolle über die Sitzungen der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich 1918 und 1919*. Hrsg. von Österreichische Staatsdruckerei. Wien, 1918–1919.

*Reichspost*. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk

StGBI

Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich

### LITERATUR

BORUS, 1996: Josef BORUS: Freischärler in Westungarn (1921). *Burgenland 1921*. Anfänge, Übergänge, Aufbau, Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland 95. Hrsg. von Rudolf Kropf. Eisenstadt, 1996.

ERNST, 1991: August ERNST: *Geschichte des Burgenlandes*. Wien, München, 1991.

FISCHER, 1999: Holger FISCHER: *Eine kleine Geschichte Ungarns*. Frankfurt am Main, 1999.

GOLDINGER–BINDER, 1992: Walter GOLDINGER–Dieter BINDER: *Geschichte der Republik Österreich 1918–1938*. Wien, München, 1992.

- GRAF-LASS-RUZICIC-KESSLER (Hrsg.), 2012: *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert*. Hrsg. von Maximilian Graf – Alexander Lass – Karlo Ruzecic-Kessler. Wien, 2012.
- GUGLIA, 1961: Otto GUGLIA: *Das Werden des Burgenlandes*. Seine Angliederung an Österreich vor 40 Jahren im Lichte teilweise unbekanntem Materials. Eisenstadt, 1961.
- HASLINGER, 1994: Peter HASLINGER: *Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922–1932*. Frankfurt am Main, 1994.
- JAVORICS, 2008: Daniela JAVORICS: *Staatliche Repression und Terror in Westungarn*. Wien, 2008.
- MALFÈR, 1978: Stefan MALFÈR: *Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919–1923*, Wien 1978.
- MILTSCHINSKY, 1922: Viktor MILTSCHINSKY: *Das Verbrechen von Ödenburg. Aufgrund authentischen Materials dargestellt*. Wien, 1922.
- PFLÉGER, 1971: Ludwig PFLÉGER: *Ödenburg. Das verlorene Herz des Burgenlandes*. Wien, 1971.
- ROMSICS, 2005a: Ignác ROMSICS: *Weltkrieg, Revolution, Trianon (1914–1920). Geschichte Ungarns*. Hrsg. von István Tóth. Budapest, 2005, 601–627.
- ROMSICS, 2005b: Ignác ROMSICS: *Der Friedensvertrag von Trianon*. Herne, 2005.
- SCHLAG, 1970: Gerald SCHLAG: *Die Kämpfe um das Burgenland 1921*. Wien, 1970.
- SCHLAG, 1983: Gerald SCHLAG: *Die Entstehung des Burgenlandes. Österreich 1918–1938*. Bd. 2. Hrsg. von Erika Weinzierl – Kurt Skalník. Graz, 1983.
- SCHLAG, 2001: Gerald SCHLAG: *Aus Trümmern geboren. Burgenland 1918–1921*. Eisenstadt, 2001.
- TALOS, 2001: Pia TALOS: *Das Werden des Burgenlandes. Von der Landnahme zur Landwerdung*. Wien, 2001.
- VRANJEŠ-ŠOLJAN, 1996: Božena VRANJEŠ-ŠOLJAN: *Die Frage des sogenannten slawischen Korridors aus kroatisch/südslawischer Sicht. Burgenland 1921. Anfänge, Übergänge, Aufbau, Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland 95*. Hrsg. von Rudolf Kropf. Eisenstadt, 1996.
- WALDER, 1998: Peter WALDER: *Die Organisation der Gendarmerie im Burgenland von 1919 bis 1921*. Wien, 1998.
- WOTAWA, 1919: *Deutsch-Westungarn nach dem Friedensvertrag. Verglichen mit dem gesamten deutschen Sprachgebiet Westungarns auf Grund der ungarischen Volkszählung 1910*. Hrsg. von August „Ritter von“ Wotawa. Wien, 1919.
- ZWICKL, 2011: Ludwig ZWICKL: *GySEV – die Raaberbahn, Betriebsgeschichte der österreichischen Linien*. Wien, 2011.



# MYTHOS UND REALITÄT – DIE FOLGEN DER ABTRENNUNG DES BURGENLANDES IN UNGARN NACH 1921

## DER SPIELRAUM DER GROßPOLITIK

Die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg brachten sowohl für Österreich, als auch für Ungarn empfindliche Verluste. Ungarn verdammte aufgrund des Verlustes seiner Integrität die Friedensverträge von Saint-Germain und Trianon, die Wiedereingliederung des westlichen Landesteils blieb Teil der ungarischen Irredenta, auch wenn man sich nicht mit den revisionistischen Zielen bezüglich der weiteren abgetrennten Gebiete messen konnte. Angeregt durch Ödenburgs Erfolg, stellte man in Ungarn in einigen Fällen Überlegungen zu weiteren Schritten an und warf die Zurückgewinnung des „Restburgenlandes“ oder zumindest eines Teiles davon auf. Die Argumentation stützte sich auf die Betonung historischer Rechte und moralische Anschuldigungen (z. B. mit der Verwendung von Begriffen wie der „Untreue“ des früheren Partnerlandes oder dem „Grabräuber“ Österreich).<sup>1</sup>

Österreich erlebte die Ereignisse in der Zeit von 1919 bis 1921 als Fiasko, vor allem wegen dem Misserfolg bei der Volksabstimmung in und um Sopron. Politiker und Bewohner beider Länder formulierten mit Recht ihre nationalen, kulturellen sowie territorialen Ansprüche und gaben vermeintlich oder wirklich erfahrenem Unrecht Ausdruck.

Die Österreicher machten die „Hybris“ der ungarischen Seite für das Fiasko verantwortlich, verurteilten die Soproner „Volksabstimmungskomödie“ und betrachteten die Stadt unverändert als natürliche Hauptstadt des Burgenlandes. Im Zentrum ihrer Argumentation stand die Beschuldigung Wahlbetrug begangen zu haben. Die Ansprüche auf Sopron versuch-

---

<sup>1</sup> Ausführlich über dieses Thema siehe HASLINGER, 1994; TÓTH, 2006.

ten sie mit ethnischen und geschichtlichen Argumenten zu erklären. Auch die Gründe des wirtschaftlichen Rationalismus fehlten in der Palette nicht. Ihnen lag die Überlegung zugrunde, dass das Fehlen von Sopron das neue Bundesland physisch in zwei Teile zerschnitten hätte, wodurch die Aufrechterhaltung der Verbindung in Verkehr, Kommunikation und Logistik zwischen dem nördlichen und südlichen Burgenland erheblich erschwert worden sei.

Die Presse und die Politiker des Burgenlandes, das in einer wirklich schwierigen Situation war, betonten dabei oft die wirtschaftliche Lebensunfähigkeit des bei Ungarn verbliebenen Sopron und wiederholten dabei unzählige Male den Begriff der „toten“ bzw. „sterbenden“ Stadt. Behörden auf Landes- und Gemeindeebene sowie Privatpersonen sparten nicht mit beleidigenden Äußerungen, und man forderte mit wechselnder Intensität die Revision der Volksabstimmung sowie den Anschluss von Sopron an das Burgenland. Nach dem Verklingen des lauten Schlachtenlärms erschienen mildere Formulierungen. Sopron spielte nach wie vor eine besondere Rolle für das Burgenland, aber Mitte der 1920er Jahre musste man sich dem Unabänderlichen fügen, und einige Jahre nach dem offiziellen Protest erkennen, dass gegen das Plebiszit von 1921 keine Berufung eingelegt werden konnte.

Die Zwiespältigkeit der Lage wurde noch dadurch verschärft, dass trotz aller emotioneller Spannungen Österreich in der Zwischenkriegszeit der bedeutendste Wirtschaftspartner Ungarns war, und im Verhältnis zu den übrigen Nachbarländern entwickelten sich die Beziehungen Ungarns zu Österreich noch am besten. Österreich galt trotz aller Kontroversen als wichtigster außenpolitischer Partner der ungarischen Regierung, der die westungarische Frage mit Zurückhaltung behandelte. Die in vielerlei Hinsicht aufeinander angewiesenen österreichisch-ungarischen Interessen ließen nach 1921 keine Eskalation des Problems mehr zu.

Der Verlust Westungarns hatte die Komitate und Städte stärker getroffen. Die führenden Kreise, vor allem der Stadt Ödenburg, sahen die Wiederherstellung, d. h. die Zurückeroberung des ehemaligen Westungarns als Lösung für die Probleme. Deshalb ließ sich in den Meinungen der außerhalb der lokalen und staatlichen Regierung stehenden Kreise, sowie im Standpunkt der Regierung einmal ein offenerer und dann wieder verborgener Asynchronismus beobachten. Die Regierung lehnte die Soproner Forderungen ab und machte unmissverständlich klar, dass eine Zurückforderung des Burgenlandes nicht in Frage komme. Es ließe sich *nicht* mit ethnischen Argumenten be-

gründen, sondern würde, im Gegenteil, die ungarischen Argumente für eine Zurückgewinnung von Siebenbürgen/Erdély und Oberungarn/Felvidék geradezu lächerlich machen. Darüber hinaus war das Gebiet nicht von so großem Wert, dass man dafür das ausgewogene österreichisch-ungarische Verhältnis, das Verhältnis zu den Ungarndeutschen oder zu dem sich zu einer Großmacht entwickelnden Deutschland gefährdet hätte.<sup>2</sup>

Die zuständigen Budapester Ministerien bemühten sich in erster Linie um eine Zügelung der lokalen Ambitionen, wobei sie in vielen Fällen zu peinlichen Rechtfertigungen gegenüber ihren österreichischen Partnern gezwungen waren.

Während von Bewohnerschaft, Regionalregierung und Presse der unmittelbar betroffenen Territorien die Diskussion darüber ständig weitergeführt wurde, behandelte man in höheren Kreisen der involvierten Länder die Frage in Abhängigkeit von diplomatischen und wirtschaftlichen Kontakten. Der Großteil bemühte sich um eine Lockerung der Spannungen. Sowohl die österreichische als auch die ungarische Politik beschäftigte sich zeitweise und mit jeweils unterschiedlichen Prioritäten mit der Frage der Grenze, wobei das Verhalten der Politiker auch oftmals durch starke innenpolitische Zwischentöne geprägt war.

Die sich Mitte der 1920er Jahre harmonisch gestaltenden österreichisch-ungarischen Beziehungen nahmen in den letzten Jahren des Jahrzehntes wieder einen angespannteren Charakter an und auch das Burgenland betreffend kam es gegen 1927–1928 wieder zu einer Verschlechterung der Atmosphäre.<sup>3</sup> Im Allgemeinen sind die Gründe dafür einerseits die Forderungen der österreichischen Innenpolitik, andererseits der Beginn der österreichisch-ungarischen Verhandlungen und zuletzt die ungarischen Revisionsbestrebungen. Nach dem Ersten Weltkrieg stießen die revisionistischen Bestrebungen durch die 1927 abgeschlossenen italienisch-ungarischen Friedens- und Gerichtsabkommen anfangs bei den Großmächten auf

<sup>2</sup>Siehe TÓTH, 2006.

<sup>3</sup>Am 15. Oktober 1928 verkündete der ungarische Ministerpräsident István Bethlen, dass Ungarn niemals freiwillig auf das Burgenland verzichtet habe. Diese Worte stießen in Österreich auf ein negatives Echo. Einige Tage später stellte der deutsche Gesandte in Budapest jedoch fest, „dass man im ungarischen Außenministerium bedauere, dass Graf Bethlen seine Rede in Ödenburg nicht in der vorher genau fixierten Fassung gehalten habe (...) die Äußerung des Grafen Bethlen habe nur theoretischen Wert, da niemand an maßgebender Stelle daran denke, die Burgenland-Frage erneut aufs Tapet zu bringen.“ Politischer Bericht, Hans Schön, Budapest, 29.10.1928. PA AA II. b. Bd. 4. Pol. 6. R73415.

Unterstützung oder zumindest auf Sympathie – jedenfalls in der öffentlichen Meinung. Ende der 1920er Jahre knüpfte man große Hoffnungen an eine Neuordnung, die mit der Unterstützung der italienischen Außenpolitik vollzogen werden sollte. Die Äußerungen vonseiten der italienischen Außenpolitik gaben auch entlang der Grenze Anlass zu gewisser Zuversicht. Mehrere italienische Zeitungen, darunter auch der maßgebende „Corriere della Sera“, veröffentlichten tendenziöse Artikel über die aggressive burgenländische Germanisierung. Zudem kursierten Gerüchte, dass Italien im Gegenzug für den Verzicht auf Südtirol die Rückgabe des Burgenlandes von der Wiener Regierung verlange, was natürlich nicht geschah.

In der Zwischenzeit machte auch der englische Pressemagnat Lord Rothermere mit der Losung „Justice for Hungary“ auf das Unrecht des Friedensvertrages aufmerksam.<sup>4</sup>

Wenn wir die Geschehnisse analysieren, scheint es, als würde es in Wirklichkeit nichts an der Beurteilung des Status quo ändern, obwohl die aufgezählten Ereignisse Grund für territoriale Gegensätze gegeben hätten. Die Zusammenarbeit der österreichisch-ungarischen Regierungen wurde auch in der Burgenland/Westungarn-Frage noch stärker – vor allem wegen der Wirkung der österreichischen Innenpolitikkrise.

Aufgrund von fehlender Unterstützung vonseiten der offiziellen Politik hatte die Zurückeroberung Burgenlands 1927–1928 aus ungarischer Perspektive keine große Chance, weil diese von der offiziellen Politik keine Unterstützung bekam. Die gedankliche Verwandtschaft und die Gleichheit der politischen Interessen zwischen Wien und Budapest beeinflussten die Ereignisse stärker als ein unsicheres territoriales Manöver. Die Provokation war nicht so stark, dass die Probleme der – sich sonst in einer schwierigen Lage befindenden – österreichischen Regierung noch zunahmen. Trotz allen Anscheins verhalf die Rothermere-Aktion dazu, die westungarische Frage nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Abgesehen davon, dass die ungarische Regierung und vor allem Ministerpräsident Bethlen wegen der Aktion von Lord Rothermere mit sämtlichen innen- und außenpolitischen Problemen zu kämpfen hatte, könnte diese auf ethnischen Gründen beruhende revisionistische Anregung überall früher eine positive Reaktion auflösen, wie im fast ganz von Deutschen bewohnten Burgenland.

<sup>4</sup> Im Jahre 1927 wurde sein Artikel in Großbritannien in der Boulevardzeitung „Daily Mail“ veröffentlicht. Rothermere, der Besitzer der Zeitung, schlug die Rückgabe der grenznahen, mehrheitlich von Madjaren bewohnten Gebiete an Ungarn vor.



## DIE DREISSIGER JAHRE

1932 kam Gyula Gömbös in Ungarn an die Macht, der bezüglich der Wiederherstellung Ungarns ehemaliger Grenzen als Hardliner galt. Von dem Ministerpräsidenten, der auch am Aufstand Westungarns im Jahre 1921 beteiligt war, erwarteten viele, sowohl hierzulande als auch im Ausland, dass er Anstrengungen für eine Rückforderung des Burgenlandes unternehmen würde. Schnell wurde jedoch klar, dass die Ähnlichkeit der von Gömbös vertretenen politischen Ideen und der von Engelbert Dollfuß in Österreich verfolgten Tendenz die Behandlung jeglicher Fragen bezüglich Gebietsstreitigkeiten ausschloss. Die heimischen Anhänger der politischen Strömungen von Dollfuß – also der korporativen Mustern folgenden, antiparlamentarischen, autoritären politische Strömungen – warteten darauf, dass Österreich freiwillig auf das „besetzte Ungarn“ verzichten würde, während andere, in erster Linie Vertreter der ungarischen Rechtsextremisten, hofften, dass das Burgenland nach dem Anschluss (d. h. *Anschluss Österreichs* an das Deutsche Reich) als Geschenk Hitlers an Ungarn zurückgelangen würde.

Gegen Ende der 1930er Jahre erlangten die in den 1920er Jahren latenten so genannten „pangermanischen“ Akzente immer größere Bedeutung. Sie wurden mit der militärischen und diplomatischen Verstärkung Deutschlands nach der Weimarer Republik deutlich verstärkt.

Für Berlin war von großer Bedeutung, die Spannungen mit Budapest zu minimalisieren und die Misstimmung in den Griff zu bekommen. Dennoch agierte die Nazidiktatur auch in diesen Belangen nicht einheitlich, viele bezüglich dieser Frage parallel arbeitenden zuständigen Organe erteilten häufig widersprüchliche Anweisungen. Beispielsweise ermahnte der deutsche Außenminister Ribbentrop persönlich Ödenburgs überlaute Stimmen zur Mäßigung. Der Anschluss beruhigte die Situation im Burgenland, da im Falle einer Vereinigung von Österreich und Deutschland ein Teil der ungarischen Politiker auf eine Rekompensation in Form einer Rückgabe der abgetrennten westlichen Gebiete hoffte.<sup>5</sup> Auch wenn Hitlerdeutschland sorgfältig auf das gute Verhältnis zu dem potenziellen Verbündeten Ungarn achtete, so deklarierte es eine Sache ganz klar: Es sei nicht

---

<sup>5</sup> Wohl wissend, dass Österreich, dem der Anschluss in den Friedensverträgen verboten worden war, den überwiegend von Deutschen bewohnten Gebietsstreifen der westlichen Komitate Ungarns, das spätere Burgenland, teils als Schadenersatz erhalten hatte. Zur Burgenland-Frage siehe u.a.: Soós, 1971; HASELSTEINER, 1989; ORMOS, 1990; ORMOS, 1997; SCHLAG, 2001.

bereit, auch nur auf einen Quadratkilometer zu verzichten, auf dem Deutsche leben. Das Dilemma konnte allenfalls sein, was wohl das weitere Schicksal des hinter den ungarischen Grenzen verbliebenen deutschen Volkes – unter anderem hinter dem westlichen Grenzstreifen – gewesen wäre. Zur Klärung dieser Frage kam es wegen des Zweiten Weltkrieges zum Glück nicht. Die realistischer Denkenden in Ungarn waren sich über die Schwäche der revisionistischen Argumente Ungarns gegen Österreich im Klaren und hegten gleichzeitig berechtigte Zweifel an der Spendierlaune des deutschen Kanzlers. Anstatt auf die Wiederherstellung der ehemaligen Leitha-Grenze nach der Eingliederung Österreichs zu hoffen, verfolgten sie besorgt die Aussagen und Publikationen der deutschen „Ostraumpolitiker“, die Ansprüche auf die von Deutschen bewohnten Gebiete Transdanubiens formulierten.

Trotz allem versuchten einige sowohl vor als auch während des Anschlusses im Hintergrund der ungarischen offiziellen Regierung arbeitende Diplomaten und Politiker für Ungarn als Gegenleistung für die Bestätigung des Anschlusses eine Kompensation zu erreichen. Der Diskussion und dem Traum der Revindikation (Wiedervereinigung Westungarns mit Ungarn) setzte schließlich Hitlers entschiedene Ablehnung ein Ende.

Das Dritte Reich wies die schwachen ungarischen Forderungen zurück und die Regierung des Reiches setzte um, was die österreichische Regierung zu Beginn der 1920er Jahre nicht getan hatte. Das jüngste (oder nach Wien zweitjüngste) Bundesland des ehemaligen Österreich – nunmehr als „Ostmark“ in das Deutsche Reich eingegliedert – wurde zwischen Niederösterreich (Niederdonau) und der Steiermark aufgeteilt. Das Burgenland existierte fortan nicht mehr. Die deutsch-österreichische Vereinigung brachte also nicht den von manchen Seiten erhofften Gebietsrückhalt. Der Zweite Weltkrieg nahm die Burgenland-Frage von der Tagesordnung, aber die Problematik des westungarischen Gebiets (und der dort lebenden Deutschen) entwickelte sich kurz- und mittelfristig in Abhängigkeit von der ungarisch-deutschen Diplomatie und der Kooperation im Krieg.

#### DIE AUSWIRKUNGEN AUF REGIONALER EBENE

Die Abtrennung des Burgenlandes von Ungarn hatte eine politisch und wirtschaftlich kritische Situation für die westungarischen Komitate und Städte zur Folge. Das 1989 Quadratkilometer große Komitat Moson (Wie-

selburg) wurde um 1000 Quadratkilometer verkleinert (50,28%). Einige Bezirke der Komitate fielen an die andere Seite, (z. B. Bezirk Felsőpulya/Oberpullendorf und Nagymarton/Mattersburg) während andere „Zwergbezirke“ zusammengelegt oder aufgelassen wurden. In Ungarn entstanden aus den zwölf ganzen und 23 verkleinerten Komitaten 20 reguläre und fünf administrativ provisorisch vereinigte Komitate.<sup>6</sup> In Westungarn verlor das Komitat Moson seine Unabhängigkeit. Die Komitate Sopron und Vas bildeten je eine administrativ selbständige Einheit, obwohl ihre Zusammenlegung im Jahre 1935 überlegt wurde.<sup>7</sup>

Die Vereinigung der zwei Komitate kam nicht zustande, weil die Regierung damit in der Öffentlichkeit den Eindruck einer endgültigen Korrektur der Grenzen hinterlassen hätte und sich dadurch einem Angriff der Opposition, oder auch einzelner Sympathisanten der eigenen regierenden Partei ausgesetzt hätte.

Somit kam es zu keiner Vereinigung, jedoch kam im selben Jahr ein gemeinsamer Obergespan an die Spitze beider Komitate. Neben den Veränderungen des Komitat-Systems änderte sich im Bezirk der staatsrechtliche Status mehrerer Städte. Magyaróvár (Ungarisch-Altenburg) wurde der Komitatssitz entzogen, in Sopron und Kőszeg (Güns) wurden die Wahlrechtsbeschränkungen eingeführt, Kőszeg verlor sein Privileg, wonach die Stadt aus vermögensrechtlicher Sicht direkt zur Hoheit des Innenministers gehört und in Kőszeg wurde die Hoheit des Komitates nach dem 36. Gesetzesartikel vom Jahre 1928 erweitert.<sup>8</sup> Die zwangsmäßige Reorganisation der Verwaltung war für existentielle Probleme hunderter Menschen verantwortlich.

Mit der die Friedensverträge abschließenden territorialen Regelung änderte sich auch der Westungarn umgebende Wirtschaftsraum erheblich. Die zentrale Lage des Gebietes innerhalb der Monarchie existierte nun nicht mehr, und dies bedeutete das Aus für zahlreiche, früher hier angesiedelte Industrieanlagen. Der Frieden brachte darüber hinaus das Ende jahrhundertalter Handels- und Kommunikationsbeziehungen. Drei Viertel der Absatzmärkte Soprons lagen jenseits der Grenze, wodurch diverse Gewerbebetriebe und ganze Industriezweige ihre Tätigkeit einschränken mussten, oder gänzlich zum Erliegen kamen. Auch die nach dem Krieg bzw. nach der Grenzziehung in der Region West-Ungarn-Burgenland ent-

<sup>6</sup> ZEIDLER, 2002, 21.

<sup>7</sup> TÓTH, 2002, 346–347.

<sup>8</sup> CSIZMADIA, 1976.

standene Situation, der lokale „kleine Kalte Krieg“, wirkte sich extrem nachteilig auf die Wirtschaft aus.<sup>9</sup>

Die autarke Selbstisolierung aus politischen Gründen konnte nicht mehr aufrecht erhalten werden, und der durch die gemäßigte Atmosphäre entstandene offene Raum wurde sofort von Kontakten eingenommen, die der wirtschaftlichen Rationalität zu danken waren. In den Nachrichtensendungen der 1920er Jahre zeichnete sich das Bild der immer lebhafteren und wirksameren Handelsbeziehungen entlang der Grenze ab. Die langsame Konsolidation der mit zahlreichen Schwierigkeiten kämpfenden westungarischen Wirtschaft nahm jedoch ein jähes Ende durch die Wirtschaftskrise, die Ende der zwanziger Jahre eintrat und sich zum Anfang des folgenden Jahrzehntes massiv verschärfte. Sich über die abweichenden Interessen hinwegzusetzen, wurde zu einer immer dringender werdenden Anforderung. Dies in die Praxis umzusetzen war jedoch nicht einfach für die führenden Politiker Österreichs und Ungarns, die gegen Mitte der 1930er Jahre die Annäherung mehr oder weniger nur über Umwege fortführten.

#### DER CIVITAS FIDELISSIMA-MYTHOS IN SOPRON

Die bewusste Schaffung eines Selbstbildes und einer kollektiven Tradition sind Elemente der Identität einer Gemeinde, dadurch entsteht sogar eine Basis für eine Gemeinschafts- und Mythos bildende Kraft. Das dominierende Element der historischen Mythografie in Sopron war der im 20. Jahrhundert virulent gewordene, aber bereits tief in der Vergangenheit wurzelnde Treuemythos.

Im Jahre 1277 öffnete der Stadtrichter der königlichen ungarischen Reiterei die Tore gegen Ottokar II., obwohl er damit das Leben der Ödenburger Geiseln, darunter sein eigener Sohn und Söhne seiner beiden Schwestern, gefährdete. Dieses Bekenntnis und die solcher Art bezeugte *Treue* der Stadt zum ungarischen König war mit größter Wahrscheinlichkeit der Grund für ihre Erhebung zur königlichen Freistadt.

Die Wandlung zu einer mittelalterlichen Stadt war das Ergebnis lang andauernder wirtschaftlicher, politischer und soziologischer Prozesse, die nicht an ein einziges Datum oder an eine einzelne historische Legende zu knüpfen sind. Jedoch kann bereits in frühen historischen Urkunden ein

---

<sup>9</sup>TÓTH, 2006, 122.

Zusammenhang zwischen „Treue“ und Privilegien (bzw. Schenkungen) festgestellt werden.

Als die Stadt 1922 nach der Soproner Volksabstimmung von der Regierung den Titel „treueste Stadt“, also „Civitas Fidelissima“ verliehen bekam, entstand daraus eine Art Etikettierung, die sich der Stadt anzuhaften begann. Dieser Civitas Fidelissima-Mythos wurde ein wichtiger Faktor im kollektiven Zusammenhalt, wenn auch bei weitem nicht für die gesamte Gesellschaft. (Unter den Bürgern der Stadt gab es auch Gruppen, die den Anschluss der Stadt an das Burgenland befürworteten. Für jene, die mit den Leitmotiven der „Treue“, der „Ehre“ und des „Sieges der ungarischen Wahrheit“ operierten, bedeutete es ein großes Problem wie sie zur deutschsprachigen Bevölkerung der Stadt sich verhalten. Die Vertreter einer pro-österreichischen Haltung (und manchmal auch andere) wurden als Verräter bezeichnet. Diese waren in erster Linie deutschsprachige Wirtschaftsbürger, so genannte „Ponzichter“. Die Stadtführung übte starken Druck auf die deutsch bzw. österreichisch gesinnten Gruppierungen und Vereine aus.) Die deutschsprachige Zeitung der Stadt, die Odenburger Zeitung, wurde ständig argwöhnisch beobachtet und 1923 zog man sogar aus Gründen der Staatssicherheit ein Verbot in Erwägung. In den 1920er und 1930er Jahren spielte für die Entscheidungen für die Besetzung von Beamtenposten sowie für verschiedene Personalangelegenheiten und die Beurteilung wirtschaftlicher Anträge auch die Treue zur Nation und die bei der Abstimmung bekundete Einstellung eine tragende Rolle. Die Aufmerksamkeit der Behörden erstreckte sich auf die verschiedensten Stellen. Es war fast die Regel, dass bei der Vergabe von Auszeichnungen, Prämien (z. B. der Auszeichnung der Wirtschaftskammer), bzw. bei Ernennungen in höheren Chargen – vom Posten des Direktors der chemischen Untersuchungsstation bis zum Rechnungsrat der Finanzdirektion (oder aber auch eine einfache Anstellung als Zeichenlehrer) – ohne die entsprechenden Informationen keine Entscheidung gefällt wurde. Zudem reichte das Sympathisieren mit den Österreichern aus, um jemandem bei der Überprüfung der Weinschank-Lizenz oder der Vergabe von Trafik-Lizenzen mit dem Gutachten des Bürgermeisters oder der Polizei die Lebensgrundlage zu entziehen. Letztere Maßnahme traf vor allem die deutschsprachigen Landwirte und die Bürgerschaft. Die Zuständigen im Bürgermeisteramt und im Amt des Hauptgespans nahmen zur Begutachtung regelmäßig die Informationen der örtlichen Polizeiorgane (und die Berichte der „halboffiziellen“ Spitzel) in Anspruch.

Der *Civitas Fidelissima*-Mythos knüpfte an den Irredentismus der Landespolitik an und diente zugleich der Stärkung der seriöseren Traditionen in der lokalen Identität. Die rhetorischen Schemata der Zeit beeinflussten die politischen Organe der ländlichen Stadt sehr stark. Die Berufung auf den positiven Ausgang der Volksabstimmung war mit der politischen Rollenwahrnehmung ebenso eng verknüpft, wie allgemein die Themen Trianon und Revision. Beide Ereignisse dominierten das Bewusstsein der damaligen lokalen bzw. landesweiten politischen Eliten, waren allerdings an den beiden entgegengesetzten Polen der gleichen ideologischen Achse platziert. Der Vertrag von Trianon wurde als zutiefst ungerecht empfunden, was jedoch in der internationalen Politik keinerlei Beachtung fand und sogar zu einer erneuten außenpolitischen Katastrophe führte. Auch das heimische politische Leben wurde durch die ständige Beschäftigung damit negativ beeinflusst. Auf der anderen Seite konnte sich das – aus ungarischer Sicht – positive Erlebnis der Soproner Volksabstimmung zu einer integrativen Kraft wandeln. *Civitas Fidelissima* schien ein geeigneter Wahlspruch, mit dem sich grundsätzlich auch die Vertreter unterschiedlichster Ideologien identifizieren konnten – also neben den christlich konservativen städtischen Gruppierungen auch die Liberalen und sogar die Sozialdemokraten.<sup>10</sup>

Man bemühte sich zu behaupten, und bewusst zu machen, dass „das Schiff des Trianonvertrages sein erstes Leck eben von Ödenburg hinnehmen musste“, und so würde es dieser Stadt zu verdanken sein, dass „aus Rumpfungarn, das vom ersten König Ungarns (vom Heiligen Stephan) gegründete Reich, unversehrt wieder aufleben wird können“. Die Soproner versuchten aus dem Ergebnis der Volksabstimmung mit Hilfe dieses eposhaften, allgegenwärtigen Signals (*Civitas Fidelissima*) politisches und moralisches Kapital zu schöpfen. Währenddessen rückten die Spannungen um die Grenzziehung – den nationalen Vorgängen entsprechend – die konservative Stadtpolitik in eine radikale Richtung.<sup>11</sup>

Die schmerzhafteste Gebietsregulierung im Jahr 1921 vollzog sich keineswegs in konsolidiertem Rahmen. In Sopron und Umgebung wurde das politische Leben neben dem durch den Friedensvertrag verursachten massiven Trauma auch durch die Präsenz paramilitärischer Kräfte, die Rebellenkämpfe, sowie die Mobilisierung der Bewohner (als Folge der Volksabstimmung und der Gebietsabtretung) aus den bisherigen traditio-

---

<sup>10</sup> TÓTH, 2005.1. 41.

<sup>11</sup> Ebd.

nellen Bahnen geworfen. Die lokalen Organisationen ÉME und MOVE<sup>12</sup> verfügten während der gesamten Zwischenkriegszeit über eine starke Basis, ihre Mitglieder waren wegen ihrer Vergangenheit hoch angesehen. Der rechte Radikalismus fand nach dem Krieg in Sopron ebenso wie landesweit großen Zuspruch. Mit der Zeit sank die Toleranz allmählich. Weder die Vorkämpfer der Konflikte Ende des Jahres 1921 noch der späteren konnten sich behaupten. Ihre Gruppen, unter ihnen die aus Selmebánya (Schemnitz) übersiedelten Hochschulstudenten, strebten nach einer weiterhin tragenden Rolle im politischen Leben Soprons. Die Hochschüler unterstützten seit 1919 die verschiedensten Angelegenheiten. Neben dem westungarischen Guerillakampf griffen sie bei Budaörs unter der Führung von Gyula Ostenburg zur Stärkung König Karls IV. gegen den Reichsverweser Miklós Horthy zu den Waffen.

Ein bedeutender Teil der Studenten lebte in ideologischer Verunsicherung sowie auch in großer Armut, und so suchten sie Verantwortliche, denen sie die Schuld an ihrem eigenen Schicksal und der schlechten Situation des Landes geben konnten. Es gelang ihnen mehrmals, Unruhe zu stiften oder verschiedene Zwischenfälle in der Stadt zu provozieren. Als ihre hauptsächlichsten Ziele betrachteten sie die linken und liberalen Strömungen.

Der Treuemythos der Zwischenkriegszeit hing eng mit dem Bild Soprons in der Außenwelt zusammen. Die in der Volksabstimmung gezeigte Loyalität fand in der zeitgenössischen ungarischen Gesellschaft große Anerkennung. Sie übertrug die ungarische Staatsidee und die damit stark verbundenen Gedanken des Irredentismus auf das ganze Land wie auch auf breite Schichten der Gesellschaft. Eine Reihe von regelrecht mit Pathos getränkten Schriften und Reden würdigte die Bedeutung der Volksabstimmung zu dieser Zeit, wie auch noch später. Ein Besuch in der Civitas Fidelissima zählte in Ungarn auch als eine Art patriotische Pflicht, wodurch eine Mekka-artige Wallfahrtsbewegung nach Sopron ausgelöst wurde. Es muss im Weiteren die Frage gestellt werden, wie sehr die Staatsmacht hinter dem Konzept der Treue stand. Bis zum Ersten Wiener Schiedsspruch war die Soproner Volksabstimmung der einzige Erfolg der Revision. Die Regierung konnte sich als Präzedenzfall darauf berufen, als sie Argumente für den Anschluss an bzw. den Verbleib bei der Nation sammelte. Gegenüber den 1918–1919 aus der nationalen Einheit ausgebrochenen Nationali-

<sup>12</sup>Ébredő Magyarok Egyesülete und Magyar Országos Véderőegylet. In erster Linie Beamte bzw. Offiziere verbündeter rassistischer Gruppierungen in der Zwischenkriegszeit in Ungarn.

täten symbolisierte Sopron die Staatstreue und den Patriotismus der fremdsprachigen Bevölkerung. Ministerpräsident István Bethlen erklärte noch im Oktober 1928, dass *„sich die Soproner mit ihrer Treue zur alten Heimat bekannten und deutlich zeigten, dass sie zum 1000-jährigen Reich des Heiligen Stefan hielten und nicht vorbatten, sich einem anderen Land anzuschließen. Ich denke, in zahlreichen anderen Teilen des Landes wäre die Antwort die gleiche gewesen, wenn man das Volk gefragt hätte. Die Treue Soprons hat dem Recht auf eine ungarische Nation ein stichfestes Argument gegeben, das wir fortwährend auch bei jenen vorbringen werden, die auch in anderen Gebieten keine Volksbefragung zugelassen haben.“*<sup>13</sup>

Dennoch verlor das Soproner „Gleichnis“ bis zum Ende des Jahrzehnts viel von seiner Bedeutung. Die aktiver gewordene ungarische Außenpolitik war immer weniger auf die moralische Unterstützung von „Sopron“ angewiesen. Dies nahmen auch die bezüglich dieser Frage persönlich betroffenen Politiker ziemlich deutlich wahr. Einige von ihnen, so z. B. der im österreichisch-ungarischen Grenzziehungsausschuss tätige Antal Ullein-Reviczky, versuchten die Geschichte der Volksabstimmung besser in die ungarische Argumentationssystematik der Revision zu integrieren. Als die französische *Monde Nouveau* einen wissenschaftlichen Artikel von Ullein bestellte, beschloss er, in der Zeitschrift über die Venediger Protokolle zu schreiben. Ullein rechtfertigte seine Wahl wohl damit, dass er zu dieser Zeit selbst auch aktiv an der Ordnung Westungarns beteiligt war, andererseits hatte er gleichzeitig vor, mit seinem Text die Aufmerksamkeit der Franzosen auf die einmal bereits durchgesetzte Revision von Trianon zu lenken. Ulleins Ansicht nach nutzte die ungarische Außenpolitik die Möglichkeiten nicht aus, die der Erfolg der Volksabstimmung barg. *„Ich habe das Gefühl, unsere Revisionisten legen nicht das nötige Gewicht auf die Soproner Sache – auf seine enorme Wichtigkeit als Präzedenzfall gerade im Kontext der Revision.“*<sup>14</sup>

Das Soproner Beispiel war immer weniger wichtig für die ungarische Regierung, die kaum materielle Opfer im Interesse der Rettung der Stadt brachte. Die Stadtführung unter der Leitung von Bürgermeister Thurner konnte für einen Aufschwung der Stadt nur auf sich selbst zählen. Das ist mehr oder weniger gelungen.

Imre Tóth

<sup>13</sup> BETHLEN, 1933, 264–265.

<sup>14</sup> Antal Ullein Reviczky zum ungarischen Außenministerium, Paris, 30. April 1928. MNL OL K 63. 1928-20/7. 225/1928.



## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## UNGEDRUCKTE QUELLEN

## MNL OL

[Magyar Nemzeti Levéltár – Országos Levéltára, Budapest [Ungarisches Nationalarchiv – Staatsarchiv].  
K 63. Külügyminisztérium, Politikai Osztály általános iratok  
[Außenministerium, Politische Abteilung allgemeine Schriften].

## PA AA

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

## GEDRUCKTE QUELLEN

BETHLEN, 1933: *Bethlen István beszédei és írásai*. Válogatott beszédei. I-II. [Die Reden und Schriften von István Bethlen. Ausgewählte Reden. I-II.]. Budapest, 1933.

## LITERATUR

- CSIZMADIA, 1976: CSIZMADIA Andor: *A magyar közigazgatás fejlődése a XVIII. századtól a tanácsrendszer létrejöttéig*. [Die Entwicklung der ungarischen Landesverwaltung vom 18. Jahrhundert bis zur Entstehung des Rátesystems]. Budapest, 1976.
- HASELSTEINER, 1989: HOIST HASELSTEINER: Ungarn, der Anschluss und die Burgenlandfrage. Burgenland 1938. *Vorträge des Symposiums „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren.“* Hrsg. von Hans Chmelar. Eisenstadt, 1989.
- HASLINGER, 1994: Peter HASLINGER: *Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922–1932*. Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1994.
- ORMOS, 1990: ORMOS Mária: *Civitas Fidelissima. Népszavazás Sopronban 1921*. [Civitas Fidelissima. Volksabstimmung in Sopron 1921]. Győr, 1990.
- ORMOS, 1997: ORMOS Mária: Sopron a nagypolitikában. [Sopron in der Großpolitik]. „*Magyarok maradtunk 1921–1996*. [„Wir sind Ungarn geblieben“ 1921–1996]. Szerk. / Hrsg. von Turbuly Éva. Sopron, 1997, 7–14.
- SCHLAG, 2001: Gerald SCHLAG: *Aus Trümmern geboren...Burgenland 1918–1921*. Eisenstadt, 2001.
- Soós, 1971: Soós Katalin: *Burgenland az európai politikában 1918–1921*. [Burgenland in der europäischen Politik]. Budapest, 1971.
- TÓTH, 2002: TÓTH Imre: Simon Elemér Sopron megyei főispán életútja és munkássága. [Der Lebensweg und die Arbeit von Elemér Simon, dem Obergespan vom Komitat Sopron]. *Arrabona*, 40. évf. / Jahrg., 2002/1-2, 335–354.
- TÓTH, 2005: TÓTH Imre: A hűség-mítosz hatása a népszavazás utáni Sopron mindennapjaira. [Die Wirkung des Treuemythos auf den Alltag von Sopron nach der Volksabstimmung]. *Limes*, 18. évf. / Jahrg., 2005/1, 41–56.
- TÓTH, 2006: TÓTH Imre: *A nyugat-magyarországi kérdés 1922–1939*. Diplomácia és helyi politika a két háború között. [Die West-Ungarn-Frage 1922–1939. Diplomatie und regionale Politik in der Zwischenkriegszeit]. Dissertationes Sopronienses 2. Sopron, 2006.
- ZEIDLER, 2002: ZEIDLER Miklós: Társadalom és gazdaság Trianon után. [Gesellschaft und Wirtschaft nach Trianon]. *Limes*, 15. évf. / Jahrg., 2002/2, 5–24.



AUS DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN  
MONARCHIE EINE UNGARISCH-ÖSTERREICHISCHE?  
Jenseits der Leitha (und der Realität)

Die Naivität der jeweiligen ungarischen politischen Elite wurde unlängst in einem Interview von *Mária Ormos* sehr treffend charakterisiert. Laut der namhaften Historikerin „*schenkt man [bei uns] Zutrauen und Glauben ohne jeglichen Grund. Rákóczi traute Ludwig XIV., die Helden von 1849 setzten auf die Unterstützung von Westeuropa, Mihály Károlyi auf französische Hilfe*“.<sup>1</sup> Der Kreis der „gläubigen“ Politiker ist natürlich zu erweitern. Zu ihnen zählen auch die ungarischen (und die österreichischen)<sup>2</sup> Legitimisten, die fest daran glaubten, die ehemalige Donaumonarchie sei in irgendeiner Form wieder zu erwecken, eine überparteiliche moralische Autorität könne und müsse zurückgestellt werden, das Geschichtsrecht sichere den Rechtsanspruch auf die abgetrennten Gebiete, und davon könne man die westlichen Mächte und die Nachbarstaaten der Kleinen Entente – grundsätzlich mit diplomatischen Mitteln – überzeugen. Ihr Ideal war ein konstitutionelles, europäisches Ungarn.

Für die Fachöffentlichkeit war der Legitimismus in der ungarischen Geschichte zwischen den zwei Weltkriegen lange Zeit lediglich in Form eines „*Operettenkrieges*“ (oder eines Machtkampfes) während der zwei Rückkehrversuche des letzten Habsburgers, Karl I. (auf ungarischem Thron IV.),<sup>3</sup> dann als Element des „*Operettenwiderstandes*“ (zumindest im Vergleich zu einigen Staaten der Region) während des Zweiten Weltkrieges<sup>4</sup> präsent. Die Laufbahn der namhafteren Politiker der Monarchisten fand in

---

<sup>1</sup>Sonntagsnachrichten, Interview mit der Historikerin *Mária Ormos*. [http://www.vasarnapihirek.hu/fokusz/mas\\_ez\\_a\\_zsidozas\\_interju\\_ormos\\_maria\\_tortenesszel](http://www.vasarnapihirek.hu/fokusz/mas_ez_a_zsidozas_interju_ormos_maria_tortenesszel) (Letzter Download: 5. Dezember 2012.).

<sup>2</sup>FIZIKER, 2010.

<sup>3</sup>ORMOS, 2012.

<sup>4</sup>Unter anderen JUHÁSZ, 1988; ANDORKA, 1978.

den Publikationen – im Lichte des Misserfolges ihrer Bestrebungen – wenig Erwähnung. Inzwischen haben die hervorragenden Vetreter der Historikerzunft (unter ihnen allen voran Professor *József Kardos*) das Versäumte nachgeholt.<sup>5</sup>

Die Legitimisten genossen für kurze Zeit – zuerst in Ungarn,<sup>6</sup> dann auch in Österreich – eine innenpolitisch relevante Sympathie. Sie dachten, mit der Restauration der als legitim betrachteten Dynastie – die ein weltpolitisches Gewicht demonstrierte und die historische rechtliche Kontinuität sichern könne –, sowie mit der Wiederherstellung der österreichisch-ungarischen, bzw. ungarisch-österreichischen Personalunion auch das integrale Ungarn wiederbeleben und so auch Trianon revidieren zu können. Mit der Erholung von der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Krise könne es in der erhofften „sozialen Volksmonarchie“ zur Versöhnung der Völker im Donaubecken kommen, man könne den germanischen<sup>7</sup> und den slawischen Riesen aufhalten und so den Frieden in ganz Europa verwirklichen.

Die seitens Deutschland drohende Gefahr hatten die Monarchisten schon im Ersten Weltkrieg wahrgenommen: Im Hintergrund jeglicher politischer Bedenken stand die unausgesprochene Angst davor, dass sich die Deutschen mit Österreich entschädigen werden.<sup>8</sup> „*Man hat sie gehört, aber nicht auf sie gehört*“<sup>9</sup>, formulierte *Albert Apponyi*, die ikonische Führungsgestalt der Legitimisten.

Die Darstellung der legitimistischen Gedankenkonstruktion wird durch zwei Faktoren erschwert. Einerseits ging ein beträchtlicher Teil der Dokumente verloren, oder sie wurden absichtlich zerstört (im Kamin der Abtei in Tihany verbrannt, in den Tagen vor dem Anschluss in den Wiener Donaukanal geworfen, usw.). Das im Habsburger Familienarchiv erhalten gebliebene Material ist ebenfalls für einen breiten Kreis der Forscher

---

<sup>5</sup> Neben zahlreichen Studien KARDOS, 1998; BÉKÉS, 2007. Zu erwähnen sind noch SZALAI, 2003; MURÁNYI, 2006. Im Themenkreis der legitimistischen Publizistik: PETHŐ, 2005. Von den Memoiren siehe: GRATZ, 2001. Neulich: BÉKÉS, 2009.

<sup>6</sup> Die Andrassy-Friedrich Partei hatte bei ihrer Gründung 1920 30 Parlamentsabgeordnete. Die auch mit legitimistischem Programm aufgetretene Keresztény Gazdasági és Szociális Párt (Christliche Wirtschaftliche und Soziale Partei) verfügte 1926 über 35, 1931 über 36 Mandate. Zu den Wahlergebnissen detailliert HUBAI, 2001.

<sup>7</sup> Den Kampf der „zahnlosen Kurutzentiger“ und des „germanischen Löwen“ betrachtete man von Anfang an als einseitig. PETHŐ, 1932, 66.

<sup>8</sup> GECSÉNYI-SIPOS, 2000, 333.

<sup>9</sup> KERÉKESHÁZY, 1934.

nicht zugänglich. Andererseits existierte weder ein detailliertes, die theoretischen Grundzüge festlegendes,<sup>10</sup> von den christlichsozialen Vorstellungen markant abweichendes Programm, noch – wegen der Konzeptionsunterschiede, sowie der spröden politischen Realitäten der 20er–30er Jahre – ein gemeinsames österreichisch-ungarisches Aktionsprogramm. Natürlich ist es auch wahr, dass die Ungarn bewusst nicht wünschten, „*Stilmuster fremder Architekten nachzuahmen*“, sie hielten es für ausreichend, neben anderen Einwirkungen zu *Széchenyi, Deák* „und vielleicht in bestimmter Hinsicht“ zu den Donaukonföderationsvorstellungen von *Lajos Kossuth* zurückzukehren (selbstverständlich statt im republikanischen lieber im „*monarchischen Habitus*“).<sup>11</sup>

#### EINE UNORTHODOXE AUßENPOLITIK?

Der ungarische Reichsverweser *Nikolaus Horthy* vertrat in der *Neuen Freien Presse* vom 24. März 1921 den legitimistischen Standpunkt: „*Karl IV., der ehemalige österreichische Kaiser, ist unser einziger legitimer König. Bis er nicht abdankt, erkenne ich niemand anderen als Herrscher an. Andererseits gebe ich zu, dass seine Rückkehr eventuelle Schwierigkeiten mit sich bringen könnte, aber ich hoffe, ich könnte die Sache mit Hilfe des Parlaments klären.*“<sup>12</sup> Der König kam an diesem Tag in Ungarn an, der weitere Verlauf der Ereignisse ist bekannt.

Die politischen Führer der Legitimisten wurden von seltsamen, aus dem Zeitalter der Monarchie vererbten Axiomen beeinflusst. Das eine, das *Quieta non movere* (‘Was ruht, soll man nicht aufrühren’) bedeutete nicht, dass man generell abgeneigt war, eine gegebene Situation zu ändern, sondern, dass man nicht wünschte, die vorhandenen Dinge unnötig zu forcieren. Zur selben Zeit versuchte man aber, statt zu jammern (oder daneben) mit einem allmählichen innen- und außenpolitischen Aufbau das Meiste daraus herauszuholen, d. h. aus dem, von der Politik gebotenen, zwar nicht

<sup>10</sup> Apponyi hatte in seiner Jugend Kontakt zu *Charles de Montalembert*, dem Führer der französischen Katholiken, dem Außenmitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, und studierte, wie der die englische Verfassungsentwicklung vergötternde *Andrássy*, die Geschichte der englischen Nation sehr gründlich. PETHŐ, 1926, 18. Er las die Werke von Platon, Aristoteles, Kant und Bergson. APPONYI, 1941, 10.

<sup>11</sup> PETHŐ, 1932, 52–53.

<sup>12</sup> SPEIDL, 2012, 143.

vollkommen entsprechenden Stoff „*das Beste herauszuschlagen, was daraus herausgeschlagen werden konnte*“.<sup>13</sup>

Nach dem anderen Axiom, dem *Primum vivere, deinde philosophari* („Erst leben, dann philosophieren“) dachte man inmitten der chaotischen Verhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg – so sehr auch das Aushalten neben der Dynastie als Ehrensache betrachtet wurde –, dass die Regelung der Königsfrage nach der Erledigung der „*alltäglichen Aufgaben*“ „*auf den nächsten Festtag*“ zu verschieben ist,<sup>14</sup> auch gerade weil sie sich im Klaren waren, dass die Existenz des Landes „*in bestimmter Hinsicht, vielleicht sogar vor allem Außenpolitik ist*“.<sup>15</sup> Ihnen gegenüber waren die militärischen Führer der königstreuen Bewegung – Soldaten, die sich auf die neue, völlig irrational erscheinende Situation schwer einstellen konnten – davon überzeugt, der innere Aufbau der nach 1918 entstandenen Staaten sei provisorisch. Deshalb wollten sie mit Ausnutzung der Wirrnis die zeitweiligen Machtinhaber vor ein *Fait accompli* stellen und die Restauration auf dem Wege eines konterrevolutionären Putsches durchführen.

Wenn die royalistischen Strategen – und es ist charakteristisch für ihr selektives Hören – mit der Feststellung konfrontiert wurden (sie wurden in der behandelten Periode dazu ziemlich oft gezwungen), dass die Restauration nicht aktuell, bzw. momentan ausgeschlossen sei, dann konzentrierten sie sich – die Unzeitigkeit,<sup>16</sup> aber nicht die Inaktualität der Frage akzeptierend – auf den Ausdruck „*momentan*“. Friedrich Wiesner, der Führer der österreichischen Legitimisten, deklarierte in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts, dass die die Regelung hindernden politischen Ursachen nicht nur durch Modifikation der Verhältnisse, sondern auch „*durch Veränderung ihrer Beurteilung*“<sup>17</sup> überwunden werden können. Hinzu kommt – wie es sein Freund und ehemaliger Kollege auf dem Ballhausplatz, *Gusztáv Gratz* klar sah –, dass selbst wenn sich „*in der Unmenge der Geheiminformationen, die Tag für Tag [ins Außenministerium, hinzugefügt von R. F.] einlaufen, eine richtige befinden sollte, es doch fast unmöglich [ist] herauszufinden, welche von den Vielen das sei*“.<sup>18</sup>

<sup>13</sup> GECSÉNYI-SIPOS, 2000, 332.

<sup>14</sup> So der Ministerpräsident István Bethlen in seiner berühmten Rede in Pécs (Fünfkirchen) am 20. Oktober 1921. Zitiert nach SPEIDL, 2012, 197.

<sup>15</sup> PETHŐ, 1930, 10.

<sup>16</sup> Den Standpunkt von Miklós Griger erörtert KARDOS, 1996, 46.

<sup>17</sup> WAGNER, 1956, 265.

<sup>18</sup> GECSÉNYI-SIPOS, 2000, 315–316.

Es sei also sehr wohl nötig, die Auslandspositionen selektiert abzuwägen und die relevanten Informationen zu erkennen. So könne als ernsthaftester Gegengrund gegen eine, für die umliegenden Staaten, die Großmächte und ganz Europa lebenswichtige Restauration folgendes Argument vorgebracht werden: „Woraus würden wir die Ansprüche der vielen Erzherzöge befriedigen?“<sup>19</sup> Dasselbe behaupteten auch österreichische und ungarische Staatsmänner. Von Anfang an verstanden die Monarchisten, dass die Restauration von einer zweifelsohne existierenden, „selbst so winzigen, durch einen feindlichen Druck aus dem Ausland bestärkten inneren Gefahr“<sup>20</sup> bedroht wird. Zugleich seien es aber „zwei verschiedene Sachen ein Hindernis zu sehn und es gerne [zu] sehn. Sich für die Unmöglichkeit zu freuen ist etwas Anderes als alle Kräfte anstrengen, um das Unmögliche möglich zu machen.“<sup>21</sup> Sie wollten die Dinge nicht forcieren, wollten keine Putsche, „keine unreife Frucht vom Baum abpflücken, sondern einzig und allein: die Inanspruchnahme und Ausnutzung von allen diplomatischen Mitteln“.<sup>22</sup>

Sie wiesen darauf hin, dass es auch im Interesse der Ruhe Europas stehe, dass Ungarn „zu keinem Ball von Alternativen wird“.<sup>23</sup> Ihre Tätigkeit schien aber eine alte Reichsparole zu bestätigen: „zu spät und auch dann nur halbwegs“.<sup>24</sup> Das heißt, das Ergebnis von unzähligen Besprechungen, Abstimmungen und über Detailfragen geführten Diskussionen war eine Entscheidungs- und Handlungsunfähigkeit, man „belatschert[e] und bebrütet[e]“ die verschiedenen Angelegenheiten nur,<sup>25</sup> wie es Karl in seiner Emigration selbstkritisch zugab. Rudolf Andorka nannte in seinen Memoiren die Legitimisten eine „abgemühte, abgenutzte... Gesellschaft“,<sup>26</sup> die „nicht handeln wollen, nur großmäulig sind“.<sup>27</sup>

Dieser seltsame außenpolitische Duktus führte insgesamt zu einem minimalen (kulinarischen) Ergebnis: etwas zynisch betrachtet könnten wir auch sagen, dass der König im März 1921 – auf seinen Reichsverweser war-

<sup>19</sup> Bericht des ungarischen Botschafters, Baron Ludwig Rudnay. MNL OL K 63. 170. cs. 35–20/1. 26. Juli 1935.

<sup>20</sup> GRIGER, 1936, 8.

<sup>21</sup> Ebd., 53.

<sup>22</sup> Das Programm der Nemzeti Néppárt/Nationalen Volkspartei zitiert nach KARDOS, 1996, 48.

<sup>23</sup> APPONYI, 1933, 24.

<sup>24</sup> POHL-VOCELKA, 1995, 475–476.

<sup>25</sup> Ebd., 477.

<sup>26</sup> MURÁNYI, 2006, 117.

<sup>27</sup> KARDOS, 1996, 61.

tend – in der Budaer Burg einen Apfel verzehren konnte.<sup>28</sup> Beim zweiten, bewaffneten Restaurationsversuch gelang es dann (mit dem eigentlichen Ziel der Zusammenstellung des königlichen Zuges) mehrere Waggons Zuckerrüben in Ödenburg auszuladen. In der Zwischenkriegszeit verspeisten die Monarchisten leckere politische Mittagessen, und nahmen in der Pester Redoute und im Wiener Konzerthaus an Banketten teil. Der aus den Fehlern seines Vaters zu lernen bereite, und deshalb sich auch mit seiner Mutter oft streitende Erzherzog Otto kam auch nur zum Briefeschreiben (er bot Bundeskanzler Schuschnigg die Machtübernahme an).<sup>29</sup> Auf einer amerikanischen Briefmarke im Zweiten Weltkrieg erschien das Porträt Kaiser Karls, bzw. hielt der junge Habsburg – wie auch andere Monarchisten – hervorragende Vorträge in Amerika.

Albert Apponyi sagte in den ersten Oktobertagen 1921 zu Gusztáv Gratz: *„Ich weiß wirklich nicht, womit man eine schwerere Verantwortung auf sich ladet, damit, dass man den König heimbringt, oder damit, dass man ihn nicht heimbringt.“*<sup>30</sup> Schließlich stellten sich *„die ewigen Zauderer“*<sup>31</sup> hinter ihren Herrscher. Laut Gratz versuchte man den König zu einer Zeit zurück zu bringen, *„in der auf dem Boden der zum alten Österreich-Ungarn gehörigen Länder noch starke monarchistische Traditionen lebten, als in Ungarn der Legitimus weit mehr als das später der Fall gewesen ist, noch eine lebende Kraft war, als Deutschland noch nicht in der Lage gewesen wäre, der Restauration ein wirksames Veto entgegenzusetzen, als es vielleicht noch möglich gewesen wäre, die Anschlussbewegung in Österreich abzustoppen und als schließlich auch noch eine kleine bewaffnete Macht zur Unterstützung des Restaurationsversuches zur Verfügung stand“*.<sup>32</sup>

Zu den Gedanken von Apponyi und Gratz kann man Folgendes hinzufügen: König Karl verstieß nicht gegen die Vorschriften von Trianon (im Friedensvertrag wurde die Inthronisation der Habsburger nicht verboten), kam mit dem Wissen der Entente (man verhinderte im Westen die Rückkehr nicht) und – nach dem Scheitern der mit der ungarischen Regierung

<sup>28</sup> Bruno Brehm aus dem Jahre 1939 zitiert nach SPEIDL, 2012, 161.

<sup>29</sup> Siehe dazu FIZIKER, 2012, 5. ( Letzter Download: 5. Dezember 2012.).

<sup>30</sup> GRATZ, 2001, 99.

<sup>31</sup> GECSÉNYI–SIPOS, 2000, 356.

<sup>32</sup> Ebd., 367. Die Monarchisten urteilten über den Rückkehrversuch König Karls, dass es auch Österreich hätte helfen können, damit es *„den Berliner Syrenenstimmen widersteht“*, und sich von *„Bierkellerillusionen der deutschen Hurra-Patrioten“* nicht täuschen lässt. PETHŐ, 1932, 59.



geheim geführten Verhandlungen – im Besitz des wohlwollenden Neutralitätsversprechens oder einer „entschiedenen Zuredede“<sup>33</sup> von *Aristide Briand*, zudem im Schatten einer noch im halbfertigen Zustand befindlichen, sich unter italienischen Schirmherrschaft formenden Kleinen Entente nach Ungarn. Zugleich aber rechnete er einerseits nicht damit, dass „die Bevölkerung Ungarns in erster Linie ungarisch, viel besser ungarisch, als legitimistisch und deutschfreundlich ist“,<sup>34</sup> andererseits erwartete ihn in der Budaer Burg der die Übergabe der Macht – sich in die Deckung „irgenwelcher moralischen oder rechtlichen Selbstbestätigung“<sup>35</sup> verschanzend – ablehnende (provisorische) Reichsverweser *Horthy*, der früher zahlreiche abenteuerliche Unterfangen (so die Pflege der Kontakte zu den bayrischen rechtsextremistischen Kreisen und auch den den ungünstigen Abschluss der westungarischen Frage aufschiebenden bewaffneten Widerstand) begeistert unterstützt hatte.<sup>36</sup> Laut den Legitimisten hätte man nur ein „winzigkleines Wagnis“ gebraucht, aber sie hofften auch darauf, dass es „einmal noch zu einem Fest in der Welt kommen“ wird.<sup>37</sup> Es wurde nichts daraus.

#### (WAHRLICH) GRAUE EMINENZEN

Auf der Spitze der ungarischen monarchistischen Bewegung standen in den 20er-Jahren *Julius Andrássy der Jüngere*, *Albert Apponyi* und *Johann Zichy*. Nach Apponyis Tod übernahm der oft kränkliche *József Károlyi*, „der sichtbare Kopf“<sup>38</sup> des ungarischen Legitimismus, dann *Anton Sigray* die Führung des royalistischen Lagers. Sie alle waren eher Männer des Gedankens, die alles in allem einen erfolglosen Ausflug auf dem Terrain der praktischen Politik machten. Neben ihnen sind noch *Gusztáv Gratz*, *Sándor Pethő* und

<sup>33</sup> GRATZ, 2001, 67. Das halten auch französische Historiker von heute für „überaus vorstellbar“, aber sie haben bisher noch kein Beweisdokument auf den Tisch gelegt. SOUTOU, 2008, 542.

<sup>34</sup> Der Bericht von Hauptkommissar *Maurice Fouchet* an Briand vom 4. April 1921, zitiert nach SPEIDL, 2012, 180.

<sup>35</sup> Évfordulón [Am Jubiläum]. *Magyarság*, 22. Oktober 1922. PETHŐ, 2005, 160.

<sup>36</sup> Andrássy teilte im Frühling 1921 dem König in Szombathely (Steinamanger) mit, dass vorläufig „noch ein ziemlich großer Teil des Landes antibaburgisch ist“, und auch Horthys Legitimistentum relativ sei. KARDOS, 1996, 54.

<sup>37</sup> PETHŐ, 2005, 160.

<sup>38</sup> KÁROLYI, 1996, 135.

*Iván Lajos* zu erwähnen, aber auch sie „*machten die Gedankenarbeit mit Vorliebe mit der Feder in der Hand*“.<sup>39</sup>

Die legitimistischen Denker engagierten sich für König Karl, seine Vorfahren, bzw. seinen Nachfolger nicht nur deshalb, weil sie an die Institution des Königtums glaubten oder weil sie eventuelle wirtschaftliche Interessen hatten,<sup>40</sup> sondern auch wegen einem betonten „*subjektiven Gefühl der Dankbarkeit*“.<sup>41</sup> Ihre Politik hatte eine Existenzberechtigung, Ungarn blieb ja ein Königreich ohne König, und der Gesetzesartikel 1920:I. wählte – etwa eine Brücke bildend, „*über die es möglich sein wird, zur alten Verfassung zurückzukommen*“<sup>42</sup> – nur provisorisch, für die Zeit der *Vis major* einen Reichsverweser. Das heißt – mit einer in Volksmärchen üblichen Wendung – „*dieses Mädel ist wirklich nicht gestorben, sondern es schläft nur*“.<sup>43</sup>

Die Monarchisten belegten in langen rechtlichen Ausführungen, das Land „*habe sowohl einen König, als auch einen Thronfolger, und eine Erbfolge*“.<sup>44</sup> Für sie wurde die mit den Österreichern geschlossene Ehe nicht null und nichtig, nur deshalb, weil die zwei Ehepartner „*die Mitgift gemeinsam verändelt haben*“.<sup>45</sup> Zwar wurde auch noch vor einigen Jahren ein rechtliches Gutachten<sup>46</sup> über die Frage erstellt, das unterstrich: Karl hatte in konstitutioneller Hinsicht auch mangels der *Pragmatischen Sanktion* ein Recht auf den Thron, und nicht einmal der berühmte Gesetzesartikel 1921: XLVII. schloss die Frage ab. Sie schienen – neben der Tatsache, dass sie auf ihr Recht pochten – vergessen zu haben, was viele auch damals klar sahen, nämlich, dass „*die Thronbesetzung keine umstrittene rechtliche, sondern eine rein politische Frage*“<sup>47</sup> darstellte. Sie führten hervorragende Polemiken darüber, dass es keine Königsfrage gebe, man habe ja einen König, die nicht existierende Königsfrage sei sehr wohl aktuell, und es sei überflüssig, auch den

<sup>39</sup> GECSÉNYI-SIPOS, 2000, 329.

<sup>40</sup> Die im geografischen und politischen Einzugsgebiet von Wien lebenden Familien wurden durch den Zerfall der Monarchie und die neu gezogene, die zwei Völker trennende Grenze beeinträchtigt. BOTLIK, 2008, 134.

<sup>41</sup> ANDRÁSSY, 1920, 9. Andrássys Taufpate war laut den Zeitgenossen Franz Josef. SZALAI, 2003, 9. Sándor Pethő fand aber „*die kalt erwogenen Interessen des Landes und der Nation*“ wichtiger als „*das emotionelle Durchweichtsein*“. PETHŐ, 2005, 16.

<sup>42</sup> KERTÉSZ, 1930, 9.

<sup>43</sup> GRIGER, 1937, 2–3.

<sup>44</sup> ANDRÁSSY, 1920, 20.

<sup>45</sup> Andrássys Vergleich zitiert nach KARDOS, 1996, 21.

<sup>46</sup> SZABÓ, 2006, 171–189.

<sup>47</sup> Die Memoiren von Jenő GÁVAI GAÁL, zitiert nach Speidl, 2012, 69.

Ausdruck „*Restauration*“ zu benutzen, da „*der Kontakt der Habsburgerdynastie zum Thron unberührt*“<sup>48</sup> sei.

Die royalistischen Führer produzierten also stufenweise in die Praxis umzusetzende Theorien. Julius Andrassy „*beurteilte*“ die Fakten oft „*allzusehr aus moralischem und nicht nur aus politischem Gesichtspunkt*“,<sup>49</sup> deshalb ist es nicht überraschend, dass „*sich ihm keine Gelegenheit bot*“, seine politischen Ideen „*in Taten umzusetzen*“.<sup>50</sup> Zwar durchdrang Andrassy, als nach dem ersten Rückkehrversuch des Königs im Nationalrat eine Erklärung verabschiedet – und in der jeder, die provisorische Staatsordnung gefährdende Versuch verurteilt und Horthy begrüßt – wurde, „*tiefer Ekel*“, aber sein Protest beschränkte sich nur darauf, dass er gemeinsam mit Apponyi aus dem Sitzungssaal auszog.<sup>51</sup> Graf Johann Zichy versprach der Regierung im April 1922 ein loyales Verhalten, falls sie die verfassungsrechtlichen Fragen nicht zuspitzt und „*die Äußerungen der Idee der Restauration von grundsätzlicher Bedeutung*“<sup>52</sup> nicht verhindert, d. h. sie lässt zu, dass man über die Frage mindestens sprechen darf.

Auch Albert Apponyi, „*der leitende Genius der Idee der rechtlichen Kontinuität*“<sup>53</sup> hatte ständig Zweifel: „*Wo ist die Grenze, die man nicht überschreiten darf, bis zu der man aber gerade im Interesse der Sache geben muss*“?<sup>54</sup> Er hielt die tatsächliche Restauration in der gegebenen historischen Situation für praktisch undurchführbar, und er unterstrich eher die Wichtigkeit „*der Aufrechterhaltung der uralten rechtlichen Kontinuität, der Anerkennung der dynastischen Thronprävention*“<sup>55</sup>. Zwar fügte er kurz vor seinem Tod, im November 1932 hinzu, er hoffe „*den Anbruch dieses Tages zu erleben*“<sup>56</sup> – aber eine Veränderung erwartete er nur „*von der Zeit... und der allgemeinen Ausnüchterung*“<sup>57</sup>. Laut Leopold Henmet, dem österreichischen Botschafter in Budapest, war Apponyi „*zwar Meister der Formulierung, aber von seinen Formeln kamen nur wenige zur Geltung*“.<sup>58</sup>

<sup>48</sup> REINER, 1921, 21.

<sup>49</sup> PETHŐ, 1930, 12.

<sup>50</sup> Das sagte Apponyi über Andrassy, und eigentlich auch selbstkritisch über sich selbst. SZALAI, 2003, 192.

<sup>51</sup> SZALAI, 2003, 173.

<sup>52</sup> KARDOS, 1996, 98.

<sup>53</sup> PETHŐ, 1926, 35.

<sup>54</sup> APPONYI, 1941, 8–9.

<sup>55</sup> APPONYI, 1933, 24.

<sup>56</sup> Ebd., 88.

<sup>57</sup> Der Wahlauf Ruf von Graf Apponyi 1922, zitiert nach KARDOS, 1996, 38.

<sup>58</sup> TILKOVSKY, 2002, 70.

Nach alledem betonte Sándor Pethő als Vertreter der neuen legitimistischen Generation nicht zufällig: Es reicht mit den „*wissenschaftlichen Abstraktionen*“, den „*leeren Demonstrationen gegen die bestehende Rechtsordnung*“, man muss die Welt „*der Adventsfreude der Wohltäterseelen*“, der *Dolendi voluptas* (Schmerzliebe) „*der sich im Historismus verirrenden Geister*“ überschreiten.<sup>59</sup> Laut dem ebenfalls zur jüngeren Generation gehörenden Iván Csekonics sei „*mit Apponyi [ist] das Heroentum des Legitimus vergangen, es ist an der Zeit, reale Wege zu betreten, mit realen Mitteln zu arbeiten*“.<sup>60</sup> Das war auch deshalb notwendig, denn nach ihrer Meinung erreichten Apponyi und Andrassy lediglich, dass das Königproblem Anfang der dreißiger Jahre „*in seinen außenpolitischen Zusammenhängen*“ – sogar im „*Gehirn*“ der Mehrheit der jüngeren Generation der Christlichen Partei – „*fast gänzlich verkümmerte*“.<sup>61</sup>

Die Bezeichnung „Legitimus“ stammt höchstwahrscheinlich von Gusztáv Gratz, der natürlich zu seiner Wortfindung sofort hinzufügte, die heimische, die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie erstrebende Bewegung stehe in krassem Gegensatz zur Auffassung der den absoluten Staat des Herrschers von Gottes Gnaden im 18. Jahrhundert propagierenden französischen Royalisten (nämlich zu der von *Joseph Marie de Maistre*).<sup>62</sup> Aber auch die Politik von – den Historiker unserer Zeit mit zahlreichen hervorragenden Publikationen erfreuenden – Gratz brachte keine Ergebnisse. Während er zwischen dem Herrscher und der ungarischen politischen Führung, bzw. der Regierung und ihrer legitimistischen Opposition als „*Poststelle*“<sup>63</sup> wirkte, fühlte er sich „*nicht stark genug dazu, um die auseinander strebenden Kräfte*“ hinter der legitimistischen Politik „*einheitlich zusammenfassen zu können*“, aber er war auch nicht schwach genug, „*um Gefallen daran zu finden*“, dass er sich „*wie ein in einen Wirbel geratenes Blatt ohne eigenes Ziel von ihm fremden Strömungen forttragen*“ liesse.<sup>64</sup>

Der maßgebende legitimistische Politiker der 30-er Jahre, Anton Sigray war nach Meinung einiger ein Politiker, der über mehr eigene Konzeptionen als seine Vorgänger verfügte und auch für Organisationsfragen empfänglich

<sup>59</sup> PETHŐ, 1932, 7.

<sup>60</sup> BÉKÉS, 2009, 217.

<sup>61</sup> PETHŐ, 1932, 21.

<sup>62</sup> GRATZ, 2001, 53.

<sup>63</sup> GECSÉNYI-SIPOS, 2000, 339.

<sup>64</sup> Ebd., 320.

war,<sup>65</sup> nach anderen Meinungen ein konzeptionsloser, für den Posten des Parteiführers untauglicher<sup>66</sup> Großgrundbesitzer. Jedenfalls bestätigte das Ergebnis der Wahlen 1935 (in den Jahren 1935–1937 insgesamt drei Mandate) – obwohl er sich hinter die, zur Vertretung der für überparteilich gehaltenen Idee der, vom glühenden, die soziale Volksmonarchie verkündenden *Miklós Griger* organisierte *Nemzeti Legitimista Néppárt* (Nationale Legitimistische Volkspartei) stellte – seine Erwartungen nicht. Graf Sigray – „*seine Klassenschränken überschreitend*“ – unterstützte Griger, der bereits 1920 gestanden hatte: Er sei dagegen, dass man durch Geburt zu hohen Würden gelangt, wie auch „*der Esel ihm nicht imponiere, weil er große Ohren mit sich auf die Welt bringe*“.<sup>67</sup>

Es ist charakteristisch, dass das damals erschienene Werk von Iván Lajos über das Leben und die Politik von Karl IV. auch von der legitimistischen Presse „*kaum registriert wurde*“.<sup>68</sup> Leider wurden sein – die zu erwartende Niederlage des Dritten Reiches mit deutschen Quellen beweisendes – *Graues Buch*<sup>69</sup> sowie sein Manuskript mit dem Titel *Ungarns Verantwortung in Zweitem Weltkrieg* eher im Westen gelesen, bzw. verstanden. Iván Lajos hatte sogar in Mauthausen „*unermüdlich agitiert, polemisiert und überzeugen wollen*“,<sup>70</sup> Otto Habsburg müsse nach Ungarn zurückkehren. Nach seiner Heimkehr verhandelte Lajos sogar mit einem „*großes Interesse zeigenden*“ sowjetischen Kapitän über die Möglichkeit einer Donauföderation, verschwand aber wenig später.<sup>71</sup> Es ist bezeichnend, dass Gratz in seinen lange Jahre unveröffentlichten Memoiren sogar den immer an „*Aktionsplänen*“ arbeitenden Friedrich Wiesner „*viel aktiver als irgendjemand auf der ungarischen Seite*“<sup>72</sup> fand, der laut vielen in Österreich der Effizienz der legitimistischen Sache entgegenstand.

<sup>65</sup> BÉKÉS, 2009, 218.

<sup>66</sup> HAJDU, 2012, 433.

<sup>67</sup> KARDOS, 2012, 146.

<sup>68</sup> MURÁNYI, 2006, 54.

<sup>69</sup> LAJOS, 1939. Das Buch wurde in Ungarn für einen „*Milanzogel*“ gehalten, „*der schon sehr finster und duckmäuserisch über das sich schön entwickelnde Kleinvieh des ungarischen außenpolitischen Gebäckes flatterte*“. (Die Meinung von Kálmán Hubay. LAJOS, 1939, 71.)

<sup>70</sup> Die Worte von Sándor Millok. LAJOS, 1939, 126.

<sup>71</sup> István Kertész. LAJOS, 1939, 160.

<sup>72</sup> *Erinnerungen des Gustav Gratz an die Jahre 1918 bis 1945*. Manuskript. 291. Hiermit bedanke ich mich bei Herrn Professor Lajos Gecsényi, dass er mir das Material zur Verfügung gestellt hat.

## PLAGIAT-VERDACHT

Anfang der 20er-Jahre und in der zweiten Hälfte der 30er-Jahre des letzten Jahrhunderts spielten sich zwei ähnliche Geschichten ab, die erste in Ungarn, die zweite in Österreich. Die fast zu einem Volksmärchen passenden Hauptpersonen sind ein König, sein ältester Sohn und eine entschlossene, ihren Mann und auch ihren Sohn zum Handeln anregende Mutter, mit allerlei Nebenfiguren, einem nichtsnutzigen Kanzler, einem gegen seinen König auftretenden Reichsverweser, mit einem kleinen *Gömbös* (sic!)<sup>73</sup>, zwar ohne *Happy End*, aber mit gespenstig ähnlichen Inhalten.<sup>74</sup>

Horthys Militärbefehl vom 27. Oktober 1919 über die Restauration, als eine „*vorzeitig aufgeworfene Personalfrage*“, erklärte sich ablehnend, und stellte die Verhinderung der „*illegitimen Putschversuche oder Verhetzungen*“ in Aussicht.<sup>75</sup> Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg, der zu den Legitimisten anfangs im Rahmen gemeinsamer Mittagessen,<sup>76</sup> später geheimer Treffen Kontakt hielt, wies in einer Aufzeichnung im Juni 1936 die Terminisierung der Restauration zurück, sonst „*wäre der seinerzeitige Erfolg der Propaganda gefährdet*“.<sup>77</sup> Im Februar 1937 stellte er fest, gegen einen eventuellen Putsch der Habsburger „*sich zur Wehr setzen zu wissen*“,<sup>78</sup> also Otto „*noch ehe er Wien erreicht hätte, verhaften zu lassen*“.<sup>79</sup>

Im Herbst 1920 meinte Ministerpräsident *Pál Teleki*, die Königsfrage sei eine innere Angelegenheit, „*man sei nicht bereit, irgendeine äußere Intervention darin zu erdulden*“. Zugleich fügte er auch hinzu, „*diese Fragen seien nicht aktuell*“.<sup>80</sup> Die österreichische christlichsoziale *Reichspost* stellte im Juni 1936 in einem Leitartikel fest, die eventuelle Restauration sei eine „*rein innere Angelegenheit Österreichs*“.<sup>81</sup> Im Juli 1933 legte der österreichische Bundeskanzler in einem Interview dar, man verfolge keinerlei monarchistische Pläne, denn die Frage sei „*überhaupt nicht aktuell*“.<sup>82</sup>

<sup>73</sup> Unübersetzbares Wortspiel: Julius Gömbös war ein einflussreicher Politiker, „kis gömböc“, der kleine Vielfraß, eine Figur in einem Volksmärchen.

<sup>74</sup> Der Historiker ist fast versucht, diese in zwei Spalten gegenüberzustellen.

<sup>75</sup> SPEIDL, 2012, 25.

<sup>76</sup> Erinnerungen des Gustav Gratz an die Jahre 1918 bis 1945, 289.

<sup>77</sup> MOSSER, 1979, 311.

<sup>78</sup> EICHSTÄDT, 1955, 164.

<sup>79</sup> WAGNER, 1956, 312.

<sup>80</sup> SPEIDL, 2012, 127.

<sup>81</sup> ÖStA/AdR NPA K 233, Liasse Österreich 2/11 Monarchistische Bewegung in Österreich 1934–Februar 1936. Nur eine Feststellung. Reichspost, 19. Juni 1936.

<sup>82</sup> WAGNER, 1956, 235.

Laut Miklós Griger bedeutet die Restauration „den Schlussstein des Gebäudes unserer Verfassung und unseres nationalen Lebens“. <sup>83</sup> Im Sommer formulierten auch die Deutschen ähnlich: Nach ihrer Meinung wäre die zu dem geeignet erscheinenden Augenblick durchgesetzte Restauration „die Krönung“ des österreichischen „Aufbauwerkes“. <sup>84</sup>

Stephan Bethlen legte in einem am 1. Jänner 1939 in der *Pesti Napló* erschienenen Artikel dar: Ungarn enthielt sich zwanzig Jahre lang der Schritte, die deutsche Interessen und Aspirationen betrafen, und es ging auf die Restauration nicht ein, obwohl „es außer Frage steht, dass zu diesem Preis ein oft sehr aktiver Saldo hätte erreicht werden können“. <sup>85</sup> Schuschnigg unterstrich Anfang 1940 in einem Bericht für die *Gestapo*, er habe persönlich eine „sich auf fremde Krücken stützende“ deutschfeindliche Monarchie immer zurückgewiesen. <sup>86</sup> Unsicherer als Bethlen bewertete er, „es wäre vielleicht doch besser gewesen, dem Kaiser das anzuvertrauen, vielleicht wäre etwas gelungen“. <sup>87</sup>

Über die ungarischen Legitimisten gaben sogar ihre Gesinnungsfreunde zu, „die erreichten Resultate stünden im Missverhältnis zu den Energien, die zur Handlung verbraucht wurden“. <sup>88</sup> Der Wiener ungarische Botschafter, *Lajos Ambrózy* hielt 1931 die Propaganda der österreichischen Monarchisten für „völlig unfruchtbar“, sie wäre die „angewandte Geistesarbeit und Kosten“ nicht wert gewesen. <sup>89</sup>

In den ungarischen politischen Führern fehlte es laut Griger an „Neigung zu einem riskanten Unternehmen und an Abenteuerlust“. <sup>90</sup> Laut *Otto Forst de Battaglia*, dem Leiter der schweizerischen monarchistischen Propagandazentrale *Agence Centrale*, war auch in Österreich Folgendes festzustellen: „Weniger die Massen sind es, die fehlen, als die Führer“. Den Mitgliedern der Elite „gebricht es an Lust, ihre innerliche schwarz-gelbe Gesinnung praktisch zu betätigen“. <sup>91</sup>

Noch zahlreiche weitere Beispiele könnten aufgezählt werden. In beiden Ländern wurden die Teilnehmer der legitimistischen Veranstaltungen

<sup>83</sup> GRIGER, 1936, 7.

<sup>84</sup> MOSSER, 1979, 321.

<sup>85</sup> GRATZ, 2001, 210–211.

<sup>86</sup> SCHUSCHNIGG, 1969, 388.

<sup>87</sup> FEIGL, 1992, 87.

<sup>88</sup> PETHŐ, 1926, 6.

<sup>89</sup> Bericht von Ambrózy, Wien, 29. Dezember 1931 MNL OL K 63. KüM 167. cs. 1932–20/1. tétel.

<sup>90</sup> GRIGER, 1936, 8.

<sup>91</sup> FORST DE BATTAGLIA, 1930, 7–8.

ständig und mit ähnlichen Mitteln insultiert, bzw. unter polizeilicher Beobachtung gehalten, der Gebrauch der Bezeichnung „*Königssohn Otto*“ verboten. Die Legitimisten waren in mehreren Parteien zu finden, so unterblieb auch ein einheitliches Auftreten. Es wurden ähnliche Parolen skandiert, obwohl die Ungarn nur das Äquivalent für *Unser Motto: Kaiser Otto* erstellten (auf Ungarisch: *Szánkon a mottó: Császárunk Ottó*), die Übersetzung von *Gut und Blut für Kaiser-König Otto* (auf Ungarisch: *Életünket és vérünket Ottó császár és királyért*) blieb weg. (Die „heroische“ Haltung der Adeligen unter *Maria Theresia* war schon längst vorbei.)

Sowohl in Österreich als auch in Ungarn fürchtete man sich vor den Schwierigkeiten der Versorgung der großen Familie Habsburg-Lothringen, und vor einem eventuellen Bürgerkrieg. Der Legitimismus wurde für keine Parteienfrage gehalten. Dieser hätte erst dann mit einem Erfolg rechnen können, wenn die Gesellschaft (oder mindestens die politische Elite) – den „*diplomatischen Gegendampf*“ und „*das auf die Schwachnervigen besser als nötig wirkende Säbelgerassel*“<sup>92</sup> missachtend – sich wie ein Mann hinter ihren Herrscher stelle. Man wollte die Frage frei von allerlei äußeren Einflüssen, in verfassungsmäßigen Rahmen ordnen. Sie sahen auch klar, dass der Lauf der Ereignisse auch die Stellungnahme der Politiker und der öffentlichen Meinung beeinflussen würde. In keinem der beiden Länder wurde der Legitimismus zu einer effektiven Massenbewegung, trotzdem wurden im Zusammenhang damit von den Politikern und Journalisten ähnliche Scherznachrichten über Putschversuche produziert. Zuletzt wurden die Legitimisten sowohl von Horthy als auch von Schuschnigg für die Vertreter einer in Kürze aussterbenden Generation gehalten, die, um ihre Theorien beweisen zu können, die minimalste Chance ergreifend eine Selbstmordaktion unternahmen.

#### UNGARISCH-ÖSTERREICHISCHE MONARCHIE

Die Legitimisten meinten, „*nicht einmal das unbändigste freiwählende Mitglied des Autodidaktenkreises in Kisbürgözd könne leugnen, dass wir auf dem Wege unserer Integrität und Auferstehung den Verbündeten nicht im Mond, und auch nicht in irgendeinem esgotischen überseeischen Ankömmling, sondern in dem suchen*

<sup>92</sup>PETHŐ, 2005, 245. Andrassy Gyula gróf. Viharos emberöltő, 1929. [Publikation mit dem Titel Graf Julius Andrassy. Ein stürmisches Menschenalter, 1929].



*müssen, mit dem wir vierhundert Jahre lang zwar viel gezankt, aber auch viele glorreiche Tage und Jahre gemeinsam verbracht haben*“.<sup>93</sup> Gusztáv Gratz schrieb in einer seiner späteren Studien, dass zwei Schichten der Nachfolgestaaten der Monarchie „jedenfalls damit im Klaren seien, dass das Leben im alten Österreich-Ungarn demjenigen darüberstehe, das hier nach der Aufteilung der Monarchie begann: die tiefer Denkenden und die gar nicht viel Denkenden, die die trostlose Gegenwart mit der fruchtbaren Vergangenheit instinktiv vergleichen.“<sup>94</sup>

Die Wiener ungarische Botschaft informierte Anfang 1937 die außenpolitische Führung, dass zwischen der österreichischen legitimistischen Bewegung und der ungarischen „scheinbar kein Kontakt festzustellen“ war, und obwohl persönliche Beziehungen „bestünden“, zwischen den Ländern „kein einstimmig vereinbartes und entworfenes Arbeitsprogramm existiere“.<sup>95</sup> Dabei ist der ständige Kontakt der Legitimisten der beiden Länder aktenkundig belegt, und offensichtlich gingen sie mit dem französischen Politiker *Ernest Peret* d'accord, der die Chancen der Restauration und der Personalunion, bzw. die Problematik *Revision/status quo* lapidar zusammenfasste. Seiner Ansicht nach wäre die österreichische Restauration eine innere, die ungarische aber wegen der Revision eine äußere Angelegenheit. Die österreichische könne sich unter dem starken Druck von Hitler erst im Falle einer drauffolgenden ungarländischen Restauration halten, mit all ihren außenpolitischen Folgen.<sup>96</sup> Deshalb vertrauten sie darauf, obwohl sich die zwei Legitimismen „sowohl in der Tradition, als auch in der rechtlichen Vorstellung und Konzeption voneinander unterscheiden“, dass diese Wege „sich irgendwann treffen werden“.<sup>97</sup>

*Márton Békés* nannte in seiner bereits zitierten hervorragenden Zusammenfassung die Restauration der legitimen Dynastie, bzw. neben dem Ausbau einer durch gemäßigte und konservative Reformen bestärkten verfassungsmäßigen Einrichtung die Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes – „eventuell im Rahmen eines österreichisch-ungarischen Staatenbundes“ – als das wichtigste politische Ziel der Legitimisten.<sup>98</sup> Meines Erachtens ist

<sup>93</sup> Der Artikel aus der Zeitung *Új Nemzedék* [Neue Generation] vom 23. Jänner 1923. ÖStA/AdR NPA 798, Liasse 2/11 Monarchistische Bewegung 1927–1937.

<sup>94</sup> GYARMATI, 1995, 101.

<sup>95</sup> MNL OL K 63 KüM 173. cs. 1937–20/1. Innerpolitische Lage. Wien, 8. Februar 1937

<sup>96</sup> Ebd. Der Bericht der Pariser Botschaft, 27. Februar 1937

<sup>97</sup> KARDOS, 1998, 235–237.

<sup>98</sup> BÉKÉS, 2009, 214–215.

dieser Satz an zwei Stellen zu präzisieren. Einerseits kann das „eventuell“ weggelassen werden, andererseits erwog man – bis auf den grübelnden Apponyi, der „dazu neigte, die Wiederbelebung des Bundes Ungarn-Österreich auf neuen Grundlagen ausschließen zu müssen“<sup>99</sup> und sich deshalb unter den österreichischen Monarchisten keiner großen Beliebtheit erfreute – einen ungarisch-österreichischen Staatenbund. Sie bekannten sich überzeugt dazu, was ein französischer Senator dem ungarischen Botschafter in der Schweiz sagte: die Aufgabe von Horthys Ungarn „wird es sein, zu erreichen, dass aus der Österreichisch-Ungarischen Monarchie die Ungarisch-Österreichische Monarchie aufersteht“.<sup>100</sup>

Ab dem Moment des Zusammensturzes – zwar verschämt – propagierte man die Nötigkeit einer, das europäische Gleichgewicht sichernden, die slawischen und germanischen Aspirationen zügelnden Machtkonstruktion im Donaubecken, „deren Kern einst das heutige Österreich und Ungarn bildeten“.<sup>101</sup> Laut Sándor Pethő wagte der offizielle Legitimus „in Wirklichkeit niemals ehrlich zu gestehen, dass wenn er über nationales Königreich deklamiert, er an die österreich-ungarischen Beziehungen denkt“. Er wollte „den Legitimus in einem volkstümlichen und nationalen flitterhaften Mantel“ (auf Ungarisch: ‚cifraszűr‘) „in die äußeren linken Herzen einziehen lassen“.<sup>102</sup> Unehrllich ist auch die als gemeinsames Geschöpf von Gusztáv Gratz und Friedrich Wiesner ausgedachte, die Rückkehr Karls und die „gesunde Entwicklung“ fördernde Formel, die die Restaurierung der alten zwischenstaatlichen Beziehungen in der Form einer Personalunion nicht automatisch erklärte, aber auch nicht ausschloss.<sup>103</sup>

In der zweiten Hälfte der 20er-Jahre kündigten die Monarchisten nur an, „es stehe nicht notwendigerweise und grundsätzlich und in allen Fällen mit dem Begriff des nationalen Königreichs im Gegensatz, wenn der Herrscher irgendeines Landes zugleich auch die Krone eines anderen Landes trägt“.<sup>104</sup> Andrassy legte 1928 eindeutig dar, dass „unser König nicht deshalb nach Budapest zurückgeraten würde, weil er der Herrscher von Wien“, sondern „weil er der erbliche gesetzliche ungarische König sei“, und „er komme nach Wien, weil er auf dem ungarischem Thron sitze“. Er fügte einräumend hinzu, dass der König

<sup>99</sup> GRATZ, 2001, 105.

<sup>100</sup> LAJOS, 1930, 8.

<sup>101</sup> GRIGER, 1936, 48.

<sup>102</sup> PETHŐ, 1932, 66–67.

<sup>103</sup> GECSÉNYI-SIPOS, 2000, 340.

<sup>104</sup> REINER, 1927, 8.

„entweder nur ungarischer König sein wird, oder die neue Donaumonarchie wird sich um Budapest gruppieren“.<sup>105</sup>

Gusztáv Gratz bemühte sich um die Unterstützung der allmählichen Annäherung, die zum dauerhaften Zusammenschluss der Nachfolgestaaten, zunächst von Ungarn, Österreich und der Tschechoslowakei führen würde. In seinen Memoiren schreibt er, dass zwar die „interessanten, vielleicht auch nützlichen“ Besprechungen der österreichischen und ungarischen Legitimisten in Budapest und Wien – ab 1930, also nachdem Otto volljährig geworden war – regelmäßig gehalten wurden, doch hatten sie „aber niemals einen praktischen Erfolg aufzuweisen“.<sup>106</sup>

Sándor Pethő beurteilte die erhoffte neue Monarchie als Kompromiss der ungarischen und der Habsburgidee, die „von dem zentralen Charakter der ungarischen Staatsidee ausgehe“.<sup>107</sup> Er war auch davon überzeugt, dass „in dieser neuen Beziehung nur die Kraft des Ungartums diejenige sei, die ansteigen könnte, gegenüber der Stagnation der Machtentwicklung des heutigen und zukünftigen Österreich“.<sup>108</sup> Er gab zu, dass die Beziehung zu Österreich nicht „die einzige und letzte Möglichkeit sei“, aber „zweifelloso die nächste, die natürlichste, die naheliegendste“ zur Rückgewinnung der einstigen Donauposition.<sup>109</sup>

József Károlyi kündigte erst nach dem Regierungsantritt Hitlers offen an, dass eine engere Beziehung zu den Österreichern „unerlässlich nötig“ sei, und dass man sich dieser Schicksalsgemeinschaft „überall, offen und ehrlich“ annehmen werde.<sup>110</sup> Nach der Meinung der Monarchisten müsse mit dem Zehren an den Verletzungen der Vergangenheit, „der Kriegsführung gegen die Mückenstiche“ aufgehört werden, während wir uns „freiwillig unter die Pfoten des Elefanten legen würden“.<sup>111</sup> Sie wollten auch nicht das früher bestandene Verhältnis zu Österreich in unveränderter Form wiederherstellen, sie stellten sich eine „rein personale“ Union vor.<sup>112</sup> Laut Georg Pallavicini „muss sich ein Wettkampf herausbilden, ob Österreich oder Ungarn restaurieren solle“, aber er war überzeugt, dass „wir die Ersten sein müssen“.<sup>113</sup>

<sup>105</sup> SZALAI, 2003, 191–192.

<sup>106</sup> Erinnerungen des Gustav Gratz an die Jahre von 1918 bis 1945, 289.

<sup>107</sup> PETHŐ, 1932, 49.

<sup>108</sup> PETHŐ, 2005, 435. A paradicsom-madár című írás, *Magyarság*, 1933. szeptember 24. [Publikation mit dem Titel Der Paradiesvogel in der Zeitschrift *Magyarság* vom 24. September 1933].

<sup>109</sup> Ebd., 436.

<sup>110</sup> ÖStA/AdR NPA 798, Bericht von Hennet aus Budapest, 30. März 1933

<sup>111</sup> PETHŐ, 1932, 70.

<sup>112</sup> GRATZ, 2001, 61.

<sup>113</sup> KARDOS, 1998, 177.

Miklós Griger betrieb auch eine „*Lösung mit ungarischem Schwerpunkt*“,<sup>114</sup> Anton Sigray stellte sich eine österreichisch-ungarische wirtschaftliche, lockere zwischenstaatliche und enge politische Zusammenarbeit mit englisch-französischer Orientierung, sowie eine mit italienischer Unterstützung durchzuführende friedliche Revision vor.<sup>115</sup> Im September 1935 formulierte er, nur die Restauration könne die Unabhängigkeit Österreichs retten, die erst dann dauerhaft sein könne, wenn sie gemeinsam mit Ungarn geschehe.<sup>116</sup> Im Mai 1937 nannte er außerdem „*die simultane Wiederherstellung der zwei Restaurationen*“<sup>117</sup> als wichtigstes Ziel. Darin „steckte“ für die Legitimisten bis zum März 1938 „*Fantasie*“.<sup>118</sup> Die Organisation gegen die Diktatur auf dem Boden des royalistischen Gedankens scheiterte damals engültig.

#### DER LEGITIMISTISCHE TRAUM

Die Monarchisten strebten einen „*fortschrittlichen, konservativen Staat auf christlichen Grundlagen*“ an.<sup>119</sup> In Wirklichkeit erarbeiteten sie niemals ein detailliertes außenpolitisches, soziales und wirtschaftliches Programm. So steckte die Königsfrage bis zum Ende „*in ihrer Biedermeiermaske der rechtlichen Kontinuität*“.<sup>120</sup> Die Legitimisten wollten die westlichen Demokratien nicht „*sklavisch nachahmen*“, aber im Interesse der Bewahrung ihres Wohlwollens auch die Konflikte mit ihnen meiden. Noch zwei Wochen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hofften sie darauf, dass jene ihren historischen Irrtum einsehen und die Restauration befürworten würden.<sup>121</sup> Zugleich fanden sie, dass auch die „*ununterbrochen auf fremden Gewässern rudernde*“ ungarische Außenpolitik jeden Annäherungsversuch

<sup>114</sup> Ebd., 185.

<sup>115</sup> BÉKÉS, 2007, 137–138.

<sup>116</sup> ÖStA/AdR, NPA 798, 18. September 1935

<sup>117</sup> BÉKÉS, 2007, 155.

<sup>118</sup> BOKOR–HANÁK, 1999, 30.

<sup>119</sup> Anton Sigray sprach darüber in der Budgetdiskussion 1935/1936. BÉKÉS, 2009, 234. Es kann bezweifelt werden, inwieweit der stark katholische, auch die österreichische ständestaatliche Einrichtung würdigende geplante Staat unter aristokratischer Führung zu einer Demokratisierung fähig gewesen wäre.

<sup>120</sup> BÉKÉS, 2009, 225.

<sup>121</sup> Die Rede von Anton Sigray im August 1939 in Tihany zitiert nach BÉKÉS, 2007, 175.

zurückgewiesen und die „*seelische Präparation*“ der ungarischen Öffentlichkeit für wichtiger gehalten habe.<sup>122</sup>

Auch in der Nachbarschaftspolitik warnten sie vor allen Arten von abenteuerlichen irredentischen Unterfangen,<sup>123</sup> und kündigten eine neue Nationalitätenpolitik an. Eigentlich konnten sie sich aber mit diesen nicht versöhnen, Sándor Pethő zum Beispiel nannte die umliegenden Völker „*die Glücksjungen der Geschichte*“, „*Zwergvölker der Konjunktur*“, für die „*andere das Nest gebaut haben*“.<sup>124</sup> Trotzdem propagierten die Monarchisten „*mit einem gewissen Eigensinn*“<sup>125</sup> die Nötigkeit der Überbrückung der Gegensätze und des Auffindens der gemeinsamen Interessen, weil diese Völker „*entweder im Bündnis oder in Feindschaft miteinander leben. Etwas Drittes gibt es nicht*“.<sup>126</sup> Damit dieses Zusammenwirken „*dem ersten großen Windstoß*“ widerstehe,<sup>127</sup> brauche man einen übernationalen und – hauptsächlich in Ungarn – überparteilichen Willen.

Die Suche nach der Gnade der europäischen Großmächte hielt Gusztáv Gratz für eine mögliche außenpolitische Richtung, aber nur für die zweitbeste, „*und die zweitbeste war absolut genommen bereits schlecht*“,<sup>128</sup> da die Konfrontation der Staaten der Region auch den Zusammenstoß der sich neben sie stellenden Großmächte generieren könne. Freilich diene der italienische, bzw. französisch-englische Orientierungsversuch der 30er-Jahre nicht nur der Schwächung der Kleinen Entente und dem Willen zur Anerkennung der ungarischen Ansprüche. Man warnte auch vor den deutschen Weltmachtaspirationen, sonst „*können wir im Schatten der großen germanischen Eiche die Lebensweise des in den Kren gefallenen Wurmes leben*“,<sup>129</sup> obwohl man die Unvermeidbarkeit des Sturzes des Dritten Reiches klar sah.

Zur Zeit des heutzutage mehr und mehr relativierten weißen Terrors sprach Ödön Beniczky „*über die feigste und bornierteste Militärdiktatur der Welt*“, Julius Andrássy – im Zusammenhang mit dem Mord an den Journalisten der *Népszava* – „*über weißen Bolschewismus*“.<sup>130</sup> Auch Gusztáv Gratz

<sup>122</sup> Iván Lajos zitiert nach MURÁNYI, 2006, 152.

<sup>123</sup> SZALAI, 2003, 162.

<sup>124</sup> PETHŐ, 1932, 46.

<sup>125</sup> GECSÉNYI-SIPOS, 2000, 327.

<sup>126</sup> Ebd., 332.

<sup>127</sup> Ebd., 338.

<sup>128</sup> Ebd., 335.

<sup>129</sup> PETHŐ, 1932, 75.

<sup>130</sup> SPEIDL, 2012, 46–47.

wollte mit einem „*durch Morde besudelten*“<sup>131</sup> System auf lange Sicht keine Solidarität üben. Ebenso verwarf man neben der rassistischen und religiösen Diskrimination den Faschismus und den Nationalsozialismus, auch gegen den Import des letzteren bot man als Heilmittel die monarchistische Donaulösung an. Beim sogenannten Verlöbnis zu Kirment (*körmendi kézfogó*) im Oktober 1937, im Parlament, im Widerstand, der sich an den – im *Cercle des Nationalen Zusammenhaltes* (Nemzeti Összetartás Társasköre) und im Budaer Restaurant Zöldfa gehaltenen – Sigray-Abendmahlen organisierte, vertraten sie laut Sándor Pethő ein wirkliches „*Kurutzenverhalten*“. Sie versuchten ja den großdeutschen Eroberungsbestreben zu widerstehen.<sup>132</sup>

Insgesamt war also – obwohl ihre, „*auf das Wort des Herzens und des Gesetzes hörende*“<sup>133</sup> prinzipielle Politik eher „*ein zur Utopie tendierender Idealismus*“<sup>134</sup> zu sein schien – der Legitimus weit mehr, als ein „*hyperloyales Opium aus der Steinzeit*“,<sup>135</sup> oder ein „*spezieller inländischer Wahnsinn*“.<sup>136</sup> Es ist nicht zufällig, dass Hitler am Anfang seiner viel erwähnten, aber nur lückenhaft zitierten Rede am Heldenplatz die „*sogenannte Selbständigkeit*“,<sup>137</sup> also ein im Wege der großdeutschen Einheit stehendes Programm der Legitimisten angriff.

Unter den unter verschiedene Namen registrierten legitimistischen Parteiformationen wurde die Königsfrage im Wahlprogramm der Christlichen Bäuerlichen und Bürgerlichen Partei (Keresztény Földműves és Polgári Párt) im Jahre 1922 – wegen der schlechten außenpolitischen Rahmenbedingungen – noch „*völlig ausgeklammert*“,<sup>138</sup> der Aufruf der Christlichen Wirtschaftlichen und Sozialen Partei (Keresztény Gazdasági és Szociális Párt) vom April 1926 bereitete sich bereits für die Zukunft vor, „*in der wieder der Erbe der Krone Sankt Stephans*“ die Nation „*weiterführen kann*“.<sup>139</sup> Dieselbe Partei wollte vor den Wahlen 1931 „*das staatliche, friedliche Zusammenleben und die Entwicklung der Völker des historischen Ungarn*“<sup>140</sup> si-

<sup>131</sup> GECSÉNYI-SIPOS, 2000, 324.

<sup>132</sup> BÉKÉS, 2007, 274.

<sup>133</sup> Die Formulierung der Frau Baron Szentkeresztly Pálné zitiert nach KARDOS 2012, 136.

<sup>134</sup> KARDOS, 1998, 126.

<sup>135</sup> Die Meinung von Dezső Polónyi, dem Vertreter der Landesliga gegen die Habsburger zitiert nach BÉKÉS 2009, 241.

<sup>136</sup> Die Meinung von Jenő Gávai Gaál zitiert nach SPEIDL, 2012, 69.

<sup>137</sup> REISIGL, 2003, 395.

<sup>138</sup> *Pártprogramok*, 2003, 54.

<sup>139</sup> Ebd., 130.

<sup>140</sup> Ebd., 218.

cherstellen, die Nationale Legitimistische Volkspartei (Nemzeti Legitimista Néppárt) übernahm im Sommer 1936 den Dienst „*der Staatsidee und des Reichsgedankens von Sankt Stephan*“.<sup>141</sup> In einem offenen Brief an seine Wähler vom August 1938 hoffte Johann Zichy, der Präsident der Vereinigten Christlichen Partei (Egyesült Keresztény Párt) in einer „*schöneren Zukunft*“, „*die Grundlagen für die Wiederherstellung des alten ungarischen Königreiches*“<sup>142</sup> schaffen zu können. Darauf verhartete er auch im Dezember 1943 in seiner Erklärung im Abgeordnetenhaus.<sup>143</sup>

Die Epoche in der Zwischenkriegszeit hatte also eine Alternative, wenn auch eine, die sich entsprechend dem Untertitel der Studie an der Grenze zwischen Wahrheit und Fiktion bewegte: die legitimistische Politik „*der Überzeugungen, der Hoffnungen, des Rechts und der Ebre*“, die „*eine europäischere Laufbahn für das Land hätte bedeuten können*“.<sup>144</sup> Das schönste, fast volksmärchenhafte Bild über die Restauration wurde jedenfalls von dem Juristen János Reiner, übrigens jüdischer Abstammung, entworfen, als er über die Heimkehr des Königs ein Gedicht verfasste: „*Dies' Traum und der Wunsch all erfüllen sich / Auf weißem Ross kommt, kommt nach Haus' der König!*“<sup>145</sup> Zudem wird darüber „*der Königsvogel der Größe auf Turulflügeln*“<sup>145</sup> Nachricht geben.

RÓBERT FIZIKER

<sup>141</sup> Ebd., 360.

<sup>142</sup> Ebd., 388.

<sup>143</sup> KARDOS, 1998, 276.

<sup>144</sup> Vorwort von József Kardos. In: BÉKÉS, 2007, 7–8.

<sup>145</sup> REINER, 1930, 1–4.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### UNGEDRUCKTE QUELLEN

#### MNL OL

- Magyar Nemzeti Levéltár – Országos Levéltára, Budapest [Ungarisches Nationalarchiv – Staatsarchiv].  
 K 63. Külügyminisztérium, Politikai Osztály általános iratok  
 [Außenministerium, Politische Abteilung allgemeine Schriften].  
*Erinnerungen des Gustav Gratz an die Jahre 1918 bis 1945.* Manuskript.  
 ÖStA/AdR NPA  
 Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Neues Politisches Archiv.

### GEDRUCKTE QUELLEN

- APPONYI, 1933: *A magyar királyság Apponyi Albert gróf beszédeiben.* [Das Ungarische Königreich in den Reden des Grafen Albert Apponyi]. Budapest, 1933.  
 KÁROLYI, 1996: KÁROLYI József: *Madeirai emlékek.* [Erinnerungen aus Madeira]. Székesfehérvár, 1996.  
 PETHŐ, 2005: *A magyar Capitoliumon. Pethő Sándor válogatott publicisztikája.* [Auf dem ungarischen Capitolium. Die Publizistik von Sándor Pethő. Eine Auswahl]. Szerk. / Hrsg. von Závodszy Géza, Budapest, 2005.

### LITERATUR

- ANDORKA, 1978: ANDORKA Rudolf: *A madridi követségtől Mauthausenig.* [Von der Botschaft in Madrid bis Mauthausen]. Budapest, 1978.  
 ANDRÁSSY, 1920: ANDRÁSSY Gyula gróf: *A királykérdés jogi szempontból.* [Die Königsfrage aus juristischem Gesichtspunkt]. Budapest, 1920.  
 APPONYI, 1941: APPONYI Albert: *Világnézet és politika.* [Weltanschauung und Politik]. Budapest, 1941.  
 BÉKÉS, 2007: BÉKÉS Márton: *A becsület politikája. Gróf Sigray Antal élete és kora.* [Die Politik der Ehre. Das Leben und Zeitalter von Graf Anton Sigray]. Vasszilvágy, 2007.  
 BÉKÉS, 2009: BÉKÉS Márton: *A legitimisták és a legitimizmus.* [Die Legitimisten und der Legitimismus]. *A magyar jobboldali hagyomány 1900–1948.* [Die Tradition der ungarischen Rechten]. Szerk. / Hrsg. von Romsics Ignác. Budapest, 2009, 214–242.  
 BOKOR–HANÁK, 1999: BOKOR Péter–HANÁK Gábor: *Egy év Habsburg Ottóval. Beszélgetések.* [Ein Jahr mit Otto Habsburg. Gespräche]. Budapest, 1999.  
 BOTLIK, 2008: BOTLIK József: *Nyugat-Magyarország sorsa 1918–1921.* [Das Schicksal von Westungarn 1918–1921]. Vasszilvágy, 2008.  
 EICHSTÄDT, 1955: Ulrich EICHSTÄDT: *Von Dollfuß zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933–1938.* Wiesbaden, 1955.  
 FEIGL, 1992: Erich FEIGL: *Otto von Habsburg. Profil eines Lebens.* Wien–München, 1992.



- FIZIKER, 2010: FIZIKER Róbert: *Habsburg kontra Hitler. Legitimisták az Anschluss ellen, az önálló Ausztriáért. Az osztrák legitimista mozgalom története 1918–1945*. [Habsburg kontra Hitler. Legitimisten gegen den Anschluss, für das selbständige Österreich. Die Geschichte der österreichischen legitimistischen Bewegung 1918–1945]. Budapest, 2010.
- FIZIKER, 2012: FIZIKER Róbert: Habsburg Ottó és Kurt von Schuschnigg levélváltása, 1938. február–március. [Der Briefwechsel von Otto Habsburg und Kurt von Schuschnigg, Februar–März 1938]. *ArchívNet*, 12. Jahrgang, 2012, 5. ( Letzter Download: 5. Dezember 2012.).
- FORST DE BATTAGLIA, 1930: OTTO FORST DE BATTAGLIA: *Restauration der Habsburger?* Berlin, 1930.
- GECSÉNYI-SIPOS, 2000: GECSÉNYI Lajos-SIPOS Péter: Gratz Gusztáv emlékiratai. [Die Memoiren des Gusztáv Gratz]. *Történelmi Szemle*, XLII. évf. / Jahrg. 2000/3–4, 309–369.
- GRATZ, 2001: GRATZ Gusztáv: *Magyarország a két háború között*. [Ungarn in der Zwischenkriegszeit]. Szerk. / Hrsg. von Paál Vince, Budapest, 2001.
- GRIGER, 1936: GRIGER Miklós: *A legitimizmus és a magyar feltámadás. Aktuális-e a királykérdés?* [Der Legitimismus und die ungarische Auferstehung. Ist die Königsfrage aktuell?]. Budapest, 1936.
- GRIGER, 1937: GRIGER Miklós: *Népkirályság vagy diktatúra*. [Volksmonarchie oder Diktatur]. Budapest, 1937.
- GYARMATI, 1995: GYARMATI György: Gratz Gusztáv a Monarchia felosztásának következményeiről. [Gusztáv Gratz über die Folgen der Aufteilung der Monarchie]. *Történelmi Szemle*, XXXVII. évf. / Jahrg. 1995/1, 83–115.
- HAJDU, 2012: HAJDU Tibor: A magyar ellenállás legitimista hercegnője: Odescalchi Károlyné. [Die legitimistische Prinzessin des ungarischen Widerstandes: Károlyné Odescalchi]. *A történettudomány szolgálatában*. Tanulmányok a 70 éves Gecsényi Lajos tiszteletére. [Im Dienste der Geschichtswissenschaft. Studien zu Ehren des 70jährigen Lajos Gecsényi]. Szerk. / Hrsg. von Baráth Magdolna und Molnár Antal. Budapest–Győr, 2012. 431–439.
- HUBAI, 2001: HUBAI László: *Magyarország XX. századi választási atlasza 1920–2000*. I. k. A választások története és politikai geográfiája. [Ungarns Wahl atlas im 20. Jahrhundert 1920–2000, Bd. I., Die Geschichte und politische Geografie der Wahlen]. Budapest, 2001.
- JUHÁSZ, 1988: JUHÁSZ Gyula: *Magyarország külpolitikája 1918–1945*. [Die Außenpolitik Ungarns 1918–1945]. Budapest, 1988.
- KARDOS, 1996: KARDOS József: *A legitimizmus alternatívái Magyarországon (1918–1946)*. [Die Alternativen des Legitimismus in Ungarn 1918–1946]. Budapest, 1996.
- KARDOS, 1998: KARDOS József: *Legitimizmus. Legitimista politikusok Magyarországon a két világháború között*. [Legitimismus. Legitimistische Politiker in Ungarn in der Zwischenkriegszeit]. Budapest, 1998.
- KARDOS, 2012: KARDOS József: *A Szent Korona-tan és a legitimizmus*. [Die Lehre der Heiligen Krone und der Legitimismus], Budapest, 2012.
- KEREKESHÁZY, 1934: KEREKESHÁZY József: *Apponyi*. Budapest, 1934. E-book, 2012.
- KERTÉSZ, 1930: KERTÉSZ János: *Az igazi legitimizmus*. [Der wahre Legitimismus]. Budapest, 1930.
- LAJOS, 1930: LAJOS Iván: *A restaurációs kísérletek külpolitikája*. [Die Außenpolitik der Restaurationsversuche]. Pécs, 1930.
- LAJOS, 1939: LAJOS Iván: *Németország háborús esélyei a német szakirodalom tükrében*. [Die Kriegschancen von Deutschland im Spiegel der deutschen Fachliteratur]. Pécs, 1939.
- MOSSER, 1979: Ingrid MOSSER: *Der Legitimismus und die Frage der Habsburgerrestauration in der innerpolitischen Zielsetzung des autoritären Regimes in Österreich (1933–1938)*. Wien, 1979.
- MURÁNYI, 2006: MURÁNYI Gábor: *Egy epizodista főszerepe. Lajos Iván történész élete és halála*. [Die Hauptrolle eines Episodisten. Leben und Tod des Historikers Iván Lajos]. Budapest, 2006.
- ORMOS, 1990: ORMOS Mária: „Soba, amíg élek!” *Az utolsó koronás Habsburg puccskísérletei 1921-ben*. [„Niemals, solange ich lebe!” Die Putschversuche des letzten gekrönten Habsburgs 1921]. Pécs, 1990.

- Pártprogramok*, 2003: *Magyarországi pártprogramok 1919–1944*. [Ungarische Parteiprogramme 1919–1944]. Szerk. / Hrsg. von Gergely Jenő–Glatz Ferenc–Pölöskei Ferenc. Budapest, 2003.
- PETHŐ, 1926: PETHŐ Sándor: *Gróf Apponyi Albert. Magyarország nagyjai*. [Graf Albert Apponyi. Ungarns Größen]. Budapest–Leipzig–Wien, 1926.
- PETHŐ, 1930: PETHŐ Sándor: *Gróf Andrássy Gyula emlékezete*. [Das Gedächtnis des Grafen Julius Andrássy]. Budapest, 1930.
- PETHŐ, 1932: PETHŐ Sándor: *A magyar Capitoliumon. A magyar királysze a Duna völgyében*. [Auf dem ungarischen Capitolium. Die ungarische Königssee im Tal der Donau]. Budapest, 1932.
- POHL–VOCELKA, 1995: Walter POHL–Karl VOCELKA: *A Habsburgok. Egy európai dinasztia története*. [Die Habsburger. Die Geschichte einer europäischen Dynastie]. Szerk. / Hrsg. von Brigitte Vacha. Budapest, 1995.
- REINER, 1921: REINER János: *A magyar királykérdés*. [Die ungarische Königsfrage]. Budapest, 1921.
- REINER, 1927: REINER János: *A katolikus és nemzeti királyság*. [Das katholische und nationale Königreich]. Budapest, 1927.
- REINER, 1930: REINER János: *Hazajön a király*. [Der König kommt nach Hause] Budapest, 1930.
- REISIGL, 2003: Martin REISIGL: Rede als Vollzugsmeldung an die (deutsche) Geschichte. Hitler auf dem Wiener Heldenplatz. *Hitler, der Redner*. Hrsg. von Josef von Kopperschmidt–Johannes G. Pankau. München, 2003.
- SCHUSCHNIGG, 1969: Kurt SCHUSCHNIGG: *Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlussidee*. Wien–München–Zürich, 1969.
- SOUTOU, 2008: Georges-Henri SOUTOU: Frankreich und Österreich seit 1918. *Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband zur Ausstellung im Parlament*. Hrsg. von Stefan Karner–Lorenz Mikoletzky. Redaktion: Manfred Zollinger. Wien, 2008, 535–542.
- SPEIDL, 2012: SPEIDL Zoltán: *Végállomás: Madeira. Királykérdés Magyarországon 1919–1921*. [Endstation: Madeira. Die Königsfrage in Ungarn 1919–1921]. Budapest, 2012.
- SZABÓ, 2006: SZABÓ István: A királyi trón betöltése körüli viták a két világháború közötti Magyarországon. [Die Diskussionen um die Besetzung des königlichen Throns in Ungarn in der Zwischenkriegszeit]. *Iustum Aequum Salutare II*. 2006/1–2. 171–189. [http://ias.jak.ppke.hu/hir/ias/20061sz/2006\\_1-2\\_2acta18.pdf](http://ias.jak.ppke.hu/hir/ias/20061sz/2006_1-2_2acta18.pdf) (Letzter Download: 6. Dezember 2012).
- SZALAI, 2003: SZALAI Miklós: *Ifjabb Andrássy Gyula élete és pályája*. [Leben und Laufbahn von Julius Andrássy dem Jüngeren]. Budapest, 2003.
- TILKOVSKY, 2002: TILKOVSKY Loránt: *Ausztria és Magyarország a vészterbes Európában*. A budapesti osztrák követség megfigyelései és helyzetelemzései 1933–1938. évi politikai jelentéseiben. [Österreich und Ungarn im unglücksschwangeren Europa. Die Bemerkungen und Lageanalysen der österreichischen Botschaft in Budapest in den politischen Berichten der Jahre 1933–1938]. Budapest, 2002.
- WAGNER, 1956: Friedrich WAGNER: *Der österreichische Legitimus 1918–1938*. Seine Politik und Publizistik. Wien, 1956.

## DER WANDEL DER WAHRNEHMUNG ÖSTERREICHS IM UNGARISCHEN GRENZGEBIET DER NACHKRIEGSZEIT

Die Geschichte Österreichs und Ungarns ist allein aufgrund der geographischen Nähe der beiden Länder untrennbar miteinander verwoben. Abgesehen von Deutschland hat das österreichische Volk wohl mit keinem anderen so viele Beziehungen und Verwandtschaften geknüpft wie mit dem ungarischen – teilweise ein Erbe der Doppelmonarchie. Diese Bünde, die die zwei Völker über Jahrhunderte lang verbanden, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb von nur wenigen Jahren auf brutale Weise zertrennt.

Plötzlich wurden die beiden Länder zwischen zwei verschiedenen Weltmächten aufgeteilt und ein „Eiserner Vorhang“ verhinderte jeglichen Kontakt mit Verwandten und Bekannten auf der anderen Seite. Zusätzlich begannen sich die zwei Völker als Folge von Propaganda und Isolation immer mehr zu entfremden. In Österreich war die Rede von alles vernichtenden und gleichmachenden Bolschewisten, die Frauen vergewaltigen und plündern würden. In Ungarn hingegen schürte man Furcht vor den Imperialisten und Faschisten, die nur auf eine passende Gelegenheit warten würden, um über die „glorreichen Volksdemokratien“ herzufallen.

*„Für keinen einzigen Moment sollte geglaubt werden, dass die Kapitalisten dieser Länder keinen Krieg gegen die UdSSR führen wollen. Im Gegenteil.“<sup>1</sup>*

*„Die Frage, die immer gestellt wird, lautet: ‚Es wird gesagt, dass die Sowjetunion Krieg will. Stimmt das??‘*

*A: ‚Es ist absurd zu sagen, dass die UdSSR Krieg will oder jemals Krieg wollte. Die Idee des Krieges steht im direkten Konflikt mit der Struktur des sowjetischen Staates. Die grundlegende Natur der Sowjetunion verlangt es, dass sie jeden Krieg ablehnen und sich für den Frieden einsetzen muss.“<sup>2</sup>*

---

<sup>1</sup>The Fight For Peace. *World News and Views*, 7. Jänner 1950, Vol. 30, Nr. 1, 5.

<sup>2</sup>The Soviet Union and Peace. *World News and Views*, 21. Jänner 1950, Vol. 30, Nr. 3, 29.

Typisch für diese Propaganda ist auch die Bezeichnung des Eisernen Vorhangs im sowjetischen Raum als „Antifaschistischer Schutzwall“.<sup>3</sup> Im Folgenden möchte ich nun versuchen, die stufenweise Entwicklung dieser Isolation sowie die Entfremdung vom österreichischen Nachbarn im ungarischen Grenzgebiet genauer zu charakterisieren und auch, welche historischen Ereignisse, Nachrichten und Entwicklungen die Wahrnehmung der im Grenzgebiet lebenden Ungarn bezüglich Österreich beeinflusst bzw. manipuliert haben.

Im ersten Jahr nach Kriegsende schenkte man dem österreichischen Nachbarn noch eher wenig Aufmerksamkeit. Alltägliche Probleme wie der Nahrungsmittelmangel, der Wiederaufbau des Verkehrs, die zerstörten Brücken, Gebäude und Städte sowie das Zurückfinden in den Alltag nach den jahrelangen Kriegswirren standen im Vordergrund. Auch war Ungarn zwar bereits ein sowjetisches Besatzungsgebiet, doch erlitten die Kommunisten bei den ersten freien Wahlen 1945 eine empfindliche Niederlage und schnitten mit lediglich 16,9% der Stimmen deutlich unter ihren Erwartungen ab. Trotzdem wurde die kommunistische Partei in die Regierung eingebunden und erhielt sogar den Posten des Innenministers zugeteilt, womit sie sich die Kontrolle über die Sicherheitskräfte und den Geheimdienst sicherte.

Der Einfluss aus Moskau war also bereits eindeutig vorhanden, reichte jedoch noch nicht aus, um das politische Geschehen zu bestimmen. Zudem konnte noch niemand vorhersagen, wie sich nach der endgültigen Niederlage Nazi-Deutschlands der unvermeidliche Konflikt zwischen der UdSSR und den westlichen, kapitalistischen Mächten entwickeln würde. Würde man in eine friedliche Koexistenz übergehen? Oder gar weiterhin Verbündete bleiben? Oder würde sogleich der Dritte Weltkrieg innerhalb nur eines Jahrhunderts ausbrechen? Noch war die Aufmerksamkeit der beiden Großmächte zu sehr darauf gerichtet, die Ordnung nach dem Krieg wiederherzustellen, als dass sie sich schon untereinander bekämpfen hätten können.

Somit waren die Grenzen zwischen Österreich und Ungarn noch komplett offen und von einem Eisernen Vorhang bzw. rigiden Grenzkontrollen noch keine Rede. Es gab jedoch auch so gut wie noch keinen zivilen Personenverkehr, da beinahe niemand im Besitz eines Autos war. Erst im Juni

---

<sup>3</sup>KUSSBACH, 2010, 20.

1945 wurde der erste Zivilverkehr über die Grenze mit Zügen in Betrieb genommen.

Die zwei größten Gruppen, die regelmäßig die Grenze übertraten, waren auf der einen Seite sowjetische Militärs und auf der anderen Seite Schmugglerbanden.

Vor allem in Österreich herrschte in den ersten Jahren nach Kriegsende eine breite Nahrungsmittelknappheit, weshalb der Schmuggel dieser Waren für die Ungarn im Grenzgebiet eine lukrative Einnahmequelle darstellte. Das Geschäft mit dem Schmuggeln erreichte solch große Dimensionen, dass es außer Kontrolle zu geraten drohte. Schmugglerbanden begannen sich im Streit um ihre „Kundschaft“ und die besten Grenzübergänge untereinander zu bekämpfen, weshalb es nicht selten auch zu Schießereien an der Grenze kam.

Eine andere Entwicklung im ungarischen Grenzgebiet war die Entstehung mehrerer neuer Sammellager, die vor allem für die heimkehrenden Deportierten und verschiedene Flüchtlinge aus Österreich gedacht waren. An die 280.000 – 300.000 geflüchtete Ungarn lebten noch im Frühherbst 1945 in Österreich. Sie waren vor den Russen oder den Kriegsgeschehen geflüchtet und wurden in Österreich aufgenommen. Doch nach Kriegsende hatten die österreichischen Behörden keine allzu große Freude mehr mit der Masse an Flüchtlingen und begannen somit im Sommer 1945 Bemühungen zu starten, diese allmählich wieder zurück nach Ungarn zu drängen.

Hunderte der in den provisorischen Sammellagern auf der ungarischen Seite Inhaftierten waren auch Opfer der sogenannten „Menschenjagd“ der Sowjets in Wien. Auf der Suche nach Zwangsarbeitern wurden zu dieser Zeit alle möglichen „verdächtigen“ Zivilisten auf den Straßen Wiens, Wiener Neustadts, Neunkirchens und Eisenstadts von sowjetischen Militärs verhaftet und in das Sammellager in Sopronkőhida (zu Deutsch „Steinambrückl“) eingewiesen. Das erklärt auch, warum es sich beim Großteil dieser sogenannten verdächtigen Zivilisten um junge Männer handelte.

Jedoch waren diese Lager auf Grund der gewaltigen Ausmaße sowohl der „Menschenjagd“ als auch des heimkehrenden Flüchtlingsstroms bald dermaßen überfüllt, dass es nicht mehr möglich war, die Menschen ausreichend zu überwachen. Als Folge flüchteten einige Verhaftete oder kleine Gruppen aus den Lagern und die meisten von ihnen machten sich gleich auf den Weg zurück nach Österreich. Die ansässige Bevölkerung war dabei eine große Hilfe und unternahm mehrmals Versuche, den Gefangenen im Lager bei ihrer Flucht behilflich zu sein.

Diese Geschehnisse und Probleme – die tägliche Armut, der Wiederaufbau nach dem Krieg, die überfüllten Auffanglager sowie die immer größer werdenden Schmugglerbanden – prägten den Alltag der im Grenzgebiet lebenden Ungarn. Den Geschehnissen im Westen wurde dabei nicht allzu viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Doch das, was man von den Berichten über Österreich in der ungarischen Presse zu dieser Zeit mitbekam, vermittelte alles andere als ein freundliches Bild des Nachbarn. So wurde u. a. von einer horrenden und unverhältnismäßig hohen Anzahl an Massengräbern, KZs und von Todesopfern durch die Nazis berichtet. Die Ausmaße der Entnazifizierung wurden ebenfalls stark übertrieben und so dargestellt, als wäre der Großteil der Österreicher überzeugte Faschisten gewesen, die bereitwillig mit dem Nazi-Regime kooperiert hätten. Es wurde allgemein versucht, ein möglichst schreckliches Bild der faschistischen Terrorherrschaft in Österreich und auch der österreichischen Bevölkerung selbst zu zeichnen. Natürlich stimmte auch vieles in den Berichten, ein großer Anteil wurde jedoch auch – bewusst und zu Propagandazwecken – verfälscht bzw. frei erfunden.

Dabei gilt es jedoch zu erwähnen, dass die ungarische Presse sich zu dieser Zeit beinahe ausschließlich aus Parteizeitungen (z. B. *Új Szopron* (Zeitung der KP Ungarn), *Soproni Újság* (Zeitung der Kleinwirtspartei), *Világosság* (Forum der Sozialdemokraten) und so weiter) zusammensetzte, weshalb natürlich auch keine Rede von einer objektiven und freien Berichterstattung sein konnte, da jede dieser Zeitungen im Interesse der eigenen Partei schrieb.

1946 begann sich die Lage ein wenig zu stabilisieren. Der Wiederaufbau lief auf Hochtouren und es wurde versucht, wieder Ordnung in den Alltag zu bringen. Die Beziehungen in der Grenzzone zwischen Österreich und Ungarn schienen sich anfangs, trotz propagandabehafteter Presse, stetig zu vertiefen. Die geografische Lage, die jahrhundertelange gemeinsame Geschichte, die verwandtschaftlichen Bande und vor allem die Tatsache, dass die beiden Länder wirtschaftlich aufeinander angewiesen waren, veranlassete, den Kontakt zueinander zu suchen und stetig zu verbessern.<sup>4</sup>

Doch auch der sich immer deutlicher zuspitzende Konflikt zwischen dem Westen und der Sowjetunion begann die Politik und das Leben der Grenzungen spürbar zu prägen. Am 5. März 1946 warnte Winston Churchill im Zuge seiner Dankesrede bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde

---

<sup>4</sup> GECSÉNYI, 2001, 53.

an ihn in einem namhaften amerikanischen College mit dem berühmten Satz „*Von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria hat sich ein Eiserner Vorhang quer durch den Kontinent gelegt*“. Durch diese Rede wurde erstmals der Begriff des „Eisernen Vorhangs“ tief im politischen Diskurs verankert und sie gilt als eine der Auftaktreden des Kalten Krieges.

Von einem Eisernen Vorhang an der österreichisch-ungarischen Grenze kann aber zu dieser Zeit noch keine Rede sein. Zwar versuchte man immer intensiver dem florierenden Schmuggel Einhalt zu gebieten, doch waren die Grenzkontrollen noch sehr spärlich und die ungarischen Grenzsoldaten nur bedürftig ausgerüstet. So gibt es einen Bericht vom Juni 1946, welcher besagt, dass einige Grenzsoldaten ihren Dienst quittierten, weil sie nicht einmal Schuhe bekommen hatten und ohne diese nicht arbeiten wollten. Einige Grenzsoldaten waren sogar so schlecht versorgt, dass sie gezwungen waren, selber Nahrung anzubauen. Währenddessen benutzten Schmuggler alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wie Autos und Boote, um ihre Waren über die Grenze zu bekommen – dagegen konnten die barfußigen Grenzsoldaten nur wenig unternehmen. Ein technischer Grenzriegel war noch nicht vorhanden, weshalb die Schmuggler die Grenze so gut wie ungehindert passieren konnten.

Gegen Ende 1946 begann die Jagd auf die Schmuggler jedoch allmählich an Stärke zu gewinnen. Zu verdanken ist das u. a. auch der guten Zusammenarbeit der österreichischen und ungarischen Grenzbehörden, die begannen, regelmäßig untereinander Informationen auszutauschen. Dank dieser stellte sich bald heraus, dass auch ehemalige SS-Männer nicht nur am Schmuggelgeschäft beteiligt waren, sondern es teilweise auch anführten.

Den Höhepunkt des Kampfes gegen den Schmuggel stellte eine großräumig angelegte Razzia im Dezember in Sopron dar, bei der mehr als 1000 Schmuggler verhaftet wurden. Diese hatten mit sehr harten Bestrafungen zu rechnen. Dadurch wird deutlich, wie ernst es den Behörden war, den Schmuggel ein für alle Mal zu unterbinden.

Ein anderes Thema, das die Grenzbevölkerung in dieser Zeit sehr beschäftigte, war die Vertreibung eines großen Teils der deutschsprachigen Ungarn, die vor allem im Grenzgebiet beheimatet waren. Bereits bevor die ungarische Regierung mit der groß angelegten Vertreibung begann, waren die Ungarndeutschen in den ersten Jänner-Tagen 1945 Opfer von Verschleppungen gewesen. Wie einst zur Zeit des Sklavenhandels zogen Sowjetsoldaten durch die deutschen Dörfer, um Menschen einzufangen. Vor-

zugsweise 17-45-jährige deutsche Männer und 18-35-jährige deutsche Frauen. Bis Ende Februar wurden 32.000 ungarische Staatsbürger, zu großem Teil Ungarndeutsche, zur Zwangsarbeit verschleppt.<sup>5</sup> Geschwächt durch die schwere Arbeit und schlechte Verpflegung starben viele von ihnen, diejenigen, die die Zwangsarbeit überlebten, kehrten erst Jahre später wieder nach Hause zurück. In der Zwischenzeit war die ungarndeutsche Bevölkerung erneut Ziel von Vertreibungen und Verschleppungen gewesen – diesmal jedoch von Seiten der eigenen Regierung.

Die ersten Gerüchte, dass eine Vertreibung der Ungarndeutschen geplant sei, kursierten bereits im Dezember 1945 innerhalb der Bevölkerung. Viele waren dadurch verunsichert, doch hofften darauf, dass sich diese Gerüchte nicht bewahrheiten würden – eine vergebliche Hoffnung. Grund für dieses radikale Vorgehen der Regierung war die Ansicht, dass alle Deutschen bzw. auch Deutschsprachigen eine Kollektivschuld an den Gräueln des Krieges trügen. In diesem Sinne sagte auch Imre Kovács, Generalsekretär der Bauernpartei: *„Nicht nur die Volksbundisten, die faschistischen Deutschen, sondern alle(!) werden ausgesiedelt – unabhängig davon, ob sie der Heimat treu gewesen sind oder nicht.“* Menschen, die jahrhundertlang auf ungarischem Boden gelebt hatten wurden nun aus ihrer Heimat verjagt.

Dabei wurde den Ungarndeutschen vor allem zum Verhängnis, dass der „Volksbund der Deutschen in Ungarn“, der zunächst als Emanzipationsbewegung begann und später zum Kulturverein wurde, in den Kriegsjahren von der Waffen-SS instrumentalisiert worden war. Die Beteiligung eines Teils der deutschen Minderheit an den schrecklichen Verbrechen Nazi-Deutschlands erleichterte somit den kommunistischen Machthabern die Argumentation für die „Kollektivschuld“ aller Deutschen. Auch der Grundbesitz aller Mitglieder des Deutschen Volksbundes wurde 1945 per Gesetz durch eine Bodenreform entschädigungslos enteignet. Eine wesentliche Rolle für die Legitimation dieser These spielte dabei der öffentlich geführte Prozess um den Vorsitzenden des Ungarischen Volksbundes Franz Anton Basch, der am 11. Juli 1945 begann und mit einem Todesurteil endete. Der Regierung ging es beim Basch-Prozess in erster Linie darum, die Gleichsetzung von Ungarndeutschen mit Kriegsverbrechern und Vaterlandsverrätern durch ein Gerichtsverfahren und ein entsprechendes Urteil

---

<sup>5</sup>Geschichte der Ungarndeutschen. <http://www.ungarndeutsche.de/de/cms/index.php?page=geschichte-von-1900-bis-heute> (Letzter Download: 12. Jänner 2014).



zu legitimieren. Die öffentlich propagierte Formel lautete dabei: Ungarndeutscher = Volksbund = Nazi = Kriegsverbrecher = Vaterlandsverräter.<sup>6</sup>

Gesetzliche Grundlage für die Zwangsaussiedlung der Ungarndeutschen war der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, der die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben waren, nach Deutschland festlegte.

Bei dieser Zwangsaussiedlung gingen die ungarischen Behörden nicht besonders zimperlich mit den Ungarndeutschen vor, es war sogar die Rede von „unmenschlichen Bedingungen“.

Altersschwache Menschen wurden mit Familien und Kindern teilweise auch gewaltsam zu den Zügen getrieben und auf engstem Raum in Waggonen gesperrt. Einige im Grenzgebiet lebende Menschen solidarisierten sich nun mit den Ungarndeutschen und kritisierten das Vorgehen der Regierung. Sie meinten, dass diese die These der Kollektivschuld nur als Ausrede benutzen würden, um an das Eigentum der Ungarndeutschen gelangen zu können und auf diese Weise die Geldgier der kommunistischen Parteikader zu befriedigen. Andere wiederum sahen in der Vertreibung der Ungarndeutschen eine „Rache der Juden“, die nun wieder die Regierung aus dem Hinterhalt kontrollieren würden. Den Hauptgrund für die Vertreibung sehen die meisten Historiker jedoch darin, dass zur selben Zeit massenweise im Ausland, vor allem in der ehemaligen Tschechoslowakei, lebende Ungarn ebenfalls deportiert wurden und man für die heimkehrenden Landsleute Haus und Hof benötigte. Ziel war es also, die Schwaben, wo möglich, durch ungarische Deportierte zu ersetzen.<sup>7</sup>

Interessant ist dabei, dass viele Ungarndeutsche selbst im Moment der Vertreibung noch ihre Treue und Loyalität zu Ungarn hielten. So wird u. a. von einem Fall am 19. Jänner 1946 berichtet, dass, als gerade ein Vertriebenenzug in Bewegung gesetzt wurde, die ungarndeutschen Bauern und Bürger begannen, die ungarische Nationalhymne zu singen. Viele teilten das hoffnungsvolle Gefühl, dass sie ihre Heimat nur vorübergehend verlassen würden. In diesem Aspekt unterscheiden sich die Ungarndeutschen auch wesentlich von den meisten anderen in dieser Zeit vertriebenen deutschen Minderheiten, welche sich zur Kultur und Nationalität ihrer Heimatländer nicht verbunden fühlten.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> SEEWANN, 2012, 295.

<sup>7</sup> Ebd., 342–343.

<sup>8</sup> Ebd., 341.

Widerstand gegen die ungarische Abschiebepolitik war so gut wie kaum vorhanden. Auch die österreichische Seite konnte nur wenig entgegensetzen. Besonders hervorzuheben ist beim Kampf für die Rechte der Ungarndeutschen der österreichische Legationsrat und Völkerrechtler Stephan Verosta, der seit Ende März 1951 als Geschäftsträger in Budapest tätig war und die ungarische Sprache dank seiner Mutter beherrschte. Er versuchte allein im Juli 1951 mit vierzehn Interventionen, „Auszusiedelnde“ vor ihrem Schicksal zu bewahren, nur zum Teil mit Erfolg.

Auf der ungarischen Seite tat sich vor allem István Bibó hervor, der zuvor schon während der Herrschaft der Pfeilkreuzler verfolgte Juden mit Schutzpässen ausgestattet und so gerettet hatte. Er trat aus Protest von seinem Posten im Innenministerium zurück und erklärte, Ungarn täte „*das-selbe mit ihnen (der deutschen Minderheit) wie vor einem Jahr mit den Juden*“.<sup>9</sup> Bibós Mut und Zivilcourage blieb jedoch weitgehend die Ausnahme.

Von Seiten der Ungarndeutschen kann man als Beispiel des Widerstandes noch Kardinal József Mindszenty anführen. Dieser forderte in einem Brief vom 12. Mai 1946 an die britische Regierung die Einstellung der Vertreibung mit folgenden drei Argumenten: Zum einen sei diese inhuman und ungerecht, weil auch patriotische Deutsche vertrieben würden; zum anderen würde Deutschland durch die Vertriebenen allzu schnell wieder gestärkt und schließlich würde durch diesen Vorgang die Macht der Slawen und Russen in Mitteleuropa gefährlich zunehmen.<sup>10</sup>

Doch handelt es sich bei den eben angeführten Beispielen bereits um die Höhepunkte des Widerstandes gegen die Vertreibung der Ungarndeutschen.

Am 29. Dezember 1945 wurden Kriterien für die Ausweisung nationalsozialistisch belasteter Deutscher erlassen, die aber so formuliert waren, dass sie faktisch die Vertreibung des Großteils der deutschen Minderheit ermöglichten. Die Willkür des Verfahrens wird daran deutlich, dass als Hauptkriterium für die Aussiedlung galt, ob jemand in der Volkszählung von 1941 angegeben hatte, deutschsprachig oder deutsch zu sein. Wer also als Muttersprache „Deutsch“ anführte bzw. für den der Volkszähler diese Eintragung im Fragebogen machte, wurde als Deutscher angesehen, unabhängig davon, ob er als Nationalität „Ungar“ ausgefüllt hatte. Das alles geschah entgegen der offiziellen Rechtsgrundlage der Volkszählung, der zufolge

<sup>9</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Ungarndeutsche#cite\\_note-4](http://de.wikipedia.org/wiki/Ungarndeutsche#cite_note-4) (Letzter Download: 27. Jänner 2014).

<sup>10</sup> SEEWANN, 2012, 340.

*„die vollkommen freie Eintragung jeglicher Nationalität oder Muttersprache später keinerlei politische oder sonstige Nachteile mit sich bringen sollte“.*

Dieses willkürliche Verfahren und das behördliche Vermischen der Volksgruppen führte u. a. auch dazu, dass bis in die Gegenwart hinein keine ungarische Volkszählung ein zahlenmäßig einigermaßen zutreffendes Bild von der tatsächlichen Zahl der Ungarndeutschen zu vermitteln mag.

Ein weiteres Kriterium, nach denen die Behörden Ungarndeutsche von den „echten“ Ungarn selektierten, war, ob man zur Zeit der deutschen Besatzung seinen ungarisch klingenden Namen „germanisieren“ ließ.

Ehemalige Mitglieder des „Volksbundes der Deutschen in Ungarn“ sowie deren Familien wurden so gut wie restlos ausgesiedelt. Die ungarischen Behörden konnten dabei auf genau geführte Namenslisten des Volksbundes zurückgreifen, die neben den Namen der Mitglieder auch deren Familienangehörige auflisteten. Austritte wurden dabei nicht berücksichtigt. Wer Mitglied war, egal wie lang, wurde ausgesiedelt.<sup>11</sup>

Doch es solidarisierten sich bei weitem nicht alle im Grenzgebiet lebenden Ungarn mit den Ungarndeutschen. Viele hatten bereits ein Auge auf die zurückgelassenen Güter der Ausgesiedelten geworfen und waren darauf bedacht, selbst Profit daraus zu schlagen. Eines der am schlimmsten von der Aussiedlung betroffenen Dörfer war das knapp an der Grenze liegende Sopronbánfalva (zu Deutsch „Wandorf“). Von den ehemaligen 3.100 Einwohnern wurden ganze 2.600 abgeschoben. Kurz darauf wurden Ungarn aus anderen Teilen des Landes in dieser Gegend angesiedelt und ihnen die zurückgebliebenen Häuser und Besitztümer übergeben.

Einigen Verschleppten gelang es während des Transports – die Züge hielten öfters an und die Bewachung war sehr dürftig – zu fliehen. Sie fanden entweder Unterschlupf bei jemandem auf der österreichischen Seite oder versteckten sich in Wäldern nahe der Grenze. Sie hofften vergeblich, nach einiger Zeit, wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. 60 Deportierte versuchten im Dezember 1946 mit Hilfe amerikanischer Papiere in die Region um Ágfalva (zu Deutsch „Agendorf“) zurückzukehren. Sie wurden jedoch von ungarischen Polizisten festgenommen, einige Tage festgehalten, ihres Gepäcks entledigt und schließlich wieder außer Landes deportiert.

<sup>11</sup> DEGENDORFER-ZIEGLER, 1991, 107–110.

Im Zuge dieser Aussiedelungen gab es einen Fall, der europaweit ein großes mediales Echo hervorrief. Zwei ungarische Polizisten verschwanden plötzlich am 4. November 1945. Es stellte sich heraus, dass sie von ansässigen Deutschungarn umgebracht worden waren, jedoch konnten ihre Leichname nicht gefunden werden. Bald schon mehrten sich Gerüchte, die Deutschungarn hätten die beiden Polizisten zu Wurst verarbeitet und diese dann an die Bevölkerung weiterverkauft. Dieses Gerücht kam den ungarischen Behörden gerade recht, da es eine ideale Gelegenheit bot, Feindseligkeit gegen die sog. „Bohnenzüchter“ zu schüren und ihre Aussiedelung in der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen. Das Gerücht wurde von der ungarischen Presse aufgenommen und schon bald war die Schlagzeile „deutschungarn verarbeiten ungarische Polizisten zu Wurst“ in ganz Europa, von Wien bis nach Paris und London, zu lesen. (Später wurden die beiden Leichname schließlich doch gefunden. Sie lagen gut versteckt in einem Düngerhaufen vergraben, das Gerücht jedoch war nicht mehr aus der Welt zu bekommen.)

Insgesamt waren je nach Angaben 170.000 bis 200.000 Ungarndeutsche von den Vertreibungen betroffen. Die meisten von ihnen gelangten nach Deutschland, ungefähr 20.000 wurden in Österreich aufgenommen. Alles in allem hat Ungarn also bis 1949 ungefähr die Hälfte seiner deutschen Bevölkerung ausgewiesen. Die in Ungarn verbliebenen Ungarndeutschen hatten weiterhin mit Repressionen durch die Regierung zu rechnen. Sowohl Deutschunterricht für die ungarndeutschen Kinder als auch Kulturarbeit wurden verboten, zudem gab es bis 1954 keine deutschen Druckerzeugnisse oder Rundfunksendungen und auch das Wahlrecht wurde ihnen vorenthalten.<sup>12</sup>

Weiters kennzeichnend für das politische Vorgehen und die Propaganda gegen die Ungarndeutschen zu dieser Zeit ist die immer gebräuchlicher werdende Verwendung des Wortes „Schwabe“ als Beleidigung.

1947 bedeutete ein Wendejahr für die ungarisch-österreichischen Beziehungen. Die Kräfteverhältnisse waren nun klar geregelt, die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich genügend stabilisiert und der Kalte Krieg begann immer mehr an Fahrt zu gewinnen. Auch einige der an der Grenze errichteten Auffanglager (z. B. in Szentgotthárd) wurden geschlossen, ein Zeichen dafür, dass anscheinend kaum mehr Bewegungen über die Grenze stattfanden und die meisten Ungarn wieder zurückgekehrt waren.

---

<sup>12</sup>Geschichte der Ungarndeutschen. URL: <http://www.ungarndeutsche.de/de/cms/index.php?page=geschichte-von-1900-bis-heute> (Letzter Download: 12. Jänner 2014).

Gleich zu Beginn des Jahres wurden alte Konflikte zwischen den beiden Ländern neu aufgerollt. So wurde im Jänner in einem Komitee des österreichischen Parlaments eine Diskussion darüber entfacht, ob Österreich nicht doch einen Anspruch auf Sopron stellen sollte. Von ungarischer Seite hingegen wurde das „schreckliche Schicksal“ der im Burgenland lebenden ungarischen Minderheit kritisiert. Weder gab es für diese ungarische Schulen, Kirchen, oder Zeitungen noch hatten sie bei den Behörden irgendeine Möglichkeit, sich auf Ungarisch zu verständigen. Die österreichische Regierung würde diese Minderheitenfrage geflissentlich ignorieren. Jedoch hielt auch das Interesse der ungarischen Regierung an dieser Minderheitenfrage nicht lange an. Nachdem die Ansprüche Österreichs auf Sopron wieder abgeklungen waren, hörte man auch von ungarischer Seite so gut wie kein Wort mehr über das Schicksal der in Österreich lebenden Minderheit. *„Auf österreichischer Seite wiederum wurde die dort ansässige ungarische Minderheit durch die Grenze in solchem Ausmaß dauerhaft isoliert, dass man in Ungarn über ihre Existenz beinahe vergaß.“*<sup>12</sup>

Doch für die Diplomatie zwischen den beiden Ländern bedeutete das Jahr 1947 trotzdem einen großen Schritt zur Besserung. Im Februar 1946 waren die politischen (jedoch nicht die diplomatischen!) Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen worden. Allerdings stand die Anerkennung der österreichischen Bundesregierung durch Ungarn noch aus. Aus diesem Grund musste die Einrichtung einer politischen Vertretung in Budapest noch auf sich warten lassen, stattdessen entstand eine Vorstufe für die „Vertretung der österreichischen Interessen“. Am 18. Jänner 1947 erkannte die ungarische Regierung die österreichische schließlich an, sodass der Weg für eine „politische Vertretung“ geebnet wurde. Ein Jahr später gaben die alliierten Mächte die Erlaubnis, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Es hatte seit Kriegsende also drei Jahre gedauert, bis es den beiden Nachbarstaaten gestattet worden war, wieder diplomatische Gesandte auszutauschen.<sup>13</sup>

Eines der wichtigsten Ereignisse dieses Jahres war die Unterzeichnung der Pariser Friedensverträge, in welchen die Friedensbedingungen mit den Kriegsverlierern Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland ausgehandelt wurden. Diese Verträge bedeuteten für Ungarn eine doppelte Enttäuschung: Einerseits weil der Vertrag von Trianon von 1920 nicht re-

<sup>12</sup> MOLNÁR, 2010, 11. [http://nydi.btk.pte.hu/sites/nydi.btk.pte.hu/files/pdf/Molnar\\_Csilla\\_2011\\_tezisek.pdf](http://nydi.btk.pte.hu/sites/nydi.btk.pte.hu/files/pdf/Molnar_Csilla_2011_tezisek.pdf) (Letzter Download: 20. März 2014).

<sup>13</sup> KUSSBACH, 2010, 35.

vidiert wurde und damit auch die letzte Hoffnung auf eine Wiederherstellung der alten Grenze so gut wie vergeblich war und andererseits, weil den sowjetischen Truppen die Stationierung in Ungarn weiterhin erlaubt war. Die einzige Begründung für den weiteren Verbleib von insgesamt sieben Divisionen der Roten Armee auf ungarischem Territorium, war ihr Auftrag, die Versorgungswege für die in Wien stationierten Soldaten zu sichern. Inoffiziell fürchtete man natürlich mit dem Abzug der Truppen Ungarn an die Einflussphäre des Westens verlieren zu können.

Eine andere Folge der Pariser Friedensverträge war die Gründung einer 70.000 Mann starken ungarischen „Friedensarmee“, deren primäre Aufgabe darin lag, die sich zunehmend intensivierende Arbeit westlicher Geheimdienste zu erschweren. Auch zeigt sich erneut in der Bezeichnung dieser Armee als „Friedensarmee“ die typische Propaganda der Sowjetunion, die zeigen wollte, dass sie selbst jeglichen Konflikt vermeiden wolle (so bezeichnete man Ungarn auch als „Friedenslager“ bzw. „béketábor“) und sämtliche Kriegsprovokationen vom Westen ausgehen würden.

Gemeinsam mit der voranschreitenden Trennung des West- und Ostblocks begannen die beiden Länder sich sowohl wirtschaftlich und diplomatisch als auch ideologisch immer weiter voneinander zu entfernen. Die anfänglich freundlichen bilateralen Beziehungen begannen deshalb rasch abzukühlen. Während Österreich sich politisch und wirtschaftlich immer mehr in Richtung Westen orientierte und auch an der Pariser Friedenskonferenz und dem Marshall-Plan teilnahm, blieb Ungarn – genauso wie alle anderen „volksdemokratischen“ Länder Osteuropas – von diesen Ereignissen fern. Damit begann auch der Ton der Medien immer rauer zu werden. Während man in Österreich vor der Gefahr aus dem Osten warnte, versuchten die ungarischen Medien Österreich als Handlanger des amerikanischen Imperialismus darzustellen. „[...] Natürlich folgte die österreichische Presse des In- und Auslandskapitals dem Wink aus Washington wie ein Hündchen seinem Herrn.“<sup>44</sup>

Gleichzeitig begannen auch die Geheimdienste auf beiden Seiten ihre Arbeit zu verstärken. Als Folge dessen und auch wegen steigender illegaler Aktivitäten an der Grenze (wie unerlaubtem Grenzübertritt oder noch immer bestehendem Grenzschmuggel) wurden die ersten Maßnahmen zum Bau eines technischen Abriegelungssystems getroffen.

---

<sup>44</sup> Brief aus Budapest. *Weg und Ziel*, 1947. Juli-August, 5. Jahrg., Nr. 7/8, 543.

Das technische Abriegelungssystem bestand aus einem Grenzstreifen von zwei Kilometern Breite. Hölzerne Wachtürme wurden gleich zu Beginn in regelmäßigen Abständen aufgestellt. Ihr Hauptzweck lag sehr wahrscheinlich jedoch nicht etwa in der weiteren Sicherung der Grenze oder darin, die Verlegung der Minenfelder besser koordinieren zu können, wie es von offizieller Seite hieß. Stattdessen war ihre wahre Absicht vermutlich die Überwachung der *eigenen* Soldaten, die die Minengürtel anzulegen hatten und ebenfalls als potentielle Flüchtlinge angesehen wurden.<sup>15</sup>

Bis zu seiner Modernisierung im Jahr 1956 bestand der Eiserne Vorhang aus einem Patrouillenweg, einem Streifen mit schachbrettartig verlegten Tretminen und dem eigentlichen Stacheldrahtzaun, der zwischen versetzten Pfeilern und Pfählen gespannt war und zwei bis drei Meter hoch war. Der Stacheldraht wurde waagrecht, senkrecht und diagonal übereinander gespannt und zusätzlich auch doppelreihig aufgestellt, um ein Durchdringen unmöglich zu machen. Die letzte Etappe, die es auf dem Schmuggel- bzw. Fluchtweg unentdeckt zu überwinden galt, war ein fünf Meter breiter Wiesenstreifen vor der Staatsgrenze des Nachbarn. Das Betreten dieses Grenzareals war ohne entsprechende Genehmigung strengstens verboten und wurde dementsprechend geahndet. Die Soldaten waren verpflichtet, illegale Grenzübertritte mit allen Mitteln zu verhindern, es galt der Schießbefehl „wenn die Grenzverletzung in keiner anderen Weise verhindert werden konnte“.<sup>16</sup> Viele Menschen starben bei dem Versuch, „illegal“ über die Grenze nach Österreich zu kommen. Nur ein Grenzübergang (Hegyeshalom, zu Deutsch „Straß Sommerein“) wurde für den Straßen- und Bahnverkehr offen gelassen.<sup>17</sup>

Der traditionelle „kleine Grenzverkehr“ wurde ebenfalls verboten, was insbesondere für viele burgenländische Bauern eine außerordentlich einschneidende Maßnahme war. Denn viele Grundstücke hinter der ungarischen Grenze gehörten noch immer österreichischen Besitzern – ein Erbe der k.u.k. Zeit – und konnten nun nicht mehr bewirtschaftet werden. Diese Frage des „Doppelbesitzes“ stellte für die folgenden Jahre einen der essentiellen Konfliktpunkte in den diplomatischen Kontakten der beiden Länder dar.

In dieser Zeit wurden die diplomatischen Beziehungen jedoch Großteils auf Eis gelegt. So warf Ungarn Österreich unter anderem vor, „Ausgangs-

<sup>15</sup> LUGOSI, 2001, 84.

<sup>16</sup> KUSSBACH, 2010, 30–31.

<sup>17</sup> Ebd., 72.

punkt für die Propaganda gegen die Volksdemokratien“<sup>18</sup> zu sein. Österreich fiel aus ungarischer Sicht also eindeutig zunehmend unter die Kategorie „feindlicher Nachbar“.

Jedoch gab es auch hin und wieder einen kleinen Lichtblick in den ungarisch-österreichischen Beziehungen, wie beispielsweise die Eröffnung eines Fremdenverkehrsbüros in Sopron im März 1947 oder der Besuch der Freien Österreichischen Jugend (FÖJ, eine Jugendorganisation der KPÖ) aus Burgenland in Sopron. Zudem kam eine ungarische Delegation zu einem Gegenbesuch vom 20. bis 21. Dezember 1947 nach Wien.

Die zögerlichen, aber doch vorhandenen Annäherungsversuche fanden 1948 ein abruptes Ende, als die ungarischen Kommunisten 1948 zur stimmenstärksten Partei im Land wurden. Die Phase ab 1948 bis zum Tode Stalins 1953 wurde später als „Eiszeit-Stimmung“ in den Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn bewertet. Das gegenseitige Misstrauen wuchs stetig an und die österreichische Politik und Medien kritisierten die Einschüchterungspolitik der kommunistischen Partei scharf. Im Gegenzug waren die Ungarn – hier auch die demokratischen Parteien inbegriffen – nicht darüber erfreut, dass einige ehemalige SS-Männer bzw. „Pfeilkreuzler“ in Österreich Unterschlupf gefunden hatten.

1948 begann der ungarische Geheimdienst mit Hilfe sowjetischer Experten seine Arbeit auf österreichischem Gebiet. Seine erste Aufgabe war, organisierte Verbände von Exilungarn auszuheben, die eine Bastion gegen den Machtanstieg der Kommunisten bilden wollten.<sup>19</sup>

Auch die diplomatischen Beziehungen waren zunehmend von wachsendem Misstrauen geprägt, und mit der allmählichen Machtübernahme der Kommunisten – die unter anderem auch sämtliche Stadtwappen „modernisieren“ und mit roten Sternen verzieren ließen – nahmen die österreichisch-ungarischen Beziehungen einen anderen Charakter an. Da es keine selbstständige ungarische Außenpolitik mehr gab, sondern diese nun vollkommen aus Moskau dirigiert wurde, blieben auch jegliche Annäherungsversuche vergeblich.

Das „Highlight“ der bilateralen Beziehungen war eine im Juni 1948 abgeschlossene Warenaustauscheinigung, welche über die nächsten 15 Jahre die Grundlage der Handelsbeziehungen bildete.<sup>20</sup> Doch auch hier standen

<sup>18</sup> GECSÉNYI, 2001, 54.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Ebd., 53.



klar die wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund und nicht etwa das Interesse an einer guten nachbarschaftlichen Beziehung.

Dank des Marshall-Plans erlebte Österreich zur dieser Zeit einen wirtschaftlichen Aufschwung, der vor allem in den großen Industriestädten zu spüren war, wo sich der Lebensstandard rasant verbesserte. Im kaum industrialisierten Burgenland und dem Grenzgebiet zu Ungarn war durch den Marshall-Plan damals jedoch kaum eine Verbesserung zu bemerken, was natürlich ein gefundenes Fressen für die ungarische Propaganda („Denen geht es genauso schlecht wie uns!“) darstellte. Diese war vor allem bemüht, den Marshall-Plan als kapitalistisches Komplott darzustellen, das im Grunde eine Verschwörung sei, um die Volksdemokratien zu stürzen sowie die europäische Arbeiterklasse ausbeute und deren Lebensstandard senke

„Wer schließt sich also ab? Es ist die österreichische Marshallpolitik, die einen Eisernen Vorhang errichtet; das österreichische Volk muss dafür mit dem Konsum von schlechten amerikanischen Ersatzlebensmitteln bezahlen.“<sup>21</sup>

„Die Nachrichten, dass die USA eine Anzahl militärischer Kommandos in jedes der ‚marshallisierten‘ Länder entsenden wird [...] enthüllt endgültig die nackte Wahrheit, dass der (Marshall-)Plan [...] nichts anderes ist, als ein Schritt, um die aggressiven Kriegspläne des anglo-amerikanischen Imperialismus zu implementieren.“<sup>22</sup>

In Ungarn wurden in der Zwischenzeit viele Wirtschaftsreformen durchgesetzt. Man verstaatlichte zahlreiche Betriebe, trieb eine groß angelegte Bodenreform voran und begann, die Verwaltung stark zu zentralisieren. Somit wurden etwa die grenznahen Städte Győr, Moson und Sopron zu einem Komitat zusammengelegt, um so die Selbstständigkeit der einzelnen Gemeinden einzuschränken. Weiters wurde ein kommunistischer Bürgermeister in Sopron eingesetzt und die ansässige Westungarische Universität nach Miskolc in Zentralungarn verlegt, damit sie sich nicht mehr so nah an der Grenze befand.

Auch an der Grenze gab es in diesem Jahr einige Veränderungen. Beispielsweise wurde die technische Sperranlage im März 1948 nach erneutem Ansteigen illegaler Aktivitäten das erste Mal verstärkt.

Die Drahhindernisse und Minenfelder mussten ständig erneuert werden. Oft gab es jedoch Komplikationen mit den Minen, die in einem Holzverschlag (Holzgebäude) eingelegt und so dem Wetter schutzlos ausgelie-

<sup>21</sup> Ungarische Gänse und der Eiserne Vorhang. *Weg und Ziel*, Jänner 1949. 7. Jahrg., Nr. 1, 69.

<sup>22</sup> The Fight For Peace. *World News and Views*, 7. Jänner 1950, Vol. 30, Nr. 1, 5.

fert waren. Sie wurden schnell morsch, viele Fehlzündung bzw. Defekte waren die Folge.

Diese Minen vom Typ POMZ 2 enthielten etwa 75 Gramm TNT Sprengstoff und hatten in einem Umkreis von 25 bis 30 Metern eine verheerende Wirkung.<sup>23</sup> Die tatsächliche Reichweite lag jedoch noch weit darüber, die verstreuten Splitter führten innerhalb von 250 Metern Entfernung zu schweren Verletzungen. Nicht selten geschah es, dass bei „Blindgängern“ solcher Minen die grenznah arbeitende Landbevölkerung und patrouillierende Grenzsoldaten getroffen wurden. Ein besonderer Dorn im Auge der Österreicher war dabei, dass Teile des Minenriegels in österreichisches Staatsgebiet ragten und so die Arbeit der burgenländischen Bauern stark gefährdete. Besondere Bekanntheit erreichte u. a. der Fall des österr. Staatsbürgers Nikolaus Strantz, der am 30. Juni 1949 in Grenznähe mit Feldarbeiten beschäftigt war, als ein „Blindgänger“ explodierte und er dabei tödlich verletzt wurde. Oder der Fall des 71-jährigen Maurergehilfen Johann Schallers, der am 1. November 1949 während eines Gräberbesuches am Friedhof in Schattendorf durch die Explosion einer Mine des knapp neben dem Friedhof verlaufenden ungarischen Stacheldrahtverhaus schwer verletzt wurde. Besonders unglücklich traf es auch Maria Konik im Bezirk Oberwart, die am 20. Oktober 1950 während des Beerenpflückens durch eine aufgrund von freilaufenden Hühnern verursachte Minenexplosion schwere Verletzungen davontrug.<sup>24</sup>

Weitere Schäden durch den technischen Grenzverbau entstanden auch als Folge des Abfeuerns von Leuchtraketen, die den Aufenthaltsort von Flüchtlingen verraten sollten, jedoch des Öfteren große Wald- und Wiesenbrände auslösten.

Das Jahr 1950 stellt einen neuen Tiefpunkt der Beziehungen Österreich-Ungarns dar. Der Eiserner Vorhang verhinderte jegliche Kontaktaufnahme zwischen den beiden Bevölkerungen und die diplomatischen Beziehungen standen so gut wie still. Österreich war mittlerweile aus ungarischer Sicht endgültig in die Kategorie „feindlicher Nachbar“ gefallen. Kontaktmöglichkeiten (Briefe, Telefon, Grenzübergänge) nach Österreich waren entweder vollkommen abgeschnitten worden oder stark überwacht. Im Jahr davor war das *Collegium Hungaricum* in Wien geschlossen worden. Jegliches Vertrauen in den Nachbarn ging verloren und es schien,

---

<sup>23</sup> KUSSBACH, 2010, 31.

<sup>24</sup> Ebd., 92–94.

als würden sich beide Seiten auf eine drohende Eskalation des Kalten Krieges vorbereiten. Um den „Kanal des Einfalles des Imperialismus“, wie Österreich mittlerweile seitens Ungarns bezeichnet wurde, besser bekämpfen zu können, wurde unter anderem auch die Überwachung des ungarischen Grenzschutzes in diesem Jahr grundlegend umstrukturiert. Anfangs war diese von eigenständigen „Grenzjägerformationen“ und dem Verteidigungsministerium übernommen worden. 1950 jedoch wurde der Grenzschutz der Staatssicherheitsbehörde ÁVH einverleibt, womit ein erheblicher Anstieg seines politischen Einflusses verbunden war.<sup>25</sup> Auf sowjetische Weisung hin wurde im Zuge dessen rund die Hälfte des bestehenden Offizierskorps als zu unzuverlässig eingestuft und entlassen, der Grenzschutz an sich grundlegend reformiert: Das bedeutete unter anderem eine Verstärkung um 1000 Mann an der West- und Südgrenze sowie eine effizientere Gestaltung der Aufklärungsarbeit durch die Installierung weiterer Grenzkommandaturen und Parteizentralen in den grenznahen Gemeinden.

1952 wurde eine 15 Kilometer ins Landesinnere hineinreichende Grenzzone errichtet, wobei „unzuverlässige Elemente“ umgesiedelt wurden. Das betraf jene Teile der grenznah lebenden Bevölkerung, deren „Treue und Loyalität“ zu Partei und Staat vom ungarischen Geheimdienst als nicht vertrauenswürdig eingestuft worden waren. Dieser als „Tote Zone“ bezeichnete Grenzraum wurde zur Hochsicherheitszone erklärt und strengen Regelungen unterworfen; das Betreten ohne Genehmigung hatte strafrechtliche Folgen, bzw. galt für die Grenzwachsoldaten der Schießbefehl.

Trotz all dieser Maßnahmen war es jedoch nicht möglich, die illegalen Grenzübertritte zu unterbinden. Noch immer riskierten jährlich Hunderte ihr Leben bei dem Versuch nach Österreich zu gelangen. Die größte Gruppe der Flüchtlinge waren dabei stets Jugendliche, meist aus dem Grenzgebiet. Ein Zeichen dafür, dass die sowjetische Propaganda in den jüngeren Altersklassen nicht den gewünschten Effekt erzielte und man Österreich immer noch als die einzige Möglichkeit für eine vielversprechende Zukunft sah. Typisch ist auch hier die ideologisch untermauerte Annahme des ungarischen Innenministeriums, welche Gründe die Jugendlichen womöglich dazu bewegen könnten, das Land zu verlassen. *„Unter dem Einfluss feindlicher Propaganda versuchen viele, sich auf diese Weise der*

---

<sup>25</sup>LUGOSI, 2001, 83.

*Wehrpflicht zu entziehen oder wollten aus Abenteuerlust oder anderen Gründen das Land verlassen.*<sup>26</sup>

Neben den Jugendlichen stellten auch die Grenzsoldaten selbst einen wesentlichen Teil der Flüchtlinge dar. Doch auch hierfür hatte man schnell eine Erklärung parat. Der ungarische Grenzschutz sprach von westlichen Agenten, die ungarische Grenzsoldaten mit fadenscheinigen Methoden nach Österreich locken würden. Als Beispiel wurde u. a. angegeben, dass Frauen an die Grenze geschickt wurden, um die Soldaten zu „bezirzen“ und mit falschen Versprechungen, wie z.B. Geldangeboten, herüberzulocken.<sup>27</sup>

Genauso wie der Bericht über die Agenten, die Grenzsoldaten verlockten, waren so gut wie alle bis in das ungarische Grenzgebiet vordringenden Informationen über den Westen von den sowjetischen Behörden vorsorglich gefiltert und manipuliert. Für besonders viel Aufregung, sowohl auf ungarischer als auch auf österreichischer Seite, sorgte der Fall des ehemaligen Heimwehrführer Rüdiger Starhemberg, der am Hitler-Putsch 1923 teilgenommen und wesentlich zum Austrofaschismus beigetragen hatte, und 1952 aus Südamerika den Versuch wagte, sein Vermögen im Burgenland wiederzuerlangen. Entgegen massiver Proteste der KPÖ wurden ihm im Juli 1954 seine Güter (im Wert von 100 Millionen Schilling) tatsächlich zugesprochen. 1955 erhielt Starhemberg sogar wieder einen österreichischen Pass und kehrte Ende desselben Jahres als normaler Bürger in seine alte Heimat zurück.

Dass man ehemaligen Faschistenführern tatsächlich wieder ihr Eigentum zurückgab und sie unbehelligt in das Land zurückkehren ließ, unterstützte natürlich die – auch auf sowjetischer Seite verbreitete – Annahme der ungarischen Grenzbevölkerung, dass viele Österreicher noch immer faschistisch gesinnt seien.

Bis zum Tode Stalins im Jahr 1953 hielten die Eiszeit-Stimmung und die voranschreitende Verfeindung der beiden Länder an. Zu einer Eskalation kam es glücklicherweise nicht, doch man stand in diesen Jahren sehr knapp davor. Im Zuge der Entstalinisierung und des österreichischen Staatsvertrages begannen sich beide Seiten allmählich wieder anzunähern. Diese Annäherung war jedoch erneut nur von kurzer Dauer – doch das ist ein anderes Thema.

---

<sup>26</sup> KUSSBACH, 2010, III.

<sup>27</sup> Ebd., 110–113.

Es bleibt erstaunlich, in welcher kurzen Zeit die Jahrhunderte lang bestehenden Bänder zwischen dem österreichischen und ungarischen Volk getrennt werden konnten und wie rasch und leicht sich das Bild des freundlichen Nachbarn durch Isolation, Falschmeldungen und Propaganda zu dem einer feindlich gesinnten, imperialistischen Bedrohung wandelte.

#### RESUMÉ

In den ersten Monaten nach Kriegsende hatte es den Anschein, dass die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn vor einem Aufschwung stünden. Beide Länder waren vollends damit beschäftigt, die Spuren der Zerstörung, die der Krieg und die deutsche Wehrmacht hinterlassen hatten, wieder zu verwischen und die Not der eigenen Bevölkerung so gut es ging zu lindern.

Die bittere Armut und die wirtschaftliche Abhängigkeit voneinander half beiden Ländern dabei, über die Tatsache hinwegzusehen, dass man soeben erst zwischen zwei verschiedenen Weltmächten aufgeteilt worden war. Man reichte sich dennoch über diese neu entstandene Grenze die Hände und half sich gegenseitig dabei, den Wiederaufbau voranzutreiben.

Doch sobald die Phase des Wiederaufbaus abgeschlossen war und der Kalte Krieg begann, seinen Lauf zu nehmen, wurde diese neu entstandene Grenze immer deutlicher sichtbar. Mit einem Mal wurde auf der einen Seite die Rede von einem „Eisernen Vorhang“ laut und auf der anderen sprach man hingegen über einen „Antifaschistischen Schutzwall“, der die beiden Länder voneinander trennte.

Der in Ungarn lebenden Grenzbevölkerung wurde dieser sich ständig verschärfende Konflikt besonders mit der ab 1946 beginnenden Vertreibung der Großteils im Grenzgebiet beheimateten Ungarndeutschen vor Augen geführt. Dabei versuchte die ungarische Propaganda den Menschen ein Bild der faschistischen Deutschen einzuprägen, welches durch die These der Kollektivschuld gerechtfertigt wurde.

1947 waren die bilateralen Beziehungen bereits stark abgekühlt, die Spaltung entlang der Blockgrenze immer tiefer geworden und auch die ersten Vorkehrungen für den Bau eines technischen Abriegelungssystems wurden getroffen. Trotzdem gab es noch zaghafte Annäherungsversuche zwischen den beiden Ländern. Als die Kommunisten 1948 herrschende Macht in Ungarn wurden, begann schließlich die sogenannte „Eiszeit-

Stimmung“. Die Propaganda bediente sich immer rauerer Töne und nachdem Österreich dem Marshall-Plan beigetreten war, war die Trennung zwischen dem West- und Ostblock endgültig vollzogen.

1950 hatte der Eisene Vorhang die beiden Bevölkerungen voneinander so gut wie komplett isoliert. Das, was die ungarische Grenzbevölkerung über das Leben auf der anderen Seite erfuhr, stammte meist aus der propagandistischen Presse, welche Österreich u. a. als „Kanal des Einfalles des Imperialismus“ oder als „Schoßhund von Washington“ bezeichnete. Die Isolation gemischt mit der omnipräsenten Propaganda erzeugte bei vielen ein Weltbild, in welchem Österreich immer deutlicher unter die Kategorie *feindlicher Nachbar* fiel.

Diese „Eiszeit-Stimmung“ hielt bis zum Tode Stalins 1953 an. Zu diesem Zeitpunkt waren die Jahrhunderte lang bestehenden freundschaftlichen Bande zwischen den beiden Völkern beinahe gänzlich durchtrennt worden.

SZABOLCS SZITA

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## GEDRUCKTE QUELLEN

World News and Views  
Weg und Ziel

## LITERATUR

- DEGENDORFER-ZIEGLER, 1991: Hans DEGENDORFER – Matthias ZIEGLER: *Wandorf*. Schwäbisch Gmünd, 1991.
- DEPISCH-KRUMPÖCK, 2005: Philipp DEPISCH – Ilse KRUMPÖCK: Kalter Krieg und Eiserner Vorhang. *Das neue Österreich*. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. [http://www.androsch.com/media/buecher/noe/218-239\\_Kalter%20Krieg\\_und\\_Eisener\\_Vorhang.pdf](http://www.androsch.com/media/buecher/noe/218-239_Kalter%20Krieg_und_Eisener_Vorhang.pdf) (Letzter Download: 10. Jänner 2014).
- GECSÉNYI, 2001: Lajos GECSÉNYI: Die Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich 1945–1964. *Der Eiserner Vorhang. Katalog zur Sonderausstellung*. (Heeresgeschichtliches Museum Wien gemeinsam mit dem Militärgeschichtlichen Museum in Budapest), Wien, 2001.
- KUSSBACH, 2010: Bettina KUSSBACH: *Abbau des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze 1956 – Der 1. Abbau*. Diplomarbeit, Wien, 2010. [http://othes.univie.ac.at/8589/1/2010-02-18\\_0108963.pdf](http://othes.univie.ac.at/8589/1/2010-02-18_0108963.pdf) (Letzter Download: 10. Jänner 2014).
- LUGOSI, 2001: József LUGOSI: Keine Grenze wie jede andere. *Der Eiserner Vorhang. Katalog zur Sonderausstellung*. (Heeresgeschichtliches Museum Wien gemeinsam mit dem Militärgeschichtlichen Museum in Budapest), Wien, 2001.
- MOLNÁR, 2010: MOLNÁR Csilla: *A Várfügöny két oldalán. Élettörténeti Elbeszélések a Magyar-Osztrák Határvidéken*. [Auf zwei Seiten des Eisernen Vorhangs. Lebensgeschichtliche Erzählungen auf dem Ungarisch-Österreichischen Grenzgebiet]. PhD-Thesen, Pécs, 2010. [http://nydi.btk.pte.hu/sites/nydi.btk.pte.hu/files/pdf/Molnar\\_Csilla\\_2011\\_tezisek.pdf](http://nydi.btk.pte.hu/sites/nydi.btk.pte.hu/files/pdf/Molnar_Csilla_2011_tezisek.pdf) (Letzter Download: 20. März 2014).
- SEEWANN, 2012: Gerhard SEEWANN: *Geschichte der Deutschen in Ungarn*. Band 2. 1860 bis 2006. Marburg, 2012.
- TILKOVSKY, 1981: Loránt TILKOVSKY: *Ungarn und die deutsche „Volksgruppenpolitik“ 1938–1945*. Budapest, 1981.





DAS NACHBARLAND ALS NEUE HEIMAT  
Rahmenbedingungen und Motive für nach 1945  
in Österreich gebliebene ungarische Zwangsarbeiter

EINLEITUNG UND HISTORISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Am 15. Februar 2003 wandte sich eine zu diesem Zeitpunkt 76-jährige Frau aus Niederösterreich an den Österreichischen Versöhnungsfonds (ÖVF). Sie war als 16-jähriges Mädchen aus der Ukraine verschleppt und zur Zwangsarbeit nach Österreich verbracht worden. Sie stellte einen Antrag auf Ausgleichszahlung für die von ihr geleistete Zwangsarbeit und übermittelte mit ihrem Antrag auch den 7-seitigen ÖVF-Fragebogen. Auf die Frage, ob sie nach Kriegsende vorgehabt hatte, nach Hause zurückzukehren, schrieb sie als Antwort nur einen einzigen Satz in das Formular: *Wo hätte ich denn hin sollen?*<sup>1</sup>

Sie brachte damit auf den Punkt, was wohl zehntausende ihrer Leidensgenossen im Mai 1945, als der Zweite Weltkrieg endete, dachten. Sie war eine von etwas mehr als einer Million ausländischen Zwangsarbeitern, die zwischen 1939 und 1945 auf das Gebiet des heutigen Österreich verbracht worden waren, um hier zur Arbeit herangezogen zu werden. Der Einsatz von „Fremdarbeitern“, wie die Zwangsarbeiter im NS-Jargon genannt wurden, war durch die Erweiterung der Produktionskapazitäten für die Rüstungs- und Kriegswirtschaft sowie die Einberufungen der Einheimischen zum Dienst in der „Deutschen Wehrmacht“ schon bald nach Kriegsbeginn im September 1939 erforderlich geworden.<sup>2</sup> Das „Blitzkriegskonzept“ der ersten Kriegsphase hatte zwar vorgesehen, dass die Einberufenen nach ihrem nur als „kurz“ eingeplanten Militäreinsatz nach Hause zurückkehren sollten, um wieder in der Kriegswirtschaft (an der „Heimatfront“)

<sup>1</sup>ÖStA, ÖVF, Bestand „Österreich – Ad acta“, Akt Nr. 131236.

<sup>2</sup>FREUND – PERZ, 2002, 650–653; HERBERT, 1985, 49–51; FREUND – PERZ – SPOERER, 2004, 30–52.

eingesetzt zu werden. Doch schon bald erwies sich dieses Konzept als Fehleinschätzung. Die Einberufungen zogen die einheimischen Arbeitskräfte zu lange ab, und zudem fielen die Verluste unter den Soldaten bei weitem höher aus als erwartet. Um das geplante Wirtschaftswachstum dennoch erreichen zu können, waren also Ersatzkonzepte gefragt. Ein verstärkter Einsatz von Frauen als Arbeitskräfte in der Industrie kam für das NS-Regime einerseits aus ideologischen Gründen und andererseits aufgrund dessen, dass man befürchtete, ein solcher Einsatz würde großen Unmut in der Bevölkerung hervorrufen, nicht in Frage.<sup>3</sup>

Daher blieb die „Rekrutierung“ von Arbeitskräften in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten die einzige Option. In der Folge wurden etwas mehr als eine Million ausländische Arbeitskräfte in die „Ostmark“ verbracht. Rund 54 Prozent von ihnen (ca. 580.000) waren zur Arbeit herangezogene Zivilisten d. h. zivile Zwangsarbeiter. Im weiteren Verlauf des Krieges musste zusätzlich auf weitere „Arbeitskraft-Reservoirs“ zurückgegriffen werden, deren Einsatz man zuerst gar nicht in Betracht gezogen hatte – Kriegsgefangene (ca. 300.000 von ihnen wurden zum Arbeitseinsatz herangezogen)<sup>4</sup> und KZ-Häftlinge (ihr Einsatz erfolgte systematisch ab 1942, v. a. in der Rüstungsindustrie)<sup>5</sup>. Nahezu alle Bereiche der Kriegswirtschaft mussten früher oder später auf diese Arbeitskräfte zurückgreifen, Haupt-Einsatzbereiche waren die Landwirtschaft, die Industrie und das Baugewerbe.

Unter den in Österreich eingesetzten ausländischen Zwangsarbeitern waren auch Tausende aus Ungarn. Gemäß den Erhebungen von Florian Freund, Bertrand Perz und Mark Spoerer für die Österreichische Historikerkommission waren ungefähr 12.000 Ungarn als zivile Zwangsarbeiter und weitere 30.000 als KZ-Häftlinge im heutigen Österreich eingesetzt. Hinzu kamen zehntausende ungarische Juden, die 1944/45 für den Bau des „Südostwalls“ an die östliche Grenze Österreichs verbracht wurden. Ihre Zahl wird von in den Studien von Szabolcs Szita<sup>6</sup> und Eleonore Lappin-Eppel<sup>7</sup> mit 55.000 bis 70.000 angegeben. Ihre genaue Zahl ist aufgrund fehlender Aktenmaterialien bis heute nicht genauer feststellbar.

---

<sup>3</sup>HERBERT, 1985, 54.

<sup>4</sup>FREUND – PERZ – SPOERER, 2004, 168–173; BACHER, 2013a, 31–33.

<sup>5</sup>KAIENBURG, 2003, 431–453 und 1017–1020; BACHER, 2013a, 34–36.

<sup>6</sup>SZITA, 1999.

<sup>7</sup>LAPPIN-EPPEL, 2010.

Ähnlich schwierig wie die genaue Quantifizierung der ungarischen Zwangsarbeitskräfte ist auch die Feststellung ihres Einsatzbereiches. Eini-germaßen detaillierte Aufzeichnungen liegen hier vor allem für die Reichs-gaue Wien und Niederdonau auf, die Freund, Perz und Spoerer im Zuge ihrer Arbeit ausgewertet haben: Laut ihren Ergebnissen war der Südost-wallbau klar der Bereich, in dem die meisten von ihnen zur Arbeit einge-setzt waren. Der zweitgrößte Einsatzbereich war Industrie und Handwerk, gefolgt vom Einsatz in der Land- und Forstwirtschaft und dem Bereich „Handel und Verkehr“.<sup>8</sup> Bei diesen Angaben, wie auch bei der Quantifizie-rung, muss aber berücksichtigt werden, dass im Falle vieler Betroffener eine „Mehrfach-Beschäftigung“ vorliegen könnte d. h. in der Industrie oder Landwirtschaft eingesetzte Zwangsarbeitskräfte wurden im Zuge ih-res Arbeitseinsatzes (wie auch zahlreiche Fälle aus den Akten des ÖVF be-legten) teilweise mehrfach für einige Wochen zur Arbeit an den Südostwall verbracht. Manche von ihnen wurden auch (etwa aufgrund ihnen vorge-worfenen Vergehen) in Arbeitserziehungslager (AEL) oder Konzentra-tionslager interniert, in denen sie ebenfalls zur Arbeit herangezogen wur-den. Sie scheinen daher in den erhobenen Daten teilweise mehrfach auf, was Quantifizierung und Zuordnung zusätzlich erschwert.

Als der Zweite Weltkrieg im Mai 1945 endete, stellte sich für all diese Menschen die Frage, wie es nun mit ihnen weitergehen sollte. Prinzipiell gab es für sie drei Möglichkeiten: die Rückkehr nach Hause, die Emigra-tion in ein anderes Land als das Herkunftsland, und den Verbleib in Öster-reich.

Der größte Teil machte sich in den ersten Jahren nach Kriegsende auf den Weg zurück in die Heimat. Dies ging aber nicht immer freiwillig von-statten, wie auch im Falle der Zwangsarbeiter aus der ehemaligen Sowjet-union bereits mehrfach Gegenstand von Untersuchungen war.<sup>9</sup>

Die Zwangsmaßnahmen waren auch ein Grund dafür, dass sich viele nach 1945 gegen eine Heimkehr und für die Emigration in ein „Drittland“ entschieden. Oft spielten auch wirtschaftliche Beweggründe eine Rolle – die Emigranten erhofften sich in diesen Ländern Arbeit und ein „neues“, wirtschaftlich abgesichertes Leben, einen „Neustart“.

Einige schließlich zogen es vor, nach 1945 in Österreich zu bleiben und sich hier eine neue Existenz aufzubauen. Obwohl sie unter Zwang hierher

<sup>8</sup> FREUND – PERZ – SPOERER, 2004, 133–144.

<sup>9</sup> Vgl. dazu vor allem die ausgezeichnete Studie POLJAN, 2002; vgl. auch RUGGENTHALER – IBER (Hrsg.), 2010; GOEKEN-HAIDL, 2006.

verbracht und lange hier festgehalten worden waren, entschieden sie sich nach dem Ende des NS-Regimes 1945 für einen weiteren Aufenthalt.

Egal, welche dieser Gruppen man betrachtet, das Nachkriegsschicksal der als Zwangsarbeiter nach Österreich Verbrachten fand bislang in der Zwangsarbeiterforschung kaum Beachtung. Die meisten zur Zwangsarbeit durchgeführten Studien konzentrierten sich vor allem auf die Fragen, wie der Arbeitseinsatz in Österreich an sich von statten ging und wie die Lebensumstände der Zwangsarbeiter bis 1945 waren. Dabei wurde ihr Nachkriegsschicksal eher nur am Rande behandelt. Betrachtet man die zum Zwangsarbeitereinsatz vorhandenen Dokumente, ist dieser Zugang auch verständlich – diese, so sie einigermaßen vollständig vorhanden sind, enthalten verständlicherweise vor allem Angaben zum Arbeitseinsatz selbst. Die Aktenlage zum Nachkriegsschicksal der Betroffenen ist eine sehr schwierige, die Forschung ist hier vor allem auf persönliche Memoiren und Oral-History-Interviews angewiesen. Die Akten der damals aktiven Hilfsorganisationen und zuständigen staatlichen Stellen, etwa der Abteilung 12U des österreichischen Innenministeriums oder der in Österreich nach Kriegsende tätigen Flüchtlingshilfsorganisationen, können zwar Informationen zum System der Flüchtlingslager und der dort getroffenen Hilfsmaßnahmen geben, helfen aber bei der Rekonstruktion der Flüchtlingschicksale im allgemeinen nur bedingt. Aus einfachem Grund – die „Displaced Persons“ (DPs), die sich dazu entschieden, in Österreich zu bleiben, nahmen selten die Betreuung in Flüchtlingslagern in Anspruch und versuchten, „auf eigene Faust“ über die Runden zu kommen. Die meisten von ihnen konnten also von diesen Organisationen nicht aktenkundlich erfasst werden.<sup>10</sup>

Das Aktenmaterial des ÖVF allerdings ermöglicht genau diesen Zugang, da zur Feststellung, ob ein Antragsteller Anrecht auf eine Ausgleichszahlung hat und in welcher Höhe ihm diese zusteht, auch die Erhebung des Schicksals nach 1945 notwendig war. In den Akten finden sich Angaben sowohl seitens des Antragstellers als auch von Behörden und Organisationen zur Zeit nach Kriegsende. Sie erlauben also einen Einblick in das Nachkriegsschicksal der Betroffenen, sowohl aus der Sicht des Zwangsarbeiters selbst als auch von „offizieller“ Seite.

---

<sup>10</sup> BACHER, 2013b, 284 und 301–305.

## DIE UNTERLAGEN DES „ÖSTERREICHISCHEN VERSÖHNUNGSFONDS“ (ÖVF) ZU UNGARISCHEN ZWANGSARBEITERN

Die Auswertung der Unterlagen des ÖVF eröffnet eine neue Möglichkeit, an weitere Informationen zum Schicksal ungarischer Zwangsarbeitskräfte in Österreich zu kommen. Der Fonds war zwischen 2001 und 2005 für die Prüfung der Anträge ehemaliger, auf dem Gebiet des heutigen Österreich eingesetzter Zwangsarbeiter auf Ausgleichszahlungen und die Abwicklung der Zahlungen zuständig. Um dieser Aufgabe nachzukommen, legte der ÖVF zu jedem Antrag d. h. zu jedem Antragsteller einen Akt an, und versuchte in der Folge, über Aktenmaterialien, Unterlagen am ehemaligen Arbeitsort, beim Melderegister und Versicherungsanstalten weitere Beweise für den Arbeitseinsatz zu finden. Große Bedeutung kam auch den Angaben zu, die der Antragsteller infolge der Bearbeitung seines Antrages machte. Die Antragsteller wurden nicht nur dazu aufgefordert, Angaben und Unterlagen zum Arbeitseinsatz selbst, sondern auch zu seiner Biographie nach Kriegsende zu Verfügung zu stellen, um einerseits dem Fonds die Nachforschungen zu erleichtern.

Auch zahlreiche, aus Ungarn stammende ehemalige Zwangsarbeiter meldeten sich beim ÖVF bzw. der ungarischen Organisation „Magyarországi Zsidó Örökség Közalapítvány“ (dt. „Ungarische Stiftung ‚Jüdisches Erbe in Ungarn‘“, kurz „MAZSÖK“), mit der der ÖVF im Falle der „ungarischen“ Anträge kooperierte, und suchten um eine Ausgleichszahlung für die von ihnen geleistete Zwangsarbeit an. Insgesamt stellten rund 11.000 von ihnen einen Antrag. Vergleicht man dies mit der errechneten Gesamtzahl der in Österreich eingesetzten ungarischen Zwangsarbeiter, so stellten statistisch etwas mehr als zehn Prozent der in Österreich eingesetzten, ungarischen Zwangsarbeiter an den ÖVF einen Antrag.<sup>11</sup> Rund 10.200 Anträge erreichten den ÖVF über die MAZSÖK d. h. aus Ungarn. Diese stammten also von Betroffenen, die nach Kriegsende nach Ungarn zurückgekehrt waren. Die meisten von ihnen waren mit den zwischen September 1945 und Juli 1946 organisierten Eisenbahntransporten nach Ungarn zurückgelangt. Diese Maßnahmen wurden von den zuständigen amerikanischen, britischen und sowjetischen DP-Offizieren gemeinsam organisiert. Neben der sowjetischen war vor allem die amerikanische Besatzungsmacht

<sup>11</sup> Dies ist auch der Grund, warum anhand der ÖVF-Unterlagen keine Schätzungen bezüglich der Gesamtzahl der in Österreich eingesetzten ungarischen Zwangsarbeiter möglich ist. Vgl. dazu auch BACHER, 2013a, 50–58.

in diesem Zeitraum an einer Heimkehr aller ungarischer Flüchtlinge aus Österreich interessiert. Daher kehrten auch die meisten in der amerikanischen Zone befindlichen ungarischen Zwangsarbeiter in die Heimat zurück.<sup>12</sup>

Weitere Anträge ehemaliger ungarischer Zwangsarbeiter erreichten den ÖVF aus zahlreichen anderen Staaten. Hier handelte es sich um die Anträge von Personen, die sich nach 1945 dazu entschieden, in ein „Drittland“ zu emigrieren, da sie sich dort bessere Lebensbedingungen erhofften. Aus den Anträgen von aus Ungarn stammenden Zwangsarbeitern wird ersichtlich, dass auch sie sich im Falle einer Emigration für die klassischen „Auswanderungsländer“ nach 1945 entschieden: die USA, Großbritannien und Kanada. Die Gründe dafür waren auch in ihrem Falle vor allem die Ansicht, sich in diesen Staaten leichter eine wirtschaftliche Existenz aufbauen zu können. Entsprechende, von Hilfsorganisationen und den Besatzungsmächten geförderte und unter den DPs propagierte Auswanderungsprogramme (wie etwa das „Westward Ho“-Programm) taten das ihre dazu, die Emigranten an einen erfolgreichen „Neustart“ in ihrer neuen Heimat glauben zu lassen.

Viele ungarische DPs entschieden sich aber auch für einen Verbleib in Österreich. Auch aus dieser Gruppe sind einige Einzelfälle in den Akten des ÖVF dokumentiert. Der ÖVF erhielt rund 60 Anfragen von aus Ungarn nach Österreich verschleppten Zwangsarbeitern, die nach 1945 bis zu ihrer Antragstellung in Österreich geblieben waren und daher ihren Antrag aus Österreich stellten. Sie sind damit die drittgrößte Gruppe nach Herkunftsland, nach den „Dagebliebenen“ aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion.<sup>13</sup> Bei näherer Analyse zeigt sich, dass offenbar ein verhältnismäßig großer Teil der nach Österreich verbrachten Ungarn sich nach 1945 für ein Hierbleiben entschied. Dies wird beim Vergleich der statistischen Erhebungen aus dem ÖVF-Material mit den von Freund-Perz-Spoerer, Szita und Lappin-Eppel erhobenen Zahlen offensichtlich: Im Vergleich zu den oben erwähnten 97.000 bis 112.000 ungarischen waren rund 106.000 polnische und rund 179.000 sowjetrussische Zwangsarbeiter („Ostarbeiter“) auf dem Gebiet des heutigen Österreich eingesetzt.<sup>14</sup> Bei den im ÖVF

<sup>12</sup> STIEBER, 1997, 117–170; BACHER, 2013b, 301–305.

<sup>13</sup> Statistische Erhebungen und Auswertungen des Autors auf Basis der Materialien des Bestandes ÖStA, ÖVF, Bestand „Österreich – Ad acta“; zur Auswertung vgl. auch BACHER, 2013b, 289f.

<sup>14</sup> FREUND – PERZ – SPOERER, 2004, 34f.

dokumentierten „Dagebliebenen“ ist die Differenz der Zahlen ebenfalls sehr geringe, das Verhältnis beträgt hier 1:4:3.<sup>15</sup> Auch wenn anhand der statistische Auswertung der ÖVF-Materialien keine genauen Rückschlüsse in Bezug auf die Zahl der „Dagebliebenen“ möglich sind, lässt dies doch die Vermutung zu, dass wie auch im Falle der eingesetzten Polen und „ostarbeiter“ sich auch ein großer Teil der ungarischen Zwangsarbeiter für einen Verbleib in Österreich entschied.

#### DIE MOTIVE UNGARISCHER ZWANGSARBEITER FÜR EINEN VERBLEIB IN ÖSTERREICH

Erheblich genauere Angaben als zur Zahl vermögen die ÖVF-Materialien zu den Motiven der „Dagebliebenen“ für ihre Entscheidung zu geben. Vergleicht man ihre Angaben mit denen der anderen nationalen Gruppen, zeigt sich, dass sich die Motive der Ungarn nur unwesentlich von denen der Polen und „Ostarbeiter“ unterscheiden. Der einzige Unterschied, der klar zutage tritt, ist, dass die Ungarn verständlicherweise die Reise nach Hause im Gegensatz zu den anderen beiden genannten Gruppen kaum als Risiko einschätzten. Für einen aus Polen oder der Sowjetunion stammenden Zwangsarbeiter spielte dieses Motiv aufgrund der größeren geografische Distanz zum Heimatort eine viel größere Rolle, d. h. diese erachteten oft schon die „Reise nach Hause“ an sich als Problem. Die aus Ungarn stammenden DP's rechneten offenbar mit keinen unüberwindlichen Problemen, ganz einfach deshalb, da sie lediglich in ein Nachbarland Österreichs ausreisen mussten.

Dieser Umstand trug aber zur Bildung eines anderen Phänomens bei, das im Falle anderer Nationen nicht so stark zutage trat und das der Vollständigkeit halber hier kurz Erwähnung finden sollte. So finden sich unter den aus Österreich an den ÖVF schreibenden ehemaligen ungarischen Zwangsarbeitern viele, die zwar in den Jahren nach 1945 nach Hause zurückkehren, dann aber später, z. B. im Jahre 1956, wieder nach Österreich „flüchteten“ und dann erst hier blieben. Im ÖVF sind nicht wenige solche Fälle dokumentiert. Diese Personen sind nicht zu den „Dagebliebenen“ zu zählen und wurden daher auch in die oben angegebene Zahl nicht mit eingerechnet. Aus den Anträgen geht aber hervor, dass sich die meisten von

<sup>15</sup> Vgl. BACHER, 2013b, 290.

ihnen, wie ihren Schilderungen zu entnehmen ist, aufgrund ihres Arbeitseinsatzes in Österreich später für die Flucht hierher entschieden haben.

Aber welche Motive waren nun für die meisten ungarischen DPs ausschlaggebend, die sich bereits 1945 dazu entschieden, in Österreich zu bleiben? Wie auch im Falle anderer Zwangsarbeiter aus Osteuropa wurde die Angst vor Repressionen in der Heimat in den meisten Fällen als Hauptmotiv für die Entscheidung angegeben. Viele der aus Ungarn stammenden Zwangsarbeiter ließen sich von der sowjetischen Repatriierungspropaganda und auch den Aufrufen der internationalen Hilfsorganisationen nicht zu einer Heimkehr überreden und entzogen sich deren Zugriff.

Nicht nur die sowjetische Seite forcierte unmittelbar nach Kriegsende die Heimkehr der „DPs“, auch das Alliierte Oberkommando („Supreme Headquarters of the Allied Expeditionary Forces“, kurz „SHAEF“) und die ab 1945 in Österreich aktive „United Nations Relief and Rehabilitation Administration („UNRRA“) verfolgten anfangs die Strategie, die in Österreich befindlichen DPs möglichst rasch nach Hause zurückzubringen. Erst später änderten die westlichen Alliierten und die der UNRRA folgenden Hilfsorganisationen ihre Strategie, nicht zuletzt aufgrund der Repressionen gegen in die UdSSR Heimkehrende.<sup>16</sup> Viele ungarische Zwangsarbeiter hatten zudem die Sorge, entgegen den Versprechen nicht nach Hause zurückkehren zu dürfen. Aufgrund von Gerüchten befürchteten sie, nach „Sibirien“ zu kommen und weitere Jahre fern der Heimat in einem Lager verbringen zu müssen. Aber auch wenn sie davon ausgingen, in ihren Heimatort zurückkehren zu dürfen, hatten manche offenbar Angst vor Repressionen und Einschränkung der persönlichen Freiheit. Manchen von ihnen waren diese Bedenken bereits während den ersten Tagen und Wochen unmittelbar nach Kriegsende gekommen, anderen kamen diese Gerüchte erst in Flüchtlingslagern zu Ohren, sodass sie die Lager wieder verließen und sich dem Zugriff der Repatriierungsorgane entzogen. Aufgrund der Tatsache, dass die amerikanische Besatzungsmacht bis Mitte 1946 ihrerseits Druck auf die in ihrer Zone befindlichen ungarischen Flüchtlinge ausübte, um sie zur Heimkehr zu bewegen, setzten sich viele ungarische DPs zudem in die britische Besatzungszone ab, wo sie vor allem in Oberkärnten in provisorischen Unterkünften untergebracht wurden.<sup>17</sup>

<sup>16</sup>STIEBER, 1997, 117–170; BACHER, 2013b, 301–305; JACOBMEYER, 1985.

<sup>17</sup>STIEBER, 1997, 147.



Ein weiterer Grund für die Ablehnung einer Heimkehr konnte sein, dass die Betroffenen nach ihrer Rückkehr in der Heimat für sich keine Zukunftsperspektiven sahen. Einige der Antragsteller an den ÖVF erwähnten in ihren Angaben, dass sie damit rechneten, in der Heimat nur Zerstörung und Armut vorzufinden, und sich daher mehr davon versprachen, in Österreich zu bleiben. Diese Erwartungshaltung korrelierte oft mit dem Umstand, dass die ehemaligen Zwangsarbeiter im Laufe ihres Arbeitseinsatzes den Kontakt zu ihren Angehörigen zuhause verloren hatten. Und da sie zu Hause nicht erwarteten, ihre Familie anzutreffen, gab es auch keinen Grund, zurückzukehren.

Hier muss aber erwähnt werden, dass die meisten, die dieses Motiv als ausschlaggebendes für ihre Entscheidung anführten, eher zur Emigration in ein Drittland wie die USA oder Großbritannien tendierten. Für einen Verbleib in Österreich scheint dieses Motiv nur eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben.

Ein weiteres Motiv ergab sich in vielen Fällen aus dem Umstand, dass die meisten der in Österreich eingesetzten und auch nach 1945 hier gebliebenen Zwangsarbeiter, so auch viele ungarische, in der Landwirtschaft eingesetzt waren. Bei der Analyse des ÖVF-Bestandes zu den Anträgen aus Österreich zeigte sich, dass ein Einsatz in der Landwirtschaft die Entscheidung, in Österreich zu bleiben, gefördert zu haben scheint. Durch die Tatsache, dass Zwangsarbeiter in der Regel am Hof des Arbeitgebers selbst untergebracht waren, entstanden oftmals starke soziale Bindungen zwischen der Familie des Arbeitgebers und des (oftmals noch sehr jungen) Zwangsarbeiters. Die Vorschriften seitens des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und später des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, die solche Bindungen zu verbieten versuchten, konnten dies in den meisten Fällen nicht wirksam verhindern. Diese Bindungen erwiesen sich auch nach dem Kriegsende offenbar als ein aus der Sicht der Zwangsarbeiter tragfähiges Netz, von dem sie sich bessere Zukunftschancen versprachen als von einer Heimkehr ins „Ungewisse“. Dies führte dazu, dass manche ungarische Zwangsarbeiter noch bis in die 1950er-Jahre auf demselben Hof blieben, auf dem sie bis 1945 Zwangsarbeit hatten verrichten müssen, und teilweise auch in die Familie des Arbeitgebers einheirateten. Ein Phänomen, das wohlgerne nicht nur Zwangsarbeiterinnen betraf.

Bei ungarischen Zwangsarbeitern aus anderen Einsatzbereichen wie der Industrie oder dem Gewerbe kam dieses Motiv generell nicht zum Tragen. Hier kam es durch den nicht so engen Kontakt zum Arbeitgeber und des-

sen Familie zu keinen solchen Bindungen, weshalb diese auch nicht zum Dableiben animieren konnten. Interessant ist, dass auch bei zu häuslichen Diensten eingesetzten Zwangsarbeitern (z.B. als Hausgehilfe oder Hausmädchen) dieses Motiv so gut wie nie genannt wurde. Obwohl hier zweifellos auch ein engerer Kontakt zur Arbeiterfamilie bestand, wurde der Zwangsarbeiter offenbar nicht so stark in das Familienleben integriert, wie dies auf einem landwirtschaftlichen Hof der Fall war, es wurde anscheinend eher eine distanzierte Haltung gewählt.

Ein in wenigen Anträgen ebenfalls erwähnter Grund (von einem „Motiv“ kann hier eigentlich nicht die Rede sein) für eine nicht angetretene Heimkehr sind gesundheitliche Beschwerden, die verhinderten, dass die Heimreise antreten werden konnte. So waren manche ungarische Zwangsarbeiter aufgrund von Krankheit oder auch bei der Arbeit erlittener Verletzungen 1945 nicht in der Lage, nach Hause zurückkehren, auch wenn sie dies im ersten Moment vorgehabt hatten.

#### BEISPIELE FÜR IN ÖSTERREICH GEBLIEBENE, UNGARISCHE ZWANGSARBEITER

Im folgenden soll noch anhand der Biografien von zwei aus Ungarn stammenden, aber in Österreich gebliebenen Zwangsarbeitern das Dargestellte illustriert werden.

Der erste Beispielfall ist der von Margit S., einer ungarischen Zwangsarbeiterin, geboren 1916 in der Nähe von Budapest. Sie wurde gemeinsam mit ihrer Familie im Juni 1944 über das Lager Strasshof nach Mistelbach in Niederösterreich verschleppt und musste hier auf einem landwirtschaftlichen Gut und in einem Forstbetrieb Zwangsarbeit leisten. Wenn sie zur Arbeit in dem Forstbetrieb geholt wurde, musste sie zusammen mit 20 weiteren Zwangsarbeitern zu jeder Jahreszeit in einer ungeheizten Holzbaracke übernachten. Auf dem Hof allerdings, so schrieb sie in ihrem Antrag an den ÖVF, war sie ausreichend gut untergebracht und mit Lebensmitteln versorgt worden.

Im April 1945, so ihre Schilderung, wurden die Zwangsarbeiter aus der Umgebung nach dem Eintreffen der Roten Armee von den Höfen zusammengeholt und in Mistelbach gesammelt. Sie aber konnte sich der Repatriierung entziehen und blieb die erste Zeit über in Mistelbach, aus dem Grund, weil sie auf dem Bauernhof immer gut behandelt worden war und

zu Hause für sich keine Perspektive sah. Einige ihrer Familienmitglieder, die ebenfalls zur Zwangsarbeit nach Österreich verschleppt worden waren, kehrten zwar nach 1945 nach Ungarn zurück, flüchteten aber 1961 aufgrund der politischen Situation wieder nach Österreich. Den ärztlichen Attesten in ihrem Akt ist zudem zu entnehmen, dass die schwere Forstarbeit ihren Gelenken und ihrer Muskulatur schwere Schäden zugefügt hat, die ihr vor allem im Alter große Probleme bereiteten.<sup>18</sup>

Das zweite, exemplarisch ausgewählte Schicksal eines ungarischen Zwangsarbeiters ist das von Georg B., 1919 geboren und bis 1940 wohnhaft in Budapest. Er wurde bereits im April 1940, im Alter von 19 Jahren, aus Budapest ins Lager Lavamünd in Kärnten verschleppt und dort beim Bau der Draukraftwerke eingesetzt. Laut seinen Schilderungen wurden er und seine Leidensgenossen sowohl im Lager als auch auf der Baustelle streng bewacht und von den „inländischen“ Arbeitern völlig abgeschottet, ein Kontakt war ihnen strengstens verboten. Laut seinen Angaben blieb er bis Mai 1945 auf der Baustelle beschäftigt und wurde erst dann aus dem Lager entlassen. Eine Heimkehr erschien ihm als sinnlos, da er in Ungarn keine Existenzgrundlage für sich sah und auch der Kontakt zu seiner Familie völlig abgebrochen war. So wie er es formulierte, ging er davon aus, dass auch sie verschleppt worden waren. Er blieb daher in Kärnten und versuchte seinen Lebensunterhalt mit Hilfsarbeitertätigkeiten so gut als möglich zu bestreiten. Ihm erging es hierbei ähnlich wie vielen seiner Leidensgenossen – durch den Umstand, dass sie in sehr jungen Jahren verschleppt und zur Arbeit herangezogen worden waren, hatten sie keine Möglichkeit, eine Berufsausbildung abzuschließen, auch ihre Schulausbildung wurde durch die Verschleppung unterbrochen. Aufgrund dessen war es ihnen auch nach 1945 in der Regel nicht möglich, eine gut bezahlte, sichere Arbeit zu bekommen. B. zog daraufhin in den 1950er-Jahren nach Wien, um sich hier eine Existenz aufzubauen. Von dort reichte er 2004 auch seinen Antrag an den ÖVF ein, der bewilligt wurde.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> ÖStA, ÖVF, Bestand „Österreich – Ad acta“, Akt Nr. 3092.

<sup>19</sup> Ebd., Akt Nr. 3433.

## SCHLUSSBETRACHTUNG

Obwohl die Distanz zu Ungarn, im Gegensatz zu anderen „klassischen“ Herkunftsländern von in Österreich gebliebenen DPs, relativ klein ist und (v. a. von amerikanischer und sowjetischer Seite) große Bemühungen dahingehend investiert wurden, die ungarischen DPs zur Heimkehr zu bewegen, entschieden sich viele von ihnen für einen Verbleib in Österreich. Abgesehen vor der Angst, den Heimweg nicht schaffen zu können, waren die Motive der ungarischen „Dagebliebenen“ denen der polnischen oder russischen DPs sehr ähnlich: Auch sie fürchteten politische Repressionen, litten unter Perspektivlosigkeit oder hatten im Zuge ihres Arbeitseinsatzes in Österreich sozialen Anschluss gefunden.

Die von ihnen an den ÖVF gestellten Anträge legen ein Zeugnis ab von ihrem Schicksal als Zwangsarbeiter und „heimatlose Ausländer“, die nach Jahren des Lebens unter Zwang 1945 erst wieder ihren Platz in der Gesellschaft und ihr wirtschaftliches Auslangen finden mussten. Die Tatsache, dass das Leben dieser Menschen bislang vor allem im Hinblick auf ihren Arbeitseinsatz während des Zweiten Weltkrieges wissenschaftliche Aufmerksamkeit erlangte, offenbart die Tatsache, dass noch zahlreiche weitere Forschungen notwendig sind, um wirklich einschätzen zu können, was es für sie, für ihr Schicksal bedeutete, in jungen Jahren als Zwangsarbeiter ins heutige Österreich verschleppt worden zu sein. Die Akten des ÖVF können hier erste gute Anhaltspunkte liefern. Es werden aber noch weitere Forschungen notwendig sein, um alle Aspekte dieses Themas ausreichend beleuchten zu können.

DIETER BACHER

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## UNGEDRUCKTE QUELLEN

ÖStA ÖVF

Österreichisches Staatsarchiv, Österreichischer Versöhnungsfonds (ÖVF)

## LITERATUR

- BACHER, 2013a: Dieter BACHER: Zwangsarbeit in Österreich und die Arbeit des „Österreichischen Versöhnungsfonds“. *Zwangsarbeiter in Österreich 1939–1945 und ihr Nachkriegsschicksal*. Ergebnisse der Auswertung des Aktenbestandes des „Österreichischen Versöhnungsfonds“. Ein Zwischenbericht. Hrsg. von Dieter Bacher – Stefan Karner. Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 21. Innsbruck – Wien – Bozen, 2013, 15–58.
- BACHER, 2013b: Dieter BACHER, Eine neue Heimat. Eine Motivanalyse in Österreich verbliebener Zwangsarbeiter anhand des Aktenbestandes des „Österreichischen Versöhnungsfonds“ *Zwangsarbeiter in Österreich 1939–1945 und ihr Nachkriegsschicksal*. Ergebnisse der Auswertung des Aktenbestandes des „Österreichischen Versöhnungsfonds“. Ein Zwischenbericht. Hrsg. von Dieter Bacher – Stefan Karner. Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 21. Innsbruck – Wien – Bozen 2013, 271–323.
- FREUND – PERZ, 2002: Florian FREUND – Bertrand PERZ: Zwangsarbeit von zivilen Ausländerinnen, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und ungarischen Juden in Österreich. NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Hrsg. von Emmerich Talos – Ernst Hanisch – Wolfgang Neugebauer – Reinhard Sieder. Wien 2002, 644–688.
- FREUND – PERZ – SPOERER, 2004: Florian FREUND – Bertrand PERZ – Mark SPOERER: *Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945*. Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Bd. 26, 1. Teilb. Wien, München, 2004.

- GOEKEN-HAIDL, 2006: Ulrike GOEKEN-HAIDL: *Der Weg zurück*. Die Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Essen, 2006.
- HERBERT, 1985: Ulrich HERBERT: *Fremdarbeiter*. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin, 1985.
- JACOBMEYER, 1985: Wolfgang JACOBMEYER: *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer*. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 65. Göttingen, 1985.
- KAIENBURG, 2003: Hermann KAIENBURG: *Die Wirtschaft der SS*. Berlin, 2003.
- LAPPIN-EPPEL, 2010: Eleonore LAPPIN-EPPEL: *Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45*. Arbeitseinsatz – Todesmärsche – Folgen. Austria: Forschung und Wissenschaft. Geschichte. Bd. 3. Wien, Münster, 2010.
- POLJAN, 2002: Pavel POLJAN: *Žertvy dvuch diktatur: ž izn', trud, uniženie i smert' sovetskich voenno-plennyh i ostarbajterov na čužbine i na rodine*. Moskau, 2002.
- RUGGENTHALER – IBER (Hrsg.), 2010: *Hitlers Sklaven – Stalins „Verräter“*. Aspekte der Repression an Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Eine Zwischenbilanz. Hrsg. von Peter Ruggenthaler – Walter M. Iber. Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung. Bd. 14. Innsbruck, 2010.
- SZITA, 1999: Szabolcs SZITA: *Verschleppt, verbungert, vernichtet*. Die Deportation von ungarischen Juden auf das Gebiet des annektierten Österreich 1944–1945. Wien, 1999.
- STIEBER, 1997: Gabriela STIEBER: *Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark*. Graz, 1997.

KONFIGURATIONSELEMENTE  
DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN  
NACHBARSCHAFT IN VERBINDUNG  
MIT DER WIEDERAUFNAHME DER DIPLOMATISCHEN  
BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BEIDEN STAATEN  
IN DEN ERSTEN NACHKRIEGSJAHREN<sup>1</sup>

GESCHICHTE UND GEOGRAFIE, INNEN- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK  
SOWIE TERRITORIALE FRAGEN

Ausgehend vom grundlegenden Rahmenfaktor einer engen, historisch bedingten Verknüpfung zwischen Österreich und Ungarn war man in den Jahren nach 1945 am Ballhausplatz bemüht, mit dem von gemeinsamer geschichtlicher Tradition geprägten östlichen Grenznachbarn die Wiederaufnahme diplomatischer Kontakte möglichst rasch in die Wege zu leiten.

Mit dem Beginn der Doppelmonarchie unter der Krone Habsburgs im Jahre 1867 und dem damit einhergehenden „Ausgleich“, der die jahrhundertalte, zugunsten Wiens bestehende Dominanz zwischen beiden Reichsteilen aufhob und den Magyaren weitgehende Autonomie gewährte, verband Österreich und Ungarn eine auf pragmatischer Zweckrationalität basierende generelle Bereitschaft zur Kommunikation und Kooperation. Getragen war der zweiseitige Wille zu weitgehender Zusammenarbeit von der jeweiligen Erkenntnis, dass sich Konflikte in den gegenseitigen Bezie-

---

<sup>1</sup>Das vorliegende Exposé über die „Konfigurationselemente der österreichisch-ungarischen Nachbarschaft in Verbindung mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten in den ersten Nachkriegsjahren“ ist eine Kurzversion des Kapitels „Österreich und Ungarn“ aus folgender Publikation: Fiesinger, 1993. Es ist darauf hinzuweisen, dass die o.g. ungekürzte Original-Version eine wesentlich ausführlichere, genauere und umfassendere Zitierung von Original-Quellenangaben und Textstellen aus Sekundärliteratur aufweist, als dies in diesem Rahmen einer inhaltlich verkürzten und redaktionell gestrafften Version der Fall sein kann.

hungen letzten Endes fast immer zum Nachteil beider ausgewirkt hatten. Von großer Bedeutung für die Entwicklung nachbarschaftlicher Verständigung war im übrigen die trotz unterschiedlicher Sichtweise gleichermaßen als Niederlage und Verlust empfundene Erfahrung vom Niedergang der Doppelmonarchie im Jahre 1918, während die Tschechen, Slowaken und Jugoslawen mehrheitlich im Zerfall des Habsburger Vielvölkerimperiums einen siegreichen Gewinn mit der daraus resultierenden Chance einer erstmals möglichen eigenstaatlichen Entwicklung erblickten.

Als Folge einer nach dem Auseinanderbrechen des Habsburger Reiches sich allmählich herausbildenden Multipolarität im europäischen Kräftesystem, und bedingt durch die Perzeption in Wien und Budapest, dass die politischen Schwächen der Kleinstaaten durch Allianzen ausgeglichen werden mussten, war das bilaterale Nachbarschaftsverhältnis in der Zwischenkriegszeit (1918-1938) weitgehend vom beiderseitigen Konsens konfliktminimierender Kooperationsbereitschaft geprägt.

Schon allein aufgrund der historisch begründeten Verflechtung Österreichs und Ungarns war nach dem Wiederentstehen der Alpenrepublik im Jahre 1945 den politischen Funktionsträgern am Ballhausplatz sehr daran gelegen, an die Nachbarschaftskontakte der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen und diese in effizienter Weise voranzutreiben.<sup>2</sup>

Die nachbarschaftspolitische Option Österreichs gegenüber Ungarn kommt denn auch in verschiedenen Verlautbarungen offen zum Ausdruck. So erklärte Außenminister Karl Gruber am 31. März 1946 hinsichtlich der vom Wiener Außenamt anvisierten bilateralen Kontaktaufnahme:

*„Es ist der Wunsch Österreichs, die traditionell freundnachbarschaftlichen Beziehungen zu Ungarn, so wie sie vor dem Kriege bestanden haben, wieder herzustellen“.*<sup>3</sup>

Eine durchaus ernstzunehmende Gefahr, als offener oder zumindest latenter Hemmfaktor des politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Wiederanknüpfungsprozesses zu wirken, bildete allerdings fortan die ab 1946 immer deutlicher zutage tretende Satellisierung Ungarns durch die sowjetische Besatzungsmacht, als deren Folge die Budapester Regierung zunehmend stärker unter den Druck der von Moskau gelenkten Kommunisten geriet:

<sup>2</sup> HEINRICH, 1985, 15–19, 38; MLYNAR, 1985, 149; 169–170.

<sup>3</sup> ÖStA/AdR BMfAA K.d.M. GZl. 266/K-46; ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Österreich 2, GZl. 110.095/46, Zl. 110.896/46.



Aus den im November 1945 abgehaltenen, weitgehend freien Parlamentswahlen war die Kleinlandwirtepartei, eine strikt antikommunistische Agrarpartei mit langer Tradition, mit rund 58 Prozent der Stimmen als großer Gewinner hervorgegangen. Mit der als Bedingung für die Durchführung der Parlamentswahlen verbundenen Auflage der seit 1944/45 in Ungarn stationierten sowjetischen Militärs, unabhängig vom Wahlausgang eine Allparteienkoalition zu bilden, relativierte sich der Sieg der Kleinlandwirtepartei allerdings in beträchtlicher Weise, zumal es den Kommunisten gelang, die für den Ausbau ihrer Machtposition strategisch wichtigen Ministerien wie zum Beispiel das Innenministerium unter ihre Führung zu bekommen.

In einem als „*streng vertraulich*“ behandelten Bericht über die politische Lage Ungarns, den Legationsrat Rudolf Seemann im Auftrag des Wiener Außenamtes nach seiner zum Zweck allererster Sondierungsgespräche erfolgten Dienstreise Anfang Januar 1946 erstellt hatte, ist zu entnehmen, dass in Ungarn trotz des Wahlsieges der Kleinlandwirtepartei die eigentliche Macht in den Händen der Kommunisten ruhte, als deren Hauptexponent der stellvertretende ungarische Ministerpräsident, Mátyás Rákosi, ein Vertrauensmann der Sowjets, angesehen wurde. Ministerpräsident Zoltán Tildy von der Kleinlandwirtepartei war nach Einschätzung von Legationsrat Seemann der vorerst noch latenten Usurpation der von den Sowjets unterstützten ungarischen Kommunisten nicht gewachsen. Seemann beendete seinen Lagebericht mit der Feststellung: „*Es ist keine Frage, dass Russland in Ungarn diktiert und die ungarische Regierung mehr oder weniger nur ein Scheindasein führt*“.<sup>4</sup>

Die politische Entwicklung in Ungarn bestätigte in der Folgezeit diese Lagebeurteilung, da die Kommunisten mit dem Einverständnis der sowjetischen Besatzungsmacht ab 1946 alles daran setzten, das Mehrparteiensystem im Hinblick auf eine via „Volksdemokratisierung“ installierte Alleinherrschaft zu zerschlagen. Das Hauptaugenmerk richteten sie dabei auf die Kleinlandwirtepartei, die mittels der berühmt-berüchtigten „Salamitaktik“ liquidiert werden sollte. Einen besonders augenscheinlichen Erfolg der kommunistischen Pression bildete der im Mai 1947 erzwungene Rücktritt des seit Februar 1946 an der Spitze der ungarischen Regierung stehenden Ministerpräsidenten Ferenc Nagy, ebenfalls einem Vertreter der

<sup>4</sup> ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Österreich 2, GZl. 110.095/46, Zl. 110.221/46. Bericht über die Durchführung des Dienstauftrages in Budapest von Legationsrat Rudolf Seemann (12.-19. 1. 1946).

Kleinlandwirtepartei, der sich als überzeugter Demokrat und Antikommunist erwies. Mit dem faktischen Sturz Nagys begann die Hauptphase der kommunistischen Usurpation, die im Jahre 1949 mit der Proklamation der Volksrepublik ihren Abschluss fand.<sup>5</sup>

Die sich für die nachbarschaftlichen Wiederannäherungsbemühungen des Wiener Außenamtes als negativ erweisende politische Kodeterminante des ungarischen Volksdemokratisierungsprozesses führte insofern im ersten Nachkriegsjahrfünft zu einer vorwiegend auf Nachbarschaftsebene konstantierbaren Nivellierung der positiven historischen Rahmenbedingungen.

Von wesentlicher Bedeutung für das wiedererstandene Österreich waren die innenpolitischen Vorgänge Ungarns aber nicht nur bezüglich nachbarschaftspolitischer Optionen, sondern auch im Hinblick auf einen Analysebereich, der in der vorliegenden Studie nur kurz angeschnitten werden kann, obwohl er durchaus in interdependentem Zusammenhang mit der in diesem Rahmen behandelten Thematik steht: die Einflussmöglichkeit exogener Kodeterminanten auf den endogenen Machtbereich, konkret, die Resonanz der kommunistischen Agitation in Ungarn auf die österreichische Innenpolitik.

Die im Mai 1947 mit dem erzwungenen Rücktritt von Ferenc Nagy sich abzeichnende vollständige Machtübernahme der ungarischen Kommunisten erfüllte die österreichische Bundesregierung mit Sorge, da es Anfang desselben Monats auch in Wien im Rahmen kommunistisch gelenkter Massenkundgebungen zu Tumultszenen gegen die Regierung von Leopold Figl, ÖVP, gekommen war. Vor dem Hintergrund der Einbindung Österreichs in die Marshall-Plan-Hilfe hatte die zunehmend in die Enge getriebene KPÖ versucht, die von ihr nicht mehr mitbestimmte und ihren Interessen entgegengesetzte Regierungspolitik zu unterminieren. Die angesichts der fortwährenden Nahrungsmittelknappheit bestehende Unzufriedenheit der österreichischen Öffentlichkeit sich zunutze machend, initiierte die KPÖ Anfang Mai 1947 mit dem Potential mehrerer tausend Arbeiter aus den sowjetisch kontrollierten Unternehmen Protestaktionen und partielle

---

<sup>5</sup>SCHÄRE, 1960, 173. sowie ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II.Pol., Österreich 3, GZl. III.546/47, Zl. ebd. Panzerakten a-Ö. Nützliche Hintergrundinformation erhielt der Verfasser dieser Studie auch von Botschafter i.R. Dr. Erich Pichler, der von April 1947 bis Herbst 1948 an der österreichischen Vertretung in Budapest als Legationssekretär tätig war. Interview mit Dr. Pichler am 22. November 1990.

Streikbewegungen. Den Höhepunkt dieser Agitation bildete die am 05. Mai 1947 von der KPÖ organisierte sogenannte „Hunger-Demonstration“ vor dem Ballhausplatz, die nicht auf verbesserte Lebensbedingungen abzielte, sondern rein politisch motiviert war. Unter dem Eindruck einer vom damaligen Innenminister Oskar Helmer als durchaus möglich erachteten Stürmung des von 5000 Demonstranten umstellten Bundeskanzleramtes, sah sich Außenminister Karl Gruber gezwungen, im amerikanischen Hauptquartier telefonisch um Unterstützung zu bitten. Dem Protest der drei westlichen Kommandanten ist es zuzuschreiben, dass sich die von der KPÖ mobilisierte und offensichtlich von sowjetischen Verbindungsoffizieren koordinierte Demonstration noch am gleichen Tag auflöste.<sup>6</sup>

Dennoch blieb die Angst vor der kommunistischen Gefahr weiterhin bestehen, nicht zuletzt forciert durch die just um jene Zeit einsetzende Flüchtlingswelle aus Ungarn. Mit großer Sorge nahm man die Berichte der ungarischen Flüchtlinge über das brutale Vorgehen der Geheimpolizei und die kommunistische Machtübernahme auf allen Ebenen zur Kenntnis. Mit Genugtuung registrierte man den durch die alliierte Vier-Mächte-Besatzung bedingten unterschiedlichen Status zwischen Österreich und Ungarn.

Ihren krisenhaften Höhepunkt erreichte die innenpolitische Situation Österreichs mit der Aufdeckung der von der SPÖ propagandistisch ausgeschlachten sogenannten „Figl-Fischerei“ – genau eine Woche nach der Zwangsdemission Ferenc Nagys in Ungarn. Bei der „Figl-Fischerei“, hinter der Vizekanzler Adolf Schärf, SPÖ, ein Beispiel jener „Salami-Taktik“ vermutete, deren sich der ungarische KP-Chef Mátyás Rákosi Jahre später rühmte, handelte es sich um einige im Mai und Anfang Juni 1947 in privatem Kreis geführte Unterredungen zwischen dem Wortführer der KPÖ im österreichischen Parlament, Ernst Fischer, und Vertretern der ÖVP, darunter auch einmal am 5. Juni 1947 Bundeskanzler Leopold Figl. Im Rahmen eines gegenseitigen Meinungsaustausches dienten sie allerdings rein informativen Zwecken ohne weitergehende Konsequenzen. Dass diese Gespräche dennoch nicht ohne Brisanz waren, lag nicht nur an ihrem ominösen Anschein, sondern vor allem darin begründet, dass exakt zu jenem Zeitpunkt die ungarische Kleinlandwirtpartei gerade jenen Kurswechsel vollzog, den Ernst Fischer sich von Leopold Figl erhoffte: eine Regierungsumbildung in der Art, dass die als höchst antisowjetisch eingestuften Bun-

---

<sup>6</sup>Zum chronologischen Ablauf der Ereignisse vom 5. Mai 1947 vgl. NÖLA Nachlass Dipl. Ing. Dr. h. c. Leopold Figl, Tagebuch Juli 1946–Mai 1947.

desminister Gruber und Helmer durch sowjetfreundliche Persönlichkeiten ersetzt und die Regierung um mehrere kommunistisch besetzte Kabinettsposten erweitert würde. Diese Hoffnung der KPÖ erfüllte sich nicht. Die im Vergleich zu den „Hungerdemonstrationen“ vom Mai 1947 wesentlich subtilere Methode der kommunistischen Einflussnahme blieb ohne jede Chance ihrer Verwirklichung.<sup>7</sup>

Nach diesem kurzen und selektiven Exkurs in die jeweiligen staatsinternen Angelegenheiten Österreichs und Ungarns, der nur in peripherer Weise die enge Verflechtung österreichischer Innen- und Außenpolitik im Zeitraum des ersten Nachkriegsjahrfünfts anschneiden konnte, lässt sich an dieser Stelle ganz generell konstatieren, dass die Beziehungen zu den östlichen, im Vorfeld der Sowjetunion liegenden Staaten Europas, unmittelbar nach 1945 durch die Härte des jeweiligen Besatzungsregimes, durch die Machtergreifung der KP in jenen Ländern und nicht zuletzt durch den daraus resultierenden Flüchtlingsstrom Belastungen ausgesetzt waren, die meistens nicht ohne negative Folgewirkung für die Reetablierung der österreichischen Nachbarschaftspolitik blieben.

Im speziellen Fall des österreichisch-ungarischen Nachbarschaftsverhältnisses veranlasste die mit dem Sturz von Ferenc Nagy verbundene faktische Machtübernahme der Kommunisten in Budapest die Bundesregierung in Wien zu erhöhter Vorsicht und Abwehrbereitschaft gegenüber der sowjetisch gesteuerten kommunistischen Agitation im eigenen Lande, die zeitgleich mit den Vorgängen im östlichen Nachbarland an Vehemenz zuzunehmen schienen. In diesem Sinne darf wohl von einer eindeutigen Resonanz der politischen Vorgänge in Ungarn auf die österreichische Innenpolitik gesprochen werden.

Hinsichtlich der österreichischen Außenpolitik beziehungsweise bilateralen Nachbarschaftspolitik gestaltete sich die Sachlage etwas differenzierter. Einerseits hatten gerade die Budapester Ereignisse des Jahres 1947 sehr wohl Auswirkungen auf die nachbarschaftlichen Kontakte. Insbesondere im Bereich der bilateralen Diplomatie, die im folgenden Abschnitt einer näheren Analyse unterzogen wird, wirkten die Vorgänge in Ungarn als Hemmfaktor. Andererseits versuchte man auf österreichischer Seite, diesen Entwicklungstendenzen soweit wie möglich entgegenzusteuern.

---

<sup>7</sup>ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Österreich 3, GZl./Zl. III.546/47. Panzerakten a-Ö. Literatur hierzu u.a.: ANDICS, 1980, sowie SCHAUSBERGER, 1980.

In Ermangelung voller staatlicher Souveränität aufgrund der alliierten Vier-Mächte-Besatzung und bedingt durch die befürchtete Möglichkeit sowjetischer Repressalien war der Wiener Bundesregierung sehr daran gelegen, alles zu vermeiden, was von ungarischer Seite in irgendeiner Form als Einmischung in die inneren Angelegenheiten hätte gewertet werden können.

Zu diesem Fazit kommt auch Erich Pichler, der von April 1947 bis Herbst 1948 in der Funktion eines Legationssekretärs an der österreichischen Vertretung in Budapest die „Salami-Taktik“ der ungarischen Kommunisten als Zeitzeuge vor Ort miterlebt hatte. In Übereinstimmung mit dem Urteil von Erich Pichler und Hans Reichmann ist festzustellen, dass der österreichischen Bundesregierung sowohl staats- als auch völkerrechtlich die Hände gebunden waren, dass sie also auf die politischen Umwälzungen in Budapest gar nicht reagieren konnte und ihr somit nur die Möglichkeit einer passiven Kenntnisnahme der Ereignisse in den Nachbarstaaten blieb.

Schien es noch im Jahre 1947, als könnte in dieser Frühphase des „Kalten Krieges“ der aufbrechende ideologisch-machtpolitische und militärstrategische Ost-West-Antagonismus die politischen Beziehungen zwischen Wien und Budapest nicht ernsthaft belasten, zeigten sich dagegen im Jahre 1948 erste direkte Differenzen. Die Resonanz globaler Kodeterminanten auf regionale Fragen verschonte auch das österreichisch-ungarische Nachbarschaftsverhältnis nicht. Die erste österreichische Protestnote wegen der Verminung der Grenze und der daraus resultierenden Schäden an österreichischem Eigentum wurde der Regierung in Budapest von Seiten Wiens am 29. November 1948 überreicht. Sie bildete den Auftakt zu einer Reihe von Protesten und Gegenprotesten, die sich bis 1955 fortsetzten.

Für das offizielle politische Verhältnis Österreichs zu Ungarn war sicherlich entscheidend, so die Wertung von Hans Georg Heinrich, „dass man, selbst wenn man das gewollt hätte, unmöglich die Zustimmung zum Staatsvertrag von den westlichen Alliierten hätte bekommen können, wenn man die – im Kalten Krieg ziemlich straffe – Blockdisziplin verletzt hätte, und für das Ungarn Rákosis war die Behandlung Österreichs durch die Sowjetunion die entscheidende Richtschnur“.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> HEINRICH, 1985, 18–19. Interview mit Botschafter i.R. Dr. Erich Pichler am 22. November 1990. Interviews mit Botschafter i.R. Dr. Hans Reichmann u.a. zu diesem Thema am 09., 13. und 30. Oktober 1990, am 27. November 1990 sowie am 19. April 1991.

Noch vor der sich im Laufe der Jahre immer deutlicher abzeichnenden ideologischen Entfremdung schien eine kurze Zeit lang noch ein anderer bilateraler Problempunkt für nachbarschaftliche Dissonanzen zwischen Österreich und Ungarn prädestiniert zu sein: die Ödenburger Frage.

Nach dem Zerfall der Monarchie wurde Ödenburg (Sopron) der Mittelpunkt der burgenländischen Autonomie- und Anschlussbestrebungen und am 20. April 1919 Hauptstadt des Gouvernements „Deutsch-Westungarn“ der ungarischen Räterepublik. Die Friedensverträge von Saint Germain vom 10. September 1919 und Trianon vom 4. Juni 1920 sprachen Ödenburg der neugegründeten Republik Österreich zu. Gemäß einer von der Pressestelle der burgenländischen Landeshauptmannschaft für das Wiener Außenamt im Jahre 1946 angefertigten Informationsschrift verhinderte jedoch die „Waffengewalt regulärer und irregulärer ungarischer Streitkräfte [...] die Durchführung der Friedensverträge und zwang eine Volksabstimmung herbei.“ Wie in der Hintergrundinformation weiter hervorgehoben wird, bewirkten „Terror und Repression [...], dass sich nur 35 % (der Wahlberechtigten) für einen Anschluss an das österreichische Burgenland aussprachen“.<sup>9</sup>

Ödenburg, fortan Sopron, fiel damit definitiv Ungarn zu. Sollten sich die Regierungsverantwortlichen am Ballhausplatz eventuell zunächst erhofft haben, dem Selbstbestimmungsrecht der Ödenburger Bevölkerung mittels einer erneuten Volksabstimmung zum Durchbruch verhelfen zu können, so ist doch dem Urteil von Renate Tuma beizupflichten, dass die österreichische Regierung offiziell keinen Anspruch auf Angliederung beziehungsweise Volksabstimmung im westungarischen Gebiet stellte, obgleich sie dem Wunsch der Burgenländer durchaus Verständnis entgegenbrachte.<sup>10</sup>

Mit einer inoffiziellen Unterstützung von Seiten Wiens konnte die burgenländische Bevölkerung jedoch zunächst durchaus rechnen.

Am 6. August 1945 erklärte Staatskanzler Karl Renner in einem Interview bezüglich der österreichisch-ungarischen Grenzfrage:

„In dieser Hinsicht haben wir keinen anderen Wunsch, als dass die Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain wiederhergestellt werden, die bekanntlich Ödenburg Österreich zugewiesen haben.“<sup>11</sup>

Wie sich Karl Renner die praktische Durchführung dieses Anliegens vorstellte, erläuterte er einen Tag nach diesem Interview den Regierungs-

<sup>9</sup> ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Ungarn 9, GZl./Zl. 110.054/46.

<sup>10</sup> TUMA, 1989, 70.

<sup>11</sup> TASS-Interview mit Staatskanzler Dr. Karl Renner vom 06. August 1945; ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., GZl43/45, Zl. 782/45.

mitgliedern. Seiner Meinung nach sollte die agitatorische Plattform nicht von der Regierung sondern von der burgenländischen Bevölkerung ausgehen: Durch diese Handlungsstrategie sollte die Bundesregierung von jeglicher, das österreichisch-ungarische Nachbarschaftsverhältnis belastenden Involvierung in die Grenzdiskussion enthoben sein. Es bildete daher keinen inhaltlichen Widerspruch zu seinem oben zitierten Statement vom 6. August 1945, wenn Karl Renner, inzwischen in der Funktion des Bundespräsidenten, ein gutes halbes Jahr später betonte, dass die sogenannte Ödenburger Frage von offizieller Seite niemals aufgeworfen worden sei. Die österreichische Regierung, so Renner im April 1946, habe nach Osten keine Grenzforderungen erhoben.<sup>12</sup>

Dass für Ungarn die Zugehörigkeit Soprons zum staatseigenen Territorium zu keinem Zeitpunkt ein Diskussionsthema war und die Regierung in Budapest deshalb schon bei geringstem Anschein einer Infragestellung der österreichisch-ungarischen Grenze äußerst pikiert reagierte, hatte sich erstmals zu Beginn des Jahres 1946 manifestiert, als österreichische Zeitungen im Zusammenhang mit der geplanten Vertreibung der Deutschsprachigen das Unrecht von Ödenburg beklagten.

Dies führte Anfang Januar 1946 zu einer offiziellen Beschwerde von Seiten Ungarns.

Es ist davon auszugehen, dass die österreichische Bundesregierung im Verlauf der weiteren Wochen und Monate bezüglich der Grenzthematik unter Aufrechterhaltung ihrer inoffiziellen Unterstützung burgenländischer Territorialwünsche eine Festlegung in dieser Thematik zunächst vermeiden wollte.

Zum Ausdruck kommt dies unter anderem in einer Instruktion Außenminister Grubers an Legationsrat Seemann, der im Auftrag des Außenamtes zwecks erster Konsultationen am 12. Januar 1946 eine einwöchige Dienstreise nach Budapest antrat. Wie aus einem diesbezüglichen Amtsvermerk des Außenministers hervorgeht, wurde Seemann von Gruber angewiesen, er solle, falls die Ödenburger Frage in Budapest zur Sprache käme, nach Möglichkeit versuchen,

*„darüber hinweg zuleiten und eventuell sagen [...], dass er nicht den Eindruck habe, dass diese Frage in irgendeiner Weise ein dringendes Problem darstelle.“*<sup>13</sup>

<sup>12</sup> *Neues Österreich*, 27. April 1946, 2.

<sup>13</sup> ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Österreich 2, GZl. 110.095/46, Zl. 110.135/46.

Die Ödenburger Frage quasi als zweite Südtirolfrage hochzuspielen und als ein zentrales Anliegen der österreichischen Außenpolitik zu proklamieren, war zu keinem Zeitpunkt offizielle Regierungspolitik Österreichs.

In Entsprechung dieser Position sah die Bundesregierung deshalb auch keinen Grund, ungarischen Forderungen vom Mai 1946 nachzukommen, hinsichtlich der Ödenburger Frage eine offizielle und definitive Stellungnahme abzugeben.

Den äußeren Anlass für ein derartiges Ansinnen Budapests bildete die außenpolitische Debatte im Österreichischen Nationalrat vom 22. und 23. Mai 1946, in der sämtliche vermeintlich noch offenen Grenzfragen Österreichs, darunter Ödenburg, zur Sprache kamen und die zu ersten, vor allem auf diplomatischer Ebene spürbaren Dissonanzen im österreichisch-ungarischen Nachbarschaftsverhältnis führten. Waren die bisherigen ungarischen Reaktionen auf die von Wien tolerierten burgenländischen Gebietsansprüche eher moderat gehalten, nahm nun der Ton an Schärfe zu. So machte die ungarische Regierung nicht nur deutlich, dass sie über die Frage nicht zur Verhandlung bereit wäre, sondern ließ auch um die österreichisch-ungarischen Beziehungen bangen.<sup>14</sup>

Am Ballhausplatz zeigte man für die Aufregung der östlichen Nachbarrepublik wenig Verständnis und verwies darauf, dass es sich lediglich um eine parlamentarische Erörterung und nicht um eine öffentlich erhobene Forderung von Regierungsmitgliedern gehandelt habe.<sup>15</sup>

In Anbetracht der als zunehmend unrealistisch perzipierten Durchsetzbarkeit einer Grenzrektifikation zog die österreichische Bundesregierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1946, spätestens aber mit dem Beginn der alliierten Sonderbeauftragtenkonferenz vom Januar 1947 ihren, wenngleich nicht offiziell erwogenen, so doch inoffiziell unterstützten Anspruch auf die Angliederung des Ostburgenlandes mittels einer Volksabstimmung definitiv zurück. Damit war dieses das bilaterale Nachbarschaftsverhältnis zeitweilig trübende Thema endgültig vom Tisch.

Einen nicht unwesentlichen Rahmenfaktor für die Wiederaufnahme der nachbarschaftlichen Beziehungen bildete auch der Handelssektor. Entsprechend dem handelspolitischen Ziel einer baldigen Intensivierung der

<sup>14</sup> TUMA, 1989, 91–93; ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol. Ungarn 9, GZl. 110.054/46, Zl. 111.526/46 sowie Zl. 111.666/46. Berichte des österreichischen Vertreters in Budapest, Meinrad Falser, an Außenminister Karl Gruber. (27. Mai und 11. Juni 1946).

<sup>15</sup> ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol. Ungarn 9, GZl. 110.054/46, Zl. 111.525/46.



Wirtschaftsbeziehungen ging Österreich unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges daran, im Rahmen der Wiederankurbelung des Handels mit seinen Grenznachbarn möglichst rasch auch Kontakte zu Ungarn zu knüpfen. Allerdings begann der gegenseitige Warenverkehr nur äußerst schleppend.

Ab Herbst 1946 nahmen die österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen erstmals konkrete Formen an. Im Oktober 1946 wurden auf Regierungsebene Vereinbarungen getroffen, im folgenden Monat eine österreichische Handelsdelegation nach Ungarn zu entsenden, um dort bilaterale Handelsvertragsverhandlungen aufzunehmen.

Am 23. Dezember 1946 konnte in Budapest der erste österreichisch-ungarische Nachkriegs-Handelsvertrag paraphiert werden, der aus einem Warenaustausch- und einem Zahlungsabkommen bestand. Am 11. März 1947 wurde der in Budapest paraphierte Handelsvertrag in Wien von Außenminister Karl Gruber für Österreich und von Ministerialrat Mihály Szilágyi für Ungarn feierlich unterzeichnet.

Von beiden Seiten wurde das erste staatliche Handelsabkommen als bedeutender Fortschritt in der Normalisierung der traditionellen und freundschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn gewürdigt, da es in grundlegender Weise die gegenseitige Lieferung von für den Wiederaufbau beider Länder wichtigen Waren ermöglichte.

Nachdem im Spätsommer des Jahres 1947 erneut Verhandlungen zwischen österreichischen und ungarischen Handelsdelegationen arrangiert worden waren, erfolgte am 5. September 1948 der Abschluss eines zweiten, im Vergleich zum Vorjahr erweiterten bilateralen Handelsabkommens, aufgrund dessen vor allem ungarische Lebensmittel gegen österreichische Industrieerzeugnisse getauscht wurden.

Im Übrigen hatten beide Staaten auch in Bezug auf die für den Handelsverkehr besonders wichtige Donau eine einvernehmliche Regelung erarbeitet. Am 18. August 1948 kam es zur Unterzeichnung der „Konvention betreffend das Regime der Donauschifffahrt“. Die ideologische Konfrontation wirkte sich auf das „business of usual“ nicht aus.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> HEINRICH, 1985, 19; ÖSta/AdR BMfAA K.d.M. GZl. 100.200/K-48. Weitere österreichisch-ungarische Handelsabkommen erfolgten im September 1951 und September 1954. Literatur hierzu: Breuss, 1983, 129. sowie STANKOVSKY, 1985, 47–108.

## DIE REETABLIERUNG DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN WIEN UND BUDAPEST

Am 12. Januar 1946 trat Legationsrat Rudolf Seemann im Auftrag von Außenminister Karl Gruber eine Dienstreise nach Budapest an. Obwohl der bis 19. Januar 1946 dauernde Aufenthalt Seemanns in der ungarischen Hauptstadt rein informellen Zwecken diente, minderte dies seine Bedeutung keineswegs. Im Gegenteil, die Seemann'sche Januar-Visite darf als Ausgangspunkt der erstmals nach dem Krieg sichtbar zum Ausdruck gebrachten Bemühungen Österreichs um die Wiederaufnahme diplomatischer Kontakte mit seinem östlichen Nachbarn angesehen werden.

Am Ballhausplatz knüpfte man hohe Erwartungen an diesen ersten Besuch eines österreichischen Diplomaten in Budapest. Einen Tag vor der Abreise Seemanns, am 11. Januar 1946, bestellte Außenminister Gruber Legationsrat Seemann zu einer gemeinsamen Besprechung zu sich, um mit ihm das genaue Programm abzustecken und ihm besondere Weisungen bezüglich der eventuell anstehenden Sachthemen zu erteilen. Gemäß der Direktive Grubers sollte Seemann seinen ungarischen Gesprächspartnern den Wunsch der Bundesregierung nach einem möglichst bald arrangierten Treffen auf Außenministerebene kundtun, bezüglich der anvisierten Wirtschaftsverhandlungen sowie bei der Frage des ungarischen Eigentums in Österreich Entgegenkommen signalisieren, das Thema Ödenburg nach Möglichkeit meiden, die Flüchtlingsproblematik erörtern, die innenpolitische und wirtschaftliche Lage Ungarns eruieren und insbesondere die hinsichtlich der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen anfallenden organisatorischen Fragen klären.

Mit diesem reichhaltigen Themenkatalog begann Legationsrat Seemann am 12. Januar 1946 seinen Dienstauftrag in Budapest. Die wohl wichtigste Unterredung seiner einwöchigen Visite fand am 14. Januar statt, als Seemann mit Ungarns Außenminister János Gyöngyösi zusammentraf. Der Empfang verlief nach Angaben Seemanns in freundlicher und gelöster Atmosphäre. Nach dem Austausch der üblichen Höflichkeiten und der Überreichung des österreichischen Bevollmächtigungsschreibens kam man schnell zur Sache. Als beauftragter Vertreter der Wiener Bundesregierung erklärte Legationsrat Seemann, „*Österreich wünsche die traditionellen Beziehungen zu seinem östlichen Nachbarn auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet wieder aufzunehmen und nach Möglichkeit zu intensivieren.*“

In diesem Zusammenhang teilte Seemann Gyöngyösi die Absicht des Ballhausplatzes mit, „in nächster Zeit einen Berufs-Diplomaten als österreichischen Vertreter nach Budapest zu entsenden.“ Die „Form dieser Entsendung“ werde, so Seemann, „von der Stellungnahme des Wiener Alliierten Rates abhängen“. Des weiteren führte Seemann aus, er könne nur bedauern, dass Österreich bisher nicht in der Lage war, aus besatzungsrechtlichen und organisationstechnischen Gründen eine amtliche Vertretung in Budapest zu unterhalten.<sup>17</sup>

Wie sich im Verlauf der weiteren Unterredung zwischen Seemann und Gyöngyösi herauskristallisierte, nahm der ungarische Außenminister die Ausführungen des österreichischen Diplomaten zwar bereitwillig entgegen, zeigte sich aber in der Frage der Reetablierung diplomatischer Beziehungen eher zugeknöpft und unverbindlich. Budapest, so schien es, war diesbezüglich nicht von Zeitproblemen bedrängt. Dies geht aus Seemanns Dienstbericht an Gruber hervor, in dem geschrieben steht, „dass vorläufig keine Änderung in der Person des ungarischen Bevollmächtigten in Wien geplant ist und dass man sich vorläufig mit der Ernennung eines Gesandten für Wien noch nicht befasst hat.“<sup>18</sup>

Schon zum Zeitpunkt der Januar-Visite Seemanns offenbarte sich im übrigen, in welchem tiefem Abhängigkeitsverhältnis die ungarische Regierung zur sowjetischen Besatzungsmacht stand. Eine von Legationsrat Seemann anvisierte Unterredung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Tildy von der Kleinlandwirtepartei kam nicht zustande, weil sich jener „mit Rücksicht auf seine starke Überbürdung“ entschuldigen ließ. Der eigentliche Grund für diese fadenscheinige Begründung einer Gesprächsabsage war ein anderer, wie dies aus entsprechenden Dokumenten des Wiener Außenamtes hervorgeht. Der ungarische Ministerpräsident wollte mit Rücksicht auf die Haltung der Russen nicht in persönlichen Kontakt zu dem Vertreter Österreichs treten.<sup>19</sup>

Etwa fünf Wochen nach Beendigung der Informationsreise Seemanns erhielt das Außenamt am Ballhausplatz die Gelegenheit, auf dem Parkett der österreichisch-ungarischen Diplomatie einen zweiten Schritt zu vollziehen:

<sup>17</sup> ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Österreich 2, GZl. 110.095/46, Zl. 110.221/46, Vgl. Anh., Österr.-Ungarn, Dok. I. Bericht über die Durchführung des Dienstauftrages in Budapest durch Leg.Rat Seemann (12.1.–19. 1. 1946).

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Ebd.

Am 25. Februar 1946 überreichte Legationsrat Meinrad Falser als Vertreter der Republik Österreich dem ungarischen Außenminister sein Einführungsschreiben. Am 4. März ging im Wiener Außenamt folgende Mitteilung ein:

„[...] Der Herr Minister äußerte sich über die in Aussicht genommene Wiederaufnahme der Beziehungen mit Österreich in Worten besonderer Befriedigung und sprach die Erwartung aus, dass es in Bälde gelingen werde, dem traditionell freundschaftlichen Verhältnis zwischen den beiden Staaten durch die Wiederherstellung eines normalen diplomatischen Verkehrs Ausdruck zu verleihen.“<sup>20</sup>

Den Hoffnungen auf eine rasche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen standen allerdings einige die Erwartungen der österreichischen Bundesregierung dämpfende Faktoren gegenüber.

Zwar hatte der Alliierte Rat als Vorstufe zu den Bestimmungen des erst Mitte 1946 in Kraft gesetzten Zweiten Kontrollabkommens Österreich schon Anfang 1946 die Erlaubnis erteilt, politische Beziehungen (nicht diplomatische) mit allen Staaten außer Deutschland und Japan aufzunehmen, die der österreichischen Regierung die Anerkennung ausgesprochen haben, doch stand im Fall der österreichisch-ungarischen Beziehungen eben dieser Anerkennungsbeschluss von Seiten der Budapester Regierung im Frühjahr 1946 noch aus. Als Folge hiervon konnte das Wiener Außenamt Legationsrat Meinrad Falser vorerst nur als inoffiziellen Vertreter nach Budapest entsenden, dessen Aufgabe es sein sollte, den Schritt der Anerkennung durch die ungarische Regierung sobald wie möglich herbeizuführen.

Die Bemühungen österreichischer Politiker und Diplomaten um die formelle Anerkennung der wiedererrichteten Republik gestalteten sich jedoch schwieriger und langwieriger, als dies zunächst vermutet wurde. Selbst der von Bundeskanzler Leopold Figl im Rahmen eines Interviews an die ungarische Regierung gerichtete Appell vom April 1946 – „Wir hoffen, dass wir bald einen Politischen Vertreter nach Ungarn entsenden [...] können“<sup>21</sup> – blieb in Budapest ohne Resonanz. Österreich blieb nichts anderes übrig, als zu akzeptieren, dass Legationsrat Meinrad Falser bis auf weiteres nur als inoffizieller Vertreter Wiens in Budapest akkreditiert war. Entsprechend dem ihr zukommenden Status durfte Österreichs Auslandsmission in Budapest deshalb auch nicht den Titel „Politische Vertretung“ führen, sondern musste sich – wohl als signifikante Verbaldeklaration darüber, dass es

<sup>20</sup> ÖStA/AdR BMfAA K.d.M., GZl./Zl. 266./K-46. ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Österreich 2, GZl. 110.095/46, Zl. 110.896/46.

<sup>21</sup> ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Österreich 2, GZl. 110.095/46, Zl. 110.915/46.

sich bei ihr um eine Vor-Vor-Stufe der „Diplomatischen Vertretung“ handelte – in umständlicher Form „Vertretung der österreichischen Interessen“ nennen.

Die Verzögerung in der Anerkennung einer „Politischen Vertretung“ führte Legationsrat Falser weniger auf eine Obstruktionsabsicht der Budapester Regierung zurück, sondern schrieb sie eher der prinzipiellen Einstellung der Russen zu. In einem für Außenminister Karl Gruber am 22. Mai 1946 erstellten Lagebericht kam der österreichische Vertreter in Budapest, Meinrad Falser, zu folgendem Ergebnis:

*„Es ist für den aufmerksamen Beobachter ohne weiteres klar, dass die Besatzungsmacht eine weitergehende Annäherung Ungarns an den Westen nicht gerne sieht und mit der ihr eigenen Taktik alles tut, um dieselbe zu verhindern oder wenigstens zu verlangsamen. [...]. Die Errichtung amtlicher Vertretungsbehörden wird mit allen Mitteln verzögert [...].“<sup>22</sup>*

Am 18. Januar 1947 sprach die Regierung in Budapest der österreichischen Bundesregierung in Wien endlich ihre formelle Anerkennung aus. Damit schien der Weg für die offizielle Anerkennung der „Vertretung der österreichischen Interessen in Ungarn“, die sich fortan mit dem Titel „Politische Vertretung“ schmücken durfte, endgültig frei zu sein.<sup>23</sup>

Der Status einer „Diplomatischen Vertretung“ im Rahmen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten austausches auf Gesandtschaftsebene war jedoch noch nicht erreicht. Ursache hierfür waren diesmal nicht die politischen Gegebenheiten in Ungarn, sondern die interalliierten Bestimmungen in Österreich. Gemäß Artikel 7 Satz 2 des Zweiten Kontrollabkommens vom Juni 1946 bedurfte die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen mit Regierungen von Staaten, die nicht den Vereinten Nationen angehörten, der vorherigen Genehmigung des Alliierten Rates für Österreich. Dies war bei Ungarn der Fall. Ebenso wie Österreich und Italien wurde Ungarn erst 1955 in die Weltorganisation der Vereinten Nationen aufgenommen.

Es dauerte nochmals ein knappes Jahr, bis der Alliierte Rat dem nach Artikel 7 Satz 2 des Zweiten Kontrollabkommens erforderlichen Genehmi-

<sup>22</sup> ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Ungarn 2, GZl. 110.192/46, Zl. 111.479/46. Bericht von Legationsrat Meinrad Falser an Bundesminister Karl Gruber aus Budapest (22. Mai 1946). Vgl. ÖStA/AdR BMfAA Sekt. II-Pol., Österreich 2, GZl. 110.095/46, Zl. 111.724/46. Bericht von Gesandtem Bischoff an Bundesminister Gruber aus Paris (17. Juni 1946).

<sup>23</sup> ÖStA/AdR BMfAA K.d.M. GZl. 100.200/K-48.

gungsgesuch der österreichischen Bundesregierung stattgab. Am 28. Januar 1948 stimmte der Alliierte Rat schließlich der Wiederaufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn zu.<sup>24</sup>

Der Umwandlung der beiden „Politischen Vertretungen“ standen nun keine formellen Hindernisse mehr entgegen. Sie erfolgte im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Wien und Budapest im März 1948. Drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der österreichischen Unabhängigkeitsproklamation wurde somit beiden Grenznachbarn wieder die Befugnis eingeräumt, ihre bilateralen Angelegenheiten auf Gesandtschaftsebene zu regeln.<sup>25</sup>

Inzwischen hatte sich in der österreichischen Vertretung in Budapest auch eine personelle Veränderung vollzogen. Ende 1947 wurde Legationsrat Meinrad Falser, der seit März mit der Führung der Amtsgeschäfte betraut war, von Legationsrat Paul Wilhelm-Heininger abgelöst.<sup>26</sup>

Die Zeit Falsers in Budapest lässt sich ohne Zweifel als Pionierphase der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn qualifizieren. Vieles war bewegt worden, nicht alles wurde erreicht. War Legationsrat Falser in den Anfangsmonaten seiner Tätigkeit schon allein mit der Problematik um die offizielle Anerkennung seines Amtes als „Politische Vertretung“ konfrontiert, kamen noch organisatorische Schwierigkeiten dazu. Nach Angaben von Erich Pichler, der in der Funktion eines Legationssekretärs von April 1947 bis Herbst 1948 dem Leiter der österreichischen Vertretung in Budapest zugeordnet war, mussten erhebliche personelle und räumliche Engpässe überwunden werden. So bestand die Budapester Vertretungsbehörde im Jahre 1947 lediglich aus einem Zweimann-Betrieb, das heißt, aus Legationsrat Meinrad Falser und Legationssekretär Erich Pichler. Während Falser in seiner Repräsentationsfunktion als „Vertreter der österreichischen Interessen“ primär mit den politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des österreichisch-ungarischen Nachbarschaftsverhältnisses sowie mit der Installierung beziehungsweise Aufrechterhaltung des Kommunikationsflusses zwischen Budapest und Wien befasst war, hatte Pichler die alltäglichen anstehenden Dinge einer

<sup>24</sup> HEINRICH, 1985, 18.

<sup>25</sup> ÖStA/AdR BMfAA K.d.M. GZl. 100.200/K-48, Zl. 105.864/K-48 und Zl. 143.221/K-48.

<sup>26</sup> *Österreichische Behörden*. Nach dem Stand vom April 1947, Wien 1947, 26. Nach dem Stand vom 1. Jänner 1948, Wien 1948, 27. Sowie *Österreichischer Amtskalender* für das Jahr 1949. XII. Jahrg. Wien, 1949, 9. XIII. Jahrg. Wien, 1950, 15.

diplomatischen Verwaltungsbehörde, so zum Beispiel die Visa-Erteilung, zu erledigen. Erst 1948 kam zur Entlastung Pichlers ein weiterer Legationssekretär nach Budapest.

Untergebracht waren die beiden österreichischen Diplomaten Falser und Pichler zunächst in einem Budapester Hotel, da das ehemalige Gesandtschaftsgebäude sofort nach Kriegsende beschlagnahmt worden war. Im Laufe des Jahres 1947 fand man dann in einer alten Budapester Villa eine etwas passendere Unterkunft. Zu Falsers Nachfolger hatte das Außenamt in Wien, wie bereits erwähnt, Legationsrat Dr. Paul Wilhelm-Heininger bestellt. Er leitete die 1948 in den Stand einer Gesandtschaft erhobene österreichische Vertretung in der amtlichen Funktion eines Geschäftsträgers bis 1951. Ihm fiel die wichtige Aufgabe zu, einen reibungslosen Übergang von der Pionierphase in die ihr nachfolgende Phase der diplomatischen Vollnormalisierung zu gewährleisten.<sup>27</sup>

#### ZUSAMMENFASSUNG UND SYNOPTISCHE WERTUNG

Österreichs Bemühungen um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Ungarn waren von verschiedenen, ihren jeweils spezifischen Einfluss ausübenden Rahmenbedingungen umgeben:

Historische und geographische Grundlagen, innen-, außen- und wirtschaftspolitische Faktoren sowie partiell auch territoriale Fragen fungierten als Konfigurationselemente der bilateralen Nachbarschaftsdiplomatie.

Ausgehend vom grundlegenden Bestimmungsfaktor einer seit 1867 durch die Habsburger Doppelmonarchie entstandenen engen Verflechtung zwischen Österreich und Ungarn war den Entscheidungsträgern am Ballhausplatz nach dem Wiederentstehen der Alpenrepublik sehr daran gelegen, an die guten Kontakte aus der Vergangenheit mit dem durch eine kohärente geschichtliche Tradition geprägten östlichen Nachbarn anzuknüpfen und diese in effizienter Weise voranzutreiben.

Allerdings führte der sich im ersten Nachkriegsjahrfünft für Österreichs Streben nach baldiger Intensivierung der Nachbarschaftsbeziehungen als äußerst negativ erweisende politische Rahmenfaktor des ungarischen Volksdemokratisierungsprozesses zu einer weitgehenden Nivellierung der grundlegend positiven historischen und geographischen Rahmenbedingungen.

<sup>27</sup>Interview mit Botschafter i.R. Dr. Erich Pichler am 22. November 1990.

Insbesondere auf dem Terrain der bilateralen Diplomatie bildete die seit 1946 deutlich zutage getretene Satellisierung Ungarns durch die sowjetische Besatzungsmacht, als deren Folge die Budapester Regierung zunehmend stärker unter den Druck der von Moskau gelenkten Kommunisten geriet, einen eindeutigen, von Österreichs östlichem Nachbarn ausgehenden Hemmfaktor. Folgewirkungen zeigten sich neben dem komplizierten diplomatischen Beziehungsgeflecht auch im Bereich nachbarschaftlicher Politik, obwohl sich hier die Sachlage etwas differenzierter gestaltete. Sah es noch im Jahre 1947 so aus, als könnten die – in Wien aufmerksam registrierten – politisch-ideologischen Abgrenzungsversuche Budapests den atmosphärischen Bereich nicht ernsthaft trüben, änderte sich dies spätestens mit der Errichtung des „Eisernen Vorhangs“. Dennoch war die österreichische Bundesregierung stets um korrekte Beziehungen zu Ungarn bemüht. In Ermangelung der vollen staatlichen Souveränität und bedingt durch die befürchtete Repression durch die alliierte sowjetische Besatzungsmacht in Österreich versuchten die Entscheidungsträger am Ballhausplatz alles zu vermeiden, was von ungarischer Seite in irgendeiner Form als Einmischung in die inneren Angelegenheiten hätte gewertet werden können.

Nahmen im Falle Italiens, Jugoslawiens und teilweise auch der Tschechoslowakei territoriale Fragen eine das jeweilige Nachbarschaftsverhältnis mehr oder weniger prägende Funktion ein, erwies sich in Bezug auf die Beziehungen zwischen Wien und Budapest, abgesehen von dem kaum ins Gewicht fallenden Thema Ödenburg, in erster Linie die innenpolitische Situation Ungarns als dominierende Kodeterminante für die Verzögerung der diplomatischen Anknüpfungsversuche Österreichs.

Den Auftakt der Bemühungen des Außenamtes am Ballhausplatz um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen bildeten im Januar 1946 erste Sondierungsgespräche zwischen politischen und wirtschaftlichen Repräsentanten Ungarns und Legationsrat Rudolf Seemann, der im Auftrag des österreichischen Außenministers zu einer informellen Zwecken dienenden einwöchigen Dienstreise nach Budapest entsandt worden war.

Am 25. Februar 1946 überreichte Legationsrat Meinrad Falser als Vertreter der Republik Österreich dem ungarischen Außenminister sein Einführungsschreiben. Die damit verbundenen Hoffnungen auf baldige Wiederherstellung des normalen diplomatischen Verkehrs erfüllten sich jedoch aus mehreren Gründen noch nicht so schnell. Zwar hatte der Alliierte Rat als Vorstufe zu den Bestimmungen des Mitte 1946 in Kraft gesetzten Zweiten Kontrollabkommens Österreich schon Anfang 1946 die Erlaubnis



erteilt, politische (nicht diplomatische) Vertretungen in allen Staaten außer Deutschland und Japan zu etablieren, die der österreichischen Regierung die Anerkennung ausgesprochen haben, doch stand im Fall der österreichisch-ungarischen Beziehungen eben dieser Anerkennungsbeschluss von Seiten der Budapester Regierung im Frühjahr 1946 noch aus. Als Folge hiervon konnte Legationsrat Falser zu jenem Zeitpunkt lediglich als inoffizieller Vertreter Österreichs fungieren.

Am 18. Januar 1947 sprach Ungarn der österreichischen Bundesregierung die formelle Anerkennung aus. Ein Diplomatenaustausch auf Gesandtschaftsebene war damit aber noch nicht erreicht. Gemäß Artikel 7 Satz 2 des Zweiten Kontrollabkommens vom Juni 1946 bedurfte die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen mit Regierungen von Staaten, die nicht den Vereinten Nationen angehörten – Ungarn wurde erst 1955 UN-Mitglied-, der vorherigen Genehmigung des Alliierten Rates für Österreich.

Am 28. März 1948 gab dieser schließlich sein Placet ab. Im März 1948 erfolgte im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Wien und Budapest die Umwandlung der beiden „Politischen Vertretungen“ in „Diplomatische Vertretungen“.

Wenige Monate vor dieser statusmäßigen Veränderung der österreichischen Auslandsmission in Budapest hatte sich dort auch ein personeller Wechsel vollzogen. Legationsrat Meinrad Falser, dessen Amtszeit sich ohne Zweifel als Pionierphase der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn qualifizieren lässt, wurde von Legationsrat Paul Wilhelm-Heininger (1947-1951 in Budapest) abgelöst. Ihm fiel die wichtige Aufgabe zu, einen reibungslosen Übergang von der Pionierphase in die ihr nachfolgenden Phase der diplomatischen Vollnormalisierung zu gewährleisten.

Bleibt somit als abschließend zu konstatieren:

Von der Resonanz globaler Kodeterminaten wie dem Ost-West-Antagonismus in der Frühphase des „Kalten Krieges“ auf regionale beziehungsweise lokale Fragen blieb auch das österreichisch-ungarische Nachbarschaftsverhältnis nicht verschont.

Umso positiver und umso bedeutender ist deshalb die Auflösung der Blockstrukturen beziehungsweise der Fall des sogenannten „Eisernen Vorhangs“ im Zuge der Umsturzjahre 1989 und 1990 zu werten. Zwischen Ungarn und Österreich hat sich seitdem nicht nur eine Vollnormalisierung der diplomatischen Beziehungen sondern auch auf allen Ebenen eine Er-

weiterung und Vertiefung des Nachbarschaftsverhältnisses entwickelt, wie dies übrigens auch für die mittelbare Nachbarschaft zwischen Ungarn und Deutschland geltend gemacht werden kann. Ungarn gehört seit dem Jahr 2004 der Europäischen Union an, das Ergebnis einer erfolgreichen Transformationsphase, die allerdings noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit sollten demnach auch weiterhin die Geschehnisse und Vorhaben der Zukunft lenken.

KLAUS FIESINGER

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## UNGEDRUCKTE QUELLEN

ÖStA/AdR BMFAA

Österreichisches Staatsarchiv Wien – Archiv der Republik – Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

## GEDRUCKTE QUELLEN

Österreichischer Amtskalender

*Österreichische Behörden*

Neues Österreich

## LITERATUR

ANDICS, 1980: Hellmut ANDICS: *Die Insel der Seligen. Österreich von der Moskauer Deklaration bis zur Gegenwart*. Wien, 1980.

BREUSS, 1983: Fritz BREUSS: *Österreichs Außenwirtschaft 1945/1982*. Wien, 1983.

FIESINGER, 1993: Klaus FIESINGER: *Ballhausplatz-Diplomatie 1945–1949*. Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und Reorganisation des auswärtigen Dienstes als Formen außenpolitischer Reemanzipation Österreich. München, 1993.

HEINRICH, 1985: Hans-Georg HEINRICH: Die Entwicklung der österreichisch-ungarischen Beziehungen. *Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn. Sonderfall oder Modell?* Forschungsberichte / Österreichisches Institut für Internationale Politik, Bd. 8. Hrsg. von Zdenek Mlynar. Wien, 1985, 11–44.

MLYNAR, 1985: *Die österreichisch-ungarischen Beziehungen als Sonderfall der Ost-West-Beziehungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn. Sonderfall oder Modell?* und *Zusammenfassung*. Forschungsberichte / Österreichisches Institut für Internationale Politik, Bd. 8. Hrsg. von Zdenek Mlynar. Wien, 1985, 147–168. und 169–170.

SCHAUSBERGER, 1980: Norbert SCHAUSBERGER: *Österreich. Der Weg der Republik. 1918–1980*. Graz, Wien, 1980

SCHÄRF, 1960: Adolf SCHÄRF: *Österreichs Erneuerung 1945–1955*. Wien, 1960.

STANKOVSKY, 1985: Jan STANKOVSKY: Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn. *Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn. Sonderfall oder Modell?* Forschungsberichte / Österreichisches Institut für Internationale Politik, Bd. 8. Hrsg. Zdenek Mlynar. Wien, 1985, 47–108.

TUMA, 1989: Renate TUMA: *Das Problem der territorialen Integrität Österreichs 1945–1947*. Unter besonderer Berücksichtigung der Grenzproblematik mit Deutschland, der Tschechoslowakei und Ungarn. Phil. Diss. der Univ. Wien, 1989.



ZUR BEDEUTUNG  
DER SOWJETISCHEN BESATZUNG ÖSTERREICHS  
UND DER STAATSVERTRAGSVERHANDLUNGEN  
FÜR DIE KONSOLIDIERUNG  
DER SOWJETHERRSCHAFT ÜBER UNGARN

Die Erforschung der Geschichte Österreichs auf dem Weg zum Staatsvertrag 1955 war stets ein reges Betätigungsfeld österreichischer Zeithistoriker.<sup>1</sup> Lange Zeit blieben ihnen aber sowjetische Quellen verborgen. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich dies substantiell geändert. Die Forschungen haben neue Erkenntnisse und Sichtweisen hervorgebracht, die uns ein besseres Verständnis über die sowjetische Politik und damit einer entscheidenden weltpolitischen Phase im Frühen Kalten Krieg bieten. Im Folgenden soll ein Überblick über jene Thesen gegeben werden, die für Ungarn von Relevanz sind. Die neuesten Forschungen lassen danach fragen, ob die Sowjetunion die Verhandlungen über den Abschluss eines Staatsvertrags mit Österreich in erster Linie deshalb verzögerte, um ihre neu gewonnenen Machtpositionen in Mittelost- und Osteuropa, darunter vor allem Ungarn, zu sichern.

SOWJETISCHER ALLEINGANG IN ÖSTERREICH 1945

Der vertraglichen Absprache der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1943 war Österreich als „erstes Opfer“ des Nationalsozialismus zu sehen, dessen Unabhängigkeit wiederhergestellt werden sollte. Nachdem der Anteil des österreichischen Widerstands, der in der Moskauer Deklaration zu Österreich eingemahnt worden war, keine Rolle bei der vollständigen Befreiung vom

---

<sup>1</sup>STOURZH, 2005, 34–46.

NS-System gespielt hatte, erfolgte diese durch die Alliierten Mächte. Die Rote Armee betrat als erste österreichisches Territorium.<sup>2</sup> Entgegen der Absprachen mit den Westmächten ließ Stalin in Wien eine provisorische Regierung bilden.<sup>3</sup> Karl Renner betonte dabei seine eigene Initiative. Wie etwa in Rumänien und Ungarn setzte sich dieses Provisorium – auf Dreiteilparität beruhend – aus Sozialisten, Konservativen und Kommunisten zusammen. Der Westen weigerte sich, das Kabinett Renners anzuerkennen<sup>4</sup> und so war eine rasche Aufnahme von Staatsvertragsverhandlungen zur vollständigen Herstellung eines österreichischen Staates mit daraus resultierendem Truppenabzug der vier Besatzungsmächte ausgeschlossen. Die Sowjetunion achtete darauf, zunächst die Friedensverträge mit den ehemaligen Satellitenstaaten des Deutschen Reichs wie Ungarn abzuschließen. Für Österreich wurde ein Zweites Kontrollabkommen geschlossen, das der auf der Basis freier Wahlen gebildeten Regierung (der nur ein kommunistischer Minister angehörte) nach innen großen Handlungsfreiraum gab. Ein Blick in die Verhandlungstaktik der Sowjetunion lässt vermuten, dass diese damit gezielt den Beginn der Staatsvertragsverhandlungen hinauszögerte.<sup>5</sup> War Stalin überhaupt an einem raschen Rückzug der Roten Armee aus Ost-Österreich interessiert?

#### DIE PARISER AUSSENMINISTERKONFERENZ 1946

In den Friedensverträgen mit Ungarn und Rumänien sollte der Sowjetunion das Recht zugestanden werden, in beiden Ländern Truppen zum Zweck der Versorgung der Besatzungstruppen in Österreich zu stationieren.<sup>6</sup> Aus sowjetischer Sicht war die Präsenz der Roten Armee zur dauer-

---

<sup>2</sup> 30.000 Rotarmisten verloren in Österreich ihr Leben. Siehe SIXL, 2005; SIXL, 2010. Begleitet war der Einmarsch vielfach von Morden, Plünderungen, Vergewaltigungen, Verhaftungen und Verschleppungen. Siehe KNOLL-STELZL-MARX, 2006, 169–219; KNOLL-STELZL-MARX, 2005, 217–321.

<sup>3</sup> KARNER-RUGGENTHALER, 2005a, 97–140.

<sup>4</sup> BISCHOF, 1999, 43–52.

<sup>5</sup> MUELLER, 2005a, 314.

<sup>6</sup> RUGGENTHALER, 2005, 709. Die strategische Bedeutung Österreichs ist in sowjetischen Akten erstmals für April 1945 evident. Im Moskauer Außenamt wurde dabei die Bedeutung der Besatzung Österreichs zur Aufrechterhaltung der Truppenpräsenz der Roten Armee in Südosteuropa diskutiert. Siehe KARNER-RUGGENTHALER, 2008, 87–88.

haften Implementierung von System und Herrschaft der UdSSR unerlässlich.<sup>7</sup>

Die Bedeutung des verbrieften Rechts einer (längeren) Truppenpräsenz der Sowjetunion in Ungarn und Rumänien war Washington sehr wohl bewusst. Waren die USA bereit, diesen Umstand leichtfertig hinzunehmen oder hatten sie keine anderen Möglichkeiten? Auf der Pariser Außenministerkonferenz 1946 versuchte die US-Seite zumindest, einer weiteren militärischen Präsenz der UdSSR in Ungarn und Rumänien die rechtliche Grundlage zu nehmen. Sie plädierten für einen raschen Abschluss eines Vertrages für Österreich (der einen sowjetischen Truppenabzug aus Ungarn und Rumänien nach sich gezogen hätte).<sup>8</sup>

Doch hatten sich die Amerikaner tatsächlich erwartet, dass der Kreml bereit sei, erst den Staatsvertrag zu Österreich abzuschließen, bevor man sich den Verträgen zu Ungarn und Rumänien zuwendet? Nein. Diesem Schritt lag eine durchdachte Taktik zugrunde. Washington wollte in erster Linie Stalins Absichten in der deutschen Frage insgesamt auszuloten, um zu sehen, ob er zur Aufgabe seiner Einflussphärenpolitik bereit sein würde.<sup>9</sup> Mit der formalen Aufforderung Molotows, den zur Diskussion stehenden Byrnes-Plan (zur Demilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands auf mehrere Jahrzehnte) zu überarbeiten, und der Taktik, die Sowjetunion als Hüterin der deutschen Einheit zu propagieren, war den Amerikanern (und Briten) in Paris klar geworden, dass es Stalin nicht darum ging, ein Einvernehmen mit den Alliierten über Deutschland herzustellen. Auch daher konnte Moskau, aus der Sicht der sowjetischen Interessenslage, keinen Verhandlungen zu Österreich zustimmen.

In Paris kam der Österreichfrage somit mehr ein taktischer Nutzen zu – sowohl aus westlicher als auch aus sowjetischer Sicht – zu. Mit den wiederholten Anläufen in Paris, die Österreichfrage aufzuwerfen, versuchte die westliche Seite, die sowjetischen Karten aufzudecken.<sup>10</sup> Ihr ging es in erster Linie darum, die wahre Intention der sowjetischen Politik offenzulegen. Mit dieser Strategie trieb sie die Sowjetunion tatsächlich in die Enge. Außenminister Molotow konnte nicht mehr anders, als jegliche Gespräche über Österreich schroff abzulehnen. Er verwies auch nicht mehr nur noch darauf, dass Österreich noch nicht zur Genüge von „Faschisten gereinigt“

<sup>7</sup> KRAMER, 2009, 50–102.

<sup>8</sup> RUGGENTHALER, (in Vorbereitung).

<sup>9</sup> KÜSTERS, 2000, 278.

<sup>10</sup> RUGGENTHALER, (in Vorbereitung).

sei und dass man den Österreichern dabei helfen müsse, sondern ließ sich zu der bemerkenswerten Stellungnahme hinreißen: „Die UdSSR werde ihre Truppen solange in Österreich belassen, wie sie das Recht dazu habe.“ Damit war aus sowjetischer Sicht weiterhin die militärische Präsenz in Rumänien und Ungarn gesichert und eine Übereinkunft in der deutschen Frage ausgeschlossen. Dies war den Westmächten in Paris endgültig klar geworden.

Doch nach außen hin konnte sich die Sowjetunion freilich nicht gegen den Beginn der Staatsvertragsverhandlungen stellen. Immerhin hatte man stets die Wiederherstellung eines selbstständigen österreichischen Staates propagiert. Doch bis infolge der sowjetischen Verzögerungsstrategie die eigentlichen Verhandlungen über einen Staatsvertrag für Österreich Anfang 1947 begannen, waren seit Kriegsende bereits anderthalb Jahre vergangen, eine Zeit, die die Sowjetunion zur Durchsetzung ihrer Hegemonialpolitik in den von ihr besetzten Ländern benötigte.

#### BEGINN DER STAATSVERTRAGSVERHANDLUNGEN 1947

Mitte Jänner 1947 begannen die Verhandlungen über einen Staatsvertrag für Österreich. Doch war die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt an einem Abzug aus Österreich bereit? Oder führte man nur Scheinverhandlungen? Einen interessanten Einblick hinter die Kulissen gibt uns ein sowjetisches Protokoll über eine Unterredung Molotows mit M. Rákosi Ende April 1947. Dabei versicherte Molotow dem ungarischen Kommunistenführer, dass

„ein Vertrag mit Österreich zweifelsohne dieses Jahr nicht unterzeichnet wird, sondern im besten Fall Anfang nächsten Jahres [...] und weil sich unsere Truppen in Österreich befinden werden, heißt das, dass sich sowohl in Ungarn als auch in Rumänien sowjetische Truppen befinden werden. Sogar nach der Ratifizierung des [Friedens-]Vertrages mit Ungarn wird ein Teil der sowjetischen Truppen in Ungarn bleiben. Auf diese Weise wird der Status quo über das ganze Jahr 1947 hin so sein wie jetzt.“<sup>11</sup>

<sup>11</sup>RGASPIF. 82, op. 2, d. 1151, ll. 71–93, Protokoll W. Molotow und M. Rákosi, 29. 4. 1947, hier 75. Erstmals erwähnt in SUBOK–PLESHAKOW, 1997, 149.



Rákosi gab sich zufrieden, mahnte aber ein:

„Das ist, zweifelsohne, günstig für uns, aber vergessen Sie nicht, dass uns die Erhaltung der Besatzungstruppen nicht wenig kostet.“<sup>12</sup>

Molotow beruhigte Rákosi, dass nach der Ratifizierung des Vertrages die Ausgaben wegfallen würden („Ab dem Tag der Ratifizierung werden Sie keine Besatzungskosten mehr tragen, also vom materiellen Standpunkt aus erhalten Sie zweifelsohne eine Erleichterung, weil die Stationierung der verbleibenden sowjetischen Truppen, die die Verbindung aufrecht erhalten, auf Kosten der Sowjetunion erfolgt.“<sup>13</sup>)

Die Staatsvertragsverhandlungen forcierte die Sowjetunion in der Folge nicht. Offiziell waren die jugoslawischen Gebietsansprüche an Teile Südösterreichs, die die UdSSR unterstützte, das größte Hindernis auf dem Weg zu einem Vertragsabschluss.<sup>14</sup> Nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito ergab sich eine neue Situation. Dieses Hindernis existierte nicht mehr. 1949 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und über den Sommer wurde intensiv an einem Vertragsentwurf gearbeitet.<sup>15</sup> Österreichische Politiker glaubten bereits an die Möglichkeit eines Vertragsabschlusses, doch hinter den Kulissen stieg man im Kreml nun auf die Bremse. Andrei Gromyko warnte, dass

„das Bestreben der Westmächte, den Abschluss des österreichischen Vertrages zu beschleunigen, allem Anschein nach mit ihren Plänen verbunden ist, die Grundlagen einer weiteren Präsenz sowjetischer Truppen in Österreich wie auch in Ungarn und Rumänien zu beseitigen, auf deren Staatsgebieten gemäß den Bedingungen der Friedensverträge die Sowjetunion ein Recht hat, ihre Streitkräfte zu halten, die für die Aufrechterhaltung der Verbindungswege mit der sowjetischen Besatzungszone Österreichs unabdingbar sind.“<sup>16</sup>

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Zum Einfluss der jugoslawischen Gebietsforderungen auf die sowjetische Verhandlungsposition siehe KARNER–RUGGENTHALER, 2005b, 99–118; KARNER–RUGGENTHALER, 2008.

<sup>15</sup> STOURZH, 2005, 143–172.

<sup>16</sup> RUGGENTHALER, 2005, 678–681.

Gromyko empfahl die Verhandlungen zu verzögern. So geschah es auch. Doch Stalin war noch aus einem anderen Grund nicht bereit, den Westmächten Konzessionen zu machen. Tito sollte kein Gefallen getan werden. Für die weitere Verhandlungstaktik in New York erteilte er seinem Außenminister Andrei Vyšinskij die Direktive:

„Auf Grund einer Reihe von Hinweisen ist ersichtlich, dass die Angloamerikaner begonnen haben, sich mit dem Abschluss des österreichischen Vertrages zu beeilen, womit sie, wie ersichtlich ist, bestrebt sind, auch Jugoslawien politische Unterstützung zu erweisen. Unsere Vertreter haben davon auszugehen, dass wir nicht an einem schnellen Abschluss des österreichischen Vertrages interessiert sind. Deshalb ist es für Sie [Vyšinskij] unabdingbar, bestehende Uneinigkeiten zu nutzen und auf der New Yorker Konferenz der Sonderbeauftragten die Vorbereitung des Vertrages nicht zu Ende zu führen.“<sup>17</sup>

Warum also hatte die Sowjetunion 1949 über Monate hinweg den Eindruck vermittelt, man sei an einem Vertragsabschluss interessiert? War man sich der Konsequenzen eines Abzugs der Sowjetischen Armee aus Österreich nicht mehr bewusst? Darüber kann man nur mutmaßen. Feststeht aber, dass Stalin allein schon wegen seines Verhältnisses zu Tito Ende 1949 nicht zu einem Abzug aus Österreich bereit war, so er es denn davor überhaupt war. Doch für die Sowjetunion war ein Verbleib in Österreich noch aus einem weiteren Grund lukrativ.

#### ERDÖL FÜR DEN OSTBLOCK

Die exterritoriale, auf der Basis ehemals „deutschen Eigentums“ zusammengefasste „Sowjetische Mineralölverwaltung“ (SMV), die 1948 bereits mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatte, hatte im März 1949 in Matzen bei Wien das damals größte zusammenhängende Erdölfeld Mitteleuropas entdeckt. Bis zum Herbst 1949 gaben weitere Bohrungen den Sowjets über das große Potenzial dieser Erdölvorkommen Klarheit. Ende September 1949, als die Staatsvertragsverhandlungen kurz vor dem vermeintlichen Abschluss standen, teilte dies Wsewolod Merkulow, damals Chef der Staatlichen Verwaltung für das sowjetische Eigentum im Ausland

<sup>17</sup>Ebd.

(GUSIMZ), Stalin mit. In den Staatvertragsverhandlungen hatte man diese Funde verschwiegen. Die an die UdSSR nach dem Staatsvertragsentwurf von 1949 abzugebenden Fördermengen waren lediglich anhand der alten, in ihrer Ergiebigkeit nicht mit Matzen vergleichbaren Ölfelder in der Region Zistersdorf bemessen worden. Von diesem Zeitpunkt an bis 1955 sollten die Sowjets letztlich 15 Millionen Tonnen Erdöl im damaligen Wert von ca. 260 Millionen US-Dollar gewinnen (zum Vergleich: von 1945 bis 1949 waren es drei Millionen Tonnen).<sup>18</sup> Die Besatzung blieb aus wirtschaftlicher Sicht also lukrativ. Auch die sowjetischen Betriebe in Österreich (USIA) verzeichneten noch steigende Gewinne, die erst ab 1952 ausblieben.<sup>19</sup>

Österreich blieb daher allein schon aufgrund seiner nach Rumänien zweitgrößten Erdölreserven Europas für Moskau ein (wirtschaftlicher) Gewinn. Ein Abzug aus Österreich hätte Moskau zwar weiterhin Förderrechte zugestanden, die Sowjets hätten hierfür allerdings dem österreichischen Staat Steuern bezahlen müssen. Der für Moskau lukrative „Osthandel“ (Ölraub zur Versorgung Ungarns, der Tschechoslowakei und der DDR, die Anfang der 1950er Jahre 90 % ihres Rohöls aus Ostösterreich erhielten) wäre in dieser Form nicht mehr möglich gewesen.<sup>20</sup> Aus wirtschaftlicher Sicht konnte Stalin daher ab Herbst 1949 definitiv kein Interesse an einem Abzug aus Österreich gehabt haben.

#### DEN SCHWEBEZUSTAND AUFRECHT ERHALTEN?

Die sowjetische Strategie muss daher gelautet haben, den Schwebezustand einer Besatzung Ostösterreichs aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen zumindest bis zu einer aus sowjetischer Sicht stabilen Konsolidierung des Ostblocks aufrecht zu erhalten. Hierfür spricht auch die generelle sowjetische Österreichpolitik. Forderungen nach einer, den Sowjets genehmen, Regierungsumbildung wie die „Figl-Fischerei“ Mitte 1947, die als ein ernsthafter Versuche des Kremls gewertet wurde, die österreichischen Kommunisten verstärkt an die Macht zu bringen und an die sowjetische „Salamitaktik“ in Ungarn erinnern, waren Eigeninitiativen der KPÖ, die

<sup>18</sup> IBER, 2009a, 571–605.

<sup>19</sup> IBER–RUGGENTHALER, 2012, 197–200; STELZL-MARX, 2012, 279–281.

<sup>20</sup> Siehe auch IBER, 2008, 86–87, 107–110, 119–120, 135–136 und 163–165; IBER, 2009b, 177.

ohne Absprache mit der Besatzungsmacht vom Zaun gebrochen wurden.<sup>21</sup> KPÖ-Plänen zur Teilung Österreichs wurde von Moskau ein Riegel vorgeschoben. 1948 hatte die KPÖ-Führung auf Anraten ihrer jugoslawischen Genossen ein solches Szenario in Erwägung gezogen, war dafür in Moskau aber scharf zurechtgewiesen worden (dies widersprach auch sämtlichen sowjetischen Interessen in der deutschen Frage – zu der auch die Behandlung Österreichs zählte); zudem konnten in Wien aus Moskauer Sicht keine „trozkistischen“ Tendenzen wie in Jugoslawien zugelassen werden.<sup>22</sup> Das sowjetische Verhalten während des sogenannten Oktoberputsches 1950 und die Beurteilung dieser Ereignisse in Moskau<sup>23</sup> verdeutlichen ebenfalls, dass es der UdSSR in dieser Phase um eine weitere Aufrechterhaltung der Besetzung Ostösterreichs gegangen sein muss, ohne dabei eine Eskalation herbeiführen zu wollen. In der Eiszeit des Kalten Krieges 1951 konnte von substantiellen Staatsvertragsverhandlungen keine Rede sein. Stalin war nicht gesprächsbereit. Die ungarischen Kommunisten hatten einen Abzug der Sowjetischen Armee aus ihrem Land nicht zu befürchten.

PETER RUGGENTHALER

---

<sup>21</sup>RUGGENTHALER, 2005, 667–669.

<sup>22</sup>Ebd., 670–673; MUGRAUER, 2005, 8–15; MUELLER, 2005b, 47–54.

<sup>23</sup>RUGGENTHALER, 2005, 686–688.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## UNGEDRUCKTE QUELLEN

## RGASPI

Rossiiskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii

## LITERATUR

- BISCHOF, 1999: Günter BISCHOF: *Austria in the First Cold War, 1945–1955. The Leverage of the Weak*. New York, 1999.
- IBER, 2008: Walter Martin IBER: *Die Sowjetische Mineralölverwaltung (SMV) in Österreich, 1945–1955*. Sowjetische Besatzungswirtschaft und der Kampf ums Öl als Vorgeschichte der OMV. Phil. Diss. Universität Graz, 2008.
- IBER, 2009a: Walter Martin IBER: Erdöl statt Reparationen. Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich 1945–1955. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 57. Jahrg. 2009/4, 571–605.
- IBER, 2009b: Walter Martin IBER: Wirtschaftsspionage für den Westen. Erdölarbeiter im Spannungsfeld des Kalten Krieges. *Stalins letzte Opfer: Verschleppte und erschossene Österreicher in Moskau 1950–1953*. Hrsg. von Stefan Karner – Barbara Stelzl-Marx. München, Wien, 2009.
- IBER–RUGGENTHALER, 2011: Walter Martin IBER–Peter RUGGENTHALER: Sowjetische Wirtschaftspolitik im besetzten Österreich. Ein Überblick, *Stalins Wirtschaftspolitik an der sowjetischen Peripherie. Ein Überblick auf der Basis sowjetischer und osteuropäischer Quellen*. Hrsg. von Walter M. Iber – Peter Ruggenthaler. Innsbruck, Bozen, Wien, 2011.
- KARNER–RUGGENTHALER, 2005a: Stefan KARNER–Peter RUGGENTHALER: Unter sowjetischer Kontrolle. Zur Regierungsbildung in Österreich 1945. *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955*. Beiträge. Hrsg. von Stefan Karner – Barbara Stelzl-Marx. Graz, Wien, München, 2005, 97–140.
- KARNER–RUGGENTHALER, 2005b: Stefan KARNER–Peter RUGGENTHALER: „Eine weitere Unterstützung der jugoslawischen Gebietsforderungen bringt uns in eine unvorteilhafte Lage“. Der Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrags als diplomatischer Kompromiss mit Österreich und den Westmächten, *Aussiedlung – Verschleppung – nationaler Kampf. Kärnten und die nationale Frage*. Hrsg. von Stefan Karner – Andreas Moritsch. Bd. 1, Klagenfurt, 2005, 99–118.
- KARNER–RUGGENTHALER, 2008: Stefan KARNER–Peter RUGGENTHALER: Stalin, Tito und die Österreich-Frage. Zur Österreichpolitik des Kreml im Kontext der sowjetischen Jugoslawienpolitik 1945 bis 1949. *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2008, 81–105.
- KRAMER, 2009: Mark KRAMER: Stalin, Soviet Policy, and the Consolidation of a Communist Bloc in Eastern Europe, 1944–1953. *Stalinism Revisited. The Establishment of Communist Regimes in East-Central Europe*. Hrsg. von Vladimir Tismaneanu. Budapest, New York, 2009, 50–102.
- KNOLL–STELZL-MARX, 2005: Harald KNOLL–Barbara STELZL-MARX: Sowjetische Strafjustiz in Österreich. Verhaftungen und Verurteilungen 1945–1955, *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955*. Beiträge. Hrsg. von Stefan Karner – Barbara Stelzl-Marx. Graz, Wien, München, 2005, 217–321.

- KNOLL-STELZL-MARX, 2006: Harald KNOLL-Barbara STELZL-MARX: Wir mussten hinter eine sehr lange Liste von Namen einfach das Wort „verschwunden“ schreiben: Sowjetische Strafjustiz in Österreich 1945-1955. *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945-1955*. Hrsg. von Andreas Hilger – Mike Schmeitzner – Clemens Vollnhals. Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Bd. 32, Göttingen, 2006, 169-219.
- KÜSTERS, 2000: Hanns Jürgen KÜSTERS: *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990*. München, 2000.
- MUELLER, 2005a: Wolfgang MUELLER: Anstelle des Staatsvertrages: Die UdSSR und das Zweite Kontrollabkommen 1946. *Die Gunst des Augenblicks. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität*. Hrsg. von Manfred Rauchensteiner – Robert Kriechbaumer. Wien, 2005.
- MUELLER, 2005b: Wolfgang MUELLER: Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948. *Zeitgeschichte*, 32. Jahrg. 2005/1, 47-54.
- MUGRAUER, 2005: Manfred MUGRAUER: „Teilungspläne“ und „Putschabsichten“. Die KPÖ im Gedenkjahr 2005. *Mitteilungen der Alfred Klabr Gesellschaft*, 12. Jahrg. 2005/4, 8-15; <http://archive.today/7cL87> (Letzter Download: 12. Mai 2014).
- RUGGENTHALER, 2005: Peter RUGGENTHALER: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde: Sowjetische Österreich-Politik 1945 bis 1953/55. *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955*. Beiträge. Stefan Karner – Barbara Stelzl-Marx. Graz, Wien, München, 2005, 649-726.
- RUGGENTHALER, (in Vorbereitung): Peter RUGGENTHALER: *The Concept of Neutrality in Stalin's Foreign Policy 1945-53*. (In Vorbereitung in Harvard Cold War Studies Book Series).
- SIXL, 2005: Peter SIXL: *Sowjetische Kriegsgräber in Österreich*. Graz, 2005.
- SIXL, 2010: *Sowjetische Tote des Zweiten Weltkrieges in Österreich. Namens- und Grablagenverzeichnis. Ein Gedenkbuch*. Hsg. von Peter Sixl. Graz, Wien, 2010.
- STELZL-MARX, 2012: Barbara STELZL-MARX: *Stalins Soldaten in Österreich. Die Innensicht der sowjetischen Besatzung*. Wien, München, 2012.
- STOURZH, 2005: Gerald STOURZH: *Um Einbeit und Freiheit: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955*, Wien, Köln, Graz, 2005.
- SUBOK-PLESHAKOW, 1997: Wladislaw SUBOK-Konstantin PLESHAKOW: *Der Kreml im Kalten Krieg. Von 1945 bis zur Kubakrise*. Hildesheim, 1997.

## UNGARISCHE MIGRATIONSWELLEN 1945–1963

Migration aus Ungarn Richtung Österreich – also sowohl nach Österreich als auch über Österreich in die westliche Welt – war im gesamten 20. Jahrhundert ein sowohl zahlenmäßig als auch in ihrer politischen, intellektuellen und ökonomischen Bedeutung sowohl für Österreich als auch für Ungarn relevantes Phänomen. Eine Gesamtberechnung über die Anzahl der Migranten existiert nicht. Die zwei meistdiskutierten und besterforschten Migrationswellen, die vom Sommer/Herbst 1919 und vom Winter 1956/1957 umfassen schätzungsweise wenige Tausend resp. 180.000 Personen.

Die Periodengrenzen 1945 und 1963 markieren zwei, auch für die österreichisch-ungarischen diplomatischen Beziehungen relevante Ereignisse: das Ende des Zweiten Weltkrieges einerseits und einen wichtigen Schritt in der Normalisierung der Beziehungen der beiden Staaten andererseits. 1945 bis 1963 kann diesbezüglich als eine schwierige Phase angesehen werden, in der diplomatische Beziehungen zwischen den zwei Ländern lediglich auf niedrigeren Ebenen möglich waren und zögernd angegangen wurden.<sup>1</sup> Erst nach der innenpolitischen Konsolidierung der Kádár-Herrschaft in Ungarn konnten die „Freundschaftsbeziehungen“ entwickelt werden, mit denen man die gesamte Nachkriegsperiode gerne identifizieren möchte. Dieser Aufsatz beschäftigt sich mit diesen „Übergangsjahren“, während denen das Fundament jener Beziehungen gelegt wurde, um sichtbar zu machen, worauf diese beruhten.

Ein Bereich der Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich, der selten offiziell verhandelt wurde, betrifft die Emigration jener, die in der ungarischen Politik eine Rolle spielten und innenpolitische Machtkämpfe verloren. Diese Migration fand im gesamten 20. Jahrhundert bis zum letzten großen Regimewechsel, bis zur sogenannten Wende statt. So verbrach-

---

<sup>1</sup>Siehe GECSÉNYI, 2007 und GECSÉNYI, 2010.

te der am 6. Dezember 1991 in Wien verstorbene leitende Kulturpolitiker der Kádár-Ära, „György Aczél die letzten Jahre seines Lebens in Wien“ – zumindest laut eines Zeitungsberichtes.<sup>2</sup> Laut Éva Ständeisky,<sup>3</sup> die sich in mehreren wissenschaftlichen Arbeiten mit der Epoche beschäftigte, war Aczél zwar wegen ärztlicher Behandlung regelmäßig in Wien, verlegte aber seinen Lebensmittelpunkt nicht nach Österreich. Bezüglich des im Titel dieses Aufsatzes angesprochenen Themenbereichs gibt es also zahlreiche Meinungen und viele mehr oder weniger gesicherte Daten. Da Migration für die Betroffenen selbst ein äußerst bedeutsamer Lebenschnitt ist, wird sie in den Erinnerungen dementsprechend polarisiert dargestellt. Im Folgenden daher einige diesbezügliche ausführliche Zitate, um einerseits die konkrete Situation der Migration sowie die sie bedingenden lokalen Gegebenheiten im Originalwortlaut schildern und um andererseits diese individuellen Gesichtspunkte mit statistischen Zahlen konfrontieren zu können.

Bezogen auf die Periode 1945–1963 gab es die folgenden Emigrationswellen: 1944/1945 höhere Staatsbeamte, Militärangehörige und Pfeilkreuzler, 1946–1948 wurden die Volksdeutschen ausgesiedelt, 1947 emigrierten zahlreiche Mitglieder der Kleinen Landwirtpartei, 1947/1948 ein Teil der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, 1949 gab es eine jüdische Emigrationswelle, 1949/1950 fand eine katholische Emigration statt, 1956/1957 kamen die Teilnehmer des Aufstandes und 1963/1964 gab es nach einer Amnestie ebenfalls eine Migrationswelle, die diese von mir hier zu behandelnde Periode abschließt. Es sind also insgesamt acht Migrationswellen, die ich hier kurz besprechen möchte.

Die Frage, die dieser Aufsatz stellt, ist, was für ein Bild erscheint, wenn man versucht, diese Migration systematisch zu fassen? Welche Fragen stellt dies an die wissenschaftliche Forschung und zwar insbesondere an die Erforschung der Geschichte Österreichs?

Das Interesse der Geschichtswissenschaften für diese Migrationswellen ist sehr unterschiedlich. Das stärkste Interesse zeigen die Migranten selbst, unter ihnen einige Wissenschaftler (Péter Gosztonyi), aber in erster Linie Publizisten (Gyula Borbándi) und Politiker (die in ihren Memoiren der Migration kürzere oder längere Passagen gewidmet haben).<sup>4</sup> Wichtige Arbeit wurde in Ungarn geleistet, in erster Linie durch Sammlung und Archivierung von Do-

<sup>2</sup>VÁMOS, 2011.

<sup>3</sup>Persönliche Auskunft am 5. Dezember 2013.

<sup>4</sup>Siehe z.B. die Werke von FARKAS, 1969, und NAGY, 1948.



kumenten, die mit diesen Migrationen in Zusammenhang stehen (so eine Sondersammlung in der Nationalbibliothek, diplomatische Dokumente im Staatsarchiv, verschiedenste Unterlagen im Staatssicherheitsdienstarchiv). Das geringste Interesse zeigt sich von Seiten der österreichischen Geschichtsforschung. Hier wird außer einer einzigen Welle diese Migration als für die historischen Entwicklungen in Österreich irrelevant betrachtet. Diese Ausnahme ist die sogenannte 1956er Migration, die sowohl symbolisch als auch wissenschaftlich intensiv diskutiert wurde und wird.<sup>5</sup> Kurz zu den einzelnen Migrationswellen:

Eine im Herbst 1944 in Budapest erlassene Verordnung setzte das Ziel, die wichtigsten Personen, Organisationen und Güter Ungarns vor der sowjetischen Invasion zu retten. Mit der Durchführung wurde Ferenc Farkas beauftragt. Am Ende des Krieges im Mai 1945 war der Großteil dieser Personen, Institutionen und Güter in Westösterreich und Süddeutschland, also in der US-amerikanischen, französischen und englischen Zone. Laut Ferenc Farkas waren 1945 ca. 40.000 Pfeilkreuzler darunter.<sup>6</sup> Es handelt sich hierbei also bereits rein quantitativ um eine bedeutende Migrantengruppe. Diese große Zahl ist umso wichtiger, weil diese Personen nach Kriegsende großteils nicht nach Ungarn zurück wollten, da sie Bestrafungen fürchteten.

Die Gesamtzahl dieser Migrationswelle ist allerdings ungleich größer. Gyula Borbándi, der bisher die umfassendste Arbeit über die Migrationen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorlegte, schätzt die in der letzten Phase des 2. Weltkrieges, also 1944/1945 in Österreich und Deutschland sich aufhaltenden Ungarn auf eine Million. „*Diese Menschenmasse bestand aus folgenden Gruppen: Soldaten, Polizisten, Gendarmen, Levente,<sup>7</sup> Beamte, Angestellte der ausgesiedelten Institutionen und Unternehmen, Studenten, vor der sowjetischen Besatzung flüchtende Männer und Frauen, Politiker, Journalisten,*

---

<sup>5</sup> Erfreulicherweise gibt es jedoch neuerdings einige Projekte, die auch die in diesem Aufsatz zu behandelnden Fragestellungen berühren, so die in diesem Sammelband von Dieter Bacher diskutierten Fragen der Zwangsarbeiter, Internierten und Kriegsgefangenen sowie ein in mehreren Dissertationsprojekten in Ungarn sich zeigendes Interesse für die Tätigkeit von ungarischen Migranten in Österreich, so von Kristof Erdős und von Patricia Gecsényi.

<sup>6</sup> FARKAS, 1969, 12.

<sup>7</sup> Levente: Eine paramilitärische Jugendorganisation vom Anfang der 1920er Jahre bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

*Künstler, durch die deutschen nationalsozialistischen Behörden verschleppte Personen und in Konzentrationslagern gefangen gehaltene jüdische Bürger.*<sup>8</sup>

Zu diesen Personen müssen auch die Politiker gezählt werden, die wegen ihrer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus in den österreichischen und deutschen Konzentrationslagern festgehalten wurden, wegen der Sowjets aber nicht nach Ungarn zurückkehren wollten. So z.B. Ferenc Keresztes-Fischer, der in den 1930er und 1940er Jahren mehrmals den Posten des Innenministers bekleidete.

Die meisten Migranten kehrten freiwillig oder unfreiwillig nach Ungarn zurück oder gingen z.B. nach Deutschland. Eine bedeutende (und meines Wissens unbekannt) Zahl ist jedoch in Österreich geblieben. Einer der Migranten, der freiwillig nach Ungarn zurückkehrte, beschrieb in seinen Erinnerungen die Situation so: *„In den ersten Wochen von 1946 erfolgte das, was der US-amerikanische Lagerbefehlshaber versprach, dass wir, Ungarn, als displaced persons nach Hause transportiert werden. [...] Bei Heilbronn befand sich ein US-amerikanisches Sammel- und Entlassungslager. [...] Die US-Amerikaner haben die nach Ungarn zurückkehrenden ungarischen Personen in diesem Lager gesammelt und stellten die Transporte zusammen, einzeln mit ca. 2.000 Köpfen. [...] Der Eisenbahnzug bestand aus geschlossenen Wagen. [...] Die begleitenden US-Soldaten haben sich nicht viel mit uns beschäftigt, weil wir nicht Festgehaltene waren, sondern Privatpersonen. So sind mehrere in München, Salzburg und Linz geblieben, die nicht nach Hause wollten oder die Familien in Österreich oder in Bayern hatten. Generaloberst Ferenc Farkas gehörte auch zu diesen. [...] Unser Zug stand an einem Wiener Bahnhof 3 Tage und Farkas traf zufällig ungarische Pfadfinder, die in ihm den Landespfadfinderleiter erkannten. Die Pfadfinder zeigten ihm eine Zeitung aus Budapest, die Farkas zu den ‘größten Kriegsverbrechern’ zählte. Diese Insinuation erschütterte Farkas so sehr, dass er mit Hilfe der Pfadfinder den Zug verließ und zu seiner Familie nach Bayern zurückkehrte.“*<sup>9</sup>

Was die offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn in dieser Periode betrifft, waren diese durch große Zurückhaltung und Distanz geprägt. Bezeichnenderweise fand der erste Besuch eines österreichischen Außenministers in Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg erst 1964, also nach der von mir hier zu besprechenden Periode statt. Ein noch höherer Besuch, also vom Bundeskanzler, Ministerpräsidenten oder Staatsoberhaupt, dementsprechend später.<sup>10</sup> Es gab auf unterer Ebene na-

<sup>8</sup> BORBÁNDI, 1985, 7. Übersetzung Károly Kókai.

<sup>9</sup> LENGYEL, 2011, 354f. Übersetzung Károly Kókai.

<sup>10</sup> Josef Klaus, österreichischer Bundeskanzler, besuchte Ungarn im Mai 1967.

türlich Kontakte, in erster Linie was die gemeinsame Grenze und was wirtschaftliche Fragen betraf. Und Politiker der beiden Nationen trafen sich inoffiziell bei internationalen Verhandlungen, so am Rande von UNO-Sitzungen in New York. Über Migranten wurde äußerst selten verhandelt. Als es bezüglich der Kriegsverbrecher 1945/1946 zu einer Kontaktaufnahme kam, verhandelten die ungarischen Behörden mit den Vertretern der Alliierten. Es wurde der Antrag gestellt, Pfeilkreuzler nach Ungarn auszuliefern, um sie vor Gericht stellen zu können. So wurden Personenlisten nach Österreich übermittelt, in einem Internierungslager in Salzburg die Betroffenen gesammelt und mit US-Militärflugzeugen in mehreren Transporten nach Ungarn überstellt. Dabei handelte es sich um wenige hundert Personen,<sup>11</sup> bezogen auf die zigtausend Pfeilkreuzler also (die als Migrationswelle Gegenstand meines Aufsatzes sind) um eine äußerst geringe Anzahl.

Beachtenswert ist die regionale Verteilung der Emigranten in Österreich. Das Zentrum war nicht Wien, sondern Graz (also die englische Zone), Salzburg (die US-amerikanische Zone) und Innsbruck (die französische Zone). In diesen Städten formierten sich zahlreiche Gruppierungen, die das gesellschaftliche Spektrum der Migranten, die sich in ihrer neuen Heimat für einen längeren Aufenthalt einrichteten, anzeigten. In Graz und Innsbruck gab es beispielsweise zahlreiche ungarische Studenten, die dementsprechend organisiert waren.<sup>12</sup> Die 1944/1945er Migranten gründeten bald eine Reihe von Organisationen, so die Kameradschaft der Ungarischen Kämpfer,<sup>13</sup> die Kameradschaft der Ungarischen Königlichen Gendarmen,<sup>14</sup> die Nationalkräfte gegen den Bolschewismus<sup>15</sup> und die Hungaristen-Bewegung.<sup>16</sup>

Die 1944/1945er Migranten waren also teilweise langfristig in Österreich und übernahmen bei den späteren Migrationswellen auch wichtige Rollen.

<sup>11</sup> Im Oktober 1945 sind von Salzburg nach Budapest repatriert worden: u.a. Ferenc Szálasi, Béla Imrédy und László Bárdossy (führende Politiker der letzten Kriegsjahre), weiters u.a. Ödön Málnási (ein Ideologe der Pfeilkreuzler) und László Temesvári (Präsident der Ungarischen Nationalbank unter Szálasi). Sowohl Málnási als auch Temesvári waren ab Mitte der 1950er-Jahre wieder in Österreich. Siehe auch HIMLER, 1958.

<sup>12</sup> 1950 fand die erste europäische Konferenz des Ausländischen Katholischen Ungarischen Studentenbundes (Külföldi Katolikus Magyar Diákszövetség) in Graz statt.

<sup>13</sup> Magyar Harcosok Bajtársi Közössége, gegründet im Oktober 1946 in Tirol, Leiter László Levalt-Jezierski, dann András Zákó.

<sup>14</sup> Magyar Királyi Csendőr Bajtársi Közösség, von Pál Jegenyés 1947 in Graz als Magyar Királyi Csendőr Bajtársi Asztaltársaság gegründet.

<sup>15</sup> Bolsevizmus Ellenes Nemzeti Erők, 1947 in Innsbruck von Béla Márton gegründet.

<sup>16</sup> Hungarista Mozgalom, geleitet von Árpád Henney.

Béla Lengyel war 1956 der Vertreter der Hilfsorganisation First Aid for Hungary und László Taubinger leitete den Ungarischen Flüchtlingsdienst. So weit die erste der acht in diesem Aufsatz zu behandelnden Migrationswellen.

Kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges war unter den Siegermächten beschlossen worden, die östlich von Deutschland lebenden sogenannten Volksdeutschen in ihre ursprüngliche Heimat zu überführen.<sup>17</sup> Bereits 1944/1945 flüchteten viele Volksdeutsche nach Österreich und Deutschland, gehören also zur vorherigen Emigrationswelle. So Ferenc Basch, der Leiter des Ungarischen Volksbundes, der nach Ungarn repatriiert und dort hingerichtet wurde. Es gab seit 1946 Versuche österreichseits, „den Transport von rund 400.000 auszusiedelnden Volksdeutschen über österreichisches Gebiet zu verhindern“<sup>18</sup> – was also ein Beispiel für die wenigen diplomatischen Kontakte hinsichtlich der Migranten ist. Schließlich wurden 1946–1948 ca. 185.000 Volksdeutsche ausgesiedelt.<sup>19</sup> Sie wurden (teilweise über Österreich) in die US-amerikanischen und sowjetischen Zonen Deutschlands transferiert. Die Aussiedlung der Volksdeutschen wird selten als eigene Migrationswelle betrachtet, obwohl es sich um eine bedeutende Anzahl von Personen und ungarische Bürger, die viele Generationen in Ungarn lebten und in jeder Hinsicht voll integriert waren, handelte. Diese ungarische Migrationswelle betraf also wesentlich Österreich. Zahlreiche Personen migrierten über Österreich und eine beträchtliche Zahl blieb dauerhaft dort. Laut Statistischem Bundesamt Wiesbaden blieben 13.000 Volksdeutsche aus Ungarn in Österreich,<sup>20</sup> laut Johann Weidlein waren es 12.000.<sup>21</sup> Das nicht zuletzt deshalb, weil im März 1947 die Alliierten die weitere Zuwanderung aus Österreich nach Deutschland untersagten.

Die in diesem Aufsatz aufgezählten Migrationswellen lassen sich in verschiedene Kategoriensysteme einordnen: historisch, sowohl in einer chronologischen und auch in einer einander bedingenden dynamischen Reihe stel-

<sup>17</sup> „The Three Governments, having considered the question in all its aspects, recognize that the transfer to Germany of German populations, or elements thereof, remaining in Poland, Czechoslovakia and Hungary, will have to be undertaken.“ PROTOCOL, 1945.

<sup>18</sup> RATHKOLB, 2010, 211.

<sup>19</sup> Laut Ferenc Farkas emigrierten 1944/45 250.000 Volksdeutsche. Die überwiegende Mehrzahl kehrte wieder nach Ungarn zurück. Die 1944/45 Migrierten und die 1946/48 Ausgesiedelten machten zusammen ca. 213.000 Personen aus. Laut Volkszählung von 1941 lebten in Ungarn 477.057 (Volks-)Deutsche, diese Migration betraf also weniger als die Hälfte.

<sup>20</sup> STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN, 1958, 400.

<sup>21</sup> WEIDLEIN, 1957, 161.

len, als auch den Brüchen der ungarischen Geschichte zuordnen. Sie lassen sich zahlenmässig darstellen und sie lassen sich auch typologisieren. So gehört die Aussiedlung der Volksdeutschen zum Typus der Zwangsmigration.

Die nächste Migrationswelle bildeten die Anhänger von politischen Gruppierungen, die bei der schrittweisen Machtübernahme der Kommunisten zum Rücktritt gezwungen wurden. Diese wird allgemein 1947er Welle genannt, weil die bekanntesten unter ihnen, die leitenden Persönlichkeiten der die Regierungsmehrheit bildenden Kleinen Landwirtpartei Ferenc Nagy und Béla Varga im Sommer 1947 emigrierten. Eine Reihe von „Botschaftern“ emigrierte im Sommer 1947 ebenfalls, so auch László Bartók, der Vertreter Ungarns, der Chargé d'affaires ad interim, in Wien. Diese Migranten emigrierten in der Mehrzahl nicht nach Österreich, sondern reisten nach kurzem Österreichaufenthalt weiter, vor allem in die USA.

Nagys Reise war die eines Politikers im Dienst. Er wurde von Henrik Hives, seinem Kabinettschef begleitet. Die Fahrt war, wie das dem nachfolgenden Zitat zu entnehmen ist, „idyllisch“, wenn auch überschattet von den sich verdunkelnden Zeiten. Ferenc Nagy beschreibt seine Reise mit dem Auto über Österreich in die Schweiz so: *„Henry Hives and I drove away in a lighthearted mood, like vacation-minded college students. I was on my first planned holiday. Aside from our passports we took not a single sheet of paper, much less a document. I wanted to rest, not to make politics. I was happy to escape for three weeks from constant strife and struggle... Between wheatfields on the Vienna road, the optimistic Hives would point to a green stretch here and there; but with my peasant training I had to disappoint him, saying: ‘The Hungarian harvest will not be good this year.’ Truly, in this unfortunate country, only intrigue has a good harvest in 1947. There were two Hungarian flags on the front of my car, and after we crossed the Austrian border the customs guards and police everywhere extended friendly courtesies. We reached Vienna at night. Minister Leslie Bartók informed me confidentially that Chancellor Figl would like to have a few minutes with me. I sent my friendly greetings to Chancellor Figl with the request to be excused after my announcement at home of my determination not to let politics intrude on this trip. We did not rush through Austria. We admired the cloisters, its old castles towering over the valleys, the beautiful farms of the Austrian peasants, and hamlets in Salzburg for a rest. The American authorities kindly placed excellent accommodations at our disposal. On the 16th, we crossed the Arlberg in thick fog, and toward nightfall arrived in Zurich.“*<sup>22</sup>

Nagy durchfuhr also Österreich während zwei Tagen vom 14. bis 16. Mai in einem beflaggten Dienstwagen, hielt sich an der ungarischen Botschaft in Wien und „bei den Amerikanern“ in Salzburg auf. Auch wenn seine Reise privat und keine offizielle war, wurde er von österreichischen Politikern, so insbesondere von seinem österreichischen Parteigenossen, dem von der ÖVP gestellten Bundeskanzler Leopold Figl, zu einem Gespräch eingeladen.

Béla Varga beschreibt seine Flucht am 2. Juni 1947 über Österreich in einem Interview 1991. In den wenigen Tagen zwischen dem 14. Mai und dem 2. Juni änderte sich die Lage dramatisch. Eine legale Ausreise kam zu dieser Zeit nicht mehr infrage. Als Priester hatte Varga Kontakte zu klerikalen Kreisen sowohl in Ungarn als auch in Österreich, als führender nichtkommunistischer Politiker wurde er von Vertretern der USA unterstützt. Er brach in die Emigration aus einem Nonnenkloster nahe der österreichischen Grenze auf: *„Bei den Nonnen war unsere Flucht schon organisiert. Wir beuerten einen Schmuggler an, der den Weg und die Bewegung der Grenzwa- che kannte: Wir brachen gleich in der ersten Nacht auf. Wir gingen durch einen Wald. Ich werde es nie vergessen: wir gehen durch den Wald, der Schmuggler bleibt stehen und zieht mit seinem Stock eine Linie. Hier ist die Grenze, über der Linie ist Österreich. Wir halten an, knien nieder, beten, weinen. Ich hatte das Gefühl, ich werde meine Heimat nie mehr wiedersehen. Ich ging mit diesem Gefühl. Der Pfarrer des ersten Dorfes war ein Klassenkamerad in Raab. Wir hatten auch zusammen Theologie studiert. Wir gingen zu ihm, klopfen an, noch in derselben Nacht fuhren wir mit dem Pferdewagen nach Eisenstadt zum Bischofssitz. Stephan László, der spätere Bischof war damals der Sekretär. Er brachte uns unter und organisierte die Weiterreise. Ich machte leider einen Fehler. Ich ging vom sicheren Versteck zum Barbier gegenüber, um mich rasieren zu lassen. Man muss wissen, das Burgenland war damals russische Besatzungszone, so waren wir noch nicht in Sicherheit. Der Barbier war ein Ungar, der mich sofort erkannte und sagte, dass ich aufpassen soll, weil russische Wachen mit meinem Foto unterwegs sind und mich überall suchen. Ihm wurde mein Bild auch schon gezeigt, ich solle schnell weiter. Ich ging zu meinem Priester-Freund Kodács, der dort ebenfalls Pfarrer war und versteckte mich bei ihm. Stephan László holte mich mit dem Auto ab, ich fuhr mit ihm nach Wien, in die US-amerikanische Zone. Der Weg war in mehrerer Hinsicht gefährlich: Stephan László verriet mir, dass er mit dem Auto noch nie eine längere Strecke zurückgelegt hatte, andererseits passierten wir immer wieder russische Posten. Wir kamen glücklich in Wien an. Ich wurde in der US-amerikanischen Zone erwartet. Nach wenigen Tagen wurde ich mit einem kleinen Flugzeug, das neben*

*der Donau landen konnte, nach Salzburg gebracht, das von US-Amerikanern kontrolliert wurde. Ich überquerte am 2. Juni die Grenze, in einer Woche war ich in Salzburg, wo ich ebenfalls nicht lange bleiben konnte. Nach ein paar Tagen kam die Nachricht, dass ich gesucht werde, jemand brachte mir, wenn ich mich recht erinnere, von Tibor Déry eine Nachricht. Meine US-amerikanischen Freunde forschten den Unbekannten aus, begleiteten mich zum vereinbarten Treffen und nahmen ihn fest. Er hatte eine Waffe, sein Name war nicht der, den er angab, die Nachricht stimmte auch nicht. Er wollte mich töten. Ich ging von Salzburg in die Schweiz<sup>423</sup> und weiter über Paris und Irland in die USA. Vargas Weg führte also nicht alleine über Österreich, sondern zeigt auch die Details der lebendigen Verbindungsnetze von ungarischen Politikern, die teilweise auf ihren alten Kontakten, teilweise auf Berufsnetzwerken und teilweise auf Solidarität der westlichen Alliierten beruhten.*

Nagy und Varga gründeten im November 1947 in den USA Magyar Nemzeti Bizottmány (Ungarisches Nationales Komitee), eine von den westlichen Mächten anerkannte Exilorganisation.

Die Angehörigen der zweiten großen politischen Partei Ungarns, die Sozialdemokraten, waren gespalten. Viele der Gegner der Vereinigung mit den Kommunisten, die im Juni 1948 vollzogen wurde, ergriffen die Flucht. So emigrierte Károly Peyer im November 1947. Dieser war von Mai 1944 bis Mai 1945 in Mauthausen interniert gewesen. Nach der Befreiung und seiner Rückkehr nach Ungarn versuchte er sich weiterhin in der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei zu engagieren, bekam aber weder in den Gewerkschaften noch in der Partei selbst eine leitende Position. Er kam ins Parlament, gehörte zu den Gegnern der Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei und geriet daher ins Abseits. Sein enger Mitarbeiter Frigyes Pisky-Schmidt flüchtete am 27. September 1947 mit Hilfe des US-Geheimdienstes aus Ungarn. Peyer verließ Ungarn illegal am 19. November 1947. Er hielt sich kurz in Salzburg auf, bis seine Frau und Tochter nachreisen konnten. Er übersiedelte am 13. Dezember nach Zürich, dann nach Paris und schließlich in die USA.

Imre Szélig gehörte – zusammen mit Antal Bán und Anna Kéthly – zu den Politikern, die erst im Februar 1948 wegen Rechtsabweichung von ihren leitenden Posten in der Sozialdemokratischen Partei abgesetzt und im nächsten Monat aus der Partei ausgeschlossen wurden. Szélig emigrierte

<sup>43</sup> KAPRONCZAY, 1998, 70f. Übersetzung Károly Kókai.

1948 und lebte in der Schweiz und in England. Die in Ungarn sich abzeichnenden diversen sozialistischen Fraktionen behielten ihre Gegnerschaft auch in der Emigration. Es standen einander die Ungarische Sozialdemokratische Partei um Károly Peyer und Frigyes Pisky-Schmidt und die Ungarische Sozialdemokratische Partei in der Emigration um Antal Bán und Imre Szélig einander gegenüber.

Bereits die wenigen Monate Unterschied zwischen Peyers und Széligs Flucht markieren wesentliche Unterschiede. Was Szélig bis Februar 1948 mitmachte, der Versuch von Seiten der Sozialdemokratischen Partei dem zunehmenden Druck der Kommunistischen Partei nachzugeben und gemeinsame Politik zu machen, traf die weniger kompromissbereiten oder kompromissfähigen wie z.B. Peyer. So flüchteten Pisky-Schmidt und Peyer vor dem immer monströser werdenden linken Block, der bald als offener Stalinismus ungarischer Version auftrat und der im Herbst 1947 noch von Teilen der Sozialdemokratie mitgetragen wurde.

Wie die Beispiele von Peyer und Szélig auch zeigen, war Österreich nicht unbedingt das Endziel, aber eine wichtige Station der Flucht. Emigrantenzentren entstanden in den USA, in Frankreich, in England und in Deutschland, wo die politische Tätigkeit der Migration – entsprechend den westlichen Interessen des Kalten Krieges – mehr Unterstützung bekam. Österreich war aber vorrangiges Tätigkeitsgebiet dieser Migration, sowohl vor 1955 als erstes freies Land, wo man relativ mühelos in die Zonen der westlichen Alliierten gelangen konnte, als Sammelpunkt für die Angehörigen der aufeinanderfolgenden Migrationswellen und nach 1955 als das neutrale Land, das in der Dynamik des Kalten Krieges eine spezifische Rolle bekam. Man versuchte mit der Solidarität der führenden österreichischen Politiker zu rechnen und seine Beziehungen als Ausgangsbasis für die offene Zukunft bereit zu halten.

Die sogenannte 1947er Migratonswelle bestand also vor allem aus Politikern bzw. politisch aktiven Intellektuellen, Journalisten und Parteifunktionären. Sie war ihrer Anzahl nach dementsprechend klein, in politischer Hinsicht aber umso gewichtiger. Diese Migration war das, was bis 1956/1957 die Politik der im Westen befindlichen ungarischen Migration organisierte und leitete, bis eine in der internationalen Aufmerksamkeit äußerst positiv aufgenommene neue Migrationswelle diese Rolle übernahm. Der Hauptagent jener Emigrantenpolitik war das durch führende US-amerikanische Politiker unterstützte Magyar Nemzeti Bizottmány, das von den USA aus agierte, jedoch kurz nach dem Staatsvertrag Öster-



reichs und kurz vor dem 1956er Aufstand in Ungarn auch den Versuch unternahm, ihr Hauptquartier in die Nähe des Eisernen Vorhanges zu verlegen: *„Nach der Sondersitzung des Exekutivrates des Ungarischen Nationalen Komitees im Juli 1956 ist Ferenc Nagy nach Österreich gereist und fing intensive diplomatische Tätigkeiten an. Er verhandelte mit dem Außenminister Leopold Figl, mit dem Innenminister Oscar Helmer, mit dem Leiter der ungarischen Sektion der Sozialdemokratischen Partei Károly Hercog und mit mehreren Vertretern der Sozialdemokratischen Partei. Diese Besprechungen fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Nagy schlug während der Verhandlungen Figl vor, den Sitz des Ungarischen Nationalen Komitees nach Wien oder Salzburg zu verlegen. Figl war damit zwar einverstanden, bezog sich aber auf den Staatsvertrag, der der österreichischen Regierung eine Einwilligung nicht erlaubte. Nagy verhandelte auch mit dem Sekretär des Landeshauptmannes des Burgenlandes und besuchte die Grenze. Zugleich beauftragte das Ungarische Nationale Komitee Károly Peyer, dass er als angesehenen Sozialdemokrat nach Österreich kommen und Verhandlungen mit der Führung der Schwesterpartei initiieren solle. Peyer traf mit Bundespräsident Theodor Körner und mit Innenminister Oscar Helmer zusammen, und versuchte genauso wie Nagy zu erreichen, dass der Sitz des Ungarischen Nationalen Komitees nach Österreich verlegt wird. Er teilte den österreichischen Kollegen mit, dass die französische und die westdeutsche Regierung die Niederlassung bereits genehmigt hätten.“*<sup>24</sup>

Es gab für Ungarn jüdischer Abstammung zahlreiche Gründe in den ersten Jahren nach 1945 das Land zu verlassen. Die Überlebenden waren ihres seit Mitte des 19. Jahrhunderts erworbenen sozialen Status<sup>4</sup> und Vermögens beraubt und hatten angesichts der wirtschaftlichen Lage des Landes nach dem verlorenen Krieg und angesichts der auf Kollektivierung und Verstaatlichung ausgerichteten wirtschaftlichen Ideologie des sich etablierenden Systems keine Aussicht auf Kompensation. Die traditionellen jüdischen Antiassimilationstendenzen wurden angesichts der durch die neuen kommunistischen Machthaber angestrebten gesellschaftlichen Umstrukturierungen unmöglich gemacht: Der jüdische Religionsunterricht wurde in den Schulen eingestellt, die Möglichkeit hebräisch zu maturieren abgeschafft, das Erscheinen der offiziellen Zeitung des ungarischen Judentums, *Új Élet (Neues Leben)*, erschwert, die neologen und orthodoxen Konfessionen vereinigt. Der private Wirtschaftssektor wurde zurückgedrängt. In

<sup>24</sup> HAAS, 2009, 121f. Übersetzung Károly Kókai.

den saatlichen Unternehmen war der Samstag jedoch ein Arbeitstag, was eine traditionelle Lebensweise somit unmöglich machte. Es lebte außerdem der Antisemitismus wieder auf: In den verschiedenen staatlichen Organisationen des sich neu formierenden Systems machten zahlreiche jüdischstämmige Bürger Karriere, weil sie erstens nach den Diskriminierungen der Zwischenkriegs- und Kriegszeit dazu die Chancen bekamen und zweitens weil sie im Gegensatz zu den neuen Kadern aus der Arbeiter- und Bauernschaft gebildet genug waren, das zu tun. Außerdem sahen nach den Verfolgungen die meisten die Kommunisten als Garant für ihre Nichtverfolgung an. Das Erscheinen einer großen Anzahl jüdischer Bürger im Staatsapparat und insbesondere in dessen Machtorganisationen – wie dem berüchtigten Staatssicherheitsdienst AVO –, ließ jedoch den Antisemitismus wieder aufleben. Und schließlich bedeutete der aufblühende Zionismus eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft. Die Auswanderung erfolgte sowohl legal als auch illegal, ersteres in einem geringeren, zweiteres in einem umso größeren Ausmaß. Ungarn war dabei sowohl Transitland für jüdische Überlebende aus dem Osten als auch Ausgangspunkt, die Organisation der Migration von jüdischer Seite dementsprechend gut durchgeplant.

Die großteils illegale, jedoch unter stillschweigender Duldung der ungarischen Behörden vollzogene Auswanderung geriet ins Stocken, als der im Mai 1948 neu eingerichtete israelische Staat sich nicht zu einem Bündnis mit Stalins Sowjetunion bekannte, sondern eine eigenständige Außenpolitik einschlug. Angesichts dieser Wende setzte ab Anfang 1949 eine Auswanderungswelle über die Tschechoslowakei, Österreich und Italien ein. Organisiert wurde dies durch die Bricha, ein illegales Flüchtlingswerk, das entsprechende Routen kontrollierte. Die Ausreise aus Ungarn in die Tschechoslowakei war illegal. Von dort erfolgte die Weiterreise mit Durchreisevisen, also legal. Finanziert wurde die Aktion, so wie die Visa-gebühren und die Transportkosten, durch das Joint Distribution Committee, ein weiteres, diesmal legales jüdisches Flüchtlingswerk. Von April bis Juli 1949 waren es ca. 12.000 ungarische Juden, die über diese Route migrierten, die Hälfte davon reiste nach Israel weiter, die andere Hälfte blieb in Österreich.<sup>25</sup> Gleichzeitig fand auch eine gänzlich illegale Migration statt, über deren Umfang es wesentlich schwieriger ist, genaue Angaben zu machen. Eine Schätzung lautet, dass 1948/1949 insgesamt ca. 30.000 unga-

---

<sup>25</sup>ALBRICH, 2002, 124.

rische Juden nach Österreich reisten.<sup>26</sup> Einer anderen nach sind in den 1940er und 1950er Jahren insgesamt ca. 30.000 nach Israel ausgewandert, zumindest vom Gebiet des heutigen Ungarn. Eine Gesamtschätzung ausgewandeter ungarischer Juden, d.h. inklusive ungarischer Juden aus Siebenbürgen und der Karpato-Ukraine, geht von ca. 60.000 Personen aus.<sup>27</sup>

Die Kirchenverfolgung funktionierte strukturell ähnlich wie die der politisch anders Denkenden. Der Kirche wurden nach und nach die rechtliche Basis, die wirtschaftliche Grundlage und die gesellschaftliche Stellung entzogen. Die Kirchenangehörigen wurden gespalten, diejenigen, die bereit waren, die Vorgaben zu akzeptieren wurden in eine sogenannte Friedensbewegung integriert. Diejenigen, die zur Kooperation nicht bereit waren, wurden in die Illegalität gezwungen und auch inhaftiert. Ab 1946 wurden schrittweise die Kirchenangehörigen in Ungarn unter Druck gesetzt, indem ihre Tätigkeit eingeschränkt, ihr Vermögen verstaatlicht und ihnen das Unterrichtsrecht entzogen wurde. Sie wurden kriminalisiert, ihre Organisationen aufgelöst. Ende Dezember 1948 wurde Erzbischof József Mindszenty festgenommen und in einem Schauprozess 1949 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Da die geistlichen Orden aufgelöst wurden, mussten die Ordensbrüder und -schwestern entweder in die Illegalität untertauchen oder emigrieren. So organisierten beispielsweise die Jesuiten die Emigration in erster Linie der Novizen, damit sie ihre Ausbildung im Ausland abschließen konnten. Einer dieser Novizen erinnert sich Jahre später an die Flucht so: Er war 1947 achtzehn Jahre alt und trat gleich nach der Matura den Jesuiten bei. Ende des zweiten Jahres wurde er vor die Wahl gestellt, entweder in Ungarn zu bleiben oder zum Priester geweiht werden zu können. Er brach am 14. August 1949 auf, mit dem Zug reiste er über Győr zum grenznahen Hegykő. Am Heuboden eines Bauernhauses versammelten sich mehrere Novizengruppen. Zu zwölf passierten sie in der Nacht zu Fuß die technische Sperre. In einer grenznahen Kirche auf der österreichischen Seite angekommen war der Pfarrer *„sehr erstaunt, weil er drei Telegramme abschickte, damit wir nicht kommen: Im ganzen Gebiet hielten mehrere Tausend russische Soldaten ein Manöver ab. Er war sehr erstaunt, dass wir zwölf einfach über die Grenze marschierten. Sie können nicht bleiben, sagte er, Sie müssen gleich weiter nach*

<sup>26</sup> BAUER, 1989, 145.

<sup>27</sup> STARK, 1993, 151.

*Wien. [...] Als wir im Jesuitenhaus in Wien ankamen, sagte uns der Rektor, dass die Polizei schon da war und uns suchte. Da sie jederzeit zurückkommen konnten, mussten wir gleich weiter. Er begleitete uns zum Bahnhof, kaufte die Fahrscheine und setzte uns in den Zug. Er gab uns Bücher und Zeitungen. Lest und redet nicht, sagte er, steigt eine Station vor der amerikanischen Zone aus, geht ins Waisenhaus neben der Kirche gleich bei der Station. Von der Station aus werdet ihr den Kirchturm sehen. [...] Im Waisenhaus wurden wir schon erwartet und wir brachen sofort in die Berge auf. Dreißig Kinder hielten uns an den Händen. Es schaute so aus, als ob wir sie führen würden, aber sie führten uns. Innerhalb einer halben Stunde waren wir bei einer Schranke. Sie zeigten auf die andere Seite: amerikanische Zone, amerikanische Zone. Wir dankten für ihre Hilfe und passierten die Zonengrenze. Der Weg führte von dort herunter nach Mariazell.<sup>28</sup>*

Die Geschichte Szebenyis liest sich wie eine beschwerliche Pilgerfahrt zum wichtigsten ungarischen Wallfahrtsort in Österreich. Klar ist jedoch, dass die Stationen der Reise eine Kette von kirchlichen Einrichtungen waren, die die Flüchtenden sozusagen an den Händen bis zur Sicherheit weiterreichten.

Es emigrierten aber nicht nur Novizen, sondern auch zahlreiche andere Kirchenangehörige, so beispielsweise József Zágón, der 1950 bis 1953 in Innsbruck die Zeitschrift *Élet (Leben)* herausgab und in der vatikanischen Politik der nächsten Jahrzehnte eine wichtige Rolle spielte.

In der Periode 1944 bis 1949 emigrierte also eine bedeutende Anzahl von Personen. Sie verließen das Land wegen ihrer Volkszugehörigkeit (deutsch, jüdisch) bzw. wegen des sich etablierenden Systems. Zu dieser zweiten Gruppe gehörten breite Teile der traditionellen ungarischen Mittelschicht ziviler, klerikaler und militärischer Berufe. Die Behandlung der in Österreich lebenden Fremden änderte sich in dieser Zeitperiode ebenfalls wesentlich. So wurden insbesondere die diesbezüglichen Aufgaben von den Alliierten übernommen und der entsprechende gesetzliche Rahmen auch in Österreich geschaffen (Genfer Flüchtlingskonvention 1951, die 1954 in Kraft trat und von Österreich am 15. April 1955 unterzeichnet wurde). Die grundsätzliche Ausrichtung war aber während der gesamten Periode gleich: der pragmatische Vorgang von anfänglichem Widerstand und darauffolgender Integration mit den dazu nötigen Maßnahmen der Kompromisse und Konfliktminimierung.

<sup>28</sup> SZEKENYI, 1998, 241f. Übersetzung Károly Kókai.

Sowohl was die historische Forschung als auch was die symbolische Bedeutung betrifft, ist die besterforschte und bedeutendste Emigrationswelle jene des Jahres 1956. Rein zahlenmäßig steht diese Welle jedoch nach der von 1945/1946 erst an zweiter Stelle und ist etwa so groß wie die der Volksdeutschen. Das ist auch sichtbar, wenn man die Zahlen derer anschaut, die längerfristig in Österreich blieben. Es emigrierten insgesamt ca. 200.000 Personen, davon bis zum 30. April 1958 180.258 über Österreich.<sup>29</sup> Weiter wanderten 154.309, nach Ungarn kehrten 7.722 zurück, in Österreich blieben also ca. 11.000: „11.471 ungarische Flüchtlinge sind in Österreich geblieben, und es sind bei weitem nicht die stärksten und gesündesten. Die Republik wird diesen Menschen nur mit der nimmermüden Hilfe der Welt eine glückliche Zukunft sichern können.“<sup>30</sup> Die Hauptleistung Österreichs war, den Zahlen nach geurteilt, die Durchführung des Weitertransports, was natürlich einer enormen diplomatischen und organisatorischen Anstrengung bedurfte. Die UNO und viele Einzelländer haben Österreich (durch Hilfsorganisationen) finanziell und materiell in der Versorgung der Flüchtlinge unterstützt und sich bereit erklärt, eine gewisse Anzahl von ihnen (Kontingent genannt) aufzunehmen.

Zu dieser Welle gehören zahlreiche Personen, die seit 1945 aus Österreich nach Ungarn zurückkehrten, die also somit das zweite Mal emigrierten, so z.B. László Temesvári. Zu dieser Welle gehörten natürlich auch zahlreiche in der ungarischen Politik wichtige Rollen spielende Personen. Unter anderem die sozialdemokratische Politikerin Anna Kéthly,<sup>31</sup> die am 4. November 1956 in Wien eintraf.

Imre Szélig stellte die Situation der emigrierten ungarischen Sozialdemokraten in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks 1958 so dar: „Die in der Emigration tätige Sozialdemokratische Partei Ungarns besteht eigentlich aus den zwei Gruppen der ungarischen Sozialdemokraten, die das Land zu zwei verschiedenen Zeiten verlassen mussten. 1948 wurde in Zürich der erste Parteivorstand der Exil-Partei gewählt, und zwar von solchen Sozialdemokraten, die nach der Zwangsfusion zwischen der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei nach Westen zu flüchten gezwungen waren. Die moralische Unterstützung

<sup>29</sup> Diese und die folgende Zahlen sind KERN, 1959, einem vom Verlag des Bundesministeriums für Inneres herausgegebenen Band entnommen, stellen also die offizielle Statistik dar.

<sup>30</sup> KERN, 1959, 68.

<sup>31</sup> Kéthly war vorher bei einer Sitzung der Sozialistischen Internationale in Wien. Sie versuchte in Begleitung von Imre Szélig und Oskar Helmer nach Budapest zu reisen, kam aber nur bis Sopron, siehe dazu: BUJDOSÓ, 2003, 8f.

*der Englischen Arbeiter-Partei genießend, war es uns im darauffolgenden Jahr möglich, das Zentralsekretariat der Partei nach London zu übersiedeln. Dank dem Vertrauen meiner Landsmänner zufolge wurde ich zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Nach der Oktoberrevolution von 1956 schien es als wünschenswert, dass die früher und erst kürzlich emigrierten Sozialdemokraten eine einheitliche Organisation bilden sollten. Diesem Bedürfnis entgegenkommend, wurde es im Oktober des vorigen Jahres von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ermöglicht, dass unsere Partei ihren Kongress im Bonner Parteihaus abhalten konnte. Bei diesem Kongress wurde als Vorsitzende Staatsministerin Anna Kéthly gewählt, die einzige im freien Westen lebende Staatsministerin der Revolutionären Koalitionsregierung von Imre Nagy. Das Zentralsekretariat der Partei ist weiterhin in London. Die Ungarische Exil-Partei ist auch das Konsultative Mitglied der Sozialistischen Internationale, die ihr Hauptquartier auch in London hat.<sup>32</sup>*

Keinesfalls war also die Spaltung vorbei. Man konnte den Gegensatz zwischen denjenigen, die der Vereinigung mit den Kommunisten im Jahre 1948 zugearbeitet hatten, und denjenigen, die den der Vereinigung vorangehenden internen Machkämpfen schon früher zum Opfer gefallen waren, nicht überwinden. Kéthly gehörte zur zweiten Gruppe und war diejenige, die auch für die Sozialdemokraten in Österreich als Verhandlungspartnerin galt.

Die 1963er Welle, um diesen kurzen Überblick abzuschließen, war zahlenmäßig wesentlich geringer, sie bestand aus insgesamt wenigen tausend Personen.<sup>33</sup> Diese sind nach der Amnestie vom März 1963 als Teil von Familienzusammenführungen oder als Auswanderer über Österreich in den Westen gelangt. Darunter waren zahlreiche Personen, deren Familienangehörige in einer der bisher erwähnten Migrationswellen ins Ausland gelangten, die jetzt die Gelegenheit ergriffen, nahe Verwandte (Kinder, Elternteile, Eheleute) nachzuholen. Und es waren einige vom kommunistischen Regime Verfolgte, die die Chance nutzten und auswanderten.

Ein Zeitzeuge beschrieb die Vorgänge so: *„1956 waren wir nicht geflohen, obwohl unsere Wohnung voll mit Flüchtenden war. Jeden Abend waren zig Leute gekommen. Hauen wir ab, lasst das Ganze liegen [haben sie gesagt]. Das Geld und die Fluchtmöglichkeiten hätten kein Problem bedeutet. Alles war organisiert. Aber meine Mutter war teilweise wie gelähmt durch den plötzlichen Tod meines*

<sup>32</sup> SZÉLIG, 1958, 105f.

<sup>33</sup> Die Daten des Österreichischen Statistischen Zentralamtes halten diejenigen fest, die sich in Österreich als Emigranten registrieren ließen, 1963 waren es 290, 1964 492.

Vaters. Er war im Juli [1956] gestorben. Diese Fluchtpläne waren im November/Dezember [1956]. Und zum zweiten hatte sie noch ihre Mutter und ihre Schwester, für die sie Verantwortung gespürt hatte [Die Mutter und Schwester sind 1957 resp. 1958 verstorben.] Die Kinder waren auch noch zu klein. [Der Erzähler wurde 1949, seine zwei Brüder 1951 und 1953 geboren, waren also 7, 5 und 3 Jahre alt.] Und letztlich hat sie darauf gehofft, dass die Repressionen nach dem Volksaufstand nicht so schlimm ausfallen werden und Ungarn halbwegs eine Demokratie wird. Und 1962, 1963 musste sie einsehen, dass aus ihren Hoffnungen nichts wurde, oder dass sich ihre Hoffnungen langsamer erfüllen werden. Den späteren Gulaschkommunismus hat sie sehr wohl vorausgesehen, aber da hat sie gewusst, dass das zu lang für uns dauern würde. Ich habe z.B. meine Schule nicht fortsetzen dürfen in der Apáczai Schule. [...] Angeblich wurde 1963 die Diskriminierung aufgrund der Geburt abgeschafft. Dem war aber nicht so, weil ich das Gymnasium nicht weiter besuchen durfte. Es hat keine Aufnahmeprüfung gegeben. Man ist nach der achten Klasse Volksschule in die erste Klasse Gymnasium eingetreten. Ich hatte ein gültiges Zeugnis. Ich wäre berechtigt gewesen. Aber man hatte gesagt [...], ich weiß nicht was man gesagt hat. Daran erinnerte sich später meine Mutter auch nicht. Auf jeden Fall haben wir das nicht schriftlich bekommen, dass ich nicht zugelassen bin. Man hat mich einfach nicht genommen. Man wollte mich nicht registrieren. [...] Dann ist halt die Amnestie gekommen. Und die Amnestie erstreckte sich natürlich in erster Linie auf die 56er, aber enthielt auch einen Passus, demzufolge Familienzusammenführungen möglich wurden. Das heißt, es gab ziemlich viele Familien, in denen der Vater oder gar die Mutter geflüchtet war und ein Familienteil, es kann sein, dass es sogar die Kinder waren, in Ungarn zurückgelassen wurde. Diese Familien konnten nun zusammengeführt werden. Und es gab nun die Möglichkeit zur legalen Auswanderung. Diese Möglichkeit haben auch einige genutzt. Aber das war deswegen schwer, weil die Länder, in die man auswandern wollte, eine Aufnahmebewilligung erteilen mussten und um so eine Aufnahmebewilligung zu bekommen, musste jemand die Bürgerschaft übernehmen, ein sogenanntes Affidavit. Und diese Bürgerschaft war unter Umständen ziemlich heikel. Stell dir vor für eine Familie ohne Vater, mit drei kleinen Kindern die Bürgerschaft zu übernehmen. Und wir hatten so ein Glück, dass für uns das übernommen wurde, vermittelt durch die beste Freundin meiner Mutter, eine Gräfin Meran. [...] Diese Freundin meiner Mutter wurde die Frau eines Gudenus, Gordian Gudenus, der damals Botschafter Österreichs in Ägypten war, später langjähriger Botschafter Österreichs im Vatikan. Gordian und Anna Gudenus haben für uns gebürgt, und Gott sei Dank mussten wir ihre allfällige Unterstützung nicht in Anspruch nehmen. [...] In

*Österreich kamen wir für einige Jahre im Salzburger Haus von Tante Ferdinande-Nancy-Vetsera, einer Verwandten unter, die natürlich wie wir, genauer: unsere Mutter, eine Zichy, ebenfalls zum miteinander kreuz und quer verschwägerten österreichisch-ungarischen Hochadel gehörte.*<sup>34</sup>

Die Amnestie 1963 war ein wesentlicher Schritt der (innen- und außenpolitischen) Konsolidierung des Kádár Regimes. Da die UNO im Dezember 1962 auf US-Vorschlag die Behandlung der „Ungarischen Frage“ von der Tagesordnung genommen hatte, sah das System die Zeit reif für diesen symbolischen Schritt. Man war bestrebt, sich der jüngeren Vergangenheit zu entledigen und den Blick in die Zukunft zu richten. Was damit abgeschlossen war, ist eine wechselvolle Periode, deren Brüche nicht zuletzt durch die hier aufgezählten Migrationswellen markiert sind. Die dabei über Österreich migrierenden und zu einem beachtlichen Teil in Österreich gebliebenen ungarischen Migranten bildeten eine dementsprechend vielfältige Gemeinschaft, die zwar alle ihre gemeinsamen Wurzeln hatten, aber den extremen politischen und sozialen Entwicklungen gemäß größtenteils mit der Integration in ihre neue Heimat und nicht mit einem Aufrechterhalten einer ungarischen Exilgemeinschaft beschäftigt waren.

Die von mir hier aufgezählten acht Wellen sind also äußerst unterschiedlich. 1944/1945 emigrierten über eine Million Personen, bei der katholischen Migration 1949/1950 wenige hundert. Es handelt sich dabei um Gruppen, die viel Aufmerksamkeit genossen und genießen, die eine „offene Grenze der Menschlichkeit“<sup>35</sup> erwartete, und so als Teil einer „lebendigen Geschichte“ gelten, und wieder andere, die von breiten Kreisen der Wissenschaftler und der Öffentlichkeit als Teil einer „toten Geschichte“ angesehen werden.

Wenn man diese Migrationswellen überblickt, fällt auf, dass sie den Perioden und insbesondere den Periodengrenzen der ungarischen Innenpolitik entsprechen. Diese Vielfalt lässt sich also entlang der innenpolitischen Entwicklungen in Ungarn anordnen und aufgrund von dort geltenden politischen Zuordnungen (rechts, demokratisch etc.) strukturieren. Das Anliegen meines Aufsatzes ist zu zeigen, dass diese Migrationen genauso Teil der österreichischen Geschichte sind. Diese Migrationswellen entsprechen zwar nicht den politischen Wenden in Österreich (Staatsvertrag, diverse

<sup>34</sup> Gespräch mit Univ.-Prof. Pál Deréky (Literaturwissenschaftler) am 19. September 2005.

<sup>35</sup> KERN, 1959.



Koalitionsregierungen etc.) sondern bedeuteten für Österreich in erster Linie, dass sie über das Land hinüberschwappten, die sie bildenden Menschen also über Österreich weiterwanderten. Diese Migranten waren somit aber nicht mehr in Ungarn, sondern eben in Österreich, d.h. sie funktionierten entsprechend den Regeln hier. Falls sie doch blieben, waren ihre Vereine hier registriert. Wo diese Migranten hingingen (Innsbruck, Salzburg, Graz), was sie dort machten (Zeitschriften herausgeben, ihre internationalen Netzwerke aufgebaut und gepflegt) betrifft die Strukturen Österreichs. Die Spuren ihrer Tätigkeit nach der Emigration betreffen österreichische Archivbestände. Es betrifft Fragen, wie die offizielle österreichische Politik mit diesem Problem umging.

Emigrationsforschung ist also ein Doppel der Standardgeschichte, eine direkte (und dabei oft verzerrte) Reflexion. Sie macht das Bild differenzierter. Das Thematisieren der ungarischen Migrationswellen 1945–1963 ändert die Perspektive. Da kommt etwas auf die Bühne, was ansonsten hinter die Bühne verbannt wird. Bekanntes wird in eine neue Struktur geordnet. Es geht um persönliche Schicksale – wie das aus den für eine wissenschaftliche Arbeit ungewöhnlich langen Zitaten aus publizierten und unpublizierten Erinnerungen ersichtlich ist. Diese Personen konnten dank der politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten Österreichs zunächst einmal überhaupt überleben und konnten sich dann mittel- und langfristig integrieren.

Bei all dem ist aber natürlich klar, dass hier ein nochmaliger Perspektivenwechsel angebracht ist. Was die Dynamik der Situation – und zwar sowohl auf der ungarischen als auch auf der österreichischen Seite – bestimmt, ist die internationale geschichtliche Lage, also der sogenannte Kalte Krieg. Die aufgezählten Migrationswellen erfüllten eine Rolle entsprechend der Dynamik des Kalten Krieges. Sie nahmen eine Stellung ein, die für Österreich als „neutrales“ Land essentiell war. Sie waren ein Rechtfertigungsgrund für Österreich als neutraler, aber mit dem Westen solidarischer Staat eine spezifische Rolle zuerkannt zu bekommen. Indem also beispielsweise in Österreich Personen und Personengruppen mit radikalen politischen Ansichten und starken historischen Belastungen integriert wurden, leistete man einen wichtigen Beitrag zur europäischen Friedensordnung.

So bezieht sich die Jahreszahl, die das Ende meiner Betrachtungen markiert, vordergründig auf ein Ereignis in der Innenpolitik Ungarns. 1963 stellt aber auch im (wechsellvollen) Kalten Krieg einen Wendepunkt dar.

Die atomare Bedrohung bestimmte die Welt. Die Ära Kennedy ging in den USA zu Ende. Im nächsten Jahr löste Leonid Breschnew in der UdSSR Nikita Chruschtschow ab. Österreich etablierte sich als Ort der Diplomatie und Verhandlungen, und somit der vorbildlichen Konsolidierung und Neutralität.

KÁROLY KÓKAI

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## QUELLEN

## PROTOCOL, 1945:

*Protocol of the Proceedings, August 1, 1945 of the Berlin Conference of the Three Heads of Government of the U. S. S. R., U. S. A., and U. K.*

## STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN, 1958:

STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN (Hrsg.), *Die deutschen Vertreibungsverluste*. Stuttgart, 1958.

## SZÉLIG, 1958:

Imre SZÉLIG: *Süddeutscher Rundfunk Interview 18. 9. 1958 Imre Szélig Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im Exil*. Typoskript, Országos Széchenyi Könyvtár, Fond 458/2.

## LITERATUR

ALBRICH, 2002: Thomas ALBRICH: The Zionist Option: Israel and the Holocaust Survivors in Austria. *Escape Through Austria. Jewish Refugees and the Austrian Route to Palestine*. Thomas ALBRICH et al. (eds.). London, 2002, 105–131.

BAUER, 1989: Yehuda BAUER: *Out of the Ashes. The Impact of American Jews on Post Holocaust European Jewry*. Oxford, 1989.

BORBÁNDI, 1985: Gyula BORBÁNDI: *Az emigráció életrajza 1945–1985* [Biographie der Emigration 1945–1985]. Bern, 1985.

BUJDOSÓ, 2003: Alpár BUJDOSÓ: *299 nap* [229 Tage]. Budapest, 2003.

FARKAS, 1969: Ferenc FARKAS: *Az altöttingi országgyűlés története* [Die Geschichte des Landtages von Altötting]. München, 1969.

GECSÉNYI, 2010: Lajos GECSÉNYI: Bergab, bergauf: ungarisch-österreichische Beziehungen 1945–1965. *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*. Wien, 2010, 1277–1331.

GECSÉNYI, 2007: Lajos GECSÉNYI: *Iratok a magyar–osztrák kapcsolatok történetéhez* [Dokumente zur Geschichte der ungarisch-österreichischen Beziehungen]. Budapest, 2007.

- HAAS, 2009: György HAAS: *A szeretet apostola volt. Varga Béla élete* [Er war der Apostel der Liebe. Das Leben von Béla Varga]. Budapest, 2009.
- HIMLER, 1958: Márton HIMLER: *Így néztek ki a magyar nemzet sírásói: a magyar háborús bűnösök amerikaiak előtt tett vallomásának hiteles szövege* [So schauten die Totengräber der ungarischen Nation aus: die echte Abschrift der durch die Amerikaner geführten Verhörprotokolle ungarischer Kriegsverbrecher]. New York, 1958.
- KAPRONCZAY, 1998: Károly KAPRONCZAY: *A nemzetgyűlés elnöke volt. Kilenc évtized a 20. századból. Varga Béla vallomásai életútjáról 1991-ben* [Er war der Präsident der Nationalversammlung. Neun Jahrzehnte aus dem 20. Jahrhundert. Béla Varga 1991 über seinen Lebensweg]. Budapest, 1998.
- KERN, 1959: Friedrich KERN: *Österreich: Offene Grenze der Menschlichkeit. Die Bewältigung des ungarischen Flüchtlingsproblems im Geiste internationaler Solidarität*. Wien, 1959.
- LENGYEL, 2011: Béla LENGYEL: *Európa forgószélében* [Im Wirbelwind von Europa]. Budapest, 2011.
- NAGY 1948: Ferenc NAGY: *The Struggle behind the Iron Curtain*. New York, 1948.
- RATHKOLB, 2010: Oliver RATHKOLB: Die österreichische Ostpolitik gegenüber Ungarn. *Österreich und Ungarn im Kalten Krieg*. Hrsg. von István Majoros, et al. Budapest, 2010, 211–226.
- STARK, 1993: Tamás STARK: A magyar zsidóság a vészorszakban és a második világháború után [Das ungarische Judentum im Holocaust und nach dem Zweiten Weltkrieg]. *Régió* 1993 Nr. 3, 104–151.
- SZEBENYI, 1998: Endre SZEBENYI: Menekülés [Flucht]. Ferenc Szabó: *Magyar jezsuiták vallomásai*. [Bekennnisse von ungarischen Jesuiten]. Budapest, 1998, Bd. 2, 233–242.
- VÁMOS, 2011: György VÁMOS: Hiányzó válaszok [Fehlende Antworten]. *Magyar Hírlap*, 11. November 2011.
- WEIDLEIN, 1957: Johann WEIDLEIN: *Schicksalsjahre der Ungarndeutschen*. Würzburg, 1957.

EIN MUSTERBEISPIEL  
DER EUROPÄISCHEN ENTSPANNUNG?  
Die österreichisch–ungarischen Beziehungen von 1964 bis 1989

I. VORBEMERKUNGEN

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Österreich um eine rasche Wiederbelebung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und somit auch zu Ungarn bemüht. Dies gestaltete sich jedoch nach der Vertreibung der deutschsprachigen Minderheiten, der Etablierung kommunistischer Diktaturen und der bald darauf folgenden Errichtung des Eisernen Vorhangs zunächst sehr schwierig.<sup>1</sup> Nach einer kurzen Phase der Annäherung nach Stalins Tod 1953 und dem Abschluss des Österreichischen Staatsvertrags 1955,<sup>2</sup> infolgedessen es auch zu einem ersten Abbau des Eisernen Vorhangs kam, waren die Beziehungen nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution 1956 an einem neuen Tiefpunkt angelangt.<sup>3</sup> Die erneute Annäherung erwies sich als mühsam. Einer der Hauptgründe dafür war, dass zunächst eine Lösung der offenen vermögensrechtlichen Fragen in weiter Ferne schien. Für Österreich stellte die Klärung dieser Frage aber eine *conditio sine qua non* auf dem Weg zu normalen nachbarschaftlichen Beziehungen dar.<sup>4</sup> Die folgende Darstellung zur Entwicklung des österrei-

---

<sup>1</sup>FIESINGER, 1993. Zur Außenpolitik Österreichs nach 1945 siehe GEHLER, 2005. Zur Ostpolitik im Speziellen RATHKOLB, 1995; SUPPAN–MUELLER, 2009.

<sup>2</sup>STOURZH, 2005; SUPPAN–STOURZH–MUELLER, 2005; STEININGER 2005.

<sup>3</sup>RAUCHENSTEINER, 1981; SCHMIDL, 2003; MURBER–FÓNAGY, 2006; GÉMES, 2008; KUSSBACH, 2010; zusammenfassend auch HOFMANN, 2012.

<sup>4</sup>Die über das Jahr 1964 hinausreichenden Studien sind in der Regel nicht quellenbasiert. Zu den österreichisch–ungarischen Beziehungen 1945–1964 siehe folgende Überblicke GÉMES, 2009; RATHKOLB, 2010; GECSÉNYI, 2000; GECSÉNYI, 2001; KISS, 2003; sowie die zeitgenössische politikwissenschaftliche Darstellung MLYNAR–HEINRICH–KOFER–STANKOVSKY, 1985. Zu den wechselseitigen Perzeptionen siehe KREMSNER, 2002. Für die Zeit 1968–1975 liegt auch ein erster Aufriss unter Berücksichtigung ungarischer Archivquellen vor. Siehe hierzu den entsprechenden Abschnitt bei HASLINGER, 1996.

chisch–ungarischen Verhältnisses von 1964 bis 1989 basiert größtenteils auf bisher unausgewerteten Archivquellen aus Österreich und Ungarn. Zudem werden Außenansichten auf den Verlauf der Nachbarschaftsbeziehungen, die oftmals erhellend aber auch relativierend wirken können, hinzugezogen. Hierfür werden Quellen aus ost- und westdeutscher Provenienz verwendet. Um der gebotenen Kürze Willen wird der Fokus primär auf politischen Weichenstellungen und Fragen des Grenzregimes liegen.<sup>5</sup>

## 2. 1964 ALS WENDEPUNKT?

Gemeinhin wird das Jahr 1964 als Wendepunkt in der Entwicklung der österreichisch–ungarischen Beziehungen im Kalten Krieg angenommen. In diesem Jahr machte das ungarische Politbüro endgültig den Weg für eine Regelung der offenen vermögensrechtlichen Fragen frei. Wie sehr Österreich bestrebt war, auch ein sichtbares Zeichen für die Normalisierung der Beziehungen zu setzen zeigt sich alleine in der Tatsache, dass es die Idee von Außenminister Bruno Kreisky war, anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages persönlich zu einem offiziellen Besuch nach Budapest zu reisen. Im Zuge des Besuches wurden neben dem Vermögensvertrag auch Grenzabkommen unterzeichnet. Eines davon sah die Einsetzung einer Gemischten Kommission zur Untersuchung von Grenzzwischenfällen vor. Die Kommission sollte erheblich zu einem entspannteren Umgang mit und an der Grenze beitragen.<sup>6</sup> Im Gefolge der Niederschlagung der ungarischen Revolution von 1956 hatten westdeutsche Diplomaten das Verhältnis Österreichs zu Ungarn als *eiskalt* charakterisiert.<sup>7</sup> Nun wurde klar ausgesprochen, dass Österreich durch den Besuch Kreiskys *in Budapest für die ungarische Regierung die Tür nach dem Westen und umgekehrt geöffnet hat*.<sup>8</sup>

Bereits in Folgejahr kam Ungarns Außenminister János Péter zu einem Gegenbesuch nach Wien. Erneut wurde diskret die Lage an der Grenze angesprochen. Rasch zeigte sich, dass die Minen an der Grenze zu einer

---

<sup>5</sup>Bei dem vorliegende Aufsatz handelt es sich um eine Erweiterung und Vertiefung eines in bilateraler Kooperation erarbeiteten thesenhaften Artikel zum selben Thema BARANYI–GRAF–KRAJČZÁR–LEHNER, 2014. Für die ergänzenden Recherchen in ungarischen Archiven bin ich meinem Kollegen Gábor Szilágyi zu Dank verpflichtet.

<sup>6</sup>GÉMES, 2009, 329f.

<sup>7</sup>PA AA B 23, Bd. 61. Botschafter Mueller–Graaf an Auswärtiges Amt, Wien, 26. November 1957.

<sup>8</sup>PA AA B 26, Bd. 424O. Botschafter Löns an Auswärtiges Amt, Wien, 19. Jänner 1965.

„Prestigefrage“ geworden waren. Je mehr die österreichischen Medien darüber berichteten, umso weniger war man auf ungarischer Seite zu Zugeständnissen bereit. Die Pressefreiheit in Österreich stand natürlich nicht zur Diskussion. Im Zuge dieses Besuches wurde aber auch eindeutig klar, dass man auf ungarischer Seite für die Normalisierung der Grenze eine österreichische Gegenleistung in einem anderen Bereich erwartete. Konkret ging es darum, die Aktivitäten von ungarischen Exil- und Emigrantenorganisationen in Österreich einzudämmen. Einen besonderen Stachel stellte der Kameradschaftsbund St. Ladislaus dar. Kreisky zeigte hierfür Verständnis und deutete an, dass es Mittel und Wege geben könnte, derartige Organisationen in ihrem Wirken einzuschränken.<sup>9</sup> Der erste formale Normalisierungsschritt war mit dem Gegenbesuch von Peter abgeschlossen. Dennoch befand man sich zu diesem Zeitpunkt erst am Beginn des Normalisierungsprozesses zwischen den beiden Staaten. Die größte Belastung der Nachbarschaftsbeziehungen stellten die Lage an der Grenze und die immer wieder auftretenden Grenzzwischenfälle dar. Sogar auf österreichischem Territorium wurden Menschen durch abgeschwemmte ungarische Minen verletzt.

Ein derartiges Unglück ereignete sich beispielsweise am 3. Juni 1965, als ein Bub von einer abgetriebenen Mine schwer verletzt wurde und im Krankenhaus landete.<sup>10</sup> Tags darauf kam es zu einem Gespräch zwischen Außenminister Kreisky und dem ungarischen Botschafter István Sebes. Der namentlich nicht bekannte Verfasser der Aufzeichnung über dieses Gespräch vermerkte, dass dieses *teilweise mit einer gewissen Erregung und zum Teil auch mit erhöhter Stimme geführt* wurde. Es kann dem Wortlaut nach zu schließen davon ausgegangen werden, dass der österreichische Außenminister den ungarischen Botschafter lauthals angebrüllt hat. Die folgende signifikante Aussage Kreiskys sei wörtlich zitiert. Auf Ausflüchte und Beschwichtigungsversuche des ungarischen Botschafters hatte der österreichische Außenminister erwidert: *Da hilft keine Kommission, das ist eine kriegsmässige Grenze und Sie tragen die Verantwortung dafür. Ich habe Sie so sehr gewarnt. Sie haben Prestige Gründe vorgeschoben. Was hat ein solches Prestige für einen Sinn. [...] Sie können mit uns nicht Krieg führen.*<sup>11</sup>

<sup>9</sup>StBKA Länderbox Ungarn 1. Protokoll über die Arbeitssitzung zwischen Bundesminister Dr. Kreisky und dem ungarischen Außenminister János Péter vom 8. April 1965 (Plenarsitzung).

<sup>10</sup>Bub von einer abgetriebenen Ungarnmine schwer verletzt. *Arbeiter Zeitung*, 3. Juni 1965, 1 und 5.

<sup>11</sup>StBKA Länderbox Ungarn 1. Unterredung Außenminister Kreisky–Botschafter Sebes, [3. Juni 1965].

### 3. AUF DEM WEG ZUR GUTEN NACHBARSCHAFT: DIE ENTMINUNG DER GRENZE, POLITISCHE SPITZENKONTAKTE UND DIE ANFÄNGE DER GRENZÜBERSCHREITENDEN KOOPERATION

Angesichts derartiger Vorfälle kann keineswegs von einem normalisierten Nachbarschaftsverhältnis gesprochen werden. Das ungarische Regime erkannte schließlich jedoch die Zeichen der Zeit und die Bedeutung der Beziehungen zum neutralen Österreich bei der Weiterentwicklung seiner Beziehungen zu westlichen Staaten und leitete eine Entspannung an der Grenze ein. Einen Markstein auf dem Weg zu entspannteren Beziehungen über den Eisernen Vorhang hinweg stellte der Besuch von Bundeskanzler Josef Klaus im Jahr 1967 dar.<sup>12</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt war es Österreich nicht gelungen, Ungarn zu einer Beseitigung der technischen Grenzsperrern zu veranlassen, obwohl man gegenüber den ungarischen Vertretern stets ausdrücklich anerkannt hatte, dass es sich bei den Grenzsperrern um eine innerungarische Angelegenheit handele, solange *nicht das Leben und Gut von Österreichern durch Minen bedroht* ist. Daher hatte man die Frage *auch nicht zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht, wohl aber eindringlich darauf verwiesen, das eine wirkliche Normalisierung eines österreichisch-ungarischen Verhältnisses erst nach der Entfernung der Grenzsperrern möglich sei*. Auch nach der Selbstauflösung des St. Ladislaus Kameradschaftsbunds Ende 1966, die auf Anraten des österreichischen Innenministeriums erfolgt war, hatte sich die Lage nur teilweise gebessert. Teils wurde der Minengürtel rückverlegt, teils durch andere technische Sperrern ersetzt. Die Zusammenarbeit in der Gemischten Kommission zur Untersuchung von Zwischenfällen an der Grenze funktionierte bereits klaglos.<sup>13</sup>

Der Besuch von Bundeskanzler Klaus fand im Mai 1967 statt. Klaus nutzte sein Gespräch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Jenő Fock dazu, erneut auf die Lage an der Grenze und die besondere Bedeutung einer Lockerung der Grenzsperrern für die Grenzbevölkerung hinzuweisen. Klaus machte klar, worauf er hinaus wollte: *Was würde das äußere Bild eines Erfolges dieses Besuches besser unterstreichen, als ein Erfolg in diesem Bereich. Die österreichische Seite bitte dabei sehr, dieses Anliegen mit Wohlwollen zu prüfen und*

<sup>12</sup> Für eine Interpretation der Verbesserung der Beziehungen in Langzeitperspektive ohne Überbetonung des Wendepunkts 1964, siehe: GECSÉNYI, 2013.

<sup>13</sup> ÖStA/AdR BMfAA Sektion II-Pol (II-Pol) 1967, Ungarn 2, Karton 1203. Vorbereitungsmappe Bundeskanzler Klaus.



zu unterstützen.<sup>14</sup> Focks Ausführungen zu dieser Frage zeigten bereits eine größere Bereitschaft, die Lage an der Grenze zu entschärfen. Auch in Bezug auf die Eröffnung zusätzlicher Grenzübergänge gab sich die ungarische Seite erstmals verständigungsbereit. Während des Besuchs von Klaus gelang es Außenminister Lujo Tončić-Sorinj, der den österreichischen Regierungschef auf seiner Reise nach Budapest begleitet hatte, schließlich erstmals in den Kommuniké-Verhandlungen eine Erklärung zu den Minen an der Grenze aufzunehmen. Nach den diesbezüglichen Ausführungen von Außenminister Péter hatte der österreichische Außenminister direkt nachgefragt, *ob die Äußerungen des ungarischen Außenministers so zu verstehen seien, daß die Minen beseitigt werde würden, und ob man österreichischerseits dies auch gegenüber der Presse erklären könne.*<sup>15</sup> Dieser *bejaht[e] diese Frage, fügte aber hinzu, daß die Vertreter der österr[eichischen] Regierung beachten mögen, daß es hierbei auch um eine ungarische Prestigefrage gebe. Die Lage für die ungarische Seite würde erschwert werden, wenn der Eindruck einer österr[eichischen] Einmischung entstünde. Er schlage daher vor zu erklären, daß die Gemischte Kommission sich mit der Frage der Minen befasse.* Tončić-Sorinj schlug daraufhin vor zu schreiben, *daß die ungarische Seite von sich aus erklärt habe, die Minen zu beseitigen und einen neuen Grenzübergang zu schaffen.* Péter stimmte der Aufnahme einer Passage über einen weiteren Grenzübergang schließlich zu und erklärte abschließend: *Wenn eine entsprechende Formulierung gefunden werde, könnte unter Umständen auch die Frage der Minen im Kommuniké Aufnahme finden.*<sup>16</sup> Das gemeinsame Schlusskommuniké enthielt dann folgenden Passus: *Die ungarische Seite gab Informationen über die Fortsetzung der Arbeiten, die eine beruhigende Regelung an der Staatsgrenze bezwecken.* Die österreichische Seite wurde zudem dazu ermächtigt dies so auszulegen, *dass dies eine sukzessive vollständige Beseitigung der Minen an der österreichisch-ungarischen Staatsgrenze bedeute.* Diese Interpretation hinsichtlich des Grenzpassus im Kommuniké verbreiteten der österreichische

<sup>14</sup> ÖStA/AdR BMfAA II-Pol 1967, Ungarn 2, GZ. 17.142-6(Pol)/67, Karton 1203. Resuméprotokoll über die Begegnung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Josef Klaus mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Jenő Fock, 3. Mai 1967.

<sup>15</sup> ÖStA/AdR BMfAA II-Pol 1967, Ungarn 2, GZ. 17.142-6(Pol)/67, Karton 1203. Protokoll über die Verhandlungen zwischen Bundesminister Dr. Lujo Tončić-Sorinj und Außenminister János Péter am 4. Mai 1967.

<sup>16</sup> ÖStA/AdR BMfAA II-Pol 1967, Ungarn 2, GZ. 17.142-6(Pol)/67, Karton 1203. Protokoll über die Verhandlungen zwischen Bundesminister Dr. Lujo Tončić-Sorinj und Außenminister János Péter am 4. Mai 1967.

Bundeskanzler im Rundfunk sowie der österreichische Außenminister bereits in einem in Budapest geführten Interview.<sup>17</sup>

Auch wenn dieser Besuch meines Erachtens den endgültigen Wendepunkt auf dem Weg zu einem in Zeiten der Blockteilung bestmöglichen Verhältnis darstellte, so waren auch die österreichisch–ungarischen Beziehungen nicht vor Rückschlägen – bedingt durch die Krisen des Kalten Kriegs – gefeit.<sup>18</sup> Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch die Staaten des Warschauer Paktes (ohne Rumänien, aber mit ungarischer Beteiligung)<sup>19</sup> verursachte eine Verschiebung des Gegenbesuches von Jenő Fock, der bereits im September 1968 hätte stattfinden sollen. Der Besuch fand schließlich im Mai 1969 statt und war den Memoiren von Josef Klaus zufolge durch den Rückschlag in der Ost–West–Entspannung des Jahres 1968 belastet.<sup>20</sup> Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Staaten hatte sich Ungarn aber mit haltlosen Anschuldigungen an Österreich, wie zum Beispiel der angeblichen Einschleusung westlicher Waffen in die Tschechoslowakei, zurückgehalten. Ganz im Gegenteil: Bewusst wurden bald wieder Signale der Entspannung ausgesandt.<sup>21</sup>

Seit dem Besuch von Klaus waren die Entminungsarbeiten soweit fortgeschritten, dass im April 1969 *im Rahmen der Grenzkommission erklärt werden konnte, die Grenze werde in absehbarer Zeit völlig entmint sein*. Vor allem all jene Stellen waren bereits gesäubert, wo die Gefahr eines Abschwemmens der Minen auf österreichisches Gebiet bestanden hatte. Im Ganzen dürften zumindest zwei Drittel der 360 km langen Grenze bereits minenfrei gewesen sein. Anstelle des Minengürtels wurden jedoch weiter landeinwärts andere technische Sperren neu errichtet.<sup>22</sup>

1971 war die Grenze vollkommen entmint. Außenministertreffen und Zusammenkünfte der Staatsoberhäupter Österreichs und Ungarns im Grenzgebiet wurden zur Regel. Bereits 1970 hatte Bundespräsident Franz

<sup>17</sup> ÖStA/AdR BMfAA II–Pol 1967, Ungarn 2, Gr.Zl. 17.142–6(Pol)/67, GZ. 22.181–6(Pol)/67, Karton 1203. BMfAA an alle österreichischen Vertretungsbehörden (Liste B), gezeichnet Schlumberger, Wien, 18. Mai 1967.

<sup>18</sup> GRAF, 2008, 142–153; Zu den vergleichsweise kurz anhaltenden Auswirkungen, die weit über den engen Bereich von Diplomatie und Politik hinausgingen siehe HASLINGER, 1996, 262–268.

<sup>19</sup> Siehe hierzu KARNER–ET AL., 2008; EGER, 1981.

<sup>20</sup> KLAUS, 1971, 280.

<sup>21</sup> StBKA Länderbox Ungarn 1. Offizieller Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Jenő Fock in Österreich vom 27. bis 30. Mai 1969.

<sup>22</sup> Ebd.

Jonas Ungarn besucht und somit die Besuchsdiplomatie auf den höchstmöglichen Level gehoben. 1972 bemerkte das ungarische Staatsoberhaupt Pál Losonczi gegenüber einem österreichischen Diplomaten, dass *die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn noch nie so gut gewesen seien wie jetzt*.<sup>23</sup> Die kontinuierliche Verbesserung der bilateralen Beziehungen brachte auch eine Intensivierung der grenzüberschreitenden Kontakte mit sich. Hierzu – und dies sei als Desiderat benannt – stehen quellengestützte Forschungen weitestgehend aus. Dieser Bereich bleibt eine der vordringlichsten Aufgaben der Erforschung der Geschichte der österreichisch–ungarischen Beziehungen. Jedenfalls war die Lage an der Grenze bereits derart entspannt und die grenzüberschreitenden Beziehungen bereits so intensiv, dass sie für Misstrauen in der DDR sorgten. Bereits während der Verhandlungen über den deutsch–deutschen Grundlagenvertrag im Jahr 1972 befürchtete man, dass die Situation an der österreichisch–ungarischen Grenze als Beispiel für die Gestaltung der deutsch–deutschen Grenze herangezogen werden könnte.<sup>24</sup> Insbesondere die regionalen grenzüberschreitenden Kontakte in Sport und Kultur hatten zu jener Zeit eine deutliche Intensivierung erfahren.<sup>25</sup> Ein Beispiel für die Kooperation in den Bereichen Kultur und Wissenschaft sind die seit 1969 in trilateraler Kooperation (Jugoslawien, Österreich und Ungarn) durchgeführten Mogersdofer Symposien, die bis heute Bestand haben.<sup>26</sup> Ebenfalls bis heute Bestand hat das in seiner Gesamtheit monumentale Editionsprojekt der Ministerratsprotokolle der Habsburgermonarchie.<sup>27</sup> Auf Anregung von Historikern der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, die einem Band zu den Jahren 1914 bis 1918 publiziert hatten, wurde das Großprojekt ab Ende 1966 von Historikern in Österreich ebenfalls engagiert vorangetrieben und schließlich im Rahmen einer

<sup>23</sup> StBKA Länderbox Ungarn 1.Zl. 32.677–6(Pol)73. Information über die VR Ungarn.

<sup>24</sup> PA AA MfAA C 3/78, Bl. 1–6. Bericht über die Konsultation zwischen der Abteilung Westeuropa des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der Partnerabteilung des ungarischen Außenministeriums, gezeichnet Strohmeyer, Berlin, 27. Januar 1972. Der entscheidende Passus auf Bl. 3–4 ist vollinhaltlich abgedruckt in GRAF, 2012, 143.

<sup>25</sup> HASLINGER, 1996, 293–323.

<sup>26</sup> Siehe hierzu als Überblick: [http://www.mogersdorf.at/files/mogersdorf/downloads/generalthemen\\_der\\_symposien\\_seit\\_1969.pdf](http://www.mogersdorf.at/files/mogersdorf/downloads/generalthemen_der_symposien_seit_1969.pdf) (Letzter Download: 24. Februar 2014).

<sup>27</sup> Erste Serie: Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867; Zweite Serie: Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch–ungarischen Monarchie 1867–1918.

formalisierten bilateralen Zusammenarbeit gemeinsam in Angriff genommen.<sup>28</sup> Ohne dem nötigen – in Österreich damals vorhandenen – politischen Willen wäre dies wohl nur schwer möglich gewesen.

#### 4. DIMENSIONEN DES „MUSTERBEISPIELS“ IN DER ÄRA KREISKY: DIE DURCHLÄSSIGKEIT DER GRENZE UND POLITISCHE SPITZENKONTAKTE MARKE „K. & K.“

Obwohl beide Seiten einige Elemente des bilateralen Verhältnisses als Vorwegnahme der Ergebnisse von Helsinki werteten, lagen die Vorstellungen auf Seiten Österreichs und Seiten Ungarns hinsichtlich der weiteren Intensivierung der Nachbarschaftsbeziehungen Anfang der 1970er Jahre zum Teil noch weit auseinander. Während Ungarn danach strebte, den regionalen Wirtschaftsverkehr zollbegünstigt abzuwickeln, wollte Österreich eine Regelung über den kleinen Grenzverkehr erreichen, die man mit Jugoslawien bereits nach einem entsprechenden Abkommen aus dem Jahr 1967 umgesetzt hatte. Zudem strebte man nach der Errichtung weiterer Grenzübergänge und nach der Modernisierung der bestehenden Übergänge. Ein weiteres Ziel Österreichs war die Abschaffung des Visumszwanges. Hier verhielt sich die ungarische Seite zunächst sehr zurückhaltend. Man betonte, dass man darin zwar kein politisches Problem mehr sehen würde, eine vollkommene Aufhebung aber derzeit nicht realisierbar sei. Eine solche hätte zu einem sprunghaften Anstieg der Reisezahlen und einer dementsprechenden Überforderung auf ungarischer Seite geführt (Verkehr, Infrastruktur, Herbergen, Nahversorgung). Visaansuchen wurde zu diesem Zeitpunkt in der Regel ohnehin bereits relativ kurzfristig und ohne größere Komplikationen abgewickelt.<sup>29</sup>

Für die skeptische DDR-Führung in Ost-Berlin und insbesondere für die ostdeutsche Staatssicherheit war es beruhigend, dass Ungarn das von Seiten Österreichs angestrebte Abkommen über die Aufhebung des Vi-

<sup>28</sup> Zur Geschichte des Zustandekommens dieses bis heute unter stets schwieriger werdenden (finanziellen und personellen) Rahmenbedingungen fortgeführten zentralen Editionsprojekts für die „Geschichtsforschung der Habsburgermonarchie und darüber hinaus für Mittel- und Osteuropa“ siehe ausführlicher: ENGEL-JÁNOSI, 1970, 7–10. (Vorwort).

<sup>29</sup> StBKA Länderbox Ungarn 1. Protokoll der Besprechungen von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky mit dem Vorsitzenden des Ungarischen Ministerrates Jenő Fock, Budapest, 28. und 29. März 1973.

sumszwanges zunächst um einige Jahre verzögerte.<sup>30</sup> Erst als Österreich einen großzügigen Kredit in der Höhe von 300 Millionen Dollar für den Ausbau der ungarischen Infrastruktur und der Tourismuseinrichtungen zur Verfügung stellte, war der Weg für das Abkommen frei.<sup>31</sup> Es wurde 1978 geschlossen und trat Anfang 1979 in Kraft.<sup>32</sup> In der DDR verfolgte man diese Entwicklung mit Sorge. Der ungarische Geheimdienst verfügte, zugegebenermaßen aus fragwürdiger Provenienz, sogar über Informationen, wonach in der DDR über Restriktionen im Reiseverkehr von der DDR nach Ungarn nachgedacht wurde, um ein eventuelles Fluchtfenster gen Westen gar nicht erst aufgehen zu lassen.<sup>33</sup> Die ungarische Seite evaluierte den visafreien Reiseverkehr nacheinem halben Jahr positiv und informierte die DDR dahingehend. Aussagen der ungarischen Seite, die freimütig bekannten: *Vielfach machen uns Staatsbürger einiger sozialistischer Länder mehr Schwierigkeiten als die Österreicher*<sup>34</sup> – haben mit Sicherheit nicht zur Beruhigung in Ost-Berlin beigetragen. Von freiem Reiseverkehr konnte zu jener Zeit indes noch keine Rede sein. In Ungarn bestimmten nach wie vor Partei und Staatssicherheit darüber, wer in den Westen reisen durfte.<sup>35</sup> Ein weiteres österreichisches Ziel, das langfristig verfolgt wurde und erst nach langen und zähen Verhandlungen im Jahr 1977 erreicht werden

---

<sup>30</sup> Beispielsweise: PA AA MfAA C 1513/75, Bl. 45–49; Vermerk, gezeichnet Polk, Budapest, 22. Dezember 1976; PA AA MfAA A18916, Bl. 59–61. Auszug aus einem Vermerk über ein Gespräch des Genossen Balon mit dem amtierenden Leiter der VI. Territorialen Hauptabteilung des Außenministeriums der UVR, Genossen Surányi am 29. Oktober 1973, Budapest, 31. Oktober 1973.

<sup>31</sup> StBKA Länderbox Ungarn 2, Zi. 222.24.01/31–IV.2/77. Information für den Herrn Bundeskanzler, Abschlußbericht über SV-Verhandlungen in Budapest, 18. November 1977.

<sup>32</sup> Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht. *Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich*, Jahrg. 1978, ausgegeben am 26. September 1978, 161. Stück.

<sup>33</sup> ÁBTL 1.11.4. Serie II, K–V/78. 39/2237/695/78. IV. 26. Fernschreiben aus Köln, 25. April 1978, signiert „Órsi“.

<sup>34</sup> BStU MfS HA II 35695, Bl. 150–153. Fortschreibungsinformation (der Botschaft der DDR in der UVR – Konsularabteilung) über Erfahrungen bei der weiteren Realisierung des Abkommens über den visafreien Reiseverkehr UVR/Österreich, Budapest, 12. Juli 1979.

<sup>35</sup> MLYNAR, 1985, 145–162, 156.

konnte, war die Errichtung eines, von ungarischer Seite die längste Zeit als *subversiv*<sup>36</sup> angesehenen, Österreichischen Kulturforums in Budapest.<sup>37</sup>

Insgesamt hatten sich die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn in der Ära Kreisky zu einem Musterbeispiel der europäischen Entspannung entwickelt. Meilensteine auf politischer Ebene waren insbesondere im regelmäßigen Besuchs Austausch auf höchster Ebene zu verzeichnen. Als Kreisky 1973 zum ersten Mal als Bundeskanzler nach Budapest fuhr, waren die oberwähnten Errungenschaften der 1970er Jahre zum Teil noch kühne Träume der österreichischen Politik. Auch wenn in zentralen Fragen wie dem Reiseverkehr oder dem Kulturinstitut keine Durchbrüche erzielt werden konnten, fand der Besuch in einer guten Atmosphäre statt, in der man auf das seit 1964 Erreichte zurückblickte. Zu diesem Zeitpunkt blühten auch die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auf: Ungarn war nach der Sowjetunion zu Österreichs zweitwichtigstem Handelspartner im sozialistischen Lager geworden.<sup>38</sup> Von 1965 bis 1975 hatte sich das Handelsvolumen vervierfacht.<sup>39</sup> Ein Aufschwung, der in seinem Ausmaß für beide Seiten überraschend kam und der – so viel sei vorweggeschickt – nicht lange anhalten sollte.

Während seines Besuches 1973 lehnte Kreisky noch ein Treffen mit dem Ersten Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei János Kádár, der kein Staatsamt innehatte, im Hauptquartier der ungarischen Staatspartei ab.<sup>40</sup> Der Kanzler änderte seine Haltung gegenüber Kádár aber rasch und stattete Ungarn im Sommer 1976 sogar einen Privatbesuch ab, den er zu Zusammentreffen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten György Lázár und Parteichef Kádár nutzte. Hinsichtlich der bilateralen Beziehungen soll Kreisky sogar geäußert haben: *Die Helsinki-Konferenz war*

<sup>36</sup> MNL OL XIX-J-1-j-Österreich-1976. 26. d. Für diese Information bin ich Melinda Krajczár und Tamás Baranyi zu Dank verpflichtet. Bericht für die ministeriale Konferenz über den Fortgang der ungarisch-österreichischen Beziehungen und über die Aufgaben für die folgenden 3–5 Jahre, 5. Februar 1976.

<sup>37</sup> HASLINGER, 1996, 322f.

<sup>38</sup> StBKA, Länderbox Ungarn 1. Protokoll der Besprechungen von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky mit dem Vorsitzenden des Ungarischen Ministerrates Jenő Fock, Budapest, 28. und 29. März 1973. Für einen Überblick zum österreichischen Osthandel siehe RESCH, 2010.

<sup>39</sup> POGÁNY, 2009, 147.

<sup>40</sup> MNL OL XIX-J-1-j-Österreich-1973. 26. d. Vermerk über den Besuch Kreiskys bei Genossen Kádár, 28. März 1973.

nicht unsererwegen nötig.<sup>41</sup> Im Dezember 1976 – immerhin zwanzig Jahre nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes – konnte Kádár seinen ersten offiziellen Staatsbesuch im westlichen Ausland in Österreich absolvieren.<sup>42</sup> Dazu dürfte auch die sich verändernde Bewertung des ungarischen Regimes und der Person Kádár durch die österreichische Diplomatie beigetragen haben. Das fragwürdige Bild vom „Gulaschkommunismus“ und von der „lustigsten Baracke“ im sozialistischen Lager wurde bestimmend. Die vom österreichischen Außenministerium erarbeiteten Vorbereitungsmaterialien sprechen eine eindeutige Sprache:

*Ein unzweifelhaftes Charakteristikum des Aufstieges Ungarns aus dem Elend der Zeit nach den Ereignissen des Herbstes 1956 zu jenem Ostblockland, das über den höchsten Lebensstandard verfügt, ist die Tatsache, daß er einem einzigen ungarischen Politiker zu verdanken ist, nämlich János Kádár. Dieser vor 20 Jahren als Verräter und Kollaborateur gebrandmarkte Mann, heute als Vater des „kleinen Wunders Ungarn“ gepriesen, hat es als bisher einziger kommunistischer Führer der Nachkriegszeit verstanden, daß „Praxis“ im Sinne Lenins nur regieren mit aber nicht gegen das Volk bedeuten kann. Die einfache Kádársche Formel „wer nicht gegen uns ist, ist für uns“ hat sehr wesentliche Akzente in jenem Bild des „neuen Ungarns“ gesetzt, wie es sich heute dem Beobachter präsentiert: das Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften, insbesondere zur katholischen Kirche, kann als sehr gut angesehen werden. [...] Ein Dissidentenproblem gibt es nicht. Das Verhältnis zu den ethnischen Minderheiten, die im Lande leben, ist ebenfalls gut. Der Kádársche Weg zum Sozialismus wäre aber bloße Theorie geblieben, hätte er nicht auch auf wirtschaftlichem Gebiet dem Volk beträchtliche Erfolge gebracht.<sup>43</sup>*

Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn wurden in den österreichischen Arbeitspapieren nun konsequent und explizit *als Musterbeispiel eines freundschaftlichen und gutnachbarlichen Verhältnisses zwischen Staaten unterschiedlicher, gesellschaftlicher und politischer Ordnungen in Europa* be-

<sup>41</sup> MNL-OL XIX-J-1-j-Österreich-1976. 27. d. i. t. 003795/10/1976. Vermerk, Betreff: Inoffizieller Ungarn-Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky (Aufzeichnung des Dolmetschers), 13. September 1976.

<sup>42</sup> MNL OL M-KS 288. f. 32/b. cs. 1976/175. ö.e. Bericht des Außenministeriums und der Auswärtigen Abteilung des Zentralkomitees der USAP an das Politbüro über den offiziellen Besuch des Genossen János Kádár in der Republik Österreich, 9. Dezember 1976.

<sup>43</sup> StBKA, Länderbox Ungarn 2. [Vorbereitungsmappe] Besuch des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Mitglied des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik, János Kádár, in Österreich vom 6-8. Dezember 1976.

zeichnet.<sup>44</sup> Wie klang aber die ungarische Wertung der Beziehungen, wenn Kádár mit anderen osteuropäischen Parteiführern, wie beispielsweise mit dem DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker über die Beziehungen seines Landes zum Westen sprach? Wenige Monate nach seinem Österreich-Besuch fand er dafür folgende Worte:

*Wir haben Beziehungen, mit neutralen Staaten, zum Beispiel mit Finnland. Mit den Finnen gibt es ganz spezielle Relationen. Nebenbei ist das auch ein bißchen Verwandtschaft. Aber es sind korrekte, gute Verhältnisse, besonders in politischer Hinsicht. Wir konsultieren uns regelmäßig und stimmen eine Reihe von Dingen ab.*

*Ein anderes neutrales Land ist Österreich, unser einziger kapitalistischer Nachbar. Wenn wir irgendwo beweisen wollen, daß wir dazu geeignet sind, in friedlicher Koexistenz zu leben, dann müssen wir das hier beweisen. Wir haben jetzt nach vielen Jahren großer Anstrengungen ein geregeltes Verhältnis und arbeiten auch auf wirtschaftlicher Ebene zusammen. Auch politisch haben wir unsere zwischenstaatlichen Beziehungen irgendwie geregelt. Ich war unlängst dort zu Besuch. Das ging alles recht korrekt und normal vor sich. Das ist ja unsere Politik. Kreisky brauche ich ja nicht hier vorzustellen. Er ist eine komplizierte Persönlichkeit, und natürlich ist auch seine Politik kompliziert. Aber es scheint so, als ob sie jetzt bereit sind, auch die Entspannung mit zu machen. Sie verfolgen die Linie, daß sie sich bemühen, die Beziehungen mit Ungarn zu vertiefen. Auch Österreich ist in wirtschaftlicher Beziehung daran sehr interessiert.<sup>45</sup>*

Das klingt erheblich nüchterner und zurückhaltender als die österreichischen Einschätzungen der Zeit. Setzt man Kádárs Worte allerdings in Verhältnis zu seinen Ausführungen über andere westliche Staaten, so wird auch hier die vergleichsweise große Bedeutung Österreichs deutlich. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass das Verhältnis Kádárs zur SED-Führung nie besonders gut gewesen sein dürfte. Dazu dürfte sowohl seine Ablehnung gegen die starke Ideologisierung als auch der Hang der SED zu Belehrungen beigetragen haben. Ob er gegenüber Honecker vollkommen offen über die ungarische Haltung zu Österreich gesprochen hat, darf daher bezweifelt werden. Wenn er jedoch viel Ideologie und Klassenkampf in seine Ausführungen packte, so war zumindest das Risiko geringer, dass der

<sup>44</sup> StBKA Länderbox Ungarn 2. Offizieller Besuch des Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik György Lázár in Österreich vom 16.-19. Mai 1976.

<sup>45</sup> SAPMO-BArch DY 30/11488, Bl. 24-25. Stenografische Niederschrift der Verhandlungen der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik am 22. und 23. März 1977 in Berlin, im Hause des Zentralkomitees der SED.



SED-Chef bei seinem nächsten Moskau-Besuch über die ungarische Politik klagte.<sup>46</sup>

Wie sehr diese Unterredungen zwischen den Parteichefs der sozialistische Staaten noch ideologiebeladen waren, zeigen auch seine weiteren Ausführungen über Kreisky, als er generell auf die Rolle der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas einging: *Im Zusammenhang damit möchte ich erwähnen, wie wir die Rolle der europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien beurteilen. Wir hatten auch mit Kreisky in Wien ein Gespräch, und in gewissem Sinne haben wir auch eine Vereinbarung getroffen, mit ihm war es ja leicht, daß in jenen europäischen Ländern, wo die Kommunisten bzw. die Sozialdemokraten das Programm machen, beide dazu verpflichtet sind, im Interesse der Entspannung auf staatlicher Ebene zusammenzuarbeiten, weil sie ja die Staatsmacht vertreten. Aber in der Frage des Klassenkampfes sind wir natürlich Gegner und bleiben auch Gegner. Natürlich werden wir den ideologischen Kampf gegeneinander weiterführen. Kreisky war damit einverstanden. Er stellte gar nicht die Frage, warum wir ideologisch einander gegenüberstehen.*<sup>47</sup> Eben dieses Interesse an der Aufrechterhaltung der europäischen Entspannung und der bereits gut entwickelten Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn blieb die entscheidende politische Triebkraft auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Die Besuchsdiplomatie blieb auch im weiteren Verlauf der 1970er-Jahre auf hohem Niveau. Sie erfuhr sogar in Zeiten verschärfter internationale Spannungen keine Einschränkungen. Nach dem NATO-Doppelbeschluss, dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 und inmitten der schweren Krise in Polen Anfang der 1980er Jahre wurde dieses Beispiel der europäischen Entspannung konsequent fortgesetzt. Das dadurch entstehende Bild blieb nicht ohne Rückwirkungen auf seine Wahrnehmung durch die nationale und internationale Öffentlichkeit. Von den Medien auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs wurde immer häufiger von einer neuen „K. u. K-Ära“ gesprochen, womit nun natürlich Kreisky

<sup>46</sup>Für die diesbezüglichen Anregungen, die sich mit meinen eigenen Eindrücken aus den Forschungen an SED-Akten zu den Gesprächen zwischen Vertretern der DDR und Ungarns decken, bin ich meinem Kollegen Gábor Szilágyi zu Dank verpflichtet. Zudem sei an dieser Stelle angemerkt, dass die Erforschung der Beziehungen zwischen der DDR und Ungarn ein absolutes Desiderat der ansonsten bereits sehr weit gediehenen Forschungen zur Außenpolitik der DDR darstellt. Vgl. hierzu als besten Überblick WENTKER, 2007.

<sup>47</sup>SAPMO-BArch DY 30/11488, Bl. 35f. Stenografische Niederschrift der Verhandlungen der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik am 22. und 23. März 1977 in Berlin, im Hause des Zentralkomitees der SED.

und Kádár gemeint waren. Als Kreisky 1981 erneut Ungarn besuchte wurde, diese Wendung auch in internationalen Medien popularisiert.<sup>48</sup>

Bei den wechselseitigen Besuchen standen nun zumeist wirtschaftliche Themen im Vordergrund. Anfang der 1980er Jahre hingen freilich dunkle Wolken über der ungarischen Wirtschaft. Ein Hauptproblem war die steigende Staatsverschuldung, die jener des bereits bankrotten Polens kaum nachstand. Diese wurde von österreichischen Wirtschaftsexperten aufmerksam verfolgt und die österreichische Politik wurde darüber informiert.<sup>49</sup> Die österreichische Diplomatie hielt dennoch – nicht zuletzt aus politischen Gründen – an ihrer These eines stabilen Ungarns fest, wie das folgende Zitat belegt: *Ungarn ist politisch und wirtschaftlich stabil. Bereits heuer ist der Schuldendienst ohne Rückgriff auf die Reserven gesichert, auch wenn keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden. Das konsequente Voranschreiten der Wirtschaftsreformpolitik in Richtung auf eine Steigerung der Effizienz und eine Anpassung an die dem Weltmarkt gegebenen (markt)wirtschaftlichen Realitäten in Verbindung mit einer verstärkten Leistungsmotivierung des human capital gibt Anlass zu einer optimistischen Zukunftsprognose, es sei denn, es passiert etwas Unvorhergesehenes. Derzeit erscheint aber ein Kurswechsel der ungarischen Politik oder eine tiefgreifende innenpolitische Krise sehr unwahrscheinlich. [...] Eine Abkehr von der Entspannungspolitik und Rückkehr zum Kalten Krieg würde Ungarn nicht nur durch eine Ausdehnung der Handelsbeschränkungen oder einen eventuellen Kreditstopp direkt treffen, sondern auch den ungarischen Spielraum innerhalb eines wieder strafferen Ostblocks verringern. [...] Beim Nachlassen des Polenschockes und einer erfolgreichen Verfolgung der gegenwärtigen ungarischen Wirtschafts- und Finanzpolitiktendenzen kann mit einer Verbesserung des ungarischen credit-standings gerechnet werden.*<sup>50</sup> Wenig überraschend befürwortete Kreisky daher den ungarischen Beitrittsantrag zur Weltbank,<sup>51</sup> der ebenso wie jener zum Internationalen Währungsfond 1982 erfolgte. Wie groß das österreichische Interesse an einem finanziell stabilen Ungarn war, wird allein daraus ersichtlich, dass Österreichs Banken einen Anteil von 10 Prozent an der gesamten Westverschuldung des östlichen Nachbarn hatten.<sup>52</sup>

<sup>48</sup> StBKA Länderbox Ungarn 3. Geschäftsträger a.i. Berlakovich an BMfAA, Budapest, 24. November 1981.

<sup>49</sup> Ebd., Offizieller Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Ungarn, 18. bis 20. November 1981.

<sup>50</sup> Ebd., Botschaft Budapest an BMfAA, Budapest, 11. November 1981.

<sup>51</sup> Ebd., Chargé d'affaires a. i. Berlakovich to BMfAA, Budapest, 23. November 1981.

<sup>52</sup> POGÁNY, 2009, 159.

## 5. VOM ENDE DER ÄRA KREISKY ZUR GRENZÖFFNUNG 1989

Der erneute Blick in die Akten ostdeutscher Provenienz fördert ein weiteres Kuriosum zutage. Bei einer Besprechung der prominenten Vertretern der USAP und der SED Ende 1983 hielt die ungarische Seite zu den Außenbeziehungen Ungarns fest: *Zu den Nachbarstaaten bestünden gut Beziehungen. Mit Österreich seien sie besser als mit Rumänien, was ein historisches Paradoxum [sic!, recte: Paradoxon] darstelle.*<sup>53</sup> Angesichts des bis heute nicht gänzlich unproblematischen Verhältnisses zwischen Ungarn und Rumänien, in dem in Zeiten des Kommunismus bestehende Konflikte bestenfalls nach Außen hin kaschiert werden konnten, mag diese Feststellung kaum verwundern – bemerkenswert ist allerdings, wie offen dieser Satz ausgesprochen wurde, wenn man an die (wie oben bereits gezeigt) häufig ideologieüberladenden Formulierung in diesen Gesprächsprotokollen denkt.

Eine aktengestützte Forschung zu den Jahren zwischen dem Ende der Ära Kreisky 1983 und dem Ende des Kalten Kriegs im *annus mirabilis* 1989 war bisher kaum möglich. Die positive Entwicklung der Nachbarschaftsbeziehungen wurde auch nach dem Ende der Ära Kreisky fortgesetzt. Kreiskys Nachfolger als Bundeskanzler, der gebürtige Burgenländer Fred Sinowatz setzte sogar ein ausdrückliches Ausrufezeichen, indem er 1983 seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch Ungarn – und nicht wie bisher üblich der Schweiz – abstattete. Ungarischerseits war man der Ansicht, dass Österreich angesichts der internationalen Spannungen den gutnachbarlichen Beziehungen große Bedeutung beimesse.<sup>54</sup> Die rege Besuchsdiplomatie wurde sowohl in der Regierungszeit Sinowatz' auch unter der erneuten Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP ab 1987 fortgesetzt.<sup>55</sup> Ein weithin sichtbares Zeichen für die enger werdende Kooperation war die anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) 1987 bekannt gegebene Absicht, gemeinsam die EXPO 1995 auszurichten. Ein Projekt, das an dem negativen Ausgang einer Volksbefragung in Wien 1991 schließlich scheiterte.<sup>56</sup> Ein bestimmendes Thema im Rahmen dieses Besuchs war aber

<sup>53</sup>SAPMO-BArch DY 30/11490, Bl. 29. Niederschrift über das Gespräch des Genossen Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, mit Genossen Mátyás Szűrös, Sekretär des ZK der USAP, am 30. November 1983, Berlin, 2. Dezember 1983.

<sup>54</sup>ABTL I.11.4. Serie II, K-V/83. Vermerk, Ministerium des Innern, Abt. III/I-6. 14. Dezember 1983, betr.: Budapest-Reise von Bundeskanzler Sinowatz.

<sup>55</sup>Für eine Aufstellung der bilateralen Besuchskontakte, siehe KREMSNER, 2002, 609f.

<sup>56</sup>RATHKOLB, 2010, 223–225.

auch die rückläufige Entwicklung des bilateralen Handels.<sup>57</sup> Nachdem sich deren Volumen in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt hatte, war seit dem Rekordergebnis von 1985 ein starker Rückgang eingetreten. Dies war zu einem Gutteil durch das Auslaufen von Großprojekten bedingt. Aber sogar die ungarische Seite hatte die eigene schlechte Wirtschaftslage sowie den Ölpreisverfall als Ursachen mit ins Treffen geführt.<sup>58</sup> Nach 1982/83 hatte Ungarn auch im Jahr 1986 Importrestriktion erlassen müssen, um das Handelsbilanzdefizit nicht noch weiter ausufern zu lassen.<sup>59</sup> Der Tenor der österreichischen Medien lag aber auf der bereits für das kommende Jahr erwarteten weiteren Erleichterungen beim Grenzübertritt. Die *Arbeiter Zeitung* titelte auf Seite eins: „Jetzt sollen Grenzen nach Ungarn noch offener werden.“<sup>60</sup> Die diesbezüglichen ungarischen Ankündigungen wurden dann auch prompt umgesetzt.

#### 6. DIE GRENZÖFFNUNG IN LANGZEITPERSPEKTIVE:

Der Tourismus zwischen Österreich und Ungarn hatte sich infolge des Abkommens über den visumsfreien Reiseverkehr intensiviert.<sup>61</sup> Von größerer Bedeutung waren aber die (zunächst primär wirtschaftlichen) Reformen in Ungarn. Ab 1988 erhöhte sich in Ungarn das Reformtempo merklich und das Spektrum der Reformen weitete sich erheblich aus. Seit Jahresbeginn 1988 konnten alle Staatsbürger den sogenannten „Weltpass“ beantragen und frei in den Westen reisen. Dies führte dazu, dass bald hunderttausende Ungarn als Einkaufstouristen nach Österreich kamen.<sup>62</sup> Das über das Burgenland hereinbrechende Verkehrschaos, bedingt durch die zumeist Richtung Wien strebenden Wagenkolonnen aus Ungarn, schmälerte aber

<sup>57</sup> MNL OL XIX-J-1-j-Österreich-1987. 27. d. Bericht für das Politbüro und für den Ministerrat über den Ungarnbesuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Franz Vranitzky (Budapest, 29–30. September 1987.). 2. Oktober 1987.

<sup>58</sup> Ilse Brandner-Radinger, Unsere Grenze nach Ungarn soll jetzt bald noch offener werden. Am Weltausstellungsprojekt hängen auch politische Erwartungen. *Arbeiter Zeitung*, 1. Oktober 1987, S. 3.

<sup>59</sup> POGÁNY, 2009, 147.

<sup>60</sup> Jetzt sollen Grenzen nach Ungarn noch offener werden. *Arbeiter Zeitung*, 1. Oktober 1987, S. 1.

<sup>61</sup> KOFLER, 1985, 126–135.

<sup>62</sup> DALOS, 2009, 74.

bald die Euphorie über die ein weiteres Stück offener gewordene Grenze.<sup>63</sup> Der ungarischen Seite war indes auch klar, dass man in Österreich in wirtschaftlicher Hinsicht mit der jüngsten Entwicklung des Reiseverkehrs zufrieden war. Der Grund lag auf der Hand: Die ungarischen Touristen gaben zu dieser Zeit erheblich mehr Geld in Österreich aus als umgekehrt.<sup>64</sup>

Im Frühjahr 1989 wurde mit dem Abbau der technischen Grenzsperrern an der österreichisch–ungarischen Grenze begonnen.<sup>65</sup> Die Bilder von den Abbrucharbeiten im Mai, von den beiden Außenministern Alois Mock und Gyula Horn bei der inszenierten Durchschneidung des Eisernen Vorhangs im Juni und jene vom Paneuropa–Picknick im August 1989 waren hochgradig dafür verantwortlich, dass sich die Fluchtbewegung der DDR–Bürger ausweitete. Der Alptraum der DDR, vor dem man sich in Ost–Berlin seit Anfang der 1970er Jahre fürchtete, wurde mit der Grenzöffnung im September 1989 zur Realität.

Ohne die Entwicklung der österreichisch–ungarischen Beziehungen in den 1970er und 1980er–Jahren wären Bilder wie jenes von Mock und Horn an der Grenze undenkbar gewesen. Es gab natürlich zahlreiche weitere gute Beispiele der europäischen Entspannung im Kalten Krieg und in vielen Fällen konnten Ost–West–Beziehungen zu guten Beispielen der „friedlichen Koexistenz“ ausgestaltet werden.<sup>66</sup> Was die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn aber so besonders machte, war, dass dies trotz einer gemeinsamen Grenze am Eisernen Vorhang gelang, die sukzessive durchlässiger wurde. Daher vertrete ich die Ansicht, dass hier von einem Musterbeispiel der europäischen Entspannung im Kalten Krieg gesprochen werden sollte.<sup>67</sup>

#### MAXIMILIAN GRAF

<sup>63</sup> GRAF, 2012, 145–153.

<sup>64</sup> ÁBTTL I.II.4. Serie II. K–V/88, 67/9–3418/16. Oktober 1988. Blatt eines Informationsberichts, nur Bruchstück, signiert „Mészöly“.

<sup>65</sup> Zur Grenzöffnung umfassend und detailliert OPLATKA, 2009.

<sup>66</sup> VILLAUME–WESTAD, 2010.

<sup>67</sup> Aufgrund der im Band folgenden Beiträge zu den Entwicklungen 1988/89 wird auf eine ausführlichere Darstellung hierzu verzichtet. Diese in den letzten beiden Absätzen abschließend aufgestellte These beruht auf jahrelangen Forschungsarbeiten, deren Ergebnisse Großteils vor ihrer Veröffentlichung stehen. Siehe hierzu ausführlicher und mit umfassenden Quellenbelegen GRAF, 2014; GRAF, 2015; BARANYI–GRAF–KRAJČZÁR–LEHNER, 2014; GRAF, 2012.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### UNGEDRUCKTE QUELLEN

- ÖStA/AdR BMFAA  
Österreichisches Staatsarchiv Wien – Archiv der Republik – Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten.
- StBKA Stiftung Bruno Kreisky Archiv.
- PA AA MfAA  
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.
- SAPMO-Barch  
Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der ehemaligen DDR im Bundesarchiv, Berlin.
- BStU  
Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.
- MNL OL  
Magyar Nemzeti Levéltár – Országos Levéltára, Budapest [Ungarisches Nationalarchiv – Staatsarchiv]
- ÁBTL  
Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára, Budapest [Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste].

### GEDRUCKTE QUELLEN

*Arbeiter Zeitung*, 3. Juni 1965 und 1. Oktober 1987.

### LITERATUR

- BARANYI–GRAF–KRAJCZÁR–LEHNER, 2014: Tamás BARANYI, Maximilian GRAF, Melinda KRAJCZÁR, Isabella LEHNER: A masterpiece of European détente? Austrian–Hungarian relations from 1964 until the peaceful end of the Cold War. *Zeitgeschichte*, 41. Jahrg. September/Oktober 2014, Heft 5.
- DALOS, 2009: György DALOS: *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*. München, 2009.
- EGER, 1981: Reiner EGER: *Krisen an Österreichs Grenzen. Das Verhalten Österreichs während des Ungarnaufstandes 1956 und der tschechoslowakischen Krise 1968. Ein Vergleich*. Wien, 1981.
- ENGEL-JÁNOSI, 1970: Friedrich ENGEL-JÁNOSI, Vorwort. *Die Protokolle des Österreichischen Ministerrates 1848–1867*. Einleitungsband. Hrsg. von Österreichisches Komitee für die Veröffentlichung der Ministerratsprotokolle. Wien, 1970.

- FIESINGER 1993: Klaus FIESINGER: *Ballhausplatzdiplomatie 1945–1949*. Die Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und die Reorganisation des Auswärtigen Dienstes als Formen außenpolitischer Reemanzipation Österreichs. München, 1993.
- GECSÉNYI, 2000: Lajos GECSÉNYI: *Iratok Magyarország és Ausztria kapcsolatainak történetéhez, 1956–1964*. [Schriften zur Geschichte Ungarn und Österreich]. Budapest, 2000.
- GECSÉNYI, 2001: Lajos GECSÉNYI: Die Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich 1945–1964. *Der Eiserner Vorhang – A Vasfüggöny*. Ausstellungskatalog, Heeresgeschichtliches Museum Wien. Wien, 2001, 53–76.
- GECSÉNYI, 2013: Lajos GECSÉNYI: A szembenállástól a kiegyezésig. A magyar–osztrák viszony a megbékélés útján (1959–1970). [Von der Gegenüberstellung bis zum Ausgleich. Das ungarisch–österreichische Verhältnis auf dem Weg der Versöhnung]. *Külügyi Szemle*, 12. évf. / Jahrg. 2013/2, 69–101.
- GEHLER, 2005: Michael GEHLER: *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts*. 2 Bde., Innsbruck, Wien, Bozen, 2005.
- GÉMES, 2008: Andreas GÉMES: *Austria and the 1956 Hungarian Revolution: Between Solidarity and Neutrality*. Pisa, 2008.
- GÉMES, 2009: Andreas GÉMES: Austrian–Hungarian Relations, 1945–1989. *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989*. Europa Orientalis 7. Hrsg. von Arnold Suppan, Wolfgang Mueller. Wien 2009, 310–336.
- GRAF, 2008: Maximilian GRAF: *Internationale Reaktionen auf die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR 1968*. Ungedr. phil. Dipl. Wien, 2008.
- GRAF, 2012: Maximilian GRAF: *Die Welt blickt auf das Burgenland*. 1989. Die Grenze wird zum Abbild der Veränderung. *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert*. Hrsg. von Maximilian Graf – Alexander Lass – Karlo Ruzicic-Kessler. Wien, 2012, 135–179.
- GRAF, 2014: Maximilian GRAF: Österreich und das „Verschwinden“ der DDR. Ostdeutsche Perzeptionen im Kontext der Langzeitentwicklungen. *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich*. Hrsg. von Andrea Brait – Michael Gehler. (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch–Historische Studien der Dr.–Wilfried–Haslauer–Bibliothek). Wien, et. al., (erscheint 2014), 221–242.
- GRAF, 2015: Maximilian GRAF: *Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext*. Hrsg. von Maximilian Graf. Wien, (erscheint 2014).
- HASLINGER, 1996: Peter HASLINGER: *100 Jahre Nachbarschaft. Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1895–1994*. Frankfurt am Main, et al. 1996, 237–338.
- HOFMANN, 2012: Bettina HOFMANN: Grenze zu Ungarn 1956: Der Stacheldraht fällt. *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert*. Hrsg. von Maximilian Graf – Alexander Lass – Karlo Ruzicic-Kessler. Wien, 2012, 85–97.
- KARNER, 2008: *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*. 2 Bde., Hrsg. von Stefan Karner, et al. Innsbruck, Wien, Bozen, 2008.
- KISS, 2003: László J. KISS: Österreich und Ungarn: Außenrand der gespaltenen Mitte. Die strukturbildenden Merkmale der bilateralen Beziehungen. *Die Ungarnkrise 1956 und Österreich*. Hrsg. von Erwin A. Schmidl. Wien, Köln, Weimar, 2003, 283–306.
- KOFLER, 1985: Toni KOFLER: Kulturbeziehungen und Kontakte zwischen Österreich und Ungarn. *Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn: Sonderfall oder Modell?* Hrsg. von Zdenek Mlynar – Hans-Georg Heinrich – Toni Kofler – Jan Stankovsky. Wien, 1985, 107–144.
- KREMSNER, 2002: Artur KREMSNER: Österreich in Ungarn – Bilder einer Nachbarschaft. *Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen. Österreich 1955–1990*. Hrsg. von Oliver Rathkolb – Otto M. Maschke – Stefan August Lütgenau. Wien, Köln, Weimar, 2002, 573–610.
- KUSSBACH, 2010: Bettina KUSSBACH: *Abbau des Eisernen Vorhangs an der österreichisch–ungarischen Grenze 1956*. Der 1. Abbau. Ungedr. phil. Dipl. Wien, 2010.

- MLYNAR–HEINRICH–KOFLE–STANKOVSKY, 1985: *Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn: Sonderfall oder Modell?* Hrsg. von Zdenek Mlynar – Hans-Georg Heinrich – Toni Kofler – Jan Stankovsky. Wien, 1985.
- MLYNAR, 1985: Zdenek MLYNAR: Die österreichisch-ungarischen Beziehungen als Sonderfall der Ost-West-Beziehungen. *Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn: Sonderfall oder Modell?* Hrsg. von Zdenek Mlynar – Hans-Georg Heinrich – Toni Kofler – Jan Stankovsky. Wien, 1985, 145–162.
- MURBER–FÓNAGY, 2006: *Die ungarische Revolution und Österreich 1956*. Hrsg. von Ibolya Murber – Zoltán Fónagy. Wien, 2006.
- OPLATKA, 2009: Andreas OPLATKA: *Der erste Riß in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze*. Wien, 2009.
- POGÁNY, 2009: Ágnes POGÁNY: Co-operation through the Iron Curtain: economic relations between Austria and Hungary after the Second World War. *Gaps in the Iron Curtain. Economic relations between neutral and socialist countries in Cold War Europe*. Hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel, et al. Krakau, 2009, 142–162.
- RATHKOLB, 1995: Oliver RATHKOLB: Austria's 'Ostpolitik' in the 1950s and 1960s: Honest Broker or Double Agent? *Austrian History Yearbook*, Vol. XXVI (1995), 129–149.
- RATHKOLB, 2010: Oliver RATHKOLB: Die österreichische „Ostpolitik“ gegenüber Ungarn. *Österreich und Ungarn im Kalten Krieg*. Hrsg. von István Majoros – Zoltán Maruzsa – Oliver Rathkolb. Wien, 2010, 211–226.
- RAUCHENSTEINER, 1981: Manfred RAUCHENSTEINER: Spätherbst 1956. *Die Neutralität auf dem Prüfstand*. Wien, 1981.
- RESCH, 2010: Andreas RESCH: Der österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke. *Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich*. Hrsg. Manfred Rauchensteiner. Wien, Köln, Weimar, 2010, 497–556.
- SCHMIDL, 2003: *Die Ungarnkrise 1956 und Österreich*. Hrsg. Erwin A. Schmidl. Wien, Köln, Weimar, 2003.
- STEININGER 2005: Rolf STEININGER: Der Staatsvertrag. *Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938–1955*. Innsbruck, Wien, Bozen, 2005.
- STOURZH, 2005: Gerald STOURZH: *Um Einbeit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955*. Wien, Köln, Weimar, 2005.
- SUPPAN–STOURZH–MUELLER, 2005: *Der Österreichische Staatsvertrag. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität*. Hrsg. von Arnold Suppan – Gerald Stourzh – Wolfgang Mueller. Wien, 2005.
- SUPPAN–MUELLER, 2009: *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989*, Europa Orientalis 7. Hrsg. von Arnold Suppan, Wolfgang Mueller. Wien, 2009.
- VILLAUME–WESTAD, 2010: *Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations and the Cold War, 1965–1985*. Hrsg. von Poul Villume – Odd Arne Westad. Kopenhagen, 2010.
- WENTKER, 2007: Hermann WENTKER: *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*. München, 2007.



# SOZIALE VERÄNDERUNG IN DER UNGARISCHEN UND ÖSTERREICHISCHEN GESELLSCHAFT DER K(REISKY)- UND K(ÁDÁR)-ÄRA<sup>1</sup> UND DANACH

## I. EINFÜHRUNG

In der modernen Geschichte Ungarns und Österreichs und im Wandel ihrer sozialen Verhältnisse gibt es viele gemeinsame Punkte sowie zahlreiche starke Abweichungen. Die Entwicklungswege der beiden Staaten trennten sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zerfall der k. u. k. Monarchie, mit dem Entzweireißen Europas 1945 nahm dieser Prozess einen noch markanteren Verlauf. Trotz verschiedener Regierungsformen und wesentlicher Unterschiede in der sozialwirtschaftlichen Ordnung, spielten sich in vielen Belangen ähnliche Vorgänge ab, jedoch zeitversetzt und mit bedeutenden qualitativen Unterschieden. Diese führten Ende des 20. Jahrhunderts letztendlich zu beachtlichen Differenzen in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der untersuchten Länder.

In meinem Aufsatz analysiere ich nur einige Abschnitte und Fragen dieser durchaus komplexen Vorgänge. Hauptsächlich gehe ich der Frage nach, welche Eigenheiten, Unterschiede und Gemeinsamkeiten die österreichischen und ungarischen sozialen Veränderungen zwischen 1960 und 1990 und insbesondere in der K(reisky)- und K(ádár)-Ära aufweisen. Die inhaltlichen Punkte der Analyse sind: demografische Entwicklung, Sozialstruktur (Beschulung, Ausbildung, Beschäftigung), Konsum und Wohlstand.

Zur Einführung sollen die historischen Umstände und die wichtigsten Kennzeichen der politischen Laufbahn der im Titel erwähnten Politiker zusammengefasst werden.

---

<sup>1</sup>Die Studie ist mit der Unterstützung des MÖB Collegium Hungaricum Wien CH2-Senior Forschungsstipendium und des TÁMOP-4.2.4.A/2-11/1-2012-0001 Forschungsstipendium entstanden.

## 2. HISTORISCHE DETERMINIERTHEIT<sup>2</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren beide Länder besetzt und in Trümmern, dennoch konnte der Wiederaufbau trotz unterschiedlichen Entwicklungsstandes und ungleichen wirtschaftlichen Hintergründen relativ rasch bewerkstelligt werden.

Nach dem Abschluss des Staatsvertrags im Jahre 1955, womit die Unabhängigkeit in Österreich wieder hergestellt und die Neutralität postuliert wurde, waren die Hindernisse für eine schnelle Regenerierung aufgehoben und Wirtschaftswachstum wurde möglich. Während dieser Konjunkturperiode<sup>3</sup> entfaltete sich eine Wirtschaft, die eine der schnellsten Entwicklungen Europas durchmachte.

In Ungarn überschattete der Ausbau der staatssozialistischen Ordnung Ende der 1940er Jahre eindeutig die soziale und wirtschaftliche Nachkriegsrekonstruktion.<sup>4</sup> Der Staat versuchte mit wenig Erfolg, die Rolle des Wettbewerbs und des Marktes zu übernehmen. In den 1950er Jahren hatte die Gestaltung der sozialistischen Planwirtschaft und Plananarchie zur Folge, dass mit den Ressourcen verschwenderisch verfahren wurde. Die erzwungene Industrialisierung diente den Vorbereitungen für den nächsten Weltkrieg und die Revolution von 1956 führte im gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Sinne zu schweren Verlusten.

In Österreich begann schon in der zweiten Hälfte/Ende der 1950er Jahre ein Wirtschaftswachstum und der Ausbau der Wohlstandsgesellschaft führte zur Konsolidierung der sozialen Verhältnisse, was auch die 1960er- und – mit einem vorübergehenden kleinen Rückfall aufgrund der Ölkrise – die 1970er-Jahre kennzeichnete.

In Ungarn waren jedoch für die ersten zehn Jahre nach der Revolution von 1956 die Vergeltung und die Stärkung der Macht von János Kádár bezeichnend. Die gewaltsame und für die Gesellschaft traumatische Kollektivierung, die Zerstörung der auf bäuerlichem Privateigentum beruhenden sozialwirtschaftlichen Verhältnisse und die Einführung der Produktivgenossenschaft mit kollektivem Eigentum schlossen die Vorbereitung der Konsolidierung der Kádár-Epoche Anfang der 1960er-Jahre ab.

Das bedeutete auch, dass in Ungarn von nun an der Staat oder die Genossenschaft der uneingeschränkte Eigentümer der Güter der Einkom-

<sup>2</sup>ROMSICS, 1998; TÁLOS, 1995, MANTL, 1992.

<sup>3</sup>BUTSCHEK, 2004, 262.

<sup>4</sup>KORNAL, 1993, 488–630; KAPOSI, 2001, 345–427.

mensproduktion war. In der Folge kam es zu einer radikalen sozialen Umstrukturierung.

Staatseigentum gab es auch in der österreichischen Wirtschaft, jedoch kamen marktwirtschaftliche Prinzipien zur Anwendung und auch die Tätigkeit der Privatunternehmen war durch die Marktwirtschaft bestimmt. In Ungarn versuchte man in den 1960er-Jahren die markt- und planwirtschaftlichen Gegebenheiten aufeinander abzustimmen, doch behielt die bürokratische Koordination<sup>3</sup> Oberhand, obwohl die Privatinitiative, erst verborgen, dann Anfang der 1980er Jahre bereits offiziell, in sozialen sowie wirtschaftlichen Prozessen eine immer wichtigere Rolle spielte. Die Veränderungen in Ungarn wurden auch von der Wende um 1989/90 und dem Übergang vom Staatsozialismus zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen beeinflusst.

### 3. POLITISCHER LEBENSLAUF, POLITISCHE BEDINGUNGEN

Die Beurteilung von Bruno Kreisky (1911–1990) und vor allem János Kádár (1912–1989) ist sehr widersprüchlich. Die Nachwelt bewertet diese Politiker sehr unterschiedlich und diskutiert mit wechselnder Intensität über die politische Praxis, politische Auswirkung und Ergebnisse ihrer Tätigkeiten. Sie waren Mitglieder derselben politischen Generation, zwar aus verschiedenen Ländern, doch manchmal beeinflusst von ähnlichen politischen Sozialisationserlebnissen (Illegalität, Antifaschismus, Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg, Entspannung in der Politik). Anfangs waren sie auf verschiedenen Posten tätig, später nahmen sie für längere Zeit – Kreisky von 1970–1983, Kádár zwischen 1956 und 1988 – als führende Personen an der Leitung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse ihrer Länder teil.

Beide waren links gestimmt. Kreisky war ein Politiker des demokratischen und Kádár des allein herrschaftlichen, diktatorischen Systems. Kreisky hatte eigentlich eine regelgerechte politische Laufbahn, Kádár bei weitem nicht. Beide hatten politische Fähigkeiten, und beide waren für gewisse Zeit einflussreich, wovon über eine längere Zeit hinweg Auswirkungen zu verspüren waren. In ihrer Zeit begannen Modernisierungsvorgänge, die die zwei Staaten und deren Gesellschaften auf unterschiedliche Weise veränderten.

---

<sup>3</sup>KORNAI, 1993, 488–630.

#### 4. DEMOGRAFISCHE MERKMALE DER UNGARISCHEN UND ÖSTERREICHISCHEN GESELLSCHAFT ZWISCHEN 1960 UND 1990

Bezeichnend war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das gemäßigte Wachstum der österreichischen Bevölkerung. 1950 hatte das Land nur 6,9 Millionen Einwohner, 1970 hingegen bereits 7,5 Millionen und 20 Jahre später, 1990, stieg die Zahl auf über 8 Millionen. 2007 lebten in Österreich 8,3 Millionen Menschen.

##### **Tabelle 1**

Phasen der Bevölkerungsentwicklung in Österreich zwischen 1961 und 2002

Jahr	Bevölkerung (Jahresanfang)	Periode	Veränderung	Geburten- bilanz	Wande- rungsbilanz
1961	7.064.693	–	–	–	–
1974	7.605.760	1961–1974	541.067	372.437	168.630
1988	7.576.760	1974–1988	-29.441	-28.142	-1.299
1994	7.928.746	1988–1994	352.427	53.694	298.733
2002	8.038.911	1994–2002	110.165	36.872	73.293

**Quelle:** Statistisches Jahrbuch 1961, 1974, 1988, 1994, 2002.

Im Gegensatz zur Mehrheit seiner Nachbarn (auch zu Ungarn) war das Wachstum der Bevölkerung niedrig, aber positiv: 2-3%. Die voraussichtliche Lebenserwartung bei der Geburt war relativ hoch: 76 Jahre bei den Männern, 82 Jahre bei den Frauen.

**Tabelle 2**  
**Die Bevölkerungsentwicklung in Ungarn zwischen 1970 und 2010**

Jahr	Bevölkerungszahl	Geburtenzahl		Mortalität		Bevölkerungsbilanz	
		insgesamt	tausend Einwohner	insgesamt	tausend Einwohner	insgesamt	tausend Einwohner
1960	9.961.544	146.461	14,7	101.525	10,2	44.936	4,5
1970	10.322.432	151.819	14,7	120.197	11,6	31.622	3,1
1980	10.701.063	148.673	13,9	145.355	13,6	3.318	0,3
1990	10.381.959	125.679	12,1	145.660	14,1	-19.981	-1,9
2001	10.078.138	97.047	9,5	132.183	13,0	-35.136	-3,4
2010	9.994.000	82.796	9,0	118.078	13,0	-35.282	-3,9

**Quelle:** Volkszählung, Statistisches Jahrbuch Ungarns 1960, 1970, 1980, 1990, 2001, 2010.

Erkennbar ist, dass „zwischen den Volkszählungen 1951 und 1991 der Anteil der unter 15-jährigen von 22,9 auf 17,4 Prozent der Gesamtbevölkerung zurückging, während der Anteil der 60-jährigen und Älteren von 15,6 auf 20,1 Prozent anwuchs (der Anteil der über 75-jährigen verdoppelte sich)“.<sup>4</sup> Wie die ungarische Gesellschaft ist auch die österreichische überaltert, allerdings verläuft der österreichische Prozess weniger dynamisch. In Ungarn verringerte sich zur selben Zeit die Zahl der unter 15-jährigen um die Hälfte, dafür verdoppelte sich jene der über 60-jährigen.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Vgl. EIGNER-HEILIGE, 1999, 38–57.

<sup>5</sup> Vgl. VALUCH, 2001, 30–45.

**Tabelle 3**  
**Altersverteilung der Bevölkerung Österreichs von 1951–1991**  
**(in Prozent)**

Jahr	unter 15 Jahre	15-65 Jahre	über 65 Jahre
1951	22,9	68,5	10,6
1971	24,3	61,5	14,2
1991	17,3	67,5	15,3

**Quelle:** Sandgruber: Ökonomie und Politik, 500.

**Tabelle 4**  
**Altersverteilung der Bevölkerung Ungarns von 1970–1991 (in**  
**Prozent)**

Jahr	unter 14 Jahre	15-59 Jahre	über 60 Jahre
1970	21,2	61,9	16,9
1980	21,9	61,0	17,1
1990	20,6	60,6	18,8

**Quelle:** Statistisches Jahrbuch Ungarns 1970, 1980, 1990.

Auf dem Gebiet des Familienstandes fallen die demografischen Trends der beiden Länder zusammen. Das traditionelle Familienbild rückte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allmählich in den Hintergrund und die Zahl der Lebensgemeinschaften wuchs enorm an. Ab den 1980er- und 1990er-Jahren nahm mit dem neuen Familientypus und dem veränderten Lebensstil die Zahl der Alleinlebenden und Singles zu. In Ungarn war die steigende Zahl der Scheidungen oftmals die Ursache für die Veränderung im Familienstand.

**Tabelle 5**  
**Familien und Familientyp in Österreich von 1971–2001 (in Tausend)**

Jahr	Familien insgesamt	Ehepaare ohne Kinder	Lebensgemeinschaften ohne Kinder	Ehepaare mit Kindern	Lebensgemeinschaften mit Kindern	Alleinerzieher/in	Anteil der nichtehelichen Lebensformen	Anteil Familien ohne Kinder
1971	1.929.0	587.7	29.1	1.064.6	23.1	224.4	14.3	32.0
1981	1.986.3	568.5	48.9	1.078.9	32.9	257.3	17.1	31.1
1991	2.109.1	599.9	88.3	1.046.4	51.8	322.8	21.9	32.6
2001	2.206.2	648.1	123.7	982.8	99.6	351.9	26.1	35.0

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1971, 1981, 1991, 2001.

**Tabelle 6**  
**Familienstand in Ungarn zwischen 1970-2005 (%)**

Familienstand	Männer über 15 Jahren					Frauen über 15 Jahren				
	1970	1980	1990	2001	2005	1970	1980	1990	2001	2005
Ledig/ Unverheiratete	24,6	22,0	25,1	32,9	35,3	17,2	13,8	15,9	22,1	24,0
Verheiratete	69,9	70,8	64,6	55,6	52,4	63,8	64,4	58,1	49,4	46,5
Witwer/Witwe	3,2	3,5	3,9	3,8	4,3	15,3	16,3	17,8	18,5	18,9
Geschieden/e	2,2	3,7	6,4	7,7	8,1	3,8	5,6	8,2	10,0	10,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Jahrbuch Ungarns 2005.

2003 lebte 66% der österreichischen Bevölkerung in Städten, dieser Prozentsatz stieg praktisch ständig.<sup>6</sup> Die österreichischen Städte waren im Gegensatz zu Ungarn wirkliche urbane Sozialräume. Auch in Ungarn verlief die Urbanisierung in der untersuchten Periode dynamisch. 1990 lebten bereits zwei Drittel der Einwohner in Städten, jedoch fand in den Jahrzehnten nach der Wende wegen des wirtschaftlichen Strukturwechsels eine Umkehrung statt. Die Zahl der auf dem Land lebenden Bevölkerung stieg an, die der Stadtbewohner sank.

Die demografischen Veränderungen der ungarischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert sind in zwei Phasen einzuteilen: Zwischen 1949 und 1980 stieg die Zahl der Einwohner von 9,2 auf 10,7 Millionen, also um 1,5 Millionen Menschen. Dem folgte ein natürlicher Geburtenrückgang zwischen 1980 und 2000 und somit sank die Zahl der Bevölkerung um 0,6 Millionen Menschen. Die Rate des Rückgangs betrug jährlich durchschnittlich 3-4%. Die voraussichtliche Lebenserwartung von Männern und Frauen stieg an, doch blieb sie unter dem europäischen, wie auch dem österreichischen Durchschnitt. Dies war eine sichtbare Folge des unterschiedlichen Lebensniveaus.

Die Zusammensetzung der ungarischen Gesellschaft nach Geschlechtern ist von einem hohen Feminitäts-Index gekennzeichnet, was hauptsächlich mit der unterschiedlichen Lebenserwartung von Männern und Frauen zu erklären ist.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die demografischen Gegebenheiten und Merkmale der österreichischen Gesellschaft zwischen 1960 und 1990 günstiger waren als jene der ungarischen. In beiden Ländern verringerte sich die Zahl der Geburten, in Österreich aber nur gemäßigt, gleichzeitig fiel dort die Morbiditätsrate vorteilhafter aus als in Ungarn. Dies war einer der Gründe, warum es in Ungarn einen natürlichen Rückgang und in Österreich einen natürlichen Anwuchs der Bevölkerungszahl gab. Die abweichende Entwicklung beeinflusste offenbar auch die unterschiedliche Rolle und Stellung des Landes in der internationalen Wanderungsbewegung. Österreich als offenes Land war immer ein Zielland, Ungarn hingegen war nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erst ein Transitland und wurde später ein Zielland. Die Zahl der Einwanderer in Ungarn war im Verhältnis zu Österreich geringer.

---

<sup>6</sup>REITER, 1998, 112–114; HALLER, 2008, 483.



##### 5. DIE RICHTUNG UND MERKMALE DER SOZIALEN VERÄNDERUNGEN – BESCHULUNG, BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE, GESELLSCHAFTSSTRUKTUR

Die Veränderungen der sozialen Strukturen beeinflussen sämtliche Bereiche. Die traditionelle Annäherung hebt die Rolle der Beschulung, der Ausbildung, des Berufs hervor, die neueren Interpretationen betonen daneben auch, welche Rolle das Milieu, die Lebensweise, und der Konsum in der sozialen Schichtung spielt. Diese Faktoren übten in den beiden Ländern auf verschiedene Art und Weise ihre Wirkung aus. Im Falle von Ungarn darf man nicht vergessen, dass im staatsozialistischen System die sozialen Strukturveränderungen durch die Politik, politische Absichten, politischen Willen und politische Entscheidungen ernsthaft mitbestimmt wurden.

Wenn man der traditionellen Strukturanalyse folgt, ist gut zu erkennen, dass sich im Bereich der Beschulung in der österreichischen und auch in der ungarischen Gesellschaft ähnliche Trends durchsetzten. Die Chancengleichheit im Unterrichtswesen, vor allem im Grundschulsystem, wurde geringer. Die Chance auf einen Grundschulabschluss wuchs stetig und damit auch die Möglichkeit auf einen Mittel- und Hochschulabschluss. In beiden Gesellschaften stieg das Ausbildungsniveau bedeutend. Die Zahl der nur über einen Grundschulabschluss verfügenden Einwohner sank auf ein Minimum und der Anteil jener mit Mittel- und Hochschulabschluss stieg an. Im Bereich der österreichischen und ungarischen schulischen Ausbildung war der größte Unterschied in Bezug auf den Hochschulabschluss zu sehen. Als in Österreich der Anteil der Diplomanden 1990 16,8% betrug (unter den über 15-jährigen), sah es in Ungarn mit 10,7% schlechter aus. Ein großer Unterschied war ebenfalls, dass in der Kádár-Epoche 3-4% der jungen Erwachsenen (zwischen 15-29 Jahren) keinen Grundschulabschluss hatten. Die Zahl dieser Gruppe stieg in der postkommunistischen Zeit weiter an und dies führte infolge zu solch gravierenden Unterschieden in der Bildung, dass sie später nicht mehr ausgeglichen werden konnten.

**Tabelle 7**  
**Höchste abgeschlossene Schulbildung von 1951–1990 in Österreich (in % der Bevölkerung ab 15 Jahre)**

Jahr	Universität	Höhere Schule	Mittlere Schule	Pflichtschule
1951	1,7	4,9	6,9	86,8
1971	2,1	5,8	7,0	85,1
1990	5,0	11,8	9,2	74,0

**Quelle:** Volkszählung, Statistisches Jahrbuch 1951, 1971, 1990.

**Tabelle 8**  
**Höchste abgeschlossene Schulbildung von 1949–1990 in Ungarn (in % der Bevölkerung ab 15 Jahre)**

Jahr	Universität	Mittlere Schule	Pflichtschule
1949	1,7	5,5	20,6
1970	4,2	15,5	51,4
1990	10,1	29,2	78,1

**Quelle:** Volkszählung, Statistisches Jahrbuch Ungarns 1949, 1970, 1990.

Die Verteilung der österreichischen Erwerbstätigen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen war schon zwischen 1950 und 1960 ausgeglichener. Nicht die Landwirtschaft, sondern die Industrie beschäftigte die Mehrzahl der Arbeiter und ihre Anzahl im Dienstleistungssektor war ebenfalls hoch.

Der Rückgang der Bevölkerungszahl im landwirtschaftlichen Sektor war auch in Österreich enorm, doch nicht der Industrie-, sondern der Dienstleistungssektor expandierte bereits in den 1960er und 1970er Jahren erheblich. Der Anstieg der Zahl der Beschäftigten in diesem Sektor wurde um die Jahrhundertwende zum entscheidenden Faktor.

In Ungarn kam es zu einer bedeutenden Veränderung der Verteilung der aktiven Erwerbstätigen in den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen. 1949 arbeitete noch die Mehrheit der aktiven Erwerbstätigen in der Land-

wirtschaft, 1970 hingegen bereits in der Industrie. Dass dies eine dynamische Veränderung war, zeigt auch die Verringerung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen zwischen 1940 und 1970 um mehr als die Hälfte, im Gegensatz dazu war die Zahl der Beschäftigten im Industriesektor doppelt so hoch. Zwischen 1970 und 1995 sank die Anzahl der aktiven Erwerbstätigen in beiden Zweigen. 1995 arbeiteten nur noch 8,6% der aktiven Beschäftigten im Landwirtschaftssektor. Davon, dass es sich um eine Industrialisierung in der Art des 19. Jahrhunderts handelt, bezeugt auf indirekte Weise die Tatsache, dass die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor 1949 viel niedriger war als acht Jahre zuvor und sie bis Mitte der 1960er-Jahre stetig abnahm. Danach kam es zwar zu einem Anstieg, der Stand von 1941 konnte 1980 aber nicht mehr erreicht werden. Die Zahl der Beschäftigten unter den aktiven Erwerbstätigen im Handels- und Verkehrssektor stagnierte oder stieg zwischen den 1950er- und 1970er-Jahren nur kaum, eine Zunahme auf beiden Gebieten lässt sich ab den 1980er-Jahren erkennen. Der Anteil der Beschäftigten im Bereich des Gesundheitswesens und kulturellen Lebens stieg ab 1949 stetig an.

Anhand der Daten lässt sich feststellen, dass in Ungarn zwischen 1949 und 1980 der Anteil der aktiven Erwerbstätigen zunahm, ab den 1980er-Jahren bis zur Gegenwart aber rückläufig war/ist. Im Hintergrund des Anstiegs stand die Industrialisierung sowie das Doppelversorgermodell in den Familien. Zum Rückgang führte die dynamische Zunahme der inaktiven Erwerbstätigen (Rentner, Frauen auf Erziehungsurlaub) sowie die Massenarbeitslosigkeit nach 1990.

In Österreich erhöhte sich der Anteil der aktiven Erwerbstätigen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kontinuierlich, aber mit abwechselnder Dynamik. Nach dem Krieg musste man mit hoher Arbeitslosigkeit kämpfen, die wiederum durch den wirtschaftlichen Aufschwung verringert wurde. Nach den 1970er-Jahren war jedoch wieder ein Anstieg zu beobachten. Die Zahl der Unterhaltenden ging zurück, wobei im Gegensatz dazu der Anteil der aktiven Erwerbstätigen anstieg. Die Erweiterung der Wohlstandsleistungen dehnte jedoch den Kreis der inaktiven Beschäftigten aus.

**Tabelle 9**  
**Erwerbspersonen nach Wirtschaftssektoren von 1961–2003 in Österreich**

Jahr	Land- und Forstwirtschaft		Bergbau, Industrie und Gewerbe		Dienstleistungen		Erwerbspersonen insgesamt in Tausend
	Absolut (in Tausend)	in Prozent	Absolut (in Tausend)	in Prozent	Absolut (in Tausend)	in Prozent	
1951	1.092.6	32.6	1.256.9	37.6	997.7	29.8	3.347.1
1961	776.4	23.0	1.394.1	41.4	1.199.3	35.6	3.369.8
1971	436.5	13.9	1.352.2	43.2	1.344.4	42.9	3.133.1
1981	290.5	8.5	1.398.5	41.0	1.722.5	50.5	3.411.5
1991	258.5	7.2	1.331.2	37.0	1.966.2	54.7	3.596.1
2003	214.9	5.4	1.173.5	29.6	2.578.9	65.0	3.967.3

**Quelle:** Felix BUTSCHK: *Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart*. Wien, Köln, Weimar, 2004, 262.

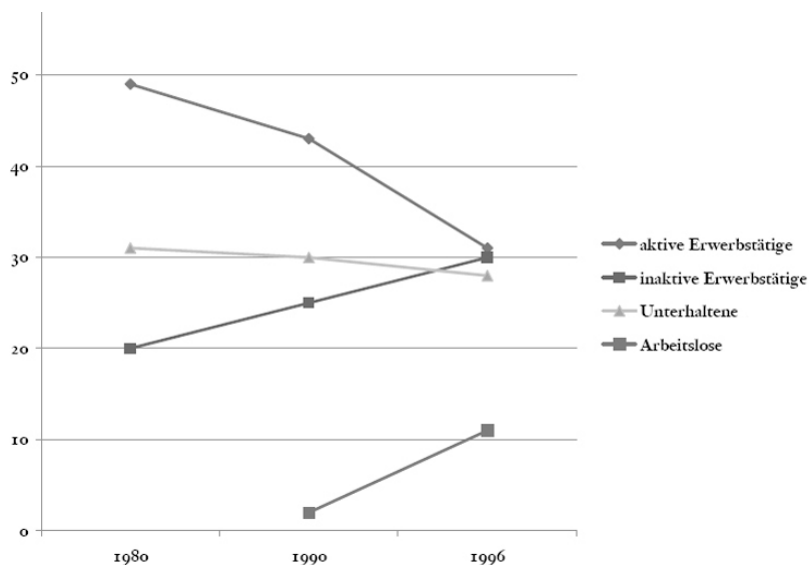
Die Daten der Beschäftigungs- und Tätigkeitsstruktur zeigen, dass Ungarn sein früheres Agrarprofil in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verloren hatte und sich zu einem Industrieland entwickelte. Die Art und Weise der Industrialisierung konservierte jedoch die relative Rückständigkeit in vielen Bereichen und dies führte zu einer ungleichen Modernisierung. Die österreichische Gesellschaft verkraftete die Veränderung ohne große Erschütterung. Als sich in Ungarn noch eine eigentümliche Industriegesellschaft entwickelte, entfaltete sich in Österreich bereits die postindustrielle Gesellschaft. In Ungarn waren die Voraussetzungen dafür erst nach einem Jahrzehnt nach der Wende geschaffen.

Ein wichtiger Unterschied im Hinblick auf die Berufsschichtung in Österreich war, dass während der ganzen Epoche der Anteil der selbständigen Berufstätigen im Handels- und Agrarbereich, im Dienstleistungssektor, und in der Industrie beträchtlich blieb, während in Ungarn die Verstaatlichung Ende der 1940er Jahre und die gewaltsame Kollektivierung Anfang der 1960er Jahre die Zahl der selbständigen Kleinbesitzer auf ein Minimum senkte. Ihr Anteil unter den aktiven Erwerbstätigen betrug zwischen 1960–1980 insgesamt 4–5%. Diese Situation änderte sich erst nach

der Wende, als in nur wenigen Jahren Hunderttausende Menschen selbständige Unternehmer mit wechselndem Erfolg wurden.

### 1. Figur

#### Die Verteilung der Bevölkerung in Ungarn nach Wirtschaftsaktivität von 1980–1996 (%)



Quelle: Statistisches Jahrbuch Ungarns 1980, 1990, 1996.

Die Wirkung der Einkommensverteilung auf die Sozialstruktur kam in den beiden Gesellschaften unterschiedlich zur Geltung. Nach der Machtübernahme der Kommunisten in Ungarn wurde zur künstlichen Aufhebung sozialer Unterschiede das Privateigentum drastisch eingeschränkt und die Einkommensunterschiede verringert, jedoch erwies sich dieser Versuch als unhaltbar und erfolglos.

Durch die Schattenwirtschaft in den 1960er-Jahren erweiterten sich die Einnahmemöglichkeiten, was mit der eigentümlichen Beschaffenheit des Systems zu erklären ist. Ein „begrenzter Prozess des neuen Wohlstands“ erhöhte die Ungleichheit der Einkommen in den 1960er- und 1970er-Jahren. Zwischen 1972 und 1986 stieg die Zahl der Millionäre (mit mehr als einer Million Forint auf ihrem Bankkonto) in Ungarn auf das Zehnfache (von 322 auf 3119). In Österreich stieg das Durchschnittseinkommen schneller und ausgeglichener, die Einkommensverteilung in den höheren, mittleren und unteren Sozialschichten war gleichmäßiger.

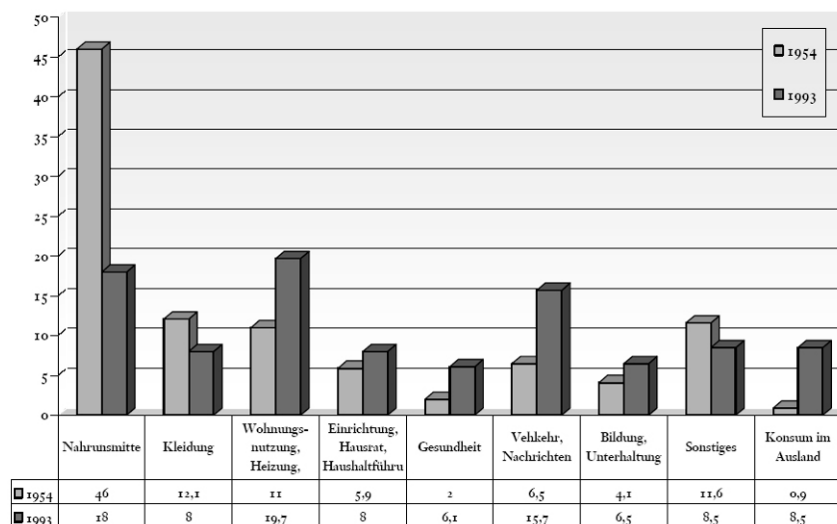
## 6. KONSUM UND GESELLSCHAFT

Ein weiterer Unterschied zwischen der ungarischen und österreichischen Gesellschaft besteht darin, dass in Österreich der Vormarsch des Konsums bereits 1950 begann und der Mangel schneller ausgeglichen werden konnte. Unter anderem bestätigt das der Modernisierungsvorgang der österreichischen Haushalte, wo sich zwischen 1954 und 1960 die Ausgaben für Wohnungsartikel und Haushaltsgeräte verdoppelten. Die Gestaltung der Ausgaben zwischen 1950–1990 belegt diesen Vorgang ebenfalls.

„Ein Blick auf die Konsumstatistik verdeutlicht den raschen Wandel. 1954 entfiel noch fast die Hälfte (46 %) des privaten Konsums der Österreicher/innen auf Nahrungs- und Genussmittel, 1970 waren es 32 Prozent und 1990 nur noch 19 Prozent. Die Ausgabenstruktur verschob sich für den Reproduktionsbereichs ungünstig: Für Verkehr und Nachrichten wurden 1990 15,7 Prozent (gegenüber 6,5 % 1954) ausgegeben, die Auslandsausgaben betrugen 9 Prozent (1954: 0,9%). Auch die Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Unterhaltung sind in den heutigen Haushaltbudgets von größerem Gewicht.“<sup>7</sup>

### 2. Figur

#### Privater Konsum nach Verbrauchsgruppen von 1954–1993 in Österreich (Anteile am privaten Konsum insgesamt)



Quelle: Republik Österreich 1945–1995. 118.

<sup>7</sup>EIGNER–HEILIGE, 1999, 206.

Im Gegensatz zu Österreich hielt in Ungarn die Zeit des Mangels vom Kriegsende bis zu den 1960er Jahren an und war somit von längerer Dauer.

Dabei spielte die eigentümliche Wirtschaftspolitik des Staatssozialismus, wo alle Mittel und sogar der Konsum der Bevölkerung einer aus der Schwerindustrie bezogenen Industrialisierung untergeordnet und die Planwirtschaft ineffektiv war, eine große Rolle. Den ungarischen Alltag kennzeichnete deshalb bis zur Wende der 1960er- und 1970er-Jahre das Fehlen grundlegender Nahrungsmittel und Konsumwaren. Ab Mitte der 1960er-Jahre veränderte sich die Ausgaben- und Konsumstruktur in Ungarn. Für Lebensmittel und Kleidung wurde weniger Geld ausgegeben, für langanhaltende Konsumwaren (Haushaltsgeräte, TV, PKW, für Hausbau und Wohnungskauf) jedoch immer mehr. Aufgrund des Fehlens eines freien Marktes war die Nachfrage größer als das Angebot, womit unter anderem der österreichische Einkaufstourismus der Ungarn in den 1980ern erklärt werden kann.

Trotz der Ähnlichkeiten der Verbrauchertrends und des Verbraucherverhaltens waren in der ungarischen und österreichischen Gesellschaft in Bezug auf Quantität, Qualität, Dynamik und den zeitlichen Umstand des Verbrauchs große Unterschiede zu beobachten. Auch wegen den Unterschieden im sozialwirtschaftlichen System der beiden Länder konnte sich in Ungarn im Unterschied zu Österreich nur eine spezifische, mit Mangel und Korruption belastete „Quasi-Konsumgesellschaft“ herausbilden.

## 7. STATT EINER ZUSAMMENFASSUNG

Im gegebenen Rahmen ist eine detailliertere Analyse und Deutung aller Fragen im Zusammenhang mit den Veränderungen der modernen und gegenwärtigen ungarischen und österreichischen Gesellschaft natürlich unmöglich. Jedoch ist zu beobachten, dass beide Gesellschaften einen besonderen Modernisierungsprozess mit unterschiedlichem Erfolg durchmachten. Ungarn war am Ende der Kádár-Ära eine Industriegesellschaft in einer Krise. Es gab viele Wohlfahrtsdienstleistungen mit niedrigem Realwert, doch starker Konsumorientierung, die radikale Veränderungen nötig hatten. In Österreich war die Kreisky-Ära der Anfang der postindustriellen Vorgänge, die Industriegesellschaft wurde allmählich von einer Dienstleistungsgesellschaft abgelöst, mit umfassenden Wohlfahrtsdienstleistungen und Konsumzentriertheit. Im Ungarn der 1990er-Jahre wurden die Hin-

dernisse eines schnellen wirtschaftlichen Anschlusses aus dem Weg geräumt, aber innere Gründe führten dazu, dass dies nur gelegentlich und partiell Erfolg hatte. Infolge dessen kam es zu einer massenhaften Verarmung, die gesellschaftliche Mittelschicht verkleinerte sich und ein Drittel der Bevölkerung hatte Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. In Österreich hingegen verlief der Prozess des Wandels ruhiger und ausgeglichener, sodass für den größeren Teil der Gesellschaft ein Leben ohne Einkommensprobleme erreicht werden konnte.

TIBOR VALUCH



## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## GEDRUCKTE QUELLEN

- Statistisches Jahrbuch 1961, 1974, 1988, 1994, 2002.*  
Hrsg. von Österreichisches Statistisches Zentralamt.
- Magyar Statisztikai Évkönyv,*  
Statistisches Jahrbuch Ungarns.
- Republik Österreich 1945–1995.*  
Hrsg. von Österreichisches Statistisches Zentralamt. Wien, 1995.

## LITERATUR

- BUTSCHEK, 2004: Felix BUTSCHEK: *Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart.* Wien, Köln, Weimar, 2004.
- EIGNER-HEILIGE, 1999: *Österreichische Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert.* Hrsg. von Peter Eigner, Andrea Heilige. Wien, München, 1999.
- HALLER, 2008: Max HALLER: *Die Österreichische Gesellschaft – Sozialstruktur und sozialer Wandel.* Frankfurt, New York, 2008.
- KAPOSI, 2001: Zoltán KAPOSI: *Magyarország gazdaságtörténete 1700–2000.* [Wirtschaftsgeschichte Ungarns 1700–2000]. Pécs, 2001.
- KORNAI, 1993: János KORNAI: *A szocialista rendszer.* [Das sozialistische System]. Budapest, 1993.
- MANTL, 1992: *Politik in Österreich. Die Zweite Republik.* Bestand und Wandel. Hrsg. von Wolfgang Mantl. Wien, Köln, Graz, 1992.
- REITER, 1998: *Moderne Gesellschaften.* Sozialstruktur und sozialer Wandel in Österreich. Hrsg. von Albert F. Reiter. Wien, 1998.
- ROMSICS, 1998: Ignác ROMSICS: *Magyarország története a XX. században.* [Geschichte Ungarns im XX. Jahrhundert]. Budapest, 1998.
- SANDGRUBER, 1995: Roman SANDGRUBER: *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Österreichische Geschichte.* Bd. 10. Hrsg. von Herwig Wolfram. Wien, 1995.
- TÁLOS, 1995: *Österreich 1945–1995.* Hrsg. von Emmerich Tálos. Wien, 1995.
- VALUCH, 2001: Tibor VALUCH: *Magyarország társadalomtörténete a XX. század második felében.* [Sozialgeschichte Ungarns in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts]. Budapest, 2001.



## SYSTEMWECHSEL IN UNGARN (1988–1989)

### I. DIE WELTPOLITIK UM 1989

Die in der zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in „Ost und West“ geteilte Menschheit wurde 50 Jahre lang mit der Drohung der Atombombe, einer die ganze Welt zerstörenden Katastrophe, verängstigt. Ende der 1980er-Jahre begann eine Kettenreaktion in den von Moskau abhängigen Ostblockstaaten, die zum Untergang des kommunistischen Systems führte.<sup>1</sup> Das war wie eine Explosion, die man kaum voraussah, und eben deswegen hatte man keine Lösungspläne für die neue Situation. Die mit viel Geld unterstützten verschiedenen hochrangigen Institute der USA standen 1988/1989 der neuen Lage Osteuropas ebenso ratlos gegenüber wie die Politiker der freien Welt. Sie wollten die besten Lösungen durchsetzen, nämlich die Demokratie und die Marktwirtschaft.

Im 19. Jahrhundert wurden drei lang wirkende politische Denkweisen geprägt: der Liberalismus, der Nationalismus und der Sozialismus. Welch eine große Veränderung der Sieg der letztgenannten Ideologie in der Welt 1917 verursacht hatte, erfuhr man schnell und eindeutig. Die Revolution der Bolschewiki in Sowjet-Russland und deren Folgen spielten in der Geschichte der Menschheit eine ebenso große Rolle wie die Revolutionen von 1789 oder 1848. Deswegen kann man die friedliche Wende von 1989 zu Recht mit den großen einschneidenden Veränderungen der Geschichte vergleichen.

Hatte sich dieser Umbruch tatsächlich vorher nicht abgezeichnet? Wie sah die Welt in den 1980er-Jahren aus? Welche Krisen des Systems führten zum Zerfall des Kommunismus/Sozialismus?

---

<sup>1</sup> Das Ziel dieses Artikels ist es keinesfalls, die Ereignisse der Jahre um 1989 chronologisch zusammenfassen. Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, die mit dieser Absicht entstanden. Statt dessen wird versucht, einige wichtige Themen zu beleuchten, und einige Folgerungen aus den damaligen Geschehnissen abzuleiten.

Wenn man die Modelle der Kommunikationstheorie und der Sozialpsychologie benützt,<sup>2</sup> kann man feststellen, dass die Folgen verschiedener Aktionen und Reaktionen in Interaktion zur Wende von 1989 führten. Die Ereignisse standen miteinander oft in engster Verbindung, manchmal beeinflussten sie sich sogar gegenseitig.<sup>3</sup>

**Nur in Stichworten:**

1. *Der Wettbewerb der Rüstungsindustrie* der USA und der Sowjetunion gehörte zur Geschichte des „Kalten Krieges“. Die Beziehung zwischen den zwei Mächten und deren Bündnissen war wechselhaft. Zwischen 1946/47 und 1963 kam es zu einem Rüstungswettlauf. Die Zeit war durch politische und militärische Krisen gekennzeichnet. Nach der Kubakrise (1963) kam es zu einer Entspannung, die bis zur sowjetischen Intervention in Afghanistan (1979) anhielt. Auch die USA setzten danach eine aggressivere Außenpolitik durch. Die US-Streitkräfte unternahmen militärische Einsätze gegen Nicaragua (1982), gegen Grenada (1983) und gegen Panama (1989). Die amerikanische Stationierung einer neuen Raketengeneration (Pershing II) diente als Gegengewicht gegen die sowjetischen SS-20-Raketen in Europa. Ronald Reagan wurde 1984 zum 40. Präsidenten der USA gewählt. Er machte „Star Wars“ zur alltäglichen Realität. Während der folgenden Jahre zahlten die USA Milliarden für Weltraumwaffen. Die Sowjetunion stellte währenddessen ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet 1983 praktisch vollständig ein. Die sowjetische Führung war offenbar zu dem Schluss gekommen, den Rüstungswettlauf in erster Linie wirtschaftlich nicht länger durchstehen zu können. Die letzte Periode des Kalten Krieges war durch den „Aussöhnungsvorgang“ gekennzeichnet. Das Treffen von George Bush und Michail Gorbatschow auf Malta am 2. und 3. Dezember 1989 war für die osteuropäische Wandlung von großer Bedeutung. Der sowjetische Parteiführer erklärte eindeutig, dass die Sowjetunion den politischen Übergang der osteuropäischen Staaten nicht aufhalten werde.<sup>4</sup>
2. Der hoffnungslose *Krieg der Sowjetunion in Afghanistan* zwischen 1979 und 1989. In der Geschichte des Kalten Krieges kam es öfter vor, dass die USA und die Sowjetunion auf dem Boden eines dritten Landes ge-

<sup>2</sup> Vgl. LASSWELL, 1948. Dazu noch: BUDA, 1992, 35; FODOR, 2003, 19.

<sup>3</sup> MICHNIK, 2009, 9. <http://www.eurozine.com/articles/2009-10-12-michnik-hu.html> (Letzter Download: 21. April 2014).

<sup>4</sup> BRUHN, 1995; STÖVER, 2007.

geneinander „kämpften“. So war es in Korea (1950–1953) und in Vietnam (1964–1975), oder bei den verschiedenen Bürgerkriegen und bewaffneten Konflikten in Afrika, Mittel- und Südamerika. Nur selten kam es zur offenen Auseinandersetzung, jedoch zur Unterstützung der Großmächte durch Geld, Waffen, Logistik und Informationen. In Afghanistan versuchte 1978 eine aus Intellektuellen und Offizieren gebildete kleine kommunistische Gruppe, die politische Macht durch einen Putsch zu erlangen. Nachdem dies misslang und es zu einem Gegenputsch kam, ließ sich Leonid Breschnew, Parteichef der KPdSU, zur Intervention (25. Dezember 1979) überreden. Die sowjetischen Truppen hatten von Anfang an die Übermacht, aber die USA, Saudi-Arabien, der Iran, Pakistan und China unterstützten die verschiedenen Gruppen der islamischen Guerillas (Mudschaheddin). Dieser bittere Krieg endete schließlich mit dem Abzug der sowjetischen Truppen, der 40. Armee, im Februar 1989. Afghanistan hatte eineinhalb Millionen Tote zu beklagen, etwa fünf Millionen Menschen wurden aus dem Land vertrieben. Auf sowjetischer Seite starben nach offiziellen Angaben 14.453 Soldaten, inoffizielle Quellen nennen jedoch mehrere Zehntausend Tote und weitere Zehntausende körperlich und psychisch Verwundete. Der Krieg kostete die mit schweren wirtschaftlichen Problemen kämpfende Sowjetunion jährlich 5 Milliarden Dollar.<sup>5</sup>

3. Der 1978 zum Papst gewählte polnische Kardinal Karol Józef Wojtyła (Erzbischof von Krakau) trug ebenfalls zum Fall des Kommunismus in Osteuropa bei. Die *Wahl von Johannes Paul II.* stärkte die Hoffnung, den Glauben und den Mut des polnischen Volkes, was gerade in den 80er-Jahren viel bedeutete. Seine Offenheit und seine Reisen dienten dem Dialog mit den Menschen. Aus der christlichen Botschaft leitete er eine Distanz gegenüber jedem politischen und wirtschaftlichen System ab, sobald er die Würde des Menschen verletzt sah.<sup>6</sup>
4. Polnische Arbeiter gründeten 1980 eine vom kommunistischen Regime unabhängige Gewerkschaft, die „*Solidarność*“ (Solidarität). Die polnische Wirtschaft befand sich seit den 70er-Jahren in einer Krise. Der Grund einer großen Streikwelle waren die Preiserhöhungen für Fleisch am 1. Juli 1980. Diese Protestaktionen waren zunächst lokal begrenzt, griffen dann aber schnell auf das ganze Land über. Neben der stark national ge-

<sup>5</sup>NOLTE, 2009, 301f; BRAITHWAITE, 2011.

<sup>6</sup>SAMERSKI, 2009, 138–194.

sinnten katholischen Kirche unterstützten auch viele regimefeindliche Intellektuelle (u.a. Tadeusz Mazowiecki, Bronisław Geremek, Adam Michnik) die Gewerkschaft. Lech Wałęsa war seit der offiziellen Gründung am 17. September 1980 Vorsitzender von Solidarność. Auf die Streiks reagierte General Wojciech Witold Jaruzelski, Ministerpräsident und Generalsekretär der kommunistischen Partei (der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, PVAP), mit Repressionen und verhängte das Kriegsrecht. Damit begann ein Jahrzehnt des „Bürgerkriegs“. Die Führer der Solidarność wurden interniert und die Tätigkeit der Gewerkschaft verboten. Das Regime verlor jegliche Legitimität im eigenen Land. Nachdem Michail Gorbatschow seine Reformen verkündet hatte, konnten die polnischen Kommunisten nicht mehr lange mit Unterstützung von Moskau rechnen. So wurde das polnische Regime gezwungen, einen Ausweg aus der Krise zusammen mit der Opposition zu finden.<sup>7</sup>

5. Michail Gorbatschow wollte *durch Glasnost und Perestroika* die Sowjetunion reformieren, sein Plan führte jedoch zur Beendigung des Kalten Krieges und zum Zerfall des Kommunismus in Osteuropa. Schon unter Breschnew hatte man versucht, die sozialistische Planwirtschaft zu reformieren. Trotzdem stagnierte die sowjetische Wirtschaft seit Ende der 70er-Jahre. Das Geld floss in die Rüstung, anstatt die Konsumgüterproduktion voranzutreiben. 1985 kündigte der neugewählte Parteiführer Gorbatschow sein Reformprogramm an. Glasnost und Perestroika begannen erst nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU (im Februar 1986). Glasnost stand für gesellschaftliche „Offenheit“, Perestroika für die „Umgestaltung“ (am Anfang für „Beschleunigung“: Uskorenie) des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Das Programm sah vor, die Planwirtschaft und das Sowjetsystem durch marktwirtschaftliche respektive demokratische Elemente zu ergänzen. Anhand der Änderungen wurden zum Beispiel das Grundeigentum, die Betriebs-Selbstverwaltung und auch eine freiere Presse möglich. Gorbatschows Hoffnung war die Modernisierung des Landes und die Schaffung einer mit dem Westen wettbewerbsfähigen Sowjetunion. Er wollte ausschließlich Reformen durchführen und keinesfalls die Sowjetunion auflösen. Gorbatschow und seine Anhänger waren vom Erfolg der Reformen überzeugt, obwohl das System nicht mehr zu retten war.<sup>8</sup>

<sup>7</sup>KÜHN, 1999; MACHCEWICZ, 2009, 477–504.

<sup>8</sup>GORBATSCHOW, 1995; CASPART, 2001; HILDERMEIER, 2001.

Heute weiß man, was diese Ereignisse auch eindeutig zeigten, dass der Kommunismus bis zum Ende der 80er-Jahre politisch, wirtschaftlich und auch moralisch unhaltbar geworden war.

Die Charta von Paris (21. November 1990) bedeutete das Ende der Konfrontation der Nachkriegszeit und der Teilung Europas. Die an der Sondergipfelkonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beteiligten 34 Staaten erklärten die Spaltung Europas für beendet, verpflichteten sich zur Demokratie als Regierungsform und zur Achtung der Menschenrechte.<sup>9</sup> Mitte 1991 folgte die Auflösung des Warschauer Pakts und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

## II. UNGARN UND DER SYSTEMWECHSEL

### II. 1. EINE CHRONOLOGISCHE FRAGE

Wann begann der Zerfall des Kommunismus in Ungarn? Vielleicht bereits im Jahr 1956? Tatsächlich spielten die Revolution und der Freiheitskampf von 1956 eine enorm große Rolle in den ungarischen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der 1980er-Jahre. 1956 bedeutete die Absage an das kommunistische System bereits acht Jahre nach dem Aufbau des Parteistaates in Ungarn. János Kádár konnte zwar nach 1956 sein totalitäres Regime noch drei Jahrzehnte lang erfolgreich aufrechterhalten, obwohl die Zeichen der politischen und wirtschaftlichen Krisen ständig zu sehen waren. Ende der 1960er-Jahre wurde versucht, die fehlerhafte und verschwenderische ungarische Volkswirtschaft zu korrigieren, aber die sogenannte Wirtschaftsreform scheiterte, weil die Grundsätze und die ursprünglichen Ziele und Lösungen während der Verwirklichung aufgeweicht und sogenannte „Reformbremsen“ (Einschränkungen) eingebaut wurden.<sup>10</sup>

Eine demokratische, antikommunistische Opposition bildete sich erst in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre heraus. Sie hatte damals zwar keine politische Zielsetzung, übte aber besonders in kleineren Intellektuellenkreisen durch die von ihnen verbreiteten Samizdat-Erzeugnisse Kritik am Re-

<sup>9</sup> GASTEYGER, 1997.

<sup>10</sup> LAKI, 1998, 12f.; RAINER, 2010, 43–44.

gime.<sup>11</sup> Eine Tatsache ist auch, dass es bereits seit Ende des 2. Weltkrieges ständig eine Art Opposition gegenüber den atheistischen, totalitären Machthabern gab: nämlich den Widerstand der katholischen Kirche.<sup>12</sup> Der ungarische katholische Widerstand war nicht so bedeutend wie der polnische, dafür liefern aber die Unterschiede in der Entwicklung beider Länder eine Erklärung.

Seit Mitte der 1980er-Jahre wurde der Zerfall des Systems immer spürbarer. Nach der Änderung des Wahlrechtes von 1983 war es erstmals seit fast 40 Jahren möglich, bei den Parlamentswahlen 1985 auch Kandidaten zu wählen, die das Programm der Patriotischen Volksfront im Prinzip akzeptierten, aber nicht von der USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) unterstützt wurden. Zwei unabhängige Politiker (Zoltán Király, ein Journalist aus Szeged, und László Choma, der Direktor des Helikon-Schloss-Museums von Keszthely) bekamen ein Mandat. Außer ihnen gab es weitere 39 Abgeordnete, die zwar Parteimitglieder waren, aber nicht über die Liste der USAP ins Parlament kamen. Sie äußerten manchmal auch ihre eigene Meinung. Das im Jahr 1985 gewählte Parlament verabschiedete später jene Gesetze, die zum Systemwandel beitrugen.<sup>13</sup>

Bis zum heutigen Tag existieren verschiedene Meinungen über den Beginn und das Ende sowie den Erfolg der ungarischen Systemveränderung sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in den politischen Äußerungen. Es gibt sogar einige, die auch die Tatsache und Vollständigkeit der Wende von 1989 bezweifeln.<sup>14</sup>

<sup>11</sup> Im Samizdat haben nicht nur nationale Kulturen überlebt, sondern sind Werke entstanden, die schon heute zum Kanon der europäischen Literatur gehören. Alexander Solzhenizyns *Archipel Gulag* oder Vaclav Havels *Macht der Ohnmächtigen*.

<sup>12</sup> Es genügt, wenn man die Akten der gegen ungarische Katholiken geführten Schauprozesse durchblättert. Sie sind voll von Werken katholischer Samizdat-Literatur, die während der Festnahmen beschlagnahmt wurden. Unter den politisch Verfolgten gab es in Ungarn eine hohe Zahl von Katholiken. Vgl. SZABÓ, 2012, 851–862.

<sup>13</sup> ROMSICS, 2003, 44f.

<sup>14</sup> Gyula Thürmer, Leiter der linken Arbeiterpartei (Munkáspárt), gab zum Beispiel im März 2014 Brigitta Kiss ein Interview, in dem er auch darüber sprach, dass die ungarische Systemveränderung unnötig war. Vgl. [http://mandiner.hu/cikk/20140328\\_thurmer\\_gyula\\_szuksegtelen\\_volt\\_a\\_rendszervaltas](http://mandiner.hu/cikk/20140328_thurmer_gyula_szuksegtelen_volt_a_rendszervaltas) (Letzter Download: 16. Mai 2014). Nach der Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Tárki (März 2014) beurteilten die Sympathisanten der heutigen ungarischen linken Parteien den Wandel von 1989/90 in größerer Zahl negativ, als die Rechtswähler. Etwa 63 Prozent der Anhänger der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) lehnen die Änderungen vor 25 Jahren ab. Bei den anderen oppositionellen linken Parteien liegt die Ablehnung bei über 50 Prozent. Dagegen denken 71



Die wichtigsten, eine verfassungsmäßige Änderung ermöglichenden Entscheidungen wurden zweifelsohne im Jahr 1989 gefällt, womit 1989 als das Jahr der ungarischen Systemveränderung gilt.

Meiner Meinung nach dauerte dieser Prozess (die friedliche Wende) bis zum Frühjahr 1990, bis zu den nach 43 Jahren erstmals frei und demokratisch abgehaltenen Parlamentswahlen (25. März und 9. April 1990) an. So konnte erstmals nach Jahrzehnten als Ergebnis der Wahlen eine unabhängige und durch das ungarische Volk gewählte, die Unterstützung ihrer parlamentarischen Mehrheit genießende Regierung ihren Dienst aufnehmen.

## II. 2. DER VERLAUF DER FRIEDLICHEN WENDE IN UNGARN

### II. 2. 1. *Die Schatten der ungarischen Gesellschaft in der Wendezeit*

Was charakterisierte den späten Kadarismus, die 80er-Jahre? Etwa der graue Alltag, eine Art Lethargie und Abgestumpftheit. Das Gefühl von „alles verrottet“ erstreckte sich auf fast alles, auch wenn die Menschen in ihrer großen Allgemeinheit über sichere Arbeitsplätze und geordnete finanzielle Verhältnisse verfügten, mehr noch, die Mehrheit in einem berechenbaren Rahmen sogar wirtschaftlich besser gestellt war.<sup>15</sup> Das Einkommen aus der „Zweitwirtschaft“ und der sich daraus ergebende relative Wohlstand forderten zugleich allmählich einen zu hohen Preis: Überanstrengung, eventuelle Lockerung familiärer Beziehungen usw. Daneben war der „ungarische Pessimismus“, der als ein typisches sozial-psychologisches Phänomen gilt,<sup>16</sup> auf gewichtige Ursachen zurückzuführen. Ende der 80er-Jahre waren die ungarische Gesellschaft, die Wirtschaft und die moralischen Werte schon seit längerem von einer Krise gekennzeichnet.

---

Prozent der FIDESZ-Wähler, dass der Systemwandel eine positive Bilanz hatte. Auch bei der rechten Jobbik steht dieser Prozentsatz bei 54 Prozent. <http://www.origo.hu/itt-hon/20140319-a-tarki-felmerese-a-rendszervaltas-megiteleserol.html> (Letzter Download: 16. Mai 2014.). Aber eine Tatsache ist auch, was man von Jobbik-Politikern oft hört, dass nämlich der Systemwandel noch nicht abgeschlossen sei. Erst dann werde der Prozess beendet, wenn Ungarn ein starker, völlig unabhängiger Staat sein wird. <http://jobbik.hu/kiskate/mit-ert-az-alatt-jobbik-hogy-celja-rendszervaltas-befejezese> (Letzter Download: 16. Mai 2014.).

<sup>15</sup> Ältere Literatur: KOZMA, 1979, 105–124. Neuer: GERMUSKA, 2008, 66–84.

<sup>16</sup> Vgl. dazu UTASI, 2007.

Im System des Sozialismus gab es im Prinzip keine Arbeitslosigkeit. Dem Anschein nach war in der Tat eine Vollbeschäftigung mit allgemeiner Pflicht zur Arbeit geschaffen worden. Gleichzeitig entstand eine spezifische Form der Arbeitslosigkeit, die „innerbetriebliche Arbeitslosigkeit“: mit wenig Gehalt einhergehende Pseudo-Jobs innerhalb der staatlichen Unternehmen und Betriebe. Mitte der 80er-Jahre konnte man 8 bis 10 Prozent der aktiven Erwerbstätigen Ungarns (annähernd 400.000 Menschen) als innerbetriebliche Arbeitslose betrachten.<sup>17</sup>

Vielen von ihnen wurde ein noch schwierigeres Schicksal zuteil, da sie nicht einmal über normale Wohnverhältnisse verfügten. Der Volkszählung von 1980 zufolge lebten 92.000 Menschen in Arbeiterwohnheimen, und weitere etwa 30.000 Personen hatten nur eine sehr einfache Bleibe (Wohnwagen, Werkstatt, Garage, Presshaus, eine Abstellkammer oder eine Hütte usw.) als Hauptwohnung. Für etwa ein Viertel der Bewohner von Arbeiterwohnheimen bedeuteten diese Heime den ständigen Hauptwohnsitz. Experten schätzten die Zahl der Obdachlosen in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre auf 30.000–60.000, die der potentiellen Obdachlosen, die unter schlechten oder ungenügenden Wohnverhältnissen lebten, noch höher, nämlich auf etwa 200.000.<sup>18</sup>

Armut hängt nicht nur mit dem Einkommen und den Wohnverhältnissen zusammen, sondern auch mit der Lebensform. Kinderreiche Arbeiterfamilien, Alleinerziehende und all jene, die nach dem Wandel ihrer Lebensform außerstande waren, sich an ihre neuen Verhältnisse anzupassen (von Bauern zu Arbeitern gewordene Stadtbewohner, die den Boden unter den Füßen verloren hatten) konnten auf diese Weise bereits in den 80er-Jahren zu den Armen gezählt werden.<sup>19</sup>

Wegen der Spannungen und der Aussichtslosigkeit suchten viele im Alkohol eine Stütze oder eine Möglichkeit, zu vergessen. Der Rauschmittelkonsum war in den 80er-Jahren in Ungarn bis auf das sog. „Schnüffeln“ (die Einatmung organischer Lösungs- und Verdünnungsmittel, Klebstoffe, Schraubenlockerer und Lacke, um dadurch den Zustand des Rausches zu erreichen) verschwindend gering. Aber auch diese Möglichkeit war noch relativ kostspielig im Vergleich zu den alkoholischen Getränken. Der Alkoholkonsum der ungarischen Bevölkerung erreichte 1989 11,3 Liter pro Kopf

<sup>17</sup> ENYEDI–TAMÁSI, 1992/23, 3–5; BŔHM, 1999, 83f.

<sup>18</sup> UTASI, 1987, 181–213.

<sup>19</sup> VALUCH, 2013, 50.

(auf reinen Alkohol umgerechnet).<sup>20</sup> Anfang der 80er-Jahre waren 280.000–290.000 Alkoholiker registriert. Etwa 50.000 von ihnen waren in Behandlung.<sup>21</sup> Ein bedeutender Teil der Ungarn flüchtete vor der völligen Aussichtslosigkeit in den Freitod. Seit den 60er-Jahren ist Ungarn weltweit das Land mit der höchsten Selbstmordrate. In den 80ern verschlechterte sich die Situation weiter, so dass Ungarn die in der Statistik folgenden Ländern um das Anderthalbfache „überbot“.<sup>22</sup>

An dieser Stelle besteht keine Möglichkeit für eine tiefere Analyse. Die angeführten negativen Erscheinungen bedeuten lediglich ein gewisses „Beiwerk“ zum moralischen und gesellschaftlichen Zustand Ungarns in den 80er-Jahren. Die dargestellten Beispiele ermöglichen einen Einblick in die widersprüchliche Lage des Landes in der Periode des Systemwandels. All das ist auch deshalb wichtig, um die Frage zu stellen, ob die Zivilorganisationen und Vereine oder die Kirchen für die zahlreichen gemeinschaftlichen, finanziellen und moralischen Probleme eine Abhilfe boten bzw. ob der Systemwechsel selbst die Lösung bedeutete?

Der Kommunismus marginalisierte die Grundeinheiten der Gesellschaft, verhinderte und beschränkte ihr Wirken, so weit er nur konnte. Die Auflösung von Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen hing nach dem Zweiten Weltkrieg eng mit der Trennung zwischen Staat und Kirche und der Einengung der Rolle der Kirchen im öffentlichen Leben und in der Politik zusammen. Ein wichtiges Moment der Liquidierung der „Zivilgesellschaft“, nämlich die Auflösung von Vereinen und Bewegungen, die auf christlicher moralischer Grundlage beruhten, trat nach den Plänen der kommunistischen Partei ab Sommer 1946 ein. Von den 1950er-Jahren an durften in Ungarn neben Vereinen und Organisationen, die mit der kommunistischen Partei verbunden waren, lediglich einige Fachgruppierungen und die Sportklubs bestehen.<sup>23</sup>

Ende der 80er-Jahre kam es erst langsam wieder – bis auf einige Ausnahmen (z.B. Berufsvereine und Organisationen) – zur Wiederbelegung verschiedener Vereine. Auf sie konnte man im Prozess des Systemwechsels noch nicht zählen.

Die Situation der Kirche in der Geschichte des Kommunismus und Sozialismus in Ungarn erfordert eine gesonderte Aufarbeitung. Der Partei-

<sup>20</sup> Dieser Wert lag 1951 unter 1,0 Liter.

<sup>21</sup> VALUCH, 2001, 359.

<sup>22</sup> Ebd., 360; ANDORKA, 1996, 127–146.

<sup>23</sup> BAKONYI, 2007.

staat unternahm alles, um die Kirchen in die Mauern ihrer Gebetshäuser zu zwingen, das Verhältnis der Menschen zur Religion radikal einzudämmen. Trotz dieser Politik<sup>24</sup> kann festgestellt werden, dass nach 1945 die katholische Kirche im Wesentlichen die einzige Kraft blieb, die in den vier Jahrzehnten zu Beginn offen, dann vorsichtig, zeitweise verdeckt oder eben illegal den Gegenpol zur atheistischen Macht bedeutete. Wegen des Traumas von 1956, später der Ostpolitik des Heiligen Stuhls<sup>25</sup> ging die ungarische katholische Kirche ebenfalls immer mehr im Kádár-Regime auf. Die Religiosität der ungarischen Gesellschaft ging bis Ende der 80er-Jahre nicht beträchtlich zurück, und unter der Oberfläche erreichten zahlreiche katholische Gemeinschaften eine starke Wirkung, dennoch war die Kirche zur Zeit des Systemwandels von einer Art „Lähmung“ charakterisiert.<sup>26</sup>

Die sich organisierenden und langsam entwickelnden Vereine wie die „aus dem staatlichen Winterschlaf erwachenden“ Kirchen, mehr noch: die Ereignisse des Systemwechsels schufen die Möglichkeit für viele, aus der bisherigen Apathie auszubrechen. Es entstanden neue Möglichkeiten und Beziehungen, neue Hoffnungen wurden geboren. Mancher erwartete von der wirtschaftlichen, mancher von der politischen Umgestaltung eine schönere Zukunft für sich und das gesamte Volk. All jene, die nach einigen Jahren in ihren Illusionen enttäuscht wurden, können zu den Verlierern der Systemveränderung gezählt werden, während jene, die auf ihre Rechnung kamen, als Gewinner gelten. Verlierer und Gewinner kann man nicht nur in materiellem Sinne werden, sondern auch in moralischem Sinne. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die früheren Verfolgten der Diktatur erhielten zwar eine materielle Entschädigung, jedoch keine Entschuldigung. In moralischem Sinne sind sie wegen der halbherzigen Aufarbeitung und Bewältigung der nahen Vergangenheit bis heute Verlierer des Systemwandels.

---

<sup>24</sup> Die ungarischen Kommunisten lösten die politischen Parteien und Organisationen bis zum Jahre 1948/49 auf. Die ganze ungarische Gesellschaft wurde gleichgeschaltet. Mit den protestantischen Kirchen und der israelitischen Religionsgemeinde wurde ein sogenanntes Abkommen abgeschlossen. Vgl. BALOGH–GERGELY, 2005, II., 863–885.

<sup>25</sup> SZABÓ, 2005.

<sup>26</sup> TOMKA, 1991, 80f.

*II. 2. 2. Politische Erosion und die Lehre der Geschichte*

Nach 1987 wurde die Zivilgesellschaft immer lauter. Einer nach dem anderen wurden verschiedene Universitätsklubs gegründet, in denen die Studenten über die bis dahin als Tabu geltenden politischen und wirtschaftlichen Fragen diskutierten. Man organisierte zahlreiche Veranstaltungen der Fachkollegien, der neugebildeten Volkshochschulen und der unterschiedlichen Diskussionsforen. Das war „das Zeitalter der Kreise“.<sup>27</sup> Die ganze Gesellschaft befand sich in einem Reifeprozess. Die Broschüre des liberalen Politikers János Kis (*Der Gesellschaftsvertrag – Társadalmi szerződés*) erschien im Juni 1987 als Sonderdruck der Samizdat-Zeitung *Beszélő* (Der Sprecher). Der Verfasser der Schrift diagnostizierte nicht nur die Probleme des Landes, sondern lehnte das ganze Regime ab.<sup>28</sup> Im September wurde das Ungarische Demokratische Forum (ung. Abk. MDF) durch Freidenker und Intellektuelle in Lakitelek gegründet. Diese Bewegung (anfänglich noch keine Partei) genoss die Unterstützung von Imre Pozsgay, der damals auch Mitglied des Zentralkomitees der USAP war. Das MDF organisierte seit dem Frühjahr 1988 offene Veranstaltungen im Theater *Jurta*, wo man immer schärfere Kritik am Regime übte.<sup>29</sup> Es wurde unterdessen eindeutig, dass die Führer des Systems gespalten und unsicher waren, und aus diesem Grund unüberlegt handelten.

Das historische Gedächtnis war in Ungarn zu jeder Zeit, so auch im Prozess der Systemveränderung, von großer Bedeutung. Unter den nationalen Feiertagen verfügt der 15. März über die beliebtesten Traditionen. Es trifft zwar zu, dass er erst 1927, in der Horthy-Ära, als staatlicher Feiertag deklariert und kaum ein Vierteljahrhundert später, 1951 von den Kommunisten als arbeitsfreier Tag gestrichen wurde. Die Erinnerung an die März-Revolution 1848 wurde auf die Schulen beschränkt. Von Anfang der 70er-Jahre an entwickelten sich parallel zu den offiziellen Gedenkfeiern am 15. März spontane Straßenumzüge in Budapest mit einigen Tausend Teilnehmern, die von der Polizei systematisch aufgelöst wurden. Die Demonstrationen am 15. März fanden von 1982 an bereits nicht nur gelegentlich, sondern regelmäßig jedes Jahr statt. In den ersten Jahren griff die Polizei nicht gewaltsam ein. 1986 hingegen wurde die Demonstration auf der Ket-

<sup>27</sup> ROMSICS, 2003, 30f.

<sup>28</sup> RIPP, 2006, 49f.

<sup>29</sup> SZÉCSI, 2001. <http://www.ajk.elte.hu/file/SzecsArpad-ValasztasiGyozelem.pdf> (Letzter Download: 23. April 2014).

tenbrücke brutal aufgelöst.<sup>30</sup> Am 15. März 1988 nahm die ungarische Polizei bekannte Oppositionelle vorläufig fest. Trotzdem gingen 15.000 Menschen auf die Straßen von Budapest und marschierten auf dem Weg vom Petőfi-Platz zum „Ewigen Licht“ am Batthyány-Platz über den Lajos-Kossuth-Platz und den Bem-Platz zurück zum Batthyány-Platz. Es wurden acht Demonstranten festgenommen.<sup>31</sup> Aber am Ende des Jahres (am 20. Dezember) erklärte das Parlament den 15. März zu einem arbeitsfreien bzw. zu einem Nationalfeiertag. Im darauffolgenden Jahr wollten sogar die USAP und der Kommunistische Jugendverband zusammen mit den Oppositionellen feiern, aber das Angebot wurde abgelehnt.<sup>32</sup>

Nicht nur der 15. März 1848, sondern auch die Revolution vom Oktober 1956 hat eine enorm große Bedeutung im ungarischen Selbstbewusstsein, und spielte eine außerordentlich wichtige Rolle in der ungarischen Wende.<sup>33</sup> Beide Tage erinnern die Menschen nämlich an die Unabhängigkeit. Im Jahr 1988 gedachte man des 30. Jahrestages des am 16. Juni 1958 hingerichteten Märtyrer-Ministerpräsidenten Imre Nagy und seiner Schicksalsgefährten (Miklós Gimes und Pál Maléter). Am 5. Juni wurde das Komitee für Historische Gerechtigkeit (Történelmi Igazságtétel Bizottsága, ung. Abk. TIB) gegründet. Es verlangte die würdige Beerdigung der nach der Revolution von 1956 Hingerichteten und die Errichtung eines nationalen Denkmals.<sup>34</sup> Am 16. Juni bekamen die Opfer des ungarischen Kommunismus ein Ehrenbegräbnis, aber noch nicht in Ungarn, sondern im Pariser Friedhof Père Lachaise. Neben vielen namhaften europäischen Politikern nahmen die Mitglieder der ungarischen Emigration und auch die Witwen und Kinder der im Jahr 1958 ermordeten Politiker aus Ungarn, insgesamt etwa 500 Menschen, an der Feierlichkeit teil. Zur gleichen Zeit wurde die Gedenkfeier in Budapest durch die Polizei gewaltsam aufgelöst.<sup>35</sup>

<sup>30</sup> GYARMATI, 1998.

<sup>31</sup> MNL OL M-KS 288. f. 11/4450. ö.e. 133–137. Informelle Meldung der Abteilung Agitation und Propaganda der USAP an das Zentralkomitee über die Ereignisse vom 11. bis zum 17. März 1988.

<sup>32</sup> MNL OL M-KS 288. f. 5/1053. ö.e. 2–4., 16–19. Das Politbüro des ZK der USAP über die Feier vom 15. März (23. Februar 1989). MNL OL M-KS 288. f. 22/1989/1. ö.e. 212. Die Vorschläge der gesellschaftspolitischen Abteilung des ZK der USAP an das Politbüro über die Vorbereitungen auf den 15. März (27. Februar 1989).

<sup>33</sup> KLIMÓ, 2003, 402f.

<sup>34</sup> Siehe dazu: MNL OL XIX-J-1-k-1988-4-1-10540. Brief von Pál Maléter (d. J.), in dem er bei János Kádár nach den sterblichen Überresten seines Vaters gefragt hatte (14. Dezember 1988).

<sup>35</sup> K[ENDE], 1988, 82–88.

Der Generalsekretär der USAP, Károly Grósz, gab am 11. Juli 1988 dem amerikanischen Nachrichtenmagazin *Newsweek* ein Interview. Er behauptete, dass die Demonstration vom 16. Juni faschistische Propaganda, Chauvinismus und Irredentismus schüre. Seiner Meinung nach zeichnete sich im Jahr 1956 ein Bürgerkrieg ab, und es drohte ein militärisches Eingreifen des Westens, den der Einsatz der sowjetischen Truppen verhinderte. Der ungarische Parteichef betonte, dass die Verurteilung von Imre Nagy die richtige Entscheidung gewesen sei, weil kein Ministerpräsident die Rechte und die Verfassung verletzen dürfe.<sup>36</sup>

Das ZK der USAP bildete bereits im Mai 1988 eine Kommission zur Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit Ungarns. Der Leiter der Kommission, Akademiepräsident Iván T. Berend, stellte die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung am 27. Jänner 1989 in einem engeren Kreis vor. Am nächsten Tag verkündete Staatsminister Imre Pozsgay, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP, ohne Wissen der Ausschussmitglieder und ohne Genehmigung des ZK im Radio die Neubewertung der Ereignisse von 1956 als Revolution und Volksaufstand. Die Aktion Pozsgays stieß bei der Mehrheit der PB-Mitglieder auf Ablehnung und wurde für voreilig und einseitig gehalten.<sup>37</sup> Am 31. Jänner 1989 kam es in Budapest zu einer wichtigen Sitzung des Politbüros. Grósz und seine Anhänger wollten eigentlich Imre Pozsgay verurteilen, aber die Versammlung löste eine andere Reaktion aus, die vor allem den Worten vom PB-Mitglied Rezső Nyers zu verdanken war. Er meinte, dass es keine andere Alternative als das Mehrparteiensystem gebe. Inzwischen wurde der Druck der Öffentlichkeit bzw. der Oppositionellen so groß, dass auch die kommunistischen Politiker keine andere Möglichkeit mehr sahen. Der enttäuschte Károly Grósz bot zynisch an, dass das Politbüro auf der nächsten Sitzung des ZK zurücktreten solle.<sup>38</sup> Eine Woche später beschloss das Politbüro trotzdem, dass sich das ZK mit der Frage des Mehrparteiensystems beschäftigen sollte,<sup>39</sup> die am 10.

<sup>36</sup> Report with Károly Grósz. *Newsweek*, 11. July 1988. Vgl. *Népszabadság*, Jahrg. XLVI. 12. Juli 1988.

<sup>37</sup> SCHMIDT-SCHWEIZER, 2007, 114–116.

<sup>38</sup> MNL OL M–KS 288. f. 5/1050. ó.e. Das Politbüro des ZK der USAP über die aktuellen politischen Fragen (31. Jänner 1989).

<sup>39</sup> MNL OL M–KS 288. f. 5/1051. ó.e. Das Politbüro des ZK der USAP über die Reform des politischen Systems (7. Februar 1989).

und 11. Februar 1989 neben der Beurteilung der Ereignisse von 1956 tatsächlich auf die Tagesordnung des ZK gesetzt wurde.<sup>40</sup>

Somit stellte Ungarn als erstes Land unter den Ostblockstaaten das Einparteiensystem in Frage.

### *II. 2. 3. Die Parteienbildung*

Die Herausbildung von Parteien, die an dem im Entstehen begriffenen demokratischen politischen Leben teilnahmen, erfolgte zwischen dem Frühjahr 1988 und dem Herbst 1989. Die Parteibildungen hatten drei Tendenzen:

1. Die Auflösung der bis dahin allein herrschenden USAP und die Herausbildung ihrer Nachfolgeparteien. Auf dem XIV. Parteitag der USAP (7. Oktober 1989) beschlossen die Delegierten die Abschaffung der Staatspartei, die die Grundlage des Systems bedeutete. Die Reformer riefen die sozialdemokratisch gesinnte Ungarische Sozialistische Partei USP ins Leben, während die „orthodoxen“ Kommunisten unter dem Namen USAP, später unter der Bezeichnung Arbeiterpartei, weiter wirkten. In die Nachfolgeparteien traten kaum 12 bis 15 % der Mitglieder der zur Zeit des Realsozialismus über 700.000 Mitglieder zählenden kommunistischen Partei über.<sup>41</sup>

2. Gründung der im Prozess des Systemwandels entstehenden Parteien – MDF, SZDSZ und FIDESZ

Die Vorgeschichte des Ungarischen Demokratischen Forums reicht bis zum Ende der 60er-Jahre zurück, als ein Kreis von Intellektuellen entstand, dem bereits mehrere spätere Organisatoren des Forums angehörten (Lajos Für, Zoltán Biró, Csaba Kiss Gy. und István Bakos). Von Zeit zu Zeit nahmen an diesen freundschaftlichen Zusammenkünften – zusammen mit anderen – auch Sándor Csoóri, István Csurka, Sándor Sára, Ferenc Kósa und Mihály Czine teil. Der Intellektuellenkreis war neben der Freundschaft durch die Achtung vor den Volksschriftstellern (*népi írók*) und den Werten von Volk und Nation sowie die Sorge um das Schicksal der Ungarn außerhalb der Landesgrenzen verbunden. Erstmals wurde am 27. September 1987 in Lakitelek in einem größeren Kreis mit über 180 Teilnehmern

<sup>40</sup> MNL OL M–KS 288. f. 4/250–252. ő.e. Das ZK der USAP über die aktuellen politischen Fragen (10–11. Februar 1989).

<sup>41</sup> RIPP, 2006, 471–482; RÉFI, 2009, 64–91.



über die „Chancen des Ungartums“ beraten. Bei dieser legalen und öffentlichen Zusammenkunft wurde zum ersten Mal ausgesprochen, dass der diktatorische Sozialismus eine historische Sackgasse sei. Mehr noch: Inoffiziell wurde sogar über die Möglichkeit eines Mehrparteiensystems gesprochen. Aus dem Teilnehmerkreis von Lakitelek ging das Ungarische Demokratische Forum hervor. Von Ende 1987 an fanden landesweit an zahlreichen Orten politische Diskussionsforen statt. Zu den wichtigsten kam es zwischen Januar und Mai 1988 vier Mal im hauptstädtischen Jurta-Theater (z.B. zu den Themen Demokratie, Parlamentarismus und der Lage der in den Nachbarländern lebenden Ungarn). Die Protest-Großkundgebung gegen die Zerstörung der Dörfer in Rumänien war ein großer Erfolg (27. Juni 1988). Auf dem zweiten Treffen in Lakitelek (3. September 1988) wurden die Gründungsurkunde und das erste Statut des Ungarischen Demokratischen Forums angenommen sowie das erste Präsidium der Bewegung gewählt. Zwei Monate später zählte das MDF bereits über 6000 Mitglieder und annähernd 400 örtliche Organisationen. Von Anfang November 1988 an erschien auch die MDF-Zeitschrift *Hitel*.<sup>42</sup>

Intellektuelle, die sich um die Samizdat-Veröffentlichungen *Beszélő* und *Hírmondó* gruppierten und ständige Autoren der Zeitungen waren (wie z.B. Gábor Demszky, János Kis, Gáspár Miklós Tamás, Ferenc Kőszeg und Miklós Szabó), gründeten am 1. Mai 1988 das Netz Freier Initiativen (*Szabad Kezdeményezések Hálózata*, ung. Abk. SZKH). Die Gründungsurkunde trägt 200 Unterschriften. Nach einer halbjährigen Tätigkeit des SZKH formierte es sich im Budapester Jurta-Theater, wo 998 der 1100 Teilnehmer für die Schaffung des Bundes Freier Demokraten (ung. Abk. SZDSZ) votierten, zu einer Partei (13. November 1988).<sup>43</sup>

Den Bund Junger Demokraten (ung. Abk. FIDESZ) gründeten 37 junge Intellektuelle, Studenten an Universitäten und Hochschulen, im Budapester Studentenheim István Bibó. Die Aufgaben des Vorsitzenden verrichtete zunächst ein sechsköpfiges Sprechergremium. Anfang April wurden die FIDESZ-Gründer – unter ihnen Viktor Orbán und László Kövér – von der Polizei ermahnt, dass „ihre Tätigkeit auf die Schaffung einer illegalen Organisation gerichtet ist“. Ende des Monats veranstaltete FIDESZ in einem Budapester Kino bereits eine Großkundgebung mit 400 Teilnehmern. Dort wurde beschlossen, den ersten Kongress der Organisation im

<sup>42</sup> RIPP, 2006, 195–199; SZÉCSI, 2001.

<sup>43</sup> SZABÓ, 1992, III. 475–477; RIPP, 2006, 202–207.

Herbst abzuhalten. Dazu kam es in zwei „Raten“ – im Oktober und November. Dabei wurden die politische Programmerkklärung und das Statut der Organisation angenommen, die operativen Gremien ins Leben gerufen sowie der Provisorische Ausschuss von FIDESZ gewählt.<sup>44</sup>

3. Neubildung historischer Parteien – neben anderen die der Kleinlandwirtepartei, der Christlich-Demokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei

In der Endphase der Kádár-Ära trafen sich mehrere einstige Kleinlandwirte regelmäßig im Haus der Patriotischen Volksfront (V., Budapester Stadtbezirk, Belgrád-Kai 24.). Gemeinsam mit Tivadar Pártay begann 1988 die Neuorganisation der einst legendären Partei. Ende des Jahres, am 18. November, wurde die Unabhängige Kleinlandwirte-, Landarbeiter- und Bürgerliche Partei (ung. Abk. FKgP) im Café Pilvax mit Tivadar Pártay als Vorsitzendem neugegründet. Mitte März 1989 wurde im Jurta-Theater ein 25-köpfiges Verwaltungskomitee gewählt und auch ein Landesausschuss geschaffen.<sup>45</sup>

Bei der Neuorganisation der mit der historischen Bezeichnung entstehenden Christlich-Demokratischen Volkspartei (ung. Abk. KDNP) übernahmen die in der Emigration lebenden einstigen Mitglieder eine bedeutende Rolle. Das höchste Entscheidungsorgan der Partei, der Landesausschuss, traf sich zu seiner ersten Sitzung am 30. September 1989 in Budapest und wählte seine Leitung mit Sándor Keresztes als Vorsitzendem an der Spitze. Die Christlich-Demokraten „verpassten“ um ein Haar die Gründung des Runden Tisches der Opposition. Trotz der Missbilligung der SZDSZ-Politiker, in erster Linie von Bálint Magyar und Imre Mécs und bei Unterstützung durch den führenden Oppositionellen György Szabad wurde die Partei schließlich zum wichtigsten Verbündeten der systemwechselnden Organisationen.<sup>46</sup>

Die Sozialdemokraten Ungarns als eine Partei mit bedeutender historischer Vergangenheit fanden im Rahmen der Wende nur schwer zu sich, obwohl der Neuaufbau bereits Ende 1988 begonnen hatte. Die „Zwangsvereinigung“ mit den Kommunisten 40 Jahre zuvor erwies sich als schweres Erbe, aber auch die „sozialdemokratisch“ gesinnte Reformbewegung der im Zerfall begriffenen USAP war für die Neugestaltung der Partei hin-

<sup>44</sup> Ebd., 208–211; <http://archiv.fidesz.hu/index.php?Cikk=60> (Letzter Download: 03. Juli 2014).

<sup>45</sup> RIPP, 2006, 214f; BENKŐ, 2000.

<sup>46</sup> RIPP, 2006, 220.

derlich. Hinzu kommt, dass die in die Emigration gezwungenen einstigen Sozialdemokraten in Ungarn unbekannt waren. Die Partei konnte nicht einmal über ihre traditionelle Mitgliederbasis verfügen. Die historische Sozialdemokratische Partei nämlich baute stark auf die ungarischen Gewerkschaften (Landesrat der Gewerkschaften, ung. Abk. SZOT), waren jedoch in bedeutendem Maße mit der Staatspartei verbunden, während die neuen Gewerkschaften dem SZDSZ nahestanden (Demokratische Gewerkschaft der Wissenschaftlich Tätigen, ung. Abk. TDDSZ, Demokratische Gewerkschaft der Pädagogen, ung. Abk. PDSZ, Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften LIGA).<sup>47</sup> Die Partei war außerstande, mit einem authentischen linken Programm hervorzutreten: Als oppositionelle Partei musste sie sich von der USAP abgrenzen, zugleich jedoch mit einer linken Rhetorik Mitglieder anwerben. Dieses Dilemma vermochten die Parteiführer nicht zu lösen.<sup>48</sup>

Das Organisieren der Parteien beschleunigte sich also 1989. Neben der „Zeit“ spielte auch der „Ort“ eine symbolhafte Rolle im Prozess des Systemwandels: Die Herausbildung und Formierung zahlreicher oppositioneller Kräfte erfolgten im Jurta-Theater. Mitte des Jahres waren 30, Ende des Jahres 60 eingetragene politische Parteien registriert. 28 von ihnen konnten bei den Wahlen 1990 mindestens jeweils einen Kandidaten durchsetzen, während 12 Gruppierungen eine Landesliste aufstellen konnten.<sup>49</sup>

Zugleich kann man feststellen, dass diese „alt-neuen“ Parteien überhaupt nicht als Massenparteien, sondern als Wahlparteien mit einer relativ geringen Mitgliederzahl – von einigen Dutzend bis zu einigen Hundert –, gegründet wurden. Es würde sich lohnen zu überprüfen, über welche politische (Vor)Bildung und ideologischen Grundlagen die privilegierte Parteilite verfügte, d.h. die Führer der ungarischen Parteien von 1988/89, Personen, die zum internen Kreis der Parteien gehörten, die im Prozess der Wende eine Rolle übernommen hatten, außerdem wäre es nützlich, auch ihre gesellschaftliche Situation und Beziehungen zu analysieren.

<sup>47</sup> RIPP, 2006, 218f; <http://www.liganet.hu/> (Letzter Download: 14. Juni 2014).

<sup>48</sup> KULCSÁR, 2007.

<sup>49</sup> VALUCH, 2001, 245.

*II. 2. 4. Vom „Oppositionellen Runden Tisch“ zum „Nationalen Runden Tisch“*

Auf Initiative des Unabhängigen Juristenforums konstituierte sich am 22. März 1989 aus acht oppositionellen Gruppierungen (Bajcsy-Zsilinszky-Gesellschaft BZST; Bund Junger Demokraten FIDESZ; Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums FKgP; Ungarisches Demokratisches Forum MDF; Ungarische Volkspartei MNP; Ungarische Sozialdemokratische Partei MSZDP; Bund Freier Demokraten SZDSZ; Christlich-Demokratische Volkspartei KDNP; ferner Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften FSZDL) der Oppositionelle Runde Tisch (ORT). Die acht Organisationen verfügten freilich über unterschiedliche Vorstellungen, was die Zukunft anging. Manchen Teilnehmern fehlten Vorstellungen selbst zu einzelnen wichtigen politischen Fragen (z.B. gerade zum Wirken des Runden Tisches, aber sogar in dem Zusammenhang, mit wem sie überhaupt und worüber verhandeln wollten.) Sogar über die oppositionelle Gruppierung selbst gingen die Meinungen auseinander. Das MDF als die bedeutendste oppositionelle Kraft (mit etwa 13000 Mitgliedern, beinahe 160 Gruppen in Städten und etwa 200 in Dörfern) sah im Runden Tisch eine Schranke für ihre eigene führende Rolle.<sup>50</sup> Die Mitglieder stellten dennoch vorläufig ihre Meinungsverschiedenheiten zurück und konnten sich über die Gegensätze hinwegsetzen. Nach der Vereinigung ihrer Kräfte und Hauptzielsetzungen (Wiederherstellung der repräsentativen Demokratie und Abschaffung der kommunistischen Alleinherrschaft, Schaffung der Grundinstitutionen eines Rechtsstaates, restlose Gewährleistung der allgemeinen menschlichen Freiheitsrechte und die baldmögliche Wiederherstellung der Souveränität des Landes) konnten sie als entschiedener Verhandlungspartner der Staatspartei gegenüber auftreten. Die bilateralen vorbereitenden Verhandlungen zwischen dem Runden Tisch und der USAP begannen am 22. April im Budapester Hotel des Außenministeriums.<sup>51</sup>

Die USAP verzögerte die Gespräche ständig. Anfang Mai schlug sie beispielsweise die Schaffung eines politischen Abstimmungsforums, dann Ende des Monats Verhandlungen von vier Seiten vor, wobei neben der

<sup>50</sup> ROMSICS, 2003, 135f; RIPP, 2006, 314f; BOZÓKI et alii, 1999, I., 63–75; Interview mit Bálint Magyar über den Oppositionellen Runden Tisch. Das Interview führte Elisabeth Békés. 10. April 1989. MAJTÉNYI–MIKÓ–SZABÓ, 2010.

<sup>51</sup> BOZÓKI et alii, 1999, 149–151.

USAP und dem Runden Tisch unabhängige Organisationen und „Beobachter“ ihre Plätze hätten einnehmen können. Diesen Vorschlag akzeptierte der Oppositionelle Runde Tisch nicht und so erwies sich die erste Verhandlung mit der USAP am 2. Juni als erfolglos. Der Hauptgrund dafür war, dass auch die USAP keine einheitliche Partei war: Die „Hardliner“ kämpften mit den Reformpolitikern um die Führung. Erst nachdem sich das innerparteiliche „Reformlager“ der USAP durchgesetzt hatte, wurde der „Nationale Runde Tisch“ (NRT) gebildet.<sup>52</sup> Unter Einbeziehung der Opposition, der USAP sowie der gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen (Verein Linke Alternative, Patriotische Volksfront, Ungarischer Demokratischer Jugendverband, Ungarische Widerstandskämpfer, Verband der Antifaschisten, Landesrat der Ungarischen Frauen, Ferenc-Münnich-Gesellschaft und Landesrat der Gewerkschaften) begannen trilaterale Verhandlungen im Parlament über die Umgestaltung des konstitutionellen Systems. Von Mitte Juni bis Mitte September fanden Gespräche am Runden Tisch zur Vorbereitung eines friedlichen Macht- und Systemwechsels statt.<sup>53</sup>

Bei den Verhandlungen des Nationalen Runden Tisches einigten sich die Mitglieder bereits im Sommer 1989 über das Programm des friedlichen Übergangs und die Ausschreibung freier Wahlen mit mehreren Parteien. Das Abkommen zwischen dem Oppositionellen Runden Tisch und der Staatspartei wurde schließlich von zwei Parteien, der SZDSZ und der FIDESZ, nicht unterzeichnet. Grund dafür war die Art und Weise der Wahl des Präsidenten der Republik, der laut Abkommen indirekt vom Parlament gewählt werden hätte sollen. In der Übergangszeit jedoch hätte zunächst das Volk in direkter Wahl darüber entscheiden können. Die beiden oppositionellen liberalen Parteien sahen in dieser Möglichkeit einen Versuch des Parteistaates, seine Macht hinüberzueretten, da bei einer Volksabstimmung der Reformkommunist Imre Pozsgay ernsthafte Chancen ge-

<sup>52</sup> MNL OL M–KS 288. f. 5/1068. ő. e. Abkommen zwischen dem Politbüro des ZK der USAP und dem Oppositionellen Runden Tisch über den Beginn der sachlichen politischen Verhandlungen (13. Juni 1989).

<sup>53</sup> ROMSICS, 2003, 167–173. Interview mit György Szabad über den Nationalen Runden Tisch. Das Interview führte Györgyi Milbun am 10. Juni 1989; Interview mit Lajos Für über die bei den Gesprächen am Runden Tisch ins Stocken geratenen politischen Abstimmungsverhandlungen. Das Interview führte Elisabeth Békés am 4. August 1989; Interview mit Viktor Orbán über das Scheitern der Runder Tischgespräche. Das Interview führte Elisabeth Békés am 4. Oktober 1989. MAJTÉNYI–MIKÓ–SZABÓ, 2010.

habt hätte. Daher initiierten die beiden Parteien gemeinsam mit der FKgP und der MSZDP eine Volksabstimmung, wobei sie die Frage der Präsidentenwahl mit anderen Punkten, wie der Auflösung der Kampfgruppen, der Rechenschaftsforderung über das USAP-Vermögen und der Frage der Parteiorganisationen am Arbeitsplatz verknüpften. Das Ergebnis war (unter anderem auch wegen des Referendumsboykotts des später die Regierung bildenden MDF) ausgeglichen, sodass mit 6101 Stimmen das „NEIN“ siegte und somit die Wahl des Präsidenten der Republik Aufgabe des neuen Parlaments wurde.

### III: SCHLUSSBEMERKUNGEN

Man kann sich fragen: Wer ermächtigte die Mitglieder des ORT und des NRT zu Verhandlungen? Woher stammte die Autorität der Opposition und des NRT? Es gibt im heutigen Ungarn immer noch eine latente Skepsis in Bezug auf den Systemwandel von 1989. Die ungarische Gesellschaft war auf den Übergang zum Mehrparteiensystem und Pluralismus nicht vorbereitet. Es gab auch in Ungarn Ende der 1980er-Jahre Massendemonstrationen, aber sie hingen selten mit den politischen Veränderungen zusammen. Die ungarischen demokratischen Parteien und die Opposition konnten die Massen zum Beispiel gegen das Staudamm-Großprojekt Gabčíkovo-Nagymaros (am 12. September 1988 nahmen etwa 30.000–40.000 Menschen an der Demonstration teil)<sup>54</sup> oder gegen die rumänische Minderheitenpolitik und das „Dorfzerstörungsprogramm“ von Ceaușescu (am 27. Juni 1988 waren etwa 80.000–100.000 Menschen am Heldenplatz) auf die Straßen rufen.<sup>55</sup> Am 16. Juni 1989 wurden Imre Nagy und andere Opfer des Volksaufstandes des Jahres 1956 feierlich wiederbestattet. Über 200.000 Menschen nahmen an der Feier zum Gedenken an die politischen

<sup>54</sup> RIPP, 2006, 184.

<sup>55</sup> Ebd., 177. Es gibt Schätzungen, wonach vielleicht eine Viertelmillion Menschen an der Demonstration teilnahmen. Vgl. VARGA, 1988, 147. Es ist eine Tatsache, dass die Demonstration am 27. Juni von der Macht genehmigt und der friedliche Aufmarsch von der Polizei gesichert wurde. Eine Bewegung mit ähnlichem Zweck fünf Monate später (15. November) billigte die Polizei nicht mehr, daher versammelten sich nur einige hundert Menschen. Laut László Lengyel ist der Fall typisch für die Haltung der „systemwechselnden“ Mittelklasse. Vgl. LENGYEL, 1991, 20. <http://mek.oszk.hu/09800/09858/09858.htm> (Letzter Download: 21. Juni 2014).

Opfer von 1956 auf dem Budapester Heldenplatz teil.<sup>56</sup> Diese Versammlungen hatten natürlich große politische Bedeutung, und trugen zum politischen Wandel des Landes bei. Die Menschen wollten den Kommunismus und Sozialismus und deren Anhänger loswerden, sie wollten besser leben, aber außer diesen Wünschen wussten sie nicht, was sie wirklich wollten, was sie in der Freiheit erwartete. Gerade das ist die Besonderheit der ungarische Wende von 1989 – es fehlten die richtigen Massen hinter den politischen Veränderungen (abgesehen von den als Beispiel gezeigten Demonstrationen). So konnten einige politische Gruppierungen/Parteien, die über sich selbst behaupteten, dass „sie wissen, was sie tun, und was man tun solle“, unter passiver Assistenz von Menschenmassen an die Spitze der politischen Veränderungen treten.

Auf welche Gründe ist diese Art von gesellschaftlicher Passivität zurückzuführen? In den drei Jahrzehnten nach der Revolution und dem Freiheitskampf 1956 gab es keine Möglichkeit mehr, eine systemkritische Massenbewegung in Gang zu setzen. Die Menschen zogen die Erfahrungen aus 1956, und es wurde eindeutig, dass die Sowjetunion nicht gewillt war, auf die Länder zu verzichten, die zu ihrer Interessensphäre gehörten. Die westlichen Länder hingegen waren über „schöne Worte“ hinaus nicht gewillt, sich in Osteuropa einzumischen. Die Menschen waren bestrebt, sich von der Politik fernzuhalten, öffentliches Leben und Privatleben unterschieden sich Ende der 1980er-Jahre stark voneinander. Von der Mitte der 60er-Jahre an reduzierte die Möglichkeit eines besseren Lebensniveaus und des Wohlstandes die Bedeutung der gesellschaftlichen Solidarität weiter.<sup>57</sup>

Jedoch schuf diese Umwandlung mit revolutionärer Bedeutung, aber nicht mit revolutionärem Charakter Ende der 80er-Jahre die Bedingungen und den Rahmen der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemwandels. Ein wichtiges Element der Veränderung war der politische (und wirtschaftliche) Machtwechsel, der den Austausch der herrschenden Elite, die massenhafte Ablösung der politischen und (wirtschaftlichen) Führer und der an Politik und Wirtschaft aktiven Beteiligten zum Inhalt hatte. Ferner formierten sich neue Machtinstitutionen, -strukturen und -verhältnisse zwischen den Akteuren des Machtsystems, und infolgedessen wandelte sich das System des institutionellen Besitzes von Entscheidungen und der Entscheidungsprozesse. Gleichzeitig hing das Ergebnis der

---

<sup>56</sup> ROMSICS, 2003, 154.

<sup>57</sup> SZABÓ, 2013, 15–33, hier 22f. Auch bei Valuch, 2001, 254.

Wende in Ungarn in hohem Maße von der Konsequenz ab, mit der sich der Machtwechsel vollzog. Die Wende brachte Gewinner und natürlich auch Verlierer des Prozesses hervor. Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn Ende der 80er-Jahre – einschließlich der Grenzöffnung und der Genehmigung der Ausreise von DDR-Staatsbürgern in den Westen, im Wesentlichen der Abschaffung des „Eisernen Vorhanges“ - ergibt sich die Lehre: Werke der Politik haben keine ewige Gültigkeit! Die Jahre 1989 und 1990 korrigierten bzw. liquidierten in vielen Fällen nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene, nach dem Zweiten Weltkrieg modifizierte und im Wesentlichen bekräftigte oder eben neu kreierte politische Lösungen! Von den einstigen Kleinentente-Staaten zerfiel 1993 die Tschechoslowakei; zerbrach zwischen 1991 und 2006 in einem blutigen Krieg, begleitet von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das einstige Serbo-Kroatisch-Slowenische Königreich (Jugoslawien). Die nach dem Zweiten Weltkrieg (1949) gegründete Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik beseitigten 1990 ihre unnatürliche Spaltung und konnten sich wiedervereinigen.

CSABA SZABÓ



## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## UNGEDRUCKTE QUELLEN

## MNL OL

Magyar Nemzeti Levéltár – Országos Levéltára, Budapest [Ungarisches Nationalarchiv – Staatsarchiv].  
M–KS 288. f. 11. Informelle Meldung der Abteilung Agitation und Propaganda an das Zentralkomitee der USAP

## MNL OL

Magyar Nemzeti Levéltár – Országos Levéltára, Budapest [Ungarisches Nationalarchiv – Staatsarchiv].  
M–KS 288. f. 4. Das Zentralkomitee der USAP

## MNL OL

Magyar Nemzeti Levéltár – Országos Levéltára, Budapest [Ungarisches Nationalarchiv – Staatsarchiv].  
M–KS 288. f. 5. Das Politbüro der USAP

## MNL OL

Magyar Nemzeti Levéltár – Országos Levéltára, Budapest [Ungarisches Nationalarchiv – Staatsarchiv].  
M–KS 288. f. 5/1068. 6. E.

Abkommen des Politbüros des ZK der USAP und des Oppositionellen Runden Tisches über die Aufnahme sachlicher politischer Verhandlungen (13. Juni 1989)

*Newsweek*, 11. July 1988.

## LITERATUR

ANDORKA, 1996: ANDORKA Rudolf: *Deviáns viselkedések Magyarországon*. [Devianz in Ungarn]. *Merre tart a magyar társadalom?* [Wohin steuert sich die ungarische Gesellschaft?]. Hrsg. von Andorka Rudolf. Lakitelek, 1996. 127–146.

BAKONYI, 2007: BAKONYI Tibor: *Állam, civil társadalom, sport*. [Staat, Zivilgesellschaft und Sport]. Budapest, 2007.

BALOGH–GERGELY, 2005: BALOGH Margit – GERGELY Jenő: *Állam, egyházak, vallásgyakorlás Magyarországon, 1790–2005*. (Dokumentumok) I–II. [Staat, Kirchen und Religionsausübung in Ungarn, 1790–2005. (Dokumente) Bde. I–II.]. Budapest, 2005.

BENKŐ, 2000: BENKŐ Péter: *A Független Kisgazdapárt, 1988–2000*. [Die Unabhängige Kleinlandwirtpartei, 1988–2000]. Budapest, 2000.

BOZÓKI et alii., 1999: *A rendszerváltás forgatókönyve. Kerekasztal-tárgyalások 1989-ben*. I–III. kötet. [Das Drehbuch des Systemwechsels. Runder Tisch-Verhandlungen 1989. Bde. I–III.]. Hrsg. von Bozóki András, Elbert Márta, Kalmár Melinda, Révész Béla, Ripp Erzsébet, Ripp Zoltán. Budapest, 1999.

BŐHM, 1999: Antal BŐHM: *A XX. századi magyar társadalom*. [Die ungarische Gesellschaft im 20. Jahrhundert - ein Interview. Budapest, 1999]

BRAITHWAITE, 2011: Rodric BRAITHWAITE: *Afghantsy*. The Russians in Afghanistan 1979–1989. London, 2011.

BRUHN, 1995: Jürgen BRUHN: *Der Kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion*. Der US-militärisch-industrielle Komplex und seine Bedrohung durch Frieden. Gießen, 1995.

- BUDA, 2003: BUDA Béla: *Kommunikációelméleti szöveggyűjtemény*. [Lesebuch der Kommunikationstheorie]. Budapest, 1992. FODOR László: *A kommunikáció alapjai*. [Die Grundlagen der Kommunikation]. Budapest, 2003.
- CASPART, 2001: Wolfgang CASPART: *Gorbatschow als Partner des Westens*. Geschichte – Sozialphilosophie – politische Psychologie. Frankfurt am Main, 2001.
- ENYEDI–TAMÁSI, 1992: ENYEDI György – TAMÁSI Péter: A munkanélküliség Magyarországon. [Die Arbeitslosigkeit in Ungarn]. *Info-Társadalomtudomány*, 1992/23, 3–5.
- GASTEYGER, 1997: Curt GASTEYGER: *Europa von der Spaltung zur Einigung*. Darstellung und Dokumentation 1945–1997. Bonn, 1997.
- GERMUSKA, 2008: GERMUSKA Pál: „De hát eszerint a szocializmus bedobhatja a törülközőt?” Második gazdaság a Kádár-korszakban. [„Also deshalb soll der Sozialismus das Tuch werfen?” Die zweite Wirtschaft in der Kádár-Epoche]. *Közéletések a kádárizmusoz. Évkönyv* [Annäherung an den Kádárismus – Jahrbuch]. XV. 2008. Hrsg. von Germuska Pál, Rainer M. János. Budapest, 2008. 66–84.
- GORBATSCHOW, 1995: Michail GORBATSCHOW: *Erinnerungen*. Berlin, 1995.
- GRAF, 2012: Maximilian GRAF: Die Welt blickt auf das Burgenland. 1989 – Die Grenze wird zum Abbild der Veränderung. *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert*. Hrsg. von Maximilian Graf – Alexander Lass – Karlo Ruzicic-Kessler. Wien, 2012, 135–179.
- GYARMATI, 1998: GYARMATI György: *Március hatalma – a hatalom márciusa*. [Die Macht des März – der März der Macht]. Budapest, 1998.
- HILDERMEIER, 2001: Manfred HILDERMEIER: *Die Sowjetunion 1917–1991*. München, 2001.
- K[ENDE], 1988: K[ENDE] P[éter]: A párizsi emlékmű. [Das Pariser Denkmal]. *Magyar Füzetek*, X. Jahrg. 1988/19–20, 82–88.
- KLIMÓ, 2003: Árpád von KLIMÓ: *Nation, Konfession, Geschichte*. Zur nationalen Geschichtskultur Ungarns im europäischen Kontext 1860–1948. München, 2003.
- KOZMA, 1979: KOZMA Ferenc: *Jólét szocialista módon*. A szocialista életmód kérdéséhez. [Wohlstand auf sozialistische Art. Zur Frage der sozialistischen Lebensweise]. Budapest, 1979, 105–124.
- KULCSÁR, 2007: KULCSÁR Péter: *A szociáldemokrácia az eszmék történetében*. [Die Sozialdemokratie in der Geschichte der Ideen]. Budapest, 2007.
- KÜHN, 2009: Hartmut KÜHN: *Das Jahrzehnt der Solidarność*. Die politische Geschichte Polens 1980–1990. Berlin, 1999.
- LAKI, 1998: LAKI Mihály: *Kisvállalkozás a szocializmus után*. [Kleinunternehmen nach dem Sozialismus]. Budapest, 1998.
- LASSWELL, 1948: Harold D. LASSWELL: *The Structure and Function of Communication in Society. The Communication of Ideas*. Institute for Religious and Social Studies, New York, 1948.
- LENGYEL, 1991: LENGYEL László: *Micsoda év!* [Was für ein Jahr!]. Budapest, 1991. <http://mek.oszk.hu/09800/09858/09858.htm> (Letzter Download: 21. Juni 2014).
- MACHCEWICZ, 2009: Pawel MACHCEWICZ: Die polnische Krise von 1980/81. *Krisen im Kalten Krieg*. Hrsg. von Bernd Greiner – Christian Th. Müller – Dierk Walter. Bonn, 2009, 477–504.
- MAJTÉNYI–MIKÓ–SZABÓ, 2010: *Rendszerváltozás Magyarországon 1987–1989*. [Wende in Ungarn 1987–1990]. Hrsg. von Majtényi György, Mikó Zsuzsanna, Szabó Csaba. DVD-Rom. Budapest, 2010.
- MICHNIK, 2009: Adam MICHNIK: Verteidigung der Freiheit. Reflexionen über 1989. Osteuropa, 59. Jahrg. 2–3/Februar–März 2009, 9–18. Auf Ungarisch: A mi szabadságunkért és a ti szabadságotokért (Reflexiók 1989-ről). [Für unsere Freiheit und für eure Freiheit. (Reflexionen über 1989)]. Übersetzung: Éva Karádi. *Lettre*, 2009 Herbst, Nr. 74. Siehe <http://www.eurozine.com/articles/2009-10-12-michnik-hu.html> (Letzter Download: 21. April 2014).
- NOLTE, 2011: Hans-Heinrich NOLTE: *Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Bonn, 2009.
- RAINER, 2010: RAINER M. János: *Magyarország története. A Kádár-korszak 1956–1989*. [Geschichte Ungarns. Die Kádár-Ära 1956–1989]. Budapest, 2010.

- RÉFI, 2009: RÉFI Attila: Az MSZMP bomlási folyamata a párt és tagjai viszonya tükrében (1985–1989). [Der Prozess des Zerfalls der USAP im Spiegel des Verhältnisses der Partei und ihrer Mitgliedschaft (1985–1989)]. *Múltunk*, Nr. 2009/4. 64–91.
- RIPP, 2006: RIPP Zoltán: *Rendszerváltás Magyarországon 1987–1990*. [Systemwandel in Ungarn 1987–1990]. Budapest, 2006.
- ROMSICS, 2003: ROMSICS Ignác: *Volt egyszer egy rendszerváltás*. [Es war einmal ein Systemwandel]. Budapest, 2003.
- SALLAI, 2012: SALLAI János: *Egy idejét múlt korszak lenyomata – Spuren einer versunkenen Epoche – An Impression of a Bygone Era*. A Vasfüggöny története – Geschichte des Eisernen Vorhangs – The History of the Iron Curtain. Budapest, 2012.
- SAMERSKI, 2009: Stefan SAMERSKI: *Teufel und Weibwasser*: Der Papst und die Erosion des Kommunismus. Osteuropa, 59. Jahrg. 2–3/Februar–März 2009, 138–194.
- SCHMIDT-SCHWEIZER, 2007: Andreas SCHMIDT-SCHWEIZER: *Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002*. Von der liberalisierten Einparteiherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. München, 2007.
- STÖVER, 2007: Bernd STÖVER: *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991*. München, 2007.
- SZABÓ, 1992: SZABÓ Miklós: A Hálózat és a magyar Glasznozsty. [Das Netz und die ungarische Glasnost]. „Beszélő“ *Gesamtausgabe*, I–III. 1992, III. 475–477.
- SZABÓ, 2005: SZABÓ Csaba: *A Szentzsék és a Magyar Népköztársaság kapcsolatai a hatvanas években*. [Die Beziehungen des Heiligen Stuhls und der Ungarischen Volksrepublik in den Sechzigerjahren]. Budapest, 2005.
- SZABÓ, 2012: SZABÓ Csaba: A katolikus egyház ellenes koncepciók perke Magyarországon (1946–1972). [Schauprozesse gegen die katholische Kirche in Ungarn (1946–1972)]. *A történelemtudomány szolgálatában*. Tanulmányok a 70 éves Gecsényi Lajos tiszteletére. [Im Dienst der Geschichtswissenschaft. Abhandlungen zu Ehren des 70jährigen Lajos Gecsényi]. Hrsg. von Baráth Magdolna, Molnár Antal. Budapest, Győr, 2012, 851–862.
- SZABÓ, 2013: SZABÓ Csaba: Azok a „hatvanas évek“. [Die „sechziger Jahre“]. *Amikor „fellazult tételben fogalmazódott meg a világ“*. Magyarország a hatvanas években. [Als „die Welt sich in aufgelockerten Grundsätzen ausdrückte“. Ungarn in den sechziger Jahren]. Hrsg. von Ólmosi Zoltán – Szabó Csaba. Budapest, 2013.
- SZÉCSI, 2001: SZÉCSI Árpád: *A „szabadság kis köreitől“ a választási győzelemig*. A Magyar Demokrata Fórum története a korai kezdetektől 1990. március 25-ig. [Von den „kleinen Kreisen der Freiheit“ bis zum Wahlsieg. Die Geschichte des Ungarischen Demokratischen Forums von den frühen Anfängen bis zum 25. März 1990]. Manuskript, 2001. <http://www.ajk.elte.hu/file/SzecsaiArpad-ValasztasiGyozelem.pdf> (Letzter Download: 23. April 2014).
- TOMKA, 1991: TOMKA Miklós: *Magyar katolicizmus 1991*. [Ungarischer Katholizismus 1991]. Budapest, 1991.
- UTASI, 1987: UTASI Ágnes: Hajléktalanok, csavargók. [Obdachlose, Landstreicher]. *Perembelyzetek*. [Randlagen]. Hrsg. von Utasi Ágnes. Budapest, 1987, 181–213.
- UTASI, 2007: *Az életminőség feltételei*. [Bedingungen der Lebensqualität]. Hrsg. von Utasi Ágnes. *Műhelytanulmányok* (Werkstattstudien) Jahrg. 11., 2007/1.
- VALUCH, 2008: VALUCH Tibor: *Magyarország társadalomtörténete*. A XX. század második felében. [Sozialgeschichte Ungarns. In der zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts]. Budapest, 2001.
- VALUCH, 2013: VALUCH Tibor: *Magyar hétköznapok*. Fejezetek a mindennapi élet történetéből a második világháborútól az ezredfordulóig. [Ungarischer Alltag. Kapitel aus der Geschichte des Alltagslebens vom Zeiten Weltkrieg bis zur Jahrtausendwende]. Budapest, 2013.
- VARGA, 1988: VARGA Csaba: *Hősök tere, 1988. június 27*. [Heldenplatz, 27. Juni 1988]. Budapest, 1988.



DIE UMBRÜCHE 1989 AUS DER PERSPEKTIVE  
DER ÖSTERREICHISCHEN AUßENPOLITIK  
UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG  
DES BILATERALEN VERHÄLTNISSES ZU UNGARN

Seit einigen Jahren hat die wissenschaftliche Befassung mit den Umbrüchen in Ostmitteleuropa ausgehend von einem gegenwartsgeschichtlichen Ansatz eingesetzt. Dabei handelt es sich vorderhand vielfach noch um einen Themenaufriss, zugleich lassen sich schon erste wesentliche Befunde festmachen. In diesem Spannungsfeld bewegen sich auch die folgenden Ausführungen zu den österreichisch-ungarischen Beziehungen rund um das Jahr 1989. Sie nehmen nicht für sich in Anspruch, bereits ein abgerundetes oder schon gar ein endgültiges Bild der wechselseitigen Beziehungen zu zeichnen. Vielmehr soll an Hand einiger ausgewählter Themenfelder das relativ weitgefächerte politische Beziehungsgeflecht zwischen den beiden Ländern ein wenig erhellt werden, wobei der Blick vom Standort der österreichischen Politik aus erfolgt. Auf fünf Themenfelder soll dabei schlaglichtartig eingegangen werden.

Zum ersten soll die Ausgangsposition 1988/89 aus der Perspektive der österreichischen Außenpolitik skizziert werden, sodann erfolgt der Versuch einer Bewertung und Einordnung jener historischen Geste, mit der die Außenminister beider Länder den Eisernen Vorhang am 27. Juni 1989 durchtrennten und damit in einer dramatischen Bildersprache das Ende der bipolaren Teilung des Kontinents deutlich gemacht haben. In einem dritten Abschnitt wird die Rolle Österreichs beim Prozess der Grenzöffnung näher analysiert. Schließlich soll noch auf zwei weitere Aspekte eingegangen werden: Zum einen auf die Rolle, die die beiden österreichischen Großparteien bei der Ausbildung eines pluralistischen Parteienspektrums in Ungarn spielten und zum anderen auf das, einer Initiative beider Länder entspringende, Forum der regionalen Zusammenarbeit, das als Zentraleuropäische Initiative bis heute existiert.

Wie gesagt, es sind nur einige Schlaglichter, die aus vornehmlich österreichischem Blickwinkel auf die Beziehungen der beiden Länder anno 1989 geworfen werden. Vielleicht können sie einen Beitrag zu einer vertiefenden systematischen Erforschung des bilateralen Beziehungsgeflechts in den ausgehenden 1980er- und 1990er-Jahren leisten, jenseits der vordergründigen „österreichisch-ungarischen“, an die k.u.k. Zeit anknüpfenden, Klischeevorstellungen, die in weiten Kreisen der veröffentlichten Meinung immer noch die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn in ein trivial-nostalgisches Licht zu tauchen scheinen.

#### I. DER BEGINNENDE TRANSFORMATIONSPROZESS IN OSTMITTELEUROPA IN DER EINSCHÄTZUNG DER ÖSTERREICHISCHEN AUßENPOLITIK

Um die Jahreswende 1988/89 war der österreichischen Außenpolitik bewusst, dass Europa im Begriff war, sich tiefgreifend zu verändern. Man hatte das politische Wetterleuchten entlang des Eisernen Vorhangs aufmerksam registriert. Doch hatte zu diesem Zeitpunkt am Wiener Ballhausplatz niemand die Dimension der bevorstehenden Umwälzungen vorausgesehen oder gar mit ihnen gerechnet.

Immerhin hatte der seit Anfang 1987 amtierende Außenminister Alois Mock seit seinem Amtsantritt einige bewusste Akzente und Gesten im Hinblick auf die politische und menschenrechtliche Situation östlich von Österreichs Grenzen gesetzt. Dazu zählte, dass er den von den kommunistischen Staaten vertretenen Standpunkt, wonach die Erörterung von landesbezogenen Menschenrechtsfragen eine Einmischung in innere Angelegenheiten bedeute, offen in Frage stellte. Zu nennen ist hier auch das österreichische Engagement im Rahmen des KSZE-Prozesses, das beim KSZE-Folgetreffen in Wien zu Beginn des Jahres 1989 zur Einführung neuer Standards bei der internationalen Kontrolle der Menschenrechte führte.

„A wind of change is blowing also in Eastern Europe“. So formulierte es Außenminister Mock pointiert bei der Parteiführerkonferenz der Europäischen Demokratischen Union (EDU) in Rhodos im September 1988.<sup>1</sup> Doch blieb er bei einer analytischen Beurteilung der Lage im Herbst 1988 noch

---

<sup>1</sup>So die Einschätzung Mocks bei der EDU-Parteiführerkonferenz in Rhodos im September 1988. EICHTINGER-WOHNOUT, 2008, 52.

recht vorsichtig. Er räumte ein, dass mit der Entwicklung in der Sowjetunion grundsätzlich neue Perspektiven im Begriff seien zu entstehen. Diese würden es erlauben, eine Überwindung der historisch gewachsenen Teilung des Kontinents nicht mehr völlig ins Reich der Phantasie zu verweisen. Er würde aber jeden verstehen, der dieser Realutopie mit Skepsis und Zögern gegenüberstünde.<sup>2</sup> Mock sah Europa an der Jahreswende 1988/89 vor dem Übergang von einer „Periode der bloßen Koexistenz“ zu einer „Phase breitester Kooperation“. Für Österreich bedeutete dies, seine Europapolitik auf zwei Grundpfeiler zu stützen: die „ökonomisch gebotene“ Teilnahme am Binnenmarkt sowie

„[...] unsere Nachbarschafts- und Ostpolitik [...], eine Politik, die uns unsere geographische Lage ebenso nahelegt, wie eine geschichtliche Erfahrung erleichtert, die Jahrhunderte zurückreicht. Der Donauraum, eine Replik des großen Europa, ist ein hochaktuelles Thema: Während die kulturellen Bindungen das Erbe der Vergangenheit verkörpern, stellen Zollsenkungen, *Joint ventures* und grenzüberschreitende Umweltverschmutzung die Herausforderungen der Gegenwart dar.“<sup>3</sup>

Eines wird bei diesen Ausführungen deutlich: Selbst der dem kommunistischen System weltanschaulich absolut ablehnend gegenüberstehende ÖVP-Außenminister rechnete mit keinem unmittelbar bevorstehenden Systembruch. Die von ihm genannten *Joint ventures* beispielsweise waren zu einem erfolgreichen Beispiel der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn unter Zugrundelegung des unterschiedlichen weltanschaulichen und ökonomischen Status quo geworden.

Vor diesem Hintergrund fand im Februar 1989 ein Treffen des neuen, seit Ende November 1988 im Amt befindlichen, ungarischen Regierungschefs Miklós Nemeth mit seinem Wiener Amtskollegen Franz Vranitzky statt. Der erst vierzigjährige Premier aus Budapest präsentierte bei seinem ersten Auslandsbesuch, den er im Gegensatz zu seinen Vorgängern nicht in Moskau, sondern beim österreichischen Nachbarn absolvierte, Ungarn als Vorreiter der Reformen innerhalb der kommunistischen Hemisphäre.<sup>4</sup> Mit dem österreichischen Kanzler wurden die Planung und Durchführung

<sup>2</sup>MOCK, 1988, 3.

<sup>3</sup>EICHTINGER-WOHNOUT, 1988, 7.

<sup>4</sup>GEHLER, 2010, 305–307.

gemeinsamer „joint ventures“ im Bereich der Auto- und Eisenbahnindustrie besprochen. Neue Grenzübergänge bzw. eine Zollfreizone bei Sopron sollten errichtet werden. Man versicherte einander am Projekt einer gemeinsamen Weltausstellung zwischen Wien und Budapest festhalten zu wollen. Dieses Vorhaben zielte von seiner Konzeption her noch ganz auf die Brückenfunktion der beiden Städte angesichts der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen weltanschaulichen Systemen ab. Durch den negativen Ausgang einer Volksbefragung in Wien im Frühjahr 1991 sollte es dann zwei Jahre später zu Fall gebracht werden.

Im Laufe des Jahres 1988 waren in Österreich die während der kurzen Ära unter Karoly Grósz in Ungarn in Gang gekommenen Veränderungen spür- und sichtbar geworden. Zu nennen sind etwa die Zulassung von Privatinitiative sowie im beschränkten Maße Firmengründungen und die beginnende Reisefreiheit, die zu einem fast legendär gewordenen Einkaufsboom im Osten Österreichs, vor allem in Wien, führte. Letzterer rief bei der Bevölkerung im hauptsächlich davon betroffenen Osten Österreich teils ambivalente Reaktionen hervor. Schließlich warfen die beginnenden Gründungen politischer Parteien und deren Verbindungen nach Wien ihre Schatten voraus.<sup>5</sup> Sie waren die Fanale des beginnenden Umbruchs.

Auf der anderen Seite waren in Ungarn nach wie vor 200.000 sowjetische Soldaten mit 27.000 Panzern und Militärfahrzeugen stationiert. In Moskau ließ man es bekanntlich bewusst bis in den Herbst 1989 offen, ob man angesichts dieses Potentials das völlige Implodieren des Bündnissystems in Osteuropa widerspruchlos akzeptieren würde. Daher definierte Außenminister Mock auch, als sich das kommunistische Machtmonopol im Laufe des Frühjahrs 1989 aufzuweichen begann, die österreichische Haltung nach wie vor durchaus bedächtig: Eine Öffnung östlich von Österreichs Grenzen würde die Optionen des Landes aufwerten. Es handle sich um souveräne Entscheidungen der jeweiligen Staaten, die aber Österreich im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstütze. Dies galt insbesondere im Hinblick auf die besondere Qualität der bereits bestehenden bilateralen Beziehungen zu Ungarn im Sinne der traditionellen österreichischen *Nachbarschaftspolitik* sowie für die Beziehungen zu Polen angesichts der dort mit dem Beginn der Gespräche am Runden Tisch bereits im Februar 1989 in Gang gekommenen Entwicklungen.<sup>6</sup> Dem entsprechend sprach sich Au-

<sup>5</sup>Siehe dazu im Detail den vierten Abschnitt dieses Beitrags!

<sup>6</sup>GEHLER, 2014. Der Verfasser ist Michael Gehler für die Zurverfügungstellung des Manuskripts zu Dank verpflichtet.



ßenminister Mock bereits im Mai 1989 dafür aus, Ungarn genauso wie Polen einen Beobachterstatus im Europarat einzuräumen.<sup>5</sup> Gegenüber Bulgarien, der ČSSR, der DDR und Rumänien, wo man kaum Reformpotential sah, blieb Wien hingegen zurückhaltend.

Darüber hinaus hatte die österreichische Außenpolitik bereits die Perspektive der Integration im Blick.<sup>6</sup> 1989 war jenes Jahr, in dem sich die Regierungskoalition in Wien endgültig darauf verständigte, eine Vollmitgliedschaft bei der EG anzustreben. Im April wurde der diesbezügliche Regierungsbeschluss gefasst, im Juli offiziell das österreichische Beitrittsansuchen in Brüssel überreicht. Gegenüber Ungarn ging es nun als erstes darum klarzustellen, dass ungeachtet der österreichischen Zuwendung zur EU die besonderen bilateralen Beziehungen nicht vernachlässigt würden. Dies hatte schon Bundeskanzler Vranitzky bei seinem Zusammentreffen mit Ministerpräsident Nemeth im Februar getan. Im Juni wiederholte Außenminister Mock gegenüber seinem ungarischen Amtskollegen Gyula Horn die österreichische Doktrin, wonach die österreichische Europapolitik auf zwei Säulen ruhe: der Teilnahme an der westeuropäischen Integration *und* seiner Nachbarschaftspolitik. Dies sollte die Sorge seines Amtskollegen um die Erhaltung der besonderen Qualität der bilateralen Beziehungen zerstreuen.

Doch ging das Gespräch der Außenminister darüber hinaus. Denn im Frühjahr 1989 war die europäische Integration auch in Ungarn zum Thema geworden. Statt der Formel Gorbatschows vom gemeinsamen europäischen Haus begann eine andere Metapher in Ungarn die Runde zu machen. Es hieß, das Land müsse nun auf den europäischen Zug aufspringen.<sup>7</sup>

Horn betonte, dass Ungarn vorerst ein Abkommen über Zollpräferenzen mit der EG nach dem Vorbild Jugoslawiens anstrebe. Mittelfristig wolle man nach einer Liberalisierung der Wirtschaft ein Freihandelsabkommen mit der EG. Mock wiederum präsentierte seinen Vorschlag eines EFTA-Fonds für die reformfreudigen osteuropäischen Staaten. Er hatte ihn kurz zuvor bei der EFTA-Ministerkonferenz in Kristiansund gemacht: ein massives gemeinsames wirtschaftliches Hilfspaket von EG, EFTA und USA in der Höhe von sechs Milliarden US-Dollar.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> *Die Presse*, 5. 5. 1989.

<sup>6</sup> GEHLER, 2010, 307–309.

<sup>7</sup> DALOS, 2009, 78.

<sup>8</sup> *Die Presse*, 31. 8. 1989.

Was die weitere europäische Zukunft betraf, meinte Mock, man sei nun im Begriff, die Phase der „friedlichen Koexistenz“ durch eine Phase der „breiten Kooperation“ abzulösen. Langfristig könnte ihr eine dritte Phase des „gemeinsamen europäischen Hauses“ folgen.<sup>9</sup>

## 2. DER 27. JUNI 1989 – DIE BEIDEN AUßENMINISTER DURCHTRENNEN DEN EISERNEN VORHANG

Zum retrospektiv zentralen Ereignis in der ersten Jahreshälfte 1989 sollte aus österreichischer Sicht der 27. Juni 1989 werden. Es handelte sich dabei um die ostentativ gesetzte Geste, als die beiden Außenminister, Alois Mock und Gyula Horn, den Eisernen Vorhang an der gemeinsamen Grenze durchschnitten. Das Bild vom 27. Juni ist zu einer der visuellen Ikonen des Jahres 1989 geworden. Es hatte aber weit über den symbolischen Akt hinaus auch eine eminente realpolitische Auswirkung im Sinne einer Dynamisierung der in Gang gekommenen Entwicklung in den Reformländern.

Die Episoden rund um die Urheberschaft zu der Idee können an dieser Stelle vernachlässigt werden. Auch wenn unterschiedliche Versionen darüber existieren, so deutet doch vieles darauf hin, dass die Initiative dazu vom österreichischen Außenministerium ausgegangen ist.<sup>10</sup> Jedenfalls erklärte sich Ungarns Gyula Horn bereit, mitzumachen. Aus seiner Sicht ging es wohl auch schon darum, das politische Terrain im Hinblick auf eine

<sup>9</sup> GEHLER, 2014.

<sup>10</sup> EICHTINGER–WOHNOUT, 2008, 192f. Im Jahr 2009, anlässlich des 20. Jahrestags des Ereignisses, wurden in einem Beitrag an der Schilderung, wonach die Anregung zu der gemeinsamen Aktion der beiden Außenminister vom Pressefotografen Alois Mocks ausgegangen sei, Zweifel geäußert. Vgl. FREITAG, 2009, II. Der Verfasser zitiert darin Mocks damaligen Pressesprecher Gerhard Ziegler mit der Aussage, die Idee, den Grenzzaun im Rahmen eines Medientermins zu durchschneiden, sei anlässlich einer Vorsprache des damaligen ungarischen Botschafters bei Mock entstanden. Der 1989 als ungarischer Botschafter in Berlin amtierende Istvan Horvath wiederum kommt in demselben Beitrag mit der Bemerkung zu Wort, er vermeine sich zu erinnern, von Gyula Horn gehört zu haben, die Initiative sei überhaupt von ungarischer Seite ausgegangen. Für diese Aussage findet sich allerdings weder in seinen eigenen Memoiren (HORVATH, 2000) noch in denen Gyula Horns (HORN, 1991) ein Anhaltspunkt. Dagegen hält Mocks damaliger Sekretär Martin Eichtinger an der bisher gängigen Version der Genesis des Bildes fest. Vgl. dazu zuletzt und im Detail: EICHTINGER, 2012, 219–225.

politische Zukunft nach dem sich bereits abzeichnenden Systemwechsel abzustecken.

In der historischen Analyse wichtig ist es, nochmals festzuhalten, dass der faktische Abbau der Grenzanlagen seit Mai schon voll im Gange war. Es hatte sich bei der Aktion also um keine Initialzündung gehandelt, mit der ein Prozess mit einer spektakulären Geste in Gang gesetzt wurde, sondern um eine symbolische Bestätigung eines Vorgangs, der schon längst im Laufen war. Denn wie wir spätestens seit der präzisen Darstellung von Andreas Oplatka aus dem Jahr 2009 wissen, hatte das Politbüro der ungarischen Kommunisten schon Ende Februar 1989 den Beschluss gefasst, die veralteten und ständig Pannen hervorrufenden Sperranlagen entlang der österreichischen Grenze zu demontieren. Es war der ungarische Innenminister István Horváth, der einer Aufforderung des neuen reformfreudigen Ministerpräsidenten Miklós Németh folgend, den Abbau beantragt hatte. Der ungarische Staat konnte und wollte sich die finanziell aufwändige Instandhaltung der elektronischen Sperrzäune nicht länger leisten. Anfang Mai 1989 hatte dann der tatsächliche Abbau an allen vier Grenzschnittstellen zu Österreich begonnen.<sup>10</sup>

Der gemeinsame Auftritt von Mock und Horn an der Grenze war also eine Art symbolischer Nachvollzug eines Prozesses, der schon seit fast zwei Monaten im Gange war, allerdings in einer massenmedial äußerst geschickt inszenierten Weise. Es wurde daraus eine Aktion mit weitreichenden Folgewirkungen, insbesondere in der DDR. Zwar war über den Abbau der „technischen Grenzsperren“ im westdeutschen Fernsehen, das auch weit in die DDR hinein empfangen werden konnte, bereits im Mai berichtet worden. Doch am 27. Juni bekamen die Ostdeutschen via ARD-Tagesschau die eindrücklichen und ideologisch aufgeladenen Bilder vom Durchschneiden des Grenzzauns in ihre Wohnzimmer geliefert. Das war das Entscheidende. Denn die Fernsehaufnahmen stellten in größtmöglicher Anschaulichkeit unter Beweis, dass der Eiserne Vorhang brüchig geworden war. Paul Schulmeister, langjähriger Deutschlandkorrespondent des ORF, hatte die ungeheure Symbolkraft der Bilder vom 27. Juni 1989 wie folgt beschrieben:

„ Die Botschaft der Bilder, die um die Welt gingen, lautete: Ungarn verzichtet auf Gewalt an den Grenzen. [...] Was 1989 passierte, war neu – die erste ‚Fernsehrevolution‘ in der Geschichte. [...] Seit den

<sup>10</sup> OPLATKA, 2009, 42–48 sowie 87f. Schon früher, wenngleich nicht so im Detail: HORVATH, 2000, 292–294.

Fernsehbildern von der Beseitigung des Stacheldrahtes durch die Außenminister Mock und Horn wusste jeder im Osten, dass es da eine ungesicherte Grenze gab, ohne Alarmanlagen, Minen oder elektrische Zäune.“<sup>11</sup>

Will man die Tragweite der Bilder wie auch der Ereignisse vom Sommer 1989 richtig einschätzen, so gilt es auch folgenden Umstand zu berücksichtigen: Auf Grund eines 1969 geschlossenen Abkommens wurden in Ungarn bei Fluchtversuchen festgenommene Bürger aus der DDR an diese ausgeliefert. Noch im Jahr 1988 waren dies 1088 Menschen und die diesbezügliche Praxis war auch unter Ministerpräsident Németh bis in den Mai 1989 fortgesetzt worden.<sup>12</sup>

Etwas weniger als ein Jahr später sollte ein weiteres Mal ein Ereignis von symbolisch-historischer Bedeutung die beiden Außenminister Horn und Mock zusammenführen. Am 14. März 1990 jährte sich der Todestag des bekannten k. u. k. Ministers des Äußeren, Julius Graf Andrassy, zum hundertsten Mal. Gyula Horn lud Mock ein, die Népköztársaság útja, die Budapestster „Straße der Volksrepublik“ in ihren ursprünglichen Namen Andrassy út umzutaufen. Dieses Ereignis fand nur wenige Tage vor den ersten freien Parlamentswahlen in Ungarn, am 25. März 1990, statt.<sup>13</sup> Dementsprechend legte Mock Wert darauf, bei seinem Besuch in Budapest auch mit dem Führer der Opposition und Vorsitzenden des ihm politisch nahestehenden Demokratischen Forums, József Antall, zusammenzutreffen, um nicht den missverständlichen Eindruck einer parteipolitischen Unterstützung Gyula Horns, der mittlerweile der aus der KP hervorgegangenen Sozialistischen Partei angehörte, zu erwecken.

---

<sup>11</sup> SCHULMEISTER, 2009, 246; 255. Helmut Kohl sah in der Aktion „das Signal zum Aufbruch“ für ausreisewillige DDR-Bürger (KOHL, 2005, 910). Ähnlich die Einschätzung des damaligen westdeutschen Botschafters in Österreich, Dietrich Graf von Brühl: „Ohne [...] das außerordentlich publikumswirksame Bild von der Durchtrennung des Stacheldrahts durch die beiden Außenminister am 27. 6. 1989 wäre es wahrscheinlich nicht so schnell zu der Flüchtlingsbewegung gekommen.“ Zit. nach: GEHLER, 2010, 314.

<sup>12</sup> DALOS, 2009, 92f.

<sup>13</sup> EICHTIGER-WOHNOUT, 2008, 196f.

### 3. PANEUROPA-PICKNICK UND GRENZÖFFNUNG

Gleich zu Beginn dieses Abschnitts soll Folgendes klarstellend festgehalten werden: Der österreichischen Außenpolitik kam während der Entwicklung im Spätsommer und Frühherbst 1989 nicht die Rolle eines Akteurs im engeren Sinn zu. Denn die weitere Entwicklung, die zum Transit der ostdeutschen Flüchtlinge via Ungarn und Österreich in die BRD führte, wurde in diskreten Verhandlungen zwischen der deutschen und der ungarischen Regierung vorbereitet. In diese, das lässt sich nach dem derzeitigen Stand der Forschung schon recht klar sagen, war Österreich nicht oder bestenfalls im Vollzug der von anderen getroffenen Entscheidungen eingebunden.

Dies galt schon für die Ereignisse rund um das so genannte „Paneuropa-Picknick“ vom 19. August 1989. Es sollte zur ersten Massenflucht von DDR-Bürgern seit dem Mauerbau 1961 werden. Die Initiatoren waren ungarische Oppositionelle, die im Präsidenten der Paneuropa-Union, Otto Habsburg, einen international bekannten Schirmherrn suchten und fanden. Ungarischerseits konnte bekanntlich der führende Reformler in der Regierung, Imre Pozsgay, für die Aktion gewonnen werden. Regierungschef Miklós Németh blieb im Hintergrund, unterstützte die Aktion aber und wies vor allem die ungarischen Grenzeinheiten an, sich „flexibel“ zu verhalten.<sup>13</sup> Die temporäre Grenzöffnung wurde seitens der Veranstalter mit den lokalen österreichischen Behörden koordiniert, das Außenministerium in Wien war aber nicht direkt involviert.

In einer jüngst erschienenen Studie zu den Ereignissen entlang der österreichisch-ungarischen Grenze anno 1989 mutmaßt Maximilian Graf, dass die führenden ungarischen Reformpolitiker bewusst das Picknick zu einem Testballon für die Grenzöffnung werden lassen wollten,<sup>14</sup> ähnlich wie Michael Gehler, der dem Ereignis „Signal- und Testcharakter“ zumisst.<sup>15</sup> Die Sowjetunion Gorbatschows hatte bis zu diesem Zeitpunkt keinen Einwand gegen die ungarische Politik der Grenzöffnung erhoben, aber zugleich doch die ungarische Regierung im Unklaren darüber gelassen, ob und wie weit man deren Vorgehen billigen würde. Die Massenflucht von DDR-Bürgern über die österreichisch-ungarische Grenze wurde nun unkommentiert zur Kenntnis genommen; man signalisierte den Ungarn, dass sie die Sache nach ihrem Gutdünken regeln sollten.

<sup>13</sup> MOSER, 2009, 341–353, 342.

<sup>14</sup> GRAF, 2012a, 135–179, hier 163.

<sup>15</sup> GEHLER, 2010, 310.

Zum Zeitpunkt des Paneuropa-Picknicks waren die direkten Gespräche zwischen Ungarn und der BRD zur Lösung der Flüchtlingsfrage bereits im Laufen. Letztendlich ausschlaggebend für die ungarische Entscheidung zur Grenzöffnung wurde die Tatsache, dass im letzten Augustdrittel zwei Zwischenfälle beim illegalen Grenzübertritt einen tödlichen Ausgang gefunden hatten.

Wie bereits erwähnt, war das offizielle Österreich in die Fühlungnahme zwischen seinen beiden Nachbarn nicht eingebunden. Bundeskanzler Franz Vranitzky erklärte dementsprechend auch am 22. August, dass Österreich keine Vermittlerrolle zwischen den beiden deutschen Staaten und Ungarn wahrnehmen würde,<sup>16</sup> was ihm gerade auch aus Rücksicht auf die guten Wirtschaftskontakte Österreichs zur DDR nicht ungelegen kam.<sup>17</sup>

Am 25. August kam es zum ungarisch-westdeutschen Geheimgipfel zwischen den Regierungschefs und Außenministern beider Länder auf Schloß Gymnich bei Bonn, wo die Grenzöffnung vom 11. September und im Gegenzug weitere deutsche Wirtschaftshilfe fix vereinbart wurden.<sup>18</sup> Erst zeitgleich zum Treffen auf Schloß Gymnich wurde Außenminister Mock deutscherseits am 25. August betreffend die zu erwartenden Flüchtlingsströme kontaktiert. Man fand sich rasch. Österreich stellte unbürokratisch zehntausende Visa aus und übertrug die Betreuung der Flüchtlinge dem österreichischen Roten Kreuz. Bei der gewählten Vorgangsweise blieb zumindest nach außen hin die österreichische Neutralität gewahrt. Die Kosten wurden dem Roten Kreuz übrigens von der BRD refundiert.<sup>19</sup>

#### 4. KONTAKTE AUF DER EBENE DER POLITISCHEN PARTEIEN

Durchaus aktiv, um nicht zu sagen offensiv, reagierten 1989 die beiden großen österreichischen politischen Lager im Hinblick auf das im Entstehen begriffene pluralistische Parteienspektrum in Ungarn. Man ist versucht zu sagen, dass in diesem Punkt die Parteienußenpolitik der staatlichen Außenpolitik einen Schritt voraus war.

Beide österreichischen Regierungsparteien, die Österreichische Volkspartei (ÖVP) wie die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), spielten zu

<sup>16</sup> GRAF, 2012a, 172.

<sup>17</sup> GRAF, 2012b, 793–840.

<sup>18</sup> Vgl. KÜSTERS, 2009, 54–57.

<sup>19</sup> BRÜHL, 2007, 583.

diesem Zeitpunkt auf Grund des Engagements einiger ihrer führenden Repräsentanten in den jeweiligen internationalen Dachorganisationen, der Europäischen Demokratischen Union sowie der Sozialistischen Internationale eine wesentliche Rolle. Daher geschah das Anknüpfen der Kontakte auf Basis der politischen Parteien praktisch in einer Parallelaktion sowohl auf Ebene der bilateralen Partei- wie auch auf jener der internationalen Dachorganisationen.

Seitens der bürgerlichen ÖVP begann man schon früh mit den im Entstehen begriffenen nahestehenden Parteien in Ungarn engere Kontakte zu knüpfen. Diese wurde zu einem Transmissionsriemen für das Andocken dieser Parteien an die Europäische Demokratische Union (EDU). Dabei spielte nicht nur der geographische Umstand der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs zu Ungarn eine Rolle, sondern auch der Umstand, dass die Positionen des EDU-Präsidenten und des EDU-Exekutivsekretärs mit zwei Österreichern, Außenminister Mock und dem ÖVP-Abgeordneten Andreas Khol, besetzt waren. Darüber hinaus war das EDU-Exekutivsekretariat in Wien beheimatet.

Das außenpolitische Büro der ÖVP und das EDU-Exekutivsekretariat hatten schon in der zweiten Jahreshälfte 1988 damit begonnen, in Ungarn Gespräche mit zahlreichen Gruppierungen zu führen, die gerade dabei waren, sich als politische Parteien zu konstituieren bzw. zu konsolidieren.<sup>20</sup> Unter ihnen befanden sich das Demokratische Forum, die Freien Demokraten, die Kleinlandwirtepartei, FIDESZ und die kleine Christdemokratische Volkspartei.<sup>21</sup> Von Anfang an verstand sich die ÖVP als Vermittlerin von demokratischem Know-how. Ihre Parteiakademie, die „Politische Akademie“, veranstaltete Schulungs- und Ausbildungskurse für die neuen Parteien.<sup>22</sup>

<sup>20</sup> In einer vom Norwegischen Helsinki-Komitee an die EDU übermittelten Aufstellung über demokratische Gruppierungen in Osteuropa vom 6. Oktober 1988 werden für Ungarn das Demokratische Forum (*leading but moderate force in opposition*) sowie FIDESZ (*independent youth/student movement with 1000–2000 members*) genannt. Als *spokesman* von FIDESZ wurde bereits Viktor Orbán namhaft gemacht. Archiv KvVI, Bestand EDU, Ordner Ungarn, *List of democratic groups in Eastern Europe*, 6. 10.1988.

<sup>21</sup> Archiv KvV-I, Bestand EDU, Zl. EDU/1989/1660 rev, 29.8.1989, *Draft Report on the situation in Hungary*

<sup>22</sup> Im undatierten Entwurf zu einer Presseerklärung aus dem Frühjahr 1989 hieß es: *Die Politische Akademie der ÖVP führt bereits Seminare mit Vertretern der ungarischen Opposition durch, wobei der inhaltliche Schwerpunkt auf die Vermittlung demokratischer Strukturen, den Übergang zu einer demokratischen Verfassung, der Organisation und Durchführung eines demokratischen Wahlkampfes sowie die Information über die Grundsatzphilosophien demokratischer Parteien gelegt wird.* AKvVI, Bestand EDU, Ordner Ungarn, o.D.

Vom 19. bis 21. Juni fand in Budapest eine Tagung des EDU-Ausschusses „Europäische Strukturen – Europäische Politik“ statt; ein historisches Ereignis insoweit, als erstmals ein EDU-Gremium in einem Land des Warschauer Pakts zusammentrat. Aus Österreich nahm daran neben Andreas Khol auch der Klubobmann der ÖVP-Parlamentsfraktion, Fritz König, teil. Sie führten zahlreiche Gespräche nicht nur mit den Repräsentanten der neuen Parteien, sondern auch mit Vertretern der Regierung, der Kirchen und mit Wissenschaftlern.<sup>23</sup> Man wollte sich ein Bild verschaffen, wie im Sinne der Grundsätze der EDU die Reformbestrebungen bestmöglich unterstützt werden könnten. Basierend auf diesen Erfahrungen entstand ein konkretes Programm, auf dessen Grundlage die Mitgliedsparteien der EDU – de facto waren es dann vor allem die deutschen Unionsparteien CDU und CSU, die skandinavischen Mitgliedsparteien der EDU sowie die ÖVP – konkrete Hilfe an die befreundeten Parteien in Ungarn leisten sollten. Die Agenda der EDU umfasste die Vermittlung von politischem Know-how, die Vertiefung der Kontakte, aber auch konkrete materielle und finanzielle Hilfestellungen.<sup>24</sup> Ab Mitte 1989 war dann klar, welche Parteien die EDU als nahestehend ansah und dann im Wahlkampf tatsächlich unterstützte. Es waren dies das Demokratische Forum, die Kleinlandwirtepartei und die Christdemokratische Volkspartei.<sup>25</sup> Dabei machte die EDU allerdings Abstufungen. Erster Ansprechpartner war das Demokratische Forum József Antalls, dem man am meisten Professionalität und die besten Chancen bei den bevorstehenden Wahlen zubilligte. Dementsprechend war auch EDU-Exekutivsekretär Andreas Khol am Parteitag des Demokratischen Forums im Oktober 1989 in Budapest anwesend.<sup>26</sup> Schon im August 1989 hatte der erste frei gewählte ungarische Abgeordnete, Gábor Roszik vom Demokratischen Forum, an der EDU-Parlamentarierkonferenz im türkischen Antalya teilgenommen. In einem Interview im öster-

<sup>23</sup> AKvVI, Bestand EDU, Ordner Ungarn, Zl. 1989/1654, 5. 6. 1989, *Ausschuß Nr. 1 Europäische Strukturen – Europäische Politik, 27. Sitzung, Budapest, 19. bis 21. Juni 1989, Tagesordnung*, weiters *List of persons the EDU talked to*, o. D.

<sup>24</sup> Ein Großteil der Aktivitäten erfolgte auf bilateraler Basis, in vielen Fällen übernahm das EDU-Büro in Wien die Vermittlungs- und Koordinationsfunktion. SCHOLLUM, 1992, 502.

<sup>25</sup> Gegen eine weitere Kooperation mit den Freien Demokraten hatte sich vor allem die CSU mit dem Argument ausgesprochen, dass diese der deutschen FDP nahestehe und dort bereits seitens der Friedrich Naumann-Stiftung unterstützt werde. AKvVI, Bestand EDU, Ordner Ungarn, Telefaxe von Dieter A. Schmidt, Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CSU, an Andreas Khol, 9. 10. 1989, 12. 10. 1989.

<sup>26</sup> SCHOLLUM, 1992, 502–509.



reichischen Radio erklärte er, das Demokratische Forum beabsichtige einen politischen Kurs nach dem Vorbild der Österreichischen Volkspartei und der Christdemokraten in Deutschland einzuschlagen.<sup>27</sup>

Im August 1990 wurden bei der EDU-Parteiführerkonferenz in Helsinki die ersten fünf Parteien aus den ost-mitteleuropäischen Reformländern in die Europäische Demokratische Union aufgenommen. Unter ihnen befanden sich jene drei ungarischen Parteien, die die EDU bereits unterstützt hatte, nämlich das Demokratische Forum, die Christlich-Demokratische Volkspartei und die Kleinlandwirtepartei. Zugleich wurde József Antall, der seine Partei bei den Parlamentswahlen mit 42,75% zum Wahlsieg geführt und das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte, zum Vizepräsidenten und damit zu einem der Stellvertreter Alois Mocks als Präsident der EDU gewählt. Wie eng das Verhältnis zwischen ÖVP und Demokratischem Forum zu Beginn der 1990er Jahre war, mag daran ersichtlich werden, dass ÖVP-Parteiboss Josef Riegler Ministerpräsident Antall als einen der Redner zur Schlusskundgebung der ÖVP im Nationalratswahlkampf im Herbst 1990 nach Wien einlud.<sup>28</sup>

Etwas schwieriger gestaltete sich die Situation für die Sozialdemokratie, was die Kooperation mit sich herausbildenden Schwesterparteien in Ungarn betraf, musste man sich doch zwischen den (wieder)gegründeten sozialdemokratischen Gruppierungen und den zu einer sozialistischen Partei demokratischen Zuschnitts mutierenden Reformkommunisten entscheiden. Der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) kam dabei wie der ÖVP eine Bedeutung weit über die eigene Partei hinaus innerhalb ihrer internationalen Parteienfamilie, der Sozialistischen Internationale zu, wobei hier der Klubvorsitzende der SPÖ-Fraktion im Parlament und stellvertretende Parteivorsitzende Heinz Fischer eine zentrale Rolle spielte.<sup>29</sup> In einem von Heinz Fischer für die Sozialistische Internationale im Laufe des Jahres 1989 erarbeiteten Positionspapier hieß es, dass die Anschauungen der in der europäischen Sozialdemokratie engagierten Gruppen „als zeitgemäßes Instrumentarium für Veränderungen und zur Abschüttelung der bisherigen

<sup>27</sup> AKvVI, Bestand EDU, Ordner Ungarn, Zl. 1989/1683, 18. 8. 1989, *Interview with Mr. Gábor Roszík, Member of the Hungarian Parliament.*

<sup>28</sup> AKvV-I, Bestand EDU, Ordner Ungarn, Schreiben Josef Riegler an József Antall, 26. 6. 1990.

<sup>29</sup> In seinen Erinnerungen spricht Heinz Fischer davon, dass die Österreicher „als besonders sachkundig und gut informiert, was die Entwicklungen in Ungarn und der Tschechoslowakei betraf“, galten. FISCHER, 1998, 460.

Herrschaftsformen“ dienen könnten. Zugleich räumte er ein, dass der Begriff des Sozialismus durch den sogenannten realen Sozialismus belastet war. Der demokratische Sozialismus müsse sich daher „von totalitären Positionen“ abgrenzen.<sup>30</sup> Damit brachte Fischer das Dilemma der Sozialdemokratie ziemlich genau auf den Punkt.

Noch im Jänner 1989 hatten sich im Dr. Karl Renner-Institut, der Parteiakademie der SPÖ in Wien, führende Politiker aus beiden Ländern zu einer Tagung getroffen. Die Einleitungsreferate hielten dabei Heinz Fischer und János Berecz, ZK-Sekretär und einflussreiches Mitglied des Politbüros der ungarischen KP.<sup>31</sup>

Zur selben Zeit war allerdings der Prozess der Etablierung eines pluralistischen Parteiensystems bereits voll im Gange. In dessen Rahmen standen auch die ungarischen Sozialdemokraten, die 1948 verboten worden waren, im Begriff sich wieder zu gründen. Dementsprechend nahm bereits am Wiener Parteiführertreffen der Sozialistischen Internationale im März 1989 eine ungarische Delegation unter dem Vorsitz von András Révész, einem ihrer historischen Führer, teil.<sup>32</sup> Am 1. Mai 1989 fuhr Heinz Fischer nach Budapest, um bei der Maikundgebung der wiedererstandenen Schwesterpartei zu sprechen.<sup>33</sup> Auf der Ratstagung der SI im November 1989 in Genf erfolgte die offizielle „Wiedereinsetzung“ der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in deren Rechte in der Sozialistischen Internationale. Doch waren die Sozialdemokraten bald in Flügelkämpfe verstrickt und vermochten es nicht, ein für die Wähler attraktives politisches Angebot zu machen. Sie kamen bei den ersten freien Wahlen im Frühjahr 1990 nur auf 3,6% der Stimmen und schafften damit nicht einmal den Einzug ins Parlament.

Die aus dem Reformflügel der ungarischen KP hervorgegangene „Ungarische Sozialistische Partei“ (USP) erzielte demgegenüber 10,3%. Heinz Fischer erblickte in ihnen bald nach der Wahl „Gesprächspartner und potentielle Verbündete“. Man sollte von den Reformkommunisten, so Fischer, solange sie bereit seien, an neuen Formen eines demokratischen Sozialismus in der Sozialistischen Internationale mitzuarbeiten, „keinen antikommunistischen Ariernachweis“ verlangen.<sup>34</sup> Ein anderer prominenter Österreicher innerhalb der Sozialistischen Internationale, der Vorsit-

<sup>30</sup> Zit. nach: *Der Standard*, 24. II. 1989.

<sup>31</sup> *Die Zukunft*, 4/1989, 35.

<sup>32</sup> JANKOWITSCH, 1991, 774.

<sup>33</sup> FISCHER, 1998, 461.

<sup>34</sup> FISCHER, 1990, 16.

zende der Menschenrechtskommission und frühere Außenminister Peter Jankowitsch, argumentierte im Hinblick auf die USP wesentlich zurückhaltender. Er betonte, dass die Sozialistische Internationale deutlich gemacht habe, „dass von einer Aufnahme solcher Parteien in die Internationale selbst dort nicht die Rede sein kann, wo diese Parteien – wie die heutige Ungarische Sozialistische Partei – von Reformkräften geführt werden, denen ein echtes Verdienst beim Übergang zur Demokratie keineswegs abgeschrieben werden kann.“<sup>35</sup> Letztlich sollte sich jene Linie, die Heinz Fischer vertrat, durchsetzen. Die Ungarische Sozialistische Partei wurde 1992 als Beobachter und 1996 als Vollmitglied in die Sozialistische Internationale aufgenommen, während die Sozialdemokraten auf eine Splittergruppe zurückfielen.

##### 5. FOREN DER REGIONALEN ZUSAMMENARBEIT UND KULTURPOLITISCHE INITIATIVEN

Unter dem Namen Quadragonale (Österreich/Italien/Jugoslawien/Ungarn) wurde in Budapest am 11./12. November 1989, also nur wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer, ein neues Forum der regionalen Zusammenarbeit gegründet. Später, nach der Erweiterung um die Tschechoslowakei und Polen, firmierte es unter den Namen Pentagonale bzw. Hexagonale. Schließlich wurde es zur Zentraleuropäischen Initiative (Central European Initiative – CEI) mit inzwischen 18 Mitgliedern. Seine Anfänge gingen auf ein Treffen Alois Mocks mit dem ungarischen Vizepremier und späteren Premierminister Péter Medgyessy zurück, das im März 1989 in Győr stattgefunden hatte.

Regionale Kooperationen im mitteleuropäischen Raum reichen bis in die späten 1970er Jahre zurück. Den Anfang machte die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Alpen-Adria, die 1978 in Venedig ins Leben gerufen wurde.<sup>36</sup> War bis 1989 eine institutionelle Kooperation über die politischen Systemgrenzen hinweg (selbst wenn es sich wie im Falle Jugoslawiens nicht um ein Mitglied des Warschauer Pakts handelte) nur auf Ebene der Länder, Provinzen bzw. Teilrepubliken möglich, so ergaben sich mit der beginnenden Auflösung des starren Systems der Blöcke neue Möglichkeiten einer regionalen mitteleu-

<sup>35</sup>JANKOWITSCH, 1991, 778.

<sup>36</sup>NEČAK, 2001, 512.

ropäischen Kooperation auch auf gesamtstaatlichem Niveau. Genau das hatten Mock und Medgyessy, beide bekleideten damals die Funktion des stellvertretenden Regierungschefs, frühzeitig erkannt. Für Mock kam dazu, dass er im Frühjahr 1989 in einer Kooperation zwischen kommunistischen sowie neutralen bzw. nichtpaktgebundenen und EG-Staaten eine Möglichkeit sah, die Abgeschlossenheit der kommunistischen Systeme gegenüber dem Westen aufzubrechen und damit ihre Legitimität in Frage zu stellen.

Ab dem Sommer 1989 ging allerdings die Initiative bei der Konzeption einer regionalen Zusammenarbeit im mitteleuropäischen Raum auf Italien über. Insbesondere der italienische Außenminister Gianni De Michelis hatte dabei geopolitische Überlegungen einer engeren und längerfristigen politischen und handelspolitischen Kooperation im Auge. Er wollte Italien im mitteleuropäischen Raum verstärkt positionieren, schon um diesen in geopolitischer Hinsicht nicht dem deutschen Einfluss anheim fallen zu lassen. Der deutschen und der französischen Politik blieben die italienischen Bestrebungen nicht verborgen. Gegenüber Bundeskanzler Kohl sprach Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand im Februar 1990 davon, dass Italien eine „Föderation“ mit Ungarn, Österreich und Jugoslawien eingehen wolle. Angesichts der von beiden zu diesem Zeitpunkt schon anvisierten Politischen Union musste ihnen der italienische Vorstoß, die kleineren in der Mitte Europas gelegenen Staaten außerhalb der EG politisch in einer Art Sonderverhältnis stärker an sich zu binden, als ein „gefährlicher Weg“ erscheinen.<sup>37</sup>

Noch ehe man in den Geruch kam, mit Italien eine Gegenstrategie gegenüber möglichen deutschen Ambitionen zu entwickeln, hatte Österreich seit dem Sommer 1989 eine Haltung eingenommen, die der im Entstehen begriffenen Quadragonale Grenzen ihrer politischen Möglichkeiten setzte. Alois Mock wollte sich nicht von der italienischen Außenpolitik instrumentalisieren und in ein mögliches Spannungsfeld mit der Bundesrepublik Deutschland drängen lassen. Das enge Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland war für ihn eine Grundkonstante seiner Außenpolitik, noch über das der österreichischen Diplomatie immanente Prinzip der *Nachbarschaftspolitik* hinausreichend. Gerade in Anbetracht des im Juli 1989 erfolgten Beitrittsansuchens zur EG wollte er dieses keinesfalls aufs Spiel setzen.<sup>38</sup> Daher blieb es im Rahmen der Quadragonale auch bei einer projektbezoge-

<sup>37</sup> Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris, 15. 2. 1990. *Deutsche Einheit*, 1998, Nr. 187, 842–852, hier 849f.

<sup>38</sup> BRIX, 2012, 459–466.

nen Zusammenarbeit auf den Gebieten des Umweltschutzes, des Transportwesens, der Telekommunikation und der kulturellen Kooperation.

Für Mock handelte es sich bei diesem Forum der Zusammenarbeit um ein komplementäres Element seiner Außenpolitik, in deren Zentrum die auf volle EG-Mitgliedschaft ausgerichtete Integrationspolitik stand. „Innereuropäische Gleichgewichtsstrategien und Ententen gehören heute eben endgültig der Vergangenheit an.“<sup>39</sup> So argumentierte Mocks Kabinettschef Emil Stafflmayr nach außen hin, weshalb Österreich eine lockere Kooperation bei sich aus der geographischen Nachbarschaft ergebenden Sachfragen den weitergehenden italienischen Plänen, die auf Schaffung eines organisatorischen Rahmens abgezielt hatten, vorzog. Letztlich blieb es ein „loser Zusammenschluss interessierter Staaten“, bei dem sich die Zusammenarbeit „selektiv auf bestimmte Sektoren“ beschränkte.<sup>40</sup> Aus der Perspektive der österreichischen Außenpolitik handelte es sich um

„eine Zusammenarbeit, welche die frei gewordenen Staaten Ost- und Mitteleuropas an die im nichtkommunistischen Europa gewachsenen Integrationsmodelle heranführen sollte. Für Österreich stellt die Pentagonale außerdem den Versuch dar, seine schon bisher intensiv betriebene Nachbarschaftspolitik dort zu multilateralisieren, wo eine solche Multilateralisierung von der Sache her sinnvoll ist.“<sup>41</sup>

Ungeachtet dessen erschien dieses Gesprächsforum vielen, wenn auch aus unterschiedlichen Motivlagen, weiterhin suspekt. Vermuteten die einen dahinter den Versuch der Schaffung eines Gegengewichts zum wiedervereinigten Deutschland, glaubten andere darin nostalgische Großmachtsattitüden der österreichischen Außenpolitik oder gar ein Alternativkonzept zum integrierten Europa zu erkennen.

Gerade die letzteren Einwände illustrieren anschaulich, wie sehr Österreich gefordert war, in der Kooperation mit den sich herausbildenden neuen Demokratien sensibel mit seinem historischen Erbe umzugehen. In der Überwindung bilateraler Altlasten, die oft lange zurückreichen, sollte auch eines der langfristigen Verdienste der aus der Quadronale hervorgegangenen Zentraleuropäischen Initiative liegen. Sie wurde, wie es Erhard Busek formulierte, in den 1990er-Jahren gleichermaßen

<sup>39</sup> STAFFELMAYR, 1991, 721.

<sup>40</sup> BRIX, 2012, 462.

<sup>41</sup> STAFFELMAYR, 1991, 771.

„Begegnungsort und Trainingscamp für Multilateralität [...]; schließlich ist die Kenntnis voneinander in dieser Region nicht übertrieben gediehen. Man kennt eher die Konflikte und Verwerfungen, als die Gemeinsamkeiten und Chancen.“<sup>42</sup>

Alois Mock sah die aus der Geschichte herrührenden Hypothesen ähnlich. Die österreichische Auslandskulturpolitik trachtete bei den von ihr gesetzten Schwerpunkten danach, an die kulturellen „Gemeinsamkeiten und Chancen“ im mitteleuropäischen Raum anzuknüpfen. So wurde die Idee der „Österreich-Bibliotheken“ damals Wirklichkeit,<sup>43</sup> neue Kulturforen entstanden, österreichische Lektoren und Sprachlehrer wurden entsandt oder der Aufbau von wissenschaftlichen Kooperationspartnerschaften forciert. Es kam zur Gründung zweisprachiger Schulen, wobei hier die 1990 entstandene Österreichische Schule in Budapest Erwähnung finden soll.

Bei all diesen kulturpolitischen Initiativen war die österreichische Politik gefordert, behutsam zu agieren, war man sich doch auch der Risiken bewusst, die die solcherart gesetzten Initiativen in sich bargen: Sie konnten nur allzu leicht den Anlass für Misstrauen angesichts der Befürchtung einer Wiederkehr österreichischer Hegemonialansprüche im Donauraum bieten, wie es dann auch in der Jugoslawien-Krise geschah. Dass damals Österreich gemeinsam mit Ungarn zu jener Gruppe von Staaten zählte, die frühzeitig für die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien eintraten, sorgte nicht nur in Belgrad, wo man ganz bewusst das Gespenst eines wiedererwachten österreichisch-ungarischen Imperialismus am Balkan an die Wand malte, für heftige Polemiken gegenüber beiden Ländern, sondern – und das überrascht aus heutiger Sicht mehr – rief auch in einigen westeuropäischen Staatskanzleien beträchtliche Irritationen hervor.

HELMUT WOHNOUT

---

<sup>42</sup> BUSEK, 1997, 147.

<sup>43</sup> Zur kulturpolitischen Relevanz der Österreich-Bibliotheken vgl. SLAWINSKI, 2012, 149–154.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## UNGEDRUCKTE QUELLEN

AKvVI

Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts, Wien – Bestand EDU

## GEDRUCKTE QUELLEN

*Deutsche Einbeit*, 1998. *Deutsche Einbeit*. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hrsg. vom Bundesministerium des Inneren unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

Der Standard

Die Presse

Die Zukunft

## LITERATUR

BRIX, 2012: Emil BRIX: Die Mitteleuropapolitik von Österreich und Italien im Revolutionsjahr 1989. *Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa*. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart. Hrsg. von Michael Gehler – Maddalena Guiotto. Wien, Köln, Weimar, 2012, 455–467.

BRÜHL, 2007: Dietrich Graf von BRÜHL: Deutsche Erfahrungen mit Österreich. *Verschiedene europäische Wege im Vergleich*. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Michael Gehler – Ingrid Böhler. Innsbruck, Wien, Bozen, 2007, 579–584.

BUSEK, 1997: Erhard BUSEK: *Mitteleuropa. Eine Spurensicherung*. Wien, 1997.

DALOS, 2009: György DALOS: *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*. München, 2009.

EICHTINGER–WOHNOUT, 2008: Martin EICHTINGER–Helmut WOHNOUT: *Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte*. Wien, Graz, Klagenfurt, 2008.

EICHTINGER, 2012: Martin EICHTINGER: „Ich glaube, dass das eines der großen Bilder der europäischen Geschichte geworden ist.“ Gerhard JELINEK–Birgit SCHÜCKER–MOSSER: *Generation Österreich. Prägende Momente der Zweiten Republik. Von Zeitzeugen packend erzählt*. Wien, 2012, 219–225.

FISCHER, 1990: Heinz FISCHER: Sozialdemokratie und Osteuropa. Die revolutionäre Evolution. *Europäische Rundschau*, 18. Jahrg. 1990/2, 9–17.

FISCHER, 1998: Heinz FISCHER: *Reflexionen*. Wien, 1998.

FREITAG, 2009: Wolfgang FREITAG: So viel Anfang vom Ende. *Die Presse*, (Spectrum), 20. 6. 2009, I–II.

GEHLER, 2010: Michael GEHLER: *Deutschland. Von der Teilung zur Einigung. 1945 bis heute*. Wien, Köln, Weimar, 2010.

- GEHLER, 2014: Michael GEHLER: Austria, the Revolutions, and the Reunification of Germany. *The Revolutions of 1989*. Hrsg. von Mueller, Wolfgang – Gehler, Michael – Suppan, Arnold. in Druck (erscheint 2014).
- GRAF, 2012a: Maximilian GRAF: Die Welt blickt auf das Burgenland. 1989 – Die Grenze wird zum Abbild der Veränderung. *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert*. Hrsg. von Maximilian Graf – Alexander Lass – Karlo Ruzicic-Kessler. Wien, 2012, 135–179.
- GRAF, 2012b: Maximilian GRAF: *Österreich und die DDR 1949–1989/90. Beziehungen – Kontakte – Wahrnehmungen*. ungedr. Phil. Diss. Wien, 2012.
- HORN, 1991: Gyula HORN: *Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete*: Hamburg, 1991.
- HORVATH, 2000: István HORVÁTH: *Die Sonne ging in Ungarn auf. Erinnerungen an eine besondere Freundschaft*. München, 2000.
- JANKOWITSCH, 1991: Peter JANKOWITSCH: Zur Entwicklung der Sozialistischen Internationale angesichts der Veränderungen in Süd- und Osteuropa. *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990*. Hrsg. von Andreas Khol – Günther Ofner – Alfred Stirnemann. Wien, München, 1991, 763–781.
- KOHL, 2005: Helmut KOHL: *Erinnerungen 1982–1990*. München, 2005.
- KÜSTERS, 2009: Hanns Jürgen KÜSTERS: *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*. Freiburg, Basel, Wien, 2009.
- MOCK, 1988: Alois MOCK: Europa – Realitäten und Visionen. *Europäische Rundschau*, 16. Jahrg. 1988/3, 3–7.
- MOSER, 2009: Lisa Anna MOSER: Das Paneuropäische Picknick vom 19. August 1989. *Der Donauraum*. 49. Jahrg. 2009/3-4, 341–353.
- NEČAK, 2001: Dušan NEČAK: Die Alpen-Adria-Region 1945–1991. *Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region*. Hrsg. von Andreas Moritsch. Klagenfurt, Ljubljana, Wien, 2001, 485–517.
- OPLATKA, 2009: Andreas OPLATKA: *Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze*. Wien, 2009.
- SCHOLLUM, 1992: Esther SCHOLLUM: Die Europäische Demokratische Union (EDU) und der Demokratisierungsprozeß in Ost-, Mittel- und Südosteuropa. *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991*. Hrsg. von Andreas Khol – Günther Ofner – Alfred Stirnemann. Wien, München, 1992, 491–523.
- SLAWINSKI, 2012: Ilona SLAWINSKI: Die Österreich-Bibliotheken als Instrument der kulturellen Vernetzung. *Avstrija-Slovenija: kulturni stiki. Österreich-Slowenien: kulturelle Begegnungen*. Internationales Symposium anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Österreich-Bibliothek Maribor 25.–27. II. 2010. Hrsg. von Helene Breitenfellner – Mateja Škofljanec. Maribor, 2012, 149–154.
- SCHULMEISTER, 2009: Paul SCHULMEISTER: *Wende-Zeiten. Eine Revolution im Rückblick*. St. Pölten, Salzburg, 2009.
- STAFFELMAYR, 1991: Emil STAFFELMAYR: Die Dynamik der Entwicklung in Europa – Die Pentagonale als Beispiel einer neuen Nachbarschaftspolitik Österreichs. *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990*. Hrsg. von Andreas Khol – Günther Ofner – Alfred Stirnemann. Wien, München, 1991, 711–722.



## REGISTER

- Ackerl, Isabella 75  
Aczél, György 240  
Adele, Sándor 105  
Albrich, Thomas 250, 259  
Alkér, Kálmán 90, 104  
Allizé, Henri 66  
Ambrózy, Lajos 159  
Andics, Hellmut 212, 227  
Andorka, Rudolf 147, 151, 168, 307, 321  
Andrássy, d. J., Julius / Gyula 149, 153-156, 160, 162, 165  
Angelow, Jürgen 16, 37  
Antall, József 332, 336-337  
Apponyi, Albert 73, 148-149, 151-153, 155-156, 162, 168-170  
Auspitzer, Johann 33  
Austerlitz, Friedrich 58  
Axen, Hermann 275
- Bacher, Dieter 5, 8, 194, 196-200, 205, 241,  
Bakonyi, Tibor 307, 321  
Bakos, István 312  
Balfour, Arthur 66  
Balogh, Margit 308, 321  
Bán, Antal 247-248  
Baranyi, Tamás 262, 270, 277-278  
Baráth, Magdolna 169  
Bartók, László 245  
Basch, Franz Anton / Ferenc Antal 244  
Battaglia, Otto Forst de 159, 169  
Bauer, Otto 62, 69, 75  
Bauer, Yehuda 251, 259  
Békés, Elisabeth 316-317  
Békés, Márton 148, 156-157, 161, 164, 166-168  
Benárd, August 74  
Benkő, Péter 314, 321  
Berecz, János 338  
Berend T., Iván 311  
Berger, Peter-Robert 88  
Berlakovich, Nikolaus 274  
Bethlen, István 64, 93, 135, 136, 144-145, 150, 159  
Bibó, István 178, 313  
Binder, Dieter 117, 119, 122, 131  
Biró, Zoltán 312  
Bischof, Günter 230, 237  
Bismarck, Otto von 12, 16, 19  
Bokor, Péter 164, 168  
Bolla, Plinio 99, 101, 103-104  
Borbándi, Gyula 241-242, 259  
Borsányi, György 75  
Borus, Josef / József 117, 131  
Botlik, József 154, 168  
Bozóki, András 316, 321  
Böhler, Ingrid 343  
Bóhm, Antal 306, 321  
Böhm, Wilhelm 57-58, 75  
Brait, Andrea 279  
Braithwaite, Rodric 301, 321  
Brandner-Radinger, Ilse 276  
Brehm, Bruno 152  
Breitenfellner, Helene 344  
Breschnew, Leonid 301  
Breuss, Fritz 217, 227  
Briand, Aristide 153  
Brix, Emil 340-341, 343  
Bruck, Karl von 12, 37  
Bruhn, Jürgen 300, 321  
Brühl, Dietrich Graf von 332  
Buda, Béla 300, 321  
Bujdosó, Alpár 253, 259  
Burian, Stephan / István 19  
Busek, Erhard 341  
Bush, George 300  
Butschek, Felix 282, 292, 297  
Bülow, Bernhard 16

- Caspart, Wolfgang 302, 321  
 Ceauşescu, Nicolae 318  
 Charmatz, Richard 12, 37  
 Chmelar, Hans 145  
 Choma, László 304  
 Churchill, Winston 174  
 Claß, Heinrich 13  
 Cuninghame, Sir Thomas 63, 65, 67, 75  
 Czine, Mihály 312  
 Csáky, Eva-Marie 60, 73, 75  
 Csekonics, Iván 156  
 Csizik, Béla 103  
 Csizmadia, Andor 139, 145  
 Csoóri, Sándor 312  
 Csurka, István 312
- Dalos, György 276, 278, 329, 332, 343  
 Deák, Ferenc 149, 348  
 Degendorfer, Hans 179, 191  
 Demszky, Gábor 313  
 Depisch, Philipp 191  
 Deréky, Pál 256  
 Déry, Tibor 247  
 Diószegi, István 40-41, 43, 51  
 Dús, Ágnes 40, 51
- Eger, Reiner 278  
 Eichstädt, Ulrich 158, 168  
 Eichtinger, Martin 326-327, 330, 343  
 Eigner, Peter 285, 294, 297  
 Enderle-Burcel, Gertrude 280  
 Engel-Jánosi, Friedrich 267, 278  
 Enyedi, György 306, 321  
 Erdős, Kristof 241  
 Ernst, August 111, 118, 127, 131  
 Erzherzog József 50, 57, 71
- Falser, Meinrad 216, 220-225  
 Farkas, Ferenc 240-242, 244, 259  
 Feigl, Erich 159, 168  
 Ferdinand, Franz 78  
 Fiesinger, Klaus 6, 8, 207, 227, 261, 279,  
 Figl, Leopold 211, 220, 245-246, 249  
 Fischer, Ernst 211  
 Fischer, Ferenc, 109  
 Fischer, Heinz 337-339, 343  
 Fischer, Holger 114-115, 119, 131
- Fiziker, Róbert 5, 8, 147, 152, 169-170  
 Fock, Jenő 266, 268  
 Fodor, László 300, 321  
 Fónagy, Zoltán 261, 280  
 Fouchet, Maurice 153  
 Frantz, Constantin 12  
 Freitag, Wolfgang 330, 343  
 Freund, Florian 193-195, 198, 205  
 Friedjung, Heinrich 18  
 Friedmann, Max 21, 27, 29  
 Friedrich, István 71  
 Fröschl, Erich 76  
 Für, Lajos 312
- Gasteyger, Curt 303, 322  
 Gávai Gaál, Jenő 154, 166  
 Gecsényi, Lajos 148, 150, 152, 154, 156-157, 162,  
 165-166, 169, 174, 184, 191, 239, 259, 261, 264,  
 279, 323  
 Gecsényi, Patricia 241  
 Gehler, Michael 261, 279, 327-330, 332-334,  
 343-344  
 Gémes, Andreas 261-262, 280  
 Geremek, Bronisław 302  
 Gergely, Jenő 40, 51, 170, 308, 321  
 Germuska, Pál 305, 322  
 Gimes, Miklós 310  
 Glatz, Ferenc 170  
 Goeken-Haidl, Ulrike 195, 206  
 Goldinger, Walter 117, 119, 122, 131  
 Gorbatschow, Michail 300, 302, 321, 322, 329, 333  
 Gömbös, Gyula 64, 137, 158  
 Graf, Maximilian 6, 8, 111, 132, 262, 266-267,  
 277-279, 322, 333-334, 344  
 Gratz, Gusztav 23-24, 148, 150, 152-153, 156-157,  
 159, 161-163, 165, 169-169  
 Griger, Miklós 150-151, 154, 157, 159, 162, 164, 169  
 Gromyko, Andrei 233-234  
 Grósz, Károly 311, 328  
 Gröller, Harald 54, 75  
 Gruber, Karl 208, 211, 215-218, 221  
 Gudenus, Gordian 255  
 Guglia, Otto 128, 132  
 Guiotto, Maddalena 343  
 Gyarmati, György 161, 169, 310, 322  
 Gyöngyösi, János 218-219

- Haas, György 249, 260  
 Haas, Hanns 62, 66, 75  
 Habsburg, Otto von 157, 160, 168-169, 333  
 Hadik, János 57  
 Hainisch, Michael 18  
 Hajdu, Tibor 157, 169  
 Haller, Max 288, 297  
 Halmosy, Dénes 107, 109  
 Hanák, Gábor 164, 168  
 Hanisch, Ernst 205  
 Haselsteiner, Horst 89, 109, 137, 145  
 Haslinger, Peter 128, 132-133, 145, 261, 266-267, 270, 279  
 Havel, Vaclav 304  
 Heilige, Andrea 285, 294, 297  
 Heinrich, Hans-Georg 208, 213, 217, 222, 227, 261, 279-280  
 Héjjas, Iván 117  
 Helmer, Oskar 211-212, 249, 253  
 Heppner, Harald 54, 75  
 Herbert, Ulrich 193-194, 206  
 Hercog, Károly 249  
 Hesztera, Franz 70, 75  
 Hildermeier, Manfred 302, 322  
 Hilger, Andreas 238  
 Himler, Márton 243, 260  
 Hitler, Adolf 14, 137-138, 161, 163, 166, 168-170, 206  
 Hives, Henry 245  
 Hoffmann, Robert 62, 65-66, 75  
 Hofmann, Bettina 261, 279  
 Hollweg, Bethmann 17-20  
 Hoover, Herbert 64, 70  
 Horn, Gyula 277, 329-332, 344  
 Horthy, Miklós 71-73, 75, 114, 119, 125, 143, 149, 153, 155, 158, 160  
 Horváth, István 330-331, 344  
 Hubai, László 148, 169  
 Huldermann, Bernhard 34  
  
 Iber, Walter M. 195, 206, 235, 237,  
 Izsák, Lajos 40, 51  
  
 Jacobmeyer, Wolfgang 206  
 Jankowitsch, Peter 338-339, 344  
 Jaruzelski, Wojciech Witold 302  
 Javorics, Daniela 117, 132  
 Jelačić Joseph / Josip von Bužim 81  
 Jonas, Franz 267  
  
 Juch, Otto 102  
 Juhász, Gyula 147, 169  
 Kádár, János 270-272, 274, 282-283, 289, 303  
 Kaienburg, Hermann 194, 206  
 Kaposi, Zoltán 282, 297  
 Kapronczay, Károly 247, 260  
 Kardos, József 148, 150-151, 153-155, 157, 161, 163, 166-167, 169  
 Karl I. Kaiser (Karl IV. König) 57-60, 72, 119, 143, 149, 152, 154, 157  
 Karner, Stefan 170, 205, 230, 233, 237, 279  
 Károlyi, Mihály 57, 60, 64-65, 71, 147  
 Kemény, Gábor 78, 85  
 Kende, Péter 310, 322  
 Kerekesházy, József 148, 169  
 Keresztes-Fischer, Ferenc 242  
 Kern, Friedrich 253, 256, 260  
 Kertész, István 157  
 Kertész, János 154, 169  
 Kéthly, Anna 247, 253-254  
 Khol, Andreas 336, 344  
 Kienböck, Viktor 89-90, 104-105  
 Király, Zoltán 304  
 Kis, János 309, 313  
 Kiss Gy., Csaba 312  
 Kiss J., László 279  
 Kissinger, Henry 43, 51  
 Klaus, Josef 242, 264-266  
 Klimó, Árpád von 310, 322  
 Klofáč, Václav 79  
 Knesebeck, Karl Friedrich von 11  
 Knoll, Harald 230, 237-238  
 Kobatsch, Rudolf 21-22  
 Koch, Klaus 113-117, 119-123, 125-128, 131  
 Koerfer, Stefan 57, 75  
 Kofler, Toni 261, 276, 279-280  
 Kohl, Helmut 332, 340, 344  
 Kókai, Károly 6, 8, 242, 247, 249, 252,  
 Kokoschka, Oskar 81, 85  
 Kopperschmidt, Josef von 170  
 Kornai, János 282-283, 297  
 Kósa, Ferenc 312  
 Kossuth, Lajos 81, 149, 348  
 Kovács, Imre 176  
 Kovács, József 33  
 Kozma, Ferenc 305, 322  
 König, Fritz 336  
 Kőszeg, Ferenc 313  
 Kövér, László 313

- Kövess, Hermann von Kövessháza 58  
 Krajczár, Melinda 262, 270, 277-278  
 Kramář, Karel 79  
 Kramer, Mark 231, 237  
 Kreisky, Bruno 262, 268, 270-274, 278, 283  
 Kreamsner, Artur 261, 275, 279  
 Kriechbaumer, Robert 238  
 Kropf, Rudolf 131-132  
 Krumpöck, Ilse 191  
 Kulcsár, Péter 315, 322  
 Kun, Béla 64-65, 70, 72, 75-76, 114, 116  
 Kussbach, Bettina 172, 181, 183, 186, 188, 191, 261, 279  
 Kühn, Hartmut 302, 322  
 Küsters, Hanns Jürgen 231, 238, 334, 343-344
- Lajos, Iván 154, 157, 162, 165, 169  
 Laki, Mihály 303, 322  
 Lánczy, Leó 27  
 Lappin-Eppel, Eleonore 194, 198, 206  
 Lass, Alexander 111, 132, 279, 322, 344  
 Lasswell, Harold D. 300, 322  
 László, Stephan 246  
 Lázár, György 272  
 Lehár, Anton / Antal 120  
 Lehner, Isabella 262, 277-278  
 Lein, Richard 5, 8, 112-132  
 Lengyel, Béla 242, 244, 260  
 Lengyel, László 318, 322  
 Linder, Béla 57  
 List, Friedrich 11  
 Losonczy, Pál 267  
 Ludanyi, Andrew 85  
 Lugosi, József 183, 187, 191  
 Lütgenau, Stefan August 279
- Macartney, Carlile A. 79, 83, 85  
 Machcewicz, Pawel 302, 322  
 Madarassy-Beck, Gyula 21, 26, 29  
 Madarescu, Gheorghe 71  
 Magyar, Bálint 314  
 Majoros, István 41, 43, 45, 51, 109, 260, 280  
 Majtényi, György 316-317, 322  
 Maléter, Pál 310  
 Malfèr, Stefan 123, 132  
 Mantl, Wolfgang 282, 297  
 Maruzsa, Zoltán 5, 39, 51, 280  
 Maschke, Otto M. 279  
 Mazowiecki, Tadeusz 302
- Mécs, Imre 314  
 Medgyessy, Péter 339-340  
 Merkulow, Wsewolod 234  
 Michelis, Gianni De 340  
 Michnik, Adam 300, 302, 322  
 Miklas, Wilhelm 61  
 Mikó, Zsuzsanna 316-317, 322  
 Mikoletzky, Lorenz 205  
 Milbum, Györgyi 317  
 Millók, Sándor 157  
 Miltschinsky, Viktor 111, 126, 132  
 Mindszenty, József 178, 251, 348  
 Mitterrand, François 340  
 Mlynar, Zdenek 208, 227, 261, 269, 279-280  
 Mock, Alois 277, 326-332, 334-335, 337, 339-344  
 Molnár, Antal 169  
 Molnár, Csilla 181, 191  
 Molotow, Wjatscheslaw 231-233  
 Montalembert, Charles de 149  
 Moritsch, Andreas 237, 344  
 Moser, Lisa Anna 333, 344  
 Mosser, Ingrid 158-159, 169  
 Mueller, Wolfgang 230, 236, 238, 261, 279-280, 344  
 Mueller-Graf, Carl Hermann 262  
 Mugrauer, Manfred 236, 238  
 Murányi, Gábor 148, 151, 157, 165, 169  
 Murber, Ibolya 261, 280
- Nagy, Ferenc 209-212, 245, 249, 260  
 Nagy, Imre 254, 310-311, 318  
 Nagy L., Zsuzsa 64, 75  
 Naumann, Friedrich 19-20, 25, 56, 336  
 Nečák, Dušan 339  
 Neck, Rudolf 75  
 Németh, István 5, 8, 13-14, 17-19, 37, 44-45, 51  
 Németh, Miklós 327, 331-333  
 Neugebauer, Wolfgang 205  
 Nolte, Hans-Heinrich 301, 322  
 Nyers, Rezső 311
- Ofner, Günther 344  
 Opitz, Reinhard 17, 37  
 Oplatka, Andreas 277, 280, 331, 344  
 Orbán, Viktor 313, 317, 335  
 Orlando, Vittorio Emanuele 66  
 Ormos, Mária 41, 43, 45, 51, 109, 137, 145, 147, 169  
 Ostenburg, Gyula 143

- Paál Vince 169  
 Paasche, Hermann 21, 27  
 Palacký, František 81  
 Paléologue, Maurice 73  
 Pallavicini, Georg 163  
 Palmer, Alan W. 79, 85  
 Pankau, Johannes G. 170  
 Pártay, Tivadar 314  
 Pašić, Nikola 79  
 Pastor, Peter 57, 65, 75  
 Paul, Johannes II. Papst 301  
 Peidl, Gyula 70-71  
 Peret, Ernest 161  
 Perz, Bertrand 193-195, 198, 205  
 Péter, János 262-263, 265  
 Pethő, Sándor 148-150, 152-156, 159-160, 162-163,  
 165-166, 168, 170  
 Peyer, Károly 247-249  
 Pfleger, Ludwig 111, 126, 132  
 Philippovich, Eugen von 18  
 Pichler, Erich 210, 213, 222-223  
 Pisky-Schmidt, Frigyes 247-248  
 Pleshakow, Konstantin 232, 238  
 Pogány, Ágnes 270, 274, 276, 280  
 Pohl, Walter 151, 170  
 Poljan, Pavel 195, 206  
 Polónyi, Dezső 166  
 Popovici, Aurele C. 78, 85  
 Pozsgay, Imre 309, 311, 317, 333  
 Pölöskei, Ferenc 170  
 Prónay, Pál 117
- Rainer M., János 303, 322  
 Rákosi, Mátyás 209, 211, 213, 232-233  
 Ránki, György 84-85  
 Rathenau, Walther 13  
 Rathkolb, Oliver 244, 260-261, 275, 279-280  
 Rauchensteiner, Manfred 5, 8, 55, 75, 238, 261,  
 280  
 Rauscher, Walter 113-117, 119-123, 125-128, 131  
 Reagan, Ronald 300  
 Réfi, Attila 312, 322  
 Reichmann, Hans 213  
 Reiner, János 155, 162, 167, 170  
 Reisingl, Martin 166, 170  
 Reiter, Albert F. 288, 297  
 Renner, Karl 113, 115-116, 214-215, 230  
 Resch, Andreas 270, 280  
 Révész, András 338
- Riegler, Josef 337  
 Ripp, Zoltán 309, 312-315, 318  
 Romsics, Ignác 5, 8, 40, 51, 77-85, 114-115, 119,  
 126, 132, 168, 282, 297, 304, 309, 316-317, 319  
 Roszik, Gábor 336-337  
 Rothermere, Lord Sidney Harold Harmsworth  
 136  
 Rudnay, Ludwig 151  
 Ruggenthaler, Peter 6, 8, 195, 206, 230-231, 233,  
 235-238  
 Ruzicic-Kessler, Karlo 111, 132, 279, 322, 344
- Sakmyster, Thomas 71, 75  
 Sallai, János 323  
 Samerski, Stefan 301, 323  
 Sandgruber, Roman 286, 297  
 Sára, Sándor 312  
 Schallers, Johann 186  
 Schärf, Adolf 210-211, 216, 227  
 Schausberger, Norbert 212, 227  
 Schlag, Gerald 111-112, 114-117, 119-129, 132, 137,  
 145  
 Schmeitzner, Mike 238  
 Schmidl, Erwin A. 261, 279-280  
 Schmidt, Dieter A. 336  
 Schmidt-Schweizer, Andreas 311, 323  
 Schneller, Otto von 30-31  
 Schober, Johann 68, 93, 121-123  
 Schollum, Esther 336, 344  
 Schönberger, Karl Freiherr von 90, 99, 102  
 Schönerer, Georg 79  
 Schulmeister, Paul 331-332, 344  
 Schuschnigg, Kurt von 152, 158-160, 169-170  
 Seemann, Rudolf 209, 215, 218, 224  
 Seewann, Gerhard 177-178, 191  
 Segré, Roberto 66, 68  
 Seton-Watson, Robert W. (Viator, Scotus) 80, 81,  
 85  
 Sieder, Reinhard 205  
 Sigray, Antal 120, 153, 156-157, 164, 168  
 Simonyi-Semadam, Sándor 74  
 Sinowatz, Fred 275  
 Sipos, Péter 148, 150, 152, 154, 156, 162, 165-166,  
 169  
 Sixl, Peter 230, 238  
 Skalnik, Kurt 132  
 Škofljanec, Mateja 344  
 Slawinski, Ilona 342, 344  
 Soldati, Agostino 88-89, 93, 99

- Solschenizyn, Alexander 304  
 Soós, Katalin 137, 145  
 Soutou, Georges-Henri 170  
 Speidl, Zoltán 149-150, 152-154, 158, 165-166, 170  
 Spoerer, Mark 193-195, 198, 205  
 Stafflmayr, Emil 341  
 Stalin, Josef 184, 188, 206, 230-238, 250, 261  
 Standeisky, Éva 240  
 Stankovsky, Jan 217, 227, 261, 279-280  
 Starhemberg, Rüdiger 188  
 Stark, Tamás 251, 259  
 Steininger, Rolf 261, 280, 343  
 Stelzl-Marx, Barbara 230, 235, 237-238  
 Stieber, Gabriela 198, 200, 206  
 Stirnemann, Alfred 344  
 Stourzh, Gerald 229, 233, 238, 261, 280  
 Stöver, Bernd 300, 323  
 Strantz, Nikolaus 186  
 Stresemann, Gustav 13, 25-26, 28  
 Subok, Wladislaw 232, 238  
 Suppan, Arnold 113-117, 119-123, 125-128, 131, 261, 279-280, 344  
 Szabad, György 314, 317  
 Szabó, Csaba 6, 8, 154, 304, 308, 316-317, 319, 322-323, 348-350  
 Szabó, István 154, 170  
 Szabó, Miklós 313, 323  
 Szalai, Miklós 148, 154-155, 163, 165, 170  
 Szász, Zoltán 79, 85  
 Szávai, Ferenc 5, 8, 89-92, 98, 109  
 Szebenyi, Endre 252, 260  
 Széchenyi, Lajos 149, 348  
 Szécsi, Árpád 309, 313, 323  
 Szélig, Imre 247-248, 253-254, 259  
 Szilágyi, Ernő 101  
 Szilágyi, Gábor 262, 273  
 Szina, Miklós 66, 76  
 Szita, Szabolcs 5, 8, 194, 198, 206  
 Sztérényi, József 89-92, 94, 98, 109  
 Sztójay, Döme 98, 101  
 Szűrös, Mátyás 275  
 Táros, Emmerich 205, 282, 297  
 Talos, Pia 128-129, 132  
 Tamás, Gáspár Miklós 313  
 Tamási, Péter 306, 321  
 Taubinger, László 244  
 Taylor, Alonzo Englebert 64  
 Teleki, Pál 158  
 Temesvári, László 253  
 Thürmer, Gyula 304  
 Tildy, Zoltán 209  
 Tilkovszky, Lóránt 155, 170, 191  
 Tismaneanu, Vladimir 237  
 Tisza, István 5, 39-45, 47-51, 56  
 Tito, Josip Broz 233-234, 237  
 Tomcsányi, Vilmos Pál 90  
 Tomka, Miklós 308, 323  
 Tončić-Sorinj, Lujo 265  
 Torretta, Pietro Della 123  
 Tóth, Imre 5, 8, 133, 135, 139, 140, 142, 145  
 Tóth, István 132  
 Tőkéczi, László 39, 51  
 Tőkés, Rudolf L. 70, 76  
 Tuma, Renate 214, 227  
 Turbuly Éva 145  
 Ullein-Reviczky, Antal 144  
 Urbach, Peter 76  
 Utasi, Ágnes 305, 323  
 Übersberger, Hans 18  
 Vacha, Brigitte 170  
 Vágó, József 32  
 Valuch, Tibor 6, 8, 285, 297, 306-307, 315, 319, 323  
 Vámos, György 240, 260  
 Varga, Béla 245-247, 260  
 Varga, Csaba 318, 323  
 Vermes, Gábor 40, 44, 47, 51  
 Verosta, Stephan 178  
 Villaume, Poul 277, 280  
 Vocelka, Karl 151, 170  
 Vollnhals, Clemens 238  
 Vonyó, József 109  
 Vranitzky, Franz 276, 327, 334  
 Vranješ-Soljan, Bozena 114, 131  
 Vyšinskij, Andrei 234  
 Wagner, Friedrich 150, 158, 170  
 Walder, Peter 121, 132  
 Wałęsa, Lech 302  
 Weidlein, Johann 244, 260  
 Weinzierl, Erika 132  
 Wentker, Hermann 273, 280  
 Westad, Odd Arne 277, 280

- 
- |   |                                     |
|---|-------------------------------------|
| Wiesner, Friedrich 150, 157, 162              | Zágon, József 252                   |
| Wilhelm II. Kaiser 32, 36                     | Závodszy Géza 168                   |
| Wilhelm-Heininger, Paul 222-223, 225          | Zeidler, Miklós 139, 145            |
| Wohnout, Helmut 6, 8, 326-327, 330, 332, 343, | Zichy, Johann / János 153, 155, 167 |
| Wolf, Julius 12, 17, 25, 37                   | Ziegler, Gerhard 330                |
| Wolfram, Herwig 297                           | Ziegler, Matthias 179, 191          |
| Wotawa, August „Ritter von“ 112, 127, 132     | Zimet, Joseph 53, 76                |
|   | Zoitl, Helge 76                     |
|   | Zwickl, Ludwig 128, 132             |





PUBLIKATIONEN  
DER UNGARISCHEN GESCHICHTSFORSCHUNG  
IN WIEN

**Band I.**

EIN UNGARISCHER ARISTOKRAT AM WIENER HOF  
DES 17. JAHRHUNDERTS  
Die Briefe von Paul Pálffy an Maximilian von Trauttmansdorff  
(1647-1650)  
ANNA FUNDÁRKOVÁ  
Wien 2009

EGY MAGYAR ARISZTOKRATA  
A 17. SZÁZADI BÉCSI UDVARBAN  
Pálffy Pál nádor levelei Maximilian von Trauttmansdorffhoz  
(1647-1650)  
FUNDÁREK ANNA  
Bécs 2009

**Band II.**

PÉCS (FÜNFKIRCHEN) DAS BISTUM  
UND DIE BISCHOFSTADT IM MITTELALTER  
TAMÁS FEDELES UND LÁSZLÓ KOSZTA  
Wien 2011

PÉCS (FÜNFKIRCHEN) A PÜSPÖKSÉG ÉS A PÜSPÖKI VÁROS  
A KÖZÉPKORBAN  
FEDELES TAMÁS ÉS KOSZTA LÁSZLÓ  
Bécs 2011

**Band III.**

SZÉCHENYI, KOSSUTH, BATTYÁNY, DEÁK  
Studien zu den ungarischen Reformpolitikern des 19. Jahrhunderts  
und ihren Beziehungen zu Österreich  
HERAUSGEGEBEN VON ISTVÁN FAZEKAS, STEFAN MALFÈR UND PÉTER TUSOR  
Wien 2011

SZÉCHENYI, KOSSUTH, BATTYÁNY ÉS DEÁK  
Tanulmányok reformkori magyar politikusokról és kapcsolatukról  
Ausztriához  
SZERKESZTETTE FAZEKAS ISTVÁN, STEFAN MALFÈR ÉS TUSOR PÉTER  
Bécs 2011

**Band IV.**

JÓZSEF KARDINAL MINDSZENTY IN WIEN (1971–1975)  
HERAUSGEGEBEN VON CSABA SZABÓ  
Wien 2012

MINDSZENTY JÓZSEF BÍBOROS BÉCSBEN (1971–1975)  
SZERKESZTETTE SZABÓ CSABA  
Bécs 2012

**Band V.**

DIE ZIPS – EINE KULTURGESCHICHTLICHE REGION  
IM 19. JAHRHUNDERT  
Leben und Werk von Johann Genersich (1761–1823)  
HERAUSGEGEBEN VON ISTVÁN FAZEKAS, KARL W. SCHWARZ  
UND CSABA SZABÓ  
Wien 2013

A SZEPESSÉG – EGY KULTÚRTÖRTÉNETI RÉGIÓ  
A 19. SZÁZADBAN  
Johann Genersich (1761–1823) élete és munkássága  
SZERKESZTETTE FAZEKAS ISTVÁN, KARL W. SCHWARZ ÉS SZABÓ CSABA  
Bécs 2013

**Band VI.**

DAS PAPSTTUM UND UNGARN IN DER ERSTEN HÄLFTE  
DES 13. JAHRHUNDERTS (ca. 1198 – ca. 1241)  
Päpstliche Einflussnahme – Zusammenwirken – Interessengegensätze  
VON GÁBOR BARABÁS  
Wien 2014

A PÁPASÁG ÉS MAGYARORSZÁG  
A 13. SZÁZAD ELSŐ FELÉBEN (kb. 1198 – kb. 1241)  
Pápai befolyás – Együttműködés – Érdekellettek  
BARABÁS GÁBOR  
Bécs 2014

**Band VII.**

FRÜHNEUZEITFORSCHUNG  
IN DER HABSBURGERMONARCHIE:  
Adel und Wiener Hof – Konfessionalisierung – Siebenbürgen  
HERAUSGEGEBEN VON ISTVÁN FAZEKAS, MARTIN SCHEUTZ  
CSABA SZABÓ UND THOMAS WINKELBAUER  
unter Mitarbeit von Sarah Pichlkastner  
Wien 2013

KORAÚJKORKUTATÁS A HABSBURG MONARCHIÁBAN:  
Nemesség és bécsi udvar – Konfesszionalizáció – Erdély  
SZERKESZTETTE FAZEKAS ISTVÁN, MARTIN SCHEUTZ,  
SZABÓ CSABA ÉS THOMAS WINKELBAUER  
Sarah Pichlkastner közreműködésével  
Bécs 2013

**Band VIII.**

DIE WELTLICHE UND KIRCHLICHE ELITE  
AUS DEM KÖNIGREICH BÖHMEN  
UND KÖNIGREICH UNGARN AM WIENER KAISERHOF  
IM 16.–17. JAHRHUNDERT:

HERAUSGEGEBEN VON ANNA FUNDÁRKOVÁ UND ISTVÁN FAZEKAS  
Wien 2013

A CSEH KIRÁLYSÁG ÉS A MAGYAR KIRÁLYSÁG  
VILÁGI és EGYHÁZI ELITJE A BÉCSI UDVARBAN  
A 16–17. SZÁZADBAN

SZERKESZTETTE ANNA FUNDÁRKOVÁ ÉS FAZEKAS ISTVÁN  
Bécs 2013

**Band IX.**

ÖSTERREICH UND UNGARN IM 20. JAHRHUNDERT

HERAUSGEGEBEN VON CSABA SZABÓ  
Wien 2014

AUSZTRIA ÉS MAGYARORSZÁG A 20. SZÁZADBAN

SZERKESZTETTE SZABÓ CSABA  
Bécs 2014

**Band X.**

WIENER ARCHIVFORSCHUNGEN

Festschrift für den ungarischen Archivdelegierten in Wien, István Fazekas

HERAUSGEGEBEN VON ZSUZSANNA CZIRÁKI, ANNA FUNDÁRKOVÁ,  
ORSOLYA MANHERCZ, ZSUZSANNA PERES, MÁRTA VAJNÁGI  
Wien 2014

BÉCSI LEVÉLTÁRI KUTATÁSOK

Ünnepi kötet a bécsi magyar levéltári delegátus,  
Fazekas István tiszteletére

SZERKESZTETTE CZIRÁKI ZSUZSANNA, FUNDÁRKOVÁ ANNA,  
MANHERCZ ORSOLYA, PERES ZSUZSANNA, VAJNÁGI MÁRTA  
Bécs 2014